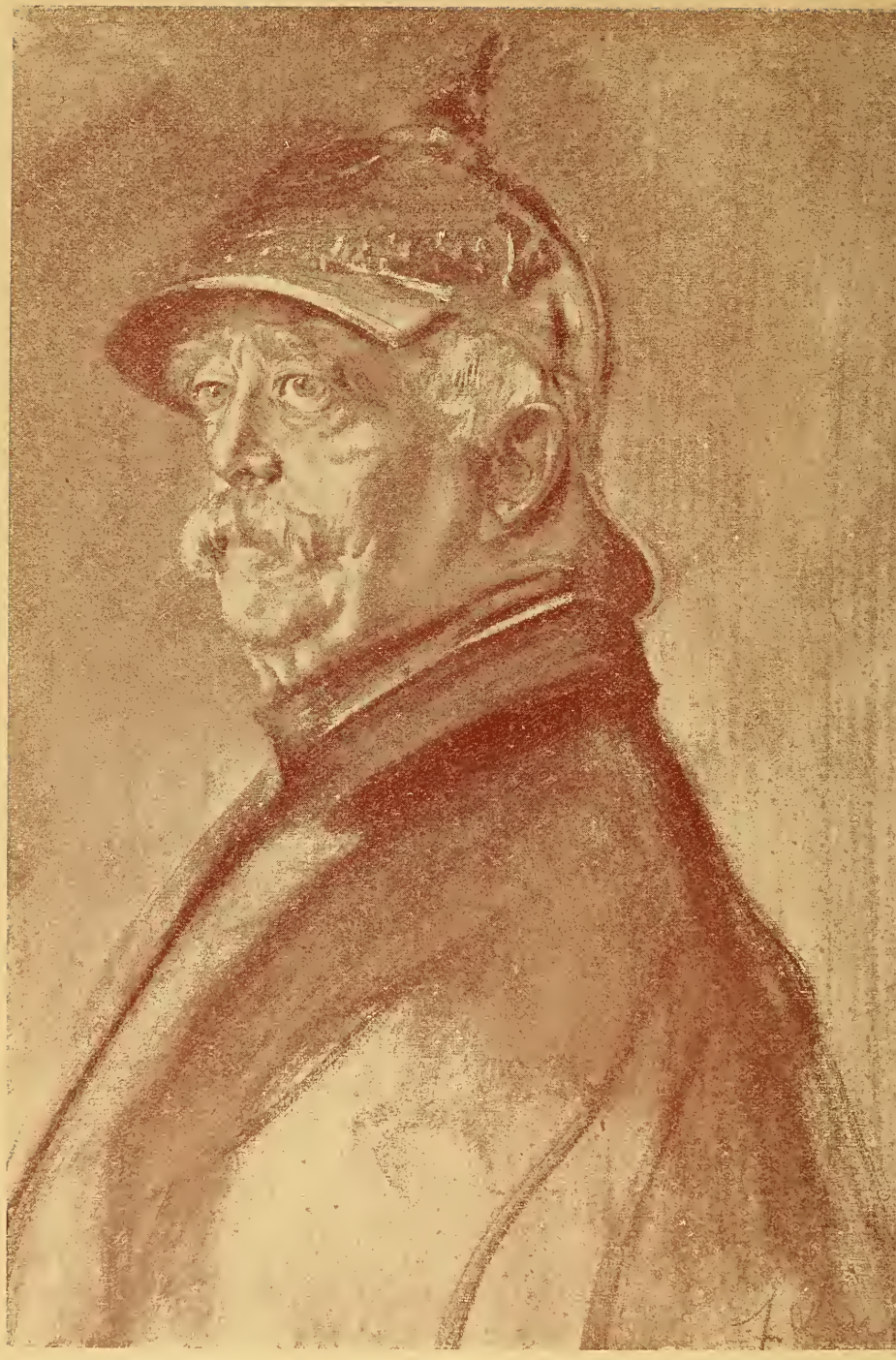
LIBRARY OF CONGRESS
1800

Bismarck



Fürst Bismarck.

Nach einer Oelskizze von F. v. Lenbach. 1893.

Das Leben

des

Fürsten Bismarck.

Eine Geschichte der Wiedergeburt der deutschen Nation.

Von Paul Hermann.

33426-2

Chicago,
Druck und Verlag der Fred. Klein Co.
1894.

COPYRIGHTED 1894,
BY
FRED. KLEIN CO., CHICAGO.

Inhalt.

Seite.

Vorwort ... 5

Erstes Capitel.

Herr von Bismarck-Schönhausen.

1. Jugendzeit ... 9
2. Parlamentarische Lehrjahre ... 15
3. 1851 bis 1862 ... 33

Zweites Capitel.

Von der Uebernahme des Ministeriums bis zum Prager Frieden.

1. Der Verfassungsconflict ... 48
2. Die „Deutsche Frage" ... 56
3. Der dänische Krieg ... 60

Drittes Capitel.

Vom Kampf gegen Oesterreich bis zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges.

1. Der Bruch mit Oesterreich ... 70
2. Die Feinde im Rücken ... 82
3. Napoleons „Neutralität" und Italien ... 92
4. Sadowa und die Folgen ... 97
5. Der Norddeutsche Bund ... 111

Viertes Capitel.

Der deutsch-französische Krieg.

1. Die Hohenzollern'sche Candidatur ... 127
2. Bismarck und Frankreich ... 145
3. Gründung des Deutschen Reiches ... 178

Fünftes Capitel.

Deutschlands europäische Machtstellung und Bismarcks Friedenspolitik.

1. Die französische Republik ... 218
2. Deutschlands Bündnisse ... 241

Sechstes Capitel.

Die innere Gestaltung des Deutschen Reiches.

1. Kanzler und Papst ... 269
2. Neue Bahnen, alte Conflicte ... 293
3. Die sociale Frage ... 323

Siebentes Capitel.

Nach dem Tode Kaiser Wilhelms I.

1. Neue Herren ... 356
2. Friedrichsruh ... 375

Vorwort.

Von den vielen Büchern, welche in Deutschland über Bismarck erschienen sind und ihren Weg über den Ocean zu uns gefunden haben, erfüllt keines den Zweck des vorliegenden. Sowohl ihr hoher Preis, wie ihr natürlicher Mangel an Unbefangenheit macht die vorhandenen Bismarckbücher für die wünschenswerthe allgemeine Verbreitung unter den Deutschen in Amerika nicht geeignet. Das vorliegende Buch wird von den Herausgebern trotz seines vorzüglichen Druckes auf gutem Papier für einen so geringen Preis geboten, daß der Aermste es erwerben kann, während der Verfasser bemüht gewesen ist, mit der Schilderung der öffentlichen Laufbahn des Fürsten Bismarck ein Bild zu geben, welches das titanenhafte Kämpfen und Siegen des deutschen Nationalheros in den Bereich des Verständnisses eines jeden Landsmannes im Auslande zu bringen vermag.

Für eine Schilderung des politischen Lebens und Wirkens Bismarcks ist das Hauptmaterial in den unbezweifelten geschichtlichen Thatsachen, deren Urheber er war, sowie in seinen Reden, Staatsschriften und politischen Briefen in erdrückender Fülle gegeben. Das Wesentliche daraus zu sammeln und im Zusammenhang darzustellen, war die Aufgabe des Verfassers. Wer immer sich an ein ernstes sachliches Studium Bismarcks giebt, dem wird es unmöglich sein, sich der rückhaltlosen Verehrung der erhabenen Größe dieses außerordentlichen Mannes zu entziehen. Daher die einzige Thatsache, daß selbst unter den von Franzosen, Engländern, Russen und sonstigen Nicht-Deutschen über Bismarck verfaßten Schriften, soweit sie Anspruch auf Ernst und Sachlichkeit machen dürfen, keine ist, die den Schöpfer des Deutschen Reiches nicht zum Gegenstand der Bewunderung gemacht hätte.

Bei den Deutschen aber muß sich mit der Bewunderung noch der höchste Stolz und das Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit verbinden, denn seit Friedrich dem Großen ist dem deutschen Volke kein Held erstanden, der soviel wie Bismarck zur Befreiung der deutschen Volkskraft aus den Fesseln deutscher Fehler beigetragen hat, um die deutsche Nation sich selbst wiederzugeben und sie zur führenden politischen und geistigen Macht in der Welt zu erheben. Der Ruhm und Glanz des deutschen Volkes ist, soweit die Geschichte zurückgeht, stets das Verdienst

einzelner gewaltiger Persönlichkeiten gewesen, und Bismarck gehört zu den allergewaltigsten und allerverdienstvollsten. Friedrich der Große rettete das deutsche Volk in todesmuthigem Kampfe gegen ganz Europa. Sein Vermächtniß bestand in der Idee, das vielsprachige staatliche Monstrum Oesterreich-Ungarn, als eine Macht, deren politische Interessen nicht deutsch waren, aus Deutschland auszuschließen und die deutschen Fürsten zu einem deutschen Bund zu vereinen. Wenn er auch die Zeit dafür noch nicht für reif hielt, so sorgte er doch, daß die Durchführung dieser Idee in der Zukunft möglich blieb. Er allein war es, der es noch wenige Jahre vor seinem Tode verhinderte, daß Bayern Deutschland verloren ging. Der alte Löwe von Sanssouci erhob sich drohend, als Habsburg die Hand nach dem Lande der Wittelsbacher ausstreckte, und schuf zur Abwehr den deutschen Fürstenbund, dem thatsächlich der klar ausgesprochene Gedanke eines deutschen Bundesreiches unter Preußens Führung zu Grunde lag. Der Sturm der französischen Revolution und ihrer Folgen zerstörte das deutsche Werk Friedrichs des Großen, und in dem Jammer deutscher Zerrissenheit flüchteten sich die Hoffnungen der deutschen Volksseele nach den Nordmarken des unterjochten Vaterlandes.

Das Vermächtniß Friedrich des Großen, des Genius des 18. Jahrhunderts, wurde von Bismarck, dem Genius des 19., erfüllt. Das historische Urtheil über den Staatsmann Bismarck, der in felsenfestem Vertrauen auf Preußens Kraft die deutsche Frage gegenüber einer Welt von Haß und Unverständniß durch das einzig wirksame Mittel, Blut und Eisen, löste, kann freilich heute noch nicht abgeschlossen sein, doch als Gründer des neuen deutschen Reiches wird er stets zu den größten Männern aller Zeiten gerechnet werden. Auch die Ergänzung dieses seines Hauptwerkes, nämlich das von vornherein zielbewußt erstrebte feste Bündniß mit dem aus Deutschland ausgeschlossenen Oesterreich-Ungarn, als ein Bollwerk zur Erhaltung des europäischen Friedens, stellt sich als die Verkörperung einer gleichfalls von Friedrich dem Großen bereits klar erfaßten Idee dar und trägt so den Stempel des historisch Entwickelten und Vollendeten. Die orientalische Frage ist freilich heute so wenig gelöst, wie zur Zeit Friedrich des Großen, doch allen Stürmen, die sich aus ihr entwickeln können, wird das deutsch-österreichische Bündniß zum Segen Europas zu trotzen im Stande sein.

Hinsichtlich der socialen Frage wird es Bismarck zum unvergänglichen Ruhme angerechnet werden müssen, daß er der erste Staatsmann war und bisher noch geblieben ist, der sich zielbewußt und klar ausgesprochener Maßen an ihre praktische Lösung wagte. Der Werth der von ihm unter dem unerschütterlichen Bewußtsein, die einzig richtige Bahn erkannt und eingeschlagen zu haben, mit ungeheurer Willenskraft geschaffenen grundlegenden socialpolitischen Einrichtungen kann sich erst später herausstellen. Indessen heute schon faßt in der

gesammten Culturwelt die Erkenntniß immer mehr Wurzel, daß die praktische Lösung der Arbeiterfrage, des Gegensatzes zwischen Capital und Arbeit, einzig und allein in der von Bismarck eingeschlagenen Richtung liegt. Das deutsche Reich ist auch socialpolitisch das Musterland der Welt geworden, und an eine Beseitigung der staatlichen Arbeiter-Unfall-, Krankheits- und Altersversicherung kann kein vernünftiger Mensch mehr denken. Die Pflichten des modernen Staates sind von Bismarck so eindringlich verkündet worden, daß das tödtlich getroffene Manchesterthum nie wieder sein Haupt erheben wird.

Ein gut Theil seiner Riesenkraft opferte Bismarck dem Kampf gegen den Parlamentarismus, denn er sah in dem doctrinären politischen Geschwätz gewerbsmäßiger Volksvertreter und in der parlamentarischen Schönrederei keinen Segen, sondern einen Fluch und eins der größten Hindernisse für eine wahrhafte Volksregierung, das heißt eine Regierung zu Nutz und Frommen des Volkes. Diesen öden Parlamentarismus in seiner ganzen Nichtigkeit und Schädlichkeit blosgestellt zu haben, ist ein weiteres Verdienst Bismarcks. Daß die Nothwendigkeit, nicht Redekünstler, sondern praktische Männer, nicht blos Advokaten und Stubengelehrte, sondern auch Kaufleute, Landwirthe, Handwerker, Arbeiter und Bauern zur Abfassung der Gesetze zu berufen und das praktische Wissen und Können in der Volkswirthschaft, die wichtiger ist, als alle grauen Theorien über „politische Rechte" zur Geltung zu bringen — daß diese Nothwendigkeit in allen Ländern mehr und mehr begriffen wird, verdanken wir seinem Genie.

Wohl dem Volke, das seine großen Männer zu würdigen weiß und aus der Betrachtung ihres Lebens Genuß und Stärkung schöpft. Der Deutsche in den Vereinigten Staaten ist zu dem herben Schicksal verurtheilt, seine Nationalität dem neuen Lande zu opfern, doch er erweist sich und letzterem einen schlechten Dienst, wenn er auch sein Stammesbewußtsein aufgibt. Er gibt damit das Herrlichste auf, was er besitzt, denn sein Volk ist das herrlichste von allen und keins hat eine so wundervoll reiche Geschichte. Er beraubt sich damit des einzigen Trostes in der Vaterlandslosigkeit, die jeder echte Deutsche in dem steten Kampf zwischen seinen Pflichten als amerikanischer Bürger und dem Zuge seines Herzens tief schmerzlich empfindet. Uns Deutschen ist es nicht gegeben, das Stammesgefühl mit der amerikanischen Bürgerpflicht so glücklich zu verschmelzen, wie es jedem Irländer gelingt. Wir mögen darauf stolz sein, doch wir leiden darunter innerlich sowohl, wie im äußeren Lebenskampf. Was immer indessen die Mission der Deutschen im Auslande sein mag, wir erfüllen sie am besten, wenn wir unser Stammesbewußtsein erhalten und pflegen und aus dem Jungbrunnen der Geschichte des deutschen Volkes und seiner Helden immer neue Kraft zur Erfüllung unserer Pflichten als Deutsche in guten und schlechten Tagen trinken. Die Neu-

schöpfung des deutschen Nationalcharakters ist dasjenige Werk unseres Bismarck, welches den Deutschen in Amerika unmittelbar am meisten zu Gute kommt und dessen Segen uns wirklich gebildete Amerikaner auch von Herzen gönnen. Der deutsche Völkerfrühling soll blühen, wo immer es Deutsche gibt. Möge sich weder für den Loki des bornirten Nativismus noch den des charakterlosen Kosmopolitismus jemals ein deutsch-amerikanischer Hödur finden, der den Baldur unseres deutschen Stammesstolzes erschlägt.

Der Verfasser.

Im October 1894.

Erstes Capitel.

Herr von Bismarck-Schönhausen.

I. Jugendzeit.

Die Dichtung könnte für den Einiger Deutschlands keine passendere Geburtsstätte ersinnen, als da, wo thatsächlich seine Wiege stand — in der Altmark, der starken Vormauer des alten deutschen Reiches gegen die Wenden und Slaven. Auf dem mageren Boden, welcher den Stammgrund des Preußischen Staates bildete, hatte das Geschlecht der Bismarck nachweisbar seit dem dreizehnten Jahrhundert gewohnt und sein Schicksal mit dem der Hohenzollern getheilt. Ursprünglich saßen die Bismarck auf Schloß Burgstall, welches Klaus von Bismarck im Jahre 1345 vom Markgrafen Ludwig dem Aelteren erhielt. Erst im Jahre 1562 wurde das Dorf Schönhausen ihr Sitz, was sie durch einen mit dem Kurprinzen Johann Georg abgeschlossenen Vertrag gegen Burgstall vertauscht hatten. Der Urgroßvater des Fürsten Bismarck, August Friedrich von Bismarck, der als Oberst in der Armee Friedrich des Großen 1742 in der Schlacht bei Czaslau verwundet und drei Tage darauf von österreichischen Husaren in räuberischer Weise überfallen und ermordet wurde, hatte durch Heirath und Vererbung die Güter Külp, Jarchelin und Kniephof in Pommern erhalten. Die Besitzungen wurden unter die Söhne getheilt und das altmärkische Gut Schönhausen fiel dabei dem Großvater und nach dessen Tode im Jahre 1797 dem jüngsten Sohne, Ferdinand von Bismarck, dem Vater des nachmaligen Reichskanzlers, zu. Während seine Vorfahren sich ohne Ausnahme ihre Frauen aus dem altbrandenburgischen Landadel gewählt und so nach den Anschauungen der Zeit standesgemäß geheirathet hatten, besaß Ferdinand von Bismarck den Muth, lediglich dem Zuge seines Herzens zu folgen, indem er sich mit der Tochter eines Bürgerlichen vermählte. Er lernte in den Berliner Hofkreisen das schöne und anmuthsvolle Fräulein Luise Wilhelmine Menken kennen, deren Vater, aus einer Leipziger Gelehrtenfamilie stam-

mend, ein ausgezeichneter Mann war und als Kabinetsrath bei dem jungen Könige Friedrich Wilhelm III. wegen seiner hohen Bildung und seiner edlen menschenfreundlichen und vorurtheilsfreien Gesinnungen in hohem Ansehen stand. Die Heirath mit der erst sechszehnjährigen jungen Dame fand am 7. Juli 1806 statt.

Das Jahr 1815, in welchem unser großer Bismarck geboren wurde, bildet einen Markstein in der Geschichte Europas. Napoleon war für immer gestürzt. Alle waffenfähigen Mitglieder der Bismarcks hatten für der Befreiung Deutschlands aus der Franzosenherrschaft mitgekämpft. Der Rittmeister a. D. Ferdinand v. Bismarck hatte zwar als der jüngste der vier Brüder zur Verwaltung der Güter zu Hause bleiben müssen, doch dafür organisirte er den Landsturm der Altmark gegen den Feind. Auch die Heimath mußte beschützt werden. Seit dem dreißigjährigen Kriege, während dessen Schönhausen von den Kaiserlichen vollständig verwüstet worden war, hatten die treuen Altmärker keinen Feind im Hause gesehen, bis nach Jena und Austerlitz, als die übermüthigen Franzosen das Land brandschatzten und auch das Bismarck'sche Haus plünderten. Später waren es Kosaken und Kalmüken, die als Verbündete Preußens auf dem Durchzug durch die Altmark nicht minder wüst hausten. Schließlich aber erschienen als Vorboten des Sieges Lützow's schwarze Reiter in Schönhausen und Umgegend, um die Elbübergänge zu decken, und als die fortgezogen waren, verhallte das Kriegsgetümmel. Die Befreiungsschlachten wurden weitab von der Altmark gekämpft und es herrschte Ruhe und Frieden in dem alten bescheidenen Herrenhause, wo am 1. April 1815, 2½ Monate vor der Schlacht bei Waterloo, Otto Eduard Leopold von Bismarck das Licht der Welt erblickte. Ein Jahr darauf siedelte die Familie, welcher damals die drei pommerschen Güter durch Erbschaft zugefallen waren, nach Kniephof über, und hier in ländlicher Stille und Freiheit verlebte der Schöpfer der deutschen Einheit seine Kinderjahre.

Aus der Knabenzeit Bismarck's werden manche hübsche Anekdoten erzählt, doch es ist wohl Thatsache, daß Niemand, auch die liebevolle und zartsinnige Mutter nicht, so früh schon ungewöhnlich große Anlagen in dem munteren Kinde entdeckte. Als Zögling der vorzüglichen Plamann'schen Erziehungsanstalt in Berlin war er ein gehorsamer, doch sehr aufgeweckter Knabe, der in den Freistunden gern als der Anführer der Spiele gesehen wurde. Auf dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium und später auf dem Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin war er einer der besten Schüler und zeigte einen selbstständigen und edlen Charakter, doch es ist nicht bekannt, daß er jemals Stolz oder Unverträglichkeit bewiesen hätte. Er

absolvirte Ostern 1832 sein Abiturientenexamen und schüttelte den Schulstaub der Stadt, die er nie leiden mochte, von den Füßen, um dann seinem natürlichen Hang zum Ungebundenen als Student in Göttingen in ausgiebigem Maße zu fröhnen. Der blühende, hoch aufgeschossene Junker sprang bei dem Corps der Hannoveraner ein und wurde ein gar gewaltiger Kämpe auf den Mensuren, deren er nicht weniger als siebenundzwanzig in drei Semestern ausfocht, und zwar jedesmal siegreich und unverwundet. Auch im Trinken soll er Mächtiges geleistet haben, während von einem Collegienbesuch die Geschichte nichts zu vermelden weiß. Bemerkenswerth ist, daß der flotte Corpsbruder in Göttingen Zeit fand, mit einem stillen ernsten jungen Amerikaner, dem nachmaligen berühmten Geschichtsschreiber John Lothrop Motley, ein inniges Freundschaftsbündniß zu schließen. Dem politischen Treiben der Göttinger Jugend, die damals unter dem Eindruck der französischen Julirevolution vom „Sturze der Tyrannen" und „Deutschlands Wiedergeburt" träumte und schwärmte, stand er gänzlich fern, doch als er einmal einen jungen Engländer über „den deutschen Michel mit der Schlafmütze über den Ohren und dem bunten Schlafrock aus sechsunddreißig Lappen und Läppchen" spotten hörte, forderte er denselben vor die Klinge. Später söhnten sie sich aus und Bismarck sagte „Deutschland wird einig werden, aber nicht jetzt und weder durch die Schläger der Corpsburschen noch durch die Tinte der Schreiber".—„Niemals" versetzte der Brite.—„In zwanzig Jahren ist Deutschland einig, ich biete zwanzig Flaschen Sect zur Wette," rief Bismarck. Die Wette wurde gemacht, aber nicht getrunken. Der Engländer hätte sie gewonnen, wenn er nicht vorher gestorben wäre. Der achtzehnjährige Bismarck ahnte noch nicht seine weltgeschichtliche Aufgabe, deren Erfüllung ihn mehr als zwanzig Jahre bloßen Wartens kostete. Nach einem Aufenthalte von drei Semestern in Göttingen bezog er die Universität Berlin, doch auch nur, um nicht zu studiren. Nichtsdestoweniger bestand er nach sechs Semestern sein Auscultatorexamen, nachdem er einige Monate privatim äußerst angestrengt gearbeitet hatte, wobei seine einzige Erholung im Umgang mit seinem Hausgenossen Graf Kayserlingk, später Curator der Universität Dorpat, und mit dem Amerikaner Motley bestand.

Der Auscultator Bismarck wurde einem Berliner Gericht überwiesen, doch die Amtsstubenluft behagte ihm durchaus nicht. Durch die Bemühungen seiner Mutter, die sich ihn stets für die diplomatische Laufbahn bestimmt dachte, gelangte er in die Berliner Hofkreise, die durch den Geist des Kronprinzen belebt wurden. Hier war es, wo der Bruder des letzteren, der nachmalige Prinz-Regent, zuerst Bismarck begegnete, freilich um an dem hochgewachsenen stattlichen jungen Mann noch nichts weiter als das

„Gardemaß" zu bemerken. In demselben Jahre (1836) trat Bismarck von der Justiz zur Verwaltung über und wurde Regierungs-Referendarius in der alten Kaiserstadt Aachen, wo er indessen dem verführerischen Reiz des Badelebens gern unterlag und sich zum eleganten Cavalier entwickelte. In Potsdam, wo er im Jahre darauf bei der Regierung eintrat, ging es ihm nicht viel besser, bis er daselbst als Einjährig-Freiwilliger im Garde-jäger-Regiment gezwungen war, sich an militärische Ordnung zu gewöhnen. Inzwischen hatten sich die Vermögensverhältnisse seines Vaters ungünstig gestaltet, und statt der Diplomatie mußte er die Landwirthschaft zu seinem Berufe wählen, was seinem Geschmack auch viel mehr zusagte. Er ließ sich von den Gardejägern in Potsdam zu den pommerischen Jägern in Greifs-wald versetzen, um bei denselben die letzte Hälfte seines Jahres abzudienen und gleichzeitig die landwirthschaftliche Akademie zu Eldena bei Greifswald zu besuchen. Ostern 1839 übertrug der Vater die Verwaltung seiner pommerischen Güter seinen beiden Söhnen (der ältere, Bernhard, war 1810 geboren) und zog sich nach Schönhausen zurück. Die Mutter war Anfang desselben Jahres in Berlin gestorben. Otto von Bismarck über-nahm Kniephof. Er bemühte sich mit großer Energie, das verschuldete Gut wieder in Ordnung zu bringen, trieb es aber nebenbei auf nächtlichen Ritten und Trinkgelagen so toll, daß er als der „verrückte Bismarck" bekannt und aus Kniephof „Kneiphof" wurde. Es gährte immer noch in dem Kopfe des von Lebenskraft überschäumenden, sich selbst räthsel-haften jungen Mannes, der einmal Nächte hindurch in der Einsamkeit über die philosophischen Probleme Spinoza's oder Machiavelli's „Fürsten" brü-tete, das andere Mal in den tollsten Junkerstreichen Erholung von sich selbst suchte. Am 15. October 1840 wohnte er mit seinem Vater und Bruder der Huldigungsfeier König Friedrich Wilhelms IV. bei, auf den das preußische Volk die Hoffnung auf Erfüllung der Verheißungen von 1815 und auf eine neue glückliche Zukunft Deutschlands setzen zu dürfen glaubte, um recht bald ernüchtert zu werden. Von welchen Gedanken Bismarck damals bewegt wurde, erfuhr die Welt später. Daß die Fragen der Zeit ihn tief beschäftigten, ging aus den Gesprächen mit seinen Freunden hervor, bei denen es sich keineswegs nur um Fuchsjagden und Parforceritte han-delte. Vor der Hand aber zeigte sich ihm noch keine Spur der Bahn, in die er handelnd eintreten sollte. In den nächsten Jahren war er abwech-selnd Landwirth, Landwehr-Ulanenoffizier in Pommern (als welcher er sich durch Rettung seines Reitknechts aus dem See bei Lippehne eine Rettungs-medaille verdiente), dann wieder Regierungsbeamter in Potsdam. In letzterer Eigenschaft verfaßte er ein classisches Gutachten „betreffend die Ent-

schädigung der durch die bei den projectirten Verbesserungsarbeiten in der Provinz nothwendig gewordenen Expropriationen beschädigten Eigenthümer". — „Wie", dachte der Referendar, „soll man diesem Schalksnarren von Zeitgeist, der heute als Junker Dampf mit Höllenlärm durch die Länder braust, morgen als bebrillter Philister in Schreibärmeln und Pantoffeln daherschleicht, einen Freipaß geben durch alle Gefilde, damit er alle Spuren lieber Erinnerungen unter seine Füße trete? Nein, meine Herren" — und er schrieb in seinen Bericht die Worte: „Sie können es mir gar nicht mit Gold bezahlen, wenn Sie den Park meines Vaters in einen Karpfenteich oder das Grab meiner seligen Tante in einen Aalsumpf verwandeln." Zum vierten Male drehte er den staubigen Acten den Rücken. Er kam zum Regierungspräsidenten, um einer Reise wegen um Urlaub zu bitten. Als dieser ihn in bureaukratischer Anmaßung zu lange stehen ließ, trommelte Bismarck den Dessauer Marsch an der Fensterscheibe und nahm statt Urlaub kurzweg seinen Abschied für immer von dem verblüfften Präsidenten. Seine Ruhelosigkeit trieb ihn in die Ferne. Das Jahr 1844 sah ihn auf Reisen in Frankreich, England und Holland. Der im Spätherbst 1845 erfolgte Tod des Vaters war dann der Wendepunkt in dem Leben des scheinbar ziellosen jungen Bismarck. Er siedelte auf die Dauer nach Schönhausen über und nannte sich seitdem zum Unterschied von andern Bismarcks und seinem Bruder Bernhard, der Külp und Jarchelin erbte, Bismarck-Schönhausen. Im Jahre 1846 wurde er zum Deichhauptmann für die Uferstrecke der Elbe von Jerichow bis Sandau gewählt. Bezüglich der Annahme dieses Postens schrieb er am 25. Februar 1846 an seine einzige, von ihm zärtlich geliebte Schwester Malwine, die sich mit seinem Jugendfreunde, dem Landrath Oskar v. Arnim-Kröchlendorff verheirathet hatte, Folgendes: „Ich soll hier mit der ziemlich gewichtigen Charge eines Deichhauptmannes bekleidet werden; auch habe ich ziemlich sichere Aussicht, in den sächsischen (d. h. nicht Dresdener) Landtag gewählt zu werden. Die Annahme der ersten Stelle würde entscheidend für die Wahl meines Wohnsitzes, hier, sein. Gehalt ist weiter nicht dabei, aber die Verwaltung der Stelle ist eine Wichtigkeit für Schönhausen und die anderen Güter, indem von ihr es vorzugsweise abhängt, ob wir gelegentlich wieder unter Wasser kommen oder nicht. Auf der anderen Seite drängt mein Freund ** in mich, der mich durchaus nach Ostpreußen schicken will, als Sr. Majestät Commissarius bei dortigen Meliorationsarbeiten. — Bernhard redet mir wider Erwarten sehr zu, nach Preußen zu gehen. Ich möchte wissen, was er sich dabei denkt. Er behauptet, ich sei nach Neigung und Anlage für den Staatsdienst gemacht und würde früher oder später doch hineingehen."

Bismarck's Deichhauptmannschaft war der Schlußstein seiner Jugendperiode und gleichzeitig die erste vorbereitende Stufe zu seiner weltgeschichtlichen Laufbahn. Zur völligen Abklärung des schäumenden Mostes seines mit sich selbst ringenden Geistes gehörte nur noch die Gründung eines Familienherdes. Auf der Hochzeit seines liebsten Jugendfreundes Moritz v. Blanckenburg lernte er Fräulein v. Puttkammer, Tochter eines pommerschen Landedelmannes, kennen. Er warb um sie und gewann in ihr eine echte deutsche Frau, die im Stillen als liebevolle Gattin ein Schutzgeist des gewaltigen Mannes wurde und von der er später, nachdem sein Riesenwerk fast vollbracht war, zu einem Vertrauten sagte: „Sie ahnen nicht, was diese Frau aus mir gemacht hat." Zwischen der Verlobung, welche die Eltern der Braut mit Rücksicht auf den Ruf des „tollen Bismarck" von Kniephof nicht recht gern sahen, und der Vermählung am 28. Juli 1847 fand aber bereits sein erstes Auftreten auf der politischen Bühne statt. Die Hochzeitsreise führte das Paar nach Venedig, wo sich zufällig gerade König Friedrich Wilhelm IV. befand. Bismarck machte seine Aufwartung und erhielt eine Einladung zur Tafel, bei der sich der König mit ihm über die brennenden Fragen der Zeit, Deutschland's Gestaltung und die Aufgaben Preußens, eingehend unterhielt. Bismarck war aus seiner Sturm- und Drangperiode als ein ganzer Mann mit klaren felsenfesten Grundsätzen hervorgegangen, wie man bald erfahren sollte. Der äußere Bismarck war bis dahin offenbar grundverschieden von dem innern Bismarck gewesen. Er betrat im Alter von 32 Jahren den Kampfplatz der Oeffentlichkeit nicht als ein mit den Problemen des Tages unbekannter, nur bei Jagd und eitlem Spiel großgewordener junger Landedelmann, sondern als ein mit bedeutenden staatswissenschaftlichen und geschichtlichen Kenntnissen ausgerüsteter, durchaus selbstbewußter und überlegener Anwalt von Principien und Zielen, deren Befolgung wenigstens für ihn bereits die Lösung der Probleme in sich barg. Dazu paßte seine körperliche Erscheinung, eine hohe Gestalt von mächtigem Bau, das dichte Haar kurz geschnitten, das gesunde, gerötete, von einem starken blonden Vollbarte eingerahmte Antlitz voller Hoheit und das ganze Wesen, wie ein Greifswalder Studiengenosse es beschreibt, „gleichsam von einem unsichtbaren Kreise, einer schwer zu beschreibenden geistigen Atmosphäre umgeben, welche alle Elemente, die Herr v. Bismarck nicht selbst heranzog, oder denen er sich nicht freiwillig hingab, ohne einen erkennbaren Zwang von sich fern hielt und Alles, was mit niedriger Denkart oder hohler Selbstüberschätzung auch nur einen entfernten Grad von Verwandschaft verrieth, mit unverhohlenem Widerwillen und Verachtung von sich wies."

2. Parlamentarische Lehrjahre.

Friedrich Wilhelm III. von Preußen war 1840 in's Grab gestiegen, ohne seinem Volke die Versprechungen, die er 1815 und 1820 gemacht hatte, eingelöst zu haben. Von seinem Sohne Friedrich Wilhelm IV., der in vieler Beziehung das Gegentheil des Vaters war, erwartete man aber mit Sicherheit die verheißene constitutionelle Regierung. Doch der König zeigte sich seiner Aufgabe in dem Sinne des nach einem Parlamente schlechtweg verlangenden Volkes keineswegs gewachsen. Zwei Seelen wohnten in seiner Brust, und seiner Hamlet-Natur kam es sehr zu Statten, daß es die „Heilige Allianz" noch gab. Er fand bei Uebernahme der Regierung die orientalische Frage in einem Zustande vor, der ein kriegerisches Vorgehen Frankreichs und damit eine Bedrohung des Besitzstandes Preußens am Rhein befürchten ließ. Andererseits stand er durch Tradition und persönliche Neigung und Verpflichtung unter dem Einfluß der beiden andern Mächte der „Heiligen Allianz," Rußland und Oesterreich. Bei allem guten Willen, der zuweilen bei ihm durchbrach und bei aller theoretischen Erkenntniß, daß das Verlangen nach verfassungsmäßiger Regierung in Preußen durchaus nicht Sturz der Dynastie und Revolution bedeute, sondern von dem besten Theil der Nation getragen wurde, fehlte es ihm an politischem Scharfblick und an entschlossener Thatkraft. Von jeden Anlauf zu zeitgemäßen Zugeständnissen ließ er sich durch Kaiser Nikolaus und dem Fürsten Metternich zurückhalten, um jedesmal von Neuem durch die immer stärker und rauher werdenden Stimmen des Volkes an seine Aufgabe gemahnt zu werden. Hand in Hand mit der Forderung eines freien Verfassungslebens ging die Sehnsucht nach Einigung der ganzen deutschen Nation, wobei man gleichfalls große Hoffnungen auf den König von Preußen setzte, der seinerseits wohl als Künstler und Träumer, der er war, die deutsche Kaiserkrone für einen ihn herrlich kleidenden Schmuck erachtete, doch sie von Gott und nicht den Demokraten empfangen mochte.

Doch selbst dem mächtigsten, willenstärksten Genie hätte es nicht gelingen können, die Zeit zurückzuschrauben. Der König, der freilich letzteres gar nicht wollte, aber auch eine moderne Constitution zu verweigern entschlossen war, versuchte es schließlich mit einem Mittelding, indem er am 3. Februar 1847 durch „Königliches Patent" die bestehenden acht Provinzial-Landtage zu einem „Vereinigten Landtag" berief, dem aber nur sehr beschränkte Befugnisse verliehen wurden. Die Radikalen verspotteten dieses Geschenk des Königs und protestirten gegen die Annahme, die Liberalen betrachteten es als eine kleine Abschlagszahlung und eine Basis für eine bald und sicher

zu erringende Verfassung, und die Conservativen oder wie sie damals richtiger hießen, die Feudalen, die an der unumschränkten Königsgewalt festhielten, entschlossen sich, diesen Bestrebungen der Liberalen den energischsten Widerstand entgegenzusetzen. So hatten die Parteien bereits Stellung genommen, ehe der „Vereinigte Landtag" am 11. April 1847 in Berlin vom König eröffnet wurde. In seiner höchst charakteristischen Ansprache drückte der König seine Enttäuschung über die Aufnahme seines freiwilligen Angebots einer Volksrepräsentation aus und erklärte, daß er jedes weitere Zugeständniß auf lange Zeit hinaus verweigern würde. Er betonte, daß er der Erbe einer unumschränkten Krone sei und unerschütterlich daran festhalten werde, daß die Geschicke Preußens, das durch das Schwert groß geworden sei, von dem Willen des Königs geleitet würden, und keine Macht der Welt könne ihn je dazu bewegen, daß er ein Stück Papier sich zwischen Gott und Preußen drängen ließe, um dieses Land wie eine zweite Vorsehung mit geschriebenen Paragraphen zu regieren. — Die Rede des Königs, der damit eine Constitution von vornherein auch für spätere Zeit schlechtweg verweigerte, war vorzüglich dazu geeignet, den Kampf zwischen Krone und Volk zum offenen Ausbruch zu bringen.

Es saßen im „Vereinigten Landtag" unter den Liberalen viele höchst patriotische freisinnige Männer und ausgezeichnete Redner, aber alle waren berauscht von dem Stichworte der Zeit „Freiheit" und hatten keine praktischen Ziele und keine praktischen Mittel zur Erreichung ihrer Ziele zu bieten. Ihre glänzenden Reden fanden aber im Volke begeisterten Beifall, obwohl sie zur Herstellung einer Grundlage für ein gedeihliches Zusammenwirken der Krone und der Volksvertreter nicht den geringsten Anhalt boten, so lange der König auf seiner unumschränkten Machtbefugniß beharrte.

In diesen Kreis von glänzenden Rednern und phrasenreichen Vorkämpfern der politischen Volksfreiheit trat Herr von Bismarck-Schönhausen, der vom Landtage der Provinz Sachsen zum Stellvertreter des Abgeordneten von Brauchitsch gewählt und, da letzterer erkrankte, in den „Vereinigten Landtag" einberufen worden war. Preuße vom Scheitel bis Sohle, ein unerschütterlicher Anhänger des Absolutismus der Krone und ein grimmiger Hasser der Demokratie, erregte er die heftigsten Ausbrüche des Unwillens, wenn immer er von der Tribüne herab seine politischen Ideale entwickelte. Gleich mit seiner allerersten Rede, (er kam am 17. Mai zum ersten Mal zu Worte) stellte er sich in den denkbar schroffsten Gegensatz zur allgemeinen Auffassung. Der Abgeordnete von Saucken hatte in einer begeisterten Rede gesagt, daß das Volk 1813 den Thron auf seine Schultern genommen und ihn durch Ströme von Blut von Sieg zu Sieg getragen habe, nicht allein

in Empörung gegen die französische Gewaltherrschaft, sondern auch in der Hoffnung auf eine zu erlangende Verfassung. Darauf erwiderte Bismarck:

„Es wird mir schwer, nach einer Rede, die von so edler Begeisterung dictirt war, das Wort zu ergreifen, um eine einfache Berichtigung vorzubringen. Auf die übrigen Theile der gedachten Rede einzugehen, halte ich erst an der Zeit, wenn von politischen Fragen die Rede sein wird. Für jetzt fühle ich mich nur noch gedrungen, dem zu widersprechen, was auf der Tribüne sowohl als außerhalb dieses Saales so oft laut geworden ist, als von Ansprüchen auf Verfassung die Rede war: als ob die Bewegung des Volkes von 1813 andern Gründen zugeschrieben werden müßte, und es eines andern Motivs bedurft hätte, als der Schmach, daß Fremde in unserm Lande geboten. (Lautes Murren.) Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen (Wiederholtes Murren), wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle andern Gefühle übertäubt werden zu lassen. (Großer Lärm.)"

In weiteren Reden entwickelte er seine Ansichten über den monarchischen Rechtsboden in Preußen. Er findet die Volksstimmung nicht in den „Federkielen der Zeitungscorrespondenten," sondern da, wo „ein Königswort mehr gilt, als alles Deuten und Drehen an dem Buchstaben der Gesetze." Er verlangt im Hinblick auf die einzig in ihrer Art dastehende Vergangenheit der Hohenzollern unbedingten Glauben an die Weisheit der Krone und er findet es nicht im Interesse des Landes „die Blume des Vertrauens als ein Unkraut, welches uns hindert, den kahlen Rechtsboden in seiner ganzen Nacktheit zu sehen, auszureißen und bei Seite zu werfen." Gegen das vorgeschlagene Judenemancipations-Gesetz macht er geltend, daß der preußische Staat ein christlicher sein und bleiben müsse, dessen Aufgabe es sei, die Lehre des Christenthums zu verwirklichen. „Entziehen wir diese religiöse Grundlage dem Staate, so behalten wir als Staat nichts als ein zufälliges Aggregat von Rechten, eine Art Bollwerk gegen den Krieg Aller gegen Alle, welches die ältere Philosophie aufgestellt hat." Die sogenannte Humanität ist ihm ein wandelbarer Begriff, wie er sich gerade in den Köpfen derjenigen, die an der Spitze stehen, gestaltet. Er begreift nicht, wie man ohne religiöse Grundlage des Staates z. B. den Communisten, das Recht, sich geltend zu machen, bestreiten könnte; und er erblickt in der Judenemancipation auch nur eine dem christlichen Staat feindselige sentimentale Idee. „Wenn das mittelalterliche Ansichten sind," erwidert er den Gegnern, die ihn stürmisch unterbrechen, „so bekenne ich mich dazu." Allem Zischen und Murren be-

gegnet er mit eisiger Ruhe. Wird der Lärm zu groß, so zieht er eine Zeitung hervor und liest darin, bis der Präsident die Ruhe wiederhergestellt hat, und fährt dann in seiner Rede genau da fort, wo er unterbrochen wurde.

Das einzige Resultat dieses positiv fruchtlosen Erstlings-Parlamentes bestand darin, daß die Partei der Verfassungsgegner in Bismarck einen Führer gefunden hatte, eine Thatsache, deren Bedeutung freilich damals noch Niemand begreifen konnte, wenn auch der König und noch vielmehr sein Bruder, das Haupt der Militärpartei, dem Auftreten des Deichhauptmannes von Schönhausen mit sehr großem Interesse gefolgt waren und ihn als einen gewichtigen Factor zu betrachten begannen.

Bald sollten die Ereignisse den König zu weiteren Zugeständnissen an die Liberalen zwingen. Das Land war in Gährung versetzt. In allen Städten wurde leidenschaftlich politisirt und Alles stürmte auf die Regierung mit Wünschen und Programmen ein. Während sich zudem im Ausland drohende Wolken zusammenzogen, welche die Haltung des Königs in den inneren Fragen naturgemäß nach der Richtung einer Anlehnung an die reactionären Wünsche der Heiligen Allianz hin beeinflussen mußten, verschworen sich die Elemente mit den Liberalen, um ihn im Gegentheil den Unwillen des russischen und österreichischen Hofes für weniger beachtenswerth halten zu lassen, als das Verlangen des eigenen Volkes nach einer Constitution. In Folge mehrerer auf einander folgender Mißernten in Schlesien war Hungersnoth und Seuche eingetreten, Dinge, denen zwar durch Gewährung politischer Freiheiten nicht abzuhelfen war, die aber doch die allgemeine Unzufriedenheit erheblich vermehrten. Unter dem Druck dieser Verhältnisse entschloß sich der von liberalen oder durch die Zeitströmung eingeschüchterten Rathgebern berathene König im Anfang des Jahres 1848 zu dem Zugeständniß, den Vereinigten Landtag zu einer dauernden Institution zu machen und die Rechte der Ausschüsse desselben auf ihn selbst zu übertragen. Für den Augenblick schienen durch diesen Schritt die Gemüther etwas beruhigt worden zu sein, und die Liberalen glaubten eine gute Basis zur friedlichen Erkämpfung verfassungsmäßiger Volksrechte gewonnen zu haben.

Da brach plötzlich die Februarrevolution in Frankreich aus. Mit einem Schlage war die Situation auch in Preußen verändert. Wiederum zeigte sich deutlich die enge Beziehung, in welcher die „deutsche Frage" zu den inneren Verhältnissen Preußens stand. Während man auf der einen Seite wohl begriff, daß der jämmerliche Deutsche Bund einem Kriege mit dem revolutionären Frankreich, der doch zu befürchten stand, nicht gewachsen sein würde, und die Sehnsucht nach einem nationalen Deutschland unter

Preußens Führung sich mehr als je einstellte, war das Verlangen nach Volksfreiheit französischen Musters zur selben Zeit nicht minder brennend und fand gerade durch die Februarrevolution die stärkste Nahrung. Doch der König schien hinsichtlich der inneren Unruhen nicht im Mindesten beängstigt. Er fand es ganz natürlich, daß bei der glühenden Temperatur ringsum „in Berlin das Thermometer nicht unter Null bleiben" könne und

Bismarck im Jahre 1847.

sagte der Berliner Stadtverordneten-Deputation, daß mit der Institution des Vereinigten Landtags die Grenze seiner Zugeständnisse erreicht und an Beseitigung der Ständevertretung nicht zu denken sei. Was die „deutsche Frage" betraf, so hielt es der König, wie immer es auch mit seinen persönlichen Hoffnungen auf Preußens Führerrolle bestellt sein mochte, für durchaus geboten, an eine Reform des Deutschen Bundes nur im intimsten Einverständniß mit Oesterreich zu gehen. Als er im Begriff stand, einen sol-

chen Schritt zu thun, brach am 13. März in Wien eine Revolution aus, welche mit dem Metternich'schen Polizeistaate und der Herrlichkeit der Heiligen Allianz für immer aufräumte. Fünf Tage später, am 18. März, kam die Krisis in Berlin. Der König, der hinter den ihn bestürmenden Deputationen aus allen Landestheilen die heranmarschirende Revolution erblickte und den Thron wanken glaubte, verkündigte, daß er zur Gewährung einer Verfassung bereit sei. Das Volk drängte sich, von freudiger Begeisterung und Dankbarkeit ergriffen, nach dem Schloß und der König erschien, um eine Ansprache zu halten. Damals war dem Volke nichts verhaßter, als der Anblick von Militär, der ihm indessen nicht erspart bleiben sollte. Das Schloßviereck wurde von Truppen bezogen. Das Volk verlangte sofort deren Abwesenheit. Um indessen den Platz zu räumen, erhielt eine Compagnie Infanterie und eine Escadron Dragoner den Befehl, vorzurücken, und in demselben Augenblicke fielen zwei Schüsse.

Aus allen später erfolgten Untersuchungen hat sich ergeben, daß diese beiden verhängnißvollen Schüsse, wenn nicht, was das Wahrscheinlichste ist, durch Zufall, so doch sicherlich durch einen falsch verstandenen Befehl veranlaßt wurden. Doch in jenem Augenblick waren sie das Zeichen zum jähen Ausbruch eines furchtbaren Straßenkampfes. Im Umsehen entstanden Barrikaden, und das Volk, das sich verrathen glaubte, lieferte den Truppen eine Schlacht, aus der es insofern siegreich hervorging, als sich der unglückliche König veranlaßt sah, das Militär aus Berlin zu entfernen und die Stadt der Bürgerwehr zu überlassen. Am 21. März that sich der König eine schwarz-roth-goldene Schärpe um und ritt als Bannerträger der triumphirenden Demokratie durch die Straßen seiner „lieben Berliner". Er beugt sein Haupt vor polnischem Pöbel, der sich als Retter der Freiheit aufspielt, und bewilligt Alles. Der zweite Vereinigte Landtag soll die Grundlagen einer wahren constitutionellen Monarchie entwerfen.

Am 2. April trat der Vereinigte Landtag zusammen. Der einzige Mann, der den Kopf nicht verloren zu haben schien und den Muth hatte, sich dem Strom entgegen zu werfen, war Bismarck. Er kam unter dem Eindrucke, den die vom allmächtigen Pöbel beherrschte Stadt Berlin auf ihn, den unerschrockenen und tief erbitterten Conservativen machte, in die Sitzung, in der schon sein bloßes Erscheinen Unwillen erregte. Es lag der Antrag vor, dem König den Dank für die liberalen Zugeständnisse und dem Ministerium Auerswald-Schwerin das Vertrauen der Versammlung auszusprechen. Bismarck erhob sich und sagte: „Ich bin einer der wenigen, welche gegen die Adresse stimmen werden, und ich habe mir das Wort nur erbeten, um diese Abstimmung zu motiviren und Ihnen zu erklären, daß

ich die Adresse, *insoweit sie ein Programm der Zukunft ist, ohne weiteres acceptire, aber aus dem alleinigen Grunde, weil ich mir nicht anders helfen kann.* Nicht freiwillig, meine Herren, sondern durch den Drang der Umstände getrieben, thue ich es! Denn ich habe meine Ansicht seit den letzten sechs Monaten nicht gewechselt; ich will glauben, daß dieses Ministerium das einzige ist, welches uns aus der gegenwärtigen Lage einem geordneten und gesetzmäßigen Zustande zuführen kann, und aus diesem Grunde werde ich demselben meine geringe Unterstützung überall widmen, wo es mir möglich ist. Was mich aber veranlaßt, gegen die Adresse zu stimmen, sind in derselben die Aeußerungen von Freude und Dank für das, was in den letzten Tagen geschehen ist: Die Vergangenheit ist begraben, und ich bedauere es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht im Stande ist, sie wieder zu erwecken, *nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat.* Aber wenn ich dies, durch die Gewalt der Umstände gezwungen, acceptire, so will ich doch nicht aus meiner Wirksamkeit auf dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß ich dafür danken und mich freuen soll über das, was ich mindestens für einen irrthümlichen Weg halten muß. *Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur gesetzmäßig geordneten Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung meinen Dank aussprechen kann; jetzt aber ist es mir nicht möglich!*"

Der Vereinigte Landtag war nur bis zum 10. April in Sitzung. Er stimmte Allem zu, was das liberale Ministerium, das noch im Jahre zuvor von der Hälfte derselben Versammlung als revolutionär verschrieen worden war, in seiner blassen Furcht vor der entfesselten und laut prahlenden Demokratie vorschlug. Bismarck dagegen bekämpfte Alles. Er warf dem Ministerium, welches einen außerordentlichen Credit verlangte, demagogische Bestrebungen hinsichtlich der industriellen Städte, deren Gunst man sich auf Kosten der Landbevölkerung erkaufen wolle, vor, und er wandte sich ebenso schroff gegen die feige Regierungspolitik in der aufrührerischen Provinz Posen und gegen die vom König veranlaßte militärische Expedition gegen Dänemark. Er wandte sich voll Verachtung von dem Vereinigten Landtag, dessen zweite Sitzung er später das „Jena des preußischen Adels" nannte.

In der darauf auf Grund allgemeiner und direkter Wahlen zu Stande gekommenen und von aufrührerischen Volkshaufen umtobten und beeinflußten

preußischen Nationalversammlung in Berlin hatte Bismarck keinen Sitz. Doch um so energischer betheiligte er sich außerhalb derselben. Auf Reisen in der Mark Brandenburg und Pommern sammelte er die Trümmer der conservativen Partei und ermuthigte die Königstreuen zum männlichen Widerstand. In Berlin betrieb er die Gründung der „Kreuz-Zeitung" und wurde der vornehmste Mitarbeiter dieses sich gegen die Fluth der Revolution kühn auflehnenden conservativen Organs. Auf diese Weise gelang es ihm, dem bedrängten König wieder etwas Glauben an das Vorhandensein einer tüchtigen Gegenströmung gegen die übermüthige Demokratie beizubringen. Seine persönlichen Beziehungen zum König gestalteten sich desto enger, je mehr die Nationalversammlung in das Fahrwasser der französischen Volksvertreter von 1789 und 1790 zu gerathen schien.

Es bedurfte indessen kaum noch eines äußeren Mittels zur Zügelung der Nationalversammlung, denn diese vernichtete sich selbst durch die blinde Maßlosigkeit des Auftretens der radikalen Mehrheit. Ein liberales Ministerium folgte dem anderen und das letzte war stets noch liberaler als das vorletzte, nur um die Forderungen der Nationalversammlung immer radikaler zu machen. Die gemäßigten Abgeordneten kamen nicht mehr zu Worte, während die Radikalen, gestützt auf das lärmende Volk auf den Straßen Berlins und revolutionäre Kundgebungen aus den anderen Städten, schließlich sich nur noch mit der Republik zufrieden geben wollten und für die Volksfreiheit in Wien ein bewaffnetes Einschreiten verlangten. Sechs Monate dieses tollen Gebahrens der Nationalversammlung, deren Mitglieder freilich im Grunde genommen mit wenigen Ausnahmen alle für Beibehaltung der Monarchie eintraten, sich aber von faden Phrasendreschern und kopflosen Demagogen beherrschen ließen, genügten vollständig, um das preußische Volk zu ernüchtern. Der König durfte es ruhig wagen, das kraft- und saftlose Ministerium Pfuel zu entlassen, den Grafen Brandenburg mit dem energischen Manteuffel als Minister des Innern an die Spitze zu berufen, Wrangel, der in Schleswig nichts mehr zu thun hatte, mit den Truppen nach Berlin zu beordern, den Belagerungszustand über die Hauptstadt zu verhängen, die Nationalversammlung nach der Stadt Brandenburg zu verlegen und sie dort nach wenigen Wochen, unbekümmert um die Drohung, das Land durch Steuerverweigerung in Empörung zu versetzen, für immer aufzulösen. Doch der König ging lange nicht so weit, wie die Feudalen, und mit ihnen sicherlich Bismarck, wünschten. Anstatt alle Versuche, Preußen eine Verfassung zu geben, als vergeblich und beendet zu erklären, hielt er sein königliches Wort und fügte sich dem berechtigten Verlangen der Zeit, indem er aus eigener Machtvollkommenheit eine wesentlich den Grund-

zügen der von der Nationalversammlung entworfenen nachgebildete (der belgischen ähnliche) Verfassung verkündete und zwei Kammern einsetzte, von denen die eine nach dem Princip des Einkommens und die andere durch allgemeines Stimmrecht gewählt werden sollte. Diese beiden Kammern wurden am 26. Februar 1849 nach Berlin berufen und sollten zunächst im Einverständniß mit der Krone die Verfassung revidiren.

Bismarck wurde im Wahlbezirk West-Havelland (Zauche-Belzig-Brandenburg) in die Zweite Kammer gewählt. Er fand hier entsprechend der unklaren Strömung der Zeit und infolge des allgemeinen Stimmrechts alle Richtungen, von den Feudalen herab bis zu den Steuerverweigerern, vertreten, doch die Liberalen waren in der Mehrheit. Zum Führer der Conservativen erkoren, begann er den Kampf gegen die Liberalen mit Ungestüm. Wenn er auch die Verfassung, weil vom König selbst gekommen, nicht verworfen sehen wollte, so galt es ihm doch, für die Krone so viel wie möglich zu retten und „die alten Bande des Vertrauens zwischen der Krone und dem Volke wieder fester zu knüpfen, damit Gesetz und Ordnung walte, der Wohlstand und das gemeinsame Interesse aller friedlichen Bürger gefördert werde". Als die Kammer die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin verlangte, erklärte er, daß er es durchaus nicht für nöthig erachte, daß die Berliner aufrührerische Zeitungen zu lesen bekämen. „Die ungezügelte Preßfreiheit", sagte er, „und das Versammlungsrecht ohne Controlle sind anticipirte Bruchstücke eines zukünftigen Rechtszustandes, Bruchstücke, welche, wo ihnen die Ergänzung durch Repressivgesetze fehlt, jede Regierung zu einem fortwährenden Kriegsfuß gegen den Aufruhr nöthigen". Als sich die Gegner auf den Wunsch und die Souveränetät des Volkes beriefen, sagte er, wie er sich ähnlich in späteren Jahren noch oft ausdrückte, „Was ist das Volk? Es ist kein Ausdruck im letzten Jahre mehr gemißbraucht worden, als das Wort „Volk". Jeder hat Das darunter verstanden, was gerade in seinen Kram paßte, gewöhnlich einen beliebigen Haufen von Individuen, die es ihm gelungen war, für seine Ansicht zu gewinnen. Das wahre preußische Volk hat in der letzten Zeit viel Geduld gezeigt und große Leichtgläubigkeit gegen Diejenigen, die sich seine Freunde nennen". Brust an Brust rang er mit den Liberalen. Sie fordern Amnestie für die Aufrührer der Märztage, und er sagt ihnen, daß sie sich nicht in eine Frage mischen sollten, die das Recht der Krone berührt. Er entwickelt die Gründe, warum er die „Rebellen" nicht begnadigt sehen wolle, mit schneidender Logik. „Der Prinzipienstreit", sagt er, „welcher in diesem Jahre Europa in seinen Grundfesten erschütterte, ist ein solcher, der sich nicht vermitteln läßt. Die Prinzipien beruhen auf entgegengesetzten

Grundlagen, die sich von Hause aus einander ausschließen. Das eine zieht seine Rechtsquelle angeblich aus dem Volkswillen, in Wahrheit aber aus dem Faustrecht der Barrikaden. Das andre gründet sich auf eine von Gott eingesetzte Obrigkeit, auf eine Obrigkeit von Gottes Gnaden und sucht seine Entwickelung in der organischen Anknüpfung an den verfassungsmäßig bestehenden Rechtszustand. Dem einen dieser Prinzipe sind Aufrührer jeder Art heldenmüthige Vorkämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht, dem andern sind sie Rebellen, die unter Umständen allerdings durch die Amnestie gegen den Arm der weltlichen Gerechtigkeit geschützt werden können. Ueber diese Prinzipien wird nicht durch die parlamentarische Debatte, nicht durch Majoritäten von elf Stimmen eine Entscheidung erfolgen können; über kurz oder lang muß der Gott, der die Schlachten lenkt, die eisernen Würfel der Entscheidung darüber werfen. Der Soldat faßt es nicht, daß er einen und denselben Aufrührer mehrmals gefangen nehmen muß, daß derselbe sich ihm immer wieder von Neuem gegenüberstellen wird; ich fürchte also, er wird weniger Gefangene machen, und die weinerliche Sentimentalität unsres Jahrhunderts, welche in jedem fanatischen Rebellen, in jedem gedungenen Barrikadenkämpfer einen Märtyrer findet, wird mehr Blutvergießen herbeiführen, als eine strenge und entschlossene Gerechtigkeit, wenn sie von Anfang an geübt worden wäre, hätte thun können."

Ebenso wie gegen Beschränkung der Rechte der preußischen Krone stemmte sich Bismarck gegen die deutsche Einheitsbewegung, in der er nur den Geist der demokratischen Revolution, getragen von unklaren Doctrinären, zu erblicken glaubte. Er sah vor Allem die Größe und Zukunft Preußens gefährdet und sprach überhaupt dem Volk das Recht ab, sich ein einiges Deutschland über die Köpfe der Fürsten hinweg zuzuschneiden. Er blieb unberührt von der allgemeinen Begeisterung, die aus Frankfurt entstammte, wo eine Versammlung, zu der die edelsten und begabtesten Männer aus allen Gauen Deutschlands gehörten, die Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserreichs beschlossen und eine deutsche Reichsverfassung entworfen hatte. Wohl war das Werk der Frankfurter Nationalversammlung ein sehr theoretisches, das weder mit Oesterreich noch mit den verschiedenen deutschen Fürsten rechnete, doch die Freude darüber war so groß und allgemein, daß nur sehr wenige, praktisch denkende und weitblickende Männer im Voraus wußten, daß der preußische König die deutsche Kaiserkrone, die ihm am 2. April 1849, gerade zur Zeit der ersten Verfassungs-

kämpfe in den preußischen Kammern, angeboten wurde, in ihrem Scheinglanze nimmermehr annehmen würde. Der König wollte keine Krone vom Volke ohne Zustimmung der Fürsten. Das erklärte er den Frankfurter Boten in freimüthiger Weise. Dem alten Dichter Arndt, der ihn persönlich in ergreifender Weise beschworen hatte, die Kaiserkrone zu nehmen und Deutschland zu retten, hatte er vorher geschrieben: „Ist diese Geburt des gräßlich kreisenden 1848sten Jahres eine Krone? — — Es ist das eiserne Halsband einer Knechtschaft, durch welches der Sohn von mehr als vierundzwanzig Regenten, Kurfürsten und Königen, das Haupt von sechszehn Millionen, der Herr des treuesten und tapfersten Heeres der Welt, der Revolution zum Leibeigenen gemacht würde."

Immerhin hatte der König die Kaiserkrone nicht bedingungslos abgelehnt. Dazu hatte er weder Neigung noch Muth. Letzteren besaßen in einer Zeit, da Auflehnung gegen die Frankfurter Beschlüsse fast dem Vaterlandsverrath gleich erachtet wurde, nur Bismarck und seine wenigen Gesinnungsgenossen. In der zweiten Kammer kam es zu stürmischen Auftritten. Die Liberalen waren aufs Tiefste erbittert. Der Minister-Präsident Graf Brandenburg erklärte, daß die Annahme der Krone mit der demokratischen Reichsverfassung als der Hauptsache niemals erfolgen könne. Nach ihm bestieg Bismarck die Tribune, um seinen Standpunkt durch die schärfste Analysirung der Frankfurter Verfassung klarzulegen. Für ihn existirten die „rechtlosen Beschlüsse" der Nationalversammlung nicht. Er erklärte, daß die Anerkennung der Verfassung durch 28 deutsche Regierungen von keinem Einfluß auf die Entschließungen Preußens sein dürfe. Diese Regierungen mit ihren 4 bis 5 Millionen Unterthanen seien dazu bestimmt worden von ihren Ministern, die eilig bemüht seien, „ihre märzerrungenen Stellungen mittelst der constituirten Anarchie, welche von Frankfurt aus dargeboten wird, unter Dach und Fach zu bringen." Preußen mit seinen 16 Millionen Einwohnern dürfe sich nicht durch die 5 Millionen in den Kleinstaaten bestimmen lassen. Die Frankfurter Verfassung, die das Prinzip der Volkssouveränetät aufstelle und der Krone nur ein suspensives Veto einräume, „hat noch tiefer (als die preußische Verfassung) aus dem Brunnen der Theoretiker geschöpft, welche seit dem contrat social nichts gelernt und nichts vergessen haben —, jener Theoretiker, deren Phantome uns in sechs Monaten des vorigen Sommers mehr an Blut, Geld und Thränen gekostet haben, als ein dreiunddreißigjähriger Absolutismus." — „Es wird nicht lange dauern, so werden die Radikalen vor den neuen Kaiser hintreten und ihn fragen: „Glaubst Du, dieser Adler sei Dir geschenkt?" Je fester man in dem

Augenblick, wo Europa anfängt, sich von dem Taumel der Revolution zu erholen, den Frankfurter Souveränetätsgelüsten entgegentrete, ruft er, desto eher würde Preußen im Stande sein, die deutsche Einheit herbeizuführen. Ehe aber der König zum Vasallen der radikalen Einheitsschwärmer herabsteige, wolle er lieber, daß Preußen Preußen bleibe. „Preußen", so schloß er seine denkwürdige Rede, „wird als solches stets in der Lage sein, Deutschland Gesetze zu geben, nicht, sie von andern zu empfangen. Meine Herren! Ich habe als Abgeordneter die Ehre, die Kur- und Hauptstadt Brandenburg zu vertreten, welche dieser Provinz, der Grundlage und Wiege der preußischen Monarchie, den Namen gegeben hat, und fühle deshalb mich um so stärker verpflichtet, mich der Diskussion eines Antrages zu widersetzen, welcher darauf hinausgeht, das Staatsgebäude, welches Jahrhunderte des Ruhmes und der Vaterlandsliebe errichtet haben, welches von Grund auf mit dem Blute unserer Väter gekittet ist, zu untergraben und einstürzen zu lassen. Die Frankfurter Krone mag sehr glänzend sein, aber das Gold, welches dem Glanze Wahrheit verleiht, soll erst durch das Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden, und ich habe kein Vertrauen, daß der Umguß mit der Form dieser Verfassung gelingen werde."

Bismarck hatte im Sinne der Regierung gesprochen, aber nicht in dem der Kammer. Letztere verlangte die Annahme der Kaiserkrone und Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin. Die Regierung antwortete mit Auflösung der Kammer und Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts, an dessen Stelle sie ein verzwicktes Dreiklassenwahlsystem setzte, welches eine gefügige Kammermehrheit sichern sollte. Die Revolution begann, und auf der andern Seite drohte die Demokratie, das deutsche Einheitswerk nun ohne die Fürsten durchsetzen zu wollen, während es ihr in Wahrheit nunmehr um den Sturz aller Throne zu thun war. In Dresden, der Pfalz und Baden brach Aufruhr und Bürgerkrieg aus und preußische Truppen mußten zur Unterdrückung der Revolution dienen.

In den neuen preußischen Kammern, die im August 1849 zusammentraten und infolge des neuen Wahlgesetzes conservativ ausgefallen waren, kam zunächst die „Deutsche Frage" zur Sprache. Preußen hatte, um einen Ersatz für das Scheitern der Frankfurter Einheitsbestrebungen zu bieten, mit den deutschen Mittelstaaten Verhandlungen angeknüpft und das sogenannte „Dreikönigsbündniß" zwischen Hannover und Sachsen abgeschlossen. Generallieutenant v. Radowitz, der Hauptträger dieser neuen Einheitsidee, legte der zweiten Kammer den diesbezüglichen Stand der

Dinge vor. In der Debatte sprach Bismarck als Führer der Rechten und empfahl die Annahme des Bündnisses. Nicht daß er sich mit dem Verfassungsentwurfe, welcher dem Vertrage zu Grunde lag, vollständig einverstanden wußte, er sah aber in dieser Meinungsverschiedenheit keinen Grund, einem Ministerium seine Unterstützung zu entziehen, in dem er die Vertreter gesellschaftlicher und staatlicher Civilisation, gegenüber der Demokratie, anerkannte und ehrte. Auch konnte er bei der Gelegenheit nicht den Wunsch unterdrücken, „daß es das letzte Mal sein möge, daß die Errungenschaften des preußischen Schwertes mit freigebiger Hand weggegeben würden (er meinte die der Krone durch die Revolution abgerungenen Zugeständnisse), um die nimmersatten Anforderungen eines Phantoms zu befriedigen, welches unter dem fingirten Namen von Zeitgeist oder öffentlicher Meinung die Vernunft der Fürsten und der Völker mit seinem Geschrei betäubt, bis jeder sich vor dem Schatten des anderen fürchtet und alle vergessen, daß unter der Löwenhaut des Gespenstes ein Wesen steckt von zwar lärmender, aber wenig furchtbarer Natur." Er wies darauf hin, daß der Versuch, den geplanten neuen Bundesstaat auf die durch den Bund vertretene Conföderation aufzupfropfen, wahrscheinlich in einem „Streit um des Kaisers Bart" endigen würde, und lachte über den Gedanken, daß Preußen für all seine Opfer Genugthuung finden sollte, „in dem schönen Bewußtsein, eine uneigennützige, edle Politik verfolgt zu haben." Die Politik Friedrichs des Großen war oft in Verbindung mit dem Unionsantrage erwähnt worden, aber Bismarck hatte für den Vergleich nur Hohn. „Friedrich II. hätte das Gutachten (eine Lösung der Frage betreffend) nicht gemacht," so führte er aus; „ich glaube vielmehr, daß er sich an die hervorragendste Eigenthümlichkeit preußischer Nationalität, an das kriegerische Element in ihr gewandt haben würde, und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute wie zu den Zeiten unserer Väter, der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seinen Reiz für ein preußisches Ohr nicht verloren hat, mag es sich um eine Vertheidigung unserer Grenzen, mag es sich um Preußens Ruhm und Größe handeln." „Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben. Ich weiß, daß ich mit diesen Worten das Bekenntniß der preußischen Armee, das Bekenntniß der Mehrzahl meiner Landsleute ausspreche, und ich hoffe zu Gott, daß wir auch noch lange Preußen bleiben werden, wenn dieses Stück Papier (die deutsche Verfassung) vergessen sein wird wie ein welkes Herbstblatt."

Die Arbeit der Verfassungsrevision in der zweiten Kammer gab Bismarck Gelegenheit, mit Zähigkeit für die Reaction einzutreten. Er will bei

der Festsetzung des Steuerbewilligungsrechts den Kammern keine Handhabe geben, die Selbstständigkeit des Königthums zu schwächen. Parlamentarische Regierung ist ihm gleichbedeutend mit Zerrüttung. In den Zuständen Frankreichs sieht er keine Aufforderung, „uns das Nessusgewand der französischen Staatslehren auf unseren gesunden Körper zu ziehen". Denen, die stets England als Vorbild citiren, ruft er zu: „Die Berufungen auf England sind unser Unglück; geben Sie uns alles Englische, was wir nicht haben, geben Sie uns englische Gottesfurcht und englische Achtung vor dem Gesetze, die gesammte englische Verfassung, aber auch die gesammten Verhältnisse des englischen Grundbesitzes, englischen Reichthum, besonders aber ein englisches Unterhaus, kurz und gut Alles, was wir nicht haben, dann will ich auch sagen, Sie können uns nach englischer Weise regieren." Er verlangte, daß die Krone durch das einseitige Steuerbewilligungsrecht der Kammern nicht zur Unterwürfigkeit gegen letztere gezwungen werden dürfe, denn er befürchtet, „daß das preußische Volk in Zukunft ebensogut des Schutzes einer kräftigen Krone gegen die Kammern bedürfen wird, wie umgekehrt". Er tritt für Zunftzwang ein, da die Gewerbefreiheit die Verarmung der arbeitenden Klassen, die ohnehin durch den Druck des Capitals zu leiden hätten, verursache. „Es ist wahr," sagte er, „die Gewerbefreiheit liefert wohlfeile Waaren, es möchten uns aber unsere wohlfeilen Röcke zuletzt unbehaglich auf dem Leibe sitzen, wenn die Verfertiger daran verzweifeln müßten, sich auf ehrliche Weise zu ernähren." Die Civilehe verwirft er in einer glänzenden Rede, in der er den christlichen Charakter des preußischen Staates gegen alle rationalistische Lehren vertheidigte. Er will nicht die Kirche zur „Schleppenträgerin der subalternen Bureaukratie" gemacht sehen. „Haben Sie dem Menschen den geoffenbarten Unterschied zwischen gut und böse, den Glauben daran genommen, so können Sie ihm wohl beweisen, daß Raub und Mord durch die Gesetze, welche die Besitzenden zum Schutze ihres Eigenthums und ihrer Personen gemacht haben, mit schweren Strafen bedroht werden, aber Sie werden ihm nimmermehr beweisen, daß irgend eine Handlung an und für sich gut oder böse sei. Ich habe in dieser Zeit manchen Lichtfreund zu der Erkenntniß kommen sehen, daß ein gewisser Grad von positivem Christenthum dem gemeinen Manne nöthig sei, wenn er nicht der menschlichen Gesellschaft gefährlich werden soll. So lange diese unklaren Bekenner der Humanitätsreligion nicht zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß ihnen selbst dieser „gewisse Grad" am allernöthigsten sei, so lange kann ich mich nicht des traurigen Gedankens erwehren, daß es uns noch lange nicht schlecht genug gegangen ist." — — — — „Fahren wir auf diesem Wege fort, machen

wir den Artikel 11, die Gewährleistung eines jeglichen Kultus, insoweit zur Wahrheit, daß wir auch den Kultus derjenigen demokratischen Schwärmer, die in den jüngsten Versammlungen ihren Märtyrer, Robert Blum, auf gleiche Linie mit dem Heiland der Welt stellen, durch Gendarmen gegen Störung schützen lassen, so hoffe ich es noch zu erleben, daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert, denn noch steht der Glaube an das geoffenbarte Wort Gottes im Volke fester, als der Glaube an die seligmachende Kraft irgend eines Artikels der Verfassung!" Aus allen seinen Reden klang den Liberalen nur ein völliger Mangel von Verständniß der treibenden Ideen des Volkes hervor. Er war und blieb ihnen der beschränkte mittelalterliche Junker.

Trotzdem Hannover und Sachsen bereits sich schon beeilt hatten, das „Dreikönigsbündniß" aufzugeben, trat doch das zur Verwirklichung des Radowitz'schen Unionsplanes nach Erfurt berufene Parlament am 20. März 1850 zusammen. Dieses Parlament bestand aus einem „Staatenhaus" und einem „Volkshaus." Die Demokraten hatten sich an den Wahlen gar nicht betheiligt. Für sie war die Unionsidee, weil von den Fürsten ausgegangen, von vorneherein verurtheilt. Die gemäßigten Liberalen hatten indessen ihre besten Männer nach Erfurt geschickt und waren entschlossen, den Radowitz'schen Plan, in dem sie wenigstens einen Anfang zur Herstellung eines einigen Deutschlands erblickten, nach Kräften zu unterstützen. Die Conservativen im „Volkshaus" standen unter Führung von Bismarck, Gerlach und Stahl. Letzterer kennzeichnete die Stellung der Gegner von Radowitz durch den Ausspruch: „Darum ist unsere Losung nicht: Bundesstaat um jeden Preis, sondern: Unversehrheit der preußischen Krone um jeden Preis." Bismarck begründete diese Losung am 15. April in einer Rede. Er sah in dem geplanten Bund weiter nichts als eine von dem ihm verhaßten liberalen Geist geplante Schwächung Preußens zu Gunsten der nördlichen Kleinstaaten (nur von diesen war das Erfurter Parlament beschickt worden). Er wollte den 5 Millionen Einwohnern der Kleinstaaten nicht das Recht eingeräumt sehen, im Fürstenrath mehr Macht zu haben, als die 16 Millionen Preußen. „Es ist mir ein schmerzliches Gefühl gewesen," sagte er, „hier Preußen zu sehen und nicht nur nominelle Preußen (Anspielung auf Herrn von Radowitz, der nicht Preuße von Geburt war), die diese Verfassung mit Wärme vertheidigt haben, ein Gefühl, dessen Bitterkeit bei Eröffnung dieser Versammlung dadurch nicht gemindert wurde, daß ich die Sitze, auf denen wir tagen, mit Farben geschmückt sah, die nie die Farben des deutschen Reiches gewesen sind, wohl aber seit zwei Jahren die Farbe des Aufruhrs und der Barrikaden. Das sind Farben,

die in meinem Vaterlande neben den Demokraten nur der Soldat in trauerndem Gehorsam trägt. Wenn sie dem preußischen, dem altpreußischen Geiste, nennen Sie ihn stockpreußisch, wenn Sie wollen, nicht mehr Concessionen machen, als es bis jetzt in dieser Verfassung geschehen ist, dann glaube ich nicht an eine Verwirklichung derselben, und wenn Sie sich bemühen, diese Verfassung jenem preußischen Geiste aufzuzwängen, so werden Sie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit muthiger Freude trägt, der aber den unberufenen Sonntagsreiter mitsammt seiner schwarz-roth-goldenen Zäumung auf den Sand setzt.' Einen Trost gegen diese Eventualitäten finde ich indessen in dem festen Glauben, es wird nicht lange Zeit vergehen, so werden die Parteien zu dieser Verfassung stehen, wie in einer Lafontaine'schen Fabel zwei Aerzte zu dem Patienten, dessen Leiche sie verlassen. Der Eine sagt: „Er ist todt, ich habe es gleich gesagt!" Der Andere: „Hätte er meinen Rath befolgt, so würde er noch leben.""

Das Erfurter Parlament nahm indessen die Union und die Verfassung an, doch nicht, um etwas Lebenskräftiges zu schaffen, sondern nur, um die Machtfrage zwischen Oesterreich und Preußen heraufzubeschwören. Der Leiter der österreichischen Politik, Fürst von Schwarzenberg, spielte gegen die Radowitz'sche Union eine gewaltige Trumpfkarte aus, indem er alle Regierungen des deutschen Bundes „zur Revision der Bundesverfassung" nach Frankfurt berief und ungeachtet des Protestes Preußens und seiner schwachen Verbündeten den alten deutschen Bundestag wiederherstellte. Die Verfassungswirren in Kurhessen bildeten gleichzeitig für Oesterreich eine Handhabe zur Bethätigung der faktischen Macht des alten Bundestages. Letzterer schickte dem Kurfürsten von Hessen österreichisch-baierische Truppen zu Hülfe, während preußische Regimenter zur Stelle marschirten, um das hessische Volk zu schützen. In seiner Noth appellirte der König von Preußen an Rußland und Kaiser Nicolaus sagte dem Grafen v. Brandenburg: „Ich werde dem, der zuerst schießt, den Krieg erklären." Preußen zog seine Truppen, die von Kampfbegierde brannten, zurück. Radowitz wurde, nicht zum Mindesten auch auf Betreiben Bismarcks, der im Herbst 1850 ein häufiger Gast bei den königlichen Hofjagden war, entlassen und Herr von Manteuffel, der stets auf das Aufgeben der Union gedrungen hatte, wurde auswärtiger Minister. Oesterreich war damit noch nicht zufrieden. Die Haltung des Fürsten von Schwarzenberg, der Preußen unbedingt zur Rückkehr zum alten Bundestag zwingen wollte, wurde so drohend, daß Preußen die Armee mobil machen mußte. Auch Oesterreich war bereit, jeden Augenblick loszuschlagen. Doch es kam nicht zu einem Kriege, der wahrscheinlich

ein anderes Ende genommen haben würde, als der 16 Jahre später erfolgte Entscheidungskampf. Der König von Preußen entschloß sich im letzten Augenblick zur Unterwerfung. Preußen war, wie der Kriegsminister im Ministerrathe erklärte und was Bismarck als Vertreter der Regierung wußte und den conservativen Abgeordneten mittheilte, militärisch Oesterreich nicht gewachsen. Rußland stand auf Seiten Oesterreichs, und England, welches vorher große Sympathieen für die Erfurter Union geheuchelt hatte, ließ Preußen im Stich. So erklärte sich denn der König bereit, Manteuffel nach Olmütz zu schicken, um mit Fürst von Schwarzenberg zu conferiren. Die Olmützer Punctation wurde unter Zustimmung Rußlands am 29. November 1850 unterzeichnet. Das schwer gedemüthigte Preußen erklärte sich darin bereit, die Unionspläne bedingungslos aufzugeben, der „Bundesexecution" in Hessen und in Schleswig-Holstein (zur Unterwerfung unter den König von Dänemark) freien Lauf zu lassen und eine Conferenz in Dresden behufs endgültiger Regelung der Bundesfragen zu beschicken.

Die preußische Regierung hatte in den Kammern die schwere Aufgabe, die Schmach von Olmütz zu vertheidigen. Es war Bismarck, der diese Aufgabe übernahm. Es mag ihm als leidenschaftlichen preußischen Patrioten schwer geworden sein, aber dem ebenso leidenschaftlichen Bekämpfer der Demokratie, der in dem Radowitz'schen Unionsplan nur den phrasenreichen Liberalismus erkannte, wurde es leicht. Am 3. Dezember 1850 hielt er in der zweiten Kammer eine Rede, in welcher er die Gründe, weswegen Preußen die Pflicht gehabt habe, den Krieg zu vermeiden, in meisterhafter Weise und mit bitteren Ausfällen gegen die Demokraten auseinandersetzte. „Man verlange," sagte er, „daß Preußen mit zwei Großmächten Krieg beginnen sollte, während eine dritte (Frankreich) beuteluſtig an unseren Grenzen rüstet und sehr wohl weiß, daß im Dome zu Köln ein Kleinod zu finden ist, welches geeignet wäre, die Revolution in Frankreich zu schließen und die dortigen Machthaber zu befestigen, nämlich die französische Kaiserkrone." Denjenigen, die von verletzter Ehre der preußischen Armee sprechen und die ihm dieselben Demokraten sind, die 1848 Barrikaden gegen die Armee bauten, ruft er zu: „Die preußische Ehre besteht nach meiner Ueberzeugung nicht darin, daß Preußen überall in Deutschland den Don Quixote spiele für gekränkte Kammer-Celebritäten, welche ihre lokale Verfassung für gefährdet halten. Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen vor allem sich von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie entfernt halte, daß Preußen an der vorliegenden wie in allen andern Fragen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung, daß dasjenige, was Preußen und Oesterreich

nach gemeinschaftlicher unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig halten, durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands gemeinschaftlich ausgeführt werde." Im Uebrigen betonte Bismarck ausdrücklich, daß er, obwohl er in dem Zwange, die Radowitz'sche Union aufzugeben, durchaus keinen Kriegsfall sehen könne, doch wünsche, daß Preußen nicht eher entwaffnen solle, als bis die Conferenz in Dresden ein positives Resultat ergeben habe.

Noch viele Jahre mußte Bismarck hören, daß er die Schmach von Olmütz nicht nur vertheidigt habe, sondern sogar mit verantwortlich dafür sei. Erst nachdem seine „Blut- und Eisen"-Politik triumphirt und er bewiesen hatte, daß nur durch ein starkes und mächtiges Preußen Deutschland einig werden konnte, erst dann begriff man seine Vertheidigung von Olmütz, für welches nicht er verantwortlich war, sondern Diejenigen, die damals Oesterreich aus dem deutschen Bund verdrängen wollten, ohne die Macht dazu zu besitzen. Bismarck setzte in der Kammer seinen Kampf gegen die Demokratie mit Leidenschaft fort. Er bot seine ganze Kraft auf, um die Errungenschaften von 1848 rückgängig zu machen, und wenn er in seinem Sträuben gegen alle parlamentarischen Einrichtungen zu weit ging, so handelte er doch zielbewußt in seinen, mit einem wahren Fanatismus vorgebrachten Protesten gegen jegliche parlamentarische Beschränkung der Regierung in ihrem Rechte, die Armee nach ihrem Plane zu organisiren und zum Fundament von Preußens Stellung als Großmacht zu machen. Mit trotzigster Kundgebung seines felsenfesten Glaubens an den Sieg seiner preußischen Ideen beendete er seine parlamentarischen Lehrjahre, die ihm bei seinen Gegnern kaum mehr eingetragen hatten, als den Namen „preußischer Junker" und gar die Bezeichnung „ein verlorener Sohn des großen deutschen Vaterlandes".

Inzwischen entwickelte sich die Schmach von Olmütz zu ihrer ganzen Größe. Die Dresdener Conferenz endete mit einem vollständigen Triumph des Fürsten von Schwarzenberg, der nichts weiter zugestand, als Rückkehr zum deutschen Bundestag unter dem Vorsitz Oesterreichs. Damit waren also die Hoffnungen auf Deutschlands Einigung zu Grabe getragen und der Zustand vor 1848 wieder hergestellt. Der deutsche Bundestag trat wieder in Frankfurt zusammen und der König ernannte im Mai 1851 zum Vertreter Preußens auf demselben — Herrn von Bismarck-Schönhausen.

3. Am Bundestage in Frankfurt, Gesandter in St. Petersburg und Paris — 1851 bis 1862.

Bismarcks Thätigkeit am deutschen Bundestage in Frankfurt gestaltete sich von vornherein zu einem unablässigen, zähen und durchaus zielbewußten Kampf gegen die Uebergriffe Oesterreichs, zu einer Beseitigung der Hindernisse, die der selbstständigen Entwickelung Preußens zur Großmacht entgegenstanden und damit zur Schaffung der Grundlage für die Lösung der deutschen Frage. Wenn er bei seiner Ankunft in Frankfurt noch von der Anschauung beherrscht war, daß es sich vor Allem um Wiederherstellung des durch die „Märzerrungenschaften" gestörten guten Einvernehmens zwischen Preußen und Oesterreich handele, so war er davon bereits in wenigen Wochen geheilt und er trat thatsächlich bereits als ein offener Widersacher Oesterreichs auf, sobald er als Nachfolger des Generals von Rochow, dem er zuerst als Geh. Legitationsrath und erster Secretär beigegeben war, dessen Amt als Bundestagsgesandter am 18. August 1851 übernommen hatte.

Die Aufgaben des Bundestages, als des ausführenden Organs des durch den Wiener Congreß im Jahre 1815 gegründeten deutschen Bundes, waren nicht die eines Parlaments. Der Bundestag war eine berathende Körperschaft, die in geheimen Sitzungen die Beziehungen der Bundesstaaten unter sich zu regeln hatte, wobei es auf diplomatische Ränkespiele seitens der Vertreter der Staaten in erster Linie ankam. Von den Vertretern der vierunddreißig Mittel- und Kleinstaaten, die zusammen über fünfzehn Stimmen verfügten, während Preußen nur eine besaß, stand die Mehrheit unter dem Einfluß Oesterreichs, dessen Leiter, Fürst Schwarzenberg, das Ziel verfolgte, Preußen zu demüthigen und zu vernichten. Bismarck erkannte demgemäß sofort, daß so lange keine Machtverschiebung in der Zusammensetzung des Bundestages möglich war, Preußen ohnmächtig dem Zwange Oesterreichs preisgegeben bleiben müsse. Daß er dem Gros der in Frankfurt versammelten Diplomaten geistig weit überlegen war, hatte er schon gleich begriffen, während es bei ersteren sehr lange dauerte, ehe ihnen eine Ahnung davon kam, welches Genie ihnen in der Person des preußischen Gesandten gegenüberstand. Das war kein Wunder, denn Bismarck galt ja in seiner Heimath selbst, ausgenommen in den engeren Kreisen der Regierung, gar nichts. Eine Zeitung der gegnerischen Presse bemerkte von ihm, „daß dieser Bursche unverschämt genug wäre, das Commando einer Fregatte zu übernehmen oder eine ärztliche Operation auszuführen, obwohl er von beiden nichts verstände." Selbst der Prinz von Preußen, damals Militär-

Gouverneur von Mainz, der allerdings bald die Grundlage für die welthistorischen Beziehungen legte, welche beide Männer später unauflöslich verband, war erstaunt darüber gewesen, daß „dieser Landwehrlieutenant wirklich unser Gesandter beim Bundestage werden" sollte. General von Rochow erwiderte: „Allerdings, und ich glaube, daß die Wahl eine gute ist." Dieser vortreffliche Mann hatte in einem Schreiben an den Minister von Manteuffel folgendes Bild von Bismarcks Eigenschaften entworfen: „Es gehören dazu vornehmlich: Entschiedenheit und Festigkeit des Charakters, Würde und Anstand im Lebenswandel, Wohlwollen im Umgang, reiche Menschenkenntniß, Vorsicht im Ausdruck, die Gabe, Vertrauen zu erwecken und Achtung zu erwerben, sowie Geschäftserfahrung. Der ausgezeichnete Mann, welchen des Königs Majestät für die hiesige dornenvolle Aufgabe in all' Ihrer Weisheit aus der Zahl mehrerer wahrer und hingebender Patrioten auszuersehen geruhte, besitzt so hervorleuchtende Verstandes- und Charaktereigenschaften, daß er, was ihm vielleicht für den nächsten Moment an Erfahrung noch abgehen möchte, durch andere überwiegend nützliche Eigenschaften und selten anzutreffende große Gaben hinreichend ersetzt. Derselbe ist ganz unstreitig eine Zierde der preußischen Ritterschaft, ein Stolz derjenigen Wohlgesinnten, welche mit Muth und Hingebung für den Glanz der Krone, sowie für die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes unabläßig arbeiten, ja, ich möchte nicht anstehen, die Behauptung auszusprechen, daß eine solche Persönlichkeit in vieler Hinsicht für den hiesigen Posten zu gut ist, insofern nämlich so bewährte Eigenschaften mehr für ein thatkräftiges Einschreiten für eine höchste Stelle im Innern des Vaterlandes vorzugsweise berufen zu sein scheinen....."

Bismarck selbst beschrieb den Bundestag als aus schläfrigen, unbedeutenden Geschöpfen zusammengesetzt, die nur dann erträglich waren, „wenn ich wie Pfeffer unter ihnen erschien". Er studirte seine Collegen mit der „Ruhe eines Naturforschers" und charakterisirte sie in köstlichen Briefen und amtlichen Berichten. „Frankfurt ist gräßlich langweilig," schreibt er an seine Frau, „es sind lauter Lappalien, mit denen die Leute sich quälen, und diese Diplomaten sind mir schon jetzt mit ihrer wichtigthuenden Kleinigkeitskrämerei viel lächerlicher, als der Abgeordnete der zweiten Kammer im Gefühl seiner Würde. Ich habe nie daran gezweifelt, daß sie alle mit Wasser kochen, aber eine solche nüchterne, einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein einziges Fettauge zu spüren ist, überrascht mich. Schickt den Schulzen X oder Herrn von ?arsky aus dem Chausseehause her, wenn sie gewaschen und gekämmt sind, so will ich in der Diplomatie Staat mit

ihnen machen. In der Kunst, mit vielen Worten gar nichts zu sagen, mache ich reißende Fortschritte."

Einem politischen Freund schrieb er: „Die Oesterreicher sind intriguant unter der Maske burschikoser Bonhomie....und suchen uns bei kleineren Formalien zu übertölpeln, worin bis jetzt unsere einzige Beschäftigung besteht. Die von den kleinen Staaten sind meist carikirte Zopfdiplomaten, die sofort die Bericht-Physiognomie aufstecken, wenn ich sie nur um Feuer zur Cigarre bitte, und Blick und Wort mit Regensburger Sorgfalt wählen, wenn sie den Schlüssel zum A.... fordern.... Bei uns singt jeder seine eigene Melodie, verläumdet den andern und schreibt Spezialberichte nach Berlin.... Wenn ich hier selbstständig werden sollte, so werde ich mein Feld von Unkraut säubern oder urplötzlich wieder nach Hause gehen."

Bismarck wurde denn auch sehr bald „selbstständig". Der erste Schritt, den Fürst Schwarzenberg gegen Preußen im Sinne hatte, war Beitritt Oesterreichs in den Zollverein, durch welchen Preußen die Kleinstaaten an sich geknüpft hatte. Fürst Schwarzenberg vermochte freilich diesen Zollverein nicht aufzulösen, aber er gedachte ihn durch Beitritt Oesterreichs unter den Bundestag zu bringen und so in ihm zu herrschen. Als Graf Thun, der österreichische Bevollmächtigte, diese Pläne offen auseinandersetzte, erklärte Bismarck, daß Preußen niemals darein willigen würde. Der Anmaßung des Grafen Thun, der den Bundestag autokratisch beherrschte und Preußen bei jeder Gelegenheit zu demüthigen versuchte, setzte Bismarck eine schneidende Kälte gegenüber. In Berlin war man schwankend. Manteuffel war geneigt, die principielle Opposition Bismarcks gegen Oesterreich gutzuheißen, doch der König konnte der Hoffnung nicht entsagen, daß das Einvernehmen zwischen den beiden Mächten wiederhergestellt werde. Fürst Schwarzenberg starb im April 1852, doch sein Nachfolger, Graf Buol, setzte dieselbe Politik gegen Preußen fort. In der Meinung nun, daß es nur die persönlichen Antipathieen zwischen den Vertretern Oesterreichs und Preußens in Frankfurt seien, welche einer Einigung im Wege ständen, schickte der König im Juni 1852 Bismarck nach Wien. Graf Buol empfing ihn kalt und weigerte sich, Bismarcks Darlegung, daß die Frage des Zollvereins keine politische sei und daß Oesterreich ja einen Handelsvertrag mit den Zollvereinsstaaten schlichten könne, als eine Basis der Verhandlungen anzuerkennen. Handelsverträge, sagte er, schließe man mit fremden Mächten, doch Oesterreich wolle sich nicht als fremde Macht in Deutschland behandeln lassen. Auch vom Kaiser Franz Joseph, den Bismarck in Pest aufsuchte und von dem er sonst sehr freundlich aufgenommen wurde, konnte keine Aenderung der Absicht Oesterreichs, Eintritt in den Zollverein zu

erzwingen, erlangt werden. Bismarck gewann den Eindruck, daß Oesterreich eine politische Frage daraus zu machen und die Auflösung des Zollvereins zu betreiben entschlossen sei. Nach Frankfurt zurückgekehrt, fand er an Stelle des Grafen Thun den General Prokesch als Oesterreichs Bevollmächtigten und Präsidenten des Bundestages vor, und die Reibereien mit diesem wurden noch schärfer als mit seinem Vorgänger. Die Mehrheit des Bundestags hielt nach wie vor zu Oesterreich, und Bismarck rieth seiner Regierung, sich in allen Fragen abwartend zu verhalten und keinen positiven Schritt zu thun. Zwietracht unter den Bundesfürsten war das Kennzeichen des deutschen Bundes, und Oesterreich schürte sie gegen Preußen. Welch kleinlicher Geist da herrschte, geht am besten aus dem Schicksal der 1848 gegründeten „Deutschen Flotte" hervor. Der Streit um die armseligen Schiffe, für deren Beschaffung Oesterreich seiner Zeit keinen Pfennig beigetragen hatte, endete, um Blutvergießen zu vermeiden, mit ihrer Versteigerung. Bismarck war von dem Treiben so angeekelt, daß er die Bemerkung machte, daß das Heine'sche „O Bund, du Hund, du bist nicht gesund" bald mittelst einstimmigen Beschlusses zum Nationalgesang der Deutschen erhoben werden würde.

Inzwischen war Louis Napoleon Kaiser der Franzosen geworden. Preußen und Oesterreich sahen in ihm zunächst den Erwürger des Drachens der Demokratie und versagten ihm nicht die Anerkennung. Oesterreich that dies mit einer Hast, welche das Motiv deutlich verrieth. Der Beschluß, durch welchen die beiden deutschen Mächte Napoleon mittheilten, daß sie bereit seien, ihre Botschafter in Paris auf's Neue zu beglaubigen, war an die Bedingung geknüpft, daß der Kaiser der Franzosen den Frieden Europas zu erhalten und die bestehenden Verträge zu achten versprechen würde. Wie Napoleon dieses Versprechen auffaßte, erfuhr die Welt später.

Vor der Hand waren es die orientalischen Wirren, welche Preußen wiederum in Gegensatz zu Oesterreich brachten. Preußen befolgte in der orientalischen Krise eine unklare und gewundene Politik. Der König schwankte wie ein Rohr im Winde. Er wollte keinen Bruch mit Rußland herbeiführen, andererseits aber auch Oesterreich, dessen Interessen es naturgemäß auf die Seite der Westmächte trieb, nicht beleidigen. Doch Bismarck war keinen Augenblick unschlüssig. Nicht allein, daß er und die conservative Partei in Preußen von jeher russenfreundlich waren, so sah er auch die Gelegenheit gekommen, Oesterreich klar zu machen, daß es Preußens Unterstützung nicht umsonst haben könne. Durch die Unentschlossenheit des Königs beunruhigt, schrieb er schon am 15. Juli 1853 an seinen Vorgesetzten: „Ich fürchte auch, daß wir in der orientalischen Frage wiederum

Oesterreich unsern vollsten ehrlichsten Beistand leisten, ohne uns den mindesten Dank auszubedingen, und doch sind die Fälle, wo Oesterreich in der europäischen Politik unserer bedarf oder uns fürchtet, die einzigen, wo wir in der deutschen Politik Fortschritte machen können. Wenn ich doch Sr. Majestät dieses wie ein „Herr, gedenke der Athener" alle Tage vorhalten dürfte. Ich sehe in der That nicht, warum wir, ohne zwingende Ursache oder starke Lockung überhaupt, voreilig Partei nehmen müssen. Eine bewaffnete Neutralität, womöglich in Verbindung mit den anderen deutschen Staaten und Belgien, würde eine unseren Interessen entsprechende und würdige Stellung sein.... Bricht der Krieg aber doch aus, so denke ich, Ew. Excellenz ruhige Kaltblütigkeit wird der Aufregung anderer Rathgeber nicht nachgeben, und wir uns keine blutigen Köpfe holen „wegen der schönen Augen irgend Jemandes" — — — — Können wir etwas profitiren, so ist es allerdings anders."

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtete Bismarck die Stellung Preußens während des ganzen Krimkrieges. Er wurde nicht müde, dem Könige und dem Minister Manteuffel immer und immer wieder mit leidenschaftlichem Eifer in allen seinen Berichten dringend zu empfehlen, eine von Oesterreich unabhängige europäische Politik zu befolgen. Das ewige Zaudern und Schwanken seiner Regierung, die sich dadurch bei allen Mächten mißliebig machte, bestärkte ihn nur darin, an dem Standpunkt festzuhalten, den sein staatsmännischer Blick für den einzig richtigen erkannt hatte und mit dessen Durchführung er seinen Kampf gegen Oesterreich und den Bundestag auf die Bühne der europäischen Politik übertrug. Oesterreich suchte den Bund dazu zu bewegen, ein militärisches Einschreiten gegen Rußland im Verein mit Frankreich und England zu unterstützen. Bismarck arbeitete, soweit es in seiner Macht lag, dagegen. Er konnte es indessen in seiner Stellung, die ja höchstens eine rathgebende, aber keine leitende am Hofe war, nicht verhindern, daß Oesterreich schließlich dennoch ein Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen zu Wege brachte, wohl aber gelang es ihm, seiner Regierung die Eigennützigkeit Oesterreichs und die unbelohnte Dienstbereitschaft Preußens klar genug zu machen, um wenigstens die Bethätigung dieses Schutz- und Trutzbündnisses zu hintertreiben. „Mir schwebt der Gedanke als Schreckbild vor," schließt er einen Bericht, den er nach Abschluß des Bündnisses schrieb, „daß wir die Anstrengungen und Gefahren im Dienste Oesterreichs (in einem Kriege gegen Rußland) übernehmen könnten, für dessen Sünden der König so viel Nachsicht hat, als ich mir von unserem Herrn im Himmel für die meinigen wünsche".

Bismarcks Groll gegen Oesterreich war so öffentlich und seine Ver-

suche, Preußen neutral zu halten, wurden so notorisch, daß verschiedene Cabinette über ihn beim König Klage führten. „Diese Politik wird Preußen zu einem Jena führen," sagte der französische Botschafter in Berlin, Marquis de Moustier, hochmüthig zu Bismarck, worauf dieser stolzen Blickes erwiderte: „Warum nicht zu einem Leipzig oder einem Waterloo?" Der Herr Marquis beschwerte sich beim König über die Arroganz seines Frankfurter Gesandten, doch ohne Erfolg. Wer in des Himmels Namen war dieser Herr von Bismarck, daß er sich eine solche Sprache gegen einen Botschafter des französischen Kaiserreichs erlauben durfte? Der Engländer Charles Lowe sagt in dieser Beziehung in seinem Buche „Fürst Bismarck" Folgendes: „Es steht fest, daß die von Preußen während des Krimkrieges und vorher verfolgte Politik bei all ihrem Schwanken und scheinbarer Falschheit mit den persönlichen Ansichten Bismarks übereinstimmte; und es ist jetzt kaum noch fraglich, daß diese Politik mit seinen Absichten übereinstimmte, da sie in hohem Grade die Folge derselben war. Aber wer hätte sich damals wohl träumen lassen, daß ein gewisser Herr von Bismarck schon begonnen hatte, die Gestaltung und Geschicke Europas in seine Hand zu nehmen? Welcher europäische Staatsmann hätte damals die Zeichen der Zeit richtig zu deuten vermocht? Der arme Marquis de Moustier hatte allen Grund, sowohl überrascht wie unwillig auszusehen, als er die Antwort erhielt, sich auf ein zweites Leipzig und auf ein zweites Waterloo gefaßt zu machen. Nur weil er sich weigerte, die Schlachten seiner Nachbarn zu schlagen, wurde der König von Preußen geschmäht und bedroht, wie wenn er der ungehorsame Vasall der westlichen Mächte und kein unabhängiger Fürst gewesen wäre; aber auf den Rath seiner weisesten Berather, zu denen sein eigenes Gewissen und sein Gesandter in Frankfurt zählten, blieb er fest. Und Jedermann ist heute, um mit Leopold von Ranke zu sprechen, davon überzeugt, daß seine strenge Neutralität während des Krimkrieges die Bedingung war, die den großen Ereignissen, die später Deutschlands Einheit schufen, vorangehen mußte."

Sebastopol fiel am 11. September 1855, ehe es noch Oesterreich gestattet war, gegen Rußland zu marschiren. Der bald darauf erfolgte Tod des Czaren Nicolaus erleichterte das Zustandekommen von Friedenspräliminarien. Am 25. Februar 1856 wurde in Paris ein Congreß zur Abschließung eines definitiven Friedens eröffnet, der am 30. März zur Unterzeichnung gelangte. Da Preußen sich an dem Kriege in keiner Weise betheiligt hatte, so erhielt es, vornehmlich weil Oesterreich, dann auch England sich widersetzte, anfänglich keine Einladung zu den Pariser Unterhandlungen, was der König sehr schmerzlich empfand. Bismarck dagegen hielt

das weder für den Bund, noch für Preußen für ein Unglück. Schließlich wurde Preußen, da es zu den Garanten der Wiener Verträge, die durch den Pariser Congreß berührt werden konnten, gehörte, doch noch zur Unterzeichnung des Friedens zugelassen. Wie weit Bismarck schon damals blickte, geht aus einem Privatbrief vom 26. April 1856 an Manteuffel hervor, worin er die politische Lage Preußens bespricht und einen Krieg in Italien voraussieht. An einer Stelle dieses Briefes heißt es: „Immer wieder hat in den letzten tausend Jahren und jedes Jahrhundert seit der Zeit Karls V., deutscher Dualismus seine Streitigkeiten durch einen Bürgerkrieg zum Austrag gebracht; und auch in dem jetzigen Jahrhundert ist dies der einzige Weg, in dem die Uhr unserer Entwicklung aufgezogen und gestellt werden kann.... Ich will nur meine Ueberzeugung aussprechen, daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Oesterreich werden fechten müssen, und daß es nicht in unserer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen andern Ausweg hat. Ist dies richtig, was allerdings mehr Frage des Glaubens als des Beweises bleibt, so ist es auch für Preußen nicht möglich, die Selbstverleugnung so weit zu treiben, daß wir die eigene Existenz einsetzen, um die Integrität von Oesterreich zu schützen, und zwar in einem meines Ermessens hoffnungslosen Kampfe."

Im Bundestag nahmen die Reibereien ihren Fortgang. Bismarck suchte nach wie vor den Einfluß Oesterreichs in deutschen Angelegenheiten lahm zu legen, und Oesterreich war bestrebt, Preußen bei jeder Gelegenheit zu demüthigen, was man ihm von seinem Standpunkte aus gewiß nicht verdenken konnte. Und da auch die Mehrheit der kleinen deutschen Staaten immer noch Oesterreichs Schleppe trug, so behandelte er auch sie, und damit den ganzen Bund, als Gegner. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit, die noch mit den Ereignissen von 1848 zusammenhing, kam damals wieder vor den Bundestag. Bismarck betrachtete dieselbe, seinem grundlegenden und zielbewußten Standpunkt getreu, als eine Sache, die zunächst lediglich als eine Machtfrage zwischen Oesterreich und Preußen zu behandeln sei. Der 1852 abgeschlossene Londoner Vertrag legte unter Ausschluß des Herzogs Christian von Augustenburg dem König von Dänemark, als Herzog in Schleswig-Holstein und als Herzog von Holstein und Lauenburg, die durch eine politische Union zum deutschen Bund gehörten, die Verpflichtung auf, Schleswig nicht der dänischen Monarchie einzuverleiben und den beiden Herzogthümern ihre Selbstverwaltung und gemeinschaftlichen Sonderinstitutionen nicht zu rauben. Als nun trotzdem die „Danificirung" der Herzogthümer versucht wurde und die holsteinischen Stände sich 1856 an den

Bundestag wandten, wollte letzterer die Regelung der Sache der Leitung Oesterreichs und Preußens zu Gunsten eines energischen Einschreitens gegen Dänemark überwiesen sehen. Bismarck sah hier eine österreichische Falle. Er rieth seiner Regierung auf das Dringendste, sich der Initiative zu enthalten. Die Sache zog sich durch Bismarcks Verschleppungspolitik zwei Jahre hin. Er setzte es schließlich durch, daß Preußen, dem seiner Ansicht nach gar nichts daran liegen konnte, „die Deutschen in Dänemark zur vollen Zufriedenheit mit ihren heimischen Zuständen gelangen" zu sehen, sich nicht dazu hergab, für den Bund, das heißt Oesterreich, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Es war Bismarcks erster diplomatischer Erfolg, als es ihm gelungen war, eine Bundesexecution in Dänemark zu vermeiden und letzteres, welches sich damit auch dem Wunsch der ihnen günstigen fremden Mächte, namentlich Frankreichs, fügte, zu veranlassen, Holstein seine alten Rechte wiederzugeben. Dies geschah, als bereits der Bruder des Königs, der Prinz von Preußen, Regent war.

Ein äußerst wirksames Mittel, Preußen von Oesterreich unabhängig zu machen, sah Bismarck von dem Augenblicke an, da Napoleon eine Macht in Europa zu werden begann, in einer Annäherung an Frankreich. Ihm blieb es kein Geheimniß, daß nach Schluß des Krimkrieges Rußland an ein Bündniß mit Frankreich dachte, und er drang darauf, daß Preußen sich nicht Oesterreich zu Liebe in Gegensatz zu einem solchen Bündniß bringe. Seine Politik ist auch hier eine zielbewußte. Sich Frankreichs Wohlwollen zu erhalten, meinte er, koste nichts, dürfte aber im Laufe der Ereignisse sehr viel werth sein. Als er im September 1855 die Pariser Weltausstellung besuchte, hatte er Gelegenheit, Napoleon vorgestellt zu werden und die günstigsten Eindrücke von dessen Absichten hinsichtlich der europäischen Politik erhalten. Hatte Napoleon sich dem König von Preußen schon dadurch persönlich sehr gefällig bewiesen, daß er denselben auf sein fast flehentliches Bitten hin zur Unterzeichnung des Pariser Friedens zuließ, so zeigte er auch in der Neuenburger Angelegenheit Wohlwollen gegen Preußen. In dem ehemaligen preußischen Fürstenthume Neuenburg, welches sich 1848 auf eigene Faust zu einem Canton der Schweiz gemacht hatte, hatten sich 1856 die königstreuen Preußen erhoben, waren aber überwältigt worden. Die Urheber des Aufstandes wurden von der Schweiz ins Gefängniß gesteckt. König Friedrich Wilhelm verlangte gebieterisch deren Freilassung und drohte mit bewaffnetem Einschreiten. Da besaß Oesterreich die Tücke, bei der badischen Regierung zu beantragen, daß den preußischen Truppen der Durchmarsch verwehrt werde, was seitens einer deutschen Bundesmacht um so unerhörter war, als Neuenburg thatsächlich

noch preußisches Land war und seine Losreißung 1848 von den europäischen Mächten auf der Londoner wie der Pariser Conferenz ausdrücklich für widerrechtlich erklärt worden war. Der König sah sich gezwungen, Frankreichs Intervention anzurufen, was Napoleon sehr gern sah. Die Sache wurde in Paris Gegenstand einer Conferenz, an der Bismarck auf sein dringendes Ersuchen theilnahm. England nahm schroff gegen Preußen Partei und Oesterreich verweigerte ihm die Unterstützung. Selbst Rußland blieb lau. Es war denn schließlich den Bemühungen Napoleons zu verdanken, daß die Schweiz zur Freilassung der Gefangenen und zur Zahlung einer Geldentschädigung verurtheilt wurde. Bismarck rieth dem König in einer meisterhaft entwickelten Denkschrift zur Annahme dieses nach Lage der Dinge einzig praktischen Auswegs, schrieb aber eine weitere schreiende Sünde Oesterreichs auf sein Kerbholz. Den König griff indessen die Neuenburger Angelegenheit so tief an, daß sie seine Erkrankung beschleunigte und thatsächlich ein Nagel zu seinem Sarge wurde.

Trotz des freundschaftlichen Verhaltens Napoleons gelang es Bismarck doch erst nach vielen Anstrengungen, den König für eine Annäherung an Frankreich zu gewinnen. Es kam vor der Hand allerdings noch nicht zu einem Bündniß zwischen Preußen, Rußland und Frankreich, wohl aber zu einer freundschaftlichen Begegnung des Czaren Alexander und Napoleon in Stuttgart, was Bismarck sehr befriedigte. Er bekam den Eindruck, daß der deutsche Bund „wackele“ und daß die ganze Bundesverfassung bald „auf die Bedeutung historischen Materials herabsinken würde“.

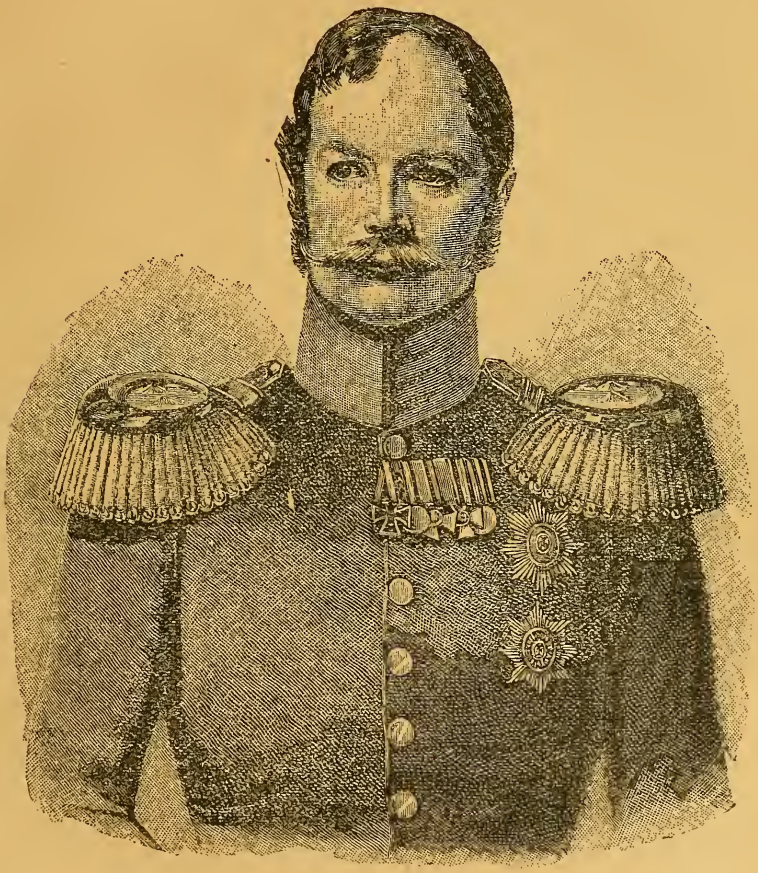
Doch sein Kampf gegen Oesterreich und dessen Schleppenträger im deutschen Bund blieb für Bismarck einstweilen noch eine Sisyphusarbeit. Oesterreich hatte ohne Wissen Preußens mit Baden einen Vertrag abgeschlossen, um gemeinschaftlich in Rastatt eine Garnison zu halten, wobei es sich bemühte, Preußen im Bundestag mit Hülfe der Kleinstaaten zu majorisiren. Bismarck sagte darauf dem österreichischen Bevollmächtigten geradezu, er werde bei seinem Vorgesetzten beantragen, daß Preußen die Bundesverträge für verletzt erklären solle. Das Wiener Cabinet zeigte seinerseits auch energischen Widerstand und verlangte, wofern es den Vertrag mit Baden aufgeben solle, als Entschädigung die Gesammtgarantie des Besitzstandes Oesterreichs. Bismarck, der sehr wohl wußte, daß Oesterreich durch die Zusammenkunft Napoleons mit Cavour sehr beunruhigt war, erhob gegen eine solche Zumuthung den wuchtigsten Widerstand und fand dabei die Unterstützung des Prinzen von Preußen, mit dem er seit der Erkrankung des Königs mit Umgehung Manteuffels direct conferirte, wie

er denn von jeher am preußischen Hofe eine von dem Ministerium fast unabhängige Stellung eingenommen hatte.

Am 7. October 1858 übertrug der König dem Prinzen von Preußen die Regierungsgewalt, womit die „neue Aera" anbrach. Bismarck hatte bereits im März für den Prinz-Regenten eine „Denkschrift, betreffend die Nothwendigkeit der Inauguration einer selbstständigen preußisch-deutschen Politik", verfaßt. Diese Schrift, in der diplomatischen Welt als „Das kleine Buch" bekannt, ist als das Testament Bismarcks bei seinem Scheiden aus dem Bundestage bezeichnet worden. Sie ist ein Stück deutscher Geschichte. Aus der umfangreichen und erschöpfenden Darstellung der Beziehungen Oesterreichs und Preußens zum Bunde entwickelte Bismarck die von ihm sieben Jahre hindurch verfochtene Moral, daß Preußen eine selbstständige Politik treiben und den Bund unschädlich machen müsse. Er wiederholte den wesentlichen Theil dieser berühmten Denkschrift in seinem häufig angeführten, wenige Tage nach Ausbruch des italienischen Krieges geschriebenen Briefe an Baron Schleinitz, worin er seinem neuen Vorgesetzten die Nothwendigkeit begründete, aus der europäischen Lage Nutzen zu ziehen, um Preußen den ihm gebührenden leitenden Platz im deutschen Bunde zu verschaffen. „In Oesterreich, Frankreich, Rußland," so schrieb er, „finden wir die Bedingungen nicht leicht wieder so günstig, um uns eine Verbesserung unserer Lage in Deutschland zu gestalten, und unsere Bundesgenossen sind auf dem besten Wege, uns vollkommen gerechten Anlaß dafür zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Uebermuthe nachhelfen.... Ich sehe in unserm Bundesverhältniß ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni (durch Feuer und Schwert) werden heilen müssen, wenn wir nicht bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen. Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas anderes an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden als die bisherigen."

Am 8. November 1858 entließ der Prinz-Regent das Ministerium Manteuffel und berief ein neues Ministerium, dessen Mitglieder zum größten Theil der liberalen Partei angehörten. Bismarck hatte von diesem Ministerium nichts zu erwarten. Baron Schleinitz, der neue Minister des Auswärtigen, hatte nie ein Hehl daraus gemacht, daß ihm Bismarcks Auftreten in Frankfurt gefährlich scheine. Es war aber auch Zeit, daß Bismarck abberufen wurde, denn für seine Politik gegen Oesterreich war der Boden noch nicht vorbereitet. Die Bewegung zur Befreiung Ober-

italiens von der österreichischen Fremdherrschaft und für die Einigung des ganzen Italiens unter dem Hause Savoyen hatte unter dem genialen Cavour ihren Höhepunkt erreicht, und Napoleon hielt die Zeit für gekommen, für die nationale Sache Italiens einzutreten. Dies kündete er am



Prinz-Regent von Preußen.

Neujahrstage 1859 mit der rauhen Antwort an, die er dem österreichischen Gesandten, Baron von Hübner, in den Tuilerien auf dessen Glückwünsche ertheilte. Die Krisis war da. Preußen bedurfte am Bundestage eines Vertreters, der mit Oesterreich, welches in dem bevorstehenden Kriege auf

die Unterstützung des Bundes rechnete, zarter umzugehen verstand. Am 29. Januar ernannte der Prinz-Regent Bismarck zum Gesandten in St. Petersburg. Der Mann der Zukunft war einstweilen, wie er selbst schrieb, „an der Newa kalt gestellt".

Bismarcks Aufenthalt am russischen Hofe bildet ein wichtiges Glied in der Kette der vorbereitenden Ereignisse. Die Haltung, welche er während des Krimkrieges angenommen hatte, sicherte ihm von vornherein freundliche Aufnahme in St. Petersburg, obwohl die Deutschen nichts weniger als beliebt in Rußland waren. Er erwarb sich die Freundschaft des Czaren und das Vertrauen des Fürsten Gortschakoff, denen gegenüber er kein Hehl aus seinen Ansichten bezüglich Oesterreichs machte. Die Offenheit, mit welcher er sich zu seinen Ideen bekannte, hatte für die Diplomaten der alten Schule etwas Erschreckendes, doch man bewunderte im Stillen das Genie des sich in den Salons wie auf dem gefährlichen Boden der europäischen Politik ebenso sicher bewegenden preußischen Gesandten. Wenngleich Bismarck sich durch seine fast leidenschaftlich zur Schau getragene Bekämpfung des österreichischen Einflusses wiederum in Gegensatz mit der ganzen öffentlichen Meinung in Deutschland brachte und obwohl man ihm nachsagen mußte, daß er Frankreich und Rußland in Preußens Spiel gegen Habsburg hineinzuziehen bemüht sei, so hatte er doch die Genugthuung, daß sein sich selbst treues Auftreten sehr viel dazu beitrug, daß der Prinz-Regent die unabhängige Stellung einnahm, durch welche Preußen damals von der Gefahr gerettet wurde, sich Oesterreich zu Liebe seine Zukunft total zu verderben.

Freilich war Oesterreichs bis zur Blindheit getriebene Eifersucht hauptsächlich an dem für ihn so schlimmen Verlaufe des italienischen Krieges schuld. Preußen war bereit, als treuer Bundesgenosse Oesterreichs in den Kampf zu ziehen, sobald man ihm die absolut unabhängige Oberleitung über seine und sämmtliche deutschen Streitkräfte, mit Ausnahme der österreichischen, überlassen wollte. Doch das Wiener Cabinet wollte den Regenten von Preußen nur als den militärischen Vasallen Oesterreichs betrachtet wissen und schloß nach den französischen Siegen bei Magenta und Solferino und dem Einzug Napoleons in Mailand lieber den demüthigenden Frieden von Villafranca (11. Juli 1859) ab und gab die Lombardei preis, als daß es Preußen erlaubt hätte, ihm als selbstständiger Herr seiner Armee zu helfen. Die ganze Welt war von der Plötzlichkeit, mit der sich Oesterreich zum Frieden entschloß, ohne erst Preußens Hülfe benutzt zu haben, überrascht. Wäre der Prinz-Regent damals nicht fest geblieben und hätte er sich Oesterreich untergeordnet, so wäre Napoleons Politik ohne Zweifel

eine ganz andere geworden, denn dann hätte er mit dem Kampfe für Italiens Einigung auch gleich den Kampf um die Rheingrenze aufgenommen, welchem Preußen damals wohl nicht gewachsen gewesen wäre.

Immerhin war Preußens Politik der „bewaffneten Vermittelung" nicht geeignet gewesen, Napoleon zu befriedigen, und hatte auch den deutschen Staaten keineswegs gefallen. Doch Bismarck war befriedigt, was ihm freilich den Verdacht eintrug, mit Napoleon conspirirt und seine Regierung zur Annahme russisch-französischer Anerbietungen zu bewegen versucht zu haben. Das war ein lächerlicher Verdacht, denn Napoleon war im Gegentheil über Preußen ungehalten und hatte sogar im Sinne, nach dem Frieden von Villafranca sich mit Oesterreich gegen Preußen zu verbinden. In einem Briefe aus St. Petersburg schrieb Bismarck bezüglich seiner angeblichen französisch-russischen Gesinnungen: „Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer." Und einige Monate später schrieb er, daß es ihm scheine, als würde ein systematischer Verleumdungsfeldzug gegen ihn geführt. „Ich sollte russisch-französische Zumuthungen wegen Abtretung der Rheinlande gegen Arrondirung im Innern offen unterstützt haben, ein zweiter Vorries sein und dergleichen. Ich zahle demjenigen 1000 Friedrichsdor baar, der mir nachweisen kann, daß dergleichen russisch-französische Anerbietungen jemals von irgend jemand zu meiner Kenntniß gelangt seien. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthaltes nie etwas anderes gerathen, als uns auf die eigene und die im Falle des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen. Dieses einfältige Federvieh der deutschen Presse merkt gar nicht, daß es gegen das bessere Theil seiner eigenen Bestrebungen arbeitet, wenn es mich angreift."

Von den Ergebnissen der Zusammenkunft Napoleons mit den deutschen Fürsten in Baden im Juni 1860 und der kurz darauf erfolgenden Unterredung des Kaisers von Oesterreich mit dem Prinz-Regenten in Teplitz erfuhr Bismarck nichts Amtliches, und er befürchtete, daß Preußen wieder Fehler gemacht habe. Doch bei der Zusammenkunft der Herrscher von Rußland, Oesterreich und Preußen, die im October 1860 in Warschau stattfand, war er mit dem Gefolge des Czaren zugegen und entwickelte dort in Privatgesprächen mit dem preußischen Ministerpräsidenten Fürst Anton von Hohenzollern seine Ansichten über die Nothwendigkeit einer selbstständigen Politik Preußens mit so großem Scharfsinn und so starker Ueberzeugungskraft, daß dieser fortab in ihm den früher oder später zur Leitung der Geschicke Deutschlands berufenen Staatsmann erkennen zu müssen glaubte. Zu dieser Ansicht gelangte der Prinz-Regent gleichfalls sehr bald.

Wenige Wochen vor seiner Krönung in Königsberg (im October 1861) nahm König Wilhelm von Bismarcks Plänen eingehende Kenntniß. Mit Beginn des nächsten Jahres, als der König mit seinem Militärgesetzentwurf verzweiflungsvoll einer liberalen Kammermehrheit gegenüberstand und das Cabinet entließ, um ein fähigeres zu finden, ließ der König auf den Rath des Fürsten Anton von Hohenzollern Bismarck aus St. Petersburg zu sich kommen, um ihm das Amt des Ministerpräsidenten anzutragen. Doch Bismarck sträubte sich dagegen, und der hauptsächlichste Grund dafür war wohl der, daß er erst noch das Terrain in Paris sondiren wollte. Jedenfalls wurde er kurz darauf vom König zum Gesandten in Paris ernannt. Doch schon am Tage seiner Ankunft in Paris, am 1. Juni 1862, schrieb er an seine Frau: „Wie lange es dauert, weiß Gott. In 8 bis 10 Tagen erhalte ich wahrscheinlich eine telegraphische Citation nach Berlin, und dann ist Spiel und Tanz vorbei.... Du kannst nicht mehr Abneigung gegen die Wilhelmstraße haben, als ich selbst, und wenn ich nicht überzeugt bin, daß es sein muß, so gehe ich nicht. Den König unter Krankheitsvorwänden im Stich lassen, halte ich für Feigheit und Untreue. Soll es nicht sein, so wird Gott die Suchenden schon noch einen —— auftreiben lassen, der sich zum Topfdeckel hergiebt. Soll es sein, dann voran!———"

Es hielt ihn nicht lange in Paris. Innere Unruhe und Langeweile trieben ihn auf Reisen. Er ging nach England, wo er mit Lord Palmerston bekannt wurde und mit Disraeli eine Unterredung hatte, welche die Grundlage für die gegenseitigen Sympathieen bildete, die später diese beiden Staatsmänner zusammenführten. Auch ist bemerkenswerth, daß Bismarck während dieses Londoner Aufenthalts sich über die sociale Lage der englischen Arbeiter zu informiren suchte. Daran schloß sich eine weitere Vergnügungsreise durch das südliche Frankreich, und als er sich Mitte September 1862 in den Pyrenäen „im glücklichen Vergessen der Welt" aufhielt, traf ihn eine telegraphische Botschaft des Königs, der ihn nach Berlin berief. Bismarck kehrte mit großer Eile zurück, traf mit dem Kriegsminister v. Roon, dem Reorganisator der preußischen Armee, in Magdeburg zusammen, und langte am 19. September in Berlin an, um noch die siebentägige Debatte in der Kammer zu erleben, die am 23. September mit der Ablehnung der Militärvorlage endete, worauf denn seine Ernennung zum Staatsminister mit dem interimistischen Vorsitz des Ministeriums erfolgte. Bismarcks definitive Ernennung zum Ministerpräsidenten und gleichzeitig Minister des Aeußeren fand erst am 8. October statt, und er begab sich dann noch einmal nach Paris, um sich als Gesandter von Napoleon zu verabschieden. Er hatte sich längst ein klares Bild von dem

gekrönten Abenteurer und dessen Plänen gemacht, doch dieser scheint Bismarck erst als Gefangener auf Wilhelmshöhe begriffen zu haben.

Ueber die eigentliche Wirkung der Thätigkeit Bismarcks als Gesandter in St. Petersburg und Paris haben zwar die späteren Ereignisse Rechenschaft abgelegt, doch die Kenntniß der Einzelheiten beschränkt sich auf das

Kriegsminister v. Roon.

Geringe, welches in seinen ihn als höchst sympathischen Menschen zeigenden Briefen an seine Familie und einige Freunde enthalten ist, während seine amtlichen Berichte aus dieser Zeit noch nicht der Oeffentlichkeit übergeben sind. Preußen brauchte ihn und er war gerüstet, den gordischen Knoten, unter dessen Verschluß die „deutsche Frage" lag, mit dem Schwerte zu lösen.

Zweites Capitel.

Von der Uebernahme des Ministeriums bis zum Wiener Frieden.

1862—1864.

1. Der Verfassungsconflict.

Als Bismarck vom König nach Berlin berufen wurde, befand sich das Land in so tiefer Erregung, daß der Ausbruch einer Revolution vielfach für unvermeidlich gehalten wurde. Der König glaubte sich vor die Wahl gestellt, entweder auf dem Entschluß, Preußen groß und stark zu machen, zu verzichten, oder ihn, koste es was es wolle, durchzuführen. Er hatte durch die Berufung Bismarcks das Letztere gewählt. Niemand zweifelte daran, daß die Regierung durch Einsetzung eines Ministeriums Bismarck die Parole „Biegen oder Brechen" ausgegeben hatte. Man muß sich vergegenwärtigen, daß der Glaube an Bismarcks Größe sich damals auf sehr kleine Kreise beschränkte und daß nur sehr wenige Personen von seinen Plänen und von der bereits von ihm geleisteten Arbeit eine Ahnung hatten. Im Volke und in der Kammer wußte Niemand, daß die Gestaltung der Dinge in den letzten Jahren bereits vielfach durch sein diplomatisches Wirken beeinflußt worden war und die Ziele der Regierung thatsächlich den Stempel seines Geistes trugen. Erst nachdem das deutsche Reich längst begründet und Bismarcks Größe längst durch seine weltgeschichtlichen Erfolge anerkannt worden war, durften die Schriftstücke veröffentlicht werden, die einen Blick in das zielbewußte Wirken des Gesandten am Frankfurter Bundestage erlaubten. Von dem Bismarck aber, der 1862 aus den Pyrenäen nach Berlin kam, wußte man nichts weiter, als daß er in der ersten parlamentarischen Zeit Preußens mit einem wahren Fanatismus alle liberalen und demokratischen Bestrebungen bekämpft und die „Schmach von Olmütz" vertheidigt hatte. Er wurde demgemäß immer

noch als der „burschikose Junker“ und der „hohle Großprahler“ beurtheilt und empfangen, während ihm obendrein noch seine diplomatische Thätigkeit weiter nichts als den bitteren Vorwurf eingebracht hatte, er sei ein „Napoleonsvergötterer“. Durch einen solchen Ministerpräsidenten mußte freilich der Verfassungsconflict nur verschärft werden, denn Bismarck konnte unmöglich ohne sich selbst und Preußens Zukunft zu vernichten, die Volksvertreter zu Vertrauten seiner Pläne machen und damit die absolute Nothwendigkeit der Armeereorganisation beweisen.

König Wilhelm hatte bereits als Prinz-Regent die Stärkung der Armee im Sinne der thatsächlichen und vollen Durchführung des Gesetzes von der allgemeinen Wehrpflicht in Angriff genommen. Seine Rathgeber dabei waren die Generäle von Moltke, Edwin von Manteuffel und von Bonin, und die erste feste Grundlage zu dem Werke der Reorganisation bestand in der Denkschrift, welche General von Roon 1858 dem Prinz-Regenten unterbreitet hatte. Letzterem lag es denn auch ob, von 1859 ab als Kriegsminister die Armeereform vor den Kammern zu vertreten. Doch der Prinz-Regent hatte sich geirrt, wenn er glaubte, das Werk mit den Liberalen durchführen zu können. Die Liberalen waren dadurch, daß der Prinz-Regent ein liberales Ministerium eingesetzt hatte, anfänglich den militärischen Plänen der Regierung nicht abgeneigt, doch lag ihnen dabei vielmehr an der Erreichung ihres doctrinären Zieles, nämlich Annahme eines parlamentarischen, von der Mehrheit der Kammern abhängigen Regierungssystems. Diesen Bestrebungen war aber der starr an den Vorrechten der Krone festhaltende Prinz-Regent nichts weniger als geneigt. Er wandte sich wieder den Conservativen zu und betonte bei seiner Krönung in Königsberg in demonstrativer Weise gegen die Liberalen das Gottesgnadenthum. Und je mehr sich fortab der König auf sein Recht, die Armee unabhängig von dem Abgeordnetenhause zu reorganisiren, berief, desto energischer verlangte letzteres, daß ihm das Privilegium der Bewilligung der Gelder für alle Regierungsausgaben, einschließlich der Gelder für die Armee, unverkürzt zuerkannt würde. Da aber der König gerade das nicht zugestehen wollte, kam es zum Conflict. Für das Abgeordnetenhaus verschwand die Frage der Armeereorganisation vollständig und es strich die Kosten für letztere einfach nur darum, weil die Regierung ihm das Recht, sie zu prüfen und zu gewähren, principiell streitig machte. So lagen die Dinge, als Bismarck berufen wurde. Der König war entschlossen, den Kampf gegen das Budgetrecht der Kammer, sowie gegen parlamentarische Regierung überhaupt, bis ans bittere Ende durchzuführen.

Bismarck hatte bei Uebernahme des Ministeriums offenbar die Absicht,

zunächst mit der liberalen Mehrheit eine Versöhnung zu versuchen. Er war durchaus nicht mehr der bedingungslos ablehnende, alles parlamentarische Mitregieren verabscheuende Reactionär von 1847. Die Conservativen betrachteten ihn mit Mißtrauen. Er hatte ihr Programm in der deutschen Frage als ein negatives offen gemißbilligt und ihnen 1861 in einem Schreiben erklärt: ‚Dieses System der Solidarität der conservativen Interessen aller Länder ist eine gefährliche Fiction, so lange nicht die vollste, ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herren Länder obwaltet.... Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es im Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Conservativen selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen.“ Doch ihm, der auf die militärische Stärke Preußens seine ganze Hoffnung setzte und dem die Armeereorganisation mindestens ebenso wie dem König und Moltke und Roon so „nöthig wie das liebe Brod“ erschien, schwand der Glaube, das Werk mit den Liberalen durchsetzen zu können, beim ersten Anlauf. Er trat bei seinem ersten Erscheinen als Minister vor dem Abgeordnetenhause am 29. September 1862 versöhnlich auf und suchte am Tage darauf in der Budget-Commission durch Anspielung auf die äußere Politik Verständigung zu erzielen. „Der Conflict,“ sagte er, „wird zu tragisch aufgefaßt und von der Presse zu tragisch dargestellt; die Regierung sucht keinen Kampf. Kann die Krisis mit Ehren beendigt werden, so bietet die Regierung gern die Hand dazu. Die große Selbstständigkeit des Einzelnen macht es in Preußen schwierig, mit der Verfassung zu regieren; in Frankreich ist das anders: da fehlt die individuelle Selbstständigkeit. Eine Verfassungskrisis ist aber keine Schande, sondern eine Ehre. Wir sind vielleicht zu gebildet, um eine Verfassung zu ertragen — wir sind zu kritisch! Die öffentliche Meinung wechselt; die Presse ist nicht die öffentliche Meinung: man weiß, wie sie entsteht. Es gibt zu viel katilinarische Existenzen, die ein Interesse an Umwälzungen haben; die Abgeordneten aber haben die Aufgabe, die Stimmung zu leiten, über ihr zu stehen. — Wir haben zu heißes Blut, wir haben die Vorliebe, eine zu große Rüstung für unseren schmalen Leib zu tragen, nur sollten wir sie auch nützen. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. Bayern, Württemberg und Baden mögen deren Liberalismus indulgiren, darum wird ihnen doch niemand Preußens Rolle anweisen. Preußen muß seine Macht zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige-

mal verpaßt ist; Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch **Eisen** und **Blut.** — Diesen Olivenzweig (der Minister zog ihn aus seinem Notizbuche) habe ich in Avignon gepflückt, um ihn der Volkspartei als Friedenszeichen anzubieten: ich sehe jedoch, daß es noch nicht Zeit dazu ist!"

Die Kammer verstand ihn nicht, während man in Wien und Paris den Sinn dieser berühmten Worte sehr schnell begriff. Die preußischen Liberalen, deren Mehrheit sich zu der sogenannten Fortschrittspartei entwickelt hatte, wollten erst das Budgetrecht, das Uebrige kümmerte sie nicht. Das Abgeordnetenhaus wies die Hand Bismarcks zurück und beschloß mit überwältigender Mehrheit am 7. October, von der Regierung eine sofortige Vorlage des Budgets des nächsten Jahres zu verlangen und jede nicht gutgeheißene Ausgabe der Regierung für verfassungswidrig zu erklären. Das Herrenhaus, in welchem die Conservativen die Mehrheit hatten, verwarf das Votum des Abgeordnetenhauses, beschuldigte dasselbe, die Rechte der beiden andern gesetzgebenden Factoren (Krone und Herrenhaus) mißachtet zu haben und nahm das Budget, wie von der Regierung vorgelegt, an. Das Abgeordnetenhaus antwortete damit, daß es das Votum des Herrenhauses für verfassungswidrig und für null und nichtig erklärte. So war denn der Conflict vollständig. Die drei Factoren der Gesetzgebung warfen sich einander Verfassungsbruch vor, und die Regierung sah sich gezwungen, wie Bismarck am 13. October am Schluß des Landtags erklärte, nach eigenem Ermessen den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Grundlage zu führen und die nachträgliche Genehmigung des Landtags abzuwarten.

Die Zeit bis zur Wiedereröffnung des Landtags am 14. Januar 1863 benutzte die Fortschrittspartei dazu, das Volk gegen die Regierung aufzuhetzen. Das Abgeordnetenhaus griff das inzwischen durch entschlossene Männer ergänzte Ministerium Bismarck in einer vom Abgeordneten Virchow entworfenen Adresse an den König auf das Heftigste an. Bismarck erwiderte mit einer Rede, welche die Situation und die tiefe Kluft zwischen der Kammer und der Krone furchtlos darlegte. Er führte aus, daß wenn kein Compromiß zwischen den drei Faktoren der Gesetzgebung zu Stande käme, Conflikte ausbrechen müßten, die zur Frage der Macht würden, und daß, wer in diesem Falle die Macht in Händen habe, „dann in seinem Sinne vorgehe". „Das preußische Königthum," so schloß er, „hat seine Mission noch

nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungslebens zu bilden, noch nicht reif, als ein todter Maschinentheil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden." Die Gegner antworteten mit den bittersten Anschuldigungen, schrieben ihm die niedrigsten Absichten zu und erklärten ihn für unfähig, das Land weder nach innen noch nach außen vertreten zu können. Sie behaupteten, was sie später noch öfter thaten, daß er sich schlechtweg zu dem Spruche, „Macht geht vor Recht," bekannt habe. Bismarck verwahrte sich gegen diese Deutung, erkannte aber an, „daß, da das Staatsleben nicht einen Augenblick stille stehen kann, derselbe, der im Besitze der Macht sich befindet, daher genöthigt ist, sie zu gebrauchen".

Der König weigerte sich, die Adresse des Abgeordnetenhauses persönlich entgegenzunehmen, und als sie ihm schriftlich übermittelt worden war, antwortete er mit einer Botschaft, in der er alle Anklagen gegen die Regierung zurückwies und das Abgeordnetenhaus beschuldigte, allein Gesetze geben zu wollen. Die Auftritte in der Kammer wurden immer heftiger. Bismarck und Roon weigerten sich, die Disciplinargewalt des Kammerpräsidenten anzuerkennen, was zu den stürmischsten Scenen Anlaß gab. Die Minister wollten den Verhandlungen fernbleiben, und als man ihre Anwesenheit erzwingen wollte, trat der König für sie ein. Zur Lösung der Streitfrage geschah nichts. Bismarck blieb unerschütterlich in seiner Forderungen, daß das Abgeordnetenhaus an den Einzelheiten des Militärbudgets nicht zu rütteln, sondern die Armeevorlage der Regierung als Ganzes zu behandeln habe. Eine Welt von Haß stand ihm entgegen, doch nichts konnte ihn von seinem Ziele, Preußens Armee zu stärken, abwendig machen. „Was liegt daran," sagte er zu dem Kronprinzen, der es mit den Liberalen halten wollte, „wenn man mich auch hängt, wenn nur der Strick Ihren Thron fest an das geeinte Deutschland kettet."

Es blieb vor der Hand weiter nichts übrig, als den Landtag zu schließen, was am 27. Mai 1863 geschah. Das Land war so aufgeregt und die fortschrittliche Presse schlug einen so drohenden Ton, daß das Ministerium sich gezwungen sah, die Presse unter Regierungsaufsicht zu stellen und strenge Maßregeln gegen Beamte, die sich der Opposition verdächtig machten, zu ergreifen. Auch wurden mehrere Abgeordnete gerichtlich verfolgt. Wohl fehlte es andererseits nicht an öffentlichen Kundgebungen, welche Bismarck ermuthigten, doch er gab sich nicht dem Glauben hin, daß die inneren Schwierigkeiten durch innere Maßregeln zu beseitigen seien, sondern er hoffte, sie durch eine That der auswärtigen Politik zu überwinden und daß das preußische Volk seine Unzufriedenheit vergessen würde, wenn

es die Ueberzeugung gewänne, daß seine Größe nach außen Gegenstand der Sorgfalt der Regierung sei.

Vergebens appellirte der König an das Volk, vergebens mahnte die regierungsfreundliche Presse, den inneren Conflict bei Seite zu lassen, die Regierung in ihrer deutschen Politik zu unterstützen und zu diesem Zwecke namentlich für das Armeeorganisations-Gesetz zu stimmen. Das Volk blieb unter dem lähmenden Einflusse der Fortschrittspartei und Bismarck war so allgemein verhaßt, daß er nicht zu den Festlichkeiten anläßlich der theilweisen Vollendung des Kölner Domes eingeladen wurde, was den König bestimmte, auch seinerseits der Feier fernzubleiben. Aus den Wahlen am 28. October gingen nur 37 Anhänger der Regierung hervor, während die Reihen der liberalen Partei noch bedeutend verstärkt wurden.

Der Conflict zwischen Kammer und Krone, soweit er das Recht des Abgeordnetenhauses, die Gestaltung der Armee durch die Geldbewilligung zu bestimmen, betraf, wüthete vier lange Jahre hindurch, und die Fortschrittspartei häufte alle nur denkbaren Anklagen auf den verhaßten Mann, der jeden Zollbreit wirklichen Fortschritts mit Titanenkraft der „Fortschrittspartei", Deutschland und Europa abtrotzen mußte. (Im weiteren Sinne hat der Conflict nicht nur alle späteren Erfolge Bismarcks überdauert, sondern er ist überhaupt permanent geblieben und heute noch im Princip ungelöst, denn heute noch sieht sich die deutsche Reichsregierung gezwungen, dem Reichstag die Ausübung eines absoluten Budgetrechtes von Fall zu Fall streitig zu machen, um die Armee auf der Höhe der Ansprüche der Nationalvertheidigung erhalten zu können. Frankreich ist mit einem solchen Conflict nicht behaftet, denn seine Volksvertretung ist gewohnt, jede Militärvorlage anstandslos zu bewilligen und in Sachen des Heeres politische Meinungsunterschiede vollständig zu ignoriren.)

Der Ausbruch des polnischen Aufstandes gab Bismarck Gelegenheit, seine Meisterschaft in der auswärtigen Politik zu zeigen, obwohl freilich die Fortschrittspartei in der Kammer das Gegentheil behauptete und ihrem Haß gegen den Ministerpräsidenten in leidenschaftlicher Weise Ausdruck gab. Männer, wie der Historiker v. Sybel und der Jurist Simson, die noch zu den gemäßigsten Gegnern gehörten, bezeichneten Bismarcks Verhalten in der polnischen Frage als ein „Brandmal preußischer Ehre", als eine „Mitschuld am russischen Verbrechen" und beleidigten den Ministerpräsidenten persönlich. Dieselben Männer haben in späteren Jahren freilich ganz andere Ansichten über König Wilhelm und Bismarck gewonnen. Bismarcks Politik während des polnischen Aufstandes wird von dem Engländer Charles Lowe folgendermaßen geschildert und beurtheilt:

„Im Januar 1863 brach ein Aufstand in Polen aus, dessen Umfang und Plötzlichkeit die herrschenden Mächte in St. Petersburg so sehr bestürzte, daß ihre Kopflosigkeit offen an den Tag trat. Ein Wort von einem ruhigen und aufmerksamen Beobachter in Berlin trug wesentlich dazu bei, ihnen ihre Selbstbeherrschung wieder zu verleihen. Von seinem langen Aufenthalt in St. Petersburg war Bismarck mit den russischen Verhältnissen im Allgemeinen gut vertraut. Er wußte, daß unter den politischen Doctoren an der Newa eine arge Meinungsverschiedenheit herrschte hinsichtlich der richtigen Behandlung der an der Weichsel ausgebrochenen Krankheit, während die Flammen des Aufruhrs, durch sympathische Winde vom Westen angefacht, inzwischen auch das benachbarte Posen zu ergreifen drohten. Seltsamerweise ist die Rolle, die er jetzt spielte, von den meisten Schriftstellern falsch geschildert worden. In Darstellungen des polnischen Schauspiels ist es bisher meist Sitte gewesen, Preußen als das furchtsame und gefügige Werkzeug seines herrischen Nachbars hinzustellen. Das ist grundfalsch; wahr ist dagegen, daß zu jener Zeit St. Petersburg durchaus der gelehrige Schüler Berlins war. Sobald der polnische Aufstand eine Ausdehnung angenommen hatte, die Preußen nicht minder wie Rußland gefährlich erschien, ergriff Bismarck selbst die Initiative, indem er bei Fürst Gortschakoff anfragte, ob die russische Regierung nicht zusammen mit Preußen den gemeinschaftlichen Feind bekämpfen wolle. Der russische Kanzler war nur zu gern bereit, den Vorschlag anzunehmen, und im Februar unterzeichneten die beiden Regierungen ein Abkommen, welches die Truppen jeder Nation ermächtigte, in Verfolgung flüchtiger Rebellen die Grenze des Nachbarstaates zu überschreiten. Diesem Abkommen lag natürlich die Annahme zu Grunde, daß die Polen Preußens sich gleichfalls erheben und ihren russischen Brüdern anzuschließen versuchen würden, und es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß genug Anlaß für diese Befürchtung vorlag.

„Die vorsichtige Politik Bismarcks rief den tiefsten Unwillen in der Kammer hervor; ihre beste Rechtfertigung sah er jedoch in der Thatsache, daß seine unversöhnlichsten Widersacher die polnischen Abgeordneten selbst waren. Einer von diesen Herren verstieg sich sogar zu dem Vorschlag, daß alle slavischen Unterthanen der preußischen Krone zu Gunsten eines unabhängigen Polens abgetreten werden sollten. Nicht minder hitzig als feindliche Kritiker waren natürlich die Fortschrittler, die ihren ganzen reichen Vorrath an Gründen und Schmähungen an ein Thema verschwendeten, das Bismarck verächtlich die „Seeschlange der europäischen Presse“ nannte. Ein Abgeordneter zog einen Vergleich zwischen der Mobilmachung eines Theils

der preußischen Armee und dem Verkauf und der Verschiffung hessischer Truppen nach Amerika im vorigen Jahrhundert, und wieder ein anderer erklärte, daß, wenn die Regierung in Folge ihrer Handlungen mit irgend einer ausländischen Macht in Conflict gerathe, das Parlament nicht einen einzigen Groschen für ihre Vertheidigung bewilligen würde. Wie Bismarck später selbst eingestand, hatte er es um diese Zeit „mit einer ganzen Welt von Zorn und Haß" aufzunehmen; er blieb jedoch unerschütterlich fest in der Ueberzeugung, daß er ein Verräther an der Sache seines Landes sein würde, wenn er anders handelte.

„Die eigentliche Bedeutung von Bismarcks Verhalten im polnischen Aufstande lag jedoch in der Wirkung, die es außerhalb Preußens hervorrief. Wenn es in diesem Lande selbst eine zahlreiche und einflußreiche Partei gab, die die von ihrer Regierung gegen das Umsichgreifen des Aufstandes ergriffenen Maßregeln offen mißbilligte, so darf man sich nicht darüber wundern, daß Westeuropa, besonders aber England und Frankreich, sich der Sache der unglücklichen Polen mit besonderer Wärme annahmen. Lord John Russell lehnte zwar die Einladung Frankreichs, gemeinschaftlich mit diesem Staate und Oesterreich eine Protestnote an die preußische Regierung zu richten, ab, ersuchte jedoch Sir Andrew Buchanan, Herrn von Bismarck von dem in England durch Preußens „ungerechte Einmischung" hervorgerufenen Unwillen in Kenntniß zu setzen und eine Abschrift des Abkommens zu verlangen. Hierauf erwiderte Bismarck ruhig, daß er in Anbetracht der Umstände keine Veranlassung habe, diesem Verlangen zu entsprechen. Die hochmüthigen Lords von Downing Street hatten den Charakter des neuen Mannes am Ruder des preußischen Staatsschiffes noch nicht richtig erkannt.

„Mit der diplomatischen Unterstützung Frankreichs und Oesterreichs bewaffnet, beeilte sich England, Rußland einen Plan polnischer Reformen vorzuschlagen, die, wenn England zur Einführung in Irland von Rußland empfohlen, einen Sturm der Entrüstung im ganzen britischen Reich hervorgerufen haben würden. Dreimal wurde Rußland beinahe drohend aufgefordert, die Rathschläge der Mächte anzunehmen, und dreimal lehnte es, seines preußischen Nachbarn gewiß, diese Zumuthung verächtlich ab. Frankreich und Oesterreich fielen schließlich von England ab, das in St. Petersburg eine vierte Vorstellung versuchte, und die Angelegenheit dann schmählich fallen ließ. Der Aufstand wurde unterdrückt, aber nicht, ehe der „Moskowiter mit dem Herzen aus Eis, Murawieff", zehntausend von Polens tapfersten Söhnen niedergemetzelt oder nach Sibirien gesandt hatte. Und es läßt sich auch nicht auf einen Augenblick in Frage stellen, daß der

Umfang, den dieses nationale Unglück annahm, England und seinen menschenfreundlichen Mitarbeitern zu verdanken war. Nachdem nämlich alle Aussicht auf militärischen Erfolg entschwunden war, hielt nur die unbegründete Hoffnung auf thatkräftige Intervention vom Westen, die jedoch nie kam, den Muth der Aufständischen aufrecht. Als sie endlich einsahen, daß von den diplomatischen Freiheitsanwälten nichts als „Worte, Worte" zu erwarten waren, da sanken ihre Geister, ihre Widerstandskraft brach zusammen, und die Flammen ihres Aufstandes wurden in Blut unterdrückt.

„Der polnische Zwischenfall hatte dem erstaunten Europa bewiesen, daß es im Verkehr mit Preußen jetzt mit einer Macht zu thun hatte, die ganz verschieden von dem war, was der preußische Staat je seit dem Tode Friedrichs des Großen gewesen war. Bisher hatte sich Bismarcks Politik nur auf Deutschland beschränkt; die polnische Erhebung setzte ihn aber in die Lage, auch auf der europäischen Schaubühne aufzutreten, und das Publikum konnte nur sagen, daß ihm, was immer auch die Verdienste des neuen Schauspielers sein mochten, sein Spiel durchaus ungewohnt vorkam. Man sah hier einen Mann, der gehaßt, angefeindet und beargwohnt, ohne Freunde — von seinem Souverän abgesehen — trotzdem den Muth hatte, den stolzesten Nationen Europas ein verächtliches „Nein" entgegenzusetzen und, ohne Furcht vor den Folgen, seinen eigenen Weg zu gehen."

2. Die „deutsche Frage".

Als Bismarck die Leitung der auswärtigen Politik Preußens übernahm, stand die „deutsche Frage" wieder einmal sehr bedeutend auf der Tagesordnung des jämmerlichen Bundestages. Oesterreich hatte nach dem unglücklichen italienischen Kriege unter dem Ministerium Rechberg-Schmerling einen Anlauf genommen, sich durch Erweiterung seiner Machtstellung im deutschen Bunde auf Kosten Preußens schadlos zu halten. Und gleichzeitig versuchte der intriguante sächsische Minister von Beust, der von einem ungeheueren Ehrgeiz gequält war, die „deutsche Frage" mit Hülfe des bayerischen Ministers von Pfordten und des großherzoglich-hessischen Ministers von Dalwigk im Sinne der Wahrung der Sonderrechte der Kleinstaaten, das heißt partikularistisch „zu lösen". Die Herren glaubten etwas thun zu müssen, um der durch Napoleons Erfolge neu erstarkten national-deutschen Bewegung auf ihre Weise entgegen zu kommen, indem sie Ende 1859 in Würzburg im Verein mit anderen kleinstaatlichen Ministern einen Plan zum Flicken des morschen Bundestagsgebäudes entwarfen. Sie fanden aber bald, daß seit Bismarcks Frankfurter Thätigkeit ein sehr

scharfer Wind aus Berlin wehte. Als der Beust'sche Entwurf, der einige unbedeutende Aenderungen der Bundesverfassung enthielt, an den Bundestag kam, erklärte Preußen weiter nichts für nöthig, als schleunige Aenderung der Kriegsverfassung. Man ging darauf ein, doch als Preußen des Weiteren die Theilung des Oberbefehls über die Streitmächte zwischen sich und Oesterreich verlangte, forderte letzteres die Verbürgung Venetiens. Dies konnte nicht zugestanden werden, und damit war die ganze Beust'sche Bundesreform zu den Acten gelegt, ein Ergebniß, mit dem auch der 1859 unter Leitung Rudolph von Bennigsen's zwecks Einigung aller freisinnigen nationalen Elemente begründete, allerdings nur mit papiernen Beschlüssen und Kundgebungen arbeitende deutsche Nationalverein sehr zufrieden war.

Doch Herr von Beust war bald (im October 1861) mit einem neuen Projecte zur Stelle. Er wollte dem Bundestage eine Bundesabgeordneten-Versammlung, bestehend aus Delegaten, welche die Landtage der einzelnen Staaten erwählen sollten, beigesellen, und zwar sollten darin Oesterreich und Preußen je 30, die übrigen Bundesstaaten zusammen 68 Stimmen haben. Der preußische Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff, der mit Bismarck der Ansicht war, daß die bestehende Bundesverfassung „nichts als ein Treibhaus gefährlicher und revolutionärer Partikularbestrebungen" sei, verwahrte sich entschieden gegen das Project, aus welchem er die Beust'sche Absicht, die Sonderrechte der Kleinstaaten zu stärken und Preußen mit Hülfe Oesterreichs in alter Weise zu majorisiren, klar herausblicken sah. Er betonte statt dessen die Nothwendigkeit, die rein deutschen Staaten unter Preußens Führung zu vereinigen. Das erregte als eine Wiederbelebung der Radowitz'schen Unionspläne einen Sturm der Entrüstung seitens der Kleinstaaten, und das Wiener Cabinet, welches einen günstigen Augenblick für einen neuen Vorstoß gegen das immer mehr isolirte Preußen gekommen sah, nahm das Beust'sche Project selbst auf und brachte es vor den Bundestag.

Die Berathungen, von denen Preußen ferngeblieben war, waren im Gange, als Bismarck die Leitung des preußischen Ministeriums übernahm. Er zögerte nicht, Oesterreich sofort wissen zu lassen, was seine Ansichten über die „deutsche Frage" seien. Dies that er in seiner berühmten Unterredung mit Graf Karolyi, dem österreichischen Gesandten in Berlin. Er setzte diesem in seiner offenen Sprache, welche stets seine Eigenthümlichkeit und oft das Geheimniß seiner Stärke war, rundweg dasselbe auseinander, was er früher in seinen amtlichen Berichten aus Frankfurt niedergeschrieben hatte, und noch etwas mehr. „Die Beziehungen beider Mächte," sagte

Bismarck zum Grafen Karolyi, „können nicht auf ihrem gegenwärtigen Standpunct fortdauern. Sie müssen sich ändern und entweder besser oder schlechter werden. Es ist der aufrichtige Wunsch der Königlichen Regierung, daß die erstere Alternative eintrete; wenn wir aber das hierzu nöthige Entgegenkommen des Kaiserlichen Cabinets nachhaltig vermissen, so ist es für uns nothwendig, die andere in's Auge zu fassen, und uns auf dieselbe vorzubereiten." Graf Karolyi traute seinen Ohren kaum ob dieser Sprache. „Und worin soll Oesterreich," fragte er erstaunt, „seinen Ersatz finden, wenn es seine alte, aus der Geschichte der Jahrhunderte hervorgegangene, durch Vorträge geheiligte Machtstellung in Deutschland aufgiebt?" „Oesterreich soll," erwiderte Bismarck mit unbewegter Miene, „seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen." Auf ausdrücklichen Wunsch Bismarcks berichtete Graf Karolyi diese Unterredung „mit möglichster Genauigkeit" nach Wien, während er selbst sie zum Gegenstand einer Circulardepesche machte, die er am 24. Januar 1863 seinen diplomatischen Agenten und zugleich der Oeffentlichkeit übergab. Das Wiener Cabinet ertheilte am 28. Februar eine sehr scharfe Antwort, die gleichfalls veröffentlicht wurde. Ehe das geschah, hatte indessen Bismarck auch schon auf dem Bundestage erklärt, daß sich Preußen keinem Mehrheitsbeschlusse unterwerfe, und daß es, wenn man weiter gehe, aus dem Bunde austreten werde. Hierdurch eingeschüchtert, lehnte der Bundestag den österreichischen Antrag ab.

Oesterreich glaubte indessen, daß die Kühnheit Bismarcks, es zu ersuchen, seinen Schwerpunkt nach Ofen zu verlegen, Preußen sehr schaden würde. Das war zur Zeit eine ganz berechtigte Annahme. Die preußische Regierung hatte sich durch ihre Politik in der polnischen Frage die Feindschaft der Westmächte zugezogen und litt an ihren inneren Kämpfen, die sie im eigenen Volke verhaßt machte. Die „Groß-Deutschen" erhoben wieder ihr Haupt und verschiedene deutsche Fürsten forderten den Kaiser von Oesterreich auf, sich die alte Kaisermacht in Deutschland zurückzuerobern. Hätte der Kaiser Franz Joseph damals den Muth besessen, die alte Frankfurter Verfassung von 1849 schnell wieder beleben und sich die deutsche Kaiserkrone anbieten zu lassen, um sie sich auf's Haupt zu setzen, so wäre ihm das vielleicht gelungen, denn Preußen war isolirt, von den Kleinstaaten, die unter dem Banne des geriebenen Beust standen, verlassen und im Innern zerrissen, während Oesterreich von den Groß-Deutschen umjubelt wurde und im Bündniß mit den Westmächten stand.

Doch Bismarcks Blick wurde durch die drohenden Wolken nicht getrübt, sondern nur zur äußersten Wachsamkeit geschärft. Sein König glaubte

fest an ihn und der war es, den er jetzt zu leiten hatte, um die Krisis zu überstehen. Kaiser Franz Joseph überraschte am 2. Augnst 1863 den König Wilhelm in Gastein mit einem Besuch und brachte sofort das Project, einen deutschen Fürstentag zu berufen, zur Sprache. Der König war nicht abgeneigt, doch am nächsten Tage gab er dem Kaiser, der ihm eine ausführliche Denkschrift über eine Bundesreform vorlegte, den Bescheid, daß ihm die Sache noch nicht reif erscheine. Der König hatte inzwischen Bismarcks Meinung gehört. Kaiser Franz Joseph versuchte nun Bismarck selbst in einer Audienz für seinen Plan zu gewinnen, erhielt aber Antworten, die ihm durchaus nicht gefielen. Nichtsdestoweniger war König Wilhelm immer noch geneigt, dem Kaiser entgegenzukommen und gab schließlich eine Antwort, die diesen berechtigte, ihn auf den 16. August nach Frankfurt zum Fürstentag einzuladen. Die Monarchen trennten sich mit dem Gruß „Auf Wiedersehen in Frankfurt".

Doch es kam nicht zu einem solchen Wiedersehen. Bismarck wich nicht von der Seite des Königs, der nicht den Muth hatte, dem Fürstentag fernzubleiben und auch vom Kronprinzen und vom englischen Cabinet bestürmt wurde, sich anzuschließen. Bismarck schrieb damals an seine Frau aus Gastein: „Ich kann wegen der Frankfurter Windbeuteleien nicht fort," und später aus Baden: „Der König ist wohl, aber von Intriguen umlagert...." Bismarck siegte schließlich. Der König lehnte es ab, zum Fürstentag zu kommen, ehe nicht wenigstens eine Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich stattgefunden habe. Die inzwischen in Frankfurt bereits zusammengetretenen Fürsten schickten am letzten Ende noch den König von Sachsen persönlich zum Kaiser Wilhelm nach Baden-Baden, doch nur, um die definitive Ablehnung zu erfahren.

Der Frankfurter Fürstentag nahm das österreichische Project der Bundesreform an. Dieselbe stärkte den Einfluß der Staaten zweiten Ranges auf Kosten Preußens, das es auf den zweiten Platz hinter Oesterreich zurückdrängte, welches den Vorsitz behielt. Nur Baden, Mecklenburg, Sachsen-Meiningen und Waldeck stimmten dagegen. Die Großherzöge von Baden und Mecklenburg standen bis zuletzt am entschiedensten für die Rechte Preußens ein.

Oesterreich hatte ein gefährliches Spiel gespielt und Bismarck direct in die Hände gearbeitet. Der preußische Ministerpräsident glaubte mit dem Erfolg seiner äußeren Politik einen günstigen Eindruck auf die Liberalen machen zu können. Er trug Sorge, dem preußischen Volke bekannt zu machen, daß die Regierung die österreichische Bundesreform hauptsächlich darum verworfen habe, weil sie keine wahre, aus directen Wahlen hervor-

gegangene Volksvertretung schuf. „Die Interessen und Bedürfnisse Preußens," sagte Bismarck in einem amtlichen Schriftstück, „sind wesentlich und unzertrennlich mit denen des deutschen Volkes.... und die Bürgschaft, daß die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation zur Geltung kommen, kann nur in einer wahren, aus directer Betheiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung gefunden werden."

Diese Sprache zum preußischen Volke und zu Deutschland hätte die liberale Opposition überzeugen müssen, daß Bismarck sowohl hinsichtlich der Ansprüche des Volkes auf parlamentarische Vertretung als auch in Sachen der deutschen Frage nicht mehr der feudale Junker von 1848 war, sondern eine zielbewußte fortschrittlich-preußische Politik nach Innen und Außen betreiben wollte. Oesterreich und die Unterzeichner der Frankfurter Reformacte forderten Preußen noch einmal zum Beitritt auf und erklärten, daß sie das Werk im Nothfalle ohne Preußen zur Ausführung bringen würden. Der König, der nun nicht mehr daran zweifelte, daß Oesterreich eine Liga gegen Preußen plane, gab eine Antwort in diesem Sinne, und Bismarck rieth zur Auflösung der Kammern, um durch Neuwahlen an den Patriotismus des Volkes zu appelliren und dessen Unterstützung zur Ueberwindung des Verfassungsconflictes zu finden. Doch er fand bei den Liberalen, die auf ihrem Budgetrecht, wie Shylock auf seinem Schein bestanden, kein Verständniß. Bismarck blieb ihnen der verhaßte Junker, wie es denn auf sie vorher nicht den geringsten Eindruck gemacht hatte, als Bismarck kurz nach Uebernahme des Ministeriums mit einem einfachen Feldjäger eine Note nach Kassel schickte, die den Kurfürsten von Hessen aufforderte, die widerrechtlich aufgehobene Verfassung von 1831 wieder herzustellen und dem schändlichen Regiment Hassenpflug's ein Ende zu machen, widrigenfalls Preußen einige Truppen nach Kassel senden würde. Der Kurfürst hatte sich unterworfen und Mitglieder der liberalen Partei in's Ministerium berufen. Die liberale Opposition in Preußen hatte indessen kein Wort der Anerkennung dafür.

3. Der dänische Krieg.

Aus den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause im Herbst 1863 war, wie bereits gesagt, trotz des Appells der Regierung an den Patriotismus des Volkes, die Fortschrittspartei mächtiger als je hervorgegangen. Es half auch nichts, daß der König bei der Eröffnung des Landtags einen sehr versöhnlichen Ton anschlug und daß auf Wunsch des Abgeordneten-

hauses sofort die Preßverordnung aufgehoben wurde. Der Conflict mit der Regierung verschärfte sich noch mehr und hätte vielleicht angesichts der unerschütterlichen Haltung des Königs und Bismarcks bezüglich der Armeereorganisation zu einer thatsächlichen Revolution geführt, wenn nicht plötzlich durch den Tod des Königs Friedrich VII. von Dänemark die schleswig-holsteinische Frage brennend geworden wäre.

Am 30. März 1863 hatte der König von Dänemark, gedrängt durch die öffentliche Meinung und sein „eiderdänisches" Ministerium ein Patent erlassen, durch welches die völlige Einverleibung des nicht zum deutschen Bund gehörigen Schleswigs in die dänische Monarchie ausgesprochen wurde. War dies schon ein offener Bruch des Londoner Protokolls von 1852, das Oesterreich in seinem Uebermuth und Preußen in seiner Ohnmacht unterzeichnet hatte, von den übrigen deutschen Bundesstaaten aber nur theilweise anerkannt worden war, so setzte Dänemark seiner Frechheit noch die Krone auf, indem es auch Holstein seine verbrieften Sonderrechte raubte und als eine dänische Provinz unter die dänische Verfassung stellte. Am 13. November 1863 trat diese Bestimmung trotz aller Proteste und Drohungen des deutschen Bundes in Kraft. Zwei Tage später starb König Friedrich VII. von Dänemark und mit ihm erlosch der Mannesstamm der königlichen Linie des Oldenburg'schen Hauses. Herzog Christian von Glücksburg bestieg in Uebereinstimmung des Londoner Protokolls als König Christian IX. den Thron von Dänemark und bestätigte am 18. November die neue Verfassung.

Damit war dem deutschen Volke endlich die Geduld ausgegangen. Ein Sturm der Entrüstung brach aus und durch ganz Deutschland ging der Ruf, Schleswig-Holstein für immer aus dem dänischen Joche zu befreien und einen deutschen Herzog für das deutsche Land einzusetzen. Dieser Herzog war bereits da in der Person des Prinzen Friedrich von Augustenburg. Derselbe hatte zwar durchaus keine zweifellosen Ansprüche, denn sein Vater hatte sein und seiner Nachkommen Erbrecht auf Holstein bei Abschluß des Londoner Protokolls für 2½ Millionen Thaler verkauft, entsann sich aber angesichts der Kundgebungen des deutschen Volkes dessen nicht mehr, sondern erklärte, nur zu Gunsten seines Sohnes verzichtet zu haben. Prinz Friedrich proclamirte sich zum Herzog von Schleswig-Holstein und Lauenburg, hielt sich indessen außer Schußweite, indem er zu Gotha einen Hofstaat einrichtete und ein Ministerium bildete. Das deutsche Volk kümmerte sich weder um die Echtheit der Ansprüche des Augustenburgers, noch um das Londoner Protokoll. Es sah die leidige schleswig-holsteinische Frage, deren Geschichte eine so schmähliche für Deutschland gewesen

war, einfach durch Einsetzung des deutschen Prätendenten zum Herzog für gelöst an. Die Begeisterung für diesen Plan war so groß und allgemein, daß die kleineren deutschen Staaten sich ihm ohne Weiteres anschlossen und Sachsen am Bunde den Antrag stellte, anstatt nur Bundesexecution gegen Dänemark zu üben, Holstein militärisch zu besetzen. Dies sollte der erste Schritt sein, um dem Prinzen von Augustenburg erst zur Anerkennung als Herzog von Holstein zu verhelfen und ihn dann bei der Geltendmachung seiner Ansprüche auf Schleswig, das ja mit Holstein „up ewig ungedeelt" zusammenbleiben sollte, mit dem Bundesheere zu unterstützen. Die Schleswig-Holsteiner selbst rüsteten sich bereits zum Empfange des Augustenburgers.

Ganz anders betrachtete Bismarck die Sache. Für ihn war jetzt der Augenblick gekommen, den ersten großen Schritt zur Zertrümmerung der Ketten Preußens im deutschen Bunde zu thun. Sein Gedanke war zunächst, ein Einschreiten der europäischen Mächte, das offenbar bevorstand, sobald der deutsche Bund die Elbherzogthümer den Dänen zu entreißen versuchen würde, zu verhindern. Dies gedachte er dadurch zu ermöglichen, daß Preußen sich vor der Hand an das Londoner Protokoll, als einen von ihm unterzeichneten Vertrag, halten und erst dann ein bewaffnetes Einschreiten billigen solle, wenn Dänemark in vertragswidriger Weise sich weigere, den Herzogthümern ihre verbrieften Selbstständigkeitsrechte wiederzugeben. Wäre so der Widerspruch der europäischen Cabinete umgangen, so müsse man die Regelung der Frage dem Bundestag entziehen, was leicht sei, wenn sich Preußen zuvor mit Oesterreich über ein gemeinsames Vorgehen verständige. Sei letzteres erst einmal geschehen, so würde es nur von der Geschicklichkeit Preußens abhängen, die schleswig-holsteinische Angelegenheit definitiv zu seinem Vortheil zu erledigen.

Für diesen Gedanken wußte Bismarck den König zu gewinnen und er führte ihn mit Ueberwindung ungeheurer Hindernisse Schritt für Schritt bis zu Ende durch. Er selbst sagte später einmal: „Als ich zum Fürsten erhoben wurde, wollte der König durchaus Elsaß-Lothringen in mein Wappen setzen, ich hätte jedoch viel lieber Schleswig-Holstein darin gesehen, da dies, politisch gesprochen, der Feldzug ist, auf den ich am stolzesten bin."

Der Augenblick, Oesterreich für seinen Plan zu gewinnen, war günstig. Zwar war es vor Kurzem erst, wie wir oben gesehen, durch das Fernbleiben Preußens von dem Frankfurter Congreß zu einem äußerst scharfen Bruch zwischen den beiden Mächten gekommen gewesen, doch Oesterreich hatte bald darauf erleben müssen, daß Beust und die Kleinstaaten auch von ihm nichts wissen wollten, indem sie sich weigerten, die Frankfurter

Reformacte sofort durchzuführen. In seiner Erbitterung darüber und auch aus Furcht vor Preußens Entschlossenheit, seine Machtstellung im Bunde am letzten Ende mit bewaffneter Hand zu wahren, hatte das Wiener Cabinet bereits vor dem Tode des Königs von Dänemark im Stillen eine Annäherung an Preußen geplant. Bismarck fand darum ziemlich bereitwilliges Entgegenkommen, als er dem Kaiser Franz Joseph klar legte, daß es im gemeinsamen Interesse Oesterreichs und Preußens läge, sich gegen die Bemühungen der Kleinstaaten und der deutschen Demokratie, die schleswig-holsteinische Frage als eine Bundessache zu behandeln, energisch aufzulehnen und sich gemeinsam der Sache zu bemächtigen. Das Wiener Cabinet ging um so lieber auf dies Bündniß ein, als es glaubte, dabei am besten über Preußens etwaige Annexionsgelüste auf die Herzogthümer wachen zu können. Es ahnte nicht, daß es selbst Bismarcks Zukunftsplänen die Wege ebnete.

Es war eine große Ueberraschung für Europa, die feindlichen Brüder plötzlich einmüthig gegen den Bund Front machen zu sehen. Oesterreich und Preußen erklärten sich im Bundestage gegen die von Sachsen beantragte Occupation Holsteins und beharrten darauf, daß die früher beschlossene Bundesexecution gegen den König von Dänemark statthaben solle. Infolgedessen rückten um die Weihnachtszeit hannoverische und sächsische Truppen in Holstein ein und die Dänen zogen sich über die Eider nach Schleswig zurück.

Der König von Dänemark sah sich trotzdem von seinem Volke gezwungen, die widerrechtliche Einverleibung Schleswigs zur Thatsache werden zu lassen, und nun stellte Preußen mit Oesterreich am Bunde den Antrag, Dänemark zur Rücknahme der Verfassung vom 18. November aufzufordern und im Falle der Weigerung sofort die militärische Besitznahme *Schleswigs* als eines Pfandes für die Erfüllung der gerechten Forderungen Deutschlands vorzunehmen. Der Bundestag lehnte diesen Antrag ab, da die meisten Regierungen darin eine indirekte Anerkennung des Londoner Protokolls sahen, welches sie ignoriren wollten. Preußen und Oesterreich beschlossen darauf sofort, ihrerseits unabhängig vom Bunde als europäische Mächte die beantragten Maßregeln durchzuführen. Dänemark erhielt achtundvierzig Stunden Bedenkzeit und als diese verstrichen war, schritten Preußen und Oesterreich am 18. Januar 1864 zur Besitznahme Schleswigs. Damit hatte Bismarck den ersten Theil seines Planes erreicht. Oesterreich war an Preußen gebunden, der Bundestag bei Seite geschoben und der Augustenburger einstweilen seiner Ansprüche entkleidet.

Die deutschen Regierungen empörten sich gegen Bismarcks Politik.

In Bayern wurde sogar verlangt, den Augustenburger mit bayerischen Waffen zum Herzog zu machen, während mehrere andere Bundesstaaten den Truppen Preußens und Oesterreichs den Durchmarsch verweigerten. Doch seinen Höhepunkt erreichte der Widerstand in Preußen selbst. Das Abgeordnetenhaus hatte sich von vornherein mit Entschiedenheit für die Anerkennung des Prinzen von Augustenburg erklärt. Bismarcks Gedanken verstand es nicht und wollte sie auch nicht verstehen, als er ihm die Nothwendigkeit klar machte, daß Preußen zunächst unbedingt am Londoner Protokoll festhalten müsse. Der Abgeordnete von Sybel erklärte, daß Preußen unter Bismarcks Regierung „krank, tief krank" geworden sei, daß das schleswig-holsteinische Volk nicht preußisch werden wolle und daß Preußen im Begriff stehe, Selbstmord zu begehen. Virchow, der große Physiologe, aber jämmerlich kleine Politiker, ging noch weiter. Er bezeichnete Bismarcks Politik als einen *Verrath an Deutschland*, dem die Rache des Volkes nicht fehlen würde.

Als die militärische Execution beschlossen war, verlangte Bismarck eine Anleihe von zwölf Millionen Thaler. Das Abgeordnetenhaus verweigerte sie. Es verstand ihn auch nicht, als er ihm sagte, daß Preußen sehr bald in die Lage kommen würde, sich von dem verhaßten Londoner Protokoll lossagen zu können. „Um zur Ablehnung zu gelangen," sagte er, „schieben Sie uns eine Politik unter, die wir eben nicht betreiben. — — — Unsere Politik ruht auf dem Ausspruch Sr. Majestät, daß *kein Fußbreit deutscher Erde verloren gehen und daß ebenso kein Titel deutschen Rechts geopfert werden soll.*" Das Haus appellirte gegen Bismarck an den König. Letzterer antwortete energisch im Sinne Bismarcks. Der Conflict dauerte mit seiner ganzen Schärfe fort und während Bismarck seine meisterhaften Schachzüge gegen England und Frankreich, die sich längst eingemischt hatten, that, mußte er in der Anleihe-Commission des Abgeordnetenhauses mit der blödsinnigen Hartnäckigkeit der Volksvertreter ringen. Er wurde immer deutlicher in seinen Erklärungen bezüglich der Stellung Preußens zum Bunde. Politische Fragen, sagte er, seien Machtfragen. Preußen könne sich nicht vom Bund majorisiren lassen, die deutschen Großmächte seien *das Glashaus, das den deutschen Bund vor europäischem Zugwind schütze*, die völlige Lossagung Preußens vom Londoner Protokoll sei eine Frage der Opportunität und der Bund sei nicht rechtlich befugt, über die Erbfolge in den Herzogthümern zu entscheiden. „Wir haben zu Ihnen nach wie vor das Vertrauen, daß Sie uns diejenigen Mittel, welche wir so nothwendig gebrauchen, auf verfassungsmäßigem Wege zugänglich machen, *sonst*

müssen wir sie nehmen, wo wir sie bekommen," sagte er schließlich gerade heraus.

Doch Bismarck predigte tauben Ohren. Er mußte die schmählichsten und lächerlichsten Beschuldigungen hören. Man klagte ihn an, daß er einen Bürgerkrieg heraufbeschwören wolle, daß es seine Absicht sei, die Herzogthümer durch das Blut preußischer Soldaten für die Dänen zu retten und Preußen im Bunde mit Rußland zu zerstückeln. Bismarck wehrte sich wie ein Löwe. Es handele sich, sagte er, um einen Kampf über die Herrschaft Preußens zwischen dem Hause der Hohenzollern und dem Hause der Abgeordneten, welches der Krone das Recht über Krieg und Frieden rauben wolle. Die Opposition habe keinen Patriotismus, kein Gefühl für die deutsche Nationalität. „Wenn man Ihr Vertrauen erwerben soll, so muß man sich Ihnen in einer Weise hingeben, wie es für einen Minister des Königs von Preußen nicht möglich ist. Wir würden dann nicht königliche Minister, wir würden Ihre Minister sein, und dazu, das hoffe ich zu Gott, werden wir nicht kommen. Fühlte das preußische Volk wie Sie, so müßte man sich einfach sagen, der preußische Staat habe sich überlebt, und die Zeit sei gekommen, wo er andern historischen Gebilden Platz zu machen habe. Soweit sind wir aber noch nicht! Ich erinnere Sie an eine Anekdote, die in früheren Zeiten bei der Grundsteuerverhandlung in diesen Räumen häufig citirt wurde. Es ist das Schreiben König Friedrich Wilhelms I. an ein Mitglied der ostpreußischen Stände bei Einführung der Grundsteuer; er sagte darin, wenn ich mich der Worte richtig erinnere: „Was ich ruinire, das ist das nie pozwalam der Junker; ich etablire die souveraineté comme un rocher de bronze." Der rocher de bronze steht noch heute fest; er bildet das Fundament der preußischen Geschichte, des preußischen Ruhmes, der preußischen Großmacht und des verfassungsmäßigen Königthums! Diesen ehernen Felsen werden Sie nicht zu erschüttern vermögen durch Ihren Nationalverein, durch Ihre Resolution und durch Ihr liberum Veto!"

Das Abgeordnetenhaus nahm dagegen eine Erklärung an, worin es die Haltung Oesterreichs und Preußens formell verurtheilte und sich zum Kampf gegen diese Politik mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verpflichtete. In gleicher Weise lehnte es von Neuem das Budget für die Armeeorganisation ab und verwarf das Gesetz über den Heeresdienst. Der Abgeordnete Dr. Gneist meinte in Begründung der Ablehnung aller Regierungsanträge, daß der König noch in letzter Stunde den Rückzug antreten

solle, das wäre ein Sieg des Höchsten, was in dem deutschen Fürstenthum lebt, über blinde Leidenschaft und über verbrecherische Rathschläge. Und er rief, wie einst ein deutscher Mann Napoleon I. es gethan hatte, dem König Wilhelm zu: „Eure Majestät wollen das Gesetz füsiliren!"

Dies sind einige Proben von der damaligen Haltung der maßgebenden preußischen Volksvertreter. Doch Bismarck ließ sich keinen Augenblick irre machen. Entschlossen, alle Maßregeln zu ergreifen, um für die Erhaltung des Staates und der Ehre Preußens einzustehen, ließ er den Krieg seinen Lauf nehmen. Englands Einmischung nahm eine sehr drohende Form an, doch Napoleon, an den sich der Augustenburger und mit ihm indirect die deutschen Mittelstaaten schmählicher Weise um Hülfe gewandt hatten, wollte sich nur auf diplomatische Vorstellungen einlassen. Indessen wurde Oesterreich unschlüssig, als es galt, nach Besetzung Schleswigs nun auch in Dänemark selbst einzurücken. Es ahnte Bismarcks Ziel, das denn doch schließlich auf preußische Eroberungen gerichtet war und fürchtete das Einschreiten der europäischen Mächte. Bismarck hatte es aber durch geschickte diplomatische Noten fertig gebracht, daß England sich auf bloßes Drohen beschränken mußte und Napoleon sich abwartend verhielt, während Rußland eine Preußen wohlwollende Neutralität offen zur Schau trug. Die Gefahr einer europäischen Einmischung war nur dann zu befürchten, wenn Oesterreich sich zurückzog, was Preußen in die Lage brachte, allein gegen Dänemark vorzugehen.

Und so war es denn wiederum ein genialer Schachzug Bismarcks, daß er in diesem gefährlichen Augenblicke Oesterreich von Neuem zu binden verstand. Er schickte den General v. Manteuffel, der ein begeisterter Freund Oesterreichs war, nach Wien zum Kaiser Franz Joseph und dieser ließ sich am 1. März zu einem neuen Abkommen bewegen, wonach der Krieg auf dänischem Gebiet fortgesetzt werden sollte. Mit dem Betreten des Bodens Jütlands hatte Bismarck sein Ziel bis zur Hälfte erreicht. Er durfte jetzt durch die Regierungspresse dem Volke, das sich zwar blindlings in seinen Haß gegen ihn verrannt hatte, zu verstehen geben, daß es sich nicht mehr um die Ausführung des Londoner Protokolls handele und daß Preußen die Herzogthümer gegen jede Rückkehr der dänischen Tyrannei schützen werde. Und als die Dänen der verbündeten Armee von Stellung zu Stellung weichen mußten und am 18. April die Erstürmung der Düppeler Schanzen erfolgt war, schrieb die „Provincial-Correspondenz," das amtliche Organ: „Die Sieger von Düppel werden den Boden, auf welchem so viele ihrer Kameraden ihr Herzblut für die Freiheit der Herzogthümer vergossen haben,

nicht wieder verlassen, bevor sie ihn für immer befreit und mit Deutschland vereinigt wissen. König Wilhelm, der Befreier Schleswigs aus dänischem Joche, im Bunde mit Kaiser Franz Joseph, hat den Herzogthümern persönlich die Bürgschaft gegeben, daß er ihre heilige Sache zu einem guten Ende führen wolle. Mögen

Parade der Düppelstürmer vor König Wilhelm bei Atzbüll am 22. April 1864.

die Schleswig-Holsteiner, möge ganz Deutschland vertrauen, daß die „heilige Sache" in guten Händen ist."

Doch alles Dies hielt die preußischen Volksvertreter nicht ab, die Politik Bismarcks nach wie vor als Schande und Verrath zu verurtheilen. Protest folgte auf Protest, und in Frankfurt erklärte eine Versammlung „fortschrittlicher" Abgeordneten, daß Preußen und Oesterreich ihre Titel als „deutsche" Großmächte verloren hätten, und reizte alle Deutschen auf, die Schmach, mit der man das Vaterland bedecken wolle, nicht zu dulden. Die Mittel-

und Kleinstaaten, mit Bayern an der Spitze und von Beust beherrscht, drohten einen Sonderbund zu bilden und ihre Truppen gegen Preußen und Oesterreich mobil zu machen. Es waltete wahrlich eine gütige Vorsehung über das arme Deutschland, daß Napoleon sich durch die Herren Fortschrittler in Preußen und die Beust'schen Pläne nicht ermuthigt fand, als „Retter" der deutschen Mittel- und Kleinstaaten aufzutreten. Statt dessen hielt seine Zurückhaltung Englands Dänenfreundschaft in Schach.

Ehe Bayerns bereits am 12. März auf dem Bundestag gestellter Antrag, den Prinzen von Augustenburg anzuerkennen, zur Abstimmung gelangen konnte, war Bismarck durch die militärischen Erfolge in Schleswig in die Lage versetzt worden, dem Bundestag zu erklären, daß Preußen und Oesterreich das Londoner Protokoll von 1852 nicht mehr als bestehend erachteten. Mit derselben Erklärung lehnte er auch den von England gemachten Vorschlag, auf Grund des 1852er Vertrages eine Conferenz nach London zu berufen, rundweg ab und setzte es durch, daß die Conferenz ohne vorherigen Waffenstillstand mit Dänemark und nur, „um dem Norden Europas die Segnungen des Friedens wiederzugeben," zusammentreten solle.

Napoleon bestand darauf, daß an der Londoner Conferenz, die am 25. April eröffnet wurde, auch ein Vertreter des deutschen Bundes theilnehme. Obwohl dies Bismarck sehr unangenehm war, da er die Zeit gekommen glaubte, den Bund zu vernichten, so schmiedete er mit dem Genie des Staatsmannes doch gleich eine Waffe daraus. Zu den Gründen, warum er für Preußen den Londoner Vertrag von 1852 nicht mehr für bestehend erklärte, fügte er den weiteren hinzu, daß der Bund, der jetzt zur Conferenz zugelassen sei, diesen Vertrag ja niemals anerkannt habe. Die Verhandlungen der Conferenz führten zu keinem praktischen Ergebniß. Beust, welcher als Vertreter des Bundes erschienen war, betrieb die Ansprüche des Augustenburgers. Preußen und Oesterreich ließen zunächst die Frage der Erbfolge offen und erklärten, daß die Unabhängigkeit der Herzogthümer von Dänemark eine absolute Bedingung für einen dauernden Frieden sei. Dänemark weigerte sich entschieden, darauf einzugehen, und England suchte ihm auf alle mögliche Weise die Stange zu halten, womit es ihm einen schlechten Dienst erwies, denn die Dänen ermüdeten durch ihren ohnmächtigen Widerstand die Geduld der übrigen Mächte und verschlimmerten nur ihre Lage.

Anstatt bloßer Unabhängigkeit der Herzogthümer von Dänemark, womit eine Personalunion unter der dänischen Krone ja noch nicht ausgeschlossen war, forderte Bismarck nunmehr vollständige Lostrennung, und

er kam dabei dem deutschen Bund soweit entgegen, daß er in die Einsetzung des Prinzen von Augustenburg als Herzog, vorbehaltlich einer Prüfung der Ansprüche desselben, willigte. Der Augustenburger fühlte sich dadurch sehr ermuthigt und machte Bismarck einen Besuch. Er hinterließ indessen bei demselben einen sehr ungünstigen Eindruck, da er sich auf das hohe Roß setzte, die Kriegsopfer Preußens und Oesterreichs für nichts erachtete, auf sein einfaches Erbrecht pochte und jegliche Art von Zugeständnissen bezüglich Einschränkung „seiner" Souveränetät und „seines" Gebietes zurückwies. Bismarck bedeutete ihm, daß das Hauptinteresse in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit das deutsche, nicht das dynastische sei, und er entließ ihn mit dem Gefühl, daß Preußen es sich noch sehr zu überlegen haben werde, ehe es zur Bildung eines neuen deutschen Kleinstaates, der es mit den Beust'schen und dann auch später mit Oesterreich halten würde, an seiner Nordgrenze seine Zustimmung gebe.

Auch der Wunsch der schleswig-holsteinischen Bevölkerung wurde, namentlich von Napoleon, als Factor in die Londoner Verhandlungen gezogen, worauf Bismarck mit verschiedenen Kundgebungen der Bevölkerung zu Gunsten eines Anschlusses an Preußen dienen konnte. So schleppten sich die Verhandlungen hin, ohne daß Dänemark, das gegen Alles protestirte, Miene machte, sich in's Unvermeidliche zu fügen. Als aber schließlich das stolze England vor der festen Haltung der deutschen Mächte die Segel einziehen mußte, löste sich die Conferenz am 25. Juni auf mit dem einzigen Resultat, daß wenigstens der Londoner Vertrag von 1852 beseitigt worden war, während der Krieg gegen Dänemark seinen Fortgang nehmen mußte.

Nach Ablauf einer den Dänen gewährten Waffenruhe begannen die Feindseligkeiten von Neuem, und erst nachdem die Insel Alsen genommen war und die vollständige Besetzung Jütlands bevorstand, bat König Christian IX. endlich am 15. Juli um Frieden. Bismarck begab sich nach Wien, wo die Friedensverhandlungen stattfanden. Am 1. August wurden die Friedenspräliminarien unterzeichnet, wonach sich der König von Dänemark zur Abtretung der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Preußen und Oesterreich und zur Anerkennung der Dispositionen, welche letztere betreffs dieser Gebiete treffen würden, verpflichtete.

Während der weitern Friedensverhandlungen trat Bismarck eine kurze Reise nach dem Seebad Biarritz zur Erholung an und kehrte gegen Ende October über Paris, wo er mit Napoleon eine Unterredung hatte, nach Berlin zurück. Inzwischen war auch der Zollverein mit dem preußisch-französischen Handelsvertrage, gegen welchen sich die Mittelstaaten aus reiner politischer Abneigung gegen Preußen lange gesträubt hatten, von sämmt-

lichen Staaten auf weitere zwölf Jahre unterzeichnet worden. Am 30. October 1864 erfolgte der definitive Friedensabschluß mit Dänemark nach Maßgabe der Präliminarien. Bismarcks Staatskunst feierte den ersten grundlegenden Triumph. König Wilhelm verlieh ihm den schwarzen Adlerorden, das höchste preußische Ehrenzeichen, und die europäischen Cabinete wußten jetzt, daß es in Berlin einen Minister gab, mit dem sie in Zukunft sehr ernst zu rechnen haben würden.

Drittes Capitel.

Vom Kampf gegen Oesterreich bis zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges.

1864—1870.

1. Der Bruch mit Oesterreich.

Das preußisch-österreichische Bündniß war naturgemäß kein dauerndes. Es bewährte sich nur noch einmal, nämlich als der sächsische Minister von Beust die lächerliche Kühnheit besaß, im Bunde mit den von ihm beherrschten Mittel- und Kleinstaaten zu behaupten, daß die beiden Großmächte kein Verfügungsrecht über Schleswig-Holstein besäßen, da der Bund das Londoner Protokoll niemals anerkannt habe, und daß die Bundesexecution in Holstein noch gar nicht vollzogen sei, die sächsisch-hannoverischen Executionstruppen also noch in Holstein zu verbleiben hätten, bis dieses Land dem rechtmäßigen Besitzer, nämlich dem Prinzen von Augustenburg, übergeben sei. Herr von Beust betrieb seine lediglich auf Unheilstiftung abgesehene Sache in der That so weit, daß er seinen König veranlaßte, die sächsische Armee mobil zu machen. Diese Demonstration kam allerdings zu einem kläglichen Ende. Bismarck stellte in Gemeinschaft mit Oesterreich in der Bundesversammlung den Antrag, die Execution in Holstein für beendet zu erklären, und setzte hinzu, daß er dies nur darum gethan habe, um dem Bunde Gelegenheit zur „Verhütung von Verwickelungen" zu geben. Der Antrag ging mit 9 gegen 6 Stimmen durch. Herr von Beust „rächte" sich damit, daß er die sächsischen Truppen aus Holstein im Winter auf einem

weiten Umwege über Hannover, Kassel, Eisenach, Lichtenfels und Hof in die Heimath zurückkehren ließ, um das preußische Gebiet zu vermeiden.

Doch sehr bald hatte Beust die Genugthuung, Oesterreich wieder mit den Mittelstaaten gegen Preußen Front machen zu sehen. Graf Mensdorff, der als Nachfolger des Grafen Rechberg der Leiter der österreichischen Politik geworden war, nahm Fühlung mit Beust. Letzterer beabsichtigte in Gemeinschaft mit Bayern im Bunde den Antrag zu stellen, daß Preußen und Oesterreich die Herzogthümer räumen sollten, ließ sich aber durch Graf Mensdorff, der die Zeit dazu noch nicht gekommen glaubte, bewegen, den Antrag vorläufig noch nicht zu stellen.

Oesterreich hatte zunächst noch seine eigenen Pläne. Es waren nicht etwa Rechtsbedenken, die es davon abhielt, Preußen die Annexion der Herzogthümer zu gestatten, sondern es wollte ein Aequivalent in Form einer Vergrößerung seines deutschen Gebiets, und zwar auf Kosten Preußens, haben. Bismarck machte kein Hehl daraus, daß er jetzt die Annexion für das Endziel halte, lehnte aber eine Gebietsabtretung an Oesterreich mit großer Entschiedenheit ab. Die Rechtsfrage war für Preußen durch die Kronjuristen erledigt worden. Deren Gutachten ging dahin, daß die Rechte, welche durch den Wiener Friedensvertrag vom König Christian IX. an den König von Preußen und den Kaiser von Oesterreich übergegangen waren, wohlbegründet seien, weil die dänische Thronfolge durch das Londoner Protokoll rechtsgültig geordnet, der König von Dänemark also vollständig befugt gewesen sei, seine Besitzrechte auf Schleswig-Holstein an Preußen und Oesterreich vollständig abzutreten. Bezüglich der Erbansprüche des Augustenburgers erklärten die Kronjuristen, daß dieselben nicht besser seien, als die des Großherzogs von Oldenburg und die des Hauses Hohenzollern, im Gegentheil schlechter, insofern der Vater des Augustenburgers am 30. December 1852 für sich und seine Söhne feierlich Verzicht geleistet und für die dafür von Dänemark erhaltene Abfindungssumme mit Zustimmung seiner Söhne das Rittergut Dolzig als Familiengut angekauft habe.

Nachdem Bismarck das österreichische Anerbieten, gegen Abtreten der schlesischen Grafschaft Glatz in die Einverleibung der Herzogthümer in Preußen willigen zu wollen, kurzweg abgelehnt hatte, schlug er einen andern Weg ein, um zum Ziele zu kommen. Daß das entscheidende Mittel das Schwert sein würde, daran zweifelte er keinen Augenblick mehr. Bismarck sagte jetzt in einer Depesche am 22. Februar 1865 die Anerkennung des Augustenburgers unter Bedingungen zu, unter denen die Verfügung des Königs von Preußen über die Militärkraft, das Postwesen und die Tele-

graphen der Herzogthümer, der Eintritt derselben in den Zollverein und einige Gebietsabtretungen in Kiel, sowie an dem projectirten Nord-Ostsee-Canal die wichtigsten waren. Graf Mensdorff wies diese Vorschläge zurück, und am 6. April stimmte Oesterreich beim Bunde für den Antrag der süddeutschen Regierungen auf bedingungslose Einsetzung des Erbprinzen in die Regierung Holsteins. Der Antrag ging durch, wurde aber von Preußen nicht anerkannt und blieb daher ohne Wirkung. Als Bismarck darauf Anhörung der Stände Schleswig-Holsteins über die Streitfrage verlangte, weigerte sich Mensdorff dessen, und als man in Wien dann selbst Einberufung der Stände beantragte, forderte Bismarck vorher Ausweisung des Prätendenten, dessen Nebenregierung eine freie Meinungsäußerung der Landesvertretung unmöglich mache.

Im Sommer 1865 schien, da Oesterreich nicht nachgab, eine Entscheidung durch die Waffen schon sehr nahe gerückt. Von Karlsbad aus, wo der König Wilhelm sich damals mit Bismarck befand, beklagte sich letzterer im Mai abermals über die Augustenburger Wühlerei und drohte mit einseitigem Vorgehen Preußens gegen dieselbe. Auf der Weiterreise des Königs nach Gastein fand in Regensburg eine Berathung desselben mit den preußischen Ministern und dem Gesandten am Wiener Hofe statt, in welcher Festhalten an den Februarbedingungen beschlossen wurde. Zwei Tage nachher, am 25. Juli, hatte Bismarck in Salzburg eine Unterredung mit dem bayerischen Minister von der Pfordten, in der er seine Ueberzeugung aussprach, daß ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich nahe bevorstehe, und daran die Bemerkung knüpfte, das Interesse der Mittelstaaten erheische dringend, zu einer solchen Eventualität schon jetzt Stellung zu nehmen. Es handele sich um ein Duell zwischen den beiden Großmächten allein, und es würden weniger Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn das übrige Deutschland sich dabei passiv verhalte. Das könne es um so mehr, als Preußen nicht daran denke, sein Machtgebiet über die Mainlinie hinaus zu erstrecken. Lange werde die Entscheidung nicht mehr auf sich warten lassen. Eine Hauptschlacht, und Preußen werde in der Lage sein, die Bedingungen zu diktiren. Bayern möge erwägen, daß es der natürliche Erbe der Stellung Oesterreichs in Süddeutschland sei.

Der Krieg wurde durch Unterhandlungen, die in Gastein zwischen Bismarck und Graf Blome, dem österreichischen Gesandten in München, stattfanden, noch einmal abgewandt. Die am 14. August unterzeichnete „Gasteiner Convention" bestimmte, daß die Ausübung der im Wiener Friedensvertrage gemeinsam erworbenen Rechte Preußens und Oesterreichs unbeschadet der Fortdauer dieser Rechte beider Mächte an der Gesammtheit

beider Herzogthümer in Bezug auf Schleswig dem König von Preußen, in Betreff Holsteins dem Kaiser von Oesterreich übertragen und Lauenburg gegen eine Geldentschädigung an Preußen abgetreten werden sollte. Demgemäß wurde der preußische General von Manteuffel zum Statthalter von Schleswig, und der österreichische Feldmarschall von Gablenz zum Statthalter von Holstein ernannt, während Lauenburg, zunächst durch Personalunion, mit Preußen vereinigt wurde. Der Bismarck selbst sehr unangenehme Scheinfriede von Gastein hatte merkwürdigerweise noch zur Folge, daß er vom König in den Grafenstand erhoben wurde.

Die Gasteiner Convention war, wie Bismarck am Tage des Abschlusses derselben an seine Gemahlin schrieb, nur eine „Verklebung der Risse im Bau". Die Theilung der Verwaltung der Herzogthümer zwischen Preußen und Oesterreich besserte die Verhältnisse nicht, da ersteres die Agitation der Augustenburgischen nach wie vor begünstigte. Am 16. October erschien der Erbprinz sogar auf schleswigschem Boden und ließ sich in Eckernförde als Landesherr festlich empfangen, worauf der „Staatsanzeiger" dies als eine „Usurpation einer unberechtigten Autorität" bezeichnete und mit der Drohung schloß: „Sollte der Prinz nochmals ohne Erlaubniß des Königs den schleswigschen Boden betreten und Anlaß zu neuen Demonstrationen darbieten, so wird seine Verhaftung zu gewärtigen sein." Eine Massenversammlung der von den Räthen des Prinzen beherrschten Vereine, welche von Gablenz zuerst verboten, dann auf ausdrücklichen Befehl des Wiener Cabinets gestattet, am 23. Januar 1866 in Altona abgehalten wurde, forderte ungestüme Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände und ließ den „rechtmäßigen Fürsten Herzog Friedrich" leben. Die holsteinische Presse floß von Schmähungen gegen Preußen über und Oesterreich duldete es gern.

Bismarck ließ durch den preußischen Gesandten in Wien umsonst Vorstellungen machen. Nach der Altonaer Massenversammlung sagte er in einer Depesche an das Wiener Cabinet: „....Die kaiserliche Regierung steht nicht an, genau dieselben Mittel der Agitation gegen uns ins Feld zu führen, welche sie mit uns gemeinsam in Frankfurt hatte bekämpfen wollen. (Preußen und Oesterreich hatten im October 1865 dem Senat von Frankfurt eine strenge Verwarnung zugehen lassen, weil er die aufrührerischen Reden des Abgeordnetentages daselbst gegen den Gasteiner Vertrag geduldet hatte.) Wie unterscheidet sich jene durch den Zuzug von Führern der Demokratie aus Hessen, Frankfurt, Bayern illustrirte (Altonaer) Massenversammlung von denjenigen Versammlungen, über deren Zulassung Oesterreich selbst mit uns in Frankfurt Beschwerde geführt hat?

Höchstens dadurch, daß der kaiserlichen Statthalterschaft in den holsteinischen Gesetzen wirksamere Gegenmittel zu Gebote standen, als dem Frankfurter Senate, daß die Wühlerei in Holstein einen bestimmteren und greifbareren Gegenstand hat und noch unmittelbarer und feindlicher gegen Preußen gerichtet ist.... Es bedarf keiner besonderen Auseinandersetzung, welchen Eindruck ein solches Verfahren seines Bundesgenossen im Kriege, jetzt im Frieden auf Seine Majestät den König machen, wie schmerzlich es ihn berühren müsse, revolutionäre und jedem Thron feindliche Bestrebungen unter dem Schutze des österreichischen Doppeladlers entfaltet zu sehen, und wie solche Eindrücke dahin führen, das von Seiner Majestät lange und liebevoll gehegte Gefühl der Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Mächte zu erschüttern und zu schwächen. Die Regierung Seiner Majestät des Königs bittet demnach das kaiserliche Cabinet im Namen der beiderseitigen Interessen, den Schädigungen, welche die monarchischen Grundsätze, der Sinn für öffentliche Ordnung und die Einigkeit beider Mächte durch das jetzt in Holstein gehandhabte Verfahren erleiden, ein Ziel zu setzen; sie hält es für ein Leichtes, wenn die Gesetze des Landes, an deren Bestehen kein ernster Zweifel obwalten kann, zur Anwendung gebracht werden, den unwürdigen Schmähungen in Presse und Vereinen gegen seinen Bundesgenossen und Mitbesitzer ein Ende zu bereiten und die Einwirkung des sogenannten Kieler Hofes auf das Land unmöglich zu machen.... Eine verneinende oder ausweichende Antwort auf unsere Bitte würde uns die Ueberzeugung geben, daß die kaiserliche Regierung nicht den Willen habe, auf die Dauer gemeinsame Wege mit uns zu gehen, sondern daß die Preußen abgeneigten Tendenzen, daß ein, wie wir hofften, überwundener traditioneller Antagonismus gegen Preußen, welcher sich jetzt das Gebiet der Herzogthümer zum Felde seiner Wirksamkeit ausersehen hat, in ihr mächtiger ist, als das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Interessen. Es würde dies für die königliche Regierung, es würde vor Allem für Seine Majestät den König eine schmerzliche Enttäuschung sein, welche wir wünschen und hoffen, uns erspart zu sehen. *Aber es ist ein unabweisbares Bedürfniß für uns, Klarheit in unsere Verhältnisse zu bringen.* Wir müssen, wenn die von uns aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der Gesammtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen läßt, *für unsere Politik volle Freiheit gewinnen* und von derselben denjenigen Gebrauch machen, welchen wir für die Interessen Preußens entsprechend halten."

Diese Vorstellungen waren erfolglos. Graf Mensdorff beantwortete sie am 7. Februar mit einer Depesche an Karolyi, deren Hauptgedanke sich

in den Worten ausspricht: „Nicht die Substanz, sondern nur den einstweiligen Besitz der Errungenschaften des Wiener Vertrages haben die beiden Mächte unter sich getheilt. Sie haben die definitive Lösung der Souveränetätsfrage einem künftigen Einverständnisse vorbehalten.... In der einstweiligen Verwaltung Holsteins ist die kaiserliche Regierung keiner Controlle unterworfen. Sie ist nach der Uebereinkunft von Gastein nicht die alleinige Eigenthümerin der holsteinischen Souveränetätsrechte, aber die Art der Ausübung ist ihrem eigenen freien Ermessen überlassen.... Sie betrachtet jede einzelne Frage, welche im Bereich ihrer Administration auftauchen mag, als ausschließlich zwischen sich und ihrem Statthalter schwebend, jeder anderen Einwirkung aber entzogen."

Hinter solchen jämmerlichen Sophismen verbarg das österreichische Cabinet seine offenbaren Feindseligkeiten gegen Preußen. Bismarck bemerkte nach Empfang der obigen Erwiderung dem österreichischen Gesandten, Preußens Beziehungen zu Oesterreich seien nunmehr anstatt des intimen Charakters, den sie während der letzten Jahre angenommen, auf denselben Standpunkt zurückgeführt, auf dem sie vor dem dänischen Kriege gewesen — nicht besser, aber auch nicht schlimmer als zu jeder anderen Macht.

Am 28. Februar fand in Berlin ein Ministerrath statt, dem der Gouverneur von Schleswig, der Chef des Generalstabs und der Gesandte in Paris beiwohnten. Man war übereinstimmend der Ueberzeugung, daß ein Zurückweichen in der Frage der Elbherzogthümer die Gefühle des Volkes verletzen und die Ehre des Landes kränken werde, und daß man auf dem bisher verfolgten Wege vorschreiten müsse, selbst auf die Gefahr des Krieges hin. Es wurden jedoch noch keinerlei kriegerische Vorbereitungen angeordnet.

Dagegen wurde am 10. März in Wien ein Marschallsrath abgehalten, nach welchem die Ansammlung von Truppen in Böhmen und Mähren verfügt wurde. Sechs Tage später erklärte Graf Mensdorff in einer Depesche an die Vertreter Oesterreichs bei den deutschen Regierungen, daß Oesterreich die Absicht hege, falls Preußen einen offenen Bruch herbeiführe, das Einschreiten des Bundes zu beantragen und zugleich dem Bunde die Regelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit anheimzustellen. Der Präsidialgesandte sei beauftragt, der Bundesversammlung anzuzeigen, daß die Bemühungen Oesterreichs, die Herzogthümerfrage im Einvernehmen mit Preußen zu lösen, gescheitert seien. Preußen treffe Vorbereitungen zu einem Kriege, und im Hinblick hierauf sei Graf Karolyi beauftragt worden, dem preußischen Ministerpräsidenten um positiven Aufschluß darüber

anzugehen, ob der Berliner Hof sich wirklich mit dem Gedanken trage, die Gasteiner Convention mit gewaltsamer Hand zu zerreißen. Einem drohenden Angriffe Preußens gegenüber müsse der Bund seine Truppen Oesterreich zu Hülfe schicken.

Bismarck that diesen Aeußerungen gegenüber mit der Depesche vom 24. März an die Gesandten Preußens bei den deutschen Höfen einen Gegenschritt. Er stellte in Abrede, daß Preußen gerüstet habe, wies darauf hin, daß Oesterreich sich zum Kriege vorbereite und bald eine starke Heeresmacht an der preußischen Grenze haben werde, und erklärte, man werde dagegen Vertheidigungsmaßregeln anwenden müssen. Der Bund, so fuhr er fort, bedürfe aber noch mehr, als nur Maßregeln zur augenblicklichen Sicherheit. Der Bund sei zu schwach, um angesichts eines ernsthaften Antagonismus der beiden Großmächte Deutschland Sicherheit zu gewähren. „Wir vermögen in der jetzigen Lage der Dinge uns das Vertrauen auf eine wirksame Hülfe des Bundes, im Falle wir angegriffen würden, nicht zu bewahren. Bei jedem Angriffe .... werden wir immer zunächst auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein, wenn nicht ein besonders guter Wille einzelner deutscher Regierungen zu unserer Unterstützung Mittel in Bewegung setzt, welche nach dem gewöhnlichen bundesmäßigen Wege viel zu spät flüssig werden würden, um noch von Werth für uns zu sein.... Diese Erwägung und die abnorme Lage, in welche Preußen durch die feindselige Haltung der anderen im Bunde befindlichen Großmacht gebracht ist, drängt uns die Nothwendigkeit auf, eine den realen Verhältnissen Rechnung tragende Reform des Bundes in Anregung zu bringen .... Wir glauben, daß wir dabei nicht nur in unserem eigenen Interesse handeln. Schon durch die geographische Lage wird das Interesse Preußens und Deutschlands identisch .... Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsere Stellung gerade wegen unserer geographischen Lage gefährdeter als die der meisten andern europäischen Staaten; das Schicksal Preußen aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft einmal gebrochen wäre, Deutschland in der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv betheiligt bleiben würde. Dies zu verhüten, sollten alle deutschen Regierungen als eine heilige Pflicht ansehen und dazu mit Preußen zusammenwirken. Wenn der deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt....den großen europäischen Krisen, die aus mehr als einer Ursache jeden Augenblick auftauchen können, entgegengehen soll, so ist sehr zu befürchten, daß er seiner Aufgabe erliegen und Deutschland

vor dem Schicksal Polens nicht schützen werde." Die Depesche bat zum Schluß um Beantwortung der Frage, ob und in welchem Maße Preußen, von Oesterreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Kriege genöthigt, von der betreffenden Regierung Unterstützung zu erwarten habe.

Die meisten Regierungen verschlossen sich diesen Ausführungen und verwiesen in ihrer Antwort auf den Bund. Infolge dessen ließ Bismarck am 9. April in der Bundesversammlung den Antrag stellen, eine aus directen Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu berathen, in der Zwischenzeit aber, bis zum Zusammentritt derselben, durch Verständigung der Regierungen unter einander diese Vorlage festzustellen.

Die Regierungen machten Einwendungen und verlangten zu wissen, worin denn Preußens Reformplan bestände. Bismarck erklärte jenen, daß der Kern seines Antrages darin bestehe, zunächst einmal die Zustimmung der Regierungen zu einer Behandlung der Reformfrage überhaupt zu erlangen, doch er zögerte nicht, den Grundgedanken seiner Reformidee vorzulegen. Derselbe bestand in einem aus directen Wahlen hervorgegangenen Nationalparlament, Gründung einer deutschen Flotte mit den erforderlichen Kriegshäfen, Revision der Bundeskriegsverfassung und verschiedene auf Stärkung des nationalen Bundes abzielende Institutionen.

Die Regierungen verhielten sich zu diesen Vorschlägen der Mehrzahl nach gleichgültig, mißtrauisch oder feindselig. Sie fürchteten Schädigung ihrer Particularinteressen durch eine Nationalvertretung dieser Art. Sie sahen sich durch die beiden Großmächte gegen Gefahr von Außen her hinlänglich gesichert, und meinten ihre bisherige Bedeutung bewahren zu können, ohne mehr leisten zu müssen. Das deutsche Volk aber, oder richtiger die mehr oder minder demokratischer Tendenz huldigenden Parteien desselben, waren in ihrer Verblendung und Verbitterung voll Argwohn über den Reformgedanken. Was konnte von einem Bismarck Gutes kommen? Lieber Fortdauer des verhaßten Bundestages als das ersehnte Parlament aus der Hand eines Ministers, der nicht nach den Ansichten und Ansprüchen der Berliner Fortschrittspartei regierte!

Bismarck sah sich vom deutschen Volke verlassen und alle Versuche, die Mittelstaaten für eine nationale Politik zu erwärmen, waren vollständig gescheitert. Zwischen Oesterreich und Preußen erfolgten nun gegenseitige Beschuldigungen der Kriegsvorbereitung. Beide leugneten es einander ab,

aber beide rüsteten nichtsdestoweniger. Am 26. April schlug Graf Mensdorff in einer Depesche an Karolyi dem preußischen Hofe vor, „dem Bunde zu geben was des Bundes ist" und sich mit Oesterreich „zu einer Erklärung an Frankreich zu vereinigen, des wesentlichen Inhalts, daß Oesterreich und Preußen beschlossen hätten, die durch den Wiener Friedensvertrag erworbenen Rechte auf denjenigen Prätendenten zu übertragen, welchem der deutsche Bund die überwiegende Berechtigung zur Erbfolge im Herzogthum Holstein zuerkennen würde", wofür dem preußischen Staate gewisse Zugeständnisse gemacht werden sollten, mit deren Gewährung sich das Wiener Cabinet im Verlaufe der früheren Verhandlungen einverstanden erklärt hatte.

Es war klar, daß Preußen darauf nicht eingehen konnte. Bismarck wiederholte in seiner Antwort vom 7. Mai, daß der Bund über den rechtmäßigen Besitz Holsteins nicht zu entscheiden habe, und daß Preußen auf dem Boden der Verträge von Wien und Gastein stehen bleiben müsse. „Wir würden es als eine Verletzung der Verträge betrachten, wenn die kaiserliche Regierung einen in Betreff unserer gemeinsamen Rechte an den Herzogthümern gegen unsern Willen gefaßten Bundesbeschluß als maßgebend behandeln wollte.... Ebensowenig, wie wir die Entscheidung über die Frage der jeweiligen Majorität von deutschen Regierungen überlassen können, hegen wir die Absicht, unsern Antheil an den von uns durch Krieg und Vertrag erworbenen Rechten einem Dritten zu übertragen, welcher uns keine Bürgschaft eines Aequivalents für die Opfer bietet, mit welchen wir den Erwerb jener Rechte haben erkaufen müssen. Wenn die kaiserliche Regierung dagegen über ihre Rechte an der gemeinsamen Errungenschaft eine anderweitige Verfügung treffen will, so wird sie uns sofort zur Verhandlung über dieselbe bereit finden.... Ueber die Lösung oder Fortbildung unseres Mitbesitzverhältnisses kann von uns nur mit Oesterreich verhandelt werden. Erleichtert, resp. modificirt könnten diese Verhandlungen werden, wenn es gelänge, gleichzeitig über die von uns angebahnte Reform der Bundesverfassung eine Verständigung mit dem kaiserlichen Cabinet zu erzielen."

In Wien *wollte* man von solcher Verständigung nichts wissen, und der Ausbruch eines Krieges, für den sich Bismarck inzwischen an Italien einen Bundesgenossen gewonnen hatte, wurde von Woche zu Woche mehr zur Wahrscheinlichkeit. König Wilhelm hatte noch immer gezögert. Es war am Berliner Hofe eine Clique thätig, die auf ihn im Sinne Oesterreichs zu wirken suchte und dazu wurde er auch von fürstlichen Verwandten außerhalb Preußens bestürmt. Solche Einflüsse hatten indessen niemals

auf den König, der nur sich selbst zu fragen gewohnt war, gewirkt. Aber es ging auch lange gegen sein eigenes Gefühl, definitiv mit Oesterreich zu brechen und sich mit einer Macht wie Italien zu verbünden. Seine Bedenken schwanden erst, als Bismarck ihn mit bündigen Beweisen überzeugte, daß er das Schwert ziehen müsse, wenn neben dem Interesse Preußens nicht auch dessen Ehre Schaden leiden sollte. So entschloß sich denn der König zur Mobilmachung der Armee, erst eines Theils derselben, dann aller Corps.

Obwohl Bismarck zum Kriege entschlossen war und fest an den Sieg der preußischen Fahnen glaubte, machte er vorher doch noch einen Versuch, sich mit Oesterreich zu verständigen, und zwar auf völlig neuer Basis. Eine Anspielung darauf findet sich in seiner Circulardepesche am 4. Juni 1866, wo es heißt: „Auslassungen einflußreicher österreichischer Staatsmänner und Rathgeber des Kaisers sind dem Könige aus authentischer Quelle mitgetheilt worden, welche keinen Zweifel lassen, daß die kaiserlichen Minister Krieg um jeden Preis wünschen, theils in der Hoffnung auf Erfolg im Felde, theils um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen — ja, selbst mit der ausgesprochenen Absicht, den österreichischen Finanzen durch preußische Contributionen oder durch einen ehrenvollen Bankerott Hülfe zu verschaffen." Später, 1869, theilte Bismarck dem sächsischen Minister von Friesen Näheres darüber mit. Noch Genaueres berichtet darüber Moritz Busch nach einem Gespräch, das er am 28. Januar 1883 hatte. Sein Gewährsmann erzählte:

„Kurz bevor die ersten Schüsse fielen (es muß nach dem Obigen etwa vierzehn Tage vor dem Ausbruch des Krieges gewesen sein), schickte Bismarck einen Sachsen, den damals in Berlin lebenden Bruder des österreichischen Generals von Gablenz, nach Wien zum Kaiser mit Vorschlägen zum Frieden auf Grund des Dualismus und gemeinschaftlicher Wendung gegen Frankreich. Er ließ ihm vorstellen, wir hätten 6- bis 700,000 Mann auf den Beinen, sie auch eine Menge Leute. Da sollten wir uns lieber vertragen und eine Schwenkung, eine große Frontveränderung vornehmen nach Westen, beide zusammen, wir im Norden, sie im Süden, gegen Frankreich, und das Elsaß wiedernehmen, Straßburg zur Bundesfestung machen. Frankreich wäre jetzt schwach gegen uns. Es würde kein gerechter Grund zum Kriege mit den Franzosen vorhanden sein, aber wir könnten uns damit entschuldigen, vor uns, daß es auch kein gerechtes Verfahren gewesen sei, als Frankreich uns das Elsaß und mitten im Frieden Straßburg genommen hätte. Wenn wir den Deutschen die als

Morgengabe brächten, so würden sie sich unsern Dualismus gefallen lassen. Die Oesterreicher sollten im Süden gebieten, über das 7. und 8. Armeecorps verfügen, wir über das 9. und 10. Bundesfeldherr sein. Der Dualismus ist uralt in Deutschland, Ingrävonen und Istävonen, Welfen und Ghibellinen, Hochdeutsche und Plattdeutsche. (Busch schaltete hier ein: „Unten keltischer Beisatz, oben slavischer".) Nun denn, Gablenz kam mit seinem Auftrag vor den Kaiser, welcher der Sache nicht abgeneigt schien, aber erst den Minister des Auswärtigen hören zu müssen erklärte, Mensdorff. Der war nicht für solche Gedanken geschaffen, aber der Sache auch nicht gerade entgegen; er meinte, er müsse erst mit den andern Ministern reden. Die aber waren für den Krieg gegen Preußen. Der Finanzminister sagte — er dachte, sie würden uns schlagen — erst müßte er fünfhundert Millionen Kriegscontribution haben von uns oder eine gute Gelegenheit, den Staatsbankerott zu erklären. Der Kriegsminister war mit Bismarcks Gedanken eigentlich nicht unzufrieden; erst müsse aber gerauft werden, meinte er, dann könnten wir uns mit einander vertragen und zusammen gegen die Franzosen losgehen. So kam denn Gablenz unverrichteter Sache zurück, und einige Tage nachher reisten der König und seine Minister auf den böhmischen Kriegsschauplatz ab.. Es war schade, die alte Einheit oder vielmehr Uneinigkeit, der Frankfurter Bund, wäre aufgelöst worden, aber es wäre nach Außen hin keine Zerreißung gewesen. Der Nordbund und der Südbund sollten gegen das Ausland in ein enges Bündniß treten mit gegenseitiger Garantie ihres Besitzes an Gebiet."

Am 1. Juni erklärte Oesterreich, das also absolut erst raufen wollte, daß es die Entscheidung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit dem Bundestage überlasse und daß es seinen Statthalter in Holstein mit der Einberufung der dortigen Ständeversammlung beauftragt habe. Preußen that Einspruch gegen Beides, da ersteres der Gasteiner Convention und dem Bündnißvertrage vom 16. Januar 1864 widersprach, nach welchem die künftigen Verhältnisse der Herzogthümer und namentlich die Erbfolgefrage nur im gegenseitigen Einverständnisse geordnet werden sollten, und zur Einberufung der Stände eine von beiden Souveränen ertheilte Vollmacht gehörte. In der Circulardepesche am 4. Juni erklärte Bismarck den fremden Höfen: „Der Krieg ist ein abgemachter Beschluß in Wien, der einzig nächste Punkt ist der, den günstigen Augenblick zu seinem Beginn zu wählen."

Um sofort dem Protest Nachdruck zu verschaffen, erhielt der preußische Statthalter in Schleswig den Befehl, am 7. Juni in Holstein einzurücken,

weil der Bruch der Gasteiner Convention erfolgt und damit die vor Abschluß derselben bestehenden Verhältnisse wieder erneuert seien. Jedoch hatte der Statthalter den Auftrag, nicht in solche Orte, wo Oesterreicher ständen, einzurücken. Manteuffel zog nach Rendsburg, und Gablenz wich unter Protest von Kiel nach Altona zurück, in dessen Umgebungen er seine Truppen concentrirte. Mit ihm entfernte sich auch der Augustenburger, der „Herzog ohne Land", sammt seiner Nebenregierung. Am 12. Juni gaben die Oesterreicher ihre Stellung in Holstein ganz auf und zogen über Hannover nach Hessen ab. Preußen übernahm die oberste Regierungsgewalt in Holstein, und der von Gablenz angeordnete Zusammentritt der Stände wurde verhindert.

Jetzt war die Krisis gekommen. Bismarck ließ am 9. Juni in der Bundesversammlung die Insinuation Oesterreichs, Preußen habe die Annexion der Herzogthümer mit Gewalt durchführen wollen, als wahrheitswidrig zurückweisen und die Erklärung abgeben, daß Preußen bereit sei, die schleswig-holsteinische Frage in Verbindung mit der Bundesreform u behandeln. Gleichzeitig theilte Bismarck am 10. Juni durch eine Circulardepesche an Preußens Bundesgenossen die Grundzüge der von ihm vorgeschlagenen Bundesreform mit. Darnach sollte Oesterreich aus dem Bunde ausscheiden. Dem Bundestag sollte zur gemeinsamen Ausübung der gesetzgebenden Gewalt ein aus directen Wahlen hervorgegangenes Nationalparlament beigegeben werden. Die Landmacht des Bundes sollte in eine Nordarmee unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, und in eine Südarmee unter Oberbefehl des Königs von Bayern eingetheilt sein. Die Beziehungen des Bundes zu den deutschen Bundestheilen Oesterreichs sollten später nach Vereinbarung mit dem Nationalparlament durch besondere Verträge geregelt werden.

Doch es war zu spät für solche Vorschläge. Oesterreich erhob die Hand zum Schlagen, als es am 11. Juni in der Bundesversammlung den Einmarsch Manteuffels in Holstein als gewaltthätige Selbsthülfe bezeichnete, und unter der Behauptung, die preußische Regierung habe, „sich zum Richter über den deutschen Bund aufwerfend, ihr Verhältniß zu diesem Staatenbunde und ihre weiteren Entschließungen davon abhängig gemacht, daß derselbe Preußens Forderungen erfüllen wolle und könne", den Antrag stellte, *die Mobilmachung der nichtpreußischen Armeecorps zu beschließen*. Am 14. Juni kam dieser Antrag zur Abstimmung und wurde mit 9 gegen 6 Stimmen *angenommen*. Unbedingt für Oesterreich stimmten Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau, Lichtenstein, Reuß ä. L. und Hessen-

Homburg. Unbedingt gegen Oesterreich stimmten Baden, Luxemburg, die sächsischen Herzogthümer (mit Ausnahme von Sachsen-Meiningen), die beiden Mecklenburg, Oldenburg mit Anhalt und den beiden Schwarzburg und die Freien Städte (mit Ausnahme von Frankfurt). Oesterreich selbst hatte mit seinen Stimmen den Ausschlag gegeben, während der Vertreter Preußens den Antrag überhaupt für bundeswidrig erklärte und sich der Abstimmung enthalten hatte. Nach Annahme des Antrages erklärte der preußische Gesandte im Auftrage seines Königs den Bundesvertrag für gebrochen und deshalb nicht mehr verbindlich, und dasselbe kündete Bismarck am 15. Juni in einem Rundschreiben den europäischen Mächten an. Das war das Ende des deutschen Bundes, den zur Niederhaltung Preußens zu benutzen, das Ziel der österreichischen Politik seit zwanzig Jahren gewesen war.

Ehe wir uns zu dem Entscheidungskampf wenden, müssen wir noch betrachten, welche Schwierigkeiten Bismarck in Preußen selbst zu überwinden gehabt hatte, ehe das Schwert gezogen wurde, und wie er es verstand, die Einmischung Frankreichs abzuwehren.

2. Die Feinde im Rücken.

„Null und nichtig" lautete die Signatur, welche die Liberalen im preußischen Abgeordnetenhause allen Handlungen Bismarcks und allen durch ihn vollzogenen Thatsachen aufzudrücken heiß bemüht waren. Schleswig-Holstein war gegen den Willen der preußischen Volksvertretung erobert worden. Die Politik Bismarcks hatte gesiegt und die „Provincial-Correspondenz" durfte kühn behaupten, „daß von Allem, was Preußen unternommen hat, nichts mißlungen, was aber gegen Preußen unternommen worden, Alles mißlungen war." Als der Landtag am 14. Januar 1865 wieder eröffnet wurde, sagte der König in seiner Thronrede, daß es der Heeresorganisation zu verdanken gewesen sei, daß der Krieg gegen Dänemark so geführt werden konnte, ohne die Erwerbs- und Familienverhältnisse der Bevölkerung durch Aufbietung der Landwehr zu beeinträchtigen. Nach solchen Erfahrungen sei es um so mehr seine landesväterliche Pflicht, die bestehenden Einrichtungen aufrecht zu erhalten und auf der gegebenen Grundlage höher auszubilden. Die vorzügliche Finanzlage Preußens hätte es erlaubt, den Krieg ohne Anleihe durchzuführen. Die Thronrede schloß: „Es ist Mein dringender Wunsch, daß der Gegensatz, welcher in den letzten Jahren zwischen Meiner Regierung und dem Hause der Abgeordneten obgewaltet hat, seine Ausgleichung finde. Die bedeutungsvollen

Ereignisse der jüngsten Vergangenheit werden dazu beigetragen haben, die Meinung über das Bedürfniß der verbesserten Organisation des Heeres, die sich in einem siegreichen Krieg bewährt hat, aufzuklären. Die Rechte, welche der Landesvertretung durch die Verfassungsurkunde eingeräumt sind, bin Ich auch ferner zu achten und zu wahren entschlossen. Soll aber Preußen seine Selbstständigkeit und die ihm unter den europäischen Staaten gebührende Machtstellung behaupten, so muß seine Regierung eine feste und starke sein, und kann sie das Einverständniß mit der Landesvertretung nicht anders als unter Aufrechterhaltung der Heereseinrichtungen erstreben, welche die Wehrhaftigkeit und damit die Sicherheit des Vaterlandes verbürgen. Der Wohlfahrt Preußens und seiner Ehre ist Mein ganzes Streben, Mein Leben gewidmet. Mit dem gleichen Ziele vor Augen, werden Sie, wie Ich nicht zweifle, den Weg zur vollen Verständigung mit Meiner Regierung zu finden wissen, und werden Ihre Arbeiten dem Vaterlande zum Segen gereichen."

Doch es zeigte sich bald, daß der Verfassungsconflict durch den Sturm der Düppeler Schanzen nicht gemildert worden war. Der Präsident des Abgeordnetenhauses huldigte allerdings dem Erfolg der preußischen Waffen. „Die Schmach von Olmütz", sagte er, „ist ausgelöscht, der Londoner Vertrag zerrissen, die Ehre Preußens auf den Schlachtfeldern von Schleswig-Holstein wieder hergestellt." Aber das galt ihm nur wenig gegenüber der Thatsache, daß die Regierung die verfassungsmäßigen Rechte des Landtags verletzt hatte. Bismarck schlug im Herrenhause, welches der Regierung eine Vertrauensadresse votirt hatte, einen versöhnlichen Ton an und wies darauf hin, daß ihm der Verfassungsconflict von dem früheren liberalen Ministerium vermacht worden und jetzt nicht zu lösen sei, ohne die Organisation der Armee in Frage zu stellen. „Die Basis des constitutionellen Lebensprocesses ist überall der Compromiß," sagte er damals und hat es später oft wiederholt. Bezüglich seiner auswärtigen Politik, die heftig angegriffen wurde, bemerkte er, daß „wenn wir den Weg, den wir gegangen sind, nicht gehen wollten, uns kein anderer regelmäßiger Weg blieb, als der des Bundeskrieges". Im Abgeordnetenhause beschwor der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, die Opposition, die Idee aufzugeben, das Budgetrecht an der Militärfrage zu probiren. „Ueberlassen Sie," sagte er, „die Bethätigung dieses Patriotismus nicht Ihren Nachfolgern, legen Sie so schnell wie möglich Hand ans Werk, um Preußen einig zu machen und dadurch so groß und stark, als es verdient."

Die liberale Partei blieb unerschüttert. Sie machte die Budgetfrage zur Hauptsache und erklärte Bismarcks Politik von Grund aus für falsch. Man wollte einem Ministerium, welches die Rechte des Landtags verachtete, keinen Thaler bewilligen. Als die Regierung am 1. Juni 1865 eine Anleihe für Ausbau des Kieler Hafen zwecks Aufnahme der gegründeten Flotte verlangte, verhöhnte die Kammer Bismarck und meinte, er dürfe doch kein Geld für einen Hafen verlangen, den man nicht besitze. Bismarck antwortete, daß Preußen und Oesterreich mehr besäßen als Kiel, doch würde der Kieler Hafen sicher das alleinige Eigenthum Preußens werden. Sie zweifeln daran? schließt er. Gut, so habe ich ein Auskunftsmittel. Die erforderlichen Beiträge sollen nur dann zahlbar sein, wenn wir wirklich Kiel besitzen. Sagen Sie also: „Kein Kiel, kein Geld." Auf die Behauptung der Liberalen, daß die Regierung auch in der schleswig'schen Frage das, was sie erreicht, nur der Richtung des öffentlichen Geistes und der Zustimmung des Landtags für die Loslösung der Herzogthümer zu verdanken habe, erwiderte Bismarck: „*Haben Sie mit der Verweigerung der Anleihe, die wir damals von Ihnen verlangten, Düppel erobert und Alsen?* Dann habe ich auch die Hoffnung, daß aus Ihrer Verweigerung der jetzigen Anleihe auch eine preußische Flotte hervorgehen werde. Wir hätten, wenn Sie uns mit der Entschlossenheit beigestanden hätten, die ich von Ihrem preußischen Patriotismus, sobald Sie die Richtung erkannten, in der wir gingen, erwartetete, vielleicht mehr erreicht, es ist möglich! Aber Sie haben Ihren Beistand verweigert. Jedenfalls ist das, was damals Ihr Ideal war, jetzt für die preußische Regierung das *Minimum des Erreichbaren*. Wir können das, was Sie vor anderthalb Jahren als Höchstes erstrebten, in jeder Viertelstunde in's Werk setzen: einen unabhängigen schleswig-holsteinischen Staat, sogar mit einigen mäßigen, uns aber nicht genügenden Vortheilen für Preußen, es bedarf nur einer in einer Viertelstunde aufzusetzenden Erklärung der Regierung und der Staat wäre geschaffen." Hinsichtlich des Beharrens auf dem Budgetrecht sagte Bismarck: „Sie versuchen diese Aenderungen (der verfassungsmäßigen Rechte) dadurch zu erzwingen, daß Sie zu den Zwecken, deren Nützlichkeit Sie an und für sich nicht bestreiten können, Ihre Mitwirkung versagen, die Staatsmaschine, so viel an Ihnen liegt, zum Stillstand bringen, ja, in Sachen der auswärtigen Politik — ich kann nicht umhin, es zu sagen — das *Gemeinwesen schädigen*, soweit Sie es innerhalb Ihrer Befugnisse vermögen durch Verweigerung Ihrer Mitwirkung. Dies Alles, um eine Pression auf die Krone auszuüben, daß sie Ihre Auffassung des Budgetrechts annehme.

Sie kommen dadurch genau in die Lage der falschen Mutter im Urtheil Salomonis, die lieber will, daß das Kind zu Grunde gehe, als daß damit anders als nach ihrem Willen geschehe."

Der Abgeordnete Virchow meinte, aus dem Studium der Dokumente die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß selten in einer großen Krisis ein leitender Staatsmann solche Sprünge gemacht habe, als Bismarck, und daß er das anerkennenswerthe Resultat, das erreicht sei, nicht als ein Verdienst Bismarcks, sondern als einen Zufall bezeichnen müsse. Das Ministerium verdiene kein Vertrauen. „Das Staatsschiff ging nicht durch alle diese Wandlungen geraden Wegs hindurch, sondern wie der Wind verschieden blies, ging auch das Schiff nach verschiedener Richtung." Bismarck gab darauf die sehr treffende Antwort: „Was soll man denn, wenn man zu Schiffe fährt, Anderes thun, als das Ruder nach dem Winde drehen, wenn man nicht etwa selbst Wind machen will. Das überlassen wir Anderen." Als aber Virchow sich soweit verstieg, an Bismarcks Wahrheitsliebe zu zweifeln, ging diesem doch die Geduld aus. „Ich frage Sie, meine Herren," sagte er, „wohin soll man mit diesem Tone kommen? Wollen Sie den politischen Streit zwischen uns auf dem Wege der Horatier und Curiatier erledigen? Es ließe sich darum reden, wenn es Ihnen erwünscht ist." — Am nächsten Tage übersandte Bismarck dem Herrn Dr. Virchow eine Herausforderung zum Pistolenduell, doch das Abgeordnetenhaus rettete das theuere Leben des großen Pathologen der Wissenschaft, indem es die Annahme des Duells verbot.

Trotz allen Angriffen auf Bismarck und trotz Verwerfung aller seiner Vorschläge und Handlungen bezüglich der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, vermochte das Abgeordnetenhaus doch nicht zu sagen, was denn seine eigene Politik in dieser Sache sei. Die Liberalen kannten nur die Negation, und Bismarck sagte ihnen in's Gesicht: „Bekämpfen Sie die Politik der Krone, so bekämpfen Sie die Politik Ihres eigenen Vaterlandes im Bunde mit dem dem Vaterlande gegenüberstehenden Auslande." Der Abgeordnete Waldeck erklärte, daß ein ganz anderes Ministerium nöthig sei, um eine auswärtige Politik von einem großen liberalen, eigentlich preußischen Gesichtspunkte zu treiben, und daß eine Regierung, die solche große Ziele anstrebt, auch ihrer würdig sein müsse. Der Abgeordnete Duncker verewigte sich durch folgenden Passus: „Die Mission des Ministerpräsidenten war wohl vorzugsweise, die Unhaltbarkeit der deutschen Verhältnisse in dem glänzendsten und schneidendsten Lichte zu zeigen. Aber ich glaube nicht,

daß die künftige Geschichte ihn, den heutigen Ministerpräsidenten, unter die wahrhaften Gründer und Förderer des preußischen Staates in der fortschreitenden Entwickelung seiner wirklich historischen Mission einzeichnen wird." Der Abgeordnete Löwe erklärte kurzweg, es sei Sache des Patriotismus der Minister, die obwaltenden Schwierigkeiten durch sich selbst aus dem Wege zu räumen. Die Kammer lehnte den Antrag ab, nachträglich ihre Genehmigung zu der Bestreitung der Kosten für den dänischen Krieg aus dem Staatsschatze zu ertheilen.

Im März kam das Militärbudget zur Berathung. Die Kammer verlangte Verminderung der Ausgaben und Verkürzung der Dienstzeit. Der Kriegsminister von Roon widersetzte sich mit größter Entschiedenheit. „Verweigern Sie die Verstärkung der Armee, so machen Sie Preußens treffliche Wehrverfassung zu einem losen Buchstaben, so zerstören Sie die Grundlage unserer jetzigen und zukünftigen Macht, so nehmen Sie Preußen die Möglichkeit, als starker Hort, als Schirmherr Deutschlands seine Aufgabe zu lösen. Dann bleibt nur eine sichere Aussicht, das ist die Aussicht auf das Ende." Man erwiderte dem Kriegsminister, daß man die auswärtige Politik, die er vertrete, verabscheue. Virchow rief gegen die Regierung die Nemesis der Geschichte an. Der Abgeordnete Simson rief, daß Jeder, der Schleswig-Holstein unter preußische Gewalt beugen wolle, sich an den Genius der Nation versündige. Der Abgeordnete Dr. Gneist machte am Schluß der Debatte folgende Bemerkung: „Der Herr Kriegsminister ist nicht blos ein politischer Mann, sondern der Herr Kriegsminister ist auch ein religiöser Mann, und darum wird er mir glauben, was ich sage: diese Reorganisation — mit dem Kainszeichen des Eidbruchs auf der Stirn — die reorganisirte Armee auf dem Boden des Verfassungsbruches, wäre doch sicher eine Armee, die nun und nimmermehr eine dauernde Institution dieses Landes werden kann, so lange eine göttliche Gerechtigkeit über diesem Lande waltet!" Der Minister von Roon sprach mit tiefer Entrüstung seine Verwunderung darüber aus, daß der Präsident den Redner nicht zur Ordnung gerufen habe und sagte: „Da das nicht geschehen, so bin ich meinerseits in der unangenehmen Lage, ihm zu erklären, daß seine Aeußerung jedenfalls an der Stirn trägt den Stempel der Ueberhebung und der Unverschämtheit."

Die Session des Landtags schloß mit Ablehnung sämmtlicher Vorlagen der Regierung. Der Conflict war nicht gemindert. Man blieb blind gegen die thatsächlichen Erfolge der auswärtigen Politik der Regierung. Bismarck warf der Opposition in seiner Schlußrede am 17. Juni

alle ihre Beschlüsse vor. Sie habe, sagte er, sich von den glänzenden Thaten der Armee losgesagt, Forderungen verweigert, welche die Regierung stellen mußte, Beschlüsse gefaßt, welche die Regierung nicht ausführen kann, jede Verständigung verworfen und die Gemüther verbittert. Er beschuldigte die Fortschrittspartei von Neuem der Anmaßung von Rechten, welche die Verfassung nicht gewährt. Er erklärte, daß die Regierung in ihrer Politik beharren werde, und tröstete sich mit dem Gedanken, daß der Tag nicht mehr fern sein werde, an welchem die Volksvertretung die Politik der Regierung gutheißen wird. Dem Herrenhause, welches ihr jetzt schon diese Billigung gewährte, stattete er seinen Dank ab.

Die Session wurde am 15. Januar 1866 wieder eröffnet. Es waren inzwischen die wichtigen Ereignisse des Sommers 1865 eingetreten, die Gasteiner Convention war abgeschlossen und Anzeichen eines Bruches mit Oesterreich lagen vor. In der öffentlichen Meinung begann zwar allmählich eine Wandelung zu Gunsten der Regierung einzutreten und verschiedene liberale Zeitungen fingen an, die Plan- und Kopflosigkeit der herrschenden Partei in der schleswig-holsteinischen Frage zu betonen und über die blöde Negation der Parteiführer zu klagen, doch im Abgeordnetenhause selbst wurde der Conflict immer noch schlimmer und führte zu den heftigsten Auftritten. Die Regierung hatte einen schweren Stand, wozu noch die bösartigen Wühlereien in Schleswig-Holstein selbst kamen. Die Kammer bekämpfte den Gasteiner Vertrag, bestritt dem Könige das Recht, das Herzogthum Lauenburg zu erwerben und nahm den Antrag Virchows, die Vereinigung Lauenburgs mit der preußischen Krone für *rechtsungültig* zu erklären, mit 251 gegen 44 Stimmen an. Die Opposition gerieth außer Rand und Band und führte so beleidigende, für das Publikum berechnete Reden, daß die Regierung sich veranlaßt sah, Anträge auf Beschränkung der Redefreiheit zu stellen. Bismarck sagte diesbezüglich: „Ihre Meinungen können Sie aussprechen, *aber Verleumdungen, Beleidigungen sind Verbrechen, sind keine Meinungen, sind Handlungen, die im Strafgesetz mit Strafen vorgesehen sind* — — — und gegen die Folgen dieser Handlungen schützt Sie das preußische Gesetz meines Erachtens nicht, oder sollte Sie nicht schützen."

Die verfassungswidrige Ablehnung der Lauenburger Erwerbung und das geradezu empörende Auftreten der Opposition ließen es dem König für das Beste erscheinen, am 22. Februar 1866 den Landtag zu schließen. Dadurch entstand die größte Aufregung im Lande. Die liberalen Redner hetzten das Volk auf und zwar nicht mehr allein wegen der Stellung der

Regierung in der Verfassungsfrage, sondern auch wegen ihrer Politik gegen Oesterreich. Den Höhepunkt erreichte dieses wilde Treiben, dessen ständiges Ziel Bismarck war, am 7. Mai. Als Bismarck am Nachmittag dieses Tages vom Schloß, wo er eine Unterredung mit dem König gehabt hatte, nach seiner Wohnung in der Wilhelmsstraße zurückkehrte und sich auf dem Mittelweg der „Linden" befand, fielen hinter ihm zwei Schüsse. Er drehte sich um und erblickte einen dem Knabenalter kaum erwachsenen jungen Mann, der kaltblütig einen sechsläufigen Revolver auf ihn anlegte. Das Handgelenk des Meuchelmörders mit der einen und seinen Hals mit der andern Hand umklammern, war für Bismarck das Werk eines Augenblicks; der Schurke, der sich verzweifelt wehrte, brachte es jedoch fertig, noch drei Kugeln abzufeuern, von denen zwei wirklich Brust und Schulter des Ministers streiften. Seine Geistesgegenwart schnell wieder gewinnend und seine ganze ungeheure Stärke aufbietend, wurde er jetzt mit seinem Angreifer handgemein, den er so fest wie in einem eisernen Schraubstock hielt. Zufällig kam diesen Augenblick eine Compagnie der Garde die „Linden" herab, der Bismarck den Attentäter übergab, worauf er seinen Weg nach Hause fortsetzte. Zu Hause angekommen, sandte er zuerst dem König einen kurzen brieflichen Bericht des Vorfalls und begab sich dann in sein Empfangszimmer, wo er die zum Diner versammelten Gäste begrüßte, als wenn nichts vorgefallen wäre. „Man hat auf mich geschossen, Kind," flüsterte er endlich seiner Frau zu, „aber mach' dir nichts daraus, ich habe keinen Schaden genommen. Laß uns jetzt zum Diner hineingehen." Der Minister war, wie sein Hausarzt später erklärte, nur durch ein Wunder gerettet worden, und die Freude seiner Freunde war groß. Bald erschien der König, um ihm seine Glückwünsche darzubringen, und seinem Beispiele folgten nahezu alle politischen Größen der Hauptstadt. Eine Serenade von der auf der Straße versammelten Menge und eine vom Balkon herab gehaltene Dankesrede beschlossen den aufregungsreichen Tag. Der Attentäter, der noch in derselben Nacht Selbstmord begangen hatte, war, wie sich herausstellte, ein junger Mann, Namens Julius Cohen, ein Stiefsohn Karl Blinds, des bekannten, in London lebenden demokratischen Flüchtlings aus Baden, dessen Namen er gleichfalls angenommen hatte. Ein Jüngling von guter Erziehung, hatte er in Süddeutschland sowohl theoretisch wie praktisch die Landwirthschaft studirt, wobei er auch Zeit fand, sich an den Brandreden der liberalen Freiheits-Helden so zu berauschen, daß er den Beruf spürte, die Nation von Bismarck, als dem Unterdrücker der Freiheit in Preußen und Ruhestörer des deutschen Friedens, durch einen Revolverschuß zu befreien.

Angesichts einer so feindlichen Stimmung im ganzen Lande gegen seine Politik, war es kein Wunder, daß Bismarck, der im Begriffe stand, endlich das Schwert entscheiden zu lassen, darnach trachtete, wenigstens das Abgeordnetenhaus einstweilen unschädlich zu machen. Er sah die große Gefahr, welche seinen Plänen durch das leidenschaftlich feindselige Gebahren der Kammer zu erwachsen drohte, und da es fast unmöglich war, in der aufgeregten Zeit das Wohlwollen der Volksvertreter zu gewinnen, so rieth er dem Könige, den Landtag (der am 22. Februar geschlossen worden war) aufzulösen. Die Auflösung erfolgte am 9. Mai. Die Begründung dafür fand sich in dem Bericht des Staatsministeriums an den König. Es hieß in dem Bericht, daß der König gegenüber der durch die bedrohliche Haltung mehrerer Nachbarregierungen geschaffenen Nothwendigkeit, umfassende Vorkehrungen zur Sicherheit des Landes anzuordnen, den Augenblick für gekommen halten werde, die Volksvertretung um den Thron zu versammeln und einmüthige Beschlüsse zu fassen. „Das jetzige Haus der Abgeordneten", hieß es schonend weiter, „wenn auch seine Mehrheit angesichts der Gefahren, welche das Vaterland bedrohen, ihre Hingebung für dasselbe gewiß bereitwillig bethätigen würde, ist doch unter dem Einflusse anderer Verhältnisse gewählt worden, als diejenigen sind, welche heute bestimmend auf die Wähler wirken müssen." Das hieß mit anderen Worten, daß von der gegenwärtigen Kammer zu befürchten stehe, daß sie ebenso wie vor dem Kriege gegen Dänemark auch jetzt der Regierung die Mittel zur Kriegführung gegen Oesterreich verweigern würde. Die Anordnung einer Neuwahl erfolgte für den 3. Juli, denn Bismarck's Absicht war nur, die Kammer vor der Hand loszuwerden. Es war das ein gewaltsamer Schritt, der nur zu größerer Erbitterung führen mußte, doch Bismarck mußte ihn thun, um freie Hand zu gewinnen. Er konnte in jener Zeit nicht vor das Volk und vor Europa treten und seine Pläne enthüllen, die man ihm ohnehin nicht geglaubt haben würde.

Je mehr die Aussicht auf einen Krieg gegen Oesterreich begriffen wurde, desto lauter wurden die Kundgebungen gegen einen solchen. In Berlin sprachen sich Urwählerversammlungen in allen vier Wahlbezirken gegen den Krieg aus, am stärksten im zweiten, der offen für den deutschen Bund gegen Preußen Partei nahm und die Volkspartei ersuchte, ihre ganze Thätigkeit den inneren Verfassungskämpfen zuzuwenden! Eine Volksversammlung in Köln gab folgende Erklärung ab: „Angesichts der jammervollen Lage unseres Landes und Volkes, angesichts der durch den drohenden Bürgerkrieg bevorstehenden entsetzlichen Zukunft, angesichts der Möglichkeit, daß in Folge eines solchen Krieges die deutschen Rhein-

lande gewaltsam vom deutschen Vaterlande losgerissen werden könnten: protestiren wir wiederholt gegen einen deutschen Bruderkrieg, der nach Lage der Verhältnisse nur durch einen schleunigen und gründlichen Wechsel des Regierungssystems vermieden werden kann. Möchte der Nothschrei der schon jetzt unglücklichen Familien und der noch bedrohten Existenzen den Weg zum Ohre des Königs finden!" Adressen ähnlichen Inhalts gingen dem König von den städtischen Behörden von Königsberg, Stettin, Köslin und anderen Städten zu. Der Nationalverein erhob in einer öffentlichen Kundgebung „nochmals seine Stimme gegen einen Bruch des deutschen Landfriedens, dessen Schuld wie ein Fluch auf das Haupt seiner Urheber zurückfallen wird." Der Abgeordnetentag in Frankfurt drang auf schleunige Einberufung eines nationalen Parlaments, klagte die preußische Regierung in der schleswig-holsteinschen Sache der Mißachtung des Rechts an, verdonnerte den drohenden Krieg als einen nur dynastischen Zwecken dienenden Cabinetskrieg, der alle in 50 Jahren errungenen Güter gefährde und die Gelüste des Auslandes ernähre. „Mit ihrem Fluche und der Strafe des Landesverrathes wird die Nation diejenigen treffen, welche in Verhandlungen mit auswärtigen Mächten Deutschlands Gebiet preisgeben." Siebzehn Handelskammern vom Rheinland und Westphalen richteten eine gemeinschaftliche Petition an den König, in der sie ihn um Erhaltung des Friedens beschworen.

Doch Bismarck bot dem Sturm im Innern Trotz, wie ein einsamer Felsen im wüthenden Meere. Er wußte, daß Deutschlands Zukunft auf dem Spiele stand, und er kannte die Tragweite seiner Entschlüsse, welchen der König seine Billigung gegeben hatte, von dem Augenblicke an, da es sich für ihn um die Sicherheit und Ehre Preußens handelte. Rühmlich unterschied sich von allen andern Städten der preußischen Monarchie Breslau, deren städtische Behörden eine herzerfrischende, mannhafte Adresse an den König richteten. Es heißt in diesem patriotischen Document: „Wir fühlen gemeinsam mit Ew. Majestät die Drangsale des Krieges, wir unterschätzen nicht die Lasten, welche das preußische Volk zu tragen haben wird, wir kennen die Opfer, welche der Krieg fordert. Demungeachtet sprechen wir es aus und glauben hierin der Zustimmung unserer Mitbrüder sicher zu sein, daß wir, wenn es die Macht und die Ehre Preußens, seine Stellung in Deutschland und die mit dieser Stellung in nothwendigem Zusammenhange stehende Einheit unseres gemeinsamen Vaterlandes gilt, den Gefahren und Nöthen des Krieges mit derselben Opferwilligkeit und Hingebung entgegen gehen, wie die schlesischen Männer es unter Führung von Ew. Majestät hochseligem Vater gethan. Können

jene höchsten Güter Preußens und Deutschlands erhalten werden im Frieden, so begrüßen wir dieselben freudigen Herzens; sollten aber die Gegner Preußens und Deutschlands, wie es im Jahre 1850 geschehen, wieder eine Minderung der Machtstellung Preußens, wiederum eine Demüthigung Preußens erstreben, so wird Schlesien lieber alle Lasten und Leiden des Krieges auf sich nehmen, als die Lösung der historischen Aufgabe Preußens, die Einigung Deutschlands, wieder auf Jahrzehnte hinausrücken zu lassen." — Der König erwiderte am 19. Mai: „Möge Mein Wort der Stadt Breslau als Bürgschaft dienen, daß kein ehrgeiziges Streben, selbst nicht dasjenige, welches im Interesse des großen gemeinsamen Vaterlandes berechtigt genannt werden könnte, sondern nur die Pflicht, Preußen und seine heiligsten Güter zu vertheidigen, Mich Mein Volk hat zu den Waffen rufen lassen. Mögen die Einwohner der Stadt überzeugt sein, daß die Verständigung über die zwischen Meiner Regierung und dem Landtage streitigen Fragen das Ziel Meiner Wünsche und Meines aufrichtigen Strebens ist."

Doch kaum war die Mobilmachungsordre erfolgt, als sich ein bedeutender Umschwung in der öffentlichen Meinung in Preußen vollzog. Das Volk begriff die thatsächliche Gefahr des Vaterlandes, und die Liberalen, ja selbst die Fortschrittler, fühlten sich in der zwölften Stunde doch noch Preußen genug, um ihre Opposition gegen Bismarck aufzugeben. Es traten wenigstens Spaltungen im Schooße der Volkspartei ein, und in vielen Fällen weigerten sich die Wähler, solchen Führern zu folgen, die angesichts des bevorstehenden Krieges noch ein indirectes Bündniß mit den Feinden Preußens anzurathen den traurigen Muth hatten. Bismarck selbst trug zu diesem Umschwung sehr viel bei, indem er mit verschiedenen Führern der Oppositionspartei persönliche Unterredungen hatte, an ihren Patriotismus appellirte und ihnen in großen Zügen seine großen Pläne darlegte. Bismarck durfte sich dabei auch auf sein Bundesreformproject, gegen welches Oesterreich so heftig Widerstand leistete und in dessen Durchführung die Liberalen die Erfüllung alter Wünsche erblicken mußten, berufen. So hatte denn Bismarck noch im letzten Augenblick wenigstens das tröstliche Bewußtsein, den Feind im Rücken, den eigenen Landsmann, unschädlich gemacht und theilweise sogar für sich gewonnen zu haben. In gleicher Weise hatte er bei Hofe, dessen einflußreichste Persönlichkeiten sich bis zum letzten Augenblicke den Krieg zu verhindern bemüht hatten, den Sieg davongetragen. Und jetzt handelte es sich darum, ob die ehernen Würfel des Krieges zu Gunsten Preußens fallen würden. Bevor wir

indessen den Heeren auf die böhmischen Schlachtfelder folgen, müssen wir noch der außerordentlichen staatsmännischen Geschicklichkeit gedenken, mit welcher Bismarck die Haltung der europäischen Mächte zu bestimmen gewußt und einen Bundesgenossen im Auslande gewonnen hatte.

3. Napoleons „Neutralität" und Italien.

Die Politik, welche Napoleon Preußen gegenüber verfolgte, war von Anfang an eine unehrliche gewesen. Zu ihrer Beurtheilung muß man, abgesehen von der unaufrichtigen Natur des Franzosenkaisers überhaupt, zwei Gesichtspunkte festhalten. Erstens war es Napoleons unablässiges Ziel, von Preußen die Rheingrenze zu gewinnen und zweitens unterschätzte er Bismarck, dessen Wesen er nie begreifen konnte, vollständig. In dem Glauben, Bismarck zu schieben, wurde er selbst von diesem geschoben. Wie wir oben gesehen hatten, war Bismarck schon als Bundesgesandter bestrebt gewesen, in Hinblick auf die Zukunft, ein freundliches Verhältniß zwischen Frankreich und Preußen anzubahnen, wobei er Napoleon sehr entgegenkommend fand. Napoleon selbst half das Vorurtheil des preußischen Hofes gegen den Decembermann dadurch überwinden, daß er sich bei jeder Gelegenheit Preußen gefällig erwies, so in der Neuenburger Frage und dann vor Allem im dänischen Krieg, wo Bismarck es Napoleon zu verdanken hatte, daß Englands preußenfeindliche Absichten zu Wasser wurden.

Als der Krieg gegen Oesterreich bevorstand, hatte Bismarck von Rußland nichts zu befürchten. Das russische Cabinet hatte das feindliche Benehmen Oesterreichs während des Krimkrieges nicht vergessen und hielt ebenso Bismarcks freundschaftliches Verhalten zu derselben Zeit und später seine Haltung in der polnischen Frage in dankbarem Gedächtniß. Das bewies Rußland bereits praktisch durch seine Unterstützung Preußens während des dänischen Krieges, was um so anerkennenswerther war, als Rußlands traditionelle Sympathien eigentlich für Dänemark waren. Im Kampfe gegen Oesterreich war Bismarck der wohlwollendsten Neutralität des russischen Hofes also sicher, und es kam Alles darauf an, wie sich Napoleon verhalten würde. Bismarck hatte in dieser Hinsicht zielbewußt vorgearbeitet. Es war ihm gelungen, die widerstrebendenden deutschen Staaten zur Erneuerung des Zollvereins mit Einschluß des zwischen Preußen und Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrages zu zwingen, was von Neuem Gelegenheit zu persönlichen Zusammenkünften mit Napoleon gegeben hatte. Napoleon war mit seinen Andeutungen bezüglich einer gemeinschaftlichen Politik zwecks Umgestaltung der Karte Europas und Aufhebung der Verträge von 1814

und 1815 deutlicher geworden. Seine Absicht war, Spaltungen im deutschen Bunde und namentlich zwischen Oesterreich und Preußen hervorzurufen und letzteres auf diese Weise in Frankreichs und Italiens Arme zu treiben. Wenn er dabei im Sinne hatte, seine begehrlichen Absichten auf Belgien und die Rheingrenze mit preußischem Beistande durchzuführen, so rechnete er eben nicht mit dem Deutschen Bismarck. Letzterer ging auf die Idee eines Bündnisses mit Italien ein, ohne indessen König Wilhelm dafür erwärmen zu können. Der König glaubte damals noch an eine Versöhnung mit Oesterreich, und es kam, wie wir oben sahen, zu der Gasteiner Convention, welche zu einem Abkommen mit Oesterreich bezüglich der Elbherzogthümer führte.

Napoleon war über den Gasteiner Vertrag sehr aufgebracht. Er sah einen Strich durch seine Rechnung gemacht, und sein Minister des Auswärtigen Drouyn de l'Huys gab in Berlin eine entrüstete Erklärung ab über die Vergewaltigung des Nationalitätenprincips, wie sie sich in der Disposition über Schleswig und Holstein ausdrücke.

Die „Entrüstung" Napoleons schwand aber mit dem Augenblick, da er sah, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen wieder gespannt wurden. Bismarck mußte aber angesichts des von ihm für unvermeidlich gehaltenen Krieges mit Oesterreich sich vergewissern, ob er im entscheidenden Momente der Neutralität sicher sein werde. Diesen Zweck hatte jedenfalls die Reise, welche Bismarck im November 1865 nach Biarritz antrat, wo er mit Napoleon eine geheime Unterredung hatte, deren Inhalt allerdings nie bekannt geworden ist, obwohl er sich durch die nachfolgenden Ereignisse erklären läßt. Jedenfalls erhielt Bismarck die Zusage der Neutralität und die Billigung eines Bündnisses mit Italien, für welches Napoleon Venetien von Oesterreich loszureißen die Absicht hatte. Das Florentiner Cabinet wurde von Paris aus benachrichtigt, daß es ohne Aengstlichkeit einen Vertrag mit Preußen schließen könne. Damit leistete Napoleon einen großen Dienst, denn ohne die Neutralität und ohne Unterstützung des Pariser Cabinets hätte Bismarck gewiß keinen Krieg gegen Oesterreich gewagt, und noch weniger wäre es ihm gelungen, König Wilhelms Zustimmung zu erhalten.

Im Februar 1866, als er die Gewißheit hatte, daß die große Mehrheit der deutschen Staaten für Oesterreich Partei zu nehmen entschlossen sei, knüpfte Bismarck Verhandlungen mit der italienischen Regierung an. Das Florentiner Cabinet schickte den General Govone in geheimer Sendung nach Berlin, und es kam nach langen umständlichen Berathungen mit dem Italiener, den das Zögern König Wilhelms und dessen Weigerung, Oester-

reich anzugreifen, sehr entmuthigt und auch mißtrauisch gemacht hatte, endlich am 8. April zum Abschluß eines Offensiv- und Defensivbündnisses zwischen Preußen und Italien. Der Vertrag sollte auf drei Monate gültig sein und er machte die Oberherrschaft Preußens in Deutschland und ebenso die Forderung Venetiens seitens Italiens zu einem Kriegsfall, so daß, worauf es Bismarck des Königs wegen ankam, eventuell auch Italien den Krieg beginnen konnte.

Welche Gegenleistung hatte sich Napoleon für seine bedeutenden Gefälligkeiten von Bismarck ausbedungen? Erwiesener Maßen keine einzige, die ihm gewährt worden wäre. Anscheinend bestand auch Napoleon nicht absolut auf Verpflichtungen, denn er rechnete im Stillen mit Sicherheit darauf, daß Preußen besiegt werden und seine Hülfe anrufen werde, die er dann gegen Abtreten der Rheingrenze gewährten konnte. In einem an die diplomatischen Vertreter des Norddeutschen Bundes gerichteten Rundschreiben Bismarcks vom 29. Juli 1870 heißt es:

„Vor Ausbruch des österreichischen Krieges sind mir theils durch Verwandte Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen, theils durch vertrauliche Agenten Vorschläge gemacht worden, welche jederzeit dahin gingen, kleinere oder größere Transaktionen zum Behufe beiderseitiger Vergrößerung zu Stande zu bringen. Es handelte sich bald um Luxemburg oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald um größere Objekte, von denen die französische Schweiz und die Frage, wo die Sprachgrenze in Piemont zu ziehen sei, nicht ausgeschlossen blieben. Im Mai 1866 (wo auf Anregung Frankreichs in Paris ein Congreß zur Vermittelung zwischen Oesterreich und Preußen stattfinden sollte, bei dem Napoleon die Hauptrolle zu spielen, namentlich aber den inzwischen am 8. April abgeschlossenen Bündnißvertrag zwischen Preußen und Italien, der eine dreimonatliche Gültigkeit hatte, ungenützt zum Ablauf zu bringen beabsichtigte) nahmen diese Zumuthungen die Gestalt des Vorschlages eines Offensiv- und Defensivbündnisses an, von dessen Grundzügen folgendes in meinen Händen blieb: (Folgt Aufzählung der einzelnen Punkte des Bündnisses, von denen der bemerkenswertheste folgender ist: Italien bekommt Venetien, Preußen die weiter unten genannten Gebietstheile mit sieben oder acht Millionen Seelen nach Wahl und überdies Bundesreform im preußischen Sinne, — Frankreich den Landstrich zwischen Mosel und Rhein ohne Koblenz und Mainz mit 500,000 Seelen von Preußen, das bayrische Gebiet auf dem linken Rheinufer, Birkenfeld, Homburg, Darmstadt mit 213,000 Seelen.) Die Stärke des Heeres, mit dem der Kaiser uns beistehen wollte, wurde in schriftlichen Erläuterungen auf 300,000 Mann angegeben. .... Ein Jeder,

welcher mit der inneren diplomatischen und militärischen Geschichte des Jahres 1866 vertraut ist, wird durch diese Clauseln die Politik hindurchschimmern sehen, welche Frankreich gleichzeitig gegenüber Italien, mit dem es ebenfalls verhandelte, und später gegenüber Preußen und Italien verfolgte. Nachdem wir im Juni 1866, ungeachtet mehrfacher, fast drohender Mahnungen zur Annahme, das obige Allianzproject abgelehnt hatten, rechnete die französische Regierung nur noch *auf den Sieg Oesterreichs* über uns und auf unsere Ausbeutung nach unserer eventuellen Niederlage, mit deren diplomatischer Anbahnung die französische Politik sich nunmehr nach Kräften beschäftigte."

Die letzten Worte beziehen sich auf das Doppelspiel, welches Napoleon nach seiner Gewohnheit spielte. Während er persönlich Preußen zu begünstigen schien, ließ er seinen Minister des Auswärtigen, der hierüber gänzlich in Unkenntniß gelassen wurde, mit dem Wiener Cabinet über die Bedingungen der von diesem gewünschten und nachgesuchten Neutralität Frankreichs verhandeln. Drouyn de l'Huys war der Meinung, der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich müsse verhindert werden, und falls dies nicht mehr möglich, müsse Frankreich seinen Einfluß für letzteres in die Wagschale fallen lassen. Ihm galt es für geboten, die von Preußen erstrebte politische und militärische Einigung Deutschlands zu hintertreiben. Napoleon ließ seinen Minister nach dieser Auffassung der Dinge verfahren, und während er selbst ein Bündniß mit Preußen suchte, bemühte er sich, die Möglichkeit offen zu halten, im Falle des Mißlingens dieses Versuchs mit den Gegnern in Wien zu gehen. Die Verhandlungen über die französisch-österreichische Uebereinkunft zogen sich geraume Zeit hin und führten erst, nachdem Bismarck die Anträge Napoleons abgelehnt hatte, am 12. Juni zu einer Verständigung. Nach derselben verpflichtete sich Frankreich, für den Fall eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich zu vollständiger Neutralität, sowie zu angelegentlichen Bemühungen, die Italiener zur Nichtbetheiligung am Kampfe zu vermögen. Oesterreich dagegen machte sich anheischig, im Falle seines Sieges Venetien an Frankreich abzutreten, falls Italien sich nicht von der Theilnahme am Kriege abhalten lasse und Oesterreich auch hier die Oberhand behalte, in Betreffs der Lombardei das bestehende Verhältniß nicht zu ändern, endlich beim Frieden die Zustimmung Frankreichs einzuholen, bevor es eine Gebietsveränderung annehme, welche das europäische Gleichgewicht verrücke. Napoleon wollte sich also auf alle Fälle einen Anspruch auf Theilnahme am Friedensschlusse sichern, gleichviel ob Preußen oder Oesterreich siegte.

Um diesen Gegenstand hier gleich zu erschöpfen, wollen wir bezüglich

der Anträge, die Napoleon Bismarck machen ließ, folgende weitere Stelle aus dem oben erwähnten Rundschreiben Bismarcks vom 29. Juli 1870 anführen: „Ich habe kaum nöthig, darauf aufmerksam zu machen, daß der Glaube der französischen Regierung an die Möglichkeit einer derartigen Transaktion mit einem deutschen Minister, dessen Stellung durch seine Uebereinstimmung mit dem deutschen Nationalgefühl bedingt ist, seine Erklärung nur in der Unbekanntschaft der französischen Staatsmänner mit den Grundbedingungen der Existenz anderer Völker findet. Wenn die Agenten des Pariser Cabinets für die Beobachtung deutscher Verhältnisse befähigt gewesen wären, so hätte man sich in Paris der Illusion, daß Preußen sich darauf einlassen könnte, die deutschen Angelegenheiten mit Hülfe Frankreichs ordnen zu wollen, niemals hingegeben.... Die Unmöglichkeit, auf irgend welche Anerbietungen einzugehen, war für mich niemals zweifelhaft; wohl aber hielt ich es im Interesse des Friedens (vor 1866 und während dieses Jahres zur Fernhaltung Frankreichs von einem Bündniß mit Preußens Gegner) für nützlich, den französischen Staatsmännern die eigenthümlichen Illusionen solange zu belassen, als dieses, ohne ihnen irgendwelche auch nur mündliche Zusagen zu machen, möglich sein würde."

Trotzdem wagte es später, im Januar 1874, der ultramontane Abgeordnete von Mallinckrodt im preußischen Abgeordnetenhause, auf Grund Benedetti'scher Lügen und besonders gestützt auf die „Enthüllungen" des italienischen Ex-Kriegsministers und Ex-Intriguanten La Marmora in dessen Schrift „Etwas mehr Licht", Bismarck vorzuwerfen, er habe sich 1866 bei den Verhandlungen mit dem General Govone geäußert, er sei weniger deutsch als preußisch gesinnt und würde sich nicht lange besinnen, ein Stück des linken Rheinufers den Franzosen zu überlassen. Auf die Nachricht von diesem schamlosen Angriff eilte Bismarck sofort in die Versammlung und erklärte hier: „Ich bin genöthigt, dies mit den stärksten Ausdrücken als eine dreiste, lügenhafte Erfindung zu bezeichnen, die natürlich der Herr Abgeordnete nicht gemacht hat, die aber anderswo gemacht worden ist.... Es ist auch nicht eine Silbe davon wahr. Ich habe niemals irgend Jemand die Abtretung auch nur eines Dorfes oder eines Kleefeldes zugesichert oder in Aussicht gestellt. Alles, was darüber circulirt und behauptet wird, erkläre ich in seinem ganzen Umfange für das, was ich vorhin sagte: für eine dreiste, tendenziöse Lüge, die zur Anschwärzung meiner Person erfunden ist."

Napoleon hatte sich aber auch mit Italien verrechnet. Das Florentiner Cabinet widerstand seinen Lockungen, Preußen im Stich zu lassen.

Es hatte damals genug Ehrgefühl, um Venetien nicht als ein Gnadengeschenk aus Napoleons Hand empfangen zu wollen. Oesterreich selbst sorgte durch den Bruch des Gasteiner Vertrages und die Berufung der holsteinischen Stände dafür, daß es vor Ablauf des preußisch-italienischen Bündnisses zur Entscheidung kam. Dieser Schritt Oesterreichs, von dem es wußte, daß er den Ausbruch des Krieges bedeute, erklärte sich dadurch, daß Oesterreich im Bunde mit den preußenfeindlichen deutschen Staaten keinen Augenblick an seinen Sieg zweifelte. Man witzelte in Wien über die „Berliner Wachtparade" und stellte den König von Preußen eine Degradirung zum Markgrafen von Brandenburg in Aussicht.

4. Sadowa und die Folgen.

Am 12. Juni hatte Oesterreich unter der Erklärung, daß die Besetzung Holsteins durch preußische Truppen den Verträgen zuwider laufe, seinen Gesandten in Berlin abberufen und dem preußischen Gesandten in Wien seine Pässe zur Verfügung gestellt. Zwei Tage darauf hatte der Bundestag den Antrag Oesterreichs auf Mobilmachung aller nicht-preußischen Bundestruppen angenommen. Der Krieg war, da und die deutschen Stämme griffen zu den Waffen, ohne daß es erst zu einer förmlichen Kriegserklärung gekommen wäre. Am 17. Juni erließ der Kaiser von Oesterreich ein Kriegsmanifest „An Meine Völker" und am 18. Juni erließ König Wilhelm seinen Aufruf „An Mein Volk", in welchem es hieß, „Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, deren Kampfgeschrei ist: Erniedrigung Preußens!" Und am Schluß: „Verleiht uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt und welches jetzt durch diejenigen zerrissen ist, die das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuern. Gott mit uns!" — An demselben Tage ging Oesterreich auch die Kriegserklärung Italiens zu.

Doch schon bevor die preußischen Heere über die böhmische Grenze marschirt waren, hatte Bismarck fast ganz Norddeutschland und einen Theil Mitteldeutschlands unter Preußens Herrschaft gebracht. In dem Augenblick, da Bismarck die Entscheidungsstunde gekommen sah, war es das Erste für ihn, Hannover, Kurhessen und Sachsen vor ein Ultimatum zu stellen. Diese Staaten waren indessen von vornherein entschlossen, im Vertrauen auf Oesterreichs Macht dessen Partei zu nehmen. Bismarck wußte dies freilich, und als er die drei Staaten am 15. Juni in einer gleichlautenden

Erklärung vor die Wahl stellte, binnen vierundzwanzig Stunden entweder als gegen Preußen Krieg führende Mächte behandelt zu werden oder abzurüsten und die preußischen Bundesreformvorschläge anzunehmen, zweifelte er keinen Moment, wie die Antwort lauten würde. Der blinde König von Hannover erklärte, das Ultimatum nicht annehmen zu können und begab sich zu seiner Armee. Der Kurfürst von Hessen weigerte sich sogar, von dem Ultimatum überhaupt Kenntniß zu nehmen und erwartete zu Wilhelmshöhe trotzig die Entwickelung der Dinge, während seine Truppen südwärts nach Bayern marschirten. Auch von dem Widerstand Sachsens war Bismarck im Voraus so fest überzeugt, daß er dafür gesorgt hatte, daß die preußischen Truppen in demselben Augenblick, da die ablehnende Antwort aus Dresden kam, zur Besetzung des Landes schreiten konnten. Die sächsische Armee zu verhindern, sich mehr rückwärts zu concentriren und sich mit der österreichischen Armee zu vereinigen, war freilich nicht gut möglich gewesen. Bereits am 18. Juni übernahm der preußische General Vogel von Falkenstein die Verwaltung des Königreichs Hannover. Am gleichen Tage besetzte General Beyer Kassel und ließ den Kurfürsten als Gefangenen nach Stettin abführen. So war denn Preußen thatsächlich schon am Tage des Kriegsaufrufs des König Wilhelm Herr in Norddeutschland und in einem Theil Mitteldeutschlands, ehe noch ein Kanonenschuß gefallen war. Der König von Hannover versuchte, sich nach Bayern durchzuschlagen, sah seine Armee aber bald von den Preußen umstellt. Er wies indessen Verhandlungen, die noch in letzter Stunde angeknüpft wurden, zurück, worauf aus Berlin der Befehl kam, zum Angriff zu schreiten. Ehe noch die Umstellung der hannoverischen Armee eine vollständige war, griff General Flies am 27. Juni mit etwa 8000 Mann meist schlechtbewaffneter Landwehr die 20,000 Hannoveraner bei Langensalza an. Das war ein taktischer Fehler, den der übermächtige Gegner trotzdem nicht ausbeuten konnte, sondern der vielmehr dazu führte, daß die hannoverische Armee festgehalten und am nächsten Tage so umzingelt wurde, daß keine Aussicht mehr zum Entkommen war. Am 29. Juni capitulirte die ganze Armee und wurde aufgelöst.

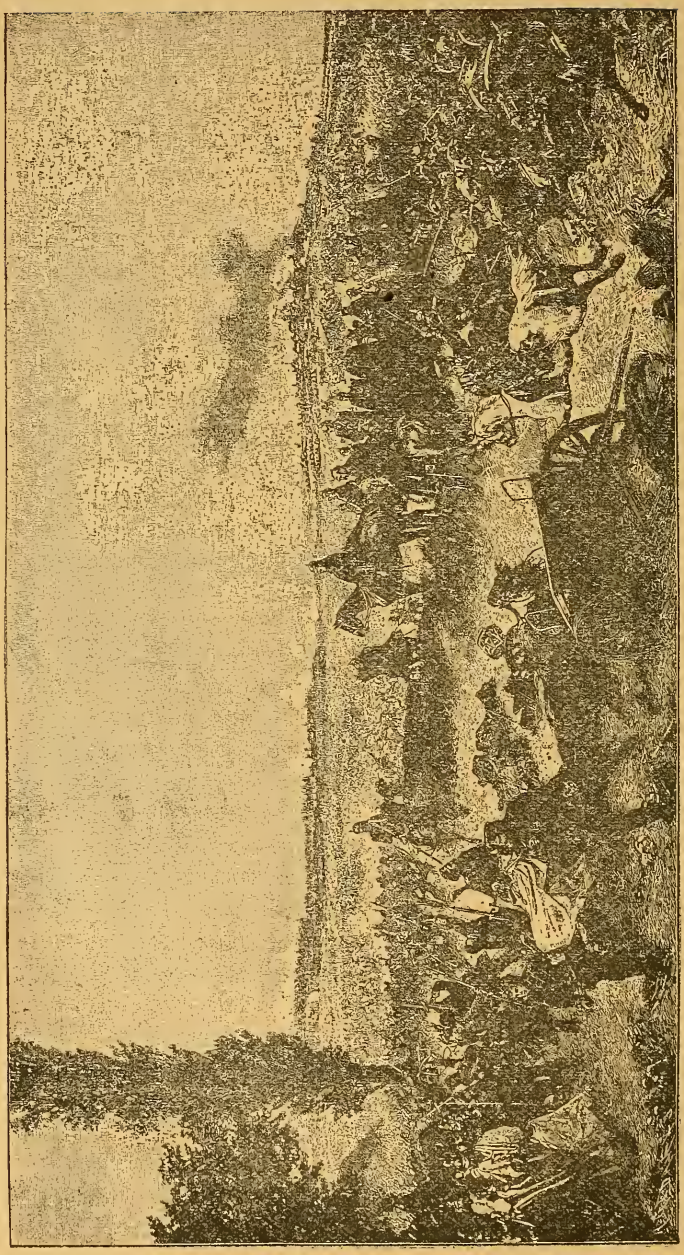
Bismarcks Ziel, mit den Siegen, auf welche er rechnete auch gleich den Weg zur Versöhnung zu eröffnen, zeigte sich schon hier. Im preußischen „Staatsanzeiger" stand nach der Capitulation von Langensalza folgende Bemerkung: „Das Schicksal der hannoverischen Truppen, deren ruhmreiche Vergangenheit eng verwoben ist mit den schönsten Kriegsthaten unseres eigenen Heeres, muß jedes Soldatenherz mit aufrichtiger Theilnahme erfüllen. Man durfte diese braven Truppen bedauern, als sie während des

Feldzugs gegen Dänemark durch eine unglückliche Tactik ihrer Regierung zur Unthätigkeit verurtheilt wurden; heute sind sie zu beklagen, weil neue, traurige Verirrungen ihrer Regierung sei einer unglücklichen Katastrophe entgegengeführt haben. Die hohe Selbstverleugnung aber, mit welcher die hannoverische Armee, treu dem geleisteten Eide, ihr hartes Loos getragen, muß ihr die Achtung der preußischen Armee sichern."

Die Geschichte des böhmischen Feldzuges zu schreiben, ist hier nicht unsere Aufgabe. Die Siege, welche die Preußen dank der vom König und seinen Rathgebern durchgezwungenen Armeereorganisation und dank des unvergleichlichen Feldherrngenies Moltkes, nachdem sie am 22. Juni in Böhmen eingerückt waren, vom 26. Juni ab Schlag auf Schlag erfochten, und die mit der Schlacht bei Sadowa oder Königgrätz am 3. Juli ihr Endziel erreichten, hielten die sämmtlichen Cabinete in athemloser Spannung. Preußens Triumph war glänzender, als vielleicht selbst Bismarck mit seinem felsenfesten Glauben an die Ueberlegenheit der preußischen Waffen, einem Glauben, auf dem seine kühnen diplomatischen Pläne aufgebaut waren, zu hoffen gewagt hatte.

Schon nach dem Eintreffen der ersten Siegesdepeschen aus Böhmen hatte Bismarck die Freude, aus den Huldigungen, die ihm das Volk in Berlin darbrachte, empfinden zu dürfen, daß man anfing, auch an ihn zu glauben. Er hatte in den Wochen, ehe es wirklich zum Krieg kam, Uebermenschliches geleistet, jedoch angesichts der allgemeinen furchtbaren Aufregung und der Empörung gegen ihn und seine Politik keine Secunde den Kopf verloren. Am 30. Juni begleitete er König Wilhelm, der nach seiner Väter Sitte persönlich an die Spitze der Armee trat, auf der Reise nach dem Kriegsschauplatz. Am Morgen des 3. Juli wußte er mit Moltke, daß der Tag einer großen, vielleicht entscheidenden Schlacht gekommen war. „Ein einziger Kampf," hatte er gesagt gehabt, „eine entscheidende Schlacht, und Preußen wird im Stande sein, seine Bedingungen zu dictiren." Das Umgekehrte war aber auch wahr.

Die Schlacht begann um 8 Uhr Morgens. Der König erschien mit Bismarck um diese Stunde unter den Truppen. Der Kampf tobte auf allen Linien und war gegen 1 Uhr Mittags zum Stehen gekommen. Man wartete mit Sehnsucht auf das Eintreffen der Armee des Kronprinzen. Moltke bewahrte seine classische Ruhe. Wenn er auch, wie einst Wellington in der Schlacht bei Waterloo sich nach Blücher sehnte, in jenen verhängnißvollen Stunden gedacht haben mag: „Wollte Gott, es wäre Nacht, oder der Kronprinz wäre da," so rechnete er doch mit Bestimmtheit auf die rechtmäßige Ankunft des Kronprinzen, wie es in dem Schlachtenplane des



König Wilhelm in Königgrätz.

großen Feldherrn ausgemacht war. Auch Bismarck, der jetzt wußte, daß das Schicksal Preußens von dem Ausgang dieser Schlacht abhing, und daß bald Alles gewonnen oder vielleicht Alles verloren sein würde, verrieth auf seinem eisernen Antlitz keine Spur von Unruhe. Er befand sich mit dem Range eines preußischen Landwehrmajors im Stabe des Königs. Gleich seiner Umgebung hatte er in der letzten Stunde mit dem Feldstecher scharf in die Richtung, aus der die Armee des Kronprinzen nahen mußte, ausgespäht, und merkwürdiger Weise war er selbst es, der die Vorhut der herbeieilenden Heeressäulen zuerst entdeckte. „Es sind Ackerfurchen," erwiderte man ihm, als er auf einige dunkle Streifen in weiter Ferne aufmerksam machte. „Nein," erwiderte er, „es sind Heeresmassen, denn die Abstände sind nicht gleich, und es bewegt sich." Er hatte Recht. Die Heeressäulen entwickelten sich und noch ehe die Kanonen des Kronprinzen gegen den rechten Flügel der österreichischen Armee zu donnern anfingen, eilte Moltke auf den König zu und sagte: „Jetzt ist Euer Majestät der Sieg nicht mehr zu nehmen." Nach heißem Kampfe wankten die Oesterreicher und traten den Rückzug an, der bald zu einer regellosen Flucht wurde. König Wilhelm befahl das Vorrücken der Cavallerie und stellte sich selbst an die Spitze derselben, wobei in seiner unmittelbaren Nähe Granaten einschlugen. Er zog sich erst zurück, als Bismarck, der nicht von seiner Seite gewichen war, mit bewegter Stimme sagte: „Als Major habe ich Euer Majestät auf dem Schlachtfelde keinen Rath zu ertheilen, als Ministerpräsident bin ich aber verpflichtet, Euer Majestät zu bitten, sich nicht auf diese Weise der Gefahr auszusetzen."

Am 9. Juli, nachdem er bereits den der Schlacht bei Sadowa folgenden Ereignissen den Stempel seines staatsmännischen Genies aufgedrückt hatte und Prag besetzt war, schrieb er folgenden Brief aus dem Hauptquartier in Hohenmauth an seine Gattin:

„Weißt Du noch, mein Herz, wie wir vor 19 Jahre auf der Bahn von Prag nach Wien hier durchfuhren? Kein Spiegel zeigte die Zukunft, auch nicht, als ich 1852 mit dem guten Lynar diese Eisenbahn passirte. Uns geht es gut; wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe werth ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern noch mit drei Nachbarn. Die Oesterreicher

stehen in Mähren und wir sind schon so kühn, daß für morgen unser Hauptquartier da angesagt wird, wo sie heute noch stehen. Gefangene passiren noch immer ein, und Kanonen seit dem 3., bis heute 180. Holen sie ihre Südarmee vor, so werden wir sie mit Gottes gnädigem Beistand auch schlagen! Das Vertrauen ist allgemein. Unsere Leute sind zum Küssen, jeder so todesmuthig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen alle, kein Plündern und Sengen, bezahlen wenn sie können und essen verschimmeltes Brod. Es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Manne bei uns sitzen, sonst könnte das Alles nicht sein. — — Der König exponirte sich am 3. allerdings sehr, und es war sehr gut, daß ich mit ihm war, denn alle Mahnungen Anderer fruchteten nichts, und Niemand hätte gewagt, so zu reden, wie ich es mir beim letzten Male, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäuel von 10 Cuirassieren und 15 Pferden vom 6. Cuirassier-Regiment neben uns sich blutend wälzte, wo die Granaten den Herrn in unangenehmster Weise umschwirrten. Die schlimmste sprang zum Glück nicht. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe. Er war enthusiasmirt über seine Truppen und mit Recht, sodaß er das Sausen und Einschlagen neben sich gar nicht zu merken schien, ruhig und behaglich, wie am Kreuzberg, und fand immer wieder Bataillone, denen er danken und guten Abend sagen mußte, bis wir denn richtig wieder in's Feuer hineingerathen waren. Er hat aber so viel darüber hören müssen, daß er es künftig lassen wird, und Du kannst beruhigt sein; ich glaube auch kaum noch an eine wirkliche Schlacht."

Während die preußischen Generäle nach der Schlacht bei Königgrätz daran denken durften, auf ihren Lorbeeren auszuruhen, begann für Bismarck mit dem Augenblick, da die Oesterreicher geschlagen waren, erst die eigentliche Arbeit. Er wußte, daß die „wohlwollende" Neutralität Napoleons gleichfalls mit demselben Augenblick verschwunden war, und er war deswegen auf die Einmischung aus Paris her gefaßt. Napoleon hatte sich, wie wir im vorigen Abschnitt sahen, vor Ausbruch des Krieges so eingerichtet, daß ihm die Gelegenheit, den Schiedsrichter zu spielen, sicher werden würde. Das erleichterte Kaiser Franz Joseph nun sehr schnell dadurch, daß er am 4. Juli, dem Tage nach der Schlacht bei Königgrätz, nachdem General Gablenz' Bitte um Waffenstillstand abgeschlagen war, Napoleon telegraphirte, er sei bereit, Venetien an Frankreich abzutreten, und ersuche ihn um seine Vermittelung in seinem Kampfe mit Preußen und Italien. Napoleon beeilte sich infolgedessen, als Schiedsrichter einzuschreiten. In der Nacht vom 4. zum 5. Juli lief im preußischen Hauptquartier zu

Horitz ein Telegramm ein, in welchem Napoleon sagte, er hoffe von der Hochherzigkeit des Königs Wilhelm, derselbe werde nach so großen Erfolgen seiner Armee seine Bemühungen zur Herstellung des Friedens gern annehmen und vorläufig in einen Waffenstillstand willigen.

Bismarck verkannte keinen Augenblick die ungeheure Schwierigkeit der Lage. Zunächst konnte er nicht mit Sicherheit auf Italien rechnen. Der italienische General La Marmora, der es abgelehnt hatte, einen ihm von Berlin aus vorgeschlagenen Feldzugsplan zu befolgen, war in seinen eigenen Entwürfen nicht glücklich gewesen. Am 22. Juni, drei Tage nach der Kriegserklärung Italiens, schlug der österreichische Erzherzog Albrecht die italienische Armee bei Custozza und zwang sie, sich hinter den Mincio zurückzuziehen. Das Wiener Cabinet hatte sich Napoleon gegenüber verpflichtet gehabt, diesen Fluß nicht zu überschreiten. Allerdings war Italiens Bündnißvertrag mit Preußen bis zum 8. Juli in Kraft, doch Bismarck hatte zu befürchten, daß das Florentiner Cabinet nicht abgeneigt sein würde, Venetien, das thatsächlich durch preußische Waffen erobert war, als Geschenk aus der Hand Napoleons anzunehmen, so demüthigend dies auch sein würde. Es zeigte sich indessen, daß Italien doch Ehrgefühl genug besaß, ein solches Geschenk nicht anzunehmen und seine Bundesgenossen im Stich zu lassen. Doch als die Depesche Napoleons eintraf, hatte Bismarck mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Italien sich verleiten lassen könnte, was die Bedeutung gehabt haben würde, daß Oesterreich in Stand gesetzt worden wäre, alle seine Truppen auf den nördlichen Kriegsschauplatz zu concentriren.

Ferner hatte Bismarck zu befürchten, daß eine Ablehnung des Vorschlags Napoleons diesen zu einem bewaffneten Einschreiten zu Gunsten Oesterreichs reizen würde. In Berlin hatte man den Krieg nicht ohne Besorgniß rücksichtlich Frankreichs begonnen. Moltke glaubte nicht, daß Napoleon stiller Zuschauer sein würde. Er hatte schon am 18. Juni den Befehl gegeben, die Festungen Coblenz und Saarlouis zu armiren. Das ganze linke Rheinufer war thatsächlich von Truppen entblößt. In Luxemburg hielten die preußischen Officiere, die keine Verstärkung bekommen hatten, die Abtretung des Großherzogthums für beschlossen.

Daß Frankreich damals militärisch nicht gerüstet und schwach war, wußte Bismarck allerdings, doch er sah auch in einem schlecht gerüsteten Frankreich eine ungeheure Gefahr, wie er acht Jahre später, am 16. Januar 1874 äußerte: „Wenn Frankreich", sagte er, „auch damals sehr wenig Truppen hatte, so hätte ein gewisser Zusatz von französischen Truppen hingereicht, um aus den zahlreichen süddeutschen Truppenmassen eine recht tüchtige Armee zu machen, die uns sofort in die Lage gebracht hätte, zunächst

Berlin zu decken und alle unsere Erfolge in Oesterreich aufzugeben." Doch Napoleon hatte thatsächlich damals, was Bismarck wohl nicht wußte, nicht den Muth, militärisch einzuschreiten. Der alte Intriguant Beust war mit seinem Herrn, dem König von Sachsen, nach Wien gekommen und wurde am Tage nach Königgrätz nach Paris geschickt, um Napoleon zu bewegen, nicht etwa einen Krieg mit Preußen zu beginnen, sondern nur eine einfache militärische Demonstration zu machen, um Preußen aufzuhalten und ihm Mäßigung anzuempfehlen. „Entscheiden Sie sich heute", drängte Beust, „Preußen wird stehen bleiben; Süddeutschland und Oesterreich werden Muth fassen, und Sie werden als Vermittler eines gerechten Friedens die Dankbarkeit Deutschlands erwerben. Wenn nicht, so werden Sie später, in einem Kriege mit Preußen, ganz Deutschland gegen sich haben und dann werden Sie unterliegen." Napoleon entgegnete: „Ich kann nichts thun, ich habe nicht 200,000 Mann bereit, um in's Feld zu rücken." — Der „deutsche Patriot" Beust wollte also Napoleon vor dem von ihm richtig vorausgesehenen Schicksal bewahren, daß ganz Deutschland sich Frankreich gegenüber einige und es besiege.

Bismarck hielt es angesichts der möglichen Gefahren für gerathen, Napoleons Vorschläge vom 5. Juli nicht unbedingt abzulehnen. Doch er ertheilte zu gleicher Zeit dem Botschafter in Paris die Weisung, Napoleon mitzutheilen, daß ein Waffenstillstand nur zugestanden werden könne, wenn Oesterreich sich bereit erkläre, im zukünftigen Frieden auf seinen Austritt aus dem deutschen Bunde, auf Errichtung eines Bundesstaats mit nationaler Grundlage und auf Gebietserweiterung Preußens zum Zwecke der Verbindung der jetzt getrennten Theile der Monarchie einzugehen. Napoleon schlug dem gegenüber in einer Berathung am 10. Juli, an welcher die Vertreter Preußens und Oesterreichs theilnahmen, zunächst vor, die beiden Großstaaten sollten in Zukunft allein stehen, während die übrigen deutschen Staaten zu einem Bunde zusammentreten sollten. Die Vertreter Preußens sowohl wie Oesterreichs lehnten diesen Vorschlag, der offenbar auf Begründung eines neuen Rheinbundes abzielte, ab.

Zwecks Vereitelung der Einmischung Napoleons versuchte jetzt Bismarck nochmals, sich auf vertraulichem Wege mit Oesterreich zu verständigen. Er ließ dem Wiener Cabinet den Vorschlag machen, daß Oesterreich außer Venetien nichts von seinem Gebiet abtreten und auch keine Kriegsentschädigung zahlen solle, daß in Deutschland der Main als Grenze der Machtsphäre Preußens angenommen werden und daß Süddeutschland, mit dem sich Oesterreich in Verbindung setzen könnte, sich selbst überlassen bleiben solle. Alles das wollte Bismarck aber nur unter der Bedingung zuge-

stehen, daß Frankreich von dem Friedensschlusse ferngehalten werde. In Wien zeigte man sich von diesen Vorschlägen angenehm überrascht, doch Fürst Moritz Esterhazy, der einen großen Einfluß auf den Minister des Auswärtigen besaß, empfing den Ueberbringer derselben, Baron Herring, von vornherein sehr kalt, ließ ihn fast dreißig Stunden auf Antwort warten und fertigte ihn schließlich mit ausweichenden Redensarten und der Erklärung ab, man werde nur auf eine officielle Einladung hin einen Unterhändler in's preußische Hauptquartier senden. Baron Herring eilte sofort nach Nikolsburg, wo sich das Hauptquartier bereits befand, kam aber später als Benedetti, der Agent Napoleons, dort an, und man sagte ihm: „Eine Stunde früher würden die Verhandlungen einen andern Gang genommen haben. Wir können die Intervention Frankreichs nicht mehr ablehnen, weil sie schon acceptirt worden ist."

Napoleon's neuer Vorschlag ging auf einen Waffenstillstand auf Grund folgender vorläufigen Zugeständnisse: Erhaltung der Integrität Oesterreichs, Ausscheiden desselben aus dem Verbande mit den deutschen Staaten, Gründung eines norddeutschen Bundes unter militärischer Führung Preußens und Berechtigung der süddeutschen Staaten zu einer unabhängigen Union. Von einer Gebietsvergrößerung Preußens war darin nicht die Rede. Das aber gerade war für König Wilhelm eine unerläßliche Bedingung. Moltke hatte nach Königgrätz die militärischen Operationen fortgesetzt, Prag war genommen und verschiedene kleine Treffen waren den zurückweichenden Oesterreichern geliefert, bis die preußischen Vorposten endlich die Thürme Wiens in Sicht hatten. Die militärischen Rathgeber des Königs stellten die kühnsten Bedingungen. Sie wollten Oesterreich die Provinz Schlesien, Bayern einen Theil von Franken, dem Könige von Sachsen wenn nicht sein ganzes Land, so doch wenigstens Leipzig und die Lausitz genommen sehen. Bismarck bekämpfte diese Forderungen und rieth zur Mäßigung. König Wilhelm hatte erklärt „lieber abdanken, als ohne bedeutenden Ländererwerb für Preußen zurückkehren zu wollen", Bismarck war die Bundesreform die Hauptsache und daneben erst wünschte er einen Machtzuwachs für Preußen, der durch Einverleibung einiger norddeutscher Staaten gewonnen werden sollte. Das genügte auch schließlich dem Könige.

Auf den letzterwähnten Vorschlag Napoleons antwortete Bismarck, der das Ziel, Oesterreich zu schonen und den Weg zu einer späteren Versöhnung offen zu halten, niemals aus dem Auge verlor, daß derselbe keine ausreichende Basis für einen definitiven Frieden sei, da Preußen von der Forderung eines Machtzuwachses auf Kosten der feindlichen Staaten in

Norddeutschland nicht abgehen könne. Dagegen genüge das Programm zu einem Waffenstillstand, wofern Italien zustimme und Oesterreich es annehme. Was den Frieden beträfe, so seien die Verhandlungen darüber nur zwischen Oesterreich und Preußen zu führen und die übrigen kriegführenden Staaten würden sich, jeder für sich, mit Preußen zu verständigen haben. Der König willige in einen Waffenstillstand von fünf Tagen und würde dann den Krieg fortsetzen, wofern Oesterreich bis dahin nicht die preußischen Bedingungen angenommen habe.

Oesterreich nahm am 19. Juli die Waffenstillstandsbedingungen an. Am 21. Juli Abends erschienen österreichische Bevollmächtigte im preußischen Hauptquartier zu Nikolsburg, um mit Bismarck über die Friedenspräliminarien zu verhandeln. Der italienische Gesandte, Graf Barral, war zwar an Ort und Stelle, aber ohne Instruction und Vollmacht, weswegen er an den Verhandlungen nicht theilnahm, aber doch fortlaufend in Kenntniß derselben erhalten wurde. Indessen Italiens Zustimmung konnte nicht fehlen, solange ihm die Erwerbung Venetiens gesichert war. Aber auch Benedetti, Napoleons Botschafter, mußte draußen bleiben. Er wurde von den Nikolsburger Verhandlungen nur „unterrichtet". Herr Benedetti mußte sich darauf beschränken, am 23. Juli nach Paris zu berichten, daß Bismarck „mit seiner praktischen Auffassung der Dinge und seiner gewohnten Entschlossenheit" die österreichischen Unterhändler zu bestimmen gewußt habe, mit Preußen gleich über die Kriegskosten und die Annexion von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und der Stadt Frankfurt a. M. einerseits und die Integrität Oesterreichs und Sachsens, sowie die Selbstständigkeit der Staaten Süddeutschlands andererseits zu verhandeln. Und auf dieser Basis wurde denn auch der Präliminarfriede am 26. Juli in Nikolsburg mit Oesterreich abgeschlossen. Das preußische Generalstabswerk über den Feldzug von 1866 sagt im Sinne Bismarcks: „Weder der Ehre noch der Macht Oesterreichs war eine Wunde geschlagen, welche eine unheilbare Feindschaft zwischen beiden Staaten im Gefolge hatte. Wenn man mehr forderte, wenn eine glückliche Fortsetzung des Krieges mehr zu erzwingen erlaubte, so mußte eine Stachel zurückbleiben, den keine Zeit entfernt hätte. Den Bruch zwischen Preußen und Oesterreich zu verewigen, konnte nicht im Interesse Preußens und Deutschlands liegen."

In Süddeutschland war indessen der Krieg noch nicht beendet. Dort hatte sich trotz der an Zahl überlegenen Gegner Sieg auf Sieg an die Waffen der „Mainarmee" unter Vogel v. Falckenstein und später Manteuffel geheftet. Am 16. Juli zog ersterer in Frankfurt a. M. ein und

nach einer Reihe weiterer Gefechte eröffnete Manteuffel am 27. Juli die Beschießung der Citadelle von Würzburg. Und als gar am 31. Juli noch eine zweite Armee unter dem Großherzog von Mecklenburg Nürnberg erreicht hatte, war Bayern so gut wie wehrlos in preußischen Händen. Nachdem Preußen so seine zweifellose Ueberlegenheit gezeigt hatte, war es bereit, Waffenstillstand zu gewähren. Das geschah am 2. August (mit Baden erst am 3. August, nachdem der Großherzog den nationalgesinnten Mathy zum Leiter der badischen Politik berufen hatte). Die süddeutschen Fürsten, mit Ausnahme des Großherzogs von Baden, hatten indessen ihre Lage und Bismarck so wenig begriffen, daß sie angesichts der bereits zur Thatsache gewordenen Einigung Norddeutschlands unter Preußens Führung den traurigen Muth hatten, sich hülfeflehend an Napoleon zu wenden. Beust war ihr Anwalt.

Napoleon aber war es schließlich müde geworden, mit seiner Rolle als Schiedsrichter Bismarck gegenüber stets Fiasco zu machen, und bei dem ganzen Streit absolut leer ausgehen zu müssen. Bismarck konnte sich freilich nicht die Genugthuung versagen, die süddeutschen Regierungen die Macht Preußens empfinden zu lassen, doch er bewies ihnen gleichzeitig, daß er ein deutscher Staatsmann sei. Er ließ die süddeutschen Regierungen wissen, daß und wie Napoleon auf deutsche Gebietsabtretungen gerechnet hatte. Der nationale Sinn war schließlich denn doch auch in Süddeutschland, sicherlich im Volke, genug erstarkt, um nur aus Rache gegen Preußen die Herabwürdigung der süddeutschen Staaten zu Vasallen Frankreichs zu dulden.

Niemals zeigte sich Bismarck als ein größerer Meister der Diplomatie und Staatswissenschaft, als in den Tagen, da er das erste Band mit Süddeutschland knüpfte. Durch den Nikolsburger Präliminarfrieden mit Oesterreich war Bismarck hinter die Mainlinie zurückgedrängt, und die süddeutschen Staaten sollten eine völkerrechtlich unabhängige Union bilden dürfen. Bismarck sah die Gefahr, die hierin für die Zukunft lag. Was würde nach Schluß des Friedens Oesterreich abhalten können, sich mit den süddeutschen Staaten und Frankreich gegen Preußen zu verbünden? Bismarck beschloß deswegen, auf seine Weise den Main zu überschreiten, indem er den süddeutschen Regierungen vorstellte, daß sie isolirt stünden und den Gelüsten Frankreichs ausgesetzt seien, welches sie wie zur Zeit Ludwigs XIV. zum Schlachtfeld wählen würde. Des Weiteren machte er ihnen klar, daß sie aus materiellen Gründen der Erneuerung der durch den Krieg aufgehobenen Zollvereinsverträge bedürften, Preußen aber nicht gewillt sei, diese Vortheile feindlich gesinnten Regierungen zu gewähren.

Diese Erwägungen und wohl auch ein gewisses national-deutsches Ehrgefühl, verbunden mit der Erkenntniß, daß Preußens Schutz und Freundschaft werthvoller seien, als alle Bündnisse mit dem Ausland, veranlaßten die süddeutschen Regierungen, mit Preußen ein Schutz- und Trutzbündniß abzuschließen, durch welche die vertragschließenden Staaten sich ihre Gebiete einander verbürgten und ihre gesammten Streitkräfte im Kriegsfalle einander zur Verfügung und unter den Befehl des Königs von Preußen zu stellen sich verpflichteten. Diese Verträge wurden geheim gehalten und blieben auch geheim, bis sie im nächsten Jahre für einen gewissen Zweck bekannt gemacht wurden.

Uebrigens glaubte Bismarck schon vor Abschluß dieser geheimen Verträge, die erst am 22. August unterzeichnet wurden, Preußen stark genug, Frankreich die Stirn bieten und dabei auf die Hilfe der süddeutschen Regierungen rechnen zu können. Bismarck war am 4. August nach Berlin zurückgekehrt. Am Tage darauf ging ihm von Benedetti ein Vertragsentwurf mit einem Privatbriefe zu, in welchem er ersucht wurde, den Vorschlag Frankreichs mit Muße zu studiren. Der Vorschlag war so beschaffen, daß Benedetti es für nöthig erachtet hatte, „mit Rücksicht auf den Charakter des Ministerpräsidenten es zu vermeiden, dem ersten Eindrucke beizuwohnen, den die Nachricht auf ihn machen wird, daß wir das Rheinufer und die Festung Mainz wiederverlangen." Letzteres war nämlich der Inhalt des Benedetti'schen Vorschlages, in dessen Annahme Napoleon die Frankreich gebührende Entschädigung für Preußens Machterweiterung erblickte.

Schon am 6. August stellte sich Benedetti ein, um zu erfahren, welchen „Eindruck" Napoleons Verlangen gemacht hatte, und Bismarck zu sagen, daß eine Ablehnung eine sofortige Kriegserklärung zur Folge haben würde. „Gut, dann ist Krieg", erwiderte Bismarck, rieth aber Benedetti, vorher nach Paris zu gehen und den Krieg zu verhüten. Benedetti antwortete, daß er im Gegentheil dem Kaiser Napoleon die Aufrechterhaltung der Forderung empfehlen werde, da er glaube, daß dessen Thron gefährdet sei, wenn die öffentliche Meinung in Frankreich nicht durch ein derartiges Zugeständniß Preußens beruhigt werde. Bismarck entgegnete darauf: „Machen Sie Sr. Majestät den Kaiser darauf aufmerksam, daß ein solcher Krieg unter Umständen ein Krieg mit revolutionären Mitteln werden könnte, und daß angesichts revolutionärer Gefahren die deutsche Dynastie doch wohl größere Festigkeit gewähren würde, als die des Kaisers Napoleons." Benedetti hütete sich sehr wohl, in Paris zum Krieg zu rathen. Jedenfalls besann sich Napoleon und ließ sogar Bismarck wissen, daß ihm die Benedetti-

schen Vorschläge durch seinen Minister Drouyn de L'Huys „während einer Krankheit entrissen worden seien!" Bald kam indessen, wie wir sehen werden, Napoleon mit neuen „Compensations"-Anträgen.

Während also der Nikolsburger Präliminarfriede, der am 23. August in Prag zum definitiven Frieden mit Oesterreich (welches nur 20 Millionen Thaler Kriegskosten zu zahlen hatte) gemacht wurde, die Mainlinie für Preußen zog, hatte Bismarck am Tage zuvor durch Unterzeichnung der geheimen Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten bereits eine Brücke über den Main geschlagen. Das gab Oesterreich später Anlaß zu der Behauptung, daß der Prager Friede schon vor seiner Unterzeichnung gebrochen worden sei. Doch es war eigentlich nur der giftige Beust, der inzwischen seine traurige Thätigkeit von Dresden nach Wien verlegt hatte und österreichischer Reichskanzler geworden war, der diesem Meisterstück Bismarcks eine solche Auslegung zu geben suchte.

Die geheimen Verträge waren auch der Grund, warum Bismarck den süddeutschen Staaten bei den einzelnen Friedensschlüssen mit ihnen keine übergroßen Opfer auferlegte. Nur Hessen-Darmstadt wurde etwas schärfer angefaßt und mußte die Landgrafschaft Hessen-Homburg herausgeben, preußische Besatzung in Mainz aufnehmen und sich zum Eintritt in den Norddeutschen Bund verpflichten. Mit Sachsen kam es erst am 21. October zur definitiven Verständigung. Sachsen hatte durch seinen Premierminister Beust am meisten Schuld an dem Ausbruch des Krieges gehabt. Seine Annexion war darum von Preußen bereits sofort nach Sadowa fest beschlossen worden. Jedoch der Kaiser von Oesterreich leistete dagegen so energischen Widerstand und auch Napoleon warf sich auf flehentliches Bitten von Beust so sehr für Sachsen in die Bresche, daß Bismarck schließlich, um nicht das ganze Friedenswerk scheitern zu lassen, auf die Einverleibung Sachsens verzichtete. Doch Bismarck setzte es wenigstens durch, daß Sachsen dem norddeutschen Bund beitreten, sein Heer den Bestimmungen des letzteren gemäß unormren und auf besondere Vertretung im Auslande verzichten mußte. Beust war von Bismarck als Unterhändler für Sachsen zurückgewiesen worden und nahm infolgedessen aus Dresden seinen Abschied, um in Wien weiter gegen Deutschland zu hetzen.

Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. hatten keinen Frieden zu schließen. Sie wurden, „um die eroberten Staaten vor wiederkehrenden Gefahren zu schützen und der natianalen Neugestaltung Deutschlands eine breitere Grundlage zu geben," ebenso wie Schleswig-Holstein dem preußischen Staate am 17. August einverleibt, was am 20. September von dem preußischen Landtage durch Gesetz bestätigt wurde,

und an demselben Tage hielt die siegreiche preußische Armee ihren triumphirenden Einzug in Berlin. Dem Könige voran ritten seine drei Paladine, Moltke, Roon und — Bismarck, umjubelt vom Volke. Welche Gedanken mögen dabei ihm, dem noch vor Kurzem bittergehaßten und verfolgten Manne, gekommen sein?

Auch der neue Landtag machte ein ganz anderes Gesicht, als seine Vorgänger. Die Wahlen waren gerade während des Eintreffens der Siegesnachrichten aus Böhmen abgehalten worden. Die Partei der Nörgler und Verneiner, die Fortschritts-Partei, ging daraus in sehr zusammengeschmolzener Zahl hervor. Das Volk war des Conflikts mit der Regierung herzlich müde. Und letztere glaubte angesichts der patriotischen Begeisterung in allen Landestheilen auch für die eigensinnigen und rechthaberischen Doctrinäre das Hinderniß für ein gedeihliches Weiterleben dadurch aus dem Wege räumen zu müssen, daß es die Landesvertretung anging, für die durch die Kriege verursachten Ausgaben, welche die Regierung ohne Bewilligung des Abgeordnetenhauses gemacht hatte, „Indemnität" zu ertheilen. Bei der Berathung der betreffenden Vorlage im Abgeordnetenhause am 1. September nahm auch Bismarck das Wort und sagte: „Wir wünschen den Frieden, weil unserer Ansicht nach das Vaterland ihn im gegenwärtigen Augenblicke in höherem Grade bedarf als früher; wir wünschen ihn namentlich deshalb, weil wir glauben, ihn im gegenwärtigen Moment zu finden; wir glauben jetzt ihn zu finden, weil Sie erkannt haben werden, daß die königliche Regierung den Aufgaben, welche auch Sie in Ihrer Mehrheit erstreben, nicht so fern steht, wie das Schweigen der Regierung über Manches, was verschwiegen werden mußte, Sie zu glauben berechtigen konnte. — — Noch ist unsere Aufgabe nicht gelöst, sie erfordert die Einigkeit des gesammten Landes der That nach und dem Eindrucke nach. Wenn man oft gesagt: Was das Schwert gewonnen, hat die Feder verdorben — so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden: Was Schwert und Feder gewonnen haben, ist von dieser Tribüne vernichtet worden."

Die „Indemnität" wurde vom Abgeordnetenhause mit 230 gegen 75 Stimmen, vom Herrenhause einstimmig angenommen. Ebenso wurde ein Credit von 60 Millionen Thalern bewilligt, womit das Abgeordnetenhaus die Frage Bismarcks bejahte: „Ob Sie Zeugniß ablegen wollen für den festen Entschluß des preußischen Volkes, die Errungenschaften des letzten Krieges festzuhalten und zu vertheidigen, wenn es nöthig sein würde."

Am 26. September reiste Bismarck nach Pommern, um sich aus-

zuruhen und seine Gesundheit zu kräftigen. Er litt an heftigen Nervenschmerzen und allgemeiner Abspannung, was angesichts der von ihm geleisteten Riesenarbeit wahrlich kein Wunder war. Und doch wußte er, daß die Hauptarbeit noch bevorstand.

5. Der norddeutsche Bund.

Preußen mußte sich beeilen, seine Errungenschaften in eine feste politische Form und das neue große norddeutsche Haus, für das noch nicht einmal die Baupläne fertig waren, unter Dach und Fach zu bringen. Es war nicht allein Bismarck, welcher wußte, daß „Feinde ringsum" lauerten, sondern alle Welt war mit dem Haße vertraut, den Preußen durch seine Siege bei den Franzosen auf sich geladen hatte. Dazu kam, daß Oesterreich vor der Hand noch als eine sehr feindliche Macht zu betrachten war, zumal Beust ebenso wie die Franzosen auf Rache für Sadowa sann. Der süddeutschen Staaten war Bismarck in Folge der Militärverträge im Falle eines Krieges wohl sicher, doch es war viel Bitterkeit zurückgeblieben und an ein deutsch-nationales Einverständniß mit ihnen war vorläufig nicht zu denken.

Preußen selbst hatte zunächst seine eigenen widerstrebenden Elemente zu überwinden. Zwar hatte sich eine neue große Partei gebildet, die Nationalliberalen, die gewillt waren, Bismarck zum Wenigsten in seiner äußeren Politik aufrichtig zu unterstützen, doch die Einverleibung des eroberten norddeutschen Gebiets hatte mancherlei innere Schwierigkeiten mit sich gebracht. Namentlich waren es die Frankfurter und Hannoveraner, welche entschlossen schienen, sich gegen Preußen möglichst staatsgefährlich zu betragen. Und bei der Ueberwindung dieser inneren Schwierigkeiten hatte Bismarck keineswegs immer die Hülfe der Nationalliberalen, welche immer wieder ihren großen Popanz der Volksfreiheit aufrichten zu müssen glaubten, und auch nicht die der Conservativen, die dem Ministerpräsidenten sein Zusammengehen mit den Liberalen zum Vorwurf machten und den rein preußischen Standpunkt vielmehr betonten, als den deutschen. Eine weitere Opposition erwuchs Bismarck durch die Partei der Ultramontanen welche den Einfluß der katholischen Bevölkerung durch die Erstarkung des protestantischen Preußen bedroht glaubten.

Mit Bismarck selbst hatte sich hinsichtlich seiner inneren Politik keine Wandlung vollzogen, insofern er als praktischer Staatsmann niemals an verknöcherten Doctrinen festhielt, sondern stolz darauf war, lernen zu können und sich der Gestaltung der Dinge anzupassen. Er war niemals

ein Parteimann gewesen. Die neuen Verhältnisse verlangten praktische Maßnahmen, die sich nach realen Forderungen, nicht nach grauen Theorien zu richten hatten. Den grollenden Conservativen sagte er: „Ein großer Staat regiert sich nicht nach Parteiansichten, man muß die Gesammtheit der Parteien, die im Lande sind, in Abwägung bringen und aus dem Resultat dieser eine Linie ziehen, der eine Regierung als solche folgen kann.... Die Sachlage ist bei uns nicht so, daß eine königlich preußische Regierung sich lossagt von der Partei, sondern die Partei sagt sich unter Umständen von der Regierung los."

Mit dem Neuorganisiren der preußischen Monarchie ging der politische Aufbau des norddeutschen Bundes Hand in Hand. Es galt 22 Staaten, von denen alle ihre Sonderbestrebungen hatten, und von denen der eine, Preußen, an Umfang mehr als fünfmal und an Einwohnerzahl viermal so groß war, als die andern 21 zusammengenommen, unter einen Hut zu bringen.

Am 15. December 1866 eröffnete Bismarck die Conferenz mit den 22 Regierungsbevollmächtigten, indem er ihnen den bereits fertig ausgearbeiteten Verfassungsentwurf vorlegte. Der Entwurf war in seinen Grundgedanken das eigenste Werk Bismarcks. Die ihm von Berlin aus unterbreiteten Grundlagen hatten ihm nicht gefallen und er hatte seinen eigenen Entwurf fast vollständig aus dem Kopfe, wie er ihn sich in seiner Muße in Pommern zurechtgelegt hatte, in einem Zuge einem Rathe des auswärtigen Amtes dictirt. Es gelang ihm vergleichsweise schnell, den Verfassungsentwurf bei den Bevollmächtigten zur Annahme zu bringen, nachdem er ihnen in schonender, wenn auch entschiedener Weise die absolute Nothwendigkeit klar gelegt hatte, daß die Einzelstaaten im Interesse des Ganzen einige Opfer der Selbständigkeit zu bringen hätten. Die Gesetzgebung sollte vom Bundesrath, bestehend aus Vertretern der verbündeten Regierungen, und dem aus allgemeinen directen Wahlen hervorgegangenen Reichstag ausgeübt werden. Als erblicher Bundespräsident sollte dem König von Preußen die vollziehende Gewalt, der Oberbefehl über die Bundesarmee und Flotte und das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Gesandte zu ernennen und Verhandlungen mit fremden Mächten zu führen, zustehen. Die allgemeine Wehrpflicht und die preußische Militärgesetzgebung sollte im ganzen Bundesgebiet eingeführt und die Friedensstärke des Bundesheers auf ein Procent der Bevölkerung festgestellt und auf zehn Jahre durch Gewährung eines jährlichen Pauschquantums von 225 Theilen für jeden Kopf der Friedensstärke des Heeres gesichert werden, also nicht von der jährlichen Bewilligung der Gesetzgebung abhängig sein. Im Uebrigen war

der Bundesgesetzgebung ein weites Feld überlassen und auch den Einzelstaaten volle Freiheit für ihre Gesetzgebung und Verwaltung eingeräumt, nur daß sie, woran Bismarck unerschütterlich festhielt, die Verwaltung der Zollangelegenheiten und der Post und der Telegraphen dem Bunde unterordnen mußten. Der Schwerpunkt der Verfassung lag, abgesehen von der militärischen Einheit, in der Ermöglichung einer freien Entfaltung des wirthschaftlichen Lebens zu einem einheitlichen Ganzen.

Am 7. Februar wurde der Verfassungsentwurf von den verbündeten Regierungen angenommen und am 24. Februar dem aus allgemeinen directen Wahlen hervorgegangenen constituirenden Norddeutschen Reichstage vorgelegt. Die ausschlaggebende Partei waren die Nationalliberalen, denen es hauptsächlich zu verdanken war, daß das Werk im Wesentlichen im Sinne Bismarcks gedieh. Doch ihm gedieh es viel zu langsam. Große akademische Redetourniere wurden erst aufgeführt und über geringfügige Punkte und graue Theorien mit echt deutscher Gründlichkeit verhandelt. Und doch drängte die Zeit, denn der provisorische Bundesvertrag lief im August 1867 ab, und jenseits des Rheins lauerte bereits der Decembermann auf die Gelegenheit, Unheil zu stiften.

Bismarck betonte immer und immer wieder, daß es sich nicht darum handle, ein theoretisches Ideal zu schaffen, sondern den vorhandenen praktischen Bedürfnissen der Nation möglichst schnell Rechnung zu tragen. Wenn er so Schritt für Schritt die Einwürfe der Doctrinäre und der Unzufriedenen mühsam zu überwinden hatte, empfand er, wie er sich einmal unmuthig ausdrückte, „wie Heinrich Percy, wenn er wund und kampfesmüd nach der Schlacht von einem wortklauberischem Lord behelligt wurde."

Ebenso wiederholte Bismarck des Oefteren, wie die Eigenthümlichkeiten des deutschen Nationalcharakters ein Hinderniß für ein einmüthiges Handeln seien und daß dieses Hinderniß erkannt und durch Selbstüberwindung beseitigt werden müßte. „Was ist der Grund," fragte er, „der uns die Einheit verlieren ließ und bis jetzt verhindert hat, sie wiederzugewinnen? Wenn ich es mit kurzen Worten sagen soll, so ist es, wie es mir scheint, ein gewisser Ueberschuß von dem Gefühle männlicher Selbstständigkeit, welcher in Deutschland den Einzelnen, die Gemeinde, den Stamm veranlaßt, sich mehr auf die eigenen Kräfte zu verlassen, als auf die Gesammtheit. Es ist der Mangel jener Gefügigkeit des Einzelnen zu Gunsten des Gemeinwesens, jener Gefügigkeit, welche unsere Nachbarvölker in den Stand gesetzt hat, die Wohlthaten, die wir erstreben, sich schon früher zu sichern.... Liefern wir den Beweis, daß Deutschland in einer sechshundertjährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt,

daß wir — und wir Alle hier haben es selbst erlebt — die Lehren zu Herzen genommen haben, die wir aus den verfehlten Versuchen von Frankfurt und von Erfurt ziehen mußten."

Aus den gleichen Gründen bekämpfte er auch die „Centralisten" oder „Unitarier", denen Preußen hinsichtlich Beseitigung der Macht der kleinen Staaten nicht genug gethan hatte. Bismarck hielt damals und stets daran fest, daß die Eigenart der deutschen Stämme, ihre Selbstständigkeit und ihr Selbstbewußtsein als Vorzüge an sich soweit wie möglich und soweit das Gesammtinteresse erlaube, schonen müsse und daß darin die Gewähr eines Fortbestehens des Bundesstaats läge. Dem andern Extrem aber, den Particularisten, die mit Verwerfung der Bundesverfassung durch die Landesvertretungen drohten, hielt er die Frage vor: „Glauben Sie wirklich, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker vom Belt bis an die Meere Siciliens, vom Rhein bis an den Pruth und den Dnjester zum Kampfe führte, zu dem eisernen Würfelspiel, in dem um Königs- und Kaiserkronen gespielt wurde — daß die Millionen deutscher Krieger, die gegen einander gekämpft und geblutet haben auf den Schlachtfeldern vom Rhein bis zu den Karpaten — daß die Tausende und aber Tausende von Gebliebenen und der Seuche Erlegenen, die durch ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, mit einer Landtagsresolution ad acta geschrieben werden können? — Meine Herren, dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Situation."

In derselben Sitzung, am 11. März, sprach er auch das berühmte geflügelte Wort, welches unstreitig sehr viel zur Unterdrückung mancher damals wahrlich sehr überflüssiger Schwätzereien beitrug: „Arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können." Es wurde denn auch dank den Führern der Nationalliberalen, Bismarcks einstigen Gegnern, rascher gearbeitet. Selbst die Diätenlosigkeit der Abgeordneten, an der Bismarck aus sehr guten praktischen Gründen festhielt und auch später stets festgehalten hat, wurde fallen gelassen. Nur in einem Punkt kam es zu sehr ernstem Widerstand. Der constituirende Reichstag wollte auf das Recht der Budgetbewilligung für die Armee nicht, wie Bismarck verlangte, auf die Dauer von zehn Jahren verzichten. Bismarck wollte auch auf den Compromißantrag, welcher fünf Jahre festsetzte, nicht eingehen, und die Nationalliberalen machten Miene, es wiederum zu einem Conflict kommen zu lassen. Vergebens beschworen Moltke und Roon den Reichstag, die Heeresorganisation nicht zu gefährden. Schließlich kam es aber doch in Folge einer Privatunterredung Bismarcks mit den Führern der beiden stärksten Parteien, den

Nationalliberalen und den Freiconservativen, zu einer Verständigung. Am 16. April beschloß der Reichstag, daß die Beiträge der einzelnen Staaten zur Bundeskasse (225 Thaler für den Kopf) auch nach Ablauf der fünf Jahre fortbezahlt und daß die Friedensstärke des Heeres von einem Procent der Bevölkerung von 1867 so lange festgehalten werden solle, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert werden würde. Am folgenden Tage wurde die ganze Verfassung mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen und nachdem sie auch von den einzelnen Landesvertretungen (Waldeck ausgenommen) gutgeheißen worden war, trat sie am 1. Juli 1867 in Kraft. Graf Bismarck wurde zum Bundeskanzler ernannt, und Deutschland saß im Sattel. „Die Zeit ist herbeigekommen," sagte König Wilhelm in seiner Schlußrede an die Abgeordneten, „wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesammtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im Stande ist."

Diese Worte waren offenbar an die Adresse Frankreichs gerichtet. Noch während der constituirende Reichstag mitten in den Verfassungsdebatten war, hatte Napoleon ein Gewitter heraufbeschworen. Das war die „Luxemburger Frage". Wir hatten früher berichtet, wie Bismarck Benedetti's Ansinnen, das linke Rheinufer und Mainz abzutreten, zurückgewiesen hatte. Doch Napoleon, der damals nicht in der Lage war, mit Waffengewalt zu drohen, war trotzdem gezwungen, auf andere Weise zu einer „Entschädigung" für 1866 zu gelangen. Die preußischen Siege waren in Paris als eine Schmach Frankreichs empfunden worden, und die Führer der Opposition in der französischen Kammer, wie Thiers und Andere, beherrschten die öffentliche Meinung, welche durchaus „Rache für Sadowa" verlangte. Napoleon mußte, um seinen wankenden Thron zu stützen, irgend einen Erfolg auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu erringen suchen.

So kam es denn, daß Benedetti vierzehn Tage nach seiner Abweisung wiederum in Berlin erschien und einen Vertragsentwurf unterbreitete, welcher Belgien für Frankreich verlangte. Der Vertragsentwurf blieb einstweilen unbesprochen, da Napoleon jetzt die Gelegenheit sah, zunächst einmal Luxemburg zu bekommen. „Einmal in Luxemburg," schrieb Benedetti, „werden wir auf dem Wege nach Brüssel sein."

Das Großherzogthum Luxemburg stand, obwohl von einem deutschen Stamm bewohnt und zum deutschen Bunde gehörig, durch Personalunion unter der Krone des Königs von Holland, der infolgedessen Mitglied des deutschen Bundes gewesen war. Nach Zertrümmerung des deutschen Bundes durch den Krieg von 1866 hatte es dem König von Holland freigestan-

den, sich dem norddeutschen Bunde anzuschließen, doch er lehnte den Beitritt ab und verlangte außerdem die Entfernung der Garnison, welche Preußen vertragsmäßig in der ehemaligen Bundesfestung Luxemburg unterhielt. Dies Verlangen, welches selbstverständlich von Napoleon, der in der Anwesenheit preußischer Truppen in einer Grenzfestung eine stehende Drohung für Frankreich erblicken zu müssen glaubte, lebhaft unterstützt wurde, behandelte Bismarck zunächst „dilatorisch". Napoleon beschloß, sich Luxemburgs zu bemächtigen. Auf seine Anspielungen in Berlin erhielt er vorsichtige und ausweichende Antworten, die er sich aber so ausdeutete, als ob Bismarck die Erwerbung Luxemburgs, wenn vollzogen, ruhig mit ansehen würde. Der König von Holland legte auf den Besitz Luxemburgs gar keinen Werth und erklärte sich, namentlich auf Zureden der Königin, die eine Württembergerin und ausgesprochene Preußenfeindin war, bereit, Luxemburg an Napoleon für Geld zu verkaufen.

Selbstverständlich war Bismarck von diesem sauberen Handel unterrichtet worden und er gab Napoleon seine Kenntniß davon durch eine Ueberraschung kund, welche die Wirkung einer Bombe hatte. Er ließ plötzlich am 19. März die zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten abgeschlossenen geheimen Militärverträge veröffentlichen! Die französischen Kammerhelden, die soeben eine äußerst kriegerische Debatte gehabt hatten, waren sprachlos vor Schreck über die Thatsache, daß Deutschland thatsächlich militärisch so gut wie einig sei und daß diese Militärverträge bereits vor dem Prager Frieden abgeschlossen worden waren, trotzdem Napoleon den süddeutschen Staaten in diesem Frieden ausdrücklich „eine internationale, unabhängige Existenz" ausbedungen hatte. Herrn von Beust's Bestürzung in Wien war natürlich nicht minder groß.

Der König von Holland begriff, daß er bei dem geplanten Geschäft zwischen zwei Feuer kommen konnte. Jedenfalls bekam er Angst und vertraute den Sachverhalt dem Berliner Cabinet an, obwohl er Napoleon strengste Verschwiegenheit gelobt hatte. König Wilhelm antwortete vorsichtig, daß es dem Könige von Holland freistehe, nach Belieben zu handeln, doch dabei die Verantwortung für die Folgen selbst tragen müsse. Inzwischen hatte aber auch Napoleon das Aeußerste aufgeboten, sein Ziel zu erreichen und es gelang ihm. Am 30. März theilte der Prinz von Oranien Napoleon mit, daß der König in die Abtretung Luxemburgs einwillige, rief jedoch gleichzeitig die Vermittelung des Kaisers zur Aussöhnung seines Vaters mit Preußen an. Napoleon schrieb auch einen höchst liebenswürdigen Brief an König Wilhelm und glaubte bereits Luxemburg in der Tasche zu haben, als wieder ein Ereigniß eintrat, welches ihm einen Strich durch

die Rechnung machte. Bismarck hatte Sorge getragen, daß das deutsche Volk Kenntniß von der Sache erhielt und Herr von Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, that ihm den Gefallen, am 1. April im Reichstage die Interpellation an die Regierung zu stellen, ob die Gerüchte bezüglich Luxemburgs auf Wahrheit beruhten, und die Regierung zu beschwören, kein Stück deutscher Erde verloren gehen zu lassen, und sollte es darüber zum Krieg mit Frankreich kommen. Bismarck erwiderte: „Die verbündeten Regierungen glauben, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde" und ließ dann durch den Gesandten im Haag erklären, daß Preußen sich angesichts der öffentlichen Meinung in Deutschland gezwungen sehen würde, die Abtretung Luxemburgs an Frankreich als einen Kriegsfall zu betrachten. Das veranlaßte den König von Holland, den Abschluß des Handels mit Napoleon absolut und definitiv zu verweigern.

Napoleon war darüber auf's Tiefste erbittert. Er hatte eine neue Demüthigung durch Bismarck erlitten, gerade zu einer Zeit, wo ihm der Erwerb Luxemburgs in Paris die Gunst der ihn immer heftiger anklagenden Kriegspartei hätte wieder eintragen können. Zu einem Krieg gegen Deutschland war er nicht gerüstet. Die Chassepots waren noch nicht fertig und außerdem hatte Mexiko das Mark der französischen Armee verzehrt. Die Stimmung in Frankreich war aufs Höchste gereizt, und es wäre vielleicht doch zum Krieg gekommen, wenn nicht Rußland schließlich den Vorschlag gemacht hätte, die Luxemburger Frage einer Conferenz der europäischen Mächte zu unterbreiten. Hierauf ging Bismarck ein, unter der Bedingung, daß der König von Holland die Einladung der Conferenz erlasse und das Schleifen der Festung Luxemburg und die Erklärung des Großherzogthums, das in dem Besitz des Hauses Oranien zu verbleiben habe, für neutrales Land die Grundlage der Verhandlungen bilden sollte. Das wurde angenommen und die Luxemburger Frage demgemäß von der Conferenz in London aus der Welt geschafft.

Von mancher Seite ist das als eine Niederlage Bismarcks dargestellt worden. Thatsächlich war es eine weise Mäßigung. Das Recht Preußens, eine Garnison in Luxemburg zu halten, war ein sehr fragliches geworden und bildete jedenfalls keinen ausreichenden Anlaß für einen Krieg. Wenn auch der Ausbruch eines solchen mit Frankreich nur eine Frage der Zeit war, so war für Bismarck der Augenblick dazu noch nicht gekommen. Noch war Oesterreich zu fürchten, welches soeben erst einen Antrag Bismarcks auf Herbeiführung eines Bündnisses (das erst zwölf Jahre später zur Wirklichkeit wurde) abgelehnt hatte. Und daß von einer Niederlage Bis-

marcks nicht die Rede sein konnte, ging am besten aus der Thatsache hervor, daß Frankreich ja gezwungen wurde, Luxemburg aufzugeben. In Preußen blieb nur die Entrüstung zurück darüber, daß die Franzosen es gewagt hatten, sich in die nationale Entwickelung Deutschlands zu mischen, was freilich eine Aufforderung mehr war, sich für die Zukunft zu rüsten. Bismarcks Mäßigung und seine hohe sittliche Auffassung von der Berechtigung zum Krieg wurde vom Volke verstanden und gewürdigt. Nur der socialdemokratische Abgeordnete Bebel hatte später im Reichstage den Muth, ihm vorzuwerfen, daß er das Interesse Deutschlands aus Rücksicht auf Napoleon nicht gewahrt habe, worauf Bismarck die denkwürdigen Worte sprach: „Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere in den Krieg zu führen oder zu begleiten, und infolge dessen auch in erhöhtem Maße das Bedürfniß, auf dem Schlachtfelde und im Lazarethe dem Krieger in das brechende Auge sehen zu können, ohne sich sagen zu müssen: Diesen Krieg hätte ich mit Ehren vermeiden können."

Ehe die Luxemburger Frage eine so ernste Wendung genommen hatte, waren die Souveräne von Napoleon zur Pariser Weltausstellung eingeladen gewesen. Nachdem sich nun die Wolken am europäischen Himmel wieder verzogen hatten, traf sich die fürstliche Welt in Paris. König Wilhelm war von Bismarck und Moltke begleitet, und der Kaiser von Rußland hatte Gotschakoff bei sich. Zu Verhandlungen kam es aber nicht, und Napoleon trug dafür Sorge, daß das Stelldichein der europäischen Fürstlichkeiten den Charakter eines freundschaftlichen Besuches nicht verlor. Bismarck begegnete indessen den meisten officiellen Persönlichkeiten und aus seiner gewohnheitsmäßigen offenen Sprache hörten die Diplomaten recht gut heraus, daß er an einen dauernden Frieden nicht glaube. Es war eine große Comödie, die da gespielt wurde. Die französische Presse gab sich zwar Mühe genug, dem Ruf der französischen Gastfreundschaft keinen Abbruch zu thun, doch zwischen den Zeilen sprach sich doch die Wuth über Bismarck, mehr aber noch über den von jenem gedemüthigten Kaiser Napoleon aus. Eine sehr schlimme Störung erlitt zudem das „Freudenfest" durch das Attentat des polnischen Flüchtlings Berezowski, welcher den Czaren im Bois de Boulogne zu erschießen versuchte. Man trennte sich indessen unter den Versicherungen der Freundschaft und des Friedens, obwohl sicherlich Jedermann wußte, daß die Luxemburger Frage nicht mit einem Frieden, sondern nur mit einem Waffenstillstand geendet hatte. Das nächste Wiedersehen war bei — Sedan.

Die Thätigkeit des norddeutschen Reichstags gestaltete sich im Ganzen genommen zu einer ersprießlichen. Der nationale Geist, welcher die Stim-

mung um so stärker beherrschte, je mehr die Franzosen ihren Groll über die Erstarkung Deutschlands Luft machten, half über manche theoretischen Wünsche und Anträge der Liberalen sowohl wie der Conservativen hinweg. Bismarck ging mit seiner Bundespolitik im Hinblick auf Süddeutschland langsam, aber festen und durchaus zielbewußten Schrittes vorwärts. Dem Eifer der Nationalliberalen, welche die Einigung mit den süddeutschen Brüdern im Handumdrehen bewerkstelligt sehen wollten, mußte er Zügel anlegen, denn diese Frage war zu eng mit der auswärtigen Politik verquickt, als daß Herzenswünsche allein maßgebend sein durften. Bismarck bot den Ungeduldigen für den Augenblick den mit den Südstaaten wiederhergestellten Zollverein und ein Zollparlament, in welchem die Mitglieder des norddeutschen Reichstages, zusammen mit den Abgeordneten der Kammern Bayerns, Würtembergs, Badens und Hessens saßen. Diesem Parlament, das somit wenigstens äußerlich ein deutsch-nationales war, gesellte er einen Zollbundesrath zu, der aus den Bevollmächtigten der nord- und süddeutschen Regierungen bestand und in dem der König von Preußen den Vorsitz führte. Das sah in der That schon so aus, als sei ganz Deutschland unter dem Scepter der Hohenzollern vereinigt. Der Realpolitiker Bismarck indessen wußte wohl, wie sehr das nur Schein war. Er verfolgte zunächst das praktische Ziel, auf die Kammern der Südstaaten, die den soeben veröffentlichten Militärverträgen sehr abgeneigt waren, einen Druck auszuüben. Die süddeutschen Staaten brauchten aus wirthschaftlichen Gründen den Zollverein, und Bismarck weigerte sich, denselben mit denjenigen Staaten zu erneuern, deren Kammern die vorher von ihren Regierungen unterzeichneten Militärverträge ablehnen würden.

Man war noch weit entfernt von der Einheit. Die Wahlen zum Zollparlament, welches im April 1868 in Berlin zusammentrat, waren durchaus ungünstig für Preußen ausgefallen. Die Wahlkämpfe in Süddeutschland drehten sich viel weniger um die wirthschaftlichen Fragen, als um die Gegensätze zum norddeutschen Bund und besonders Preußen. Bayern wählte unter 48 Abgeordneten 35 Particularisten und Ultramontane, das heißt ebensoviele radikale Gegner der preußischen Oberherrschaft. Nicht viel besser war es in Württemberg, und selbst Baden hatte ein sehr unfreundliches Gesicht gemacht. So kam es denn, daß die erste Session des Zollparlaments nichts weniger als den Erwartungen der norddeutschen Nationalliberalen entsprach. Die Stimmung war so feindlich, daß es nicht möglich war, eine Dankadresse an den König zu Stande zu bringen. Die süddeutschen Abgeordneten waren aufs Peinlichste bemüht, Allem vorzubeugen, was irgendwie als eine Competenzerweiterung des Zollparlaments

nach der politischen Seite hin ausgedeutet werden konnte. Ein Antrag, daß der Zollbundesrath auf Beseitigung der indirecten Weinsteuern in Hessen hinwirken möge, gab den Particularisten Gelegenheit, darin einen Versuch der Einmischung in die Gesetzgebung der Einzelstaaten zu erblicken, während ein Stuttgarter Ultramontaner gar an die sich darüber erhebende Debatte die Warnung knüpfte, man möge doch den Streit zwischen Nord und Süd nicht so offen betreiben, da Napoleon sonst schließlich die „Lawine ins Rollen bringen könnte, die so lange drohend am Bergesabhang gehangen". Da erhob sich Bismarck, um dem Herrn erstens zu erklären, daß, obwohl man Niemandem nationale Segnungen aufzwingen wollte, er doch gegen jede Beschränkung der Competenzen des Zollparlaments entschieden Verwahrung einlegen müsse, und zweitens hinsichtlich der „Lawine" mit besonderem Nachdruck zu sagen: „Dem Herrn Vorredner aber und Allen, die dasselbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich noch zu bedenken: Ein Appell an die Furcht findet im deutschen Herzen niemals ein Echo."

Immerhin gelang es, die wichtigsten Beschlüsse in wirthschaftlichen Fragen durchzusetzen. Es gab doch auch bereits einflußreiche Nationalliberale in Süddeutschland, wie z. B. den Bayer Völk, der auf dem Abschiedsbankett, nachdem Bismarck auf die Gemeinsamkeit der deutschen Interessen hingewiesen und der nationalgesinnte bayerische Minister Fürst Hohenlohe auf die Vereinigung aller deutschen Stämme sein Glas geleert hatte, sagte: „Wir haben erkannt, daß, wie jede Zeit ihren Mann hatte, so die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts für Deutschland ihren Mann hat. Wie man das auch auslegen mag, ich erblicke diesen Mann in dem Grafen Bismarck."

Aber auch im norddeutschen Reichstag und im preußischen Landtag hatte Bismarck zu ringen, um seine Ziele zu erreichen. Während die Liberalen nicht aufhörten, gleichzeitig die Einigung Deutschlands und die Herstellung einer wirklich parlamentarischen Regierung in Preußen zu fordern, machten die Conservativen Front gegen Bismarck, weil er ihnen zu liberal geworden war. Dazu kamen die Schwierigkeiten, welche die annektirten Provinzen, namentlich Hannover, machten. Der meiste Widerstand ging von dem blinden König Georg selbst aus, der in Hietzing bei Wien eine Art Hof hielt und gegen Preußen conspirirte. Bismarck hatte es auf den persönlichen Wunsch König Wilhelms gegen den schärfsten Widerstand der Kammer durchzusetzen gehabt, daß den entthronten Monarchen sehr anständige Pensionen bewilligt wurden. Der Exkönig Georg bezog die Zinsen eines ihm gewährten Capitals von 16 Millionen Thalern, was ihm die

Mittel in die Hand gab, einen geheimen Krieg gegen Preußen zu führen und aus entwichenen hannoverischen Militärpflichtigen in Frankreich die sogenannte „Welfenlegion" zu bilden.

Bismarck sah die Nothwendigkeit ein, diesem Treiben ein Ende zu machen. Das beste Mittel dafür war die Beschlagnahme der Einkünfte des Ex-Königs und Verwendung derselben zur Ueberwachung und Bekämpfung der antipreußischen Thätigkeit der Verschwörer. Bei der Kammerverhandlung darüber sagte Bismarck: „Ich bin nicht zum Spion geboren meiner ganzen Natur nach, aber ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben." Das ist der Ursprung des Wortes „Reptilienfonds." Später bezeichnete die Opposition eigenthümlicher Weise alle Zeitungen und Schriftsteller, die sie im Dienste der Regierung stehend und aus dem „Reptilienfond" besoldet glaubte, als „Reptile", was also gerade eine Umkehrung der ursprünglichen Bedeutung des Ausdrucks ist. (Das Ende des „Reptilienfonds" kam im März 1892, als die Zinsen des ungefähr vierzig Millionen Mark betragenden Welfenlands endlich dem Herzog von Cumberland zugesprochen wurden, der dem Kaiser dafür das förmliche Versprechen geben mußte, sich nie in ein feindliches Unternehmen gegen Seine Majestät oder den preußischen Staat einzulassen. Dieses Versprechen war praktisch gleichbedeutend mit der Anerkennung der Ereignisse von 1866 seitens des Herzogs und der Aufgabe seiner Ansprüche auf den Thron von Hannover.)

Der Conflict mit den Liberalen dauerte in den Kammern, wenn auch in milderer Form als früher, fort. Die Liberalen wollten der Regierung keine Handlung erlauben, die nicht vorher vom Parlament gebilligt war. Im preußischen Herrenhause dagegen hatte Bismarck sich durch seine Zugeständnisse an die Volksvertretung so mißliebig gemacht, daß ein früherer politischer Freund ihn schlechtweg einen „revolutionären Minister" nannte, was zu so gereizten Auseinandersetzungen führte, daß Bismarck auf unbestimmte Zeit Urlaub nahm und sich nach Varzin zurückzog. Die Conservativen suchten ihn zwar zu versöhnen, doch der Bruch war sehr tief und wurde gegen Ende 1869 noch schlimmer, als der frühere preußische Justizminister Graf zur Lippe im Herrenhause den bundesfeindlichen Antrag stellte, die Errichtung eines Bundesgerichtshofes als durch die preußische Verfassung verboten zu erklären. Bismarck war darüber auf's Tiefste empört. Er sah, daß die Conservativen nicht das geringste Verständniß für seine deutsche Politik hatten. In einem Briefe aus Varzin machte er ihnen klar, daß sie mit Frankreich und Oesterreich, mit den sächsischen und süd-

deutschen Partikularisten, mit den Ultramontanen und Republikanern und mit den entthronten Fürsten an einem Strang zögen.

Im norddeutschen Reichstag mußte er den Liberalen sagen, daß sie in ihre alten Irrthümer verfielen und die Erinnerung an die großen Erfolge der Regierung vergessen hätten. Auch Ersparnisse im Militärbudget wurden wieder verlangt, und trotzdem Bismarck dem Reichstag vorhielt, daß er damit Entwaffnung des Landes fordere, und daß es Sache der Militärverwaltung sei, zu bestimmen, wie der Degen, auf dem die Sicherheit des Landes beruhe, beschaffen sein müsse und wieviel er kosten dürfe, lehnte die Opposition die Steuervorlage zur Bestreitung der Armeekosten ab. Auch seine Weigerung, Bundes-Ministerien zu bilden, die er für verfassungswidrig und außerdem für schädlich, weil centralistisch, erklärte, erregte die heftige Opposition der Liberalen, welche „die Früchte abschlagen wollen, die nicht reif sind."

Thatsächlich häuften sich auch die Schwierigkeiten, die einer Einigung mit dem Süden im Wege standen. Der Großherzog von Baden und sein nationalgesinnter Minister Mathy hatte schon 1867 geglaubt, einen Anschluß an den norddeutschen Bund bewerkstelligen zu können. Doch Bismarck hatte ihnen die Unthunlichkeit eines so vorzeitigen Schrittes klar machen müssen. Und auch im Februar 1870, als die liberalen Unionisten im norddeutschen Reichstag stürmisch verlangten, daß Baden auf den Wunsch seiner Regierung in den Bund aufgenommen werden solle, war Bismarck gezwungen, den Antrag abzulehnen. Der Kanzler erklärte, daß man nicht Baden ohne Bayern und Württemberg aufnehmen und daß man letztere nicht zum Beitritt zwingen könne. Man solle sich gedulden, der norddeutsche Bund sei nur ein Uebergangsstadium. „Die Politik", schließt er, „muß nach meiner Einsicht gemacht werden, und wenn Sie ihr Knüppel in die Räder werfen, so hindern Sie diese Politik."

Bismarck hatte sehr gewichtige Gründe, warum er die Zeit noch nicht für gekommen hielt. In Württemberg waren die Demokraten bemüht, die Militärverträge durch Desorganisirung der Armee unwirksam zu machen, und sie zwangen die Regierung, das Militärbudget zu verkürzen und ihren Willen zur Erhaltung der Autonomie des Landes zu betheuern. In Bayern gelang es den Ultramontanen und Partikularisten, den nationalgesinnten Minister Fürst Hohenlohe, weil er als Vertreter eines Bündnisses mit Preußen galt, zu stürzen, trotzdem König Ludwig II. die bündigsten Versicherungen gegeben hatte, daß Bayern unbedingt unabhängig bleiben solle. Das waren sicherlich Gründe genug, warum Bismarck den Antrag, Baden aufzunehmen, ablehnte. Er wollte Baden in seiner Stellung als Vermittler zwischen

dem Norden und Süden lassen und durch seinen vorzeitigen Beitritt nicht „den Milchtopf absahnen und das Uebrige sauer werden lassen."

Während Bismarck so an dem Ausbau und der Erweiterung des norddeutschen Bundes arbeitete, hatte er die Aufgabe, der auswärtigen Politik die geeignete Gestaltung zu geben. Alles spitzte sich zu dem unvermeidlichen Zusammenstoß mit Frankreich zu. Kaum war die Luxemburger Frage aus der Welt geschafft, als Benedetti wiederum mit dem oben erwähnten Vertragsentwurf, durch den Napoleon Belgien verlangte und Preußen ein Schutz- und Trutzbündniß anbot, vor Bismarck erschien. Benedetti beging die Unvorsichtigkeit, diesen von ihm selbst geschriebenen Entwurf in den Händen des Kanzlers zurückzulassen, was zu Folgen führte, auf die wir später zu sprechen kommen werden. Bismarck behandelte die Sache dilatorisch und ließ Napoleon noch in dem Glauben, daß er nicht abgeneigt sei, Frankreich eine Grenzerweiterung außerhalb Deutschlands zu gestatten. Seine Absicht dabei war, wie er später klar auseinandersetzte, die Möglichkeit zur Vermeidung eines Krieges offen zu halten. „Ich war," sagte er in dem Rundschreiben vom 29. Juli 1870, „nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu riethen, dem Kriege mit Frankreich nicht vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut Niemand die Absichten der göttlichen Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Uebel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Nothwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub eines Bruches zu Gute kam."

Bismarck rechnete auf die Möglichkeit eines Sturzes der Dynastie Napoleons und einer französischen Republik, welche Frankreich unter allen Umständen innerlich schwächen und nach Außen hin des Vortheils eines Bündnisses mit monarchischen Regierungen berauben würde. Das war der eine Grund seiner zögernden Politik hinsichtlich der Werbung Napoleons um ein Bündniß mit Preußen zwecks Gebietserweiterung. Der andere Grund war, daß er das neue Deutschland 1867 trotz der gegentheiligen Behauptungen der drängenden Kriegspartei noch nicht für stark genug zum erfolgreichen Kampfe hielt.

Bald aber mußte die Politik des Aufhaltens einer Entscheidung mit einer Politik der Beschleunigung des absolut Unvermeidlichen vertauscht werden. Frankreich betrieb seine Rüstungen mit fieberhaftem Eifer, und

Napoleon sah sich nach Bündnissen gegen Preußen um. Einen Fühler nach Oesterreich ausstreckend, hielt er sich zunächst für befugt, sich in die Verhandlungen zu mischen, die zwischen der preußischen und dänischen Regierung über die Ausführung des Artikel 5 des Prager Friedens schwebten. Dieser Artikel stipulirte die Rückgabe eines (übrigens gar nicht genau bestimmten) Theiles von Nordschleswig an Dänemark, wofern die Bevölkerung sich durch Abstimmung dafür entscheide. Bismarck wies die Einmischung sehr entschieden zurück und erklärte, daß Preußen in Prag nur mit Oesterreich Frieden geschlossen und darum auch nur letzterem Rede zu stehen habe.

Das war also wieder ein Backenstreich für Napoleon, der darum um so mehr angespornt wurde, Bündnisse zu suchen. Ein solches mit Oesterreich anzubahnen, diente seine Zusammenkunft mit dem Kaiser Franz Joseph im August 1867 in Salzburg. Diese Zusammenkunft sollte allerdings, wie Napoleon geflissentlich verkünden ließ, „einzig und allein von dem Gedanken eingegeben sein, der kaiserlichen Familie Oesterreichs", wegen der Hinrichtung des Erzherzogs Maximilian in Mexiko, „ein Zeugniß innigen Beileids zu geben". Bismarck acceptirte diese Erklärung. Sie gab ihm Gelegenheit, angesichts der sehr starken Beunruhigung der öffentlichen Meinung in Deutschland über die Salzburger Zusammenkunft in seiner Circulardepesche zu sagen, daß es sich von Neuem gezeigt habe, „wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken ertrage, die Entwicklung der Angelegenheiten der Nation unter die Vormundschaft fremder Einmischung oder nach andern Rücksichten geleitet zu sehen, als nach den durch die nationalen Interessen Deutschlands gebotenen."

Trotzdem der österreichische Minister Graf Beust, der bittere Hasser Bismarcks und geschworene Gegner der deutschen Einheitsbestrebungen, Alles aufbot, um es zu einem Bündniß mit Oesterreich und Frankreich zu bringen, kam es doch nicht dazu. Die drohende Gestalt Rußlands erhob sich jedes Mal, sobald Beust zu kühn wurde. Anfangs Januar 1867 fing Beust an, ein Bündniß zwischen Frankreich, Italien und Oesterreich zu betreiben. Gleichzeitig überraschte er das Petersburger Cabinet mit dem Vorschlag, den Pariser Vertrag von 1856 zu revidiren und Rußland von den Hauptfesseln desselben zu befreien, wofern es zu Gegendiensten bereit sei, deren Spitze sich gegen Deutschland richtete. Der Versuch mißlang und Beust begann darauf, mit den polnischen Revolutionären zu liebäugeln. Ebenso mißglückten seine Versuche, die süddeutschen Regierungen

von weiteren Annäherungen an den Nordbund abzuhalten und ihnen klar zu machen, daß der Prager Friedensvertrag bereits vor Abschluß desselben durch die Militärverträge mit Preußen gebrochen sei. Am allergefährlichsten waren seine Bemühungen, Italien, Frankreich und Oesterreich zu einem Bündniß gegen Preußen zu treiben und letzteres zur Aufrechthaltung des Prager Friedens hinsichtlich der Mainlinie zu zwingen. Der Abschluß dieses Bündnisses wurde nur dadurch verzögert, weil Frankreich sich gegen die von Italien verlangte Annexion der Reste des Kirchenstaates sträubte. Letzteres hing mit der Römischen Frage zusammen, zu deren Lösung Napoleon eine europäische Conferenz vorschlug, von der aber Bismarck fern blieb, da er sah, daß es nicht im Interesse Deutschlands lag, eine Vermittlerrolle zwischen Italien und Frankreich zu übernehmen und dabei Napoleon noch die Arme zum Kampf gegen Deutschland freizumachen.

Thatsächlich war Napoleon Zug um Zug von Bismarck matt gesetzt, und es war vorauszusehen, daß zum Ausbruch des Krieges, den Napoleon und die Ultramontanen mit der Kaiserin Eugenie an der Spitze durchaus für nöthig erklärten, nur noch der passende Vorwand fehlte. Norddeutschlands Macht wurde immer stärker und der Einfluß Bismarcks in der europäischen Politik immer gewichtiger, wie z. B. die Erledigung des sehr gefährlichen Streites zwischen Griechenland und der Türkei durch eine Conferenz in Januar 1869 ein Verdienst des norddeutschen Kanzlers war. Napoleon machte kein Hehl mehr aus seinen Absichten, zumal er seine inneren Schwierigkeiten nur durch eine Rache für Sadowa überwinden zu können hoffen durfte. In seiner Thronrede am 18. Januar 1869 verkündigte er mit Befriedigung, daß die Armee kampfbereit sei. „Unsere vervollkommnete Bewaffnung (mit Chassepotgewehren und Mitrailleusen), unsere gefüllten Zeughäuser und Magazine, unsere ausgebildete Reserve, die in der Organisation begriffene mobile Nationalgarde, unsere umgebaute Flotte und unsere in gutem Zustande befindlichen Festungen geben unserer Macht eine unerläßlich nothwendige Entwicklung", sagte er und schloß: „Das beständige Ziel meiner Bestrebungen ist erreicht, die militärischen Hilfsmittel sind von nun an auf der Höhe ihrer Bestimmung in der Welt."

Aehnlich durfte König Wilhelm am Schluß des norddeutschen Reichstags auch sprechen, nur mit dem Unterschied, daß Deutschland sich nicht zum Angriff, sondern nur zur Abwehr gerüstet zu sein bestrebt war. Bismarck vermied zwar vorsichtig jede unnöthige Reizung der Franzosen, aber er sprach es bei passenden Gelegenheiten auch unzweideutig aus, daß Deutschland sich in seiner nationalen Entwicklung von Niemandem dareinreden lassen werde.

Noch am Ende seiner letzten Session nahm der norddeutsche Reichstag einen Antrag an, durch welchen das Eintreten der Katastrophe wesentlich beschleunigt wurde. Es handelte sich um eine Eisenbahnverbindung zwischen Deutschland und Italien, welches weder französisches noch österreichisches Gebiet berührte, die St. Gotthard-Bahn, zu deren Herstellung der Norddeutsche Bund die Summe von zehn Millionen Francs beitragen sollte. Dies durchgesetzt zu haben, ist eine der genialsten Thaten Bismarcks. Die Schweizer Eidgenossenschaft entschied sich auf die von Bismarck in Aussicht gestellte Subvention hin zum Bau des St. Gotthard-Tunnels. Der Reichstag sträubte sich anfangs dagegen, doch nachdem er Bismarcks Rede am 26. Mai 1870 gehört, stimmte er fast einmüthig dafür. „Die Rücksichten", sagte Bismarck, „müssen von besonderer Wichtigkeit gewesen sein, welche die Regierung zu dem ungewöhnlichen, ich glaube beinahe nie vorgekommenen Vorgehen führen, Ihnen eine erhebliche Geldausgabe für eine außerhalb Deutschlands, nicht nur außerhalb des norddeutschen Bundes, liegende Eisenbahn zuzumuthen. ....Für uns ist das Hauptinteresse eine fast direkte Verbindung mit dem befreundeten und, wie ich glaube, auf die Dauer befreundeten Lande Italien zu haben."

Die Franzosen sahen darin eine Herausforderung, die Pariser Presse schäumte vor Wuth gegen Preußen und am 9. Juni wurde die Regierung Napoleons in der Kammer über die Angelegenheit interpellirt. Der neue Minister des Auswärtigen, Herzog von Gramont, verlangte Bedenkzeit für seine Antwort. Napoleon überlegte sich, ob er nicht aus dem Vertrage zwischen Norddeutschland, Italien und der Schweiz einen Vorwand zum Kriege nehmen könnte. Er kam indessen wohl zu der Ueberzeugung, daß sich das vor Europa nicht rechtfertigen lassen würde, und so erklärte Gramont am 20. Juni in der Kammer, Frankreich sei zur Einmischung weder berechtigt noch verpflichtet. Doch das Loos, welches über das Verhängniß Napoleons entschied, war bereits gezogen. Wenige Wochen später fand sich ein Vorwand, der ihm geeignet erschien, den Krieg zu beginnen, mit dem er Deutschland zu vernichten und sich zu retten gedachte.

Viertes Capitel.

Der deutsch-französische Krieg.

I. Die Hohenzollern'sche Candidatur.

„Zu keiner Zeit war die Aufrechterhaltung des Friedens mehr gesichert als jetzt. Wohin man auch blickt kann man nirgends eine Frage entdecken, die Gefahr in sich bergen könnte. Ueberall haben die Cabinete begriffen, daß die Achtung vor den Verträgen sich Jedermann aufdrängt, namentlich aber vor den beiden Verträgen, auf welchen der Frieden Europas ruht: vor dem Pariser Vertrag von 1856, der für den Orient, und vor dem Prager Vertrag von 1866, der für Deutschland den Frieden sichert" — so sprach der Minister Ollivier am 30. Juni 1870 zu den französischen Volksvertretern in der Kammer. Ollivier hätte ein „Leider" hinzufügen dürfen, denn die französische Regierung schmachtete nach einem Anlaß zum Kriege. Es sah indessen wirklich sehr friedlich aus. Am 2. Juli sagte der österreichische Geschäftsträger in Berlin in einer Depesche an das Wiener Cabinet, daß der preußische Staatssecretär von Thile ihm mit sichtbarem Wohlgefallen versichert habe, daß in der politischen Welt beinahe ausnahmslose tiefe Ruhe herrsche und daß er, gleich den auswärtigen Vertretern in Berlin, die sich ziemlich alle schon entfernt hätten, demnächst seine gewohnte Cur in Marienbad antreten werde.

Herr von Thile reiste aber noch nicht in's Bad, denn zwei Tage später, am 4. Juli, erschien im Auftrage des französischen Ministers des Aeußern, des Herzogs von Gramont, der Geschäftsträger Le Sourd bei ihm, um ihm mitzutheilen, daß die Nachricht, der Prinz Leopold von Hohenzollern habe die Krone Spaniens angenommen, bei der französischen Regierung einen „schlimmen Eindruck" gemacht habe. Er gab zur Antwort, „daß die preußische Regierung von der Angelegenheit absolut nichts wisse, und daß dieselbe für sie nicht existire."

Das war die erste diplomatische Erörterung der verhängnißvollen Annahme der spanischen Thron-Candidatur seitens des Prinzen Leopold von Hohenzollern. Letzterer war mit dem preußischen Königshause nur entfernt verwandt und stand als Sprößling des katholischen Zweiges Hohen-

zollern-Sigmaringen durch seine Abkunft dem Kaiser Napoleon thatsächlich viel näher, als dem König Wilhelm, der indessen als das Haupt der gesammten Hohenzollern-Familie in privatem Sinne anzusehen war. Schon im Herbst 1869 war von dem spanischen Ministerrath, nachdem er vergeblich in Lissabon und Florenz und bei anderen Fürstenhäusern angefragt und Napoleon selbst dummer Weise auch den Herzog von Montpensier für unmöglich erklärt hatte, bei dem Prinzen Leopold vertraulich angefragt worden, ob er geneigt sei, den durch Verjagung der Königin Isabella erledigten Thron anzunehmen, doch der Prinz hatte abgelehnt. Die Sache war übrigens durchaus nicht geheim geblieben, sondern Benedetti hatte sogar schon im Mai 1869 mit Bismarck ein Gespräch über eine eventuelle Hohenzollern-Candidatur gehabt, wobei Bismarck ihm sagte, daß der spanische Thron dem Prinzen sicherlich nur die größten Gefahren und Enttäuschungen bereiten würde, und daß König Wilhelm sich eintretenden Falles gewiß enthalten würde, ihm zur Annahme der Krone zu rathen. Auch hatte Bismarck hinzugefügt, daß Prinz Friedrich Karl nicht abgeneigt sein würde, das Abenteuer in Spanien zu versuchen, doch sei für ihn die Religion ein unüberwindliches Hinderniß, insofern ein Uebertritt zum Katholizismus nothwendig sein würde.

Im Juni 1870 verhandelten die Spanier nun von Neuem ohne jegliches Vorwissen des Königs von Preußen mit dem Prinzen Leopold, der jetzt einwilligte. Am 3. Juli setzte der Telegraph die europäischen Höfe davon in Kenntniß. In Paris wirkte die Nachricht wie ein rothes Tuch auf den Stier, und der Herzog von Gramont beeilte sich, die lang ersehnte Gelegenheit beim Schopf zu packen, nachdem der unentschlossene schwankende und körperlich leidende Napoleon sich durch seine unter dem Einfluß der Jesuiten stehende Gattin und seine längst zum Kriege drängende Umgebung zur Herbeiführung des Bruches hatte bestimmen lassen.

Die nun folgenden Ereignisse ergeben sich aus den vorliegenden historischen Schriftstücken so klar, daß daran nicht zu deuteln ist. Am 4. Juli, an demselben Tage, an welchem er durch seinen Geschäftsträger in Berlin die Antwort des Staatssecretärs von Thile erhalten hatte, ersuchte der Herzog von Gramont den norddeutschen Botschafter in Paris, der im Begriffe stand, zu seinem in Ems die Badecur brauchenden König abzureisen, denselben zu benachrichtigen, Frankreich erwarte, er werde dem Prinzen Leopold die Rücknahme seiner Einwilligung anbefehlen, da es sonst leicht zu einer „Katastrophe" kommen könnte. „Verstehen Sie unter einer „Katastrophe" eine Kriegsdrohung?" fragte der Botschafter. „Ja,"

erwiderte Ollivier, welcher der Unterredung beigetreten war, „eine Weigerung würde eine Kriegsdrohung bedeuten."

Am 5. Juli interpellirte der Deputirte Cochery, ohne Zweifel auf Bestellung, in der französischen Kammer den Minister über die Hohenzollern'sche Candidatur und empfing am Tage darauf die Antwort, das betreffende Gerücht habe sich bestätigt. „Wir glauben nicht," sagte Gramont, „daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Carls V. setzt, dadurch zu ihrem Vortheile das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas stören und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, daß diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird.... Sollte es anders kommen, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung und durch diejenige der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben."

Ungestümer konnte man, so schien es, nicht vorgehen, gröber nicht drohen. Aber es sollte noch ärger kommen. Inzwischen beeilte sich die spanische Regierung, den Cabineten klar zu machen, daß die Frage der Thron-Candidatur nur sie allein angehe. Sie betonte, daß sie sich direct mit dem Prinzen Leopold in Verbindung gesetzt habe und daß „kein nationales Interesse im Auslande und noch weniger ein ausländisches Interesse sie im Verlaufe der Unterhandlungen geleitet habe." Und am 8. Juli gab Salazar, welcher im Auftrage des General Prim die Verhandlungen mit dem Prinzen Leopold geleitet hatte, die Erklärung ab: „Die preußische Regierung hat sich in diese Unterhandlung nicht eingemischt, und der König von Preußen war überrascht, als ihm der Prinz, der volljährig ist, nach Ems seinen endgültigen Entschluß mittheilte als eine Sache der Höflichkeit." Ebenso schickte der spanische Staatsminister an den Gesandten Spaniens in Paris am 8. Juli folgende Depesche: „Ew. Excellenz soll dementiren, daß die Candidatur des Prinzen Leopold Hohenzollern in einem Frankreich oder seiner Regierung feindlichen Gedanken vorbereitet worden sei. Sie sollen ebenfalls dementiren, daß General Prim sich an den Grafen Bismarck gewandt habe, um die Zustimmung des Königs von Preußen zu erlangen. Die Verhandlungen sind ausschließlich mit dem Prinzen Leopold geführt worden, ohne irgend welche Beziehungen von unserer Seite, hinsichtlich dieses Gegenstandes, mit dem Grafen Bismarck."

Doch gerade das, was eben nicht wahr war, brauchte Gramont nothwendiger Weise, um den Kriegsfall zu construiren. In der wissentlich falschen Annahme, daß König Wilhelm und Graf Bismarck hinter der

Candidatur des Prinzen Leopold ständen, wollte Gramont, der jetzt bereits in directem Auftrage Napoleons handelte, König Wilhelm vor die Alternative gestellt sehen, entweder aus Furcht nachzugeben oder aus „dynastischen" Rücksichten, wie es geflissentlich dargestellt werden sollte, Deutschland in einen Krieg zu stürzen. Am 9. Juli erschien Benedetti, der bis dahin in Wildbad verweilte, auf die Weisung seines Ministers in Ems, um an den König das Verlangen zu richten, er möge Europa die Ruhe wiedergeben, indem er dem Prinzen Leopold gebiete, von seiner Candidatur zurückzutreten. Der König erwiderte, er habe denselben keineswegs ermuthigt, sondern ihm nur nicht untersagt, die Krone anzunehmen; er könne ihn also auch nicht zur Verzichtleistung nöthigen. Wenn der französischen Regierung die Candidatur nicht behage, so möge sie sich nach Madrid wenden und die dortige Regierung bestimmen, dem Projekte zu entsagen. Am 10. Juli schickte Gramont drei Depeschen an Benedetti. In der ersten hieß es: „Sie müssen Alles daran setzen, eine definitive Antwort von dem König zu bekommen. Wir können nicht warten, wenn uns nicht in Vorbereitungen Preußen zuvorkommen soll. Der heutige Tag darf nicht zu Ende gehen, ohne daß wir anfangen." In der zweiten hieß es: „Schicken Sie nur eine Depesche, die ich in den Kammern lesen oder veröffentlichen kann, in welcher Sie darlegen, daß der König die Annahme seitens des Prinzen von Hohenzollern gekannt und gebilligt hat, und sagen Sie namentlich, daß er verlangt hat, sich erst mit dem Prinzen in's Vernehmen zu setzen, ehe er Ihnen seinen Entschluß mittheilt." In der dritten Depesche drängte Gramont: „Während der König Sie von Stunde zu Stunde hinhält unter dem Vorwand, sich mit dem Prinzen von Hohenzollern zu verständigen, ruft man in Preußen die Reserven ein und gewinnt uns gegenüber einen kostbaren Vorsprung. Um keinen Preis dürfen wir unseren Gegnern heute die Vortheile lassen, welche im Jahre 1866 so verhängnißvoll für Oesterreich wurden. Ueberdies entflammt die öffentliche Meinung immer mehr und überfluthet uns. Wir müssen anfangen; wir warten nur auf eine Depesche von Ihnen, um 300,000 Mann einzuberufen. Ich bitte Sie dringend, schreiben Sie oder telegraphiren Sie etwas recht deutliches. Wenn der König dem Prinzen nicht die Entsagung anrathen will — nun denn, so haben wir sofort den Krieg und in einigen Tagen sind wir am Rhein."

Doch der so gepeinigte Benedetti war in der größten Verzweiflung. Was Gramont unbedingt von ihm zu hören verlangte, konnte er dem König

nicht abgewinnen. Am 11. Juli berichtete er Gramont, daß der König gesagt habe, er wolle sich nicht drängen lassen; man müsse in Paris Geduld haben, und er würde noch am Abend oder morgen eine Mittheilung vom Prinzen Leopold erhalten, der bei seinem Vater in Sigmaringen angekommen sei. Gramont war wüthend. Am Abend desselben Tages telegraphirte er an Benedetti: „In der Lage, in der wir angelangt sind, muß ich Ihnen sagen, daß Ihre Sprache an Entschiedenheit nicht mehr der Stellung der Regierung entspricht. Sie müssen jetzt den Ton steigern. Wir verlangen, daß der König dem Prinzen verbiete, bei der Candidatur zu verharren, und wenn wir bis morgen keine entscheidende Antwort haben, so werden wir das Schweigen oder die zweideutigen Antworten als Verweigerung ansehen." Benedetti antworte an demselben Abend: „Sie wollen eine sofortige und bestimmte Antwort; der König verharrt aber, trotz aller meiner Anstrengungen, bei der Erklärung, daß er dem Prinzen den Befehl zum Verzicht nicht geben könne und wolle. — — Ich werde morgen wieder zum König gehen und eine letzte Schlacht liefern." Das war vor der Hand nicht nöthig, denn am 12. Juli traf in Ems die telegraphische Nachricht ein, Fürst Anton von Hohenzollern habe der spanischen Regierung mitgetheilt, sein Sohn, der Prinz Leopold, habe der Candidatur auf den spanischen Thron entsagt, „fest entschlossen, eine untergeordnete Familienfrage nicht zu einem Krieg heranreifen zu lassen."

Damit wäre nun der Streit erledigt gewesen, wenn es der französischen Regierung nur um Beseitigung der „Hohenzollern-Candidatur" zu thun gewesen wäre. Sie hätte den Rücktritt des Prinzen sogar als einen Sieg auslegen und über den Erfolg ihrer Demonstration triumphieren können, denn König Wilhelm hatte thatsächlich sehr viel Geduld an den Tag gelegt und seinerseits, soweit es seine und Preußens Ehre erlaubte, Alles gethan, um den Frieden zu erhalten. Doch der französischen Regierung war die Form des Rücktritts des Prinzen durchaus unangenehm. Sie war davon nicht, wie sie verlangt hatte, von dem König von Preußen, sondern correcter Weise von dem spanischen Botschafter in Paris unterrichtet worden.

Die Stimmung in Frankreich war ohnehin schon eine so leidenschaftlich erregte, daß Napoleon, selbst wenn er es gewollt hätte, nicht mehr im Stande gewesen wäre, sie herabzudämpfen. Die französische Kammer und die Presse wütheten blind gegen Preußen. Der „Moniteur" erklärte schon am 8. Juli, daß die Entsagung des Prinzen nicht mehr genügen würde; das Wenigste, was Frankreich verlangen könne, sei die unbedingte Ausführung des Prager Friedens, das heißt, die Freiheit der süddeutschen Staa-

r

ten, die Räumung der Festung Mainz, welche zum Süden gehöre, der Verzicht auf jeden militärischen Einfluß jenseits des Maines und der Regelung des Artikel V. betreffs Dänemark. Damit sprach das Blatt thatsächlich die maßgebenden Motive Napoleons vor. Das „Pays" prahlte: „Das caudinische Joch ist bereit für die Preußen; sie werden sich darunter beugen und zwar ohne Kampf besiegt und entwaffnet, wenn sie es nicht wagen, einen Kampf aufzunehmen, dessen Ausgang nicht zweifelhaft ist. Unser Kriegsgeschrei ist bisher unerwidert geblieben. Die Echos des deutschen Rheines sind noch stumm. Hätte Preußen sich uns gegenüber der Sprache bedient, die Frankreich spricht, so wären wir schon längst unterwegs." Die „Liberté" Girardin's forderte ungestüm, daß man mit der Sache aufräume, das linke Rheinufer wegnehme und die Preußen mit Kolbenstöße auf die andere Seite hinübertreibe; die Gelegenheit müsse benutzt werden, um Preußen für sein Verfahren gegen Oesterreich und Dänemark zu strafen und es für die Zukunft unschädlich zu machen. Andere Blätter redeten verständiger, doch ihre Stimme verhallte im Toben der Mehrzahl. In der Kammer gingen die Hauptschreier gar so weit, daß sie Gramont, der doch gewiß das Menschenmögliche geleistet hatte, um zum Kriege zu treiben, „lächerliche Langsamkeit" vorwarfen, ihn beschuldigten, das „Spiel Preußens zu spielen", und das Ministerium als das „Ministerium der Schande" brandmarkten.

Es war also nicht zu erwarten, daß der Rücktritt des Prinzen Leopold und die Nachgiebigkeit König Wilhelms die Sachlage ändern würden, obwohl letzterer glaubte, daß der Streit erledigt sei. Bismarck hatte sich bis am 9. Juli insofern im Hintergrund gehalten, als er sich bis dahin in Varzin befand und dort den Ansturm von Depeschen entgegennahm. Er war indessen durch die Wendung, welche die Dinge am 9. nahmen, überzeugt, daß die Franzosen es unter allen Umständen auf einen Krieg abgesehen hatten. Am 12. rief ihn der König telegraphisch nach Ems. Er glaubte, daß jetzt der entscheidende Augenblick gekommen sei. Friedlich seine Pfeife rauchend stand der Dorfgeistliche von Varzin vor seiner Thür und bot dem Kanzler einen nachbarlichen „Guten Morgen", als dieser schnell an ihm vorüberfuhr. Bismarck sagte nichts, machte jedoch einen Lufthieb und wollte weiter, um noch rechtzeitig zu dem nach Berlin gehenden Expreßzug einzutreffen. In Berlin angekommen, pflog er mit Moltke und Roon, die gleichfalls beide hastig nach der Hauptstadt zurückgekehrt waren, einen Rath, dem eine Unterredung mit dem gerade durchreisenden Fürsten Gortschakoff folgte. Im Begriff, nach Ems weiter zu reisen, traf ihn vom preußischen Botschafter in Paris die Nachricht, daß Prinz Leopold

zurückgetreten sei. Er blieb darauf in Berlin und statt seiner reiste der Minister des Innern, Graf Eulenburg, nach Ems.

Am nächsten Tage war aber die Situation wieder vollständig verändert. Noch an demselben Tage, am 12., als der Rücktritt des Prinzen Leopold erfolgt war, ersuchte Gramont den norddeutschen Botschafter Baron Werther in Paris, von dem König von Preußen zu verlangen, daß er in einem Brief an den Kaiser Napoleon erkläre, daß er sich der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern anschlösse und den Wunsch habe, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen den beiden Regierungen damit entschwunden sein würde. Dieser Brief sollte dann zur Beschwichtigung der Volksstimmung veröffentlicht werden, doch dürfte darin nicht von den verwandtschaftlichen Beziehungen zum Kaiser Napoleon die Rede sein, denn „dieses Argument verletze in Paris eigenthümlicher Weise." Baron Werther war ebenso eigenthümlicher Weise der Ansicht, daß der König diesem Ansinnen Gramonts Folge leisten solle, was den Herrn Botschafter freilich in den Augen Bismarcks zu einem Mann machte, der schleunigst den Wunsch, einen „Urlaub" anzutreten, ausdrücken möge. Am Abend des 12. Juli erhielt Benedetti in Ems von Gramont folgenden Auftrag: „Wir haben durch den spanischen Gesandten den Verzicht des Fürsten Anton Namens seines Sohnes erhalten. Damit diese Verzichtleistung ihre volle Wirkung übe, ist es nothwendig, daß der König sich derselben anschließe und uns die Versicherung gebe, daß er die Candidatur nicht vom Neuen genehmigen werde. Gehen Sie sofort zum König, um von ihm die Erklärung zu verlangen, welche er nicht verweigern kann, wenn er wirklich keine Hintergedanken hat."

Benedetti suchte sich dieses schmählichen Auftrages so gut wie es ging, zu entledigen. Am Morgen des 13. Juli näherte er sich auf der Brunnenpromenade dem König und theilte ihm das Verlangen der französischen Regierung mit. Der König lehnte die ihm gestellte Zumuthung entschieden ab und blieb dabei, als Benedetti wiederholt und immer dringender auf seinen Antrag zurückkam. Benedetti telegraphirte an Gramont, daß er kein Zugeständniß vom König erreicht habe und auch glaube, keines erreichen zu können. Gramont telegraphirte umgehend, daß Benedetti noch eine letzte Anstrengung machen sollte; „der König brauchte Ihnen nur zu sagen: ich werde es ihm (dem Prinzen Hohenzollern) verbieten. Das würde uns genügen." Benedetti verlangte infolgedessen vom König wiederum eine Audienz. Auf Befragen, welcher Gegenstand zu besprechen

sei, ließ er erwidern, daß er den am Morgen besprochenen Gegenstand zu wiederholen verlange. Der König wies aus diesem Grunde durch seinen Flügel-Adjutanten die verlangte Audienz zurück, da er keine andere Antwort als die am Morgen gegebene habe, und ließ Benedetti des Weiteren wissen, daß von jetzt an alle Verhandlungen durch die Ministerien zu gehen hätten. Dem Wunsche Benedettis, sich beim Könige bei seiner Abreise zu verabschieden, gewährte derselbe, indem er ihn bei einer Fahrt nach Coblenz auf dem Bahnhofe am 14. im Vorübergehen begrüßte. So endeten die Emser Vorgänge, wobei noch hinzuzufügen ist, daß sämmtliche Audienzen, die Benedetti beim Könige in Ems hatte, stets den Charakter von Privatgesprächen trugen, da Benedetti niemals als Botschafter oder Unterhändler auftrat.

Bismarck erhielt am 13. Juli in Berlin zunächst den Bericht des Baron Werther aus Paris über die Zumuthung Gramonts. Er erwiderte dem Botschafter, derselbe müsse die mündlichen Eröffnungen Gramonts wohl mißverstanden haben, und er, der verantwortliche Minister, könne diesen Bericht dem Könige keinesfalls zu amtlicher Behandlung vorlegen; habe die französische Regierung solche Mittheilungen zu machen, so mögen sie ihm dieselben durch ihren Botschafter in Berlin zukommen lassen. Man sieht, daß es die höchste Zeit war, daß Bismarck, dem die Langmuth des Königs durchaus nicht behagt hatte und der keinen Augenblick daran zweifelte, daß der Krieg da sei, energisch eingriff.

Ueber die Vorgänge in Ems erhielt Bismarck durch den in der Umgebung des Königs befindlichen Geheimrath Abeken eine ausführliche Mittheilung mit der königlichen Ermächtigung, den Inhalt zu veröffentlichen. Bei Eingang des Telegramms befanden sich Moltke und Roon zum Diner allein zu Dreien bei Bismarck, und dieser las ihnen den telegraphischen Bericht Abekens vor. Beide Generäle hatten daraus den Eindruck, daß die Situation eine friedliche sei. Bismarck erwiderte, daß dies sehr auf Ton und Inhalt der gestatteten Veröffentlichung ankommen werde. Er machte dann in Gegenwart seiner beiden Gäste einen Auszug aus dem Telegramm durch Streichungen, doch ohne eigene Zusätze. Dieser Auszug, der sofort als ein Zeitungstelegramm an alle preußischen Gesandtschaften verschickt, der Presse übergeben und zugleich durch ein Extrablatt der „Norddeutschen Allgem. Ztg.“ in Berlin veröffentlicht wurde, lautete folgendermaßen:

„Telegramm aus Ems, 13. Juli 1870. Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlichen französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgetheilt

worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König von Preußen noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Se. Majestät sich für alle Zukunft verpflichte, nicht wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur zurückkommen sollten. Se. Majestät hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts mehr mitzutheilen habe.''

In Berlin kam durch Veröffentlichung dieser berühmten Depesche, durch welche zum ersten Male die genaue Lage der Dinge bekannt wurde, das patriotische Gefühl zu einem gewaltigen Ausbruch und theilte sich dem ganzen Lande mit. In Paris brach ein ebenso gewaltiger Tumult aus. Man gab vor, am Abend des 13. noch an Erhaltung des Friedens geglaubt zu haben, jetzt aber habe Bismarck prahlerisch vor ganz Europa erklärt, daß Frankreich in der Person seines Botschafters beleidigt worden sei. Das sei eine Herausforderung, welche Frankreich zwinge, das Schwert zu ziehen.

Am 14. beschloß ein Ministerrath in St. Cloud den Krieg, was die Kammer am 15. in einer sehr interessanten Sitzung willigte. Die offenbar wissentlich falsche Behauptung, mit welcher die französische Regierung sich und das Volk betäubte, war die, daß die von Bismarck veröffentlichte Emser Depesche eine „amtliche Note" sei, welche die Würde Frankreichs verletze. Stürmischen Beifall erntete Ollivier, als er in seiner Rede, in welcher er, ohne auch nur ein Actenstück zu verlesen, der Kammer den Sachverhalt nach seiner Art darlegte und die bereits am Tage zuvor erfolgte Einberufung der Reserven bekannt gab, die thörichten Worte sprach: „Wohl ruht auf uns eine starke Verantwortung, aber wir nehmen sie leichten Herzens auf uns, ja wohl leichten Herzens, nämlich vertrauend auf die Gerechtigkeit unserer Sache und überzeugt, daß dieser Krieg uns aufgezwungen wird." — Einige Redner traten indessen gegen die Regierung auf. Choiseul sagte: „Man kann unmöglich aus solchem Grunde (wegen der angeblichen Beleidigung Benedettis durch König Wilhelm und der Veröffentlichung des Vorgangs durch die „Note" am 13., die in Wahrheit nur ein Telegramm war) den Krieg erklären." Arago rief: „Wenn man dies hören wird, wird die civilisirte Welt Ihnen Unrecht geben, und wenn Sie daraufhin den Krieg erklären, so wird man wissen, daß Sie ihn um jeden Preis haben wollen." Ollivier blieb dabei, daß Frankreich tief beleidigt und aufs Aeußerste gereizt worden sei. „Hat nicht gerade die Opposition", fragte

er, „seit 1866 alljährlich wiederholt, daß Sadowa die französische Nation gedemüthigt und von dem ersten Rang in Europa herabgestürzt habe?" Mit großer Entschiedenheit sprach Thiers gegen den Krieg. Er verlangte, wie es auch Gambetta vor ihm gethan, daß wenigstens die Depesche vorgelegt werde, welche den Bruch herbeiführte und derzufolge König Wilhelm dem französischen Botschafter seine Thür verweigert haben soll. „Wie?" fragte er, „vor der ganzen Welt zieht der König von Preußen die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern zurück, oder läßt sie zurückziehen, und das wäre keine Concession? Können Sie das aufrecht erhalten? . . . Sie wollen Preußen einen Stoß geben, und ich will es wie Sie. Nennen Sie mich, wenn Sie wollen, einen Freund von Preußen; das Land wird entscheiden zwischen mir und Ihnen. Ich beschränke mich darauf, die unbestrittenen Thatsachen hinzustellen. Die Candidatur ist zurückgezogen, der König hat es gewußt und eingewilligt, daß seine Regierung es erkläre . . . Ich halte diesen Krieg für unklug; die Ereignisse von 1866 gingen mir mehr nahe als irgendwem, aber die Gelegenheit, das Uebel wieder gut zu machen, ist kläglich gewählt . . . . Ich bin gewiß, daß Sie eines Tages diese Ueberstürzung bereuen werden. Beschimpfen Sie mich, ich werde doch meine Pflicht erfüllen." Gramont schrie, daß wenn sich eine Kammer fände, die Beleidigung des Kaisers und Frankreichs zu ertragen, er nicht fünf Minuten mehr Minister bleiben werde: „In der Zeit, welche Herr Thiers zum Nachdenken fordert, würden die Preußen ihre Kanonen laden." Jules Favre sprach im Sinne Thiers', daß die Ehre Frankreichs nicht im Spiele sei, und stellte einen Antrag auf Vorlegung der Depeschen. Derselbe wurde mit 159 gegen 84 Stimmen verworfen. Seine Annahme hätte die Regierung in große Verlegenheit gebracht, denn Ollivier hatte gesagt: „Depeschen haben wir weiter nicht vorzulegen, in unserem Exposé ist Alles gesagt." Die Sitzung schloß mit Gewährung eines Credits von 50 Millionen, mit 245 gegen 10 Stimmen. — Am 16. Juli fand der Empfang des Senats und des gesetzgebenden Körpers statt. In seiner Anrede an Napoleon hatte der Senatspräsident Rouher die wahrhaft komische Unverschämtheit, zu sagen: „Bald wird das dankbare Vaterland seinen Kindern die Ehre des Triumphes zuerkennen, bald, wenn Deutschland befreit ist von der Herrschaft, die es unterdrückt, wenn der Friede Europa zurückgegeben ist durch den Ruhm unserer Waffen." Napoleon erwiderte mit einigen matten Worten. Er meinte: „Ich kann sagen, daß es das ganze Volk ist, welches unter seinem unwiderstehlichen Drange unsere Beschlüsse dictirt hat."

Damit hatte Napoleon Recht. Es ist nicht wahr, was so oft behauptet wurde, daß Napoleon allein Schuld an dem Kriege gewesen sei. Er wurde durch seine Umgebung dazu gedrängt und die herrschenden Klassen des französischen Volkes verlangten den Krieg. Als der Kaiser nach dem Kriegsschauplatz abreiste, vermied er eine Fahrt durch Paris, um sich den überspannten Kundgebungen zu entziehen; man hatte die Pferde von seinem Wagen spannen und ihn im Triumph nach dem Bahnhof ziehen wollen. „Einen Monat später fluchte dieselbe Menge dem, der aus Schwäche auf die verwirrte öffentliche Meinung gehört, statt seinem eigenen Gefühl und dem der befreundeten Mächte zu folgen", schreibt der Franzose Eduard Simon in seinem hinsichtlich des Ausbruchs des Krieges ziemlich stark gegen Bismarck voreingenommenen Buch über letzteren und schließt diese Betrachtung mit den Worten: „Legenden ist der Geschichtsschreiber zu zerstören verpflichtet; dazu gehört die, welche behauptet, daß Frankreich 1870 durch den Willen eines Einzelnen in den Krieg gestürzt worden ist."

Wie hatte sich inzwischen das Ausland verhalten? Die einzige Großmacht, welche es damals ehrlich mit Deutschland meinte und ohne Rückhalt ihre wohlwollende Neutralität verbürgte, war Rußland, wodurch Oesterreich in Schach gehalten wurde. Die englische Regierung machte allerdings einen Versuch, den Streit in friedliche Wege zu lenken, verfuhr dabei aber nicht unparteiisch. Sie ersuchte, dem Verlangen Gramonts entsprechend, am 14. Juli den preußischen Botschafter, Graf Bernstorff, in London, dem Könige Wilhelm zu empfehlen, er möge das Verlangen Frankreichs hinsichtlich der spanischen Thron-Candidatur erfüllen. Graf Bernstorff lehnte dieses Ansinnen ab, indem er bemerkte, Preußen habe, von Frankreich öffentlich bedroht, eine Ruhe und Mäßigung an den Tag gelegt, welche jedes fernere Zugeständniß als Demüthigung erscheinen lassen würde, und die öffentliche Meinung beweise, daß selbst ein Krieg unter den schwierigsten Verhältnissen der Nachgiebigkeit des Königs gegen ungerechte Forderungen Frankreichs vorzuziehen sei. Das englische Cabinet, das unter Leitung des mit schlecht verborgenem Haß und Neid gegen das emporstrebende Deutschland erfüllten Gladstone stand, erließ also keine ernste Mahnung an Frankreich, sondern unterstützte dasselbe thatsächlich, indem es König Wilhelm empfahl, das unsinnige Verlangen Gramonts zu erfüllen. Vermuthlich auf ähnlicher Basis bemühte sich England am 17. in Berlin noch einmal zu vermitteln, und am Tage darauf bot es in Paris seine gute Dienste an. An beiden Stellen begegnete es mit seinen Anträgen auf weitere Verhandlungen unüberwindlicher Bedenken. Bismarck erwiderte auf das Schreiben des Lord Loftus, solche Verhandlungen könnten nur stattfinden, wenn das franzö-

sische Cabinet vorher sich dazu bereit erklärt habe. Dasselbe habe die Initiative zum Kriege ergriffen und an ihr auch dann noch festgehalten, als die erste Verwicklung sachlich beseitigt gewesen sei. „Eine von unserer Seite jetzt zu ergreifende Initiative", so fuhr er fort in seinem in deutscher Sprache abgefaßten Schreiben, „würde von dem nationalen Gefühle der Deutschen, nachdem dasselbe durch Frankreichs Drohungen tief verletzt und aufgereizt worden, mißverstanden werden. Unsere Stärke liegt in dem nationalen, dem Rechts- und Ehrgefühle der Nation, während die französische Regierung bewiesen hat, daß sie dieser Stütze im eigenen Lande im gleichen Maße nicht bedarf." Gramont andererseits erwiderte dem englischen Botschafter auf seinen Vermittlungsversuch, die letzten Schritte der preußischen Regierung hätten weitere Verhandlungen zur Unmöglichkeit gemacht. Indem man preußischerseits öffentlich erklärt habe, der König habe den Verkehr mit dem französischen Botschafter barsch und unhöflich gebrochen, was in dem behaupteten Maße gar nicht begründet sei, habe man Frankreich eine schwere Beleidigung zugefügt. Lord Lyons bemerkte dazu, „die englische Regierung habe nicht genau dieselbe Ansicht von dem unglückseligen Streit gewinnen können, als die Regierung des Kaisers — — —, aber wie dem auch sein möge, die freundschaftliche Stimmung, welche das glückliche Ergebniß eines langjährigen herzlichen Einverständnisses zwischen den beiden Regierungen und Nationen sei, habe keine Schmälerung erlitten."

Was Oesterreich und Italien betrifft, so hatten wir im vorigen Capitel gesehen, daß Napoleon auf den Beistand derselben rechnete und sogar einen Vertrag mit ihnen angebahnt hatte. Als Gramont nun bei dem Grafen Beust deswegen anfragen ließ, erhielt er zur Antwort, daß Oesterreich durch die ungünstige Stimmung Ungarns und durch die Scheu vor einem Angriff Rußlands abgehalten sei. Auch tadelte Beust das unkluge und hastige Vorgehen Gramont's gegen Preußen. „Wenn man in Paris" schreibt er, „die ganze Angelegenheit mit bloßer Leidenschaft betreibt, so können wir nicht wünschen, uns unter solchen Auspizien mit einzuschiffen." Zum Schluß schrieb Beust indessen, daß die Möglichkeit eines Beistandes Oesterreichs keineswegs ausgeschlossen sei. Er wollte dies Napoleon gegenüber möglichst eindringlich ausgesprochen wissen, damit dieser sich nicht plötzlich auf Oesterreichs Kosten mit einer andern Macht verständige. — Am 20. wiederholte Beust, daß Oesterreich gezwungen sei, neutral zu bleiben, führte aber aus, daß Italien bereit sei, mit Frankreich zu marschiren, wenn man ihm Rom überlasse. Frankreich würde durch solche Großmuth seinem

Feinde die Waffen entreißen und „einen Damm gegen das Ueberfluthen des Teutonismus aufwerfen, welchen Preußen, eine vor Allem protestantische Macht, in Deutschland aufzunehmen gewußt hat und welchen wir (in Oesterreich) wegen seiner ansteckenden Kraft doppelt zu fürchten haben". — Doch auch die Unterhandlungen mit Italien führten zu keinem Erfolge. Napoleon weigerte sich, Rom zu opfern. Er hoffte noch die Deutschen allein besiegen zu können und dann Italien und Oesterreich

Angriff auf dem Spicheren Berg am 6. August 1870.

freiwillig auf seine Seite treten zu sehen. Diese Verhandlungen wurden bereits im Felde vor Metz geführt. Am 3. August reiste der italienische Unterhändler unverrichteter Sache nach Florenz zurück und drei Tage später wurden die Franzosen bei Wörth und bei Spicheren geschlagen. Jetzt war Napoleon bereit, Italiens Bedingung zu erfüllen, doch das Florentiner Cabinet zögerte immer noch und wollte sich erst mit Oesterreich verständigen. Letzteres besann sich so lange, bis die Schlacht bei Sedan

geschlagen und damit allen diesen Intriguen ein Ziel gesetzt war. Der Prinz Napoleon, der vom Kaiser mit der Unterhandlung mit Italien beauftragt worden war, schrieb später in seinem Bericht über diese Vorgänge: „Aus diesen Thatsachen ergiebt sich eine große Lehre: Die clerikale Partei war stark genug, um Napoleon III. zu beherrschen. Gegen den Willen des Kaisers und seiner Hauptrathgeber leitete diese Partei die Politik Frankreichs, und diese dem Kaiser aufgenöthigte Politik ist die erste Ursache unserer Niederlagen; die weltliche Macht der Päpste hat Frankreich das Elsaß und ein Stück Lothringens gekostet".

Wir verließen König Wilhelm am 14. Juli in Ems. Am nächsten Tage trat er die Reise nach Berlin an, die einem Triumphzuge glich. Auf allen Bahnhöfen warteten seiner begeisterte Kundgebungen des deutschen Volkes. Der Kronprinz, Bismarck, Moltke und Roon waren dem König bis Brandenburg entgegengefahren, und bei ihrer Ankunft in Berlin war dort die Nachricht von dem Beschluß der französischen Kammer, den Krieg zu erklären, eingetroffen. Eine unabsehbare Menschenmenge harrte des Königs und gab ihm unter dem Gesange patriotischer Lieder das Geleit zum Palais. Dort hielt der König bis tief in die Nacht hinein mit seinen Paladinen den ersten Kriegsrath, dessen erstes Ergebniß die sofortige Mobilmachung der gesammten Armee des Norddeutschen Bundes war. Die Begeisterung, mit welcher sich in jenen Tagen das deutsche Volk zum Kampfe gegen den Erbfeind erhob, steht einzig in der Geschichte Europas da. Jede deutsche Brust empfand, daß die Stunde endlich gekommen war, welche der deutschen Nation die langersehnte Wiedergeburt bringen würde. Alle Meinungsverschiedenheiten, alle Religionsunterschiede waren mit einem Schlag vergessen, und nur ein einziger gemeinsamer Gedanke beseelte das gesammte Volk. Es war wie eine Erlösung aus schweren Träumen, ein Erwachen zur Befreiung Deutschlands aus den Ketten, in der seine Größe so lange gefesselt lag.

Am 16. legte Bismarck dem Bundesrath die Sachlage dar. Der Bevollmächtigte Sachsens, Freiherr von Friesen, war der erste, der sich erhob, um das Einverständniß seiner Regierung mit allen bisherigen Schritten des Königs von Preußen und Bismarcks auszudrücken. „Frankreich", so schloß er, „will den Krieg. Möge derselbe denn möglichst schnell und kräftig geführt werden." Die Bevollmächtigten der übrigen Bundesregierungen traten sämmtlich der Erklärung Sachsens bei. Während Bismarck so die erhebende und ihn in seiner Riesenarbeit stärkende Genugthuung hatte, diesmal von seinem Volke verstanden zu sein, hatte er noch die Aufgabe, im Ausland den falschen Eindrücken entgegenzuwirken, welche die französische

Regierung in ihrem bösen Gewissen überall hervorzubringen bemüht war. Er that dies zuerst durch ein Rundschreiben vom 18. an die deutschen Vertreter bei den anderen Regierungen. In diesem Schreiben gab er eine klare Geschichte der Entstehung des Krieges und der Motive der französischen Regierung. Das Schreiben schließt folgendermaßen:

„Wenn hiernach alle von den französischen Ministern angeführten Gründe für die Unvermeidlichkeit des Krieges in Nichts zerfallen und absolut aus der Luft gegriffen erscheinen, so bleibt uns leider nur die traurige Nothwendigkeit, die wahren Motive in den schlechtesten und seit einem halben Jahrhundert von den Völkern und Regierungen der civilisirten Welt gebrandmarkten Traditionen Ludwigs XIV. und des ersten Kaiserreichs zu suchen, welche eine Partei in Frankreich noch immer auf ihre Fahne schreibt und denen Napoleon III., wie wir glauben, glücklich widerstanden hatte. Als bewegende Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung können wir leider nur die schlechtesten Instincte des Hasses und der Eifersucht auf die Selbstständigkeit und Wohlfahrt Deutschlands erkennen, neben dem Bestreben, die Freiheit im eigenen Lande durch Verwicklung desselben in auswärtige Kriege niederzuhalten. Schmerzlich ist es zu denken, daß durch einen so riesenhaften Kampf, wie ihn die nationale Erbitterung und die Größe und Macht der beiden Länder in Aussicht stellt, die friedliche Entwicklung der Civilisation und des nationalen Wohlstandes, die in steigender Blüthe begriffen war, auf viele Jahre gehemmt und zurückgedrängt wird. Aber wir müssen vor Gott und den Menschen die Verantwortung dafür denen überlassen, welche durch ein frevelhaftes Beginnen uns zwingen, um der nationalen Ehre und der Freiheit Deutschlands willen, den Kampf aufzunehmen; und bei einer so gerechten Sache dürfen wir vertrauensvoll auf den Beistand Gottes hoffen, wie wir schon jetzt des Beistandes der gesammten deutschen Nation durch die sich immer steigernden Zeichen der freudigen Opferwilligkeit sicher sind, und auch die Zuversicht hegen dürfen, daß Frankreich für einen so muthwillig und so rechtlos heraufbeschworenen Krieg keinen Bundesgenossen finden wird."

Am 19. Juli trat der zu außerordentlicher Sitzung berufene norddeutsche Reichstag zusammen. Der König eröffnete ihn durch Verlesung seiner Thronrede, in welcher er von dem Vorwand, den Frankreich zum Kriege gefunden habe, und von analogen Beispielen aus der früheren Geschichte Frankreichs sprach: „Hat Deutschland," sagte er, „derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug sie es nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das

Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger desto inniger verbindet, heute, wo Deutschlands Rüstung keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat.—Je unzweideutiger es vor allen Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden wir uns gestützt auf den einmüthigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mit dem Aufrufe zur Vertheidigung seiner Ehre und Unabhängigkeit."

Nachdem der König so den Reichstag eröffnet hatte, begab er sich nach der Grabstätte seiner unvergeßlichen Mutter, der Königin Luise, deren Herz einst in Gram über die Erniedrigung des Vaterlandes durch Napoleon I. gebrochen war. Während der königliche Greis sich für die bevorstehende große Zeit durch ernste Erinnerungen weihte, überreichte der französische Geschäftsträger Le Sourd in Berlin dem Kanzler die Kriegserklärung Frankreichs. Sofort nach Eröffnung der Nachmittags-Sitzung des Reichstags ertheilte Präsident Simson das Wort „zu einer Mittheilung" dem Kanzler. Bismarck hatte den Sitzungssaal erhobenen Hauptes und leuchtenden Auges betreten. Unter lautloser Stille ergriff er das Wort und sagte:

„Ich theile dem hohen Hause mit, daß mir der französische Geschäftsträger heute die Kriegserklärung Frankreichs überreicht hat." Der Protokollbericht der Sitzung verzeichnet hier: Stürmisches, nicht enden wollendes Bravo, Hochrufen und Händeklatschen von allen Seiten des Hauses und der Tribünen. Bismarck fuhr fort: „Nach den Worten, die Sr. Majestät der König soeben an den Reichstag gerichtet hat, füge ich der Mittheilung dieser Thatsache nichts weiter hinzu!", worauf ein erneuter Sturm des Beifalls losbrach.

Am 20. beantwortete der Reichstag die Thronrede des Königs mit einer schwungvollen Adresse. „Ein Gedanke", hieß es darin, „ein Wille begeistert in diesem ernsten Augenblick die deutschen Herzen .... Von den Ufern des Meeres bis zum Firste der Alpen hat das Volk sich auf den Ruf seiner einmüthig zusammenstehenden Fürsten erhoben. Kein Opfer ist ihnen zu schwer .... Das deutsche Volk wird endlich auf der behaupteten Wahlstatt den von allen Völkern geachteten Boden friedlicher und freier Einigung finden. Ew. Majestät und die verbündeten Regierungen sehen uns wie unsere Brüder bereit."

Nachdem diese Adresse mit Begeisterung aufgenommen worden war,

sagte der Präsident Simson: „Dann kann ich die gegenwärtige Sitzung schließen." Da trat mit allen Zeichen der Eilfertigkeit, die Handschuhe abstreifend, Bismarck in den Saal und nahm sogleich das Wort, um auch dem Reichstag und dem Volke öffentlich von der Entstehung des Krieges mit Frankreich Rechenschaft abzulegen. Er sagte:

„Meine Herren, ich bitte um Verzeihung, daß ich im Drange der Geschäfte zu spät gekommen bin. Ich hatte mir vorgenommen, dem Reichstage die Sammlung der Aktenstücke heut vorzulegen, welche sich über die Entwickelung des vorliegenden Kriegsfalles in den Händen der Regierung befinden; sie sind mir noch nicht zur Hand, ich erwarte sie jedoch im Augenblick. Ich habe einstweilen nur zu erklären, daß sich wohl selten ein so wichtiges europäisches Ereigniß vollzogen und zwischen den verschiedenen Höfen vorbereitet hat, wo die Zahl der Aktenstücke, in denen der Geschichtsforscher dereinst die Ursache desselben suchen wird, so karg bemessen wäre, wie hier. *Wir haben nämlich von der kaiserlich französischen Regierung in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mittheilung erhalten; es ist dies die gestrige Kriegserklärung!* Es ist dies die erste und einzige amtliche Eröffnung, welche seit der Anfrage des französischen Geschäftsträgers, was wir von der Sache wüßten, und unsrer Antwort, daß wir nichts davon wüßten, überhaupt unseres Wissens von seiten der französischen Regierung ausgegangen, jedenfalls an uns mitgetheilt ist. Alle Besprechungen, die der Graf Benedetti, mag er seine Eigenschaft als französischer Botschafter dabei geltend gemacht haben oder nicht, die er an einem Badeorte unter vier Augen mit Sr. Majestät, meinem Allergnädigsten Herrn, gehabt hat, sind, wie jedem Kenner internationaler Verhandlungen ohne Versicherung geläufig sein wird, Gespräche *persönlicher* und *privater* Natur, die für internationale Verhältnisse *keine amtliche Bedeutung haben*. Auch alle persönlichen Erklärungen, die man von Sr. Majestät dem Könige dort im Wege anscheinend wohlwollender Privatconversation zu erlangen versucht hat und die vielleicht, wenn Sr. Majestät nicht die eigene Festigkeit des Charakters auch auf die Haltung im Privatleben übertrügen, hätten erreicht werden können, würden doch niemals *staatliche* Akte gewesen sein, sondern persönliche Aeußerungen, so lange sie der Monarch nicht in dieser Seiner staatsrechtlichen Eigenschaft anderweitig bekräftigt und dadurch Seinen Willen bekundet hätte, sie zu Staatsacten zu machen."

Des Weiteren theilte der Kanzler die Aktenstücke mit, die vom auswärtigen Amt ergangen waren, „nachdem die Sache nicht mehr gut zu machen

war, um den andern Regierungen darzulegen, wie die Dinge sich entwickelt hatten." Er sagte diesbezüglich:

„Es enthalten diese Mittheilungen das bekannte Zeitungstelegramm, welches dem französischen Ministerium als schließlich einzige Ursache des Krieges übrig geblieben ist und auch nur dadurch zu dem Zwecke benutzt werden konnte, daß man es als eine Note bezeichnet hat, die von Seiten der königlichen Regierung an andere Regierungen erlassen ist. Ich will mich auf die Definition von Noten nicht einlassen, aber die Mittheilung eines Zeitungstelegramms, die dazu bestimmt war, unsere Vertreter bei den deutschen und den anderen Regierungen, die wir uns befreundet hielten, darüber zu orientiren, wie die Entwickelung der Sache augenblicklich liegt und wie unsere Stimmung eine festere sei, als auf anderer Seite vielleicht geglaubt wurde, nachdem wir an den Grenzen, die uns die nationale Ehre zieht, angekommen zu sein glaubten — eine solche Zeitungsmittheilung hat das französische Ministerium öffentlich als Note qualifizirt. Die Herren haben sich wohl gehütet, dem Drängen der wenigen besonnenen Oppositionsmitglieder in Paris nachzugeben und dieses Aktenstück vorzulegen; denn das ganze Gebäude, die ganze Unterlage der Kriegserklärung wäre in nichts verflogen, sobald die Volksvertretung dieses angebliche Aktenstück gekannt hätte und namentlich seine Form: es war kein Aktenstück, es war ein benachrichtigendes Telegramm!"

Wenn der König in seiner Thronrede und der Reichstag in seiner Adresse auf gleiche Bereitschaft des Südens wie des Nordens Deutschlands hinwiesen, so hatten sie ein Recht dazu, und Napoleon hatte sich in seiner großen Hoffnung, es würde nicht so sein, getäuscht. Allerdings hatten gewisse „Patrioten" jenseits des Mains nicht verfehlt, die Nothwendigkeit, auf Grund der Militärverträge sich Norddeutschland im Kampf gegen Frankreich anzuschließen, zu leugnen, und der Ausschuß der bayerischen Kammer hatte demgemäß beantragt, den von der Regierung verlangten außerordentlichen Militärcredit nur zur „Aufrechthaltung bewaffneter Neutralität" zu bewilligen. Doch die Vertreter der Regierung traten am 19. Juli mannhaft für die große deutsche Sache ein. Der Minister Graf von Bray sagte, nachdem er die Vertragspflicht, angesichts des Angriffes Frankreichs auf deutsches Gebiet mit Norddeutschland zu den Waffen zu greifen, dargelegt hatte: „Sollte das Votum beweisen, daß die Kammer das Vertrauen zu den Männern, die gegenwärtig an der Spitze der Geschäfte stehen, nicht habe . . :, so werden dieselben Anderen Platz machen . . . ., sie werden ihrer Ueberzeugung getreu zurücktreten. Ich habe mit

Gottes Gnade nicht bis heute getreu gelebt, um jetzt am Abend meines Lebens meiner Ueberzeugung untreu zu werden." Der Kriegsminister von Prankh sagte, Bayern müsse jetzt beweisen, daß es als selbstständiger Staat nicht vergesse, daß es auch ein deutscher Staat sei. Das sage er als „Partikularist vom reinsten Wasser." Aus dem Frieden, der aus dem Kriege erblühen werde, möge noch etwas Schöneres hervorgehen, nämlich der innere Friede, die allgemeine Versöhnung, das allseitige Vertrauen. „Es hat," so schloß er, „ein echter Bayer, aber auch Deutscher zu Ihnen gesprochen." Die Kammer bewilligte mit großer Mehrheit den Militärcredit. Der patriotische König Ludwig II., der schon am 16. die Armee mobil gemacht hatte, stellte letztere darauf unter den Oberbefehl König Wilhelms und erwiderte das Dankschreiben desselben in herzlichster Weise. Baden, Württemberg und Hessen-Darmstadt folgten dem Beispiele Bayerns und so standen am 21. Juli die Heere Nord- und Süddeutschlands unter dem Befehl des Königs von Preußen als Bundesfeldherrn. An demselben Tage wurde der Reichstag in Berlin geschlossen, nachdem er alle Mittel zur Vertheidigung des Vaterlandes ohne Debatte mit freudigster Begeisterung bewilligt hatte.

Am 22. meldete sich noch, nachdem wenige Tage vorher das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes durch Concilbeschluß erklärt worden war, der Papst Pius IX. bei König Wilhelm mit einem Schreiben, in welchem er als Stellvertreter des Gottes des Friedens auf Erden seine Vermittlung anbot. König Wilhelm antwortete am 30. mit einem Dankschreiben, dessen Schluß lautete: „Wenn Eure Heiligkeit Mir von Seiten dessen, welcher den Krieg so unvermuthet erklärt hat, die Versicherung aufrichtiger friedlicher Gesinnungen und Bürgschaften gegen die Rückkehr eines ähnlichen Angriffes auf den Frieden und die Ruhe Europas geben könnten, so würde Ich sicher Mich nicht weigern, sie aus den verehrungswürdigen Händen Ew. Heiligkeit zu empfangen, mit der ich durch die Bande der christlichen Liebe und einer aufrichtigen Freundschaft verbunden bin."

Am 25. Juli führte Bismarck noch einen brillanten Schachzug aus, um Europa in packendster Weise über die wirklichen Gründe des Krieges die Augen zu öffnen. Er übergab die von uns früher erwähnten Vertragsentwürfe, in denen Napoleon Preußen wiederholt angeboten hatte, sich nicht Bismarcks deutscher Politik in den Weg zu stellen, wenn ihm Belgien gegeben würde, durch die Londoner „Times" der Veröffentlichung. Dieselbe machte ungeheures Aufsehen in Europa und erbitterte namentlich England, welches in dem Versuch Napoleons, sich Belgiens zu bemächtigen, ein öffentliches Verbrechen und ein Attentat gegen England erblickte. Vergebens be-

mühten sich Gramont und Benedetti, die Gewalt der vernichtenden Enthüllungen Bismarcks wegzuerklären und abzuschwächen. England war entrüstet und gab alle Vermittelungsversuche zum Frieden schleunigst auf. Doch lange dauerte diese Entrüstung nicht, wie wir bald sehen werden.

2. Bismarck und Frankreich.

Am achten Mobilmachungstage waren die deutschen Heere marschfertig und am 2. August standen sie an der französischen Grenze, bereit der von der französischen Heeresleitung prahlerisch verkündeten Offensive der „Rheinarmee" Napoleons die Stirne zu bieten. Doch dieser Angriff, mit dem die Franzosen sofort den Weg bis Berlin frei machen zu wollen sich unterfangen hatten, unterblieb, während die deutschen Armeen genau nach dem Plan des großen Moltke, der seit der Kriegserklärung „zehn Jahre jünger aussah," verfuhren, das heißt den Feind unverzüglich angriffen, wo sie ihn trafen. An die Spitze der gewaltigen kampfbegierigen „Wacht am Rhein" trat am 2. August der König Wilhelm. Er war am Abend des 31. Juli nach dem Kriegsschauplatz aufgebrochen und in seinem Gefolge befand sich Bismarck, dem der Feldzug zunächst eine bessere körperliche Erholung war, als irgend eine Badekur. Bismarck hatte einen kleinen Hof für sich, bestehend aus einer Schaar ergebner Geheimräthe, zu denen Lothar Bucher gehörte, Secretäre, Dechiffreure, Zeitungsberichterstatter, Feldjäger, u. s. w. Mit diesen „seinen Leuten" begleitete er den König während des ganzen Krieges und richtete in jedem Hauptquartier sein Bureau ein. Sein Preßsecretär Moritz Busch führte ein Tagebuch über die Ereignisse in dieser Welt für sich, deren Mittelpunkt die weltgeschichtliche Person des allgewaltigen Kanzlers war, welchem er hier eine solche Fülle von kleinen und großen Zügen ablauschte, daß sein Bericht darüber für die Biographen unseres Helden einen unschätzbaren Werth besitzt.

Am 4. August fand die Schlacht bei Weißenburg statt und am 6. die Schlachten bei Wörth und Spichern, jene ersten Siege, welche in Deutschland das Vertrauen auf ein ruhmreiches Ende des Krieges unerschütterlich machten. Napoleon telegraphirte von Metz aus in der Mitternacht des 6.: „Mac Mahon hat eine Schlacht verloren. Frossard ist an der Saar genöthigt worden, sich zurückzuziehen. Der Rückzug vollzog sich in guter Ordnung. Es kann Alles wieder gut werden." Das Kaiserthum hatte schon seinen tödtlichen Stoß erhalten. Napoleon durfte nicht nach Paris zurück. Sein Minister Ollivier wurde abgesetzt mit Palikao als Nachfolger. Der Kaiserin Eugenie ließ man einstweilen die Regentschaft.

Am 7. August brach König Wilhelm nach der oberen Mosel auf. Das Schlachtfeld von Saarbrücken auf dem Wege berührend, traf das Hauptquartier am 11. in St. Avold ein, wo Bismarck vergeblich seine beiden Söhne suchte, die als Gemeine im 1. Garde-Dragoner Regiment dienten. Von Saarbrücken aus, datirt vom 11. August, erließ der König eine „Proclamation an das französische Volk," in welchem folgender Satz mit Rücksicht auf spätere Ereignisse sehr wichtig war: „Nachdem der Kaiser Napoleon die deutsche Nation, welche wünschte und noch wünscht, mit dem französischen Volke in Frieden zu leben, zu Wasser und zu Lande angegriffen hatte, habe ich den Oberbefehl über die deutschen Armeen übernommen, um diesen Angriff zurückzuweisen; ich bin durch die militärischen Ereignisse dahin gekommen, die Grenzen Frankreichs zu überschreiten. Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs. Diese werden demnach fortfahren, eine vollkommene Sicherheit ihrer Person und ihres Eigenthums zu genießen und zwar so lange, als sie mich nicht selbst durch feindliche Unternehmungen gegen die deutschen Truppen des Rechts berauben werden, ihnen meinen Schutz angedeihen zu lassen."

Am 13. August erreichte das Hauptquartier Herny, von wo der König und Bismarck am 15. eine Recognoscirungstour bis unter die Mauern von Metz unternahmen und den General Steinmetz sahen. Am Tage vorher war die Schlacht bei Courcelles geschlagen. Am 16., dem Tage des furchtbaren Ringens bei Mars-la-Tour, traf das Hauptquartier in Pont-à-Mousson ein. Am Abend dieses Tages gelangte die Nachricht von dieser blutigen sechsstündigen Schlacht, durch welche Bazaine nach Gravelotte, im rechten Winkel zu seiner geplanten Rückzugslinie, zurück getrieben wurde, in's Hauptquartier. Am nächsten Morgen um vier Uhr ritt der König mit Bismarck nach dem Schlachtfeld von Mars-la-Tour. Eine neue und entscheidende Schlacht bereitete sich vor. Bismarck sucht ängstlich nach seinen Söhnen, deren Regiment sich mit Todesverachtung auf die an Zahl weit überlegenen Franzosen geworfen hatte. Der ältere Sohn, Herbert, hatte drei Schüsse empfangen, dem jüngeren, Wilhelm, war das Pferd unterm Leibe getödtet worden. Der Vater fand Herbert in einem Bauernhofe im Lazareth, wo sich auch Wilhelm einstellte, um nach dem Bruder zu sehen.

Am Abend des 17. war Bismarck wieder in Pont-à-Mousson eingetroffen und bereits vor Sonnenaufgang am 18. war er mit dem König im Sattel. Es kam der blutigste Tag des ganzen Krieges. Beide Heere standen sich in vielstündigem heißesten Kampfe in fast gleicher Stärke

Am Abend der Schlacht bei Gravelotte. Roon, König Wilhelm, Großherzog von Weimar, Prinz Carl, Bismarck.

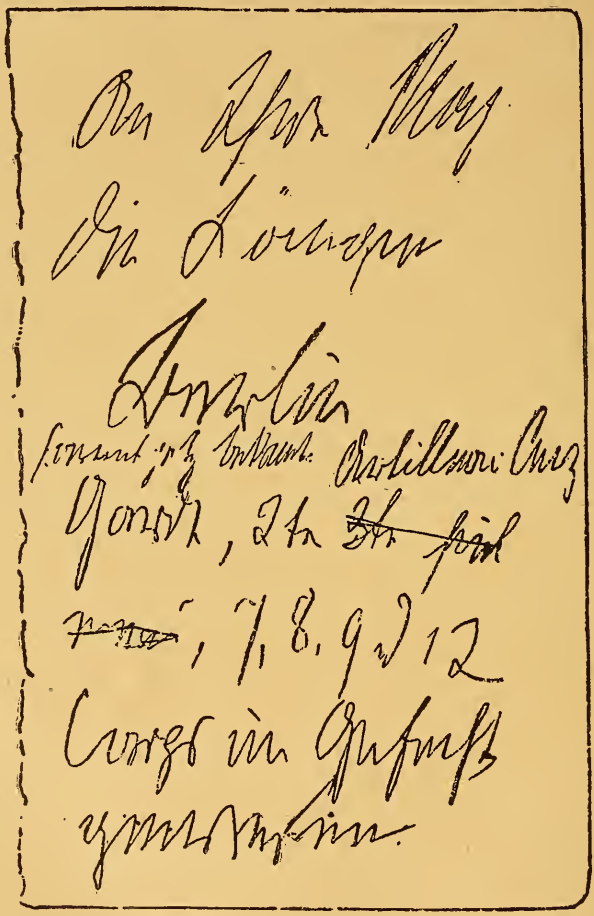
(180,000 Mann) gegenüber. Ohne jede numerische Ueberlegenheit vertrieben die deutschen Truppen durch ihre unvergleichliche Tapferkeit den Feind aus einer Stellung, wie sie vortheilhafter kaum möglich war. Erst am Abend kam die Entscheidung. Bismarck befand sich beim König, der in dieser furchtbaren Schlacht auf dem rechten Flügel, wo das Gemetzel am schrecklichsten war, persönlich das Commando unter Moltke leitete. Der Kanzler blickte mit dem Auge eines Soldaten, das er nach Urtheil militärischer Autoritäten in hohem Grade besaß, auf den Kampf und mißbilligte verschiedene Operationen. „Die Eifersucht einiger unserer Führer," sagte er, „war der Grund, daß wir so viele Menschen verloren." Er selbst setzte sich häufig dem heißesten Feuer aus und beschäftigte sich damit, unbekümmert um die eigene Gefahr, den Verwundeten Wasser zu bringen. Gegen halb 9 Uhr Abends hatte das Feuern auf allen Punkten aufgehört. Der König saß neben einer Gartenmauer diesseits Rezonville auf einer Leiter, deren eines Ende auf einem todten französischen Grauschimmel lag. Bismarck saß dabei und blätterte beim Scheine einer in der Nähe brennenden Wollspinnerei in Briefen, die er aus der Satteltasche gezogen hatte. Endlich erschien Moltke und erklärte, daß der Sieg gesichert sei. Man dachte dann an körperliche Stärkung. „Der König trank aus einem abgebrochenen Tulpenglase, Bismarck kaute vergnüglich an einem großen Stück Commisbrod." Sobald die Herstellung des Telegraphendienstes gemeldet wurde, schrieb Bismarck nach dem Dictat des Königs die Siegesdepesche an die Königin Augusta auf drei Blätter seines Notizbuches auf der Brusttasche des Telegraphisten nieder. (Siehe die nächsten drei Seiten.)

Die Schlachten vom 16. und 18. August hatten das Schicksal der Armee Bazaines besiegelt, die jetzt, soweit sie nicht gefallen, vom Prinzen Friedrich Karl in und um Metz eingeschlossen wurde. In unserem weiteren Bericht über die Thätigkeit Bismarcks, der in Frankreich das Fundament für das neue deutsche Reich legte, benutzen wir die kurze, lebendige und mit gut gewählten Aufzeichnungen von Moritz Busch gewürzte Darstellung des bei all seiner berechtigten Bewunderung unseres Helden sachlich urtheilenden Engländers Charles Lowe, der sich als langjähriger Berliner Correspondent der Londoner „Times" den Namen eines gediegenen Kenners der europäischen Politik erworben hat.

Auch Straßburg und einige kleinere Festungen Elsaß-Lothringens waren von Belagerungstruppen umgeben, und Moltke erwuchs jetzt die Aufgabe, mit MacMahon fertig zu werden, der sich nach Châlons zurückgezogen hatte, um von dort entweder weiter nach Paris zurückzugehen, oder aber mittelst eines Kreis-Marsches Bazaine zu Hülfe zu kommen. Nach

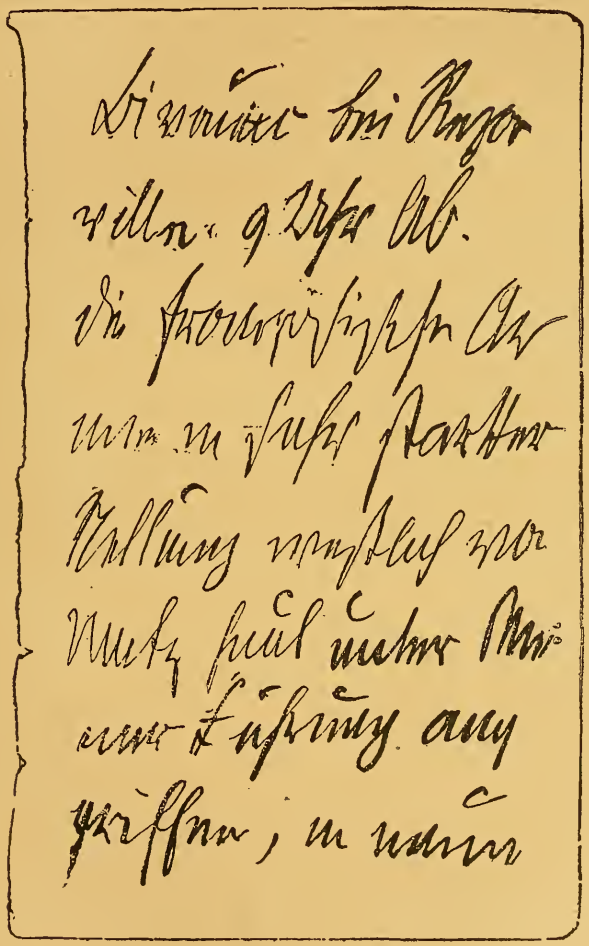
Die Siegesdepesche von Gravelotte

an die Königin, von König Wilhelm dem Grafen Bismarck diktirt, von diesem mit Bleistift auf drei Blätter seines Notizbuches niedergeschrieben und vom König eigenhändig unterzeichnet. (Genaues Facsimile des Originals.)



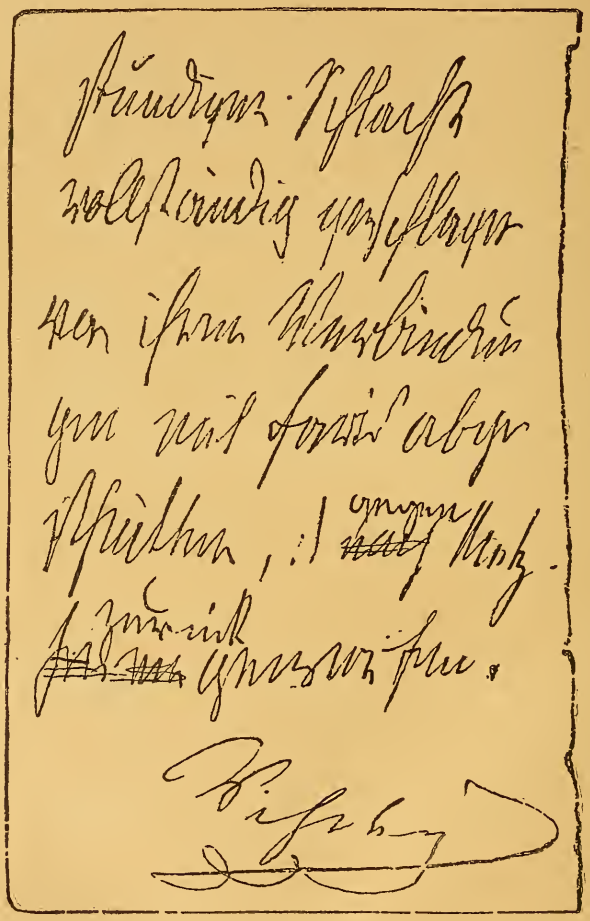
Paris schlug nun auch der Kanzler seinen Weg ein, der ihn in gemessenem, gleichmäßigem Tritt durch die lachenden Thäler, die sonnigen Weingärten mit ihren unter der Last der Trauben sich biegenden Reben und die sommergeschmückten Gefilde des lieblichen Frankreich führte, vorüber an der Stelle (in Clermont), wo erst einige Tage zuvor ein Haufe betrunkener

französischer Kürassiere mit einem in Frauenkleidung gesteckten, auf den Namen "Monsieur de Bismarck" getauften Hund ihren Spaß getrieben hatten. "C'est de langage de M. de Bismarck" schrieen die weinseligen Soldaten, wenn sie das arme Thier am Schwanz rissen, daß es vor Schmerz



laut aufheulte. Die trunkenen Gesellen deckte jetzt zumeist der kühle Rasen, während "Monsieur de Bismarck" triumphirend über ihre Gräber dahinschritt. Manchmal ritt der Kanzler, manchmal fuhr er und manchmal gebrauchte er auch seine Beine. „Wir verließen hier den Wagen," so schrieb

sein Famulus Busch, „um es den Pferden bequemer zu machen. Auch der mit Abeken an der Spitze unseres Zuges fahrende Kanzler stieg aus und ging eine Viertelstunde in seinen großen Aufschlagstiefeln, die in ihrer Form und Weite an die erinnern, die man auf Bildern vom 30jährigen



Kriege sieht. Neben ihm schritt Moltke her, der größte Kriegskünstler unserer Tage an der Seite des größten Staatsmannes der Zeit, auf französischer Landstraße auf Paris zu, und ich wette darauf, daß beide daran in dem Augenblick nicht einmal etwas Besonderes fanden."

"A la guerre, comme à la guerre," war der Grundsatz, der den Kanzler in allen Wechselfällen des Feldzuges beseelte. In einem so reichen und fruchtbaren Lande, wie Frankreich, in dem mehr Milch, Wein und Honig, wie je in dem gelobten Lande, floß, konnte er sich zwar meist an einem reich gedeckten Tische niederlassen, kostete aber trotzdem die ganze Stufenleiter der Quartiere, von dem besten bis zu dem schlechtesten, durch. Manchmal lieferte ein stattliches, von seinen furchtsamen Bewohnern verlassenes Schloß dem Kanzler und seinem Gefolge ein reiches Unterkommen, und manchmal wiederum mußten sie sich mit den Logierbequemlichkeiten des gewöhnlichen Handwerksburschen behelfen.

Das prächtige Grün des Sommers nahm mittlerweile die goldenen Farben des Herbstes an, und das Gras begann auf den unzähligen Gräbern von Mars-la-Tour und Gravelotte zu wachsen. Wo aber stand MacMahon mit den wieder gesammelten Ueberresten der französischen Armee, die die letzte Hoffnung und Stütze der bitter getäuschten und verzweifelten Nation bildeten und die der Kronprinz bereits seit mehr als einer Woche angelegentlichst suchte? „Vorwärts, immer vorwärts" in westlicher Richtung marschierten die Armeen der beiden Kronprinzen (von Preußen und von Sachsen) in der Hoffnung, den Herzog von Magenta doch noch einzuholen und ihm bei Châlons eine Schlacht zu liefern. Endlich, am 25. August, traf im Hauptquartier des Königs in Bar-le-Duc die Nachricht ein, daß McMahon das Lager bei Châlons in größter Eile geräumt hätte, und in nordwestlicher Richtung nach Rheims aufgebrochen sei, wahrscheinlich in der Absicht, von dort auf Metz zu marschieren. Solange diese Absicht aber nicht ganz erwiesen war, ließen die deutschen Führer das ungeheure Heer von mehr als 200,000 Mann, das, mit einer unregelmäßigen Front von nahezu fünfzig (englischen) Meilen, vorwärts nach Paris marschierte, nur eine Halbrechtsschwenkung ausführen. Drei Tage dauerte diese veränderte Bewegung fort, worauf es beim Empfang neuer Nachrichten wiederum auf der ganzen riesigen Linie „halb rechts schwenkt!" hieß, und die deutschen Armeen eine der großartigsten Leistungen strategischer Kombination, die je geschehen, vollbrachten. Es war in der That die Hauptleistung des Krieges, in erster Reihe durch den glänzenden Kundschafterdienst der deutschen Kavallerie ermöglicht, die wie ein undurchdringlicher Schleier vor der eigenen Infanterie hing, während sie jede Bewegung des Feindes entdeckte.

Abwechselnd seinem eigenen militärischen Urtheil und den gebieterischen Befehlen aus Paris gehorchend, zauderte MacMahon im Maasbecken, wie ein athemloser und verdutzter Hase. In der Nacht vom 31. August fiel,

während die Deutschen ihn umzingelten, wie Hunde ein gehetztes Thier umstellen, der Vorhang der Dunkelheit auf ihn und seine Armee herab, der am nächsten Tage über einem der denkwürdigsten Dramen der Weltgeschichte wieder aufgehen sollte. Das deutsche Hauptquartier befand sich in dieser Nacht in Vendresse, einem vierzehn (englische) Meilen südlich von Sedan gelegenen Flecken. Schon früh am Morgen des 1. September brach Bismarck mit dem König und seinem glänzenden Gefolge von Fürsten und Generälen auf, um sich das voraussichtliche Treibjagen auf die französische Armee anzusehen. Als Rendezvous diente der Gipfel des Hügels von Frenois, wo sich ihrem Blick ein herrliches Schlachtenpanorama, von prächtigem, aus wolkenlosem Himmel kommendem Sonnenschein, darbot. Unten vor ihnen floß in Schlangenwindungen, an der Felsenfestung Sedan vorüber, die silberglänzende Maas, und weit bis jenseits der belgischen Grenze zog sich der dunkle Ardennenwald hin.

Die Schlacht hatte bereits begonnen, wie aus dem Gebrüll der Kanonen und dem säulenförmig aufsteigenden Rauch der brennenden Dörfer hervorging. Nicht weniger als 618 deutsche Geschütze zogen einen nach und nach immer enger werdenden Kreis verheerenden Feuers um ihre Gegner, die sich kaum mit der Hälfte der Kanonen zur Wehre setzen konnten. Auch der Zahl nach verhielten sie sich zu ihren Angreifern wie eins zu zwei, während diese überdies noch von jener moralischen, vorhergegangenen Siegen entsprungenen Gewalt beseelt und von Führern geleitet waren, die nach einem wohlerdachten Schlachtplan handelten. Hingegen hatten die armen, verwirrten, in Unordnung aufgelösten und entmuthigten Franzosen keinen Schlachtplan, wenn nicht den wilder Verzweiflung. Verzweiflung auf jeder Seite! Wohin sie sich auch wenden mögen, sehen sie nichts als feindliche Schaaren, die aus allen Richtungen hervorkommen und in konzentrischen, immer dichter werdenden, unwiderstehlichen Reihen sie umschließen. Vergeblich wirft sich die beste, tapferste und ausgesuchteste Ritterschaft Frankreichs wieder und wieder auf die sie umschließenden Bataillone Deutschlands. Aber ach! die Ritterschaft Frankreichs wird von deutschen Kugeln überschüttet und von deutschen Bajonetten durchbrochen, wie eine wüthende Welle von einem ihr entgegenstehenden Felsen in Gischt zerstäubt wird. Den ganzen sonnigen Septembertag hindurch wüthete der ungeheure, aber ungleiche Kampf, vom Könige und seinem Gefolge auf dem amphitheatralischen Abhange von Frenois beobachtet. Nachdem sie dem Kampfe nahezu zehn lange Stunden zugeschaut, sahen sie den gallischen Gladiator unter seinen Wunden zusammenbrechen. Solange jedoch der gefallene Gladiator nicht um Gnade bat, war es nicht Sache der hohen Zuschauer, ihre Finger zu erheben. Der

König beschloß vielmehr das Gegentheil, indem er die Festung zu beschießen gebot, in die jetzt die zersprengten Massen der französischen Armee in wilder, meuterischer Verwirrung eilten, und die nun zu einem schrecklichen Schlachthause, einer wahren Hölle auf Erden, wurde.

„Was, noch keine Uebergabe?“ rief der König aus, der so schnell wie möglich die Entscheidung herbeiführen wollte. „Dann noch mehr Artillerie!“ Ehe jedoch die neuen Batterien die Höhe erreicht hatten, von der herab sie Tod und Verderben in das Pandämonium unter ihnen tragen sollten, flatterte plötzlich von den Zinnen der Festung eine weiße Fahne herab. Endlich, endlich hatte der gallische Gladiator eine bittende Hand ausgestreckt.

Der König sandte hierauf den Obersten Bronsart von Schellendorf in die Festung. Der Offizier fragte nach dem Oberbefehlshaber und wurde zu seinem äußersten Erstaunen vor den Kaiser Napoleon geführt!

„Was ist Ihre Botschaft?“ fragte Napoleon.

„Die Armee und Festung zur Uebergabe aufzufordern,“ war die kurze Antwort.

Der Kaiser erwiderte, daß er ihn deswegen an General von Wimpffen verweisen müsse, der an demselben Tage dem ernstlich verwundeten Mac-Mahon im Obercommando gefolgt war; er fügte noch hinzu, daß er selbst an den König schreiben und einen besonderen Boten senden würde.

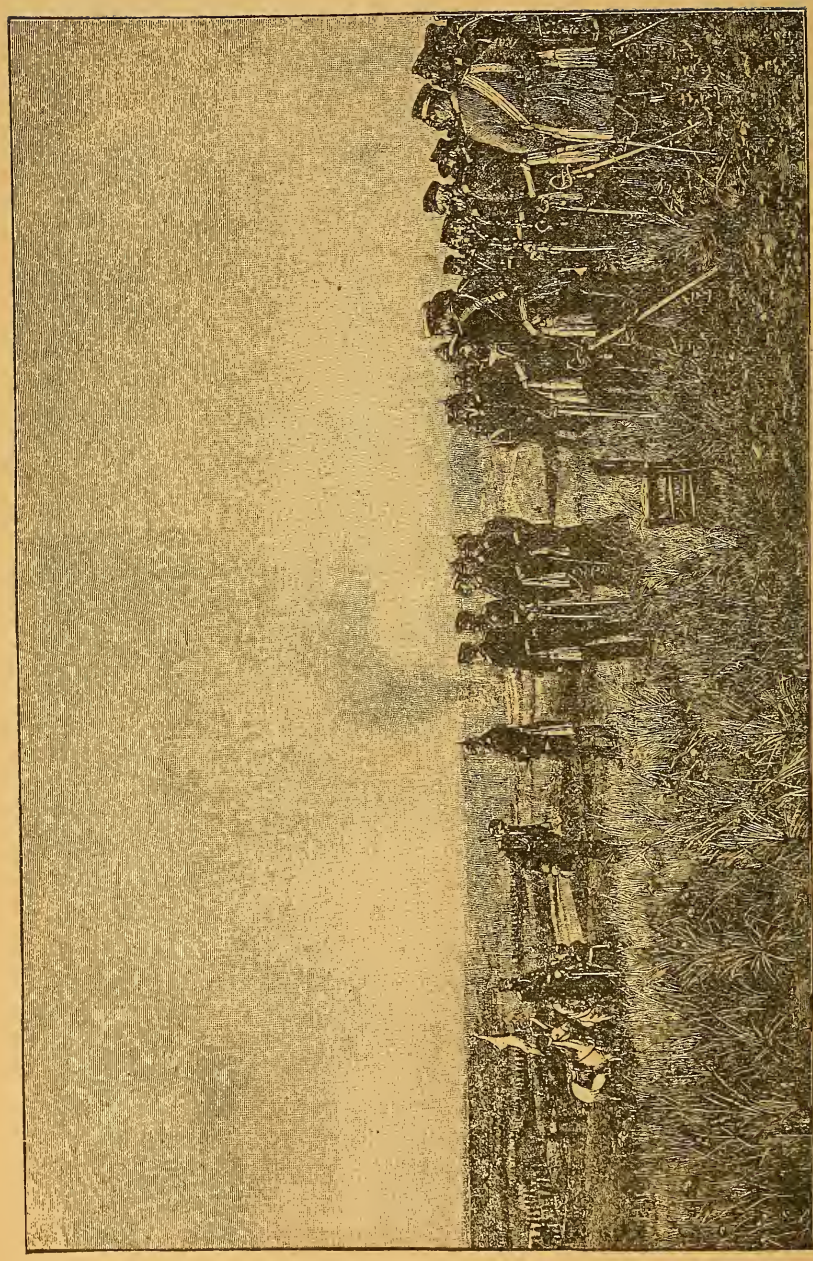
Oberst Bronsart galoppirte nach den Höhen von Frenois mit der erstaunlichen Nachricht zurück, daß der Kaiser selbst in der Festung wäre und sich sofort mit dem König in Verbindung setzen wolle.

Ein Augenblick überraschenden Schweigens trat ein.

„Das ist in der That ein großer Erfolg,“ sagte der König dann zu seinem Gefolge, „und ich danke Dir,“ so wandte er sich jetzt an den Kronprinzen, „daß Du mir dabei geholfen hast.“

Damit reichte der König seinem Sohne seine Hand, der sie küßte, und dann Moltke, der sie gleichfalls küßte. Zuletzt reichte er dem Kanzler seine Hand und sprach mit ihm einige Zeit allein.

Plötzlich sah man einige fremde Reiter mit einer Parlamentärflagge den Hügel heraufkommen; an ihrer Spitze befand sich der Ueberbringer der napoleonischen Botschaft, General Reille. Ungefähr zehn Schritt vor dem König vom Pferde steigend, näherte sich Reille, der kein Schwert trug und nur einen Rohrstock in seiner Hand hatte, mit tiefster Ehrfurcht Seiner Majestät und überreichte Ihr einen versiegelten Brief. Der König erbrach das Siegel und las:



General Reille erscheint als Napoleons Parlamentär bei Sedan.

"Monsieur mon frère! N'ayant pas pu mourir au milieu de mes troupes, il ne me reste qu'à remettre mon épée aux mains de Votre Majesté. Je suis de Votre Majesté le bon frère.

Napoléon.

Sedan le 1. Septembre."

Welch ein Augenblick! Der König war, wozu er allen Anlaß hatte, tief bewegt. Seine erste Handlung war ein Dankgebet zu Gott, worauf er sich zu der schweigenden Gruppe im Hintergrund wandte und sie von dem Inhalt des Briefes des gefangenen Kaisers unterrichtete. Der Kronprinz, Moltke und andere sprachen mit General Reille, während der König mit seinem Kanzler conferirte, der sodann den Grafen Hatzfeldt mit dem Entwurf einer Antwort auf den Brief des Kaisers beauftragte. Dieser Entwurf war in wenigen Minuten fertig und König Wilhelm schrieb ihn, auf einem Binsenstuhl sitzend, ab, wobei ihn ein anderer als Pult diente. Der König sagte darin einfach, daß, während er die Umstände bedauere, unter denen „wir uns begegnen," er den Degen des Kaisers annehme, und bat ihn, jemanden mit dem Abschluß der Capitulation seiner Armee zu beauftragen, die unter seinem Befehl so tapfer gekämpft hätte.

Es dunkelte bereits, als General Reille nach Sedan zurückritt, sein Weg wurde jedoch durch das schaurige Licht der in und außerhalb der Festung wüthenden Feuersbrünste erhellt, die den Abendhimmel mit blutigem Roth färbten. Schnell wie der Blitz hatte sich längs der ganzen deutschen Belagerungslinie die große glorreiche Nachricht verbreitet, daß der Kaiser und seine Armee kriegsgefangen wären. Ein unvergleichlicher, beneidenswerther Augenblick, unvergeßlich allen, die ihn miterlebten! So sehr sich auch die Truppen während des Tages angestrengt hatten, so wurden doch im Nu Ermüdung und Anstrengung in dem trunkenen Gefühl des Sieges vergessen. Und als die Abendsterne am Himmel aufgingen und die Hügel um Sedan in dem flackernden Schein der Wachtfeuer erglühten, da stiegen aus mehr als hunderttausend deutschen Kehlen klar und deutlich durch die Sommernacht die ergreifenden Klänge des frommen Gesanges: „Nun danket alle Gott" zum Höchsten empor. Dann senkte sich der Vorhang der Dunkelheit wieder über eines der tragischsten, erhabensten und folgenschwersten Schauspiele, die je in unserm Zeitalter dramatischen Wechsels und Wunders erlebt worden sind.

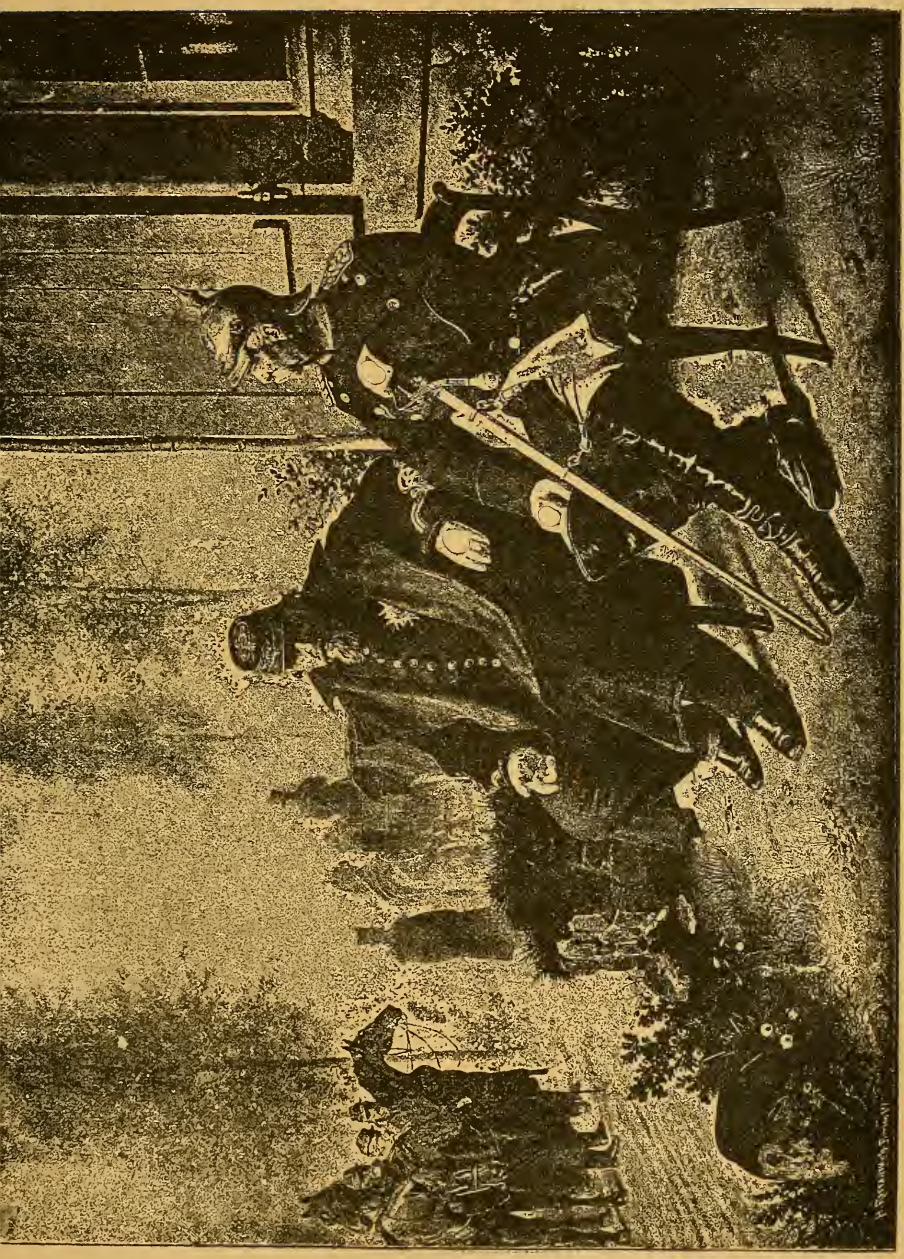
Der König kehrte am Abend nach Vendresse zurück, auf seinem Wege von den stürmischen Hochrufen der vorrückenden, die Nationalhymne singenden Truppen begrüßt, während Bismarck mit Moltke, Blumenthal und einigen Stabsoffizieren in dem ein oder zwei Meilen von Sedan entfernten

Dorf Doncherry zurückblieb, um die Verhandlungen wegen der Capitulation der französischen Armee zum Abschluß zu führen, für welchen Zweck bis zum nächsten Morgen um vier Uhr ein Waffenstillstand bewilligt worden war. Die französischen Unterhändler waren General von Wimpffen und Castelnau — ersterer für die Armee, letzterer für Napoleon. Die Verhandlungen dauerten verschiedene Stunden, hatten zunächst aber kein anderes Resultat, als die Verlängerung des Waffenstillstandes um weitere fünf Stunden (von vier Uhr bis neun Uhr am Morgen des 2. September).

Früh zwischen fünf und sechs Uhr wurde Bismarck, der noch fest in seinem Quartier schlief, von seinem Diener mit der Meldung geweckt, daß ein französischer General an der Thür sei und ihn zu sprechen wünsche. Er sprang im Nu aus seinem Bett und eilte ans Fenster, wo er entdeckte, daß sein Besucher wiederum General Reille war, der den Ritt nach Doncherry unternommen hatte, um ihm zu sagen, daß der Kaiser ihn (den Kanzler) zu sehen wünsche und sich schon auf dem Wege von Sedan befinde.

Bismarck versprach, sofort zu kommen und galoppirte ihm zwei Minuten später, „ungewaschen und ungefrühstückt", in der Richtung nach Sedan nach, sein Zimmer mit mährischen Traktaten und Nummern der „Täglichen Erquickung für gläubige Christen," mit denen er sich in den Schlaf gelesen hatte, überstreut zurücklassend. Er war noch nicht weit geritten, als er dem Kaiser in einem offenen Wagen (anscheinend einem Miethswagen), mit drei höheren Offizieren und ebenso vielen zu Pferde daneben, begegnete. Bismarck trug seinen Revolver im Gürtel, und des Kaisers Blick ruhte einen Augenblick darauf — nervös, wie wir annehmen dürfen. Vom Pferde steigend und den Kaiser „so höflich wie in den Tuilerien" begrüßend, fragte Bismarck nach seinen Befehlen. Napoleon, der weiße wildlederne Handschuhe trug und eine Cigarette rauchte, drückte zunächst den Wunsch aus, den König zu sehen, worauf Bismarck erwiderte, daß dies unmöglich wäre, da Seine Majestät fünfzehn englische Meilen davon, in Vendresse, ein Quartier habe.

Napoleon fragte sodann, ob Seine Majestät einen Ort bestimmt hätte, wohin er sich zunächst begeben solle, und eventuell, welches Bismarcks Meinung darüber sei, worauf dieser erwiderte, daß er, in vollständigster Dunkelheit angekommen, mit der Nachbarschaft ganz unbekannt wäre, daß er ihm jedoch gern sein eigenes Quartier in Doncherry zur Verfügung stelle. Der Kaiser nahm das Anerbieten an und fuhr im Schritt gen Doncherry, hielt jedoch Scheu vor einem etwaigen Zusammenlauf vor einer einsamen Arbeiterhütte, wenige hundert Schritte vor der in die Stadt führenden Maasbrücke an, und fragte Bismarck, ob er dort bleiben könne. „Obwohl



Napoleon und Bismarck am Morgen nach der Schlacht bei Sedan vor dem Weberhäuschen in Donchery.

frei von Verwundeten, war sie ärmlich und unrein. 'N'importe', meinte Napoleon, und ich stieg mit ihm eine gebrechliche, enge Stiege hinauf. In einer Kammer von zehn Fuß in Gevierte, mit einem fichtenen Tisch und zwei Binsenstühlen saßen wir eine Stunde, die anderen waren unten. Ein gewaltiger Contrast mit unserm letzten Beisammensein 1867 in den Tuilerien. Unsere Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten."

Nach seiner Unterredung mit Napoleon ritt Bismarck nach Chéhery (auf dem Wege nach Vendresse) in der Hoffnung, dort den König zu treffen und ihn von dem Stande der Lage zu unterrichten. Unterwegs begegnete er Moltke, der den von Seiner Majestät genehmigten Text der Capitulation bei sich hatte, die sodann bei seiner Rückkehr nach Bellevue ohne Widerspruch unterzeichnet wurde. Durch diese Capitulation ergaben sich 83,000 Mann als Kriegsgefangene, dazu die Festung Sedan mit 184 Geschützen, 350 Feldgeschützen, 70 Mitrailleusen, 12,000 Pferden und enormen Mengen von Kriegsvorräthen. Unter den Gefangenen befanden sich der Kaiser und einer seiner Feldmarschälle (MacMahon), 40 Generäle und 2825 verschiedene andere Offiziere, die jedoch alle durch die besondere Gnade König Wilhelms auf Ehrenwort entlassen wurden.

Sobald die Capitulation besiegelt und unterschrieben war, eilten Bismarck und Moltke zum König zurück, den sie ungefähr um Mittag auf den Höhen von Donchery antrafen. Seine Majestät ließ das wichtige Schriftstück Ihrem zahlreichen und glänzenden Gefolge, worunter auch verschiedene deutsche Fürsten waren, laut vorlesen. Gleichzeitig fügte der König einige Worte der Anerkennung für die bereits erzielten großen Resultate hinzu und sprach seinen Dank jedem aus, „der ein Blatt zum Lorbeer- und Ruhmeskranz unseres Vaterlandes hinzugefügt." Und jetzt, wo ein Appell an das Mitleid seitens des Kaisers nicht mehr zu erwarten war, ritt der König, begleitet von dem Kronprinzen, nach dem Schlosse Bellevue, um den gefangenen Monarchen aufzusuchen. „Um ein Uhr," schrieb Seine Majestät an Königin Augusta, „brachen Fritz und ich, begleitet von einer zum Stabe gehörigen Cavalleriescorte, auf. Ich stieg beim Schlosse vom Pferde herab und der Kaiser kam heraus, mir entgegen. Der Besuch dauerte eine Viertelstunde. Wir waren beide tief bewegt. Ich kann nicht schildern, was ich bei der Unterredung fühlte, nachdem ich Napoleon vor kaum drei Jahren auf der Höhe seiner Macht gesehen." „Als der Kaiser herauskam," sagte Bismarck, „standen in seinen Augen große Thränen. Bei mir war er nicht so gerührt gewesen, sondern hatte eine würdige Haltung bewahrt."

Während der Kaiser jetzt traurig und gebrochenen Herzens den letzten Tag in seinem Reich vor seiner Abreise nach dem ihm als Aufenthaltsort angewiesenen Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel, das sonderbarerweise einst die Residenz seines Onkels, des Königs Jerome von Westfalen gewesen war, verbrachte, hielt König Wilhelm mit Bismarck und all seinen übrigen Paladinen einen Umritt durch die sämmtlichen von den deutschen Armeen eingenommenen Stellungen. Fünf lange Stunden über Berg und Thal, von Batterie zu Bataillon, und von Corps zu Corps, durch all die verschiedenen in Waffen stehenden Stämme des Vaterlandes hindurch, ritt der glänzende Zug, wo immer er auch erschien, von rauschender Musik und beispiellosem Hochrufen begrüßt.

Am nächsten Tag schloß sich Bismarck wieder dem Hauptquartier des Königs in Vendresse an und nahm Theil an dem Bankett, bei welchem der König beim Champagner, der jetzt zum erstenmal während des Feldzuges herumgereicht wurde, den folgenden Trinkspruch ausbrachte:

„Wir müssen heute aus Dankbarkeit auf das Wohl meiner braven Armee trinken. Sie, Kriegsminister von Roon, haben unser Schwert geschärft; Sie, General von Moltke, haben es geleitet; und Sie, Graf Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf seinen jetzigen Standpunkt gebracht. Lassen Sie uns also auf das Wohl der Armee, der drei von mir Genannten und jedes einzelnen unter den Anwesenden trinken, der nach seinen Kräften zu den bisherigen Erfolgen beigetragen hat."

Ganz Deutschland schwamm in einem Taumel der Freude und Dankbarkeit; denn war je ein Sieg dagewesen, wie Sedan — so groß, so vollkommen und so folgenschwer in seinen Ergebnissen? Ein Schauer des höchsten Stolzes und der Genugthuung rann durch die Nation bei dem Gedanken, daß die Tage ihrer Uneinigkeit und ihrer Schwäche endlich vorüber waren, daß sie aufgehört hatte, ein einfacher geographischer Begriff, ein Spott, ein Beiwort und die Beute jedes Fremden zu sein, und daß sie jetzt in ihrer wirklichen Eigenschaft als die erste Militärmacht der Welt dastand. Das Trugbild der französischen Suprematie, das so lange seine Vampirflügel über ein furchtsames und unterwürfiges Europa ausgebreitet hatte, war wie ein Nebelbild in dem Rauche, der das Schlachtfeld von Sedan eingehüllt hatte, verschwunden und hatte das „gründliche, solide, fromme und friedliebende Deutschland" als Herrin des Continents zurückgelassen.

Kaum war dieser große Erfolg durch das einmüthige Zusammenwirken der nationalen Waffen herbeigeführt worden, als sich auch schon in den

Südstaaten laut und gebieterisch das Verlangen erhob, dem Ganzen durch das Werk der politischen Einigung die Weihe zu verleihen. Die Zeit war jetzt da, wo der Süden, wie Bismarck vorausgesagt hatte, freiwillig kam und an die Thür des Nordens klopfte. Es war, als ob der Sonnenschein des Sieges nach langer Dauer die Frucht der deutschen Einheit plötzlich zur Reife gebracht hätte. Einen Beweis dieser Einheit bot die Energie, mit der die ganze Nation jetzt einstimmig Elsaß-Lothringen als den Preis für das bereits vergossene Blut forderte und gegen die gerüchtweise verlautete Absicht der fremden Diplomatie, zwischen den kriegführenden Mächten zu vermitteln, protestirte. Kaum hatte sich deshalb der Pulverdampf der siegreichen Schlacht von den mit Todten bedeckten Höhen von Sedan verzogen, als schon wieder auf der ganzen deutschen Linie der Befehl: „Vorwärts, nach Paris, immer vorwärts!" gegeben und mit einer Begeisterung aufgenommen wurde, wie sie einst die Soldaten des Xenophon ergriff, als sie das Meer wieder erblickten. Es gab, da Bazaine in Metz eingeschlossen und MacMahons Armee sich kriegsgefangen auf dem Wege über den Rhein befand, jetzt nichts, was den Marsch der deutschen Heere gegen die französische Hauptstadt hätte aufhalten können, und vorwärts eilten sie deshalb mit einer Geschwindigkeit, die sie in wenig mehr als zwei Wochen (am 19. September) in Sicht ihrer goldenen Dome und glänzenden Thürme brachte.

Hatte aber nicht König Wilhelm bei dem Einzug in Frankreich feierlich erklärt, daß er mit den Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs Krieg führen wolle? Und hatte er nicht bereits die meisten feindlichen Soldaten aus dem Wege geräumt? Allerdings! Es wuchsen aber neue Horden gallischer Kämpfer, wie die Ernte einer Saat von Drachenzähnen, aus dem Boden hervor, alle von dem unerschütterlichen Entschluß beseelt, mit dem Eindringling nicht zu verhandeln, sondern ihm bis auf den letzten Tropfen Blut zu widerstehen. „Wir werden nicht einen Zoll breit unseres nationalen Gebietes, nicht einen Stein von unseren Festungen abtreten" — dies waren die trotzigen Worte, die Herr Jules Favre den vorrückenden Deutschen entgegenschleuderte. Wer hatte jedoch Herrn Jules Favre ermächtigt, eine solche Sprache im Namen Frankreichs zu führen und einen Krieg bis aufs Messer zu proklamiren? War Herr Jules Favre Auswärtiger Minister des Kaiserreichs? Das Kaiserreich! Ach, das war bereits ein Ding der Vergangenheit, mit dem Kaiser gegangen und verschwunden, wie der Geist von Hamlets Vater beim ersten Hahnenschrei; schon war eine Republik an seine Stelle getreten, die zwei Tage nach Sedan von einigen leidenschaftlichen Rednern ausgerufen war, welche kraft ihrer selbstverliehenen Ministermandate jetzt die Geschicke Frankreichs lenkten. Als Sprecher

dieser republikanischen Regierung, wie sie sich nannte, erklärte Herr Jules Favre, ohne Zeit zu verlieren, daß Frankreich, ehe es einen demüthigenden Frieden abschlösse, sich lieber auf dem Altar der Selbstvertheidigung opfern würde.

Am Tage der Proclamirung der französischen Republik, dem 4. September, verließ Bismarck Vendresse und brachte die Nacht in Rethel zu, von wo er am nächsten Tage in Rheims ankam. Hier in der schönen alten Krönungsstadt der französischen Könige, mit ihren prächtigen Kirchen, ihren Geschichtsdenkmälern, ihrem römischen Triumphbogen und ihren riesigen Kellereien mit dem feinsten Champagner, blieb das Hauptquartier neun Tage, bis die als Kundschafter vorausgesandten Ulanen die Thürme von Paris erblickten. Die Zeit verging schnell, da sehr viel diplomatische Arbeit zu thun war. Wenn Moltke mit gefurchter Stirn und auf dem Rücken gefalteten Händen, „der nachdenklichen Haltung des Großen Napoleon," in den Seitenflügeln der Kathedrale auf- und abging, weitere Eroberungspläne erdenkend, verfaßte Bismarck in seinem luxuriösen Quartier im Hause des Bürgermeisters Rundschreiben, dictirte Communiqués für die Presse und unterhielt sich mit seinen Gästen über die politische Seite des Krieges. An einem Tage machte er mit dem Könige einen Ausflug nach dem jetzt verlassenen Lager von Châlons, und am Sonntag wohnte er dem Gottesdienst in der protestantischen Kirche bei, wozu eine Militärkapelle die Musik lieferte, und lauschte mit ebensoviel Genuß, wie sein königlicher Herr, einer Predigt über den Text: „Und die Männer von Israel gingen aus Mizpeh und verfolgten die Philister, und trieben sie, bis sie nach Beth-kar kamen."

Auf Beth-kar, d. h. Paris, waren die Deutschen jetzt in schnellem Anmarsch. Rheims am 14. verlassend, brachte Bismarck die Nacht in Château-Thierry zu, und traf am nächsten Tage in Meaux ein, wo er Quartier in dem prächtigen Schlosse der Vicomtes de la Motte fand. Hier schlossen sich dem Kanzler zwei Geheimschutzleute aus Berlin an, die ihm von nun an in Civilkleidung auf allen seinen Ausgängen folgten. Von Meaux siedelte das Hauptquartier in einigen Tagen nach Ferrières über und richtete sich in dem prächtigen Schlosse des Barons Rothschild ein, der, obwohl er früher preußischer Generalconsul gewesen, bei Annäherung der Preußen nach Paris geflohen war und sein Schloß mit seinen unschätzbaren Kellereien unter der Obhut seines Verwalters zurückgelassen hatte. Hier fanden die Preußen ihr Capua, und es darf nicht befremden, daß sie es mehr als vierzehn Tage mit ihrer Gegenwart beehrten. Die Fasanen und das in zahlreichen Herden in den zum Schloß gehörigen Gehegen befindliche

Wild, dazu die auserlesenen Weine in dem Keller des jüdischen Millionärs lieferten den preußischen Anführern „Proviant" von einer Art, die Dougald Dalgetty bewogen haben würde, bei ihnen und bei niemand anders Dienste zu nehmen. Da der König das Eigenthum seines entflohenen Wirthes zu schonen wünschte, hatte er alle Jagd im Park verboten; einmal jedoch, als Seine Majestät zu einer Truppenrevue ausgefahren war, schlüpften Bismarck, Moltke und einige andere in das Gehege, um ein wenig unter den Fasanen aufzuräumen. „Mich können sie nicht verhaften," sagte der Kanzler, unter Hinweis auf das Verbot des Königs, „da sie sonst niemand hätten, der nach dem Frieden sehen würde."

Bismarck hatte jedoch in Ferrières weit wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als in Champagner gedämpfte Fasanen zu schmausen, oder es sich in seinem Schlafrock im Privatkabinett des Barons von Rothschild bequem zu machen. Einige Tage vor seiner Ankunft daselbst hatten die Franzosen nämlich zum erstenmal den Wunsch nach Unterhandlungen zu erkennen gegeben. In Meaux (am 15. September) hieß es vor Tische, daß ein Parlamentär aus Paris angekommen sei, und man zeigte im Hofe vor dem Hause des Chefs auf einen schlanken, dunkelhaarigen, jungen Mann. Es war dies Mr. (jetzt Sir) Edward Malet, Secretär der Britischen Botschaft in Paris, der einen Brief von Lord Lyons überbrachte, worin dieser anfragte, ob Bismarck mit Herrn Jules Favre über die Bedingungen eines Waffenstillstandes verhandeln wolle. England hätte für diesen Annäherungsversuch keine geeignetere Persönlichkeit finden können, als den Sohn des Mannes, der in der Zeit des alten Bundestages Bismarcks liebster Gefährte in Frankfurt am Main gewesen war. Die gewünschte Zusammenkunft mit Favre wurde unschwer vereinbart; sie war dramatisch genug, diese denkwürdige Unterredung des deutschen Kanzlers mit dem französischen Minister. Der letztere, ein ziemlich großer Mann mit grauem Backenbart, einem etwas jüdischen Gesichtsausdruck und einer hängenden Unterlippe, zu Thränen, Gestikulationen und anderen dramatischen Manieren geneigt, voll Gemüth und dichterischen Gefühls, ein hochmüthiger Bittsteller für sein überwältigtes Land; der erstere kalt und gebieterisch in dem Bewußtsein des Sieges und unwiderstehlicher Stärke, höflich aber fest, schrecklich geschäftsmäßig in jedem Wort, und gegen den Anruf an seine Barmherzigkeit — in einem Falle, in dem Gerechtigkeit und Klugheit dem Mitgefühl geboten, die Ohren zu schließen — so taub wie Moloch gegen seine Opfer.

Wie vorauszusehen war, verliefen die Unterredungen in Haute Maison und in Ferrières ohne Ergebniß. Der wirkliche und hauptsächlichste Zweck von Favres Besuch galt der Erörterung der Bedingungen eines Waffenstill-

standes, der die Einberufung einer Nationalversammlung zu Anerkennung der provisorischen Regierung der nationalen Vertheidigung ermöglichen und so Frankreich die völkerrechtlichen Mittel zu Friedens-Verhandlungen liefern sollte. Anstatt sich jedoch an das Geschäft zu halten, das ihn in das preußische Hauptquartier geführt hatte, ließ sich der Franzose durch seine Empfindungen in eine „akademische Beleuchtung von Gegenwart und Vergangenheit verleiten, deren sachlicher Kern sich auf die Erklärung beschränkte, jede mögliche Geldsumme (tout l'argent que nous avons) in Aussicht zu stellen, Landabtretungen dagegen ablehnen zu müssen." „Straßburg ist der Schlüssel unseres Hauses, und ich muß ihn haben," sagte Bismarck wiederholt, was Herrn Favre zu einer rednerischen Leistung über die Ungeheuerlichkeit, mit der Monsieur de Bismarck Frankreich dergestalt zu demüthigen und entehren suchte, veranlaßte.

Dies war in Haute Maison. Die Conferenzen nahmen jedoch einen praktischeren Verlauf in Ferrières, wo nur die Waffenstillstandsfrage zur Erörterung gelangte. „Ich verlangte vierzehn Tage," schrieb Favre. „Sehr wohl, Herr Minister, hier haben Sie unsere Bedingungen," erwiderte Bismarck, indem er seinem Besucher ein Dokument überreichte, welches Deutsch geschrieben war, zum Zeichen, daß der Gründer der Einheit des Vaterlandes Französisch nicht länger als die ausschließliche Diplomatensprache anerkennen wolle. Die Unterredung dauerte fort, bis Favre nahezu ohnmächtig wurde. „Bei diesem Punkte," schrieb er, „war meine Kraft aufgebraucht, und ich glaubte, ich würde in Ohnmacht fallen. Ich wandte mich ab, um die Thränen zu trocknen, die ich nicht länger zurückhalten konnte, und verabschiedete mich sodann, für diese unfreiwillige Schwäche um Nachsicht bittend."

Herr Favre kehrte nach Paris zurück und schrieb Bismarck sofort, daß seine Bedingungen von den Mitgliedern der Nationalvertheidigung verworfen wären. Zu diesem Entschluß ließ sie sich zweifellos durch die Ueberzeugung bewegen, daß die von Herrn Thiers unternommene Rundreise in die wichtigsten Hauptstädte Europas ihr Ziel erreichen und die Mächte zu einer diplomatischen oder sogar bewaffneten Intervention zu Gunsten Frankreichs veranlassen würde. Bismarck hatte dagegen die neutralen Mächte ernstlich davor gewarnt, „einen Akt der Grausamkeit gegen die französische Nation zu begehen, indem sie zulassen, daß die Pariser Regierung im Volke unerfüllbare Hoffnungen auf Intervention nähre und dadurch den Kampf verlängern." Ungeachtet dieser deutlichen Warnung wies die provisorische Regierung trotzig die Bedingungen des Waffenstillstandes zurück und erklärte der Welt, „daß Preußen den Krieg fortführen

wolle, um Frankreich auf den Stand einer Macht zweiten Ranges wieder zurückzuführen," eine Beschuldigung, die Bismarck sofort durch die kalte Logik der Thatsachen zu widerlegen suchte.

Der Marsch der militärischen Ereignisse war inzwischen ein schneller und entscheidender. Einige Tage nach der fruchtlosen Unterredung in Ferrières hatte Toul capitulirt, Straßburg „der Schlüssel unseres Hauses" war gefallen, und Metz fing an zu verzweifeln. Außerdem hatten die Deutschen Paris mit einem Ring von Batterien und Bajonetten umgeben und durchstreiften das Land bis zur Loire. Die Diplomatische Körperschaft in Paris, schrieb Favre an Bismarck, möchte gern erfahren, wann das Bombardement seinen Anfang nehmen wird, um die Stadt zu verlassen. Er bedaure, erwiderte jedoch Bismarck, daß er aus Rücksichten militärischer Natur verhindert sei, irgendwelche Information über die Zeit wie Art und Weise des bevorstehenden Angriffes auf die Pariser Festung zu ertheilen. Der schönen, majestätischen, sybaritischen Sünderin Paris, der Stolz, Wuth und Großthuerei die Vernunft geraubt hatten, wurde also die deutsche Zwangsjacke angelegt, trotzdem ließ sie durch keinerlei Zeichen merken, daß sie zur Einsicht gelange, sondern gebärdete sich unter den Händen ihres grimmigen, rücksichtslosen Wärters nur noch wüthender. Der Wärter wies die Cabinette auf die Folgen dieses zwecklosen Widerstandes seitens Frankreichs hin und lehnte von vornherein alle Verantwortung für die schrecklichen Leiden ab, denen sich Paris, durch seinen unsinnigen Widerstand bis auf's Messer, aussetzen würde. Dieses Rundschreiben an die Mächte entwarf er am 4. Oktober in Ferrières, und der nächste Tag sah ihn bereits in Versailles im Schatten des Palastes der Könige Frankreichs eingerichtet und eifrig an der Arbeit.

In Versailles blieb Bismarck fünf Monate (vom 5. Oktober bis 6. März), während welcher Zeit er in dem Hause einer Madame Jessé einquartirt war, die ihrem Gaste später einige sehr häßliche Sachen nachsagte. Madame Jessé war jedoch nicht die einzige, die den Kanzler verläumdete, da die Pariser Journalisten jetzt auf's neue bewiesen, was er einmal von sich selbst gesagt hatte, daß er der bestgehaßte Mann in Europa sei. Wie Affen in ohnmächtiger Wuth an dem Gitter ihres Käfigs rütteln und aus Wuth ihre Zähmer bespucken, so ergossen jetzt die Boulevard-Helden von der Feder ihren ganzen Zorn über den Mann, der ungeduldig darauf wartete, daß die Kanonen ihren Mund gegen die hochmüthige Stadt öffneten, um sie zur Uebergabe zu zwingen. Sie beschrieben ihn als „die Verkörperung des bösen Prinzips", als den „Antichrist", als den modernen „Machiavelli", als einen „diplomatischen Vesuv", als einen „verschmitzten Barbaren" und

als ein mit Verbrechen befleckes Ungeheuer, welches über das vergossene Blut der von ihm geopferten Millionen frohlockte. Und nicht allein wäre er als Staatsmann herzlos, gottlos und gewissenlos, sondern auch in seinem privaten Leben ein Teufel und Ritter Blaubart. Stets prügele er seine Frau mit der Hundepeitsche und erküre sie zum Opfer seines brutalen Jähzorns. Er halte einen Harem, vor dem keine Ladenmamsel in Berlin sicher sei, und hätte einmal sogar, in eine besonders schöne Nonne verliebt, einige Bösewichter gedungen, um sie aus ihrer tugendhaften Einsamkeit zu entführen und ihm auszuliefern. In Berlin sollten mindestens fünfzig Bastarde von ihm herumlaufen. Seiner Mißhandlungen überdrüssig, sei eine seiner Maitressen mit einem russischen Edelmann in's Theater gegangen, aber auch dorthin sei ihr grausamer Besitzer ihr gefolgt und habe auf ihre bloße Schultern mit einer Reitpeitsche dreingeschlagen. Er beute seine diplomatischen Geheimnisse aus, um an jeder europäischen Börse zu spekuliren, und er hätte wiederholt jedes der zehn Gebote gebrochen.

Es war jedoch zwischen dem Kanzler und der Nation, die ihn in einem solchen Zerrbild darstellte, wenig Freundschaft verloren, und seine eigenen Ansichten über den französischen Charakter waren mehr als hinreichend, um ihn für die Schmähungen auf den Boulevards zu trösten. Er sah Apollo, der aus Einbildung und Eifersucht Marsyas geschunden und aus den gleichen Gründen die Kinder der Niobe erschlagen hatte, für den vollendeten Typus eines Franzosen an, der es nicht ertragen konnte, daß ein anderer die Flöte besser oder ebenso gut als er zu spielen vermochte. „Sie sind ein schmutziges Volk, diese Franzosen," sagte er einst, und es steht ziemlich fest, daß er den Glauben seiner Frau betreffs ihres gänzlichen Mangels an jener Frömigkeit, die aus dem Gebrauch von Seife, Wasser und rauhen Handtüchern hervorgehen soll, vollständig theilte. „Ich fürchte," schrieb ihm die Gräfin aus Deutschland, „daß es in Frankreich keine Bibeln giebt; ich will dir deshalb bei erster Gelegenheit ein Psalmbuch senden, damit du darin die Prophezeihung gegen die Franzosen nachlesen kannst: „Du wirst es sehen, daß die Gottlosen ausgerottet werden." Von der Natur und Beschaffenheit der Franzosen hatte der Kanzler nur eine geringe Meinung. „So eine Compagniefront," sagte er einmal, „ist doch wenigstens fünf Fuß breiter, als eine französische — besonders bei der pommerischen Landwehr." Und wie er wenig Kraft bei den Männern fand, so entdeckte er auch bei den Frauen keine Schönheit. „Ich bin ziemlich viel durch Frankreich gekommen — auch im Frieden, ja — ich erinnere mich aber nicht, irgendwo ein hübsches Landmädchen gesehen zu haben, oft aber abschreckend häßliche Dinger. Aber ich glaube, daß es welche gibt, nur gehen sie, wenn sie hübsch

sind, nach Paris und verwerthen es." Politesse de coeur, argumentirte der Kanzler, wäre ein in Frankreich überhaupt nicht einheimischer Artikel. Was immer auch von dem Satze gesagt würde, die Sache selbst bestände nur unter den Deutschen, obwohl auch die Engländer, wie er zugeben wolle, etwas davon besitzen könnten. Natürliche, einem geschliffenen Diamanten unvergleichbare, Höflichkeit wäre bei den gemeinen Soldaten König Wilhelms zu finden, während die entsprechende Eigenschaft der Franzosen nur eine aus Neid und Haß hervorgegangene Nachahmung der echten Münze wäre. Einige der besten Männer des französischen Volkes entstammen zudem dem deutschen Element in Elsaß-Lothringen, obwohl dieses von den Parisern, die es verspotteten und lächerlich machten, geflissentlich niedergedrückt würde. Die Franzosen selbst bestanden nach der Erklärung des Kanzlers aus Parisern und Provinzialen, wobei die letzteren die willfährigen Heloten der ersteren wären. Frankreich wäre eine Nation von Zahlen, weiter nichts als eine Menge. Es besäße Reichthum und Eleganz, aber keine individuellen Männer, und könnte nur in der Menge handeln. Sie seien nichts als dreißig Millionen gehorsamer Kaffern. Unter einem anerkannten Führer wären sie sehr mächtig, jedoch nicht so sehr, wie es die Deutschen sein könnten, wenn sie nicht von jenen unendlichen Meinungsverschiedenheiten zerrissen wären, die aus einer unabhängigen Denkweise hervorgingen. Ethnologisch betrachtet sei die keltische Rasse weiblichen Geschlechts, dagegen das deutsche Volk das männliche, ganz Europa durchdringende und befruchtende Element. Wo immer deutsches Blut vorwiege, ginge alles seinen guten Gang; wo dies aber ausstürbe, dann adieu Ordnung und Fortschritt. Das Pflichtgefühl eines Mannes, der einsam und im Dunkeln sich lieber auf seinem Posten erschießen lassen, als ihn verlassen würde, sei den Franzosen nicht zu eigen, wohl aber belebe es die Deutschen, bei denen es eine Folge des in ihnen noch nicht erloschenen religiösen Gefühls sei, das ihnen sage, daß „jemand sie sähe, wenn auch nicht ihr Leutnant." Theatralisches Posieren ginge den Franzosen über alles, und jeder von ihnen würde gerne die Peitsche über sich ergehen lassen, wenn nur die ganze Zeit hindurch Reden über Freiheit und Männerwürde mit den entsprechenden Stellungen gehalten würden. „Ziehe man einem solchen Gallier die weiße Haut ab," sagte der Fürst einmal unter Hinweis auf die grausame Art und Weise der französischen Kriegsführung, „so hat man einen Turko vor sich."

Der Kanzler hatte inzwischen an den diplomatischen Aufgaben, die der Krieg im Gefolge führte, genug zu thun. So gleichgültig war ihm die Regierungsform, unter der Frankreich sich wieder constituiren mochte,

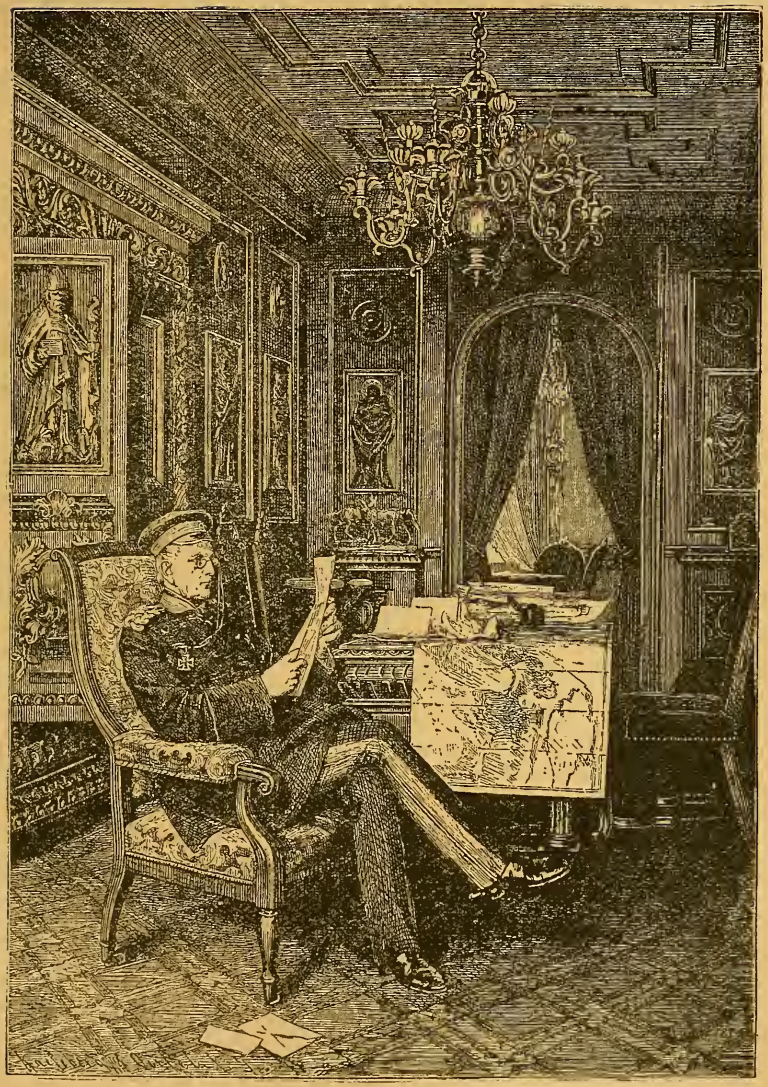
daß er selbst der Wiedereinsetzung Napoleons seine Zustimmung gegeben hätte, wenn dieser sich auf dem Thron hätte behaupten und seinen Verpflichtungen nachkommen können. Dies geht aus dem Bericht über seine geheimen Verhandlungen mit General Boyer hervor, der Mitte Oktober als Gesandter Bazaines in Versailles eintraf, um wegen Uebergabe der Rhein-Armee zu unterhandeln, die jetzt in dem hungernden Metz mit Schnelligkeit der Periode ungesalzenen Pferdefleisches und Schuhleders zutrieb. Mit Bismarcks Ultimatum, welches genug Forderungen enthielt, nach Metz zurückgekehrt, reiste General Boyer von dort nach England, um es der Kaiserin vorzulegen. Ihre Majestät verlangte in Ihrer Antwort (durch den Grafen Bernstorff) zunächst einen vierzehntägigen Waffenstillstand mit der Erlaubniß, Metz mit Proviant zu versehen, und erklärte außerdem, daß sie nie einer Abtretung französischen Gebiets (als der Grundlage eines Friedensvertrages) ihre Zustimmung ertheilen würde. Hierauf schrieb König Wilhelm der Kaiserin zurück, daß er es ablehne, die Verhandlungen fortzuführen, während Bismarck durch Prinz Friedrich Karl dem Marschall Bazaine depeschirte, daß die ihn aus London erreichenden Vorschläge absolut unannehmbar wären, und er zu seinem großen Bedauern nicht länger für möglich hielte, durch politische Verhandlungen zu einem Resultate zu gelangen.

Vier Tage darauf hatte sich das von Hungersnoth und Krankheiten heimgesuchte verzweifelte Metz bedingungslos übergeben, und die Rheinarmee, die aus etwa 173,000 Mann, darunter drei Feldmarschälle, fünfzig Generäle und 6000 Offiziere, bestand, fiel, die letzte Hoffnung und Stütze des Kaiserreichs, mit mehr als 1400 verschiedenen Geschützen und ungeheuren Vorräthen an anderen Waffen und sonstigem Kriegsmaterial in die Hände der Deutschen. Bei Sedan hatte das Kaiserreich einen ernsten, wenn auch nicht tödtlichen Schlag empfangen. Jetzt war es mausetodt! Immerhin aber ist es von Interesse, darüber nachzudenken, was die Zukunft Frankreichs gewesen wäre, wenn Bazaine und die Kaiserin die Bedingungen angenommen hätten, unter denen Bismarck dem sterbenskranken Kaiserreich die Wohlthat seiner militärärztlichen Behandlung angedeihen lassen wollte. Als es aber zuletzt trotz aller Electrisirversuche nicht mehr genug Leben bewies, um einen gültigen Vertrag unterzeichnen zu können, gab er ihm den Gnadenstoß und machte sich daran, der neugeborenen Republik zu ihrer Mündigkeit zu verhelfen, um so früh wie möglich mit einer verantwortlichen Regierung in Friedens-Verhandlungen zu treten, die sein einziges Ziel waren.

Schon am 9. October, eine Woche vor der Ankunft des Generals

Boyer in Versailles, und kaum zwei Wochen nach dem Fehlschlagen der Waffenstillstands-Verhandlungen mit Favre in Ferrières, hatte Bismarck aus eigenem Antriebe der Pariser Regierung aufs Neue Gelegenheit geboten, Frankreich durch die Wahlen aus einer Anarchie zu befreien, die Friedensunterhandlungen unmöglich machte. Der amerikanische General Burnside theilte der Pariser Regierung dieses großmüthige Anerbieten mit, kehrte jedoch bald, in seinen Hoffnungen getäuscht, nach Versailles mit dem Eindruck zurück, daß Paris nur noch ein „Bedlam von Affen" wäre. Unmittelbar darauf verließ Gambetta — der „Hauptnarr" in diesem „Narrenhaus" — Paris in einem Luftballon und erließ, wieder zur Erde gekommen, einen heftigen Protest gegen die Volkswahlen (für die constituirende Versammlung), die ursprünglich auf den 2. October angesetzt, dann jedoch auf den 16. October verschoben worden waren. Die provisorische Regierung war offenbar noch immer entschlossen, nicht eher zu unterhandeln, bis der letzte Deutsche von dem Boden Frankreichs vertrieben war; es blieb den Deutschen deshalb nichts übrig, als durch Gewalt der Waffen einen günstigen Frieden zu erzwingen, selbst wenn Paris darüber vom Geschick von Sodom und Gomorrha betroffen werden sollte.

Lauter und lauter krachten und stöhnten die Eisenbahnbrücken unter der Wucht der ungeheuren Belagerungsgeschütze, die mit ihren bergehohen Vorräthen von Munition schnell aus Deutschland herbeigeschafft wurden, um die dem Untergang geweihte, aber immer noch halsstarrige Stadt unbarmherzig mit einem Hagel von Feuer und Eisen zu überschütten. So schrecklich ernst schienen es die Deutschen zu meinen, und so beunruhigend wurde der Lärm ihrer Vorbereitungen, daß Europa bei dem Gedanken an die furchtbare und beispiellose Katastrophe, die der schönen, vielbesuchten Weltstadt mit ihren Millionen unschuldiger Bewohner und ihren unersetzlichen Kunstschätzen, wissenschaftlichen Sammlungen und ihren geschichtlichen Erinnerungen bevorstand, schauderte. Europa wurde von Mitleid und Unruhe ergriffen, und seine Empfindungen gelangten durch Lord Granville zum Ausdruck, der, wie ein zweiter Abraham für die Städte in der Ebene um Gnade bittend, an Preußen einen nahezu demüthigen Aufruf zu Gunsten des belagerten Paris richtete. Bismarck gab wiederum das Ungeheure des Unglücks zu, das ein Bombardement von Paris im Gefolge haben würde, wies jedoch darauf hin, daß jedes andere Mittel, um die „Bedlam-Stadt" zur Einsicht zu bringen, erschöpft worden wäre. Den Aufforderungen der neutralen Mächte endlich nachgebend, traf Herr Thiers am 31. Oktober in Versailles ein, um wegen eines Waffenstillstandes zu verhandeln, der wiederum die Einberufung einer Nationalversammlung



Moltke in seiner Wohnung in Versailles.

zum Zweck hatte. Es war dies der zweite förmliche Versuch der Franzosen, einen Waffenstillstand zu erhalten, er schlug jedoch, wie die früheren Bemühungen von Jules Favre, fehl.

An demselben Tage (31. Oktober), an dem Herr Thiers in Versailles eintraf, geschah ein denkwürdiges Ereigniß in St. Petersburg. An eben diesem Tage erklärte nämlich Fürst Gortschakoff kühn dem verdutzten Europa, daß Rußland sich nicht länger durch den Pariser Vertrag von 1856 für gebunden erachte, der u. a. Rußlands Aktionsfreiheit im Schwarzen Meere — einem offenbar russischem See — beschränkte. "La Russie ne boude pas, elle se recueille" — das war die Parole, die Fürst Gortschakoff nach dem Krimkrieg bei Uebernahme seines Amtes ausgegeben hatte. Unter ihm hatte sich Rußland thatsächlich für die erwünschte, jetzt herbeigekommene Gelegenheit gesammelt und plötzlich mit leichter Mühe die ihm von seinen Feinden in der Stunde seiner Noth und Niederlage auferlegten Fesseln abgeschüttelt. Durch seine neutrale, aber trotzdem wachsame Haltung hielt Rußland Oesterreich ab, dem kämpfenden Deutschland in die Flanke zu fallen. Weiter hatte der Czar bei Empfang der Nachricht von Sedan ein Bankett gegeben, auf die Gesundheit seines kämpfenden Onkels von Preußen getrunken und seinen höchsten Orden, den St. Georgsorden, dem Gewinner jenes beispiellosen Sieges, Moltke, verliehen. Der Czar that dies und noch mehr und erntete jetzt die Belohnung für seine Anhänglichkeit an Preußen.

England, so protestirte Lord Granville, gestehe Rußland nicht das Recht zu, sich in so wenig cavalierer Weise über einen Vertrag wegzusetzen, von dem es nur durch die Collektivzustimmung der anderen Vertragsmächte entbunden werden könne; gleichzeitig deutete er mit gutgeheucheltem Ernst auf künftige Verwickelungen u. s. w. „Künftige Verwickelungen!" rief Bismarck verächtlich bei Empfang der Depesche des edlen Lord aus. „Parlamentarische Mundhelden, die nichts wagen wollen. Der Nachdruck liegt auf dem Worte ‚Zukunft'. Das ist die Redeweise, wenn Leute nichts thun wollen." Entschlossen, die Russen ihren eigenen Weg gehen zu lassen und ihnen dabei sogar zu helfen, war es jetzt seine Sorge, diese Absicht in der England am wenigsten unangenehmen Weise auszuführen. Die Schwarze Meeres-Klausel hatte den Todesstoß bekommen und bereits das Zeitliche gesegnet; es lag jedoch kein Grund vor, weshalb sie wie ein Hund in einen Graben geworfen und nicht mit der einem Leichenbegängniß üblichen Trauer zur Ruhe getragen werden sollte. Nichts ist so sehr geeignet, entfremdete Verwandte miteinander zu versöhnen, als ein offenes Grab und ein gemeinschaftlicher Trauergegenstand. So dachte jedenfalls auch Bismarck, als er vorschlug, daß die Mächte zusammentreten und ein jämmerliches Klagelied

über der Leiche ihres bedauernswerthen Sprößlings anstimmen sollten. Eine prächtige Idee! Eine diplomatische Konferenz zur Abhaltung einer post mortem-Untersuchung über den ermordeten Körper der Schwarzen Meeres-Klausel!

Am 17. Januar 1871 nahm die Untersuchung in London formell ihren Anfang, und der Vorsitzende des Gerichtshofes, Lord Granville, belehrte die anwesenden europäischen Geschworenen mit ernster Miene darüber, daß sie alle, ohne sich vorher ein bestimmtes Urtheil gebildet zu haben, mit vollständiger Rede- und Willensfreiheit erschienen seien. Einstimmig bestätigten sie darauf den abstracten Grundsatz, daß kein Staat ohne die Mitwirkung der anderen contrahirenden Parteien seine Verpflichtungen vernichten könne. Nachdem der Geschäftsweg dergestalt durch eine Fiction und eine Formel geebnet war, endete die Conferenz damit, daß sie Rußland von jenen Verpflichtungen freisprach, von denen es sich bereits selbst befreit hatte. Internationales Recht hatte über selbstherrliche Launen triumphirt, und Europa blieben die Schrecken eines Weltkrieges erspart! Das Untersuchungsgericht hatte das Urtheil „todt gefunden" abgegeben mit dem Zusatz, es sei nicht erwiesen, daß ein Mord begangen worden wäre. Nie zuvor hatte sich unter der Sonne eine größere Posse abgespielt; was blieb England unter den Umständen übrig, als die leitende Rolle darin zu übernehmen?

Von Tag zu Tag mehr zunehmend, waren die Leiden der Belagerten in Paris jetzt beinahe unerträglich geworden. Hungersnoth, Anarchie, Krankheit, Verzweiflung und Tod hielten in der stolzen, trotzigen Stadt eine reiche Ernte. Noch einmal indeß — es war am nächsten Tage, nachdem die überraschten Posten auf den Mauern den fernen Donner der aus Versailles herüberdringenden Hochrufe auf den neuen deutschen Kaiser vernommen hatten — noch einmal erhob sich der gefangene Adler und rüttelte, in einem letzten, wüthenden Versuch, die Freiheit zu gewinnen, mit Schnabel und Klauen an dem Gitter seines eisernen Käfigs; dann sank er mit mattem Blick und blutender, keuchender Brust zurück, zornig in sein unvermeidliches Geschick ergeben. Innen keine Hilfsmittel mehr und von außen keine Hoffnung mehr auf Hilfe. Man hatte keinerlei Intervention versucht, ja kaum daran gedacht. So sonderbar es auch Frankreich vorkam, „Europa eilte ihm nicht," wie Carlyle schrieb, „aus Dankbarkeit für das himmlische ‚Licht', das es von ihm erhielt, zu Hilfe; und selbst, wenn es gewollt, hätte das ganze Europa nicht jenen furchtbaren Kanzler abhalten können, seinen eigenen Weg zu gehen." Die Diplomatie mit all ihren Künsten — und keine Nation brachte diese Künste zur Herbeiführung des

Friedens ausdauernder zur Anwendung als England — hatte ihr letztes Wort gesprochen, und schließlich gelangte das verblendete Frankreich zu der Einsicht, daß ihm absolut nichts anderes zu thun übrig blieb, als mit seinen Besiegern zu ihren Bedingungen zu unterhandeln.

Am Morgen des 25. Januar war Bismarck deshalb angenehm überrascht, als ein Husarenlieutenant von den Vorposten zu ihm kam und ihm einen Brief von Herrn Jules Favre brachte; demselben Herrn Jules Favre, der, wie erinnerlich, „beinahe ohnmächtig wurde," als ihm der Kanzler in Ferrières seine Waffenstillstands-Bedingungen nannte, und sich sodann mit einer Lobrede auf die heldenmüthigen Vorsätze der Bewohner von Paris entfernt hatte. Jetzt jedoch, wo dieser erhabene Heldenmuth vor dem Knurren eines leeren Magens zusammengebrochen war, bat Herr Favre wiederum um die Erlaubniß, nach Versailles kommen zu dürfen, wenngleich es wirklich nicht seine Schuld war, daß er nicht mit den Vertretern der anderen Mächte in der Londoner Possenconferenz zusammensaß. Herr Favre hatte nämlich ungeachtet der dringenderen Aufgaben, die seine Anwesenheit in Paris erheischten, thatsächlich den Muth gehabt, an der Pontusconferenz theilnehmen zu wollen. Hier bot sich ihm, so dachte er, eine ausgezeichnete Gelegenheit, seine Beredsamkeit nicht gegen die russischen Vertragsbrecher, sondern zum Besten des leidenden Frankreichs leuchten zu lassen. Er ersuchte deshalb Bismarck um ein „freies Geleit, daß der Bevollmächtigte Frankreichs die preußischen Linien passiren könne" — jedoch vergeblich. Herr Favre fühlte die Gewalt der von Bismarck dagegen erhobenen satirischen Einwendung und dankte in der That dem Kanzler später dafür, daß er ihn so lebhaft an die Pflicht, die er seinem Lande schuldete, erinnert hätte. „Die Sprache unseres unerbittlichen Eroberers," sagte er, „stimmte mit der meines eigenen Gewissens überein." Seinem Kummer häufig Ausdruck verleihend, reiste er nach Versailles.

In der geheimen Absicht, seinen Besucher zu sofortigem Handeln zu zwingen, empfing ihn der Kanzler mit einem „Zu spät! Die Bonapartisten sind Ihnen zuvorgekommen." Dies übte die gehörige Wirkung auf das Gemüth Favres aus, der, wie die thörichten Jungfrauen, vor Furcht zitternd, fragte, ob der Republik die Thür der Verhandlungen wirklich verschlossen wäre. Es war jetzt seine Pflicht, zu dieser Einsicht gelangte er, fast um jeden Preis einen Waffenstillstand zur Wahl einer Nationalversammlung an Stelle der gesetzgebenden Körperschaft des Kaiserreichs zu schließen, dessen Wiederherstellung Bismarck androhte. Von all den Bedingungen dieses Waffenstillstandes rief die vorgeschlagene Besetzung von Paris durch die deutschen Truppen den meisten Widerstand bei Herrn Favre

hervor. In diesem Punkte war er thatsächlich unbeugsam und wollte lieber die Verhandlungen abbrechen, als darin nachgeben. Der König und Moltke schienen gleichfalls hartnäckig, aber Bismarck, der auf den Unterschied zwischen Thatsachen und Gefühl hinwies, bewog sie zum Nachgeben mit der Bemerkung, daß die deutschen Truppen immer noch die Gelegenheit haben würden, die höchste Belohnung für ihre Tapferkeit und Ausdauer zu ernten. Nachdem sich beide Seiten als gute Fechter erwiesen hatten, kamen die Unterhandlungen endlich ans Ziel. Es wurde ein Waffenstillstand von 21 Tagen vereinbart, um die Einberufung einer aus freien Wahlen hervorgehenden Nationalversammlung zu ermöglichen, die sich über die Frage des Friedens oder Krieges äußern sollte; ferner wurde die Einfuhr von Lebensmitteln nach Paris freigegeben; dagegen mußte die Stadt eine Kriegsentschädigung von 200 Millionen Franken zahlen, ihre Garnison die Waffen abliefern, mit Ausnahme der Nationalgarde, die sie zur Aufrechterhaltung der Ordnung behalten durfte, und der ganze Ring der Außenforts sich den Deutschen übergeben. Bismarck hatte Favre erklärt, daß die Bürgermeister, Journalisten und Mitglieder der Regierung in Paris den deutschen Truppen in diese Forts voranzugehen haben würden als Garantie, daß sie nicht unterminirt seien; er nahm jedoch von dieser charakteristischen Bedingung Abstand, da Favre darin eine „Demüthigung" erblickte und sich selbst als Geisel für die loyale Ausführung des Abkommens anbot.

„Den Tod im Herzen" eilte der Gesandte der Republik nach Paris zurück; seinen Weg erhellten die unheimlichen Flammen, die, ihren Widerschein über Saint-Cloud ergießend, dem todten Kaiserreich gewissermaßen als Leichenfackel dienten. Kurz vor Mitternacht stand er auf dem Balkon des Auswärtigen Amtes. „Die Artillerie unserer Forts," so schrieb er, „und die der deutschen Armee schleuderten noch immer ihre schrecklichen Donnerkeile gegen einander. Jetzt schlug es Mitternacht. Noch ein Schuß krachte mit fernhinverhallendem Echo, welches immer schwächer wurde und endlich ganz erstarb; dann war alles ringsherum still. Es war das erste Schweigen, welches wir seit Wochen zu verzeichnen hatten." Der Krieg war vorüber.

Ungeachtet des wüthenden Widerstandes Gambettas trat die neuerwählte Versammlung am 12. Februar in Bordeaux zusammen und betraute nach einigen stürmischen Sitzungen Herrn Thiers, sowie zwei Mitglieder des von ihr ernannten Ministeriums (die Herren Favre und Picard) zusammen mit einem Comite von fünfzehn Abgeordneten, mit der Aufgabe, sich nach Versailles zu begeben und mit Bismarck wegen des Friedensschlusses zu verhandeln. In Versailles trafen die Hauptunterhändler am

21. Februar ein, nachdem sie dem wiedergenesenden Paris ihre Huldigung dargebracht hatten. Thiers fragte den Kanzler nach seinen Bedingungen. Die Antwort war kurz und deutlich: „Das ganze Elsaß mit Einschluß von Straßburg und Belfort, ein Theil von Lothringen mit Metz und eine Entschädigung von sechs Milliarden Franken."

Es waren schrecklich harte Bedingungen, aber lange nicht so hart, wie sie hätten sein können und gewiß nicht so hart, wie die französischen im Falle einer deutschen Niederlage gewesen wären; sie waren ferner kaum genügend, um Deutschland für seine ungeheuren Opfer zu entschädigen und es gegen künftige Angriffe aus derselben Richtung sicher zu stellen. Sechs Milliarden Franken sind eine Summe, die mehr auf die Einbildung als auf den Verstand zu wirken scheint und die im Jahre 1870 etwa ein Drittel der englischen Nationalschuld darstellte. Bismarck hatte den französischen Unterhändlern zwei hervorragende Finanziers, einen jüdischen Bankier aus Berlin, Herrn von Bleichröder, und einen schlesischen Magnaten, den Grafen Henckel, beigegeben, die ihnen beweisen sollten, daß Frankreich die Summe nicht allein zu zahlen vermöchte, sondern daß sie Deutschland für all seine unermeßlichen Opfer an Blut und Geld und Gut kaum eine dürftige Entschädigung bieten würde. Was die Gebiets-Annexion anbeträfe, so argumentirte Bismarck, sei eine solche das Recht eines jeden Eroberers, und in dem vorliegenden Falle würde das Recht der Eroberung noch durch den früheren ungerechterweise unterbrochenen Besitztitel verstärkt. Man weiß jetzt, daß Bismarck aus politischen Gründen, um nicht in den französischen Herzen eine allzu üppige Rachesaat zurückzulassen, nicht so eifrig auf die Zurückbehaltung von Metz bestand, wie die militärische Partei; er hatte jedoch dieser Partei nachzugeben und Herrn Thiers eine kalte, unerbittliche Stirn zu zeigen.

Edel, geschickt, beredt, beschwörend bat Herr Thiers um Gnade und Mäßigung. Sechs Milliarden! Mit der Rothschild'schen Autorität bewaffnet, behauptete er, daß es eine Summe sei, die Frankreich nie würde zahlen können und daß es deshalb nicht ehrlich handeln würde, wenn es eine Verpflichtung einginge, die zu erfüllen absolut außer seiner Macht stände. Es fanden über diese Frage sehr erhitzte Debatten statt; ehe jedoch die englische Regierung ihre Absicht ausführen und sich bei ihm zu Gunsten einer Herabsetzung der Geldentschädigung verwenden konnte, empfing Bismarck die französischen Unterhändler eines Morgens mit der Nachricht, daß es dem Kaiser gefallen habe, die Summe von sechs auf fünf Milliarden zu beschränken. Herr Thiers war aber noch immer nicht zufrieden und behauptete, daß zwei Milliarden alles wären, was Frankreich geben und Deutsch-

land verlangen könne. Dieses Feilschen wurde Bismarck jedoch zu viel und er verlor seine Laune. „Ich sehe sehr wohl," rief er ärgerlich aus, „daß Sie es nur darauf absehen, den Krieg von neuem anzufangen und daß Sie sich dabei auf den Rath und den Beistand Ihrer guten Freunde, der Engländer, verlassen." Er ging im Zimmer auf und ab, warf den Unterhändlern vor, daß sie wieder auf längst erledigte Sachen zurückkämen und erklärte aufgeregt, daß seine Bedingungen sein Ultimatum seien. "Ah, c'est une spoliation véritable, c'est une vileté," entfuhr es Thiers in seinem Aerger, den jedoch Bismarcks kaltblütige Erklärung sehr abkühlte, daß er des Französischen nicht Herr genug wäre, um eine solche Beschuldigung zu verstehen oder zu beantworten, und daß sein Gegenüber, wenn es die Verhandlungen fortführen wolle, dies in deutscher Sprache thun müsse.

So fruchtlos wie die verzweifelten Bemühungen des Herrn Thiers, dem Kanzler eine weitere Herabsetzung der Geldentschädigung abzuringen, waren auch seine halb wahnwitzigen Versuche, Metz zu retten. In diesen beiden Punkten war Bismarck so unerbittlich wie Rhadamanthus, auch wollte er nicht den flehenden und patriotischen Bitten des Herrn Thiers zu Gunsten Belforts, einer rein französischen Stadt, die nie, wie Metz und Straßburg, zu Deutschland gehört hatte, Gehör schenken. Endlich schien er jedoch durch die ernste Beredsamkeit gerührt. Er erwiderte, daß er mit Herrn Thiers fühle und sich freuen würde, ihm ein Zugeständniß zu bewilligen; er könne jedoch nichts anderes thun, als den Befehlen Seiner Majestät, des Kaisers und Königs, zu gehorchen. Inzwischen verließ er das Zimmer, um sich wiederum mit Seiner Majestät und Moltke zu berathen. „Es schien uns ein Jahrhundert zu dauern," schrieb Herr Thiers. „Moltke ging, aber noch hatte Bismarck mit dem König zu sprechen und trotz unserer Ungeduld wartete er, bis sich Seine Majestät von der Tafel erhob." Um 6½ Uhr begab er sich zu Seiner Majestät und um 8 Uhr hatte Herr Thiers die Belohnung seiner heldenmüthigen Anstrengungen geerntet. Er hatte Belfort gerettet.

Er hatte Belfort gerettet und es war ihm gelungen, die Kriegsentschädigung um eine Milliarde zu ermäßigen; in allen anderen Punkten hatte er sich mit gebrochenem Herzen der Uebermacht des Schicksals zu fügen. Am Sonntag, den 26. Februar, wurden die Friedens-Präliminarien in dem Quartier des Kanzlers in Versailles unterzeichnet. Als Herr Thiers in tiefer, wenn auch gut versteckter Rührung seine Unterschrift auf das Schriftstück gesetzt hatte, ergriff ihn Bismarck bei der Hand; „Sie sind der letzte," sagte er, „welchem Frankreich diesen Schmerz hätte auferlegen sollen, denn von allen Franzosen haben Sie ihn am wenigsten verdient" — eine

Anspielung zweifellos auf seinen Protest gegen den Krieg. Bismarck selbst unterzeichnete, vor Freude strahlend, den Vertrag mit einer kostbaren goldenen Feder, die ihm eigens für den Zweck einige Wochen vorher von mehreren Bewunderern in Deutschland gesandt war, und die er sich jetzt, wie Herr Favre sagt, mit „theatralischem Pomp" bringen ließ. „Ich darf unter Gottes Beistand versprechen," hatte er den Uebersendern der Feder in einem Schreiben geantwortet, „daß sie in meiner Hand nichts unterzeichnen soll, was deutscher Gesinnung und deutschen Schwertes nicht würdig wäre." Daß er sein Wort gehalten hatte, ging aus den einzelnen Paragraphen des Friedens-Präliminar-Vertrages hervor. Am dritten Tage nach der Unterzeichnung dieses Abkommens (1. März) hielt eine Armee von 30,000 deutschen Soldaten ihren triumphirenden Einzug in Paris, nachdem der Kaiser auf der Ebene von Longchamps eine Revue über sie abgehalten hatte. Hiermit hatte der Krieg seinen krönenden Abschluß gefunden, und Bismarck nahm an der Feier theil, indem er mit den siegreichen Truppen bis zum Arc de Triomphe mitritt. Seit Beginn des Krieges waren genau sieben Monate vergangen, und die Legionen des Vaterlandes sangen jetzt an den Ufern der Seine die „Wacht am Rhein!"

Die Deutschen blieben bis zum Morgen des dritten März in Paris, um welche Zeit die Friedens-Präliminarien von der Versammlung in Bordeaux genehmigt und in Versailles ratificirt waren. Eine Woche darauf befand sich Bismarck in Berlin, indem er es Frankreich überließ, sich so gut wie möglich von seinen furchtbaren Wunden zu erholen, während er der gigantischen Aufgabe entgegensah, das von ihm gegründete Kaiserreich nach Innen und nach Außen zu festigen. Seine Heimreise, die einem Triumphzug glich, führte auch über Frankfurt, wo seine diplomatische Laufbahn begonnen hatte. Innerhalb eines Bogenschusses von dem Thurn- und Taxis'schen Palais, in dem der geschwätzige alte Bundestag gesessen, und Bismarck über seinen deutschen Einheitsplänen gebrütet hatte, steht das Schwan-Hotel, wo etwas später — am 10. Mai — der endgültige Friedensvertrag zwischen Frankreich und Deutschland unterzeichnet wurde.

3. Die Gründung des deutschen Reiches.

Es lag in den Thatsachen begründet, daß aus den Siegen auf den Schlachtfeldern Frankreichs die Einheit Deutschlands unter der Oberhoheit Preußens hervorgehen mußte. Der erste Schritt dazu war bereits durch den Abschluß der Militärverträge mit den süddeutschen Staaten im Jahre 1866 geschehen. Wir hatten gesehen, daß Bismarck es sorgfältig vermied,

die Südstaaten irgendwie zu einem Beitritt zum norddeutschen Bund zu drängen. Während sich die Liberalen in Norddeutschland einbildeten, man brauche nur ernstlich zu wollen, so würde die Mainlinie schon verschwinden, so sah Bismarck wie gewöhnlich viel tiefer und rechnete nicht mit Wünschen und Theorien, sondern mit den gegebenen Thatsachen. Bismarck wußte, daß zur Begründung der Einheit erst eine Besiegung Frankreichs ebenso nöthig war, wie vorher die Besiegung Oesterreichs. Durch Napoleons Beseitigung mußte den Gegnern Preußens in Süddeutschland das Gefühl der Isolirung kommen, denn von Oesterreich war nichts mehr zu erwarten, nachdem der große Störenfried mit Sedan seinen Thron und seine mittels des Prager Friedens gewonnene Handhabe, sich mit Oesterreich zusammen in die Angelegenheiten Deutschlands feindlich zu mischen, verloren hatte. Wenn Sadowa auch eine Niederlage für Napoleon gewesen war, so bedeutete Sedan auch eine Niederlage für Oesterreich, insofern es durch Napoleons Sturz und Frankreichs Besiegung seine Hoffnung auf Zurückeroberung seines Einflusses in Deutschland mit Hülfe der süddeutschen Staaten begraben sehen mußte.

Das waren die politischen Gründe, welche den süddeutschen Staaten den Anschluß an den norddeutschen Bund, die Einheit Deutschlands, zu einem Bedürfniß, zu einer schon durch das Selbstinteresse gebotenen Forderung machten. Wäre diese politische Isolirung der Südstaaten nicht eine Folge der kriegerischen Ereignisse gewesen, so hätten vielleicht alle Wünsche nach Einheit und alles gemeinsam vergossene Blut nicht hingereicht, das neue deutsche Reich zu Stande zu bringen. Der große Realpolitiker Bismarck durfte nunmehr erwarten, daß die Südstaaten von selbst kommen würden. Es heißt, daß er dem König Ludwig von Bayern bei Beginn des Krieges im Falle des glücklichen Ausganges desselben eine Gebietserweiterung auf dem linken Rheinufer zu erwirken versprochen hatte. Sicherlich stand Bismarck mit dem Bayernkönige persönlich auf sehr gutem Fuße und suchte im Stillen, diesen Souverän für die Idee der deutschen Einheit zu gewinnen. Gerade in dem größten süddeutschen Staate herrschte im Volke der meiste Widerwillen gegen Preußen, den durch den König Ludwig selbst zu überwinden, Bismarcks Ziel seit 1866 gewesen war.

Die großen Siege in Frankreich hatten im bayerischen Volke durchaus nicht ein so lebhaftes Verlangen nach Freundschaft mit Preußen hervorgerufen, daß es nur des Anstoßes bedurft hätte, um die Einheit mit einem Schlage zu schaffen. Auch Württembergs Liebe zu Preußen war keineswegs glühender geworden. Und so waren es denn nicht die Wünsche der norddeutschen Liberalen, sondern die erwähnten politischen Erwägungen,

welche die bayerische Regierung im September veranlaßten, in Berlin ein Verfassungsbündniß sämmtlicher deutscher Staaten anzuregen, was zur Folge hatte, daß der Präsident des norddeutschen Bundeskanzleramtes, Staatsminister Delbrück, nachdem er in Versailles mit Bismarck conferirt hatte, sich vom 21. bis 28. September zwecks Vorberathung in München aufhielt. Doch schon hier zeigte es sich, daß der König von Bayern für den Beitritt zum norddeutschen Bunde Bedingungen zu stellen hatte, welche eine Einheit so gut wie ausschlossen. Glücklicher Weise war aber inzwischen in Baden das Bedürfniß nach Anschluß an Norddeutschland ein sehr starkes, und auch in Württemburg gab das Volk im Herbste durch die Wahlen davon Kunde, daß es die Politik des Particularismus zu billigen verlernt habe. Ebenso war die Regierung von Hessen-Darmstadt zu vernünftigen Ueberzeugungen gekommen. Diese drei Staaten knüpften im October mit dem norddeutschen Bunde Verhandlungen an und schickten ihre Vertreter nach Versailles, wo Bismarck persönlich die Entwickelung der Dinge leiten konnte. Bayern war gleichfalls vertreten und sah sich durch die Bereitschaft der anderen drei Staaten dem norddeutschen Bunde, abgesehen von kleinlichen Nebenverträgen, bedingungslos beizutreten, doch veranlaßt, wenigstens einige Zugeständnisse zu machen, wenngleich es an gewissen absoluten Souveränetätsrechten starr festhielt. Bismarck zeigte sich über das Hinschleppen der Verhandlungen, die ihn bis spät in die Nacht festhielten und einmal wirklich an der „Frage der Achselklappen" zu scheitern drohten, sehr verstimmt. Es kam zwar mit Baden und Hessen eine durchaus befriedigende Vereinbarung zu Stande, aber Bayern zog Württemberg auf seine Seite und führte sogar den Abbruch der Verhandlungen herbei. Sie wurden indeß wieder aufgenommen und vom besten Erfolge gekrönt; freilich mußte Bismarck in seinen Zugeständnissen an Bayern bis an die Grenze des Zulässigen gehen. Am 23. und 25. November vollzogen Bayern und Württemberg die Verträge, die nun nur noch der Bestätigung der Einzellandtage bedurften. Zu den bisherigen 43 Stimmen des Bundesrathes kamen 15 süddeutsche (6 bayerische, 4 württembergische, 3 badische, 2 hessische); dem Reichstage wurden 48 bayerische, 17 württembergische, 14 badische, 6 hessische Mitglieder beigesellt. Post und Telegraphie, Eisenbahnwesen, Bier- und Branntweinsteuer behielten sich die beiden Königreiche vor; der König von Bayern behauptete seine Oberkriegsherrlichkeit wenigstens für die Friedenszeit, Württemberg begnügte sich in dieser Hinsicht mit der Sonderverwaltung seines Corps. Verfassungsveränderungen sollten durch ein Veto von 14 Stimmen verhindert werden können.

Die in Versailles unterzeichneten Verträge wurden zunächst dem nach

Berlin berufenen norddeutschen Reichstag unterbreitet, wo die centralistisch gesinnte Mehrheit anfänglich gegen die Bayern gemachten Zugeständnisse in dem Grade feindlich auftrat, daß ein Scheitern des ganzen Einigungswerkes fast zu befürchten war. Bismarck war darüber sehr aufgebracht. Er ließ, da er in Versailles abwesend war, seine Nachgiebigkeit gegen Bayern durch seine Organe vertheidigen. Er wollte, daß Bayern zufrieden sei und gutwillig dem Bunde beitrete; man dürfe Bayern nicht so behandeln, als sei es ein besiegtes Land; der Vertrag habe seine Fehler, aber man müsse schnell zum Ziele gelangen. Bismarck schlug also Bayern gegenüber dieselbe Politik der Mäßigung und Versöhnung ein, wie er es als weitblickender Staatsmann 1866 Oesterreich gegenüber gethan hatte, und er hatte Recht, lieber sein Kanzleramt niederzulegen, wie er drohte, als sich eine Aenderung der Verträge gefallen zu lassen.

In den Verträgen war der neue Bund „Deutscher Bund" genannt und der König von Preußen sollte den Titel des erblichen Präsidenten des deutschen Bundes führen. Von einem „deutschen Kaiser" war also darin noch nicht die Rede. Der Wunsch einer Erneuerung der deutschen Kaiserwürde war aber in Folge der durch die vereinigten deutschen Stämme errungenen Siege lebhafter als je geworden, und auch König Wilhelm theilte ihn von ganzem Herzen, wollte aber die Kaiserkrone nur aus den Händen der verbündeten deutschen Fürsten annehmen. Letzteres zu erreichen, war demgemäß Bismarcks sehr schwierige Aufgabe. Der König von Bayern, von dem die Anregung ausgehen mußte, hatte es nicht über sich vermocht, gleich den übrigen Fürsten, die aktiv am Kriege theilnahmen oder nach Versailles gekommen waren, den König Wilhelm in seinem Hauptquartier zu besuchen. Bismarck hatte ihn eindringlich darum bitten lassen und ihn auch schließlich sicher erwartet, doch König Ludwig kam nicht, schickte aber seinen Oberstallmeister nach Versailles, um König Wilhelm seine Glückwünsche zu übermitteln. Dieser Hofbeamte wurde dann von Bismarck beauftragt, seinem Könige den Wunsch, er möge als der Herrscher des nach Preußen größten deutschen Bundesstaates die Initiative zur Wiederherstellung der deutschen Kaiserwürde ergreifen, ans Herz zu legen. Doch erst, als Bismarck, des langen Harrens müde, sich an den König Johann von Sachsen, als Nachkomme des mächtigsten Kurfürsten des alten deutschen Reiches, mit der Bitte, dem König von Preußen den Kaisertitel anzubieten gewandt und ihn bereit dazu gefunden, und nachdem ferner der Großherzog von Baden dem König Ludwig dies mitgetheilt hatte, fügte sich letzterer dem Wunsch Bismarcks. Und so ließ denn schließlich der König Ludwig durch

den Prinzen Luitpold von Bayern am 3. Dezember folgendes, von Bismarck selbst entworfenes Schreiben dem König von Preußen übergeben:

„Nach dem Beitritt Norddeutschlands zu dem deutschen Verfassungsbündniß, werden die Ew. Majestät übertragenen Präsidialrechte über alle deutschen Staaten sich erstrecken. Ich habe mich zu deren Vereinigung in einer Hand in der Ueberzeugung bereit erklärt, daß dadurch den Gesammtinteressen des deutschen Vaterlandes und seiner verbündeten Fürsten entsprochen werde, zugleich aber in dem Vertrauen, daß die dem Bundespräsidium zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Ew. Majestät im Namen des gesammten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben.

„Ich habe mich daher an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlage gewendet, gemeinschaftlich mit mir bei Ew. Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte des Bundes mit Führung des Titels deutscher Kaiser verbunden werde. Sobald mir Ew. Majestät und die verbündeten Fürsten Ihre Willensmeinung kundgegeben haben, werde ich meine Regierung beauftragen, das Weitere zur Erzielung der entsprechenden Vereinbarungen einzuleiten.

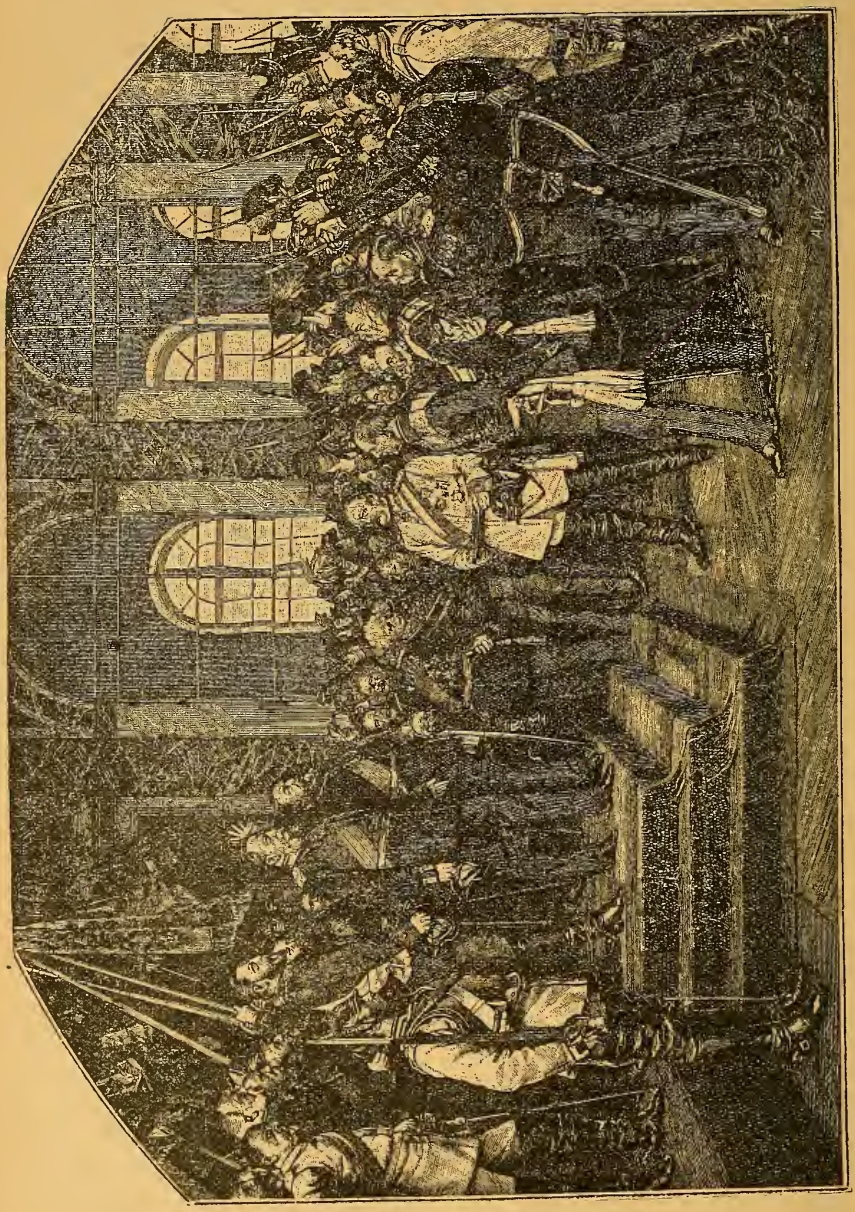
Ludwig."

Unter dem Eindrucke dieses vom deutschen Volke mit ungeheurer Begeisterung aufgenommenen Anerbietens wurden dann am 9. Dezember die Verträge mit Baden, Hessen und Württemberg vom norddeutschen Reichstage fast einstimmig, der Vertrag mit Bayern mit 195 gegen 32 Stimmen genehmigt. Gegen die Annahme des Kaisertitels und die Bezeichnung des neuen Bundes als Deutsches Reich stimmten nur die sechs Socialdemokraten.

Am nächsten Tage beschloß dann der Reichstag die Abfassung einer Adresse an König Wilhelm und Ueberreichung derselben im Hauptquartier zu Versailles. Die Deputation, geführt von dem Reichstags-Präsidenten Simson, demselben Manne, welcher vor einundzwanzig Jahren dem König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone des Frankfurter Parlaments zu überbringen gehabt hatte, traf am 16. Dezember in Versailles ein, und am 18. wurde die Adresse dem König Wilhelm, dem Bismarck zur Seite stand, feierlichst überreicht. In der Adresse hieß es: „Vereint mit den Fürsten Deutschlands naht der norddeutsche Reichstag mit der Bitte, daß es Ew. Majestät gefallen möge, durch Annahme der Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen. Die deutsche Krone auf dem Haupte Ew. Majestät wird dem wieder aufgerichteten Reiche deutscher Nation Tage der Macht, des Friedens, der Wohlfahrt und der im Schutze der Gesetze gesicherten Freiheit

eröffnen". — In Erwiderung sagte der König: „Mit tiefer Bewegung hat mich die durch Se. Majestät den König von Bayern an mich gelangte Aufforderung zur Herstellung der Kaiserwürde des alten deutschen Reichs erfüllt. Sie, meine Herren, bringen mir im Namen des Norddeutschen Reichstags die Bitte, daß ich mich dem an mich ergehenden Rufe nicht entziehen möge. Ich nehme gerne aus Ihren Worten den Ausdruck des Vertrauens und der Wünsche des Norddeutschen Reichstags entgegen. Aber Sie wissen, daß in dieser so hohe Interessen und so große Erinnerungen der deutschen Nation berührenden Frage nicht mein eigenes Gefühl, auch nicht mein eigenes Urtheil meinen Entschluß bestimmen kann. Nur in der einmüthigen Stimme der deutschen Fürsten und Freien Städte und in dem damit übereinstimmenden Wunsche der deutschen Nation werde ich den Ruf der Vorsehung erkennen, dem ich mit Vertrauen auf Gottes Segen folgen darf. Es wird Ihnen wie mir zur Genugthuung gereichen, daß ich durch Se. Majestät den König von Bayern die Nachricht erhalten habe, daß das Einverständniß aller deutschen Fürsten und Freien Städte gesichert ist und die amtliche Kundgebung desselben bevorsteht."

Es fehlte nun noch die Zustimmung der Kammern der süddeutschen Staaten zu den Bundesverträgen. Dieselbe erfolgte seitens Badens, Württembergs und Hessens sehr bald und in freudigster Weise, so daß die Verkündigung der Verfassung des Deutschen Reiches am 31. Dezember 1870 durch das Bundes-Gesetzblatt stattfinden und der Tag der feierlichen Proclamation des Kaiserthums an das deutsche Volk festgesetzt werden konnte, in der Hoffnung, daß sich die bayerischen Volksvertreter bis dahin bequemt haben würden, dem Einigungswerk ihre Anerkennung zu schenken. Am Neujahrstage 1871 fand bei König Wilhelm in Versailles ein Gratulationsempfang statt. Früher wendeten sich an den Neujahrstagen die Blicke mit banger Erwartung nach der Residenz des dritten Napoleon, weil dieser es liebte, beim Empfange des diplomatischen Corps zwei- und mehrdeutige Worte fallen zu lassen, aus denen man, je nachdem, Bündnißanerbietungen oder Kriegsdrohungen herauslas, schrieb damals die „Kreuz-Zeitung". Die Zeiten waren nun für immer vorbei. König Wilhelm trank auf das Wohl des Heeres und der Heerführer, und der Großherzog von Baden brachte einen Trinkspruch auf „König Wilhem, den Siegreichen" aus. Dem hochherzigen Fürsten erschien das Zögern Bayerns kein Hinderniß mehr. „Ew. Königlichen Majestät", sagte er, „wollen die angebotene Krone des Reiches erst dann ergreifen, wenn sie alle Glieder desselben schützend einfassen kann. Nichtsdestoweniger erblicken wir heute schon in Ew. Königl. Majestät das Oberhaupt des deutschen Kaiserreiches und in



Die Proklamation des Deutschen Kaiserreiches im Spiegelsaale zu Versailles, am 18. Januar 1871.

dessen Krone die Bürgschaft unwiderruflicher Einheit. König Friedrich Wilhelm IV. sagte vor 21 Jahren: Eine Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfelde errungen werden. Heute hat sich dieses Wort erfüllt."

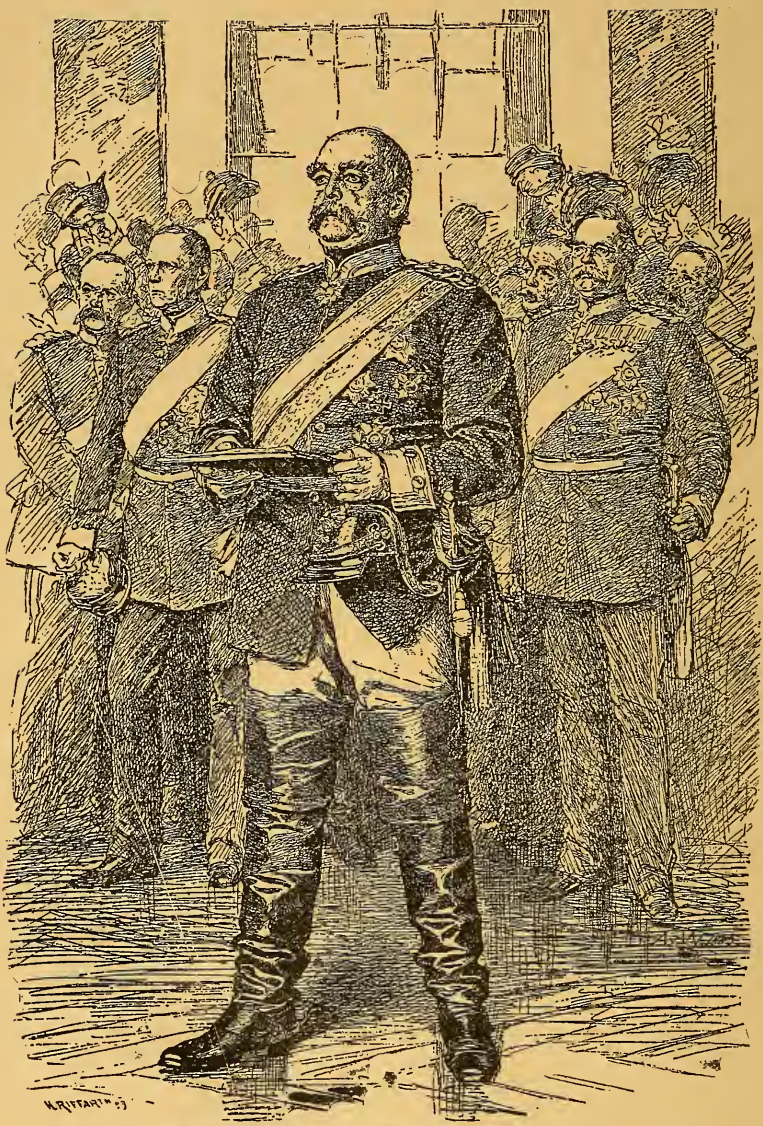
Der 18. Januar, der 170jährige Gedenktag des preußischen Königthums, wurde für die feierliche Proclamation des Deutschen Kaiserreichs im Spiegelsaale des Schlosses Ludwigs XIV. in Versailles festgesetzt, und dort wickelte sich dann das großartigste Ereigniß der neuen Geschichte unter kriegerischer Musik und Dankeshymnen in der erhabensten Weise ab. Die bayerischen Corps, denen es freigestellt worden war, an der Feier theilzunehmen, hatten den größten Theil ihrer Fahnen abgeschickt und sich durch sämmtliche Prinzen des bayerischen Königshauses, die im Felde standen, und durch zahlreiche Officiere und mehrere Detachements bayerischer Soldaten vertreten lassen. Nach Abhaltung eines Gottesdienstes und Singen des mächtig wirkenden „Nun danket Alle Gott" verlas König Wilhelm, vor den Fahnen der siegreichen Regimenter stehend, die Urkunde der Verkündigung des Kaiserreichs und gab dann dem Bundeskanzler, Graf Bismarck, den Befehl, die „Proclamation an das deutsche Volk" zu verlesen. Bismarck stand zur Linken des Königs. Er sah, wie der „Times"-Correspondent als Augenzeuge ihn beschrieb, bleich, aber ruhig und gefaßt aus, wie von einer inneren Macht emporgehoben, die aller Augen veranlaßt, sich jener großen Gestalt mit dem unerschütterlichen Gesicht zuzuwenden, wo der Wille Meister und Herr des Ganzen zu sein scheint. Mit lauter Stimme verlas er die weltgeschichtliche Proclamation, die da schließt mit den Worten: „Uns aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.

Gegeben Hauptquartier Versailles, den 18. Januar 1871.

Wilhelm."

Es war der stolzeste Augenblick im Leben Bismarcks. Nachdem der Kanzler die Proclamation verlesen, erfolgte der denkwürdige Ruf des Großherzogs von Baden: „Se. Majestät der Kaiser Wilhelm lebe hoch." Unter den Klängen der Volkshymne stimmte die Versammlung dreimal begeistert ein.

Ganz Deutschland feierte das große Ereigniß der Wiedererstehung des Reiches am 18. Januar 1871. Auch in Bayern wurde es vielfach gefeiert, obwohl die Kammern erst drei Tage nach der in Versailles vollzogenen Thatsache, nachdem die Regierungsvertreter sich in einer zehntägigen



Bismarck verliest die Kaiser-Proclamation.

Debatte mit Aufwand ihrer ganzen Kraft die zur Annahme der Bundesverträge nöthige Zweidrittel-Mehrheit erkämpft hatten, am 21. Januar mit nur zwei Stimmen mehr, als unbedingt nöthig, ihre Genehmigung ertheilten. Bismarck, der nicht ohne Besorgniß auf die Entscheidung Bayerns gewartet hatte, empfing die Nachricht bei Tisch. Freudig erregt, brachte er sofort einen Toast auf den König von Bayern aus, der, wie er sagte, „schließlich alles zu gutem Ende geführt hatte". Am 1. Februar vollzog sich der definitive Eintritt Bayerns in das Deutsche Reich.

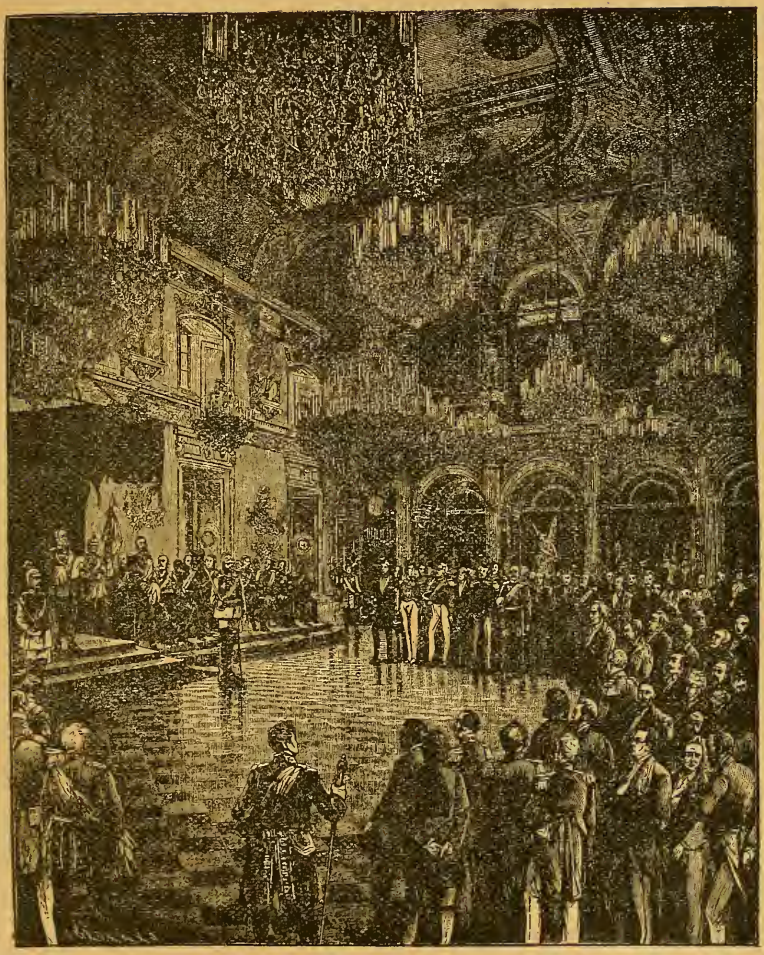
Einer der ausschlaggebenden Gründe war für Bayern die Stellung Oesterreichs gewesen. Das künftige Verhältniß zur österreichisch-ungarischen Monarchie spielte in der Debatte der bayerischen Kammern eine große Rolle; der Minister des Aeußeren, Graf v. Bray, sagte am 19. Januar: „Es ist erfreulich, zu constatiren, daß die erste politische Action des neuen Deutschen Reiches der Annäherung Oesterreichs gegolten hat. Für den Abschluß der Verträge war dies von höchster Wichtigkeit. Hätte jene erfreuliche Aussicht nicht bestanden und wäre vielmehr an den Vertragsabschluß die gegründete Befürchtung eines Zerwürfnisses mit Oesterreich geknüpft gewesen, so hätte ich wenigstens die Hand zu einem solchen Abschluß nicht geboten, denn was wäre ein Krieg mit Oesterreich? Es wäre aller Wahrscheinlichkeit nach gleichzeitig ein neuer Krieg mit Frankreich, das ist ein europäischer, ein allgemeiner Krieg, und in erster Linie der Ruin Bayerns."

Die Anbahnung eines Einvernehmens mit Oesterreich hatte Bismarck sehr am Herzen gelegen. Im Wege stand vor allen Dingen die Person des österreichischen Kanzlers Beust, des gehässigen, persönlichen Gegners Bismarcks. Schon bald nach dem Sturze Napoleons hatte Bismarck durch den Prinzen Luitpold von Bayern mit Umgehung Beusts versucht, den Kaiser Franz Joseph auf einer neuen Basis hin für die Idee eines Zusammenstehens in Vertheidigung des monarchisch-conservativen Princips gegen das durch Napoleons Sturz bedeutend gestärkte republikanisch-socialistische zu gewinnen. Der Kaiser Alexander von Rußland war davon unterrichtet. Doch Prinz Luitpold hatte keinen Erfolg, weil Beust von der Sache erfuhr und den Kaiser Franz Joseph zu bestimmen wußte, Bismarck die Antwort zu ertheilen, daß Oesterreich kein Bedürfniß nach Annäherung empfinden könne, so lange ihm keine besonderen politischen Vortheile von Preußen geboten würden.

Trotzdem that Bismarck während des Krieges noch einen versöhnlichen Schritt, indem er am 5. December 1870 den preußischen Gesandten in Wien beauftragte, dem Grafen Beust anzudeuten, daß das durch die Bun-

desverträge mit den südlichen Staaten wiederum neugestaltete Deutschland in ein Verhältniß aufrichtiger Freundschaft zu Oesterreich-Ungarn zu treten wünsche. Am 14. wiederholte er dies mit der förmlichen Anzeige, daß Deutschland neu begründet sei, und jetzt erwiderte Beust am 26. in einem langen Schreiben, daß er in der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung einen Act von historischer Bedeutung sehe, eine Thatsache ersten Ranges in der modernen Entwickelung Europas, und daß er gleich Bismarck auf ein freundschaftliches Zusammengehen der beiden Nachbarstaaten hoffe. Später, nach dem Aufstande der Pariser Communisten und dem Hervortreten der Internationale, suchte Bismarck wiederum auf einen Zusammenschluß der conservativen Mächte hinzuwirken. Beust begriff die Nothwendigkeit einer gemeinsamen Bekämpfung der allenthalben auftretenden republikanisch-socialistischen Bewegung, doch was Bismarck hauptsächlich im Sinne hatte, nämlich ein Bündniß Deutschlands, Oesterreichs und Rußlands gegenüber der Revolutionspartei und andern Gegnern, war mit Beust nicht erreichbar. Dazu öffnete sich die Bahn erst, als Beust Andrassy Platz gemacht hatte.

Bismarck kehrte mit Rücksicht auf die wichtigen und drängenden Aufgaben, die ihn in der Heimath erwarteten, früher als das große Hauptquartier aus Frankreich zurück. Er traf am 9. März 1871 in Berlin ein. Am 21. März wurde der Erste Deutsche Reichstag eröffnet. „Der ehrenvolle Beruf des ersten deutschen Reichstages," sagte Kaiser Wilhelm in seiner Thronrede, „wird es zunächst sein, die Wunden nach Möglichkeit zu heilen, welche der Krieg geschlagen hat, und den Dank des Vaterlandes Denen zu bethätigen, welche den Sieg mit ihrem Leben und Blut bezahlt haben; gleichzeitig werden Sie, geehrte Herren, die Arbeiten beginnen, durch welche die Organe des deutschen Reiches zur Erfüllung der Aufgabe zusammenwirken, welche die Verfassung ihnen stellt: zum Schutze des in Deutschland gültigen Rechtes und Vorschläge der Wohlfahrt des deutschen Volkes. Die Vorarbeiten für die regelmäßige Gesetzgebung haben leider durch den Krieg Verzögerungen und Unterbrechungen erlitten; die Vorlagen, welche Ihnen zugehen werden, leiten sich daher unmittelbar aus der neuen Gestaltung Deutschlands ab. Die in den einzelnen Verträgen (mit Süddeutschland) vom November vorigen Jahres zerstreuten Verfassungsbestimmungen sollen in einer neuen Redaction der Reichsverfassung ihre geordnete Zusammenstellung und ihren gleichmäßigen Ausdruck finden. Die Betheiligung der einzelnen Bundesstaaten an den laufenden Ausgaben bedarf der gesetzlichen Regelung. Für die von der königlich bayerischen Regierung beabsichtigte Einführung norddeutscher Gesetze in Bayern wird



Eröffnung des ersten Deutschen Reichstages am 21. März 1871 im Weißen Saale des Schlosses in Berlin.

Ihre Mitwirkung in Anspruch genommen werden. Die Verfügung über die von Frankreich zu leistende Kriegsentschädigung wird nach Maßgabe der Bedürfnisse des Reichs und der berechtigten Ansprüche seiner Mitglieder mit Ihrer Zustimmung getroffen, und die Rechenschaft über die zur Kriegführung verwendeten Mittel Ihnen so schleunig vorgelegt werden, als es die Umstände gestatten. Die Lage der für Deutschland zurückerworbenen Gebiete wird eine Reihe von Maßregeln erheischen, für welche durch die Reichsgesetzgebung die Grundlagen zu schaffen sind. Ein Gesetz über die Pensionen der Officiere und Soldaten und über die Unterstützung der Hinterbliebenen soll für das gesammte Heer die Ansprüche gleichmäßig regeln, welche der gleichen Hingebung für das Vaterland an den Dank der Nation zustehn. Geehrte Herren, möge die Wiederherstellung des deutschen Reiches für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein, möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfrieden folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen. Das walte Gott!"

Am nächsten Tage, am 22. März, seinem Geburtstage, erhob Kaiser Wilhelm den Bundeskanzler Graf Bismarck zum Fürsten. Der Titel Bundeskanzler wurde erst später in „Reichskanzler" umgewandelt. Es war für das deutsche Volk ein passender Augenblick, rückblickend mit Bewunderung auf die stetig aufsteigende Entwicklung der Bismarck'schen Politik in ihrem inneren Zusammenhange zu überschauen und zu würdigen. Die „Provincial-Correspondenz" schrieb damals: „Von dem unscheinbaren Anfange, der raschen und gebieterischen Lösung der langjährigen kurhessischen Wirren, von der festen Haltung Europa gegenüber in der Frage des polnischen Aufstandes, von der Abweisung des Frankfurter Fürstentages bis zu dem glorreichen Frieden von Versailles, welcher zwei seit Jahrhunderte von Deutschland getrennte Provinzen in die nationale Gemeinschaft zurückführte, geht derselbe Geist selbstbewußter Kraft und klarer fester Entschlossenheit, dasselbe Streben einer ernsthaft deutschen Großmachtspolitik durch die ganze Reihe immer wichtigerer diplomatischer Thaten hindurch.

„Diese Thaten und ihre großen Ergebnisse verdienen aber um so höhere Bewunderung, als sie lange Zeit hindurch der widerstrebenden öffentlichen Meinung des eigenen Landes abgerungen werden mußten und eine freudige Mitwirkung zum Theil erst eintrat, als die wesentlichen Erfolge bereits errungen, als der Grund zum nationalen Neubau bereits sichtlich gelegt war.

„Der Bundeskanzler hat die hohe Genugthuung, daß die deutsche Entwicklung in den Bahnen, in welche er sie geleitet hat, rascher als irgend Jemand es ahnen konnte, zum glorreichen Abschlusse gelangt ist, daß aus den Keimen der Einigung zwischen Nord und Süd, die er gepflanzt und sorglich gepflegt hat, in der Stunde der Entscheidung die reife Frucht der vollen Einheit und Kraft hervorging. Die nationale Erhebung Norddeutschlands im vorigen Sommer und die glorreiche Waffengemeinschaft, welche Deutschland schützte und Frankreich niederwarf, waren nur möglich in Folge jener umsichtigen, wahrhaft bundesfreundlichen Politik, welche in den letzten Jahren unsere Beziehungen zu Norddeutschland leitete.

„„Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können," rief Graf Bismarck bei der Gründung seines nationalen Werkes allen Zweiflern zu, und seine Zuversicht hat sich in wunderbarer Weise erfüllt. Durch den Ritt des geeinigten Deutschland nach Frankreich hinein ist nicht blos die Kraft des deutschen Volkes herrlich erprobt und bewährt, sondern ein neues Zeitalter der europäischen Politik ist eingeleitet worden.

„Der neue Fürst-Reichskanzler ist eine der großen weltgeschichtlichen Persönlichkeiten geworden, deren Wirken weit hinausragt über den Bereich des Landes, welchem sie angehören.

„Die jüngste feierliche Kundgebung von dem Throne des deutschen Kaisers hat Zeugniß davon abgegeben, in welch erhabenem Geiste die Schöpfer der neuen Ordnung der Dinge ihre und des deutschen Volkes weitere Aufgaben erfaßt haben: ein glorreicher Reichsfrieden, ein Wettkampf der Völker um die Güter des Friedens soll das Ziel der ferneren deutschen Politik sein.

„Möge es dem Fürsten Bismarck vergönnt sein, als herrlichste Frucht seines an Mühen und Erfolgen so reichen Wirkens fortan den Dank des Volkes auch für einen wahrhaft segensvollen Reichsfrieden und eine immer blühendere innere Entwicklung Deutschlands zu ernten."

Diese Stimmung des Dankes und der berauschenden Freude über die Errungenschaften deutscher Kraft und Einigkeit beherrschte denn auch den ersten deutschen Reichstag. Die Altconservativen, die Freiconservativen oder deutsche Reichspartei, die Nationalliberalen und selbst die Fortschrittspartei arbeiteten gemeinsam von der schnellen Ausdehnung der Verfassung des norddeutschen Bundes auf die geeinigte Nation. Auch die Centrumspartei lehnte sich noch nicht merklich auf in diesem herrlichen einmüthigen Reichstag, in dessen Sitzung auch Bayern freiwillig auf den größten Theil der Sonderrechte verzichtete, die es sich im Vertrage von Versailles vorbehalten hatte. Was man Bayern und

Württemberg an Sonderrechten ließ, waren keine Opfer mehr, welche das Fundament des deutschen Reiches erschüttern konnten. Schon am 16. April veröffentlichte das norddeutsche Bundesgesetzblatt die Verfassung des deutschen Reiches. Eine größere Machtbefugniß war dem Parlamentarismus durch die Reichsverfassung nicht verliehen worden, aber auch die Rechte des Oberhauptes erfuhren keine Erweiterung, sondern vielmehr eine Einschränkung, insofern die Erklärung von Kriegen und Anordnung von Bundesexecution von der Zustimmung des Bundesraths abhängig gemacht wurde.

Bemerkenswerth war in dem ersten deutschen Reichstag die Haltung der polnischen Abgeordneten. Fürst Bismarck erschien im Reichstag zuerst am 1. April und hatte sofort Gelegenheit, zu erklären, daß seine Politik in der „polnischen Frage" sich durch die Ereignisse nicht geändert habe. Die polnische Fraction bestritt dem Reichstag die Competenz, die polnischen Landestheile, die zu Preußen gehören, in das deutsche Reich einzuverleiben. Der Kanzler entwickelte darauf ebenso kurz wie klar, was von den polnischen Träumen zu halten sei. Er sagte, die polnischen Abgeordneten hätten kein Recht, im Namen der Bevölkerung irgend eines preußischen Landestheiles zu sprechen, welches auch die Sprache dieser Bevölkerung sein möge. „Ich will nicht daran erinnern", sagte er, „daß Sie gesetzmäßig hier nur die Gesammtheit des Volkes und nicht einen einzelnen Landestheil vertreten und keine Specialmandate haben können; ich will nur daran erinnern, was ich Ihnen bei einer früheren Gelegenheit gründlicher nachgewiesen habe, daß Ihre Wähler mit dem, was Sie hier angeblich im Namen Ihrer Wähler erklären, nicht einverstanden sind, und daß die Sache von solcher Notorietät ist, daß ich mich darüber jedes Beweises überhoben halten kann. Ihre Landsleute haben mit demselben Muthe und mit derselben Hingebung für die Sache, welche uns hier vereint, gestritten, wie die Bewohner jedes anderen Theils von Preußen, und Ihre Landsleute, die Sie hier vertreten, sind für die Segnungen der preußischen Kultur gerade so dankbar, wie die Bewohner Schlesiens oder anderer Provinzen. Ich bestreite Ihnen ferner — und ich glaube, es geschieht von dieser Stelle schon zum zehnten Male — das Recht, sich auf einen Vertrag für Sonderstellung einzelner Provinzen im preußischen Staat zu berufen. — Sie haben es stets sorgfältig vermieden, diese Verträge ihrem vollen Wortlaute nach anzuführen. Ich möchte Sie dann auch daran erinnern, uns mehr durch das Beispiel der Duldsamkeit als durch Ihre Worte zu belehren. Wie hat sich denn die polnische Nation zu der Zeit, wo sie selbstständig war, gegen die von ihr mit dem Schwert Unterworfenen verhalten? Wollen Sie uns das Benehmen, welches Sie gegen die Ruthenen, gegen die unter Ihrem Scepter lebenden Russen, gegen die

Lithauer, ja gegen die Deutschen beobachtet haben, zum Muster empfehlen? Dann, meine Herren, würde Ihre Existenz in diesem Lande vollständig unerträglich werden, wenn wir Sie so behandeln wollten, wie Sie die durch Eroberung unterworfenen Deutschen behandelt haben. Die Herren, die sich mit der Specialgeschichte von Westpreußen vertraut gemacht haben, werden sich erinnern, daß wir in diesen Tagen einen Gedächtnißtag für die Stadt Thorn haben feiern können (das Thorner Blutbad in 1724), wo die polnischen Herrscher es den Deutschen mit blutiger Schrift bewiesen haben, wie sie nationale Sonderbestrebungen zu behandeln entschlossen waren. Fürchten Sie nicht, meine Herren, daß wir aus diesen historischen Reminiscenzen, zu denen Sie mich wider meinen Willen zwingen, irgend ein Beispiel oder eine Empfindlichkeit übernehmen. Die verbündeten Regierungen und insbesondere Ihre Landesregierung, die königlich preußische, wird fortfahren in den Bestrebungen, die Segnungen des Rechtsschutzes und der Gesittung unter den Dankbaren und unter den Undankbaren zu verbreiten, und glücklicherweise sind die Dankbaren in der Mehrheit auch bei Ihnen!" Als darauf ein polnischer Abgeordneter meinte, Fürst Bismarck habe gesagt, die Polen seien kein Volk, replicirte der Kanzler nur, „um zu verhüten, daß eins jener Schlagwörter mehr in die Welt gesetzt würde, von denen ich an meiner Stelle nicht selten durch das Wohlwollen meiner parlamentarischen Gegner zu leiden gehabt habe, und so noch bis in die Tage des jetzigen französischen Krieges hin an dem Worte des Grafen Schwerin: „La force prime le droit, Gewalt geht vor Recht", was ich bekanntlich nicht gesagt habe. Nun habe ich aus der Betonung des letzten Herrn Redners vermuthet, daß auch er sich ein neues Schlagwort vorbereitet: „Wir sind kein Volk". Ja, damit kann man viel Mißbrauch treiben; es kommt darauf an, was man unter dem „wir" versteht. In meinem Sinne verstehe ich unter dem „wir" — und damit unterschreibe ich vollständig den Satz — die etwa 20 Herren Abgeordneten — die sich hier als Volk geriren, und zwar als polnisches Volk. Sie, meine Herren, Sie sind wirklich kein Volk, Sie haben kein Volk hinter sich, Sie haben nichts hinter sich als Ihre Fictionen und Ihre Illusionen, und zu denen gehört unter Anderm, daß Sie vom polnischen Volke hierher in den Reichstag gewählt seien, um die polnische Nationalität zu vertreten. Ich weiß auch etwas davon, wozu Sie gewählt worden sind. Ich habe es Ihnen schon bei früheren Gelegenheiten auseinandergesetzt, und kann Ihnen darüber auch jetzt nähere Specialitäten geben. Sie sind gewählt, um die Interessen der katholischen Kirche zu vertreten, und wenn Sie das thun, sobald diese Interessen in Frage kommen, so werden Sie Ihre Schuldigkeit gegen Ihre

Wähler erfüllen. Denn dazu sind Sie ehrlich gewählt, dazu haben Sie das volle Recht; aber hier das polnische Volk oder die polnische Nationalität zu vertreten, dazu haben Sie das Mandat nicht! Ein solches Mandat hat Ihnen kein Mensch gegeben, und das Volk im Großherzogthum Posen und in Westpreußen am allerwenigsten; es theilt nicht die Fictionen, die Sie vertheidigen: daß die polnische Herrschaft gut gewesen wäre — oder nicht schlecht, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte. Bei aller Unparteilichkeit und bei aller Neigung, gerecht zu sein, kann ich Ihnen versichern, sie war ganz herzlich schlecht, und darum wird sie niemals wiederkommen!"

Einer der polnischen Abgeordneten construirte sich daraus, Fürst Bismarck habe gesagt, daß die polnischen Abgeordneten „durch den Einfluß der clerikalen Partei gewählt" seien, worauf der Kanzler antwortete, der Redner besitze eine große Fertigkeit, ihn nicht zu verstehen; er habe nichts derartiges gesagt. Es dauerte aber nicht mehr lange, daß Bismarck die polnische Fraction als direct unter dem Bann der Ultramontanen stehend ausdrücklich zu betrachten hatte. Trotzdem Bismarck seinen oben entwickelten Standpunkt in Wort und That stets festhielt, tauchte doch die Lüge auf und hielt sich lange, daß er an eine Wiederherstellung Polens ernstlich gedacht habe. Nichts konnte lächerlicher sein, als Bismarck einen so in jeder Beziehung unmöglichen Plan anzudichten. Eine Wiederherstellung Polens würde, wie er selbst oft klar darlegte, die Herrschaft einer Minderheit von sieben Millionen Polen über ungefähr dreimal so viel Nichtpolen in den ehemaligen polnischen Landestheilen und die Zerreißung von drei Großstaaten Europas bedeuten. Für die große Masse der polnischen Bevölkerung Preußens ist die Aufnahme in dessen Staatsverbande ein Segen gewesen und die meisten Polen empfinden das dankbar, soweit die Kirche ihnen das erlaubt. Thatsächlich ist es nur der polnische Clerus und der Adel, der sich nach den Fleischtöpfen des alten Polens zurücksehnt, das heißt wieder in Stand gesetzt sein möchte, mit den Bauern nach Belieben zu schalten und zu walten.

Eine sehr schwierige Aufgabe, mit welcher sich der Reichstag schnell zu befassen hatte, war die Ordnung des Verhältnisses, in welches die neuerworbenen Lande Elsaß und Deutsch-Lothringen zu Deutschland treten sollten. Die Bevölkerung dieser Landestheile selbst sprach sich entschieden gegen jede Trennung aus. Dieser Umstand und des Weiteren die Unmöglichkeit, im Reichstag eine Mehrheit dafür zu finden, schloß den Plan, Elsaß Bayern einzuverleiben, von vornherein aus. Bismarck war anfänglich dafür eingetreten, um dem König Ludwig sein vor Ausbruch des

Krieges von ihm selbst vertraulich in Aussicht gestellte Gebietserweiterung zukommen lassen zu können, doch die bayerische Regierung nahm angesichts der gegentheiligen Stimmung selbst davon Abstand. Thatsächlich hielt Bismarck die Erklärung Elsaß-Lothringens für unmittelbare Reichslande für die einzig richtige Lösung der Frage. Als das Gesetz bezüglich der Vereinigung derselben mit dem Deutschen Reich im Reichstag zur Verhandlung kam, hielt Bismarck einige sehr interessante Reden, die erste, grundlegende, am 2. Mai. „Wenn wir uns ein Jahr — oder genauer zehn Monate — zurückversetzen," sagte er, „so werden wir uns sagen können, daß Deutschland einig war in seiner Liebe zum Frieden; es gab kaum einen Deutschen, der nicht den Frieden mit Deutschland wollte, so lange er mit Ehren zu halten war. Diejenigen krankhaften Ausnahmen, die etwa den Krieg wollten in der Hoffnung, ihr eigenes Vaterland werde unterliegen, — sie sind des Namens nicht würdig, ich zähle sie nicht zu den Deutschen! ....Ebenso einstimmig aber waren sie, als der Krieg uns aufgedrängt wurde, als wir gezwungen wurden, zu unserer Vertheidigung zur Wehr zu greifen, wenn Gott uns den Sieg in diesem Kriege, den wir mannhaft zu führen entschlossen waren, verleihen sollte, nach Bürgschaften zu suchen, welche eine Wiederholung eines ähnlichen Krieges unwahrscheinlicher und die Abwehr, wenn er dennoch eintreten sollte, leichter machen. Jedermann erinnerte sich, daß unter unseren Vätern seit dreihundert Jahren wohl schwerlich eine Generation gewesen ist, die nicht gezwungen war, den Degen gegen Frankreich zu ziehen, und Jedermann sagte sich, daß, wenn bei früheren Gelegenheiten, wo Deutschland zu den Siegern über Frankreich gehörte, die Möglichkeit versäumt worden war, Deutschland einen besseren Schutz gegen Westen zu geben, dies darin lag, daß wir den Sieg in Gemeinschaft mit Bundesgenossen erfochten hatten, deren Interessen eben nicht die unsrigen waren. Jedermann war also entschlossen, wenn wir jetzt, selbstständig und rein auf unser Schwert und unser eigenes Recht gestützt, den Sieg erkämpften, mit vollem Ernste dahin zu wirken, daß unsern Kindern eine gesicherte Zukunft hinterlassen werde.

„Die Kriege mit Frankreich hatten im Laufe der Jahrhunderte, da sie vermöge ihrer Zerrissenheit Deutschlands fast stets zu unserem Nachtheile ausfielen, eine geographische militärische Grenzbildung geschaffen, welche an sich für Frankreich voller Versuchung, für Deutschland voller Bedrohung war, und ich kann die Lage, in der wir uns befanden, in der namentlich Süddeutschland sich befand, nicht schlagender charakterisiren, als es mir gegenüber von einem geistreichen süddeutschen Souverän einst geschah, als

Deutschland gedrängt wurde, im orientalischen Kriege für die Westmächte Partei zu nehmen, ohne daß es der Ueberzeugung seiner Regierungen nach ein selbstständiges Interesse hatte, diesen Krieg zu führen. Ich kann ihn auch nennen — es war der hochselige König Wilhelm von Württemberg. Der sagte mir: „Ich theile Ihre Ansicht, daß wir kein Interesse haben, uns in diesen Krieg zu mischen, daß kein deutsches Interesse dabei auf dem Spiele steht, welches der Mühe werth wäre, deutsches Blut dafür zu vergießen. Aber wenn wir uns darum mit den Westmächten überwerfen sollten, wenn es so weit kommen sollte, zählen Sie auf meine Stimme im Bundestage, bis zu der Zeit, wo der Krieg zum Ausbruch kommt. Dann aber nimmt die Sache eine andere Gestalt an. Ich bin entschlossen, so gut wie jeder andere, die Verbindlichkeiten einzuhalten, die ich eingegangen bin. Aber hüten Sie sich, die Menschen anders zu beurtheilen, als sie sind. Geben Sie uns Straßburg, und wir werden einig sein für alle Eventualitäten; so lange Straßburg aber ein Ausfallthor ist für eine stets bewaffnete Macht, muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der deutsche Bund zu Hülfe kommen kann. Ich werde mich keinen Augenblick bedenken, das harte Brot der Verbannung in Ihrem Lager zu essen, aber meine Unterthanen werden an mich schreiben. Sie werden von Contributionen erdrückt werden, um auf Aenderung meines Entschlusses zu wirken. Ich weiß nicht, was ich thun werde, ich weiß nicht, ob alle Leute fest genug bleiben werden. Aber der Knotenpunkt liegt in Straßburg, denn so lange das nicht deutsch ist, wird es immer ein Hinderniß für Süddeutschland bilden, sich der deutschen Einheit, einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben. So lange Straßburg ein Ausfallsthor für eine stets waffenbereite Arme von hundert- bis hundertfünfzigtausend Mann ist, bleibt Deutschland in der Lage, nicht rechtzeitig mit ebenso starken Streitkräften am Oberrhein einzutreten zu können — die Franzosen werden stets früher da sein."

„Ich glaube, dieser aus dem Leben gegriffene Fall sagt alles — ich habe dem nichts hinzuzufügen.

„Der Keil, den die Ecke bei Weißenburg in Deutschland hineinschob, trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie von Norddeutschland, und es gehörte der hohe Grad von Entschlossenheit, von nationaler Begeisterung und Hingebung bei unseren süddeutschen Bundesgenossen dazu, um ungeachtet dieser naheliegenden Gefahr, der sie bei einer geschickten Führung des Feldzuges von seiten Frankreichs ausgesetzt waren, keinen Augenblick anzustehen, in der Gefahr Norddeutschlands die ihrige zu sehen und frisch zuzugreifen, um mit uns gemeinschaftlich vorzugehen. Daß

Frankreich in dieser überlegenen Stellung, in diesem vorgeschobenen Bastion, welches Straßburg gegen Deutschland bildete, der Versuchung zu erliegen jederzeit bereit war, sobald innere Verhältnisse eine Ableitung nach Außen nützlich machten, das haben wir Jahrzehnte hindurch gesehen. Es ist bekannt, daß ich noch am 6. August 1866 in dem Fall gewesen bin, den französischen Botschafter bei mir eintreten zu sehen, um mir mit kurzen Worten das Ultimatum zu stellen, Mainz an Frankreich abzutreten, oder die sofortige Kriegerklärung zu gewärtigen. Ich bin natürlich nicht einen Augenblick zweifelhaft gewesen über die Antwort. Ich antwortete ihm: Gut, dann ist Krieg! Er reiste mit dieser Antwort nach Paris; in Paris besann man sich einige Tage nachher anders, und man gab mir zu verstehen, diese Instruction sei dem Kaiser Napoleon während einer Krankheit entrissen worden. Die weiteren Versuche in Bezug auf Luxemburg und weitere Fragen sind bekannt. Ich glaube, ich brauche auch nicht zu beweisen, daß Frankreich nicht immer characterstark genug war, den Versuchungen, die der Besitz des Elsaß mit sich brachte, zu widerstehen.

„Die Frage, wie Bürgschaften dagegen zu gewinnen seien, — territorialer Natur mußten sie sein, die Garantien der auswärtigen Mächte konnten uns nicht viel helfen, denn solche Garantien haben zu meinem Bedauern mitunter nachträglich abschwächende Deklarationen erhalten. Man sollte glauben, daß ganz Europa das Bedürfniß empfunden hätte, die häufig wiederkehrenden Kämpfe zweier großer Kulturvölker inmitten der europäischen Civilisation zu hindern, und daß die Einsicht nahe lag, daß das einfachste Mittel, sie zu hindern, dasjenige sei, daß man den zweifellos friedfertigeren Theil von beiden in seiner Vertheidigung stärke. Ich kann indeß nicht sagen, daß dieser Gedanke von Haus aus überall einleuchtend gefunden wurde. Es wurde nach anderen Auskunftsmitteln gesucht, es wurde uns vielfach vorgeschlagen, wir möchten uns mit den Kriegskosten und mit der Schleifung der französischen Festungen in Elsaß und Lothringen begnügen. Ich habe dem immer widerstanden, indem ich dieses Mittel für ein unpraktisches im Interesse der Erhaltung des Friedens ansehe. Es ist die Konstituirung einer Servitut auf fremdem Grund und Boden, einer sehr drückenden und beschwerlichen Last für das Souveränitäts-, für das Unabhängigkeitsgefühl desjenigen, den sie trifft. Die Abtretung der Festungen wird kaum schwerer empfunden, als das Gebot des Auslandes, innerhalb des Gebietes der eigenen Souveränität nicht bauen zu dürfen. Die Schleifung des unbedeutenden Platzes Hüningen ist vielleicht öfter wirksam zur Erregung französischer Leidenschaft benutzt worden, als der Verlust irgend eines Territoriums, den Frankreich an seinen Er-

oberungen 1815 zu erleiden hatte. Ich habe deshalb auf dieses Mittel keinen Werth gelegt, umsoweniger, als nach der geographischen Configuration des vorspringenden Bastions, wie ich mir erlaubte es zu bezeichnen, der Ausgangspunkt der französischen Truppen immer gleich nahe an Stuttgart und München gelegen hätte wie jetzt. Es kam darauf an, ihn weiter zurückzuverlegen.

„Außerdem ist Metz ein Ort, dessen topographische Configuration von der Art, daß die Kunst, um es zu einer starken Festung zu machen, nur sehr wenig zu thun braucht, um dasjenige, was sie etwa daran gethan hat, wenn es zerstört würde, was sehr kostspielig wäre, doch sehr rasch wieder herzustellen. Ich habe also dieses Auskunftsmittel als unzulänglich angesehen.

„Ein anderes Mittel wäre gewesen — und das wurde auch von Einwohnern von Elsaß-Lothringen befürwortet — einen neutralen Staat, ähnlich wie Belgien und die Schweiz, an jener Stelle zu errichten. Es wäre dann eine Kette von neutralen Staaten hergestellt gewesen von der Nordsee bis an die Schweizer Alpen, die es uns allerdings unmöglich machen würde, Frankreich zu Lande anzugreifen, weil wir gewohnt sind, Verträge und Neutralitäten zu achten, und weil wir durch diesen dazwischenliegenden Raum von Frankreich getrennt wären; keineswegs aber würde Frankreich an dem im letzten Kriege ja gehegten, aber nicht ausgeführten Plan gehindert sein, gelegentlich seine Flotte mit Landungstruppen an unsere Küsten zu schicken oder bei Verbündeten französische Truppen zu landen und bei uns einrücken zu lassen. Frankreich hätte einen schützenden Gürtel gegen uns bekommen, wir aber wären, so lange unsere Flotte der französischen nicht gewachsen ist, zur See nicht gedeckt gewesen. Es war dies ein Grund, aber nur in zweiter Linie. Der erste Grund ist der, daß die Neutralität überhaupt nur haltbar ist, wenn die Bevölkerung entschlossen ist, sich eine unabhängige neutrale Stellung zu wahren und für die Erhaltung ihrer Neutralität zur Noth mit Waffengewalt einzutreten. So hat es Belgien, so hat es die Schweiz gethan; beide hätten uns gegenüber es nicht nöthig gehabt; aber ihre Neutralität ist thatsächlich von beiden gewahrt worden; beide wollen unabhängige, neutrale Staaten bleiben. Diese Voraussetzung wäre bei den neugebildeten Neutralen, Elsaß und Lothringen, in der nächsten Zeit nicht zugetroffen, sondern es ist zu erwarten, daß die starken französischen Elemente, welche im Lande noch lange zurückbleiben werden, die mit ihren Interessen, Sympathien und Erinnerungen an Frankreich hängen, diesen neutralen Staat, wer auch immer sein Souverän sein möchte, bei einem neuen französisch-deutschen Kriege be-

stimmt haben würden, sich Frankreich wieder anzuschließen, und die Neutralität wäre eben nur ein für uns schädliches, für Frankreich nützliches Trugbild gewesen. Es blieb daher nichts anderes übrig, als diese Landesstriche mit ihren starken Festungen vollständig in deutsche Gewalt zu bringen, um sie selbst als ein starkes Glacis Deutschlands gegen Frankreich zu vertheidigen, und um den Ausgangspunkt etwaiger französischer Angriffe um eine Anzahl von Tagemärschen weiter zurückzulegen, wenn Frankreich entweder bei eigener Erstarkung oder im Besitz von Bundesgenossen uns den Handschuh wieder hinwerfen sollte.

„Der Verwirklichung dieses Gedankens, die Befriedigung dieses nnabweisbaren Bedürfnisses zu unserer Sicherheit stand in erster Linie die Abneigung der Einwohner selbst, von Frankreich getrennt zu werden, entgegen. Es ist nicht meine Aufgabe, hier die Gründe zu untersuchen, die es möglich machten, daß eine urdeutsche Bevölkerung einem Lande mit fremder Sprache und mit nicht immer wohlwollender und schonender Regierung in diesem Maße anhänglich werden konnte. Etwas liegt wohl darin, daß alle diejenigen Eigenschaften, die den Deutschen vom Franzosen unterscheiden, gerade in der Elsässer Bevölkerung in hohem Grade verkörpert werden, so daß die Bevölkerung dieser Lande in Bezug auf Tüchtigkeit und Ordnungsliebe, ich darf wohl ohne Ueberhebung sagen, eine Art von Aristokratie in Frankreich bildete; sie waren befähigter zu Aemtern, zuverlässiger im Dienst; die Stellvertreter im Militär, die Gendarmen, die Beamten im Staatsdienst in einem die Proportion der Bevölkerung weit überragenden Verhältniß waren Elsässer und Lothringer; es waren die 1½ Millionen Deutsche, die alle Vorzüge des Deutschen in einem Volke, das andere Vorzüge hat, aber gerade nicht diese, zu verwerthen im Stande waren und thatsächlich verwertheten; sie hatten durch ihre Eigenschaften eine bevorzugte Stellung, die sie manche gesetzliche Unbilligkeit vergessen machte. Es liegt dabei im deutschen Charakter, daß jeder Stamm sich irgend eine Art von Ueberlegenheit, namentlich über seinen nächsten Nachbar vindicirt; hinter dem Elsässer und Lothringer, so lange er französisch war, stand Paris mit seinem Glanze und Frankreich mit seiner einheitlichen Größe; er trat dem deutschen Landsmann gegenüber mit dem Gefühl: Paris ist mein, und fand darin eine Quelle für ein Gefühl partikularistischer Ueberlegenheit. Ich gehe nicht auf die weiteren Gründe zurück, daß jeder sich einem großen Staatswesen, welches seiner Fähigkeit vollen Spielraum gibt, leichter assimilirt, als einer zerrissenen, wenn auch stammverwandten Nation, wie sie sich früher diesseits des Rheins für einen Elsässer darstellte. Thatsache ist, daß diese Abneigung vorhanden war, und daß es unsere Pflicht ist, sie mit

Geduld zu überwinden. Wir haben meines Erachtens viele Mittel dazu; wir Deutsche haben im Ganzen die Gewohnheit, wohlwollender, mitunter etwas ungeschickter, aber auf die Dauer kommt es doch heraus, wohlwollender und menschlicher zu regieren, als es die französischen Staatsmänner thun; es ist das ein Vorzug des deutschen Wesens, der in den deutschen Herzen der Elsässer bald anheimeln und erkennbar werden wird. Wir sind außerdem im Stande, den Bewohnern einen viel höheren Grad von communaler und individueller Freiheit zu bewilligen, als die französischen Einrichtungen und Traditionen dies je vermochten. Wenn wir die heutige Pariser Bewegung betrachten, so wird auch bei ihr eintreffen, was bei jeder Bewegung, die eine gewisse Nachhaltigkeit hat, unzweifelhaft ist, daß neben allen unvernünftigen Motiven, die ihr ankleben und den Einzelnen bestimmen, in der Grundlage irgend ein vernünftiger Kern steckt; sonst vermag keine Bewegung auch nur das Maß von Kraft zu erlangen, wie die Pariser es augenblicklich erlangt hatten. Dieser vernünftige Kern — ich weiß nicht, wie viele Leute ihm anhängen, aber jedenfalls die besten und intelligentesten von denen, die augenblicklich gegen ihre Landsleute kämpfen — ich darf es mit einem Worte bezeichnen: es ist die deutsche Städteordnung; wenn die Communen diese hätten, dann würden die Besseren ihrer Anhänger zufrieden sein, — ich sage nicht alle. Wir müssen unterscheiden, wie liegt die Sache: die Miliz der Gewaltthat, bestehend überwiegend aus Leuten, die nichts zu verlieren haben; es gibt in einer Stadt von zwei Millionen eine große Anzahl sogenannter repris de justice, Leute, die man bei uns als unter polizeilicher Aufsicht bezeichnen würde, Leute, die die Intervalle, die sie zwischen zwei Zuchthausperioden haben, in Paris zubringen, und die sich dort in erheblicher Anzahl zusammenfinden, Leute, die überall, wo es Unordnung und Plünderung gibt, bereitwillig derselben dienen. Es sind gerade diese, die der Bewegung den bedrohlichen Character für die Civilisation gegeben haben, durch den sie sich gelegentlich hervorthat, ehe man die theoretischen Ziele näher untersuchte, und der im Interesse der Menschlichkeit, hoffe ich, jetzt zu den überwundenen gehört, aber freilich auch ebenso gut rückfällig werden kann. Neben diesem Auswurf, wie er sich in jeder großen Stadt ja reichlich findet, wird die Miliz, deren ich gedacht, gebildet durch eine Anzahl von Anhängern der europäischen internationalen Republik. Mir sind die Ziffern genannt worden, mit welchen die fremden Nationalitäten sich dort betheiligen, von denen mir nur vorschwebt, daß beinahe 8000 Engländer sich zum Zwecke der Verwirklichung ihrer Pläne in Paris befinden sollen, — ich setze voraus, daß es größtentheils irische Fenier sind,

die mit dem Ausdrucke Engländer bezeichnet wurden — ebenso eine große Anzahl Belgier, Polen, Garibaldiner und Italiener. Das sind Leute, denen die Commune und die französischen Freiheiten ziemlich gleichgültig sind, sie erstreben etwas anderes, und auf sie war natürlich jenes Argument nicht gerichtet, wenn ich sagte: es ist in jeder Bewegung ein vernünftiger Kern. Solche Wünsche, wie sie ja in Frankreich bei den großen Gemeinden sehr berechtigt sind im Vergleich mit ihrer staatsrechtlichen Vergangenheit, die ihnen nur ein sehr geringes Maß der Bewegung zuläßt und nach den Traditionen der französischen Staatsmänner das Aeußerste dennoch bietet, was man der communalen Freiheit gewähren kann, machen sich ja bei dem deutschen Character der Elsässer und Lothringer, der mehr nach individueller und communaler Selbstständigkeit strebt, als der Franzose, in hohem Grade fühlbar, und ich bin überzeugt, daß wir der Bevölkerung des Elsaß auf dem Gebiete der Selbstverwaltung ohne Schaden für das gesammte Reich einen erheblich freieren Spielraum lassen können — von Haus aus, der allmählich so erweitert wird, daß er dem Ideal zustrebt, daß jedes Individuum, jeder engere kleinere Kreis das Maß der Freiheit besitzt, das überhaupt mit der Ordnung des Gesammtstaatswesens verträglich ist. Das zu erreichen, diesem Ziele möglichst nahe zu kommen, halte ich für die Aufgabe jeder vernünftigen Staatskunst, und sie ist für die deutschen Einrichtungen, unter denen wir leben, sehr viel erreichbarer, als sie es in Frankreich nach dem französischen Character und der unitarischen Verfassung von Frankreich jemals werden kann. Ich glaube deshalb, daß es uns mit der deutschen Geduld und deutschem Wohlwollen gelingen wird, den Landsmann dort zu gewinnen — vielleicht in kürzerer Zeit, als man jetzt erwartet. Es werden aber immer Elemente zurückbleiben, die mit ihrer ganzen persönlichen Vergangenheit in Frankreich wurzeln, und die zu alt sind, um sich davon noch loszureißen, oder die durch ihre materiellen Interessen mit Frankreich nothwendig zusammenhängen und für das Zerreißen der Bande, die sie an Frankreich knüpften, eine Entschädigung bei uns entweder gar nicht oder nur spät finden können. Also wir dürfen uns nicht damit schmeicheln, sehr rasch an dem Ziel zu sein, daß im Elsaß die Verhältnisse sein würden wie in Thüringen in Bezug auf deutsche Empfindungen; aber wir dürfen dann doch auch nicht verzweifeln, das Ziel, dem wir zustreben, unsererseits zu erleben, wenn wir die Zeit erfüllen, welche dem Menschen im Durchschnitte gegeben ist.

„Wie nun dieser Aufgabe näher zu treten sei, in welcher zunächst, das

ist die Frage, welche jetzt zunächst an Sie herantritt, meine Herren, aber doch nicht in einer entscheidenden und die Zukunft bindenden Weise. Ich möchte Sie bitten, bei diesen Berathungen sich nicht auf den Standpunkt zu stellen, daß Sie etwas für die Ewigkeit Gültiges machen wollen, daß Sie jetzt schon sich einen festen Gedanken bilden wollen über die Gestaltung der Zukunft, wie sie nach mehreren Jahren etwa sein soll. Dahin reicht meines Erachtens keine menschliche Voraussicht. Die Verhältnisse sind abnorm; sie mußten abnorm sein — unsere ganze Aufgabe war es — und sie sind nicht nur abnorm in der Art, wie wir das Elsaß gewonnen haben, sie sind auch abnorm in der Person des Gewinners. Ein Bund, aus souveränen Fürsten und freien Städten bestehend, der eine Eroberung macht, die er zum Bedürfniß seines Schutzes behalten muß, die sich also im gemeinsamen Besitz befindet, ist eine in der Geschichte sehr seltene Erscheinung, und wenn wir einzelne Unternehmungen von Schweizer Kantonen abrechnen, die doch auch immer nicht die Absicht haben, sich die gemeinsam gewonnenen Länder gleichberechtigt zu assimiliren, sondern sie als gemeinsame Provinzen zum Vortheil der Eroberer zu bewirthschaften, so glaube ich kaum, daß sich in der Geschichte etwas Aehnliches findet. Ich möchte also glauben, daß gerade bei dieser abnormen Lage und abnormen Aufgabe die Mahnung, den Fernblick des scharfsichtigsten Politikers in menschlichen Dingen nicht zu überschätzen, besonders an uns herantritt. Ich wenigstens fühle mich nicht im Stande, jetzt schon mit voller Sicherheit zu sagen, wie die Situation nach drei Jahren im Elsaß und in Lothringen sein wird. Um das berechnen zu können, müßte man in die Zukunft sehen. Es hängt das von Faktoren ab, deren Entwicklung, deren Verhalten und guter Wille gar nicht in unserer Gewalt stehen und von uns nicht regiert werden können. Es ist das, was wir Ihnen vorlegen, eben ein Versuch, den richtigen Anfang einer Bahn zu finden, über deren Ende wir selbst noch der Belehrung durch die Entwicklung, durch die Erfahrungen, die wir machen werden, bedürftig sind. Und ich möchte Sie deshalb bitten, einstweilen denselben empirischen Weg gehen zu wollen, den die Regierungen gegangen sind, und die Verhältnisse zu nehmen, wie sie liegen, und nicht, wie sie vielleicht wünschenswerth wären. Wann man nichts Besseres an die Stelle zu setzen weiß für etwas, das einem nicht vollständig gefällt, so thut man immer, meiner Ueberzeugung nach, besser, der Schwerkraft der Ereignisse ihre Wirkung zu lassen und die Sache einstweilen so zu nehmen, wie sie liegt; sie liegt aber so, daß die verbündeten Regierungen gemeinsam diese Länder gewonnen haben, daß ihr gemeinsamer Besitz, ihre gemeinsame Verwaltung etwas Gegebenes ist, was nach unsern

Bedürfnissen und nach den Bedürfnissen der Betheiligten in Elsaß und Lothringen modificirt werden kann. Aber ich möchte dringend bitten, sparen Sie sich, ebenso wie es die verbündeten Regierungen machen, das Urtheil über die Gestaltung, wie sie definitiv einmal werden kann, noch auf. Haben Sie mehr Muth, die Zukunft zu präjudiciren, als wir, so werden wir Ihnen bereitwillig entgegenkommen, da wir unsere Arbeit ja doch gemeinschaftlich betreiben können, und gerade die Vorsicht, mit der ich die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen kundgebe, mit der dieselben sich die Ueberzeugung gebildet haben, zeigt Ihnen zugleich die Bereitwilligkeit, in der wir uns befinden, uns belehren zu lassen, wenn wir irgend einen besseren Vorschlag erhalten, namentlich wenn er sich an der Hand der Erfahrung, selbst einer kurzen Erfahrung, als der bessere bewährt haben sollte; und wenn ich unsererseits diesen guten Willen kund gebe, so bin ich sicher, daß er bei Ihnen ebenso vorhanden ist, auf diesem Wege gemeinsam mit deutscher Geduld und deutscher Liebe zu Allem, besonders zu den neuesten Landsleuten das richtige Ziel zu finden und schließlich zu wahren."

Die Liberalen beantragten, daß die Dictatur für Elsaß-Lothringen bis 1. Januar 1873 dauern solle, anstatt 1874, wie die Regierung wollte. Ferner aber verlangten sie, daß alle Gesetze, welche Elsaß-Lothringen mit Anleihen oder Uebernahme von Garantien belasteten, der Zustimmung des Reichstages bedürfen sollten. Das empfand Fürst Bismarck sehr schmerzlich. Es war am 25. Mai, nachdem er vor Kurzem erst aus Frankfurt vom Friedensschluß zurückgekehrt war, als dieser Antrag zur Verhandlung kam. Er bekämpfte denselben und sah ein Mißtrauensvotum gegen seine Person darin. In seiner Rede sagte er: „Ernsthaft ist wohl nur in Frage gekommen: soll Elsaß und Lothringen zu Preußen gelegt werden, oder soll es unmittelbares Reichsland sein? Ich habe mich unbedingt für die letztere Alternative von Anfang an entschieden, einmal, um dynastische Fragen nicht ohne Noth in unsere politischen zu mischen, zweitens aber auch darum, weil ich es für leichter halte, daß die Elsässer sich mit dem Namen der „Deutschen" assimiliren, als mit dem Namen der „Preußen". Die Elsässer haben sich in ihrer zweihundertjährigen Zugehörigkeit zu Frankreich ein tüchtiges Stück Particularismus nach guter deutscher Art conservirt, und das ist der Baugrund, auf dem wir meines Erachtens mit dem Fundamente zu beginnen haben werden; diesen Particularismus zunächst zu stärken, ist im Widerspruch zu den Erscheinungen, die uns in analoger Weise im Norden Deutschlands vorgelegen haben, jetzt unser Beruf. Je mehr sich die Bewohner des Elsaß als Elsässer fühlen werden, umsomehr

werden sie das Franzosenthum abthun. Fühlen sie sich erst vollständig als Elsässer, so sind sie zu logisch, um sich nicht gleichzeitig als Deutsche zu fühlen. Der Name „Preußen" ist nicht ohne Erfolg durch die künstlichen — ich kann wohl sagen — Intriguen der französischen Regierung in Frankreich verhaßt gemacht worden im Vergleich mit dem der Deutschen. Es war eine alte Tradition daselbst, nicht anzuerkennen, daß die Preußen Deutsche wären, stets den Deutschen als solchen zu schmeicheln, sie als Schützlinge Frankreichs Preußen gegenüber darzustellen. Und so ist es gekommen, daß der Name Prussien in Frankreich fast etwas Verletzendes hat, und überall, wo sie etwas Uebles von uns sagen wollen, da heißt es: le gouvernement Prussien oder les Prussiens, und wo sie etwas anerkennen wollen, da sagen sie: les Allemands. Es ist kaum zu zweifeln, daß sich in dem Elsaß, so wenig wir uns gegenseitig kennen, diese ein Menschenalter hindurch fortgesetzte Verdächtigung des preußischen Namens von Seiten der französischen Regierung einigermaßen abgefärbt hat. Außerdem aber ist es, wie ich Ihnen vorhin schon erwähnte, den Elsässern leichter, sich ihrer Abstammung als Deutsche bewußt zu werden, als den Namen Preußen anzunehmen. Allein dieser Grund würde schon für mich entscheidend sein.... Nachdem die Aufgabe, die ich mir bei Uebernahme des preußischen auswärtigen Ministeriums gestellt habe, oder, ich will sagen, die mir vorgeschwebt hat: die Herstellung des Deutschen Reiches in irgend einer Gestalt, in einer kürzeren Zeit, als ich nach menschlicher Berechnung erwarten konnte, und in vollerem Maße, als ich damals hoffte zu erleben, sich erfüllt hat, kann ich meine politischen Verpflichtungen meinem Vaterlande gegenüber einigermaßen als ausgelöst betrachten; und wenn ich in diesem Stadium bei abnehmender Gesundheit und abnehmender Arbeitskraft vor einer solchen Aufgabe nicht zurückschrecke, so leitete mich dabei ein gewisses Gefühl der Verantwortlichkeit für das Schicksal der Bewohner dieser Provinz, wegen des Antheils, den ich an ihrer Loslösung von Frankreich habe; ich fühle mich berufen, der Advokat in dem neuen Staatswesen, dem sie beitreten, so weit es mir gegeben ist, zu sein, und ich möchte sie ungern im Stiche lassen. Zur Durchführung dieser Aufgabe bedarf ich eines entgegenkommenden Vertrauens der Länder selbst, aber vor allen Dingen bedarf ich des vollen Vertrauens der Reichsbehörden, des Reichstags und des Bundesraths, die hinter mir stehen, und in deren Namen ich dort zu handeln habe, und da bin ich genöthigt, der Spezialdebatte einigermaßen vorzugreifen. Den Ausdruck dieses Vertrauens vermisse ich in zwei Bestimmungen, die Sie unserer Vorlage hinzugefügt haben, ja ich finde in

denselben den decidirten Ausdruck des Mißtrauens: Das eine ist die Verkürzung der Frist, für welche Sie uns Vollmacht geben wollen, und für welche Sie die Dictatur einführen wollen. In anderthalb Jahren, meine Herren, läßt sich viel Böses thun, aber nicht sehr viel Gutes schaffen....Ich möchte Sie bitten, doch nicht dem Verdacht Raum zu geben, als ob in der Regierung — und ich kann hierbei nach meiner ganzen amtlichen Stellung meine Person einigermaßen in den Vordergrund stellen — als ob in mir irgend ein Bestreben vorhanden wäre, diese schwerwiegende Verantwortlichkeit eine Stunde länger zu tragen, als durchaus sachlich nothwendig ist. Ich bin meiner ganzen Natur nach nicht regierungsbedürftig, das heißt passiv in hohem Grade, aber ich habe nicht das Bedürfniß zu regieren und lasse gern andern freie Bewegung. Also, meine Herren, die Befürchtung ist wirklich nicht begründet, daß wir diese Verantwortlichkeit länger in der Hand würden behalten wollen, als dringend nothwendig ist zu den Aufgaben, die uns gestellt sind, und die vielleicht in so kurzer Zeit, wie es anderthalb Jahre sind, kaum erfüllbar sein werden.... Wird ein definitiver Zustand geschaffen, dann muß auch die Beamtenschaft, die dort hingestellt ist, sich aller Garantien, auf denen die Zuverlässigkeit der deutschen Beamten beruht, erfreuen, dann muß das Versetzen, das Revociren aufhören, und man muß den Leuten diejenigen Garantien für die Dauer ihrer Existenz geben, die die Beamten bei uns haben. Ich möchte Sie daher dringend bitten, lassen Sie diese Befürchtung aus alter Zeit, von der ich wirklich sagen möchte: ich weiß nicht, was sie soll bedeuten!....Ich weiß nicht, ob Sie sich den eigenthümlichen Eindruck zu vergegenwärtigen im Stande sind, den es mir machen mußte, wo definitiv die Schuldenfreiheit des Elsaß sanctionirt war, und diese Creditloserklärung meiner Person mir entgegenkam. Ich überschätze meinen Antheil an der Herstellung dieses Friedens überhaupt nicht, — er gebührt wesentlich unsern tapfern Kriegern, ich habe nur ihre Thaten zu registriren gehabt; wenn ich aber an irgend etwas einen persönlichen Antheil habe, ja das Resultat fast allein mir zuschreiben kann, so ist es das Ergebniß, daß Elsaß vollständig schuldenfrei ist, und es war das nicht leicht zu machen. Es hat mir außerdem dringend am Herzen gelegen, diesem Lande die Geldquellen, die ihm augenblicklich fehlen, wieder zu eröffnen; ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß noch heute bei Straßburg die Ruinen, der Schutt liegt, eben wie er nach dem Bombardement gelegen hat, daß aus Mangel an Mitteln, welche die Grundlage der amtlichen Anordnungen sind, aus Mangel an amtlichen Initiativen, welche dort leitend und för-

dernd eingreifen könnten, noch heute kein Stein aufgebaut ist; es stand zu befürchten, daß, wenn es so bleibe, den ganzen Sommer hindurch die Leute nicht unter Dach kommen, da ihnen Betriebskapital fehlt, und daß sie beim Eintritte des Winters sich in einer ähnlichen Lage befinden würden. Ich habe deshalb mein Augenmerk darauf gerichtet, aus den französischen Kriegskontributionen eine erhebliche Zahlung noch früher flüssig zu machen, als es bei den Friedensbedingungen ausgemacht war; ich habe dies dadurch erreicht, daß ich mich anheischig machte, einen Theil der ersten Zahlung in französischen Banknoten anzunehmen, welche in Elsaß und Lothringen und Frankreich vollständig pari stehen und als Zahlungsmittel für uns jeden Tag verwerthbar sind.....Mit allem diesem in der Tasche und mit dem schuldenfreien Elsaß komme ich nach Hause und glaubte hierüber im Interesse des Elsaß zu einer Anerkennung berechtigt zu sein, und was mir entgegenspringt, ist die Erklärung, wir schicken euch diesen Kanzler, aber leiht ihm kein Geld, wir stehen nicht gut für ihn! — — Ich werde wie ein leichtfertiger Schuldenmacher dem Lande gegenüber hingestellt!....Es widerstrebt meinem persönlichen Ehrgefühl, unter dieser Kreditloserklärung in die mir zugedachte Stellung einzutreten. Es läßt sich ja sehr leicht eine andere Einrichtung finden, Se. Majestät der Kaiser kann ja einen verantwortlichen Minister für Elsaß und Lothringen ernennen, der dies übernimmt; ich habe als Bundeskanzler eigentlich dazu keinen nothwendigen Beruf. Ich habe dazu mein Amt nicht übernommen, um diese Verantwortung für die Diktatur in diesem großen und bedeutsamen Moment und in diesem Lande zu tragen, wenn sie mir nicht so übergeben wird, daß ich vor das Land treten und sagen kann: ich komme mit dem vollen Vertrauen des Reichs ausgerüstet. Hat man das Bedürfniß, mir Kautelen gegenüberzustellen, als ob man befürchtet, ich könnte mit den Schätzen dieses Landes irgend welchen Mißbrauch treiben, ... ich spreche von mir, denn so lange ich Kanzler bin, kann ohne meine Mitwirkung nichts geschehen; die Sache ist gegen meine Person gerichtet, denn ich kann nach der Lage der Dinge in der Frage nicht majorisirt werden, ohne Zustimmung des Kaisers ist kein Gesetz möglich. — Ich bin sehr gerne bereit, jeden Dienst zu leisten, den das Land noch aus mir ziehen kann; aber geben Sie mir die Möglichkeit, daß ich ein solches Amt mit Freudigkeit übernehme, und befreien Sie mich von diesem

Votum, das ich nicht anders denn als Mißtrauen bezeichnen kann."

Auf diese Worte hin sahen sich die Liberalen doch veranlaßt, ihren Antrag zurückzuziehen, doch die Dauer der Dictatur blieb bis zum 1. Januar 1873 bestimmt. Die Debatte endete mit der angesichts der ungeheuren geistigen Arbeit, welche er zu leisten gehabt hatte, gewiß verständlichen Bemerkung Bismarcks: „Ich möchte die Herren dringend bitten, aus der vielleicht nicht ausreichend vorbereiteten Art, in der ich mitunter nach einer längeren Abwesenheit oder Nichtbetheiligung an Ihren Geschäften eine Sache vertrete, nicht sofort Schlüsse auf tiefer gehende Verstimmungen zu machen, und einer Reizbarkeit unter Umständen etwas zu gute zu halten, ohne die ich andererseits nicht im Stande wäre, Ihnen und dem Lande Dienste zu leisten. Das Recht, etwas müde zu sein, wird mir auch der Herr Vorredner (Abg. Duncker, der behauptet hatte, der Kanzler habe die Cabinetsfrage gestellt) nicht bestreiten."

Um die weitere Entwickelung der Verhältnisse in Elsaß-Lothringen gleich hier vorweg zu nehmen, so war man deutscherseits in der Lage, dem „Reichsland" einige ernstliche Wohlthaten zu erweisen: sehr verständig war die sofortige und glänzende Herstellung der Universität Straßburg, sie wurde schon am 1. Mai 1872 eröffnet; auch das Elementarschulwesen wurde auf gute deutsche Art eingerichtet; weniger Lob verdiente sich die deutsche Verwaltung auf dem Gebiete des Mittelschulwesens, wo man es aber freilich auch mit den widerspenstigsten Elementen der Bevölkerung zu thun hatte. Bessern Erfolg hatte die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, mit der man nicht zögerte. Die Bevölkerung hatte zur französischen Armee einen sehr werthvollen Bestandtheil gestellt und derjenige Theil — es war der zahlreichere — der nicht politisirt, zog ebenso gern die deutsche Uniform an, namentlich wenn es die der Garde war, wie früher die französische; in den verschiedenen Truppentheilen, denen man sie einverleibte, waren die Reichsländischen ein sehr wohlgelittenes, gutartiges, anstelliges Element. Wem die Sache nicht gefiel, der konnte jenseits der Vogesen sein altes Vaterland aufsuchen, wo man in allen möglichen Formen und kindischen Demonstrationen seinen Schmerz um die verlorenen Provinzen aussprach oder zur Schau stellte. Wohl oder übel mußte man nun doch an die Arbeit, und so wurden im Juni 1873 die Wahlen zu den Bezirks- und Kreistagen vorgenommen. Von den 20 Kreistagen traten 13 in regelmäßige Thätigkeit, wie die 3 Bezirkstage, deren Mitglieder also den vorgeschriebenen Eid leisteten; mit dem 1. Januar 1874 trat die deutsche Reichsverfassung in Kraft und das Land wählte seine 15 Reichstagsabgeordneten, sämmtlich,

wie natürlich, im Sinne des Protestes gegen die Einverleibung: einer derselben — er hieß Deutsch — verfocht in einer längeren pathetischen Rede den naiven Standpunkt, nach welchem es Frankreich oder irgendwelchem andern Land und Volk jederzeit frei gestanden hätte, ein andres Land anzugreifen, ohne mehr und andres auf's Spiel zu setzen als ein Stück Geld. Erst allmählich betheiligten sich einzelne der Elsässer Abgeordneten regelmäßig an den Geschäften des Reichs: es dauerte bis 1887, ehe ein vernünftig und deutsch gesinnter Mann, Petri, für Straßburg in den Reichstag gewählt wurde. Durch kaiserlichen Erlaß vom 29. Oktober 1874 geschah ein weiterer Schritt zu einer wirklichen Landesverfassung. Die Bezirkstage, zu einem Landesausschuß zusammentretend, begutachteten die das Land betreffenden Gesetzentwürfe und bald folgte der weitere Fortschritt, daß solche Gesetzentwürfe, wenn ihnen der Landesausschuß zugestimmt hatte, ohne weiteres als Gesetze verkündet werden durften, ohne noch einmal vor Bundesrath und Reichstag zu kommen. Ein kaiserlicher Statthalter mit einer regelrechten Regierung, die in Straßburg ihren Sitz nahm, leitete ein wirkliches verfassungsmäßiges Regiment und Verfassungsleben ein, 1. Oktober 1879. Der erste, Feldmarschall Edwin von Manteuffel, machte denselben Fehler, den man von Anfang gemacht hatte: um die Gunst gewisser Klassen, des katholischen Clerus, der großen Industriellen oder Adeligen zu werben, durch gelegentliche Reden und wohlgesetzte Trinksprüche hin und her sich über die Wirklichkeit der Dinge selbst zu täuschen und täuschen zu lassen, anstatt einfach gerecht und fest zu regieren, was, wo es einmal geschah wie 1883 durch Feststellung der deutschen Sprache als allein zulässiger Geschäftssprache bei den Verhandlungen des Landesausschusses, die beste Wirkung hatte. Als Manteuffel im Jahre 1885 gestorben war, traf der Kaiser eine gute Wahl in dem Fürsten Chlodwig von Hohenlohe, unter dessen Regiment 1886 eine vernünftige Wahl für die Stadtvertretung der beiden tonangebenden Städte Straßburg und Metz zum ersten Mal zeigte, daß man doch in der That vorwärts gekommen war. Materiell gedieh das Land, und sein Volk nimmt die Wendung der Dinge zum mindesten nicht so tragisch, wie gewisse französische Kreise ihnen und sich selbst einreden möchten; schon Kaiser Wilhelm I. wurde, als er 1877 und wieder 1886 das Land bereiste, von der Bevölkerung und namentlich der ländlichen sehr gut empfangen, was allerdings nicht allzuviel beweist, da die Menge bei solchen Gelegenheiten sich selbst ein Fest zu geben pflegt.

Wenden wir uns nun zu den Friedensverhandlungen zurück, durch deren definitiven Abschluß das deutsche Reich eigentlich erst seine äußeren Bürgschaften erhielt. Der definitive Friede sollte nach dem in den Präli-

minarien gegebenen Grundplane in Brüssel abgeschlossen werden. Die Sache zog sich aber in die Länge, und eine Zeit lang konnte der deutsche Kanzler Mißtrauen in Betreff der Aufrichtigkeit der Franzosen hegen. Sie zeigten sich lässig in der Erfüllung ihrer bereits fälligen Verpflichtungen und geneigt, Abmachungen, die schon in Wirksamkeit waren, willkürlich zu deuten. Die französische Regierung war noch gegen Ende April hin im Verzug mit dem wesentlichen Theile der Verpflegungsgelder für die vertragsmäßig in Frankreich zurückgebliebenen deutschen Truppen, mit der Freigebung der deutschen Kriegsgefangenen und mit einer klaren und peremptorischen Aufforderung an die Gouverneure der Colonieen und die Befehlshaber der ostasiatischen Flottenstationen, die Feindseligkeiten einzustellen.

Die Neigung, den Versailler Verabredungen Deutungen zu geben, zu denen man nicht berechtigt war, oder dieselben ohne neue Verabredung mit dem deutschen Kanzler zu erweitern, verrieth sich in der nach Ausbruch des Aufstandes der Commune in Paris bewerkstelligten Ansammlung von 140,000 Mann zwischen Seine und Loire, wo man nach den Präliminarien nur 40,000 Mann beisammen haben durfte, in den Versuchen, die Kriegsschuld durch Zahlung unter pari herabzudrücken und durch Zumuthungen betreffs des Beginns der Räumung der von den deutschen Truppen besetzt gehaltenen Gebietstheile. Es hatte den Anschein, als wollten Thiers und Favre die Ansicht geltend machen, die Deutschen hätten schon nach Zahlung der ersten halben Milliarde und vor Abschluß und Ratification des Friedens sich zu Räumungen verpflichtet, während doch bei den Verhandlungen in Versailles niemals eine andere Meinung obgewaltet, als die, daß zunächst der definitive Friede geschlossen sein müsse, bevor die deutschen Truppen ihre Stellungen an der Seine zu verlassen hätten.

Man hatte damals vorausgesetzt, der definitive Friede würde früher zu Stande kommen, als irgendwelche Zahlung Frankreichs, und Thiers hatte die Absicht geäußert, seine Finanzoperationen zur Beschaffung der Kriegscontribution frühestens nach Verlauf von zwei Monaten zu beginnen, und sich zu der Ansicht bekannt, daß der endgültige Friede in vier bis sechs Wochen abgeschlossen sein werde. Es war damals kein Zweifel gewesen, daß die ganze Occupation den Deutschen als Bürgschaft für denselben dienen sollte, und der Wortlaut der Präliminarien ging klar und deutlich dahin, daß sämmtliche von der deutschen Armee noch zu vollziehende Räumungen dem definitiven Friedensschlusse untergeordnet seien und die Abzahlungen nur auf die Abstufungen der einzelnen Räumungen Einfluß haben konnte.

Bismarck wies den sächsischen General v. Fabrice, der in dieser Zeit von Soissy aus den diplomatischen Verkehr mit der Versailler Regierung unterhielt, am 27. April an, sofort von letzterer eine zweifellose Erklärung in dieser Beziehung zu verlangen, und war entschlossen, dem Könige von jeder weiteren Unterstützung der Franzosen gegen die Commune, zu deren Bekämpfung man bis dahin eine erhebliche Anzahl französischer Kriegsgefangenen freigegeben hatte, abzurathen und ihm die unverzügliche Aufforderung an die französische Regierung zur Verminderung ihrer Truppen auf das vertragsmäßige Verhältniß mit der Androhung zu empfehlen, daß man widrigenfalls die Feindseligkeiten wieder eröffnen werde.

Favre erklärte darauf, Frankreich komme schon jetzt seinen Obliegenheiten nach, werde das auch ferner thun und sei bereit, den Frieden ohne Verzug abzuschließen und ohne Weiteres die Präliminarien als für denselben bestimmend anzuerkennen. Dagegen verlange er Erlaubniß zum Angriff auf Paris über Epinay und St. Denis, sowie die deutscherseits an die Commune zu richtende Aufforderung, die Enceinte der Stadt zu räumen. Es wurde ihm darauf von Berlin her bemerkt, daß Deutschland durch keine Uebereinkunft verpflichtet sei, der französischen Regierung Hilfe zu leisten, wohl aber berechtigt, von ihr die Entwaffnung der Enceinte zu fordern, eventuell dieselbe zu erzwingen, falls man das im deutschen Interesse finden sollte. Dies sei indessen nicht der Fall, so lange jene Regierung in Brüssel den Präliminarfrieden zum Nachtheile Deutschlands abzuändern versuche. Um das dadurch entstandene Mißtrauen durch directe Besprechung über verstärkte Bürgschaften oder bestimmte Zahlungstermine der fünf Milliarden zu heben, schlug der Kanzler dem französischen Minister des Auswärtigen eine baldige Zusammenkunft in Frankfurt vor. Favre erklärte sich dazu bereit und kam am 6. Mai nach der alten Bundestagsstadt.

Wie Bismarck den Aufständischen in Paris gegenüberstand, ergiebt sich aus folgender „Aufklärung über das Doppelgesicht der Commune", die er am 29. April in die Presse bringen ließ: „Viele Briefe aus Paris und Alle, die aus Beziehungen zu der Regierung in Versailles schöpfen, betonen nur die eine Strömung, nach welcher der Aufstand in Paris und die Gründung der Commune ein Act der kosmopolitischen Revolution, ein Vorlauf zur Verwirklichung socialistischer und communistischer Phantasieen ist. Daß dies der Fall, ist nicht in Abrede zu stellen. Es ist in der That die kosmopolitische Revolution, welche die Herren Dombrowski, Stupny, Okolowitsch, Landuski, Burnaki und andere polnische Bari-

ladenhelden, welche die Fenier, die Garibaldianer und Massen von belgischen und englischen Mitgliedern der Internationale unter die rothe Fahne der Commune führte, und der die Reichstagsabgeordneten Bebel und Schraps ihre Sympathieen entgegentragen. Es ist der gröbste Communismus, welcher mit diesen Vorkämpfern des Umsturzes fünfzehn bis zwanzigtausend Verbrecher und andern Abschaum und Auswurf der modernen Culturwelt mischte. Neben diesen Vertretern und Handlangern phantastischer und verbrecherischer Gelüste geht aber in dieser Revolution, wie man sich immer gegenwärtig halten sollte, eine sehr wohlbegründete, von ordnungsliebenden und verständigen Elementen mitempfundene und unterstützte Bewegung her; das Begehren und Hinarbeiten nach einer vernünftigen Städteordnung, nach Befreiung der Gemeinden von lästiger und unnöthiger Bevormundung und Beeinflussung von Seiten des Staates, ein Bestreben, welches sich aus der Geschichte Frankreichs erklärt und namentlich in dem tyrannischen und für das Interesse der Pariser Stadtgemeinde unheilvollen Verfahren Haußmanns seinen Gegensatz fand. Gäbe man den Parisern eine Stadtverfassung, ungefähr wie sie Preußen in seinen Städteordnungen schon seit der Hardenberg'schen Zeit besitzt, so würden viele Besonnene und praktisch Denkende, die jetzt in Paris den Versaillern grollen, zufriedengestellt werden und sich nicht mehr geneigt finden, die Revolution durch passives Verhalten in ihrem Widerstande zu unterstützen."

Die Zusammenkunft Bismarcks mit Favre in Frankfurt hatte denn auch sehr bald, am 10. Mai, allerdings erst, nachdem Bismarck mit größter Entschiedenheit ein Ultimatum gestellt, die Unterzeichnung des Friedensvertrages zur Folge, der am 18. von der französischen Nationalversammlung mit 443 gegen 98 Stimmen angenommen und am 20. ratificirt wurde.

Am 12. Mai erschien Fürst Bismarck im Reichstag und ergriff sogleich das Wort, um über den Friedensschluß zu berichten. Er sagte da im Wesentlichen: „Es sind in der Geschichte die Fälle nicht selten, daß ein Präliminarfrieden oder sonstiges Präliminarabkommen geschlossen worden ist, und daß es nicht gelungen ist, sich über die unentbehrlichen Vervollständigungen, deren der definitive Frieden bedarf, rechtzeitig zu vereinigen, daß daher einer der beiden vertragenden Theile, um nicht in eine nachtheiligere Lage zu kommen, es vorgezogen hat, die Feindseligkeiten wieder zu eröffnen, anstatt länger die Ausführung der Präliminarien in Ungewißheit zu lassen. Ich war in der Besorgniß, daß wir nahe vor dieser Eventualität standen, und da sie eine sehr ernste war, so lag das Bedürfniß

vor, vorher durch eine persönliche Besprechung mit Mitgliedern der französischen Regierung sich darüber klar zu werden, ob eine solche Nothwendigkeit wirklich vorläge oder nicht. Es wäre für uns immer noch nicht indicirt gewesen, wenn wir uns nicht verständigten, sofort die Truppen der französischen Regierung anzugreifen; aber meiner politischen Erwägung nach wären wir, wenn wir uns jetzt nicht verständigten, wenn wir ernste Verletzungen unserer Interessen mit der Verlängerung der Ungewißheit fürchteten, in der Lage gewesen, der Ungewißheit dadurch ein Ende zu machen, daß wir Paris entweder durch Akkord mit der Commune oder durch Gewalt einnahmen und dann im Besitz dieses Pfandes von der Versailler Regierung forderten, daß sie, den Stipulationen des Präliminarfriedens entsprechend, ihre Truppen hinter die Loire zurückzöge, und daß in dieser gegenseitigen Verfassung die weitere Verhandlung über den Frieden fortgesetzt würde. Daß dies uns in schwierige, wenn nicht für die Erfüllung der Friedensbedingungen gefährliche Verhältnisse verwickelt haben würde, liegt auf der Hand. Indessen solche Verhältnisse werden oft durch längeres Zuwarten nicht besser, sondern schwieriger, und ich glaube, wir wären in der Nothwendigkeit gewesen, mit Entschlossenheit vorzugehen, um einen zweifellosen Zustand herzustellen, wenn es nicht gelungen wäre, zu einem definitiven Abschluß mit Frankreich zu gelangen.

„Ich war ursprünglich nicht in der Hoffnung nach Frankfurt gegangen, daß es dort schon so weit würde kommen können, sondern nur in der Absicht, einige noch schwebende Fragen — einige der principiell wichtigeren — zur Entscheidung zu bringen und für die Zahlung der Kriegskontribution eine Verkürzung der Fristen und eine Verstärkung der Garantien zu erreichen und dann den weiteren Abschluß der Verhandlungen den Bevollmächtigten in Brüssel zu überlassen; sobald sich indessen die Aussicht darbot, in Frankfurt sofort definitiv abzuschließen, hielt ich dies für einen großen Gewinn im Interesse beider betheiligter Länder, indem ich überzeugt bin, daß dadurch nicht nur für Deutschland die militärischen Lasten, welche wir uns noch auflegen müssen, wesentlich werden erleichtert werden, sondern daß auch dieser Abschluß zur Consolidirung der Verhältnisse in Frankreich wesentlich beitragen werde. Dadurch, daß die jetzige Regierung den definitiven Frieden abgeschlossen hat, ist sie diejenige, welche am leichtesten im Stande ist, den im Allgemeinen nach Frieden verlangenden Wünschen des französischen Volkes zu entsprechen. Jede Regierung, die sich durch Gewalt oder andere Mittel an ihre Stelle setzte, hätte das Bedenken gegen sich, daß für sie und ihr der Friede nicht so vollständig und unbedingt gesichert ist, wie für die jetzige Regierung.... Eine andere sehr

schwierige Frage waren die Handelsbeziehungen. Die französische Regierung scheint die Handelsverträge, die sie geschlossen hat, lösen zu wollen und den mit uns bestandenen nicht wieder ins Leben treten lassen zu wollen. Sie ist der Meinung, daß die gesteigerten Einnahmen, deren sie bedürfe, durch gesteigerte Zölle wesentlich gefördert werden würden. Es ist meines Erachtens nicht thunlich, im internationalen Verkehr zwischen großen Völkern einen Handelsvertrag zu einer durch den Krieg erkämpften Bedingung zu machen, die der Souveränität eines großen Volkes und der Beschränkung seines Gesetzgebungsrechts auferlegt würde. Ich habe deshalb auch nicht darauf bestanden und glaube nicht, daß die Maßregel praktisch gewesen wäre. Namentlich habe ich befürchtet, daß sie eine so starke Verletzung des Nationalgefühls enthielte, daß sie später den Frieden frühzeitig beeinträchtigen würde. Ich habe mich deshalb darauf beschränkt, zu fordern, daß wir nach dem Princip der meistbegünstigten Nationen uns gegenseitig in Zukunft zu behandeln hätten. Dieses Princip ist in Wesenheit angenommen....Ich kann nicht annehmen, daß diese Abmachungen jeden einzelnen persönlichen Wunsch befriedigen werden, das ist indessen bei so großen Abmachungen zwischen zwei Völkern überhaupt nicht möglich. Trennung alter Verbindungen, Schließung neuer Verbindungen sind ohne Verluste und geschäftliche Nachtheile niemals durchzuführen, aber ich glaube, daß hiermit dasjenige erreicht worden ist, was wir von Frankreich vernünftigerweise und nach den Traditionen, die anderen Friedensschlüssen zu Grunde liegen, verlangen konnten. Wir haben unsere Grenzen durch die Landabtretung gesichert, wir haben unsere Kriegsentschädigung so weit gesichert, wie es nach menschlichen Verhältnissen überhaupt möglich ist; denn weiter ausgedehnte Sicherheiten zu nehmen wäre für uns mit erheblich größeren Kosten und Anstrengungen verknüpft, wir würden nicht nur Geld opfern, sondern, was viel schwerer empfunden wird, die Abwesenheit der Truppen aus dem Lande und so mancher Arbeitskräfte würden auf die Dauer schwer empfunden werden. Indessen, ich habe das Vertrauen, daß es die Absicht der gegenwärtigen französischen Regierung ist, den Vertrag auch ohne solche Bürgschaften redlich auszuführen, und ich habe die Ueberzeugung, wie die Herren sie selbst hatten, daß die Kräfte dazu vorhanden sind, und daß die Behauptung, die Kriegsentschädigung wäre von einer unmöglich zu bezahlenden Höhe, eine unbegründete ist, die von den französischen Finanzmännern und Staatsmännern nicht getheilt wird. Ich erlaube mir die

Mittheilung mit dem Ausdruck der Hoffnung zu schließen, daß dieser Friede ein dauerhafter und segensreicher sein, und daß wir der Bürgschaften, deren wir uns versichert haben, um gegen einen etwa wiederholten Angriff gesichert zu sein, auf lange Zeit nicht bedürfen mögen!"

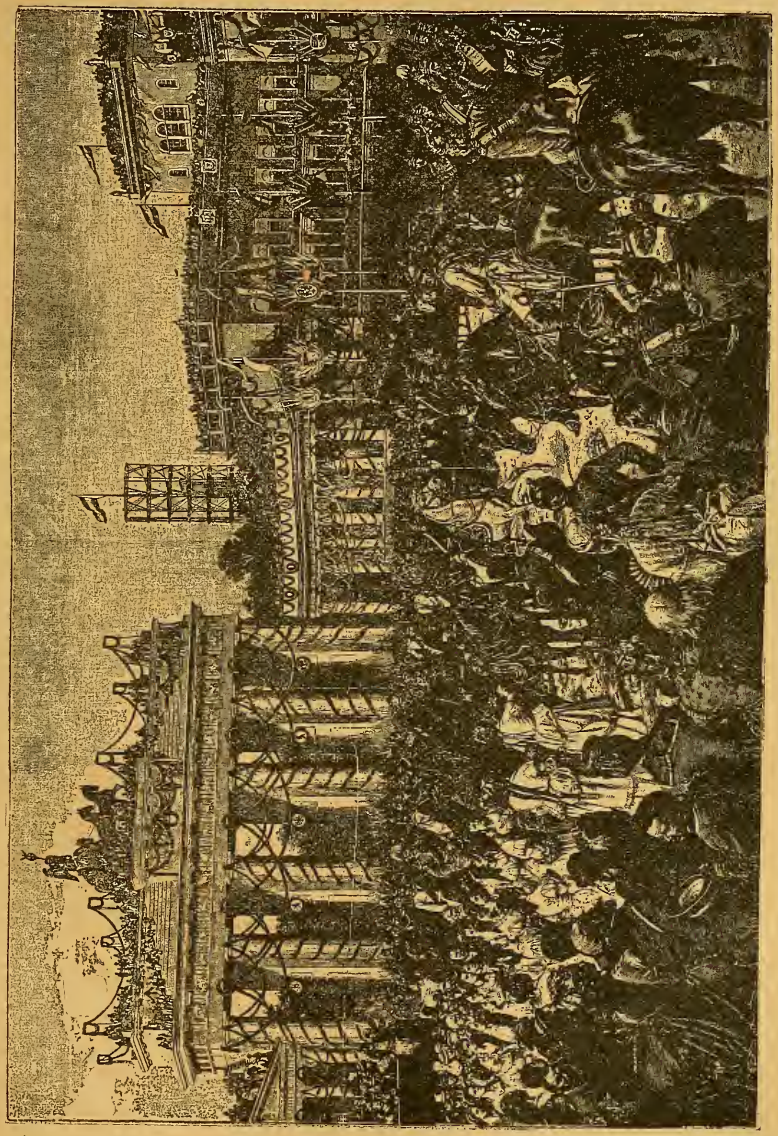
Zu den letzten Arbeiten des Reichstags in seiner ersten Sitzung gehörte noch die Verfügung über einen Theil der französischen Kriegsentschädigungsgelder zur Unterstützung Aller, die durch den Krieg mittelbar oder unmittelbar gelitten hatten, und, wie es in dem Gesetzentwurfe hieß, „zur Verleihung von Dotationen an diejenigen deutschen Heerführer, welche in dem letzten Kriege zu dem glücklichen Ausgange desselben in hervorragender Weise beigetragen haben". Zu letzterem Zwecke wurden dem Kaiser eine Million Thaler zur Verfügung gestellt. Der Reichskanzler hielt in dieser Angelegenheit (am 13. Juni) eine Rede, mit welcher er seinem König ein schönes Denkmal setzte: „Es ist ein ungewöhnlicher und seltener Fall," sagte er, „in welchem ich Ihre Nachsicht dafür in Anspruch nehme, daß ich mich von der constitutionellen Tradition, die Personen der Souveräne nicht zu erwähnen, in etwas entferne; ich will nicht von dem Souverän im eigentlichen Sinne des Wortes sprechen, ich will mehr von dem kaiserlichen Feldherrn reden, und auch nicht von ihm direct, denn es würde mir nicht ziemen, ich würde es in meiner Stellung nicht wagen. Ich will Sie nur indirect bitten, sich die Frage zu stellen, wie etwa diese ganzen Verhältnisse hätten verlaufen können, wenn auf dem Thron Preußens sich ein anderer Monarch als Seine jetzt regierende Majestät befunden hätte. War es nicht möglich, daß dieser große Krieg, der größte unseres Zeitalters, der ein Menschenalter, ein halbes Jahrhundert hindurch wie eine drohende Wolke am Horizonte Deutschlands schwebte, bei dem Monarchen, der auf dem mächtigen deutschen Throne saß, nicht die gleiche Entschlossenheit, den gleichen Muth, diesen hohen Muth, der Krone, Reich und Leben einsetzt, vereinigt fand? war es nicht möglich, daß infolge dessen dieser Krieg im Augenblick vermieden wurde unter Umständen, die das deutsche Nationalgefühl schwer geschädigt und gekränkt hätten? war es nicht möglich, daß es aufgeschoben worden wäre, bis der Feind Bundesgenossen gegen uns gefunden hätte? Alles nicht aus dem Gesichtspunkte einer Aengstlichkeit, die ich bei keinem deutschen Fürsten voraussetze, aber aus dem Gesichtspunkte wohlwollender, väterlicher Friedensliebe, die nicht zu rechter Zeit das Schwert zu wählen weiß! War es nicht möglich, daß dieser Krieg mit weniger Geschick, mit weniger Entschlossenheit, vor allen

Dingen mit weniger sorgfältig vorbereiteten Mitteln geführt wurde? Wem, meine Herren, verdanken wir es, daß diese Mittel sorgfältig vorbereitet waren? daß der Krieg mit Geschick geführt wurde? daß mit unzögernder Entschlossenheit der richtige Moment ergriffen wurde, um vorwärts zu gehen und den Feind niederzuwerfen? daß nicht durch Zögerungen die Zeit verloren ging, in der es nützlich war, zu handeln? Wir verdanken es unserem kaiserlichen Feldherrn: wir verdanken es in erster Linie dem König von Preußen, in zweiter Linie der echt deutschen entschlossenen Hingebung seiner erhabenen Bundesgenossen für die nationale Sache! Der zweite Entschluß ohne den ersten war nicht möglich! Wenn ein Monarch, an Jahren und an Ehren reich, mit dieser Entschlossenheit seine nach irdischem Maßstabe bemessen glückliche, befriedigte, ruhmreiche Existenz einsetzt für sein Volk, wenn er in seinem hohen Alter einen Kampf durchkämpft, der ganz anders verlaufen konnte, wenn er dann zurückkehrt und sich fragt: wem verdanke ich, daß ich siegreich zurückkehrte, daß unser Volk geschützt worden ist vor den Leiden und Drangsalen des Krieges im Lande, vor dem Druck des Eroberers, ja, daß darüber hinaus Gott seinen Segen gegeben hat, das deutsche Volk in diesem Kriege, wo man es böse mit uns vorhatte, und es gut wurde durch Gottes Hilfe, zu einigen und ihm Kaiser und Reich wieder zu geben? Ich sage, wenn dieser erste Kaiser zurückkehrt nach einem langen Interregnum im Besitze der größten Vollgewalt, der größten Macht, die augenblicklich in der Welt dasteht, und sich fragt: wie, durch welche Werkzeuge hat Gott dies alles verwirklicht? wie habe ich dies gewonnen? wem bin ich Dank schuldig? so trifft sein Dank natürlich zuerst sein Heer, die Tapferkeit der Truppen, die Intelligenz der Führer, und es muß ihm ein Herzensbedürfniß sein, hier zu lohnen, hier zu danken. Tapferkeit, meine Herren, läßt sich im einzelnen nicht belohnen; sie ist Gott sei Dank, ein Gemeingut deutscher Soldaten, daß man sie alle und jeden Einzelnen dafür zu belohnen hätte, wenn man sie belohnen wollte. Aber die Tapferkeit, meine Herren, allein reicht nicht hin zu diesem Erfolge: Muth haben auch die Franzosen bewiesen, tapfer haben auch die französischen Soldaten sich geschlagen; was ihnen fehlte, war die Führung, war die Pflichttreue der Führer, war die entschlossene Leitung eines kaiserlichen, eines monarchischen Feldherrn, der in voller Verantwortung, und sich bewußt, daß er um Krone und Reich schlug, an ihrer Spitze stand. Jene

Führer zu belohnen, muß ein Herzensbedürfniß des Kaisers sein. Ich will die Nützlichkeitsmomente nicht erwähnen, die darin liegen können, daß man in dem kargen Leben des Soldaten die Hoffnung auf ein ungewöhnlich großes Loos, die Hoffnung, die Napoleon den Marschallsstab im Tornister nannte, nicht abschneide durch eine rechnende Kargheit in dem Augenblick, wo, wund, blutend und siegreich, das Heer nach Hause kommt, sondern daß man in einem solchen Momente reiche Belohnung gibt für Dienste, — die zu leisten jeder in die Lage kommen kann. Der gemeine Grenadier kann es bei uns zum General bringen; ich habe Generale bei meinen Lebzeiten gekannt, die keinen anderen Ursprung haben, von denen der eine eine hohe Stellung im und an der Spitze des Generalstabs einnahm, ein anderer an der Spitze des Remontewesens stand, ein anderer von einem gemeinen Küraſſier bis zu einem der angesehensten Minister aufstieg, und dergleichen ist in unseren Verhältnissen, bei unserer Gleichheit vor dem Gesetz überall, wo Auszeichnung da ist, möglich. Und wenn so mancher müde Soldat schließlich frühzeitig sich zurückzieht und sagt: ich habe es nicht erreicht, so bleibt ihm die Hoffnung, sein Sohn könne etwas Außerordentliches, könne Belohnungen im Dienste des Staates erwerben, wie sie hier verleihen zu können der Kaiser von Ihnen die Mittel erbittet. In diesem Sinne möchte ich bitten, meine Herren, stellen Sie sich auf die Höhe der Situation, vergessen Sie auf einen Augenblick die Stellung des bewilligenden, des geldbewilligenden Abgeordneten, denken Sie daran, dieses Herzensbedürfniß Sr. Majestät des Kaisers zu befriedigen, geben Sie ihm die Zufriedenheit, die er durch Seine Hingabe, durch Seinen Muth um Deutschland wohl verdient hat."

Der Reichstag stellte sich auf die Höhe der Situation und nahm die Vorlage freudig an, nachdem die betreffende Commission noch die Entscheidung gemacht hatte, daß auch deutsche Staatsmänner, welche bei den nationalen Erfolgen dieses Krieges in hervorragender Weise mitgewirkt haben, bei der Gewährung einer Nationalbelohnung bedacht werden sollten. Was indessen Bismarck betraf, so hatte Kaiser Wilhelm ihm bereits ein besonderes Geschenk zugedacht, für welches er nicht erst der Genehmigung des Reichstags bedurfte. Er verlieh dem Reichskanzler seine ihm persönlich gehörenden Domänen im Herzogthum Lauenburg als erblichen Grundbesitz.

Am 15. Juni wurde die erste Session des ersten deutschen Reichstags geschlossen. Am Tage darauf fand der Einzug der aus Frankreich heimkehrenden Truppen in die Hauptstadt des Reiches statt, voran Kaiser Wilhelm mit seinen drei Paladinen: Moltke, Roon und Bismarck. Es war der glänzendste Tag, den Berlin je erlebt hat. Die Front des Universitäts-



Der Einzug in Berlin am 16. Juni 1871 durch's Brandenburger Thor.

gebäudes an der Siegesstraße Unter den Linden zeigte neben den Bildnissen der deutschen Heerführer auch das von Adolph Menzel gemalte des Fürsten Bismarck. Daneben las man die Inschrift:

Eisengeschmiedet erwuchs, mit Blut gekittet, die Einheit,
Trotzend den Stürmen der Zeit. Meister, Du lösest Dein Wort.

Fünftes Capitel.

Deutschlands europäische Machtstellung und Bismarcks Friedenspolitik.

1871 bis 1890.

1. Die französische Republik.

Der von Kaiser Wilhelm in seiner Thronrede am 21. März 1871 ausgesprochene Wunsch, daß den glorreichen Reichskriegen nicht minder ein glorreicher Reichsfriede folgen möge, war der Wunsch des ganzen deutschen Volkes, dessen Regierung nichts ferner lag, als Einmischung in die Angelegenheiten anderer Nationen oder gar Eroberungsgelüste. Fürst Bismarck wurde der Träger dieser festen Friedenspolitik des neuen mächtigen deutschen Reiches, und das Verdienst, welches er sich dabei für die gesammte gesittete Menschheit erwarb, ist so groß, wie das der Gründung des deutschen Reiches selbst.

Naturgemäß hatte Bismarck sein Augenmerk zunächst hauptsächlich auf Frankreich zu richten, und demgemäß gestaltete sich seine gesammte Politik dem Auslande gegenüber. Es war von den Franzosen nicht zu erwarten, daß sie sich mit dem furchtbaren Sturz, der sie wie ein weltgerichtliches, durch das von ihnen seit Jahrhunderten niedergehaltene und vergewaltigte Deutschland vollzogenes Urtheil getroffen hatte, ohne weiteres versöhnen würden. Frankreich war durch die Friedensbedingungen keineswegs ohnmächtig geworden. Die Bezahlung der enormen Kriegsentschädigung

machte ihm keine erheblichen Schwierigkeiten, ebensowenig wie es dem reichen, mit unerschöpflichen natürlichen Hülfsquellen versehenem Lande an Mitteln fehlte, sich von Neuem wehrhaft zu machen und zwar noch viel wehrhafter als je zuvor, indem es die deutschen Heereseinrichtungen nachahmte. Deutschland hatte also darauf zu rechnen, daß Frankreich nur die Gelegenheit zu einem Rachekrieg abwarten würde, und das Ziel Bismarcks war es, solche Gelegenheit nach Kräften zu beseitigen, ohne indessen bei strengster Wahrung der Würde und der gebieterischen Machtstellung des deutschen Reiches das leidenschaftliche und rachedurstige Volk jenseits des Rheins unnöthig zu reizen.

Der Frankfurter Friedensvertrag wurde zunächst am 12. October 1871 durch eine Uebereinkunft Bismarcks mit dem französischen Finanzminister Pouyer-Quertier wegen der Räumung des von den Deutschen besetzten Gebiets ergänzt. Es traten damit bis zu einer gewissen Grenze für die Ausführung des Friedens finanzielle Bürgschaften an Stelle der territorialen. Fürst Bismarck gab damit dem Geist und der Richtung der Frankreich gegenüber befolgten Politik einen greifbaren Ausdruck. „Es ist nicht unsere Aufgabe," sagte er diesbezüglich im Reichstag, „unsern Nachbar mehr zu schädigen, als zur Sicherstellung der Ausführung des Friedens für uns unbedingt nothwendig ist, im Gegentheil ihm zu nützen und ihn in den Stand zu setzen, sich von dem Unglück, welches über das Land gekommen ist, zu erheben, soviel wir ohne Gefährdung eigener Interessen dazu beitragen können." Frankreich war Bismarck thatsächlich zu großem Dank verpflichtet. Es hatte ihm an Gelegenheit und an der Macht, das Land noch weiter zu demüthigen und in unvergleichlich tiefere Zerrüttung verfallen zu sehen, nicht gefehlt. Zur Zeit des Aufstandes der Commune in Paris lag es in der Hand der deutschen Politik, die begonnene innere Auflösung sich weiter über Frankreich verbreiten und an dem Marke des Landes zehren zu lassen. Die deutsche Regierung aber gewährte der französischen bereitwillig die Mittel, durch welche allein es gelingen konnte, des selbstmörderischen Aufstandes Herr zu werden und eine neue feste Ordnung der inneren Verhältnisse anzubahnen, und Bismarck fuhr fort in dem Bestreben, soweit es ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten möglich war, die Wiederbelebung des Vertrauens und einer friedlichen und gedeihlichen Entwicklung in Frankreich zu fördern.

Auf Dank dafür hatte Bismarck freilich nicht zu rechnen, er erfuhr vielmehr sehr bald, daß das französische Volk noch von blindem Haß beseelt war. Als in Melun und Paris deutsche Soldaten von französischen „Patrioten" ermordet wurden, verlangte Bismarck die Auslieferung der Mör-

der, bestand aber, im Vertrauen auf die französische Gerechtigkeitspflege, nicht auf seiner Forderung. Als jedoch die französischen Schwurgerichte die Mörder freisprachen und die französische Presse darüber ihre Befriedigung ausdrückte, bewirkte Bismarck sofort, daß durch Erklärung des Belagerungszustandes im Bezirke der Occupation die Militärgerichtsbarkeit gegen die Truppen eingeführt werde, und richtete unterm 7. December 1871 an die Vertreter Deutschlands in Versailles ein Schreiben, das zur Mittheilung an den französischen Minister des Auswärtigen bestimmt war, und in dem in gemessener Sprache für zukünftige Vorfälle der Art, falls man die Auslieferung der Verbrecher verweigere, „Wegführung französischer Geiseln, äußerstenfalls auch weitergehende Maßregeln" angedroht wurden. Des Weiteren hieß es in dem Schreiben: „Wir müssen uns sagen, daß, obschon wir im vorigen Jahre von Frankreich ohne jede Provocation angegriffen wurden, doch die Erbitterung darüber, daß wir uns siegreich vertheidigt haben, bis in die Kreise hinauf, denen die Geschworenen, die Beamten der Staatsanwaltschaft, die Advokaten und die Richter entstammen, eine so leidenschaftliche ist, daß wir in den Verhandlungen, welche uns mit Frankreich noch bevorstehen, nicht bloß die Sicherstellung der Ausführung der Friedensbedingungen, sondern auch die defensive Stärke unserer Stellung innerhalb, der von uns noch besetzten Departements in Erwägung ziehen müssen." Demgemäß mußte Bismarck, wie er zum Schluß sich ausdrückte, „unsere Hoffnungen auf Wiederbelebung des gegenseitigen Vertrauens *leider als verfrüht*" bezeichnen. Thiers, der inzwischen Präsident der französischen Republik geworden war, mahnte darauf in seiner Botschaft von solchen „unvorsichtigen Handlungen" ab und fügte erst in zweiter Linie hinzu: „Für Diejenigen, welche glauben möchten, daß man durch Tödtung eines Fremden keinen Mord begehe, muß ich hinzufügen, daß dies ein verabscheuenswerther Irrthum ist," worauf er wieder die Richter beschwor, namentlich nicht zu vergessen, daß im Wiederholungsfalle „Tausende von Franzosen schrecklichen Vergeltungsmaßregeln ausgesetzt sein würden." Noch vor Ablauf des Jahres wurde der diplomatische Verkehr zwischen Deutschland und Frankreich wiederhergestellt. Der Vicomte de Gontaud-Biron kam als französischer Botschafter nach Berlin, und der bisherige Gesandte Graf von *Arnim* wurde zum deutschen Botschafter in Paris ernannt.

Aus dem Streit mit Arnim, welcher in seinem persönlichen Haß gegen Bismarck, den zu verdrängen und ersetzen können er sich einbildete, schließlich bis zum Landesverrath getrieben wurde, ergiebt sich am besten, welche Politik der Reichskanzler für die zweckmäßigste Frankreich gegenüber hielt.

Arnim, der sich auf eine Partei am Berliner Hofe stützte und der Vertraute der deutschen Kaiserin Augusta war, fühlte sich berufen, auf eigene Faust Politik zu treiben. Kaum hatte der deutsche Botschafter in Paris Fühlung mit gewissen maßgebenden Kreisen gefunden, als er sich auch schon im Widerspruch mit Bismarck setzte. In einem Bericht an den Reichskanzler vom 6. Mai 1872 entwickelte Arnim die Ansicht, daß es im Interesse Deutschlands liege, die monarchischen Parteien in Frankreich zu unterstützen. Er behauptete, „daß nach einer weitverbreiteten Ueberzeugung das allgemeine Stimmrecht nur zwei Resultate haben könnte, nämlich entweder Gambetta oder Napoleon." Er empfahl, die „von den Bonapartisten mit uns gesuchten Verbindungen nicht von der Hand zu weisen .... um so weniger, als sie einerseits durchaus keine Intriguen gegen die jetzige Regierung im Sinne haben, andererseits unter allen Parteien die einzigen sind, welche offen unsere Unterstützung nachsuchen und die Versöhnung mit Deutschland in ihr Programm aufnehmen, während alle anderen Fractionen und Schattirungen jeden Verkehr mit uns auf das Sorgfältigste vermeiden und den Rachekrieg gegen Deutschland auf ihre Fahne schreiben." Das System Thiers' hielt er für unmöglich und gefährlich für Deutschland, weil es zu dem radikalen System Gambetta unbedingt führen müsse. Für ebenso gefährlich erklärte er aber auch die Orleanisten, und sein Rath war, auf die Krisis in Frankreich zu Gunsten der Wiedererichtung einer bonapartistischen Monarchie einen bestimmenden Einfluß zu üben.

Bismarck gab am 12. Mai in einem kurzen Schreiben seinem Botschafter in Paris zu verstehen, daß sich allerdings wohl von den Bonapartisten am ersten ein leidliches Verhältniß zwischen Deutschland und Frankreich hoffen ließe, doch „unsere erste Aufgabe bleibt natürlich immer, die jetzige Regierung zu stützen, so lange dieselbe für uns die Repräsentation des Willens ist, den Frieden loyal auszuführen. Was nach ihr kommt, wird sich in dieser selben Richtung von Neuem uns gegenüber legitimiren müssen; wir haben keinen Anlaß, dabei der bonapartistischen Partei die Exclusion zu geben, und haben daher auch keinen Grund, irgend etwas zu thun, was sie schwächen, was ihr in den Augen der Nation schaden oder ihre Stellung erschweren könnte. Eine aus unserer Zurückhaltung herausgehende Parteinahme und Begünstigung für dieselbe würde aber sicher diese Folgen haben."

Graf Arnim handelte indessen nicht nach dieser ihm seitens seines Vorgesetzten ertheilten Belehrung. Im November machte der General von Manteuffel von Nancy aus dem Fürsten Bismarck die vertrauliche Mittheilung, daß der Graf St. Vallier ihm erzählt, Arnim habe sich vor Kurzem

gegen ihn dahin ausgesprochen, er betrachte die gegenwärtige französische Regierung als unhaltbar, auf Thiers würde Gambetta, auf diesen die Commune und auf die wieder ein militärisches Regiment folgen, wofern Frankreich sich nicht rechtzeitig zur Wiedereinführung der Monarchie entschließe. In Verbindung mit der letzteren habe der Botschafter auf den Grafen von Paris und den Sohn Napoleons hingewiesen. Der Kanzler ersuchte Arnim, sich zu äußern, wie sich die Sache nach seiner Erinnerung verhalte, und erhielt von ihm die Antwort, daß die Mittheilung Manteuffels auf einem Mißverständniß beruhe. Trotzdem wiederholte Arnim in demselben Schreiben die Behauptung, daß Thiers selbst die Republik als ein Mittel der Revanche ansehe und daß die Monarchie in Frankreich für Deutschland das beste sei. Bismarck sah sich also wiederum genöthigt, den Botschafter, von dem er überdies wußte, daß er auch persönlich und privatim den Kaiser Wilhelm zu beeinflussen versuchte, eine Vorlesung zu halten. Zunächst erfolgte ein Erlaß des Vertreters Bismarck, Herrn von Balan, an Arnim, in welchem letzterem klar gemacht wurde, daß ein monarchisch constituirtes Frankreich für Deutschland große Gefahren habe, insofern es bündnißfähig sein würde, was es bis jetzt nicht sei. Fürst Bismarck theile nicht die Ansicht über die Gefährlichkeit von Thiers und er müsse unbedingt darauf halten, daß die deutschen Vertreter im Auslande sich nicht gestatten, andere Meinungen zu vertreten, als ihre Regierung. In einem Erlaß vom 20. December 1872 sandte Bismarck selbst dem widerspenstigen Botschafter ein längeres Schreiben zu, das die Kurzsichtigkeit der Anschauungen desselben umständlich darlegte und ihn in ernster Sprache ersuchte, davon Abstand zu nehmen, über seinen, des Reichkanzlers, Kopf hinweg Frankreich durch Consolidirung seiner inneren Verhältnisse und durch Herstellung einer geordneten Monarchie mächtig und bündnißfähig gegen Deutschland machen zu helfen. „Ich bin überzeugt," heißt es in dem Schreiben, „daß kein Franzose jemals auf den Gedanken kommen würde, uns wieder zu den Wohlthaten einer Monarchie zu verhelfen, wenn Gott über uns das Elend einer republikanischen Anarchie verhängt hätte. Die Bethätigung derartiger wohlwollender Theilnahme für die Geschicke feindlicher Nachbarländer ist eine wesentlich deutsche Eigenthümlichkeit. Die Regierung Sr. Majestät hat aber um so weniger Anlaß, dieser unpraktischen Neigung Rechnung zu tragen, als es keinem aufmerksamen Beobachter hat entgehen können, wie stark und massenhaft die Bekehrung gewesen ist und noch ist von rothen zu gemäßigt-liberalen, von gemäßigt-liberalen zu conservativen Gesinnungen, von doctrinärer Opposition zu dem Gefühl des Interesses am Staate und der Verantwortlichkeit für denselben, seit dem experimen-

tum in corpore vili, welches mit der Commune vor den Augen Europas gemacht wurde. Frankreich dient mit Nutzen als abschreckendes Beispiel. Wenn Frankreich noch einen Act des unterbrochenen Dramas der Commune vor Europa aufführte, was ich aus menschlichem Interesse nicht wünschen will, so würde es ein um so stärker zur Klarmachung der Wohlthaten monarchischer Verfassung und zur Anhänglichkeit an monarchische Institutionen in Deutschland beitragen. Unser Bedürfniß ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen finde. So lange es solche nicht hat, ist uns Frankreich nicht gefährlich. Dagegen wird eine französische Republik aber sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden. Diese meine Ueberzeugung macht es mir unmöglich, Seiner Majestät zur Aufmunterung der monarchischen Rechten in Frankreich zu rathen, welche zugleich eine Kräftigung des uns feindlichen ultramontanen Elements involviren würde." Des Weiteren ersuchte der Reichskanzler den Grafen Arnim, seine amtlichen Berichte erst nach reiflicher Prüfung und so abzufassen, daß sie auch parlamentarisch oder anderen Cabineten gegenüber als Rechtfertigung der deutschen Politik benutzt werden könnten.

Der schreiblustige Botschafter schien indessen das Gegentheil davon thun zu wollen, und hetzte weiter gegen Thiers, während es Bismarck gerade darum zu thun war, mit diesem angesehenen Staatsmann das bestehende Einvernehmen zu wahren und deutscherseits Alles zu vermeiden, was die Stellung desselben als Präsident der Republik irgendwie erschüttern helfen konnte. Bismarck sah sich also wieder in der Lage, in einem neuen Erlaß dem Botschafter sagen zu müssen, daß Arnim Thiers und die Situation falsch beurtheile. „Ich halte es für nothwendig," schrieb er, „den, wie mir scheint, ungerechten Urtheilen Ew. Excellenz über Herrn Thiers meine Ansicht gegenüberzustellen, weil entgegengesetzte Ansichten über den leitenden Staatsmann Ew. Excellenz auch dann zu einer von der meinigen divergirenden Politik drängen, wenn Ew. Excellenz eine solche principiell nicht beabsichtigen."

Am 22. Januar 1873 erhielt Bismarck von Armin einen Bericht über die sociale Stellung der Deutschen in Frankreich, in welchem es hieß, daß die deutsche Kaiserin Guizot um Rath gebeten hatte, wie der Haß der Franzosen zu mildern, sei und in welchem die Tiefe und die weite Verbreitung dieses Hasses beklagt wurde. Bismarck, der allerdings viel mehr zu thun hatte, als eine lebhafte Correspondenz mit dem intriguanten Botschafter zu

unterhalten, erwiederte am 2. Februar, daß Arnim in gesellschaftlicher Beziehung den Franzosen zwar artig zu begegnen habe, aber daß es nicht im Interesse Deutschlands läge, den Franzosen in den Salons nachzulaufen. „Wenn es richtig ist," schrieb er in diesem bemerkenswerthen Erlaß an Arnim, „daß Ihre Majestät die deutsche Kaiserin den Rath des Herrn Guizot erbeten hat, wie der Haß der Franzosen gegen uns zu mildern sei, so würde solchem Schritte ein für weibliche Empfindungsweise natürliches Gefühl zu Grunde liegen. Die Besänftigung des ungerechten Zornes unserer Nachbarn liegt aber nicht in den Aufgaben Ew. Excellenz, so lange jedes Streben nach dieser Richtung hin ebenso erfolglos, als mit unserer nationalen Würde unverträglich sein würde. Wir haben den Krieg nicht gewollt, sind aber stets bereit, ihn nochmals zu führen, sobald neue Ueberhebungen Frankreichs uns dazu nöthigen werden.... Den Deutschen, welche nach dem Kriege nach Frankreich gegangen sind, um dort ihren Lebensunterhalt zu suchen, waren die Gefühle der Bevölkerung bekannt, sie mußten auf Verfolgungen und Demüthigungen gefaßt sein und sich persönlich eine erhebliche Befähigung zutrauen, *solche Erlebnisse für Geld zu ertragen*. Sie würden, wenn sie auf achtungsvolle Behandlung in erster Linie Werth legten, besser gethan haben, ihre Talente und ihre Arbeitskraft nicht dem Feinde, sondern dem eigenen Lande zur Verfügung zu stellen, wo beides jederzeit die gebührende Anerkennung und eine befriedigende Verwerthung gefunden hätte. Wenn ich es auch bei jeder Gelegenheit als eine Pflicht der Regierung Sr. Majestät des Kaisers betrachte, deren Erfüllung ich mich niemals entziehe, den nachbarlichen Volksinteressen unserer Landsleute vollen Schutz zu gewähren, so kann ich doch mit dem „*Pariser deutschen Ursprungs*", der nur soweit deutsch bleibt, als er Schutz und Unterstützung beansprucht, nicht sympathisiren."

Wie falsch Arnim die Republik unter Thiers hinsichtlich des aufrichtigen Bemühens, die Friedensbedingungen zu erfüllen, beurtheilt hatte, ging gar bald daraus hervor, daß Thiers selbst die Zahlung der Kriegsentschädigung möglichst zu beschleunigen trachtete und einen diesbezüglichen Antrag stellte, dessen Annahme bereits im Frühjahr 1873 eine Räumung der von den deutschen Truppen besetzten französischen Gebietstheile ermöglichen sollte. Die deutsche Regierung ging bereitwilligst auf diesen Wunsch ein und Bismarck ließ am 2. März 1873 dem Botschafter in Paris einen Vertragsentwurf mit der einfachen Weisung zukommen, denselben der französischen Regierung zur Annahme oder Ablehnung vorzulegen. Arnim ließ sich nun hier eine schwere Pflichtverletzung zu Schulden kommen. Er legte Thiers nur einen Theil des Vertragsentwurfs vor und verschwieg den

andern Theil. Die Folge dieser unverzeihlichen Bethätigung seiner Privatpläne, die sich hier gegen Bismarck und Thiers richteten, war zunächst die, daß die Verhandlungen mit der französischen Regierung sich zerschlugen, was eine sehr heikle Situation herbeiführte. Indessen begriff man auf beiden Seiten, daß irgendwo von dritter Seite ein geheimes Spiel getrieben wurde. Bismarck kannte die Lösung des Räthsels und auch Thiers, welcher damals an St. Vallier in Nancy, der gleichfalls zu keinem Schluß kommen konnte, schrieb: „Ich verstehe nicht, ebenso wenig wie Sie, das Doppelspiel einer gewissen Persönlichkeit."

Bismarck sah sich gezwungen, die Verhandlungen nach Berlin zu verlegen und den Abschluß des Vertrages mit der französischen Regierung direct mit dem französischen Botschafter von Gontaud-Biron zu betreiben. Das gelang auch sehr schnell und schon am 15. März kam es zu einer Uebereinkunft, welche die vollständige Erfüllung des Friedenswerkes zwischen Deutschland und Frankreich mit sich brachte und in beiden Ländern mit den lebhaftesten Freudenbezeugungen aufgenommen wurde. Damit war eine der größten und schwierigsten Aufgaben, welche jemals zwischen zwei großen Nationen zu erledigen war, durch Bismarck und Thiers in der befriedigendsten Weise und in wunderbar kurzer Zeit zu Ende geführt. Arnim hatte dies Werk zu hintertreiben gesucht, und nachdem er gesehen hatte, daß Bismarck ihn durch Verlegung der Verhandlungen nach Berlin indirect vor aller Welt für unfähig und vertrauensunwürdig erklärte, hätte er wenigstens freiwillig seinen Abschied nehmen sollen. Statt dessen hatte er die Unverschämtheit, die sich nur aus dem Einfluß seiner mächtigen Freunde am Berliner Hofe erklären ließ, sich direct an den Kaiser zu wenden, Bismarck zu verdächtigen und eine Erhebung darüber zu verlangen, „wie und wo die Wahrheit Schiffbruch gelitten hatte." Der Kaiser theilte Bismarck diese Beschwerdeschrift mit, worauf letzterer mit vornehmer Ruhe es ablehnte, sich gegen das Intriguantenthum Arnims zu vertheidigen, und den Kaiser bat, die Angelegenheit durch die Frage der höheren Vertrauenswürdigkeit zu entscheiden. Diese Frage konnte Kaiser Wilhelm freilich nur in einem Sinne beantworten, doch er vermochte sich doch noch nicht zu entschließen, den Günstling der Kaiserin und Hauptvertreter einer im Dunkeln gegen Bismarck wühlenden Camarilla von seinem Posten in Paris abzuberufen.

Am 24. Mai 1873, zwei Monate nach Abschluß des Räumungsvertrages, erfolgte der Sturz des Präsidenten Thiers durch die monarchische Nationalversammlung und die Berufung des Marschalls MacMahon zum Präsidenten der Republik. Bismarck erblickte darin einen Sporn für die

Hoffnungen der Bonapartisten und deshalb ein Unglück für Deutschland, dessen Feinde über die Wendung der Dinge offen frohlockten. Arnim, der sich so schlagend widerlegt sah und die Richtigkeit der von ihm bekämpften Taktik Bismarcks nunmehr begreifen mußte, suchte nichtsdestoweniger in seinen direct an den Kaiser gerichteten Auslassungen dem Regierungswechsel in Frankreich günstige Seiten abzugewinnen und bestätigte damit die Annahme Bismarcks, daß der Botschafter nach Kräften zu dem Sturz Thiers beizutragen bemüht gewesen sei. Bismarck sah mit wachsendem Zorn die Gefahr, die durch einen weiteren Ungehorsam Arnims für Deutschland entstehen mußte, und machte demselben sehr ernste Vorstellungen. In einem Erlaß vom 19. Juni, aus welchem sich auch die Stellung des Kaisers in dieser Sache ergibt, schrieb Bismarck an Arnim: „Ew. Excellenz haben in einer achtmonatlichen Berichterstattung eine entgegengesetzte Auffassung festgehalten und bei Sr. Majestät zur Geltung gebracht; dieselbe, wenn sie den letzten und nach Ew. Excellenz eigenem Geständniß für uns nicht vortheilhaften Regierungswechsel nicht geradezu herbeigeführt, hat denselben zum mindesten erleichtert, indem sie meine Bemühungen einer Erhaltung des Herrn Thiers und seiner mit den größten Schwierigkeiten kämpfenden Regierung lähmte und hierdurch dem Nachfolger desselben die Erreichung seines Sturzes erleichtern mußte." Nachdem er ausgeführt hatte, daß der Anklang, den Arnims falsche Auffassung beim Kaiser gefunden, die wirksame Unterstützung Thiers unmöglich gemacht und so den großen politischen Fehler, dessen Folgen verhängnißvoll für Deutschland sein könnten, herbeigeführt habe, schloß er das Schreiben: „Eine Einwirkung, wie sie durch Ew. Excellenz Berichterstattung im Widerspruch mit der von mir befolgten Politik auf Seine Majestät geübt worden ist, hat nicht mehr den Charakter einer gesandschaftlichen, sondern den einer ministeriellen Thätigkeit. — Dieselbe tritt in Rivalität mit der legitimen Wirksamkeit des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und ist dieses staatsrechtlich ebenso unberechtigt, als in ihren Folgen für das Land gefährlich! Ew. Excellenz fehlt es nicht an den geschonten Kräften und an der Muße, welche Sie anwenden können, um bei Seiner Majestät schriftlich oder mündlich eine andere Politik als die des verantwortlichen Ministers zu verantworten. Meine Kräfte sind durch ernste, verantwortliche und erfolgreiche Arbeit im Allerhöchsten Dienst erschöpft, und ich kann die Anstrengung nicht mehr leisten, welche erforderlich sein würde, um neben meinen regelmäßigen Dienstgeschäften im Cabinete Sr. Majestät den Kampf gegen den Einfluß eines meiner Politik widerstrebenden Botschafters zu führen. Da ich nach Ew. Excellenz Berichten aus der

letzten Zeit glaube annehmen zu dürfen, daß Sie sich ebenfalls der Einsicht der Schwierigkeiten nicht verschließen, die sich aus dieser Sachlage für den Dienst Sr. Majestät ergeben, so werden es Ew. Excellenz motivirt finden, wenn ich Anträge an Se. Majestät richte, welche meines Erachtens nothwendig sind, um die Einheit und Disciplin im auswärtigen Dienst zu erhalten und die Interessen Sr. Majestät und des Reiches vor verfassungsmäßig unberechtigter Schädigung sicher zu stellen."

In der Hoffnung, sich mit Bismarck versöhnen zu können, reiste Arnim nach Empfang dieses Schreibens nach Berlin, während Bismarck wahrscheinlich vermuthete, der Botschafter würde nunmehr Ehrgefühl genug besitzen, seine Entlassung zu verlangen. Die Zusammenkunft der beiden Rivalen war stürmisch und dramatisch. Fürst Bismarcks lang verhaltener Zorn brach mit furchtbarer Gewalt los. Er behandelte Arnim wie einen ungehorsamen Diener und überhäufte ihn mit Vorwürfen, beschuldigte ihn der systematischen Verleumdung und des Conspirirens mit der Kaiserin und ließ nichts ungesagt, was er bisher in amtlichen Schreiben an Arnim zu unterdrücken gehabt hatte. Arnim verließ Bismarck wie ein gezüchtigter Schulknabe, blieb aber trotzdem auf seinem Botschafterposten, denn seine Freunde waren immer noch zu mächtig, und der Kaiser sah immer noch keinen Grund zu seiner Abberufung.

Während sich so das Verhältniß zwischen Bismarck und Arnim Dank der Unentschlossenheit des Kaisers zu einem unhaltbaren und für Bismarck höchst unverdienter Weise demüthigenden gestaltet hatte, sorgte der sich absolut sicher dünkende Botschafter bald dafür, daß der letzte Tropfen dem übervollen Gefäß des Zornes seines gewaltigen Gegners nicht fehlte und das Duell zum Austrag kommen mußte. Die ultramontane Partei hatte schon seit einiger Zeit durch Kundgebungen in bischöflichen Erlassen sowie in der Presse eine leidenschaftliche Theilnahme für die Bestrebungen ihrer im offenen Kampf gegen den Staat befindlichen Gesinnungsgenossen in Deutschland gegeben. Bismarck fürchtete thatsächlich, daß Frankreich sich zwecks Angriffs auf Deutschland dem Papst in die Arme werfen würde. Wie ernst er die Situation betrachtete, geht aus einer Instruktionsdepesche hervor, die er Anfangs Januar 1874 an die deutschen Vertreter an den großen Höfen schickte. Er sagte darin, daß die deutsche Reichsregierung gerne von den Wunsche durchdrungen sei, mit Frankreich in Frieden zu leben. Wenn jedoch außer allen Zweifel festgestellt würde, daß ein Zusammenstoß unvermeidlich sei, dann würde die deutsche Regierung es nicht vor ihrem Gewissen und vor der Nation verantworten

können, den Zeitpunkt abzuwarten, der für Frankreich der passendste wäre. Der Antagonist Deutschlands sei zur Zeit das geistliche Rom. Darin liege die Gefahr für das Verhältniß zwischen Deutschland und Frankreich. Sobald sich Frankreich mit Rom identificire, werde es eben dadurch der geschworene Feind Deutschlands. Ein der kirchenstaatlichen Theokratie unterthäniges Frankreich sei mit dem Weltfrieden unvereinbar. Trennung der französischen Regierung von der Sache des Ultramontanismus sei die sicherste Gewähr für die Ruhe Europas und für die friedliche, menschenwürdige Fortentwicklung des politischen Lebens der Völker diesseits und jenseits der Vogesen.

Arnim ergriff diese Gelegenheit, wiederum eine andere Ansicht zur Schau zu tragen. Der Bischof von Nancy, zu dessen Diöcese einige lothringische Kirchspiele gehörten, hatte einen von Revanche durchwehten Hirtenbrief erlassen. In Abwesenheit Arnims erhielt darauf der deutsche Geschäftsträger in Paris den Auftrag, eine Sicherheit gegen die Wiederholung solcher aufreizenden Worte zu verlangen, und Bismarck setzte es durch, daß die französische Regierung dem Bischof wenigstens einen Tadel zugehen ließ. Bald darauf aber stellte ein anderer Bischof in einem Hirtenbriefe, welcher sich an Heftigkeit der Sprache vor allen früheren Aeußerungen auszeichnete, die Behauptung auf, daß sich Deutschland mit Italien und der Schweiz zur Verfolgung der katholischen Kirche verschworen habe. Um die Behauptung zu begründen, wurde das Verhalten der deutschen Regierung in den schmähendsten Ausdrücken geschildert. Während diese herausfordernde Sprache überall und namentlich in Deutschland gerechtes Befremden erregte, hielt Arnim die Sache für zu unbedeutend, um Kenntniß davon zu nehmen, obwohl er nach dem kurz zuvor erfolgten Protest der deutschen Regterung gegen die Sprache des Bischofs von Nancy genau wissen mußte, was er zu thun hatte. Er meinte aber, „der deutsche Kaiser sitzt zu hoch auf seinem Thron, als daß ihn die Steinwürfe der Zuaven in der Tonsur erreichen könnten.“ Die deutsche Regierung dachte aber anders. Bismarck wies den Botschafter an, auf Grund gewisser Paragraphen des französischen Strafgesetzbuches, auf die ein französisches Blatt zur Schande Arnims die deutsche Regierung aufmerksam gemacht hatte, gerichtlich gegen den Bischof vorzugehen. Arnim entzog sich aber dieser Aufgabe und Bismarck strafte ihn wiederum damit, daß er die Soche mit dem französischen Botschafter in Berlin verhandelte und die verlangte Genugthuung von der französischen Regierung erhielt. Letztere sah sich veranlaßt, dem bedenklichen Verhalten der ultramontanen Partei im Interesse Frankreichs selbst

entgegenzutreten. Der Minister des Auswärtigen, Herzog von Decazes, gab in der Nationalversammlung eine Erklärung ab, daß die Regierung alle Mißverständnisse zu beseitigen und allen Conflicten vorzubeugen unablässig bemüht sei und daß sie den Frieden auch gegenüber eitlen Declamationen und bedauerlichen Aufhetzereien, woher sie auch kommen möchten, zu wahren suchen werde. Diesem Willen gab die französische Regierung dadurch einen thatsächlichen Ausdruck, daß sie das bedeutendste Blatt der ultramontanen Partei, den „Univers", welcher den erwähnten Hirtenbrief veröffentlicht hatte, auf zwei Monate verbot und dies ausdrücklich damit begründete, daß das Blatt durch seine Veröffentlichungen diplomatische Verwickelungen herbeizuführen drohe. Es schien also wirklich, als ob die französische Regierung ernstlich gewillt sei, sich von der ultramontanen Partei, die einen großen Einfluß auf die herrschenden Kreise zu gewinnen drohte, loszusagen.

Zu derselben Zeit dachte die französische Regierung daran, wie in früheren Zeiten, an den kleineren deutschen Höfen Gesandte zu unterhalten. Arnim ersuchte diesbezüglich den Kanzler um Instruktionen. Bismarck drückte in Erwiederung sein Erstaunen darüber aus, daß sein Botschafter Verhaltungsmaßregeln in einer Frage verlange, über die Niemand in Deutschland in Zweifel wäre und womit derselbe beweise, daß er der Entwicklung der Dinge in Deutschland nicht die nöthige Aufmerksamkeit geschenkt habe. Bezüglich der von Arnim gemachten Bemerkung, daß die Stellung des kaiserlichen Botschafters sehr leiden würde, wenn die deutschen Königreiche sich durch wirkliche Gesandte in Paris vertreten lassen sollten, schrieb Bismarck: „Das deutsche Reich ist ein zu gewichtigter Körper, als daß die „Stellung" seiner Botschaft in Paris, soweit Deutschland der letzteren bedarf, unter dem Erscheinen einiger diplomatischen Figuranten in partibus wirklich leiden könnte, vorausgesetzt, daß die „Stellung" von der Botschaft selbst richtig genommen wird." — Arnim wollte diesen Hieb nicht auf sich sitzen lassen und erwiderte mit einem Schreiben, in welchem er sich in „feuilletonistischer Weise" über seine gesellschaftliche wie diplomatische „Stellung" in Paris ausließ und einen ironisch belehrenden Ton anschlug. Das brachte dem Streit das Ende. Bismarck wies die Anmaßung Arnims in einem Erlaß vom 21. Januar 1874 zurück mit den das Schicksal des Botschafters besiegelnden Schlußworten: „Ich kann bei diesem Anlaß die Bemerkung nicht unterdrücken, daß mir Zeit und Arbeitskraft fehlt, um politische Correspondenzen, wie diejenigen, zu welchen mich die Art und Weise Ew. Excellenz Berichterstattung seit Jahr und Tag nöthigt, fortzuführen..... Ich muß, wenn ich im Stande bleiben soll, die Geschäfte, die

Se. Majestät mir übertragen hat, fortzuführen, von allen Agenten des Reiches im Auslande, auch von den höchstgestellten, ein höheres Maß von Fügsamkeit gegen meine Instructionen und ein geringeres Maß von selbständiger Initiative und von Fruchtbarkeit an eigenen politischen Ansichten beanspruchen, als dasjenige, welches Ew. Excellenz bisher Ihren Berichterstattungen und Ihrem amtlichen Verhalten zu Grunde legen."

Arnim erhielt dieses Schreiben wegen Abwesenheit von Paris erst nach einem Monat und als er darauf am 24. Februar eine Beschwerdeschrift an den Kaiser abschickte, traf ihn die bereits am 22. Februar abgeschickte kaiserliche Ordre, die ihn als Botschafter in Paris abberief. Dem Kaiser mochte schließlich wohl doch die Erkenntniß von der Nothwendigkeit gekommen sein, etwas entschiedenere Partei für seinen bewährten Reichskanzler zu nehmen. Doch er wies dem ehrgeizigen Intriguanten nur einen anderen Wirkungskreis an, indem er ihn zum Botschafter in Constantinopel ernannte. Arnim fühlte sich in seinem blinden Haß gegen Bismarck tief gekränkt und anstatt dankbar zu sein, daß er nicht zum Privatleben verurtheilt wurde, beschloß er nunmehr, sich zu rächen und den Nachweis zu suchen, daß er ein viel weiter blickender Staatsmann sei, als Fürst Bismarck.

Am 2. April veröffentlichte die Wiener „Presse" angeblich aus Florenz kommende „diplomatische Enthüllungen", bestehend aus verschiedenen im Jahre 1870 von Arnim, dem damaligen Gesandten bei der römischen Curie, an den Stiftspropst Döllinger und den Bischof Hefele gerichteten Schreiben und einem Promemoria des Gesandten. Diese Schriftstücke bezogen sich auf die Politik, welche die deutsche Regiernng dem vaticanischen Concil gegenüber befolgte, oder vielmehr nach Ansicht ihres Verfassers befolgen sollte. Die Veröffentlichung der Schriftstücke erregte wegen der amtlichen Stellung des Verfassers ungeheures Aufsehen, zumal damals der Kampf zwischen Staat und Kirche auf seiner Höhe stand. Die Absicht Arnims war, sich vor der Welt als einen größeren Staatsmann als Bismarck zu präsentiren. Die Feinde des Kanzlers beeilten sich denn auch, Arnims Loblied auf Kosten Bismarcks zu singen. Die „Schlesische Zeitung" z. B. schrieb, daß die „Enthüllungen" „in überraschender Weise von dem weiten Blick Zeugniß geben, mit welchem Preußens damaligen Vertreter bei der Curie die Folgen der vaticanischen Beschlüße vorausgesehen hat." Der Triumph dauerte jedoch nicht lange. Bismarck ließ aus amtlichen Schriftstücken darthun, aus welchen Gründen es nothwendig war, Arnims Vorschläge hinsichtlich der Haltung Preußens dem vaticanischen Concil gegenüber abzulehnen. Arnims Pfeile prallten auf ihn selbst zurück, und

mit seiner Blosstellung als Prahler und Intriguant wäre die Sache abgethan gewesen, wenn er nicht in seiner Wuth darüber alle Klugheit außer Acht gelassen und aller Ehrenhaftigkeit entsagt hätte. Der Kaiser begriff jetzt, daß Arnims Gebahren landesgefährlich zu werden drohte. Er ließ ihn auffordern, ob die Veröffentlichungen von ihm direct oder indirect ausgegangen seien. Arnim lehnte die Verantwortlichkeit für die Enthüllungen in dem Wiener Blatte und die übrigen damit in Verbindung stehenden Mittheilungen anderer Zeitungen ab. Sehr bald erfolgte indessen der Nachweis, daß er direct die Veröffentlichungen veranlaßt hatte, und damit war er vor Deutschland und Europa auch als feiger Lügner entlarvt. Noch ehe er den Botschafterposten in Constantinopel angetreten hatte, wurde er (am 15. Mai) vom Kaiser in einstweiligen Ruhestand versetzt.

Der Schlußact des Arnim'schen Dramas vollzog sich vor den Gerichten. Am 4. October 1874 wurde der Ex-Botschafter auf seinem Gute Nassenheide in Pommern verhaftet und nach Berlin ins Untersuchungsgefängniß gebracht, bald darauf jedoch mit Rücksicht auf seinen leidenden Zustand, unter Wahrung genügender polizeilicher Sicherheit, in ein Krankenhaus übergeführt. Der Grund für dieses Vorgehen, welches in ganz Europa gewaltiges Aufsehen machte, stand indessen in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit den früheren Vorfällen, die Arnims Entfernung aus der diplomatischen Thätigkeit herbeigeführt hatten. Der Anlaß dazu war lediglich der Umstand, daß der Nachfolger Arnims in der Botschaft zu Paris, Fürst Hohenlohe, nach seinem Eintritt in sein Amt eine Anzahl von Schriftstücken, die während seines Vorgängers Amtsführung eingegangen waren, nicht mehr vorfand. Durch Nachforschung wurde festgestellt, daß Arnim jene Actenstücke mitgenommen hatte. Zur Rede gestellt, gab Arnim nach einigem Zögern eine Anzahl der Schriftstücke heraus, verweigerte aber die Zurückgabe der meisten derselben und bezüglich einiger anderer leugnete er, von dem Verbleib etwas zu wissen. Das machte das gerichtliche Einschreiten des Auswärtigen Amtes zur absoluten Nothwendigkeit, ganz abgesehen von der hohen politischen Bedeutung der fehlenden Schriftstücke, sowie der Möglichkeit eines etwaigen Mißbrauchs derselben. Die Anklage lautete auf Unterschlagung von zum Reichsarchiv gehörigen Urkunden. In dem Prozesse suchte Arnim mit Hülfe eines sehr tüchtigen Anwaltes nachzuweisen, daß die zurückbehaltenen Schriftstücke, weil rein persönlicher Natur, insofern sie nur ihm seitens des Reichskanzlers ertheilte Rügen, Mahnungen und Verweise enthielten, als nicht amtlich anzusehen seien. Der Gerichtshof erklärte zwar diese Auffassung für eine durchaus falsche, meinte aber, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe,

so daß eine Unterschlagung amtlicher Urkunden im eigentlichen Sinne nicht annehmbar sei. Doch der Gerichtshof fand ihn der vorsätzlichen Beiseiteschaffung von Actenstücken für schuldig und verurtheilte ihn am 19. Dezember 1874 zu drei Monaten Gefängniß.

Dem Auswärtigen Amt schien diese Strafe zu gering und dem Verurtheilten zu hoch. Beide Parteien appellirten. Die zweite Instanz, das Kammergericht, erkannte den Character der beiseitegeschafften Schriftstücke als Urkunden an und verurtheilte Arnim am 16. Juni 1875 zu neun Monaten Gefängniß. Die Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Obertribunal am 20. October 1875 zurückgewiesen. Arnim wurde zum Justizflüchtling und schleuderte dann aus der Ferne in Gestalt der Schandschrift "Pro Nihilo", in welcher er ihm als Botschafter anvertraute Staatsgeheimnisse der Oeffentlichkeit preisgab, sein letztes giftiges Geschoß gegen Bismarck. Er hatte sich damit selbst gerichtet, doch auch die Staatsanwaltschaft hatte hier mitzusprechen. Es erfolgte eine Anklage wegen Landesverraths gegen ihn und das Kammergericht verurtheilte ihn, der nicht erschienen war, in contumaciam zu fünfjähriger Zuchthausstrafe. Von den Feinden des Reichskanzlers ist der „Fall Arnim" in gehässigster Weise als ein Beweis von Kleinlichkeit und grausamer Rachsucht ausgebeutet worden, und die Ultraconservativen, denen er längst entfremdet war, und die ihn im Laufe der Zeit viel niederträchtiger angriffen, als jemals seine schlimmsten Gegner in der Fortschrittspartei, konnten es ihm nicht verzeihen, daß ein Mitglied des ältesten Adels im Kampfe gegen ihn zum Verbrecher wurde. Für jeden Vorurtheilslosen ergab sich indessen aus dem Proceß die klare Erkenntniß, daß eine Schonung Arnims eine große unverzeihliche Schwäche der Regierung gewesen wäre, wenn es sich auch nicht leugnen ließ, daß die deutsche Regierung im Auslande durch den unseligen Proceß an ihrer Würde etwas Einbuße erlitt. Doch das war nicht Bismarcks Schuld, sondern die des verblendeten, ehrsüchtigen und an Größenwahnsinn leidenden Mannes, der ihn zu stürzen unternahm und dabei vor den niedrigsten Mitteln nicht zurückschreckte. Die gute Seite des Falles Arnim aber war die, daß das Publikum durch das in Folge des Prozesses verursachte Bekanntwerden der Erlasse Bismarcks bezüglich seiner Politik gegen Frankreich einen klaren Einblick in die Weisheit und geniale Großartigkeit der Maßnahmen des deutschen Reichskanzlers erhielt und von Neuem erkannte, welch' Meister der Staatskunst an der Spitze des Deutschen Reiches stand.

Der am 15. März 1873 mit Frankreich abgeschlossene Vertrag war der letzte betreffs der Zahlung der Kriegskostenentschädigung und der vollständigen Räumung des französischen Gebiets. Der Reichstag votirte dem

Kanzler einstimmig den Dank der Nation. Das war das erste und auch das letzte Mal, daß eine Handlung oder Meinung Bismarcks eine einstimmige Billigung seitens der Volksvertretung fand. Während die Regelung der Geldfrage zwischen Frankreich und Deutschland in höchst ruhiger, fast freundschaftlicher Weise vor sich ging, dauerte jedoch die gegenseitige Beargwöhnung in alter Weise fort. Die Erwählung McMahons zum Präsidenten der Republik und die Verlängerung seines Amtstermins auf sieben Jahre wirkte sehr beunruhigend. Nicht nur die monarchische Partei in Frankreich, sondern auch die Ultramontanen in allen Ländern schienen dadurch eine bedeutende Stärkung erfahren zu haben. McMahon machte es sich zur Hauptaufgabe, die Reorganisation des Heeres mit Macht zu betreiben. Wir wollen in diesem Abschnitt indeß nur kurz über die Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen im Besonderen berichten, und zeigen, mit welcher Vorsicht und Nachsicht Bismarck das Gebahren des revanchelustigen Nachbarvolkes behandelte. Natürlich ist die Politik Bismarcks betreffs Frankreich nur im Zusammenhang mit seiner europäischen Politik überhaupt zu verstehen, doch die Beobachtung und Isolirung Frankreichs war eben der Schlüssel zu Bismarcks gesammter auswärtiger Politik.

Die Armeeverstärkung Frankreichs erschien dem allzeit wachsamen Bismarck fast wie eine Kriegsrüstung. Dazu kamen Gerüchte, daß es den Ultramontanen gelungen sei, Oesterreich von Deutschland loszureißen, und daß ein Bündniß Frankreichs mit Oesterreich und Italien gegen Deutschland zu befürchten sei. Die Situation schien im Frühjahr 1875 sehr ernst zu sein. Am 5. April beunruhigte die Berliner „Post", ein Blatt, welches der Regierung nicht fern stand, ganz Europa durch ihren Artikel: „Ist der Krieg in Sicht?" Dieser Artikel war, wie Bismarck bei späterer Gelegenheit ausdrücklich bemerkte, eine durchaus selbstständige Leistung des Blattes und in keiner Weise „inspirirt" gewesen. Die Regierungspresse beeilte sich damals auch, die Kriegsbesorgnisse für unbegründet zu erklären, doch die Lage der Dinge war thatsächlich eine höchst bedenkliche. Am 5. Mai gab der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, in einer Unterredung mit dem Herzog von Decazes zu verstehen, daß die von der französischen Regierung getroffenen militärischen Maßregeln eine Gefahr für Deutschland seien. Diese Andeutung beunruhigte den französischen Minister, der sich sofort an die fremden Höfe wandte, um ihnen Mittheilung davon zu machen. In London und St. Petersburg sagte man ihm, daß seine Befürchtungen übertrieben seien. Doch man war in Rußland und England selbst beunruhigt und rieth Deutschland zum Frieden, und Frankreich betheuerte sein Friedensbedürfniß. Sicher ist, daß die Furcht der

Franzosen, daß Deutschland ihnen zuvorkommen möchte, groß genug war, um das französische Cabinet zu veranlassen, den russischen Kaiser und Gortschakoff gelegentlich der Zusammenkunft derselben mit Kaiser Wilhelm und Bismarck am 10. Mai um Friedensstiftung zu ersuchen.

Fürst Gortschakoff ergriff die Gelegenheit, sich als Erhalter des Friedens zu bethätigen, mit größter Bereitwilligkeit. Er wußte, daß der Frieden thatsächlich gar nicht bedroht war und daß er darum auf sehr billige Weise den Ruhm des Friedensdictators einheimsen könne. Schon auf der Reise nach Berlin erklärte er, daß er, dort angekommen, den Kaiser Wilhelm im Handumdrehen zum Frieden bekehren werde. Und als Beweis, daß ihm das auch gelang, telegraphirte er beim Verlassen Berlins an alle Vertreter Rußlands, „der Kaiser verläßt Berlin, überzeugt von den dort herrschenden friedfertigen Absichten, die eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens sind."

Bismarck fühlte sich durch die Art und Weise dieser Friedenserhaltung sehr unangenehm berührt. Er ärgerte sich mit Recht darüber, daß die fremden Höfe dem Gerücht, daß Deutschland einen Angriff auf Frankreich plane, Glauben beigemessen hatten. Daß die französische Armeeverstärkung ein Beweis dafür war, daß die Republik sich auf einen Krieg mit Deutschland vorbereite, mußte alle Welt begreifen, während die Friedensbetheuerung der französischen Regierung und das Herbeirufen fremder Hülfe zur Erhaltung des gar nicht bedrohten Friedens ein Beweis dafür war, daß sie sich eben noch nicht stark genug gegen Deutschland wußte. Als bald darauf Lord Derby im englischen Oberhause sich äußerte, daß sehr tiefgehende Beunruhigungen über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland entstanden gewesen wären, erwiderte der „Deutsche Reichsanzeiger": „Daß eine Vermehrung der französischen Cadres hier eine gewisse Beunruhigung erzeugt hat, ist richtig. Diese Beunruhigung hat aber nicht im Entferntesten zu kriegerischen Entschließungen geführt, und hat bei der Reichsregierung zu keiner Zeit die Absicht bestanden, eine Aufforderung zur Reduction der Streitkräfte oder auch nur zur Sistirung der Armeeorganisation an die französische Regierung zu richten. Es ist zu keiner Zeit auch nur der Gedanke an eine solche oder ähnliche Maßregel zur Erwägung gezogen oder überhaupt erwähnt worden." Damit zeigte Bismarck den wahren Werth der Gortschakoff'schen Friedensrettung dem Publikum. Die öffentliche Meinung beruhigte sich bald, und einstweilen war der Revanchekrieg der Franzosen wieder in die Ferne gerückt.

In den nächsten Jahren gestalteten sich die Beziehungen ziemlich günstig, soweit die diplomatischen Verhandlungen in Betracht kamen. Doch

von einem gegenseitigen Vertrauen konnte nicht die Rede sein. Die feindliche Stimmung machte sich in Frankreich bei jeder Gelegenheit bemerkbar und die Annexion von Elsaß-Lothringen blieb nach wie vor der Gegenstand revanchedurstiger Kundgebungen. Das war auch der Grund, warum Bismarck entschieden dazu rieth, die von MacMahon 1876 erfolgte Einladung Deutschlands zur Theilnahme an der für 1878 geplanten Pariser Weltausstellung abzulehnen. Die deutsche Kaiserin und andere hohe Persönlichkeiten waren entgegengesetzter Meinung gewesen, doch Bismarck bewies dem Kaiser, daß der Zustand der Gemüther in Frankreich derartig sei, daß man bei der Anwesenheit deutscher Industrieller Zwischenfälle und Conflicte befürchten müsse, die man lieber zu vermeiden suchen sollte. Auch scheint für Bismarck noch die weitere Erwägung maßgebend gewesen zu sein, daß die deutsche Industrie sich in Paris sehr blamiren würde, wie das ja auch 1876 in Philadelphia der Fall wurde.

Die officiellen Beziehungen mit Frankreich hatten sich indeß während der letzten Monate der Präsidentschaft MacMahons gebessert und zwar in demselben Maße, als der monarchische Einfluß allmählich vor der republikanischen Partei an Boden verlor. Bismarck war den Ansichten, die er 1872 gegen Arnim geltend gemacht hatte, treu geblieben, Er glaubte immer, daß die republikanische Regierung mehr als eine monarchische Restauration geneigt und interessirt wäre, nach außen Frieden zu halten. Auf dem Berliner Congreß 1878 behandelte Bismarck den französischen Bevollmächtigten Waddington mit besonderer Auszeichnung und verband mit diesen äußeren Kundgebungen sehr deutliche Versicherungen zu Gunsten der Interessen Frankreichs im mittelländischen Meer. „Machen Sie mit Tunis, was Sie wollen", erklärte Lord Salisbury Herrn Waddington. England wollte wegen seiner Erwerbung Cyperns Frankreich versöhnen, und Herr Waddington erhielt von Bismarck die Versicherung, daß auch Deutschland in keiner Weise dem territorialen Ehrgeiz Frankreichs in Afrika Hindernisse bereiten würde. Bismarcks Politik bestand andauernd darin, Frankreich in allen Punkten, ausgenommen in denen der Vogesen, gefällig zu sein. Die natürliche Folge davon war, daß er alle Unternehmungen begünstigte, welche die Aufmerksamkeit Frankreichs von den Vogesen ablenken konnten. Als das österreichisch-deutsche Bündniß abgeschlossen war und die Beziehungen zu Rußland erkalteten, ging Bismarck sogar so weit, daß er in seinen Unterredungen mit dem damaligen französischen Botschafter, Graf St. Vallier, von der Möglichkeit eines Anschlusses Frankreichs an das Bündniß mit Oesterreich sprach. Er legte dar, daß sich die mitteleuropäischen Großmächte seit zwei Jahrhunderten unaufhörlich gegenseitig, ohne den minde-

sten Vortheil für sich selbst, zerrissen hätten, wobei immer nur England und Rußland gewonnen und sich zu Herren der Welt gemacht hätten. Frankreich, Oesterreich und Deutschland könnten, wenn sie wollten, die orientalische Frage nach ihrem Belieben und zu ihrem Vortheil regeln.

Wenn Bismarck nicht erwartete, daß derartige Pläne in Frankreich auf fruchtbaren Boden fallen konnten, so bewies er damit doch, worauf es ihm ankam, seine wohlwollende Politik im diplomatischen Verkehr mit der französischen Regierung. Das französische Volk blieb davon unbeeinflußt. Das stand unter dem Banne der Redner und der Presse, die in leidenschaftlicher Weise die Rückeroberung Elsaß-Lothringens forderten. Die deutsche Presse mußte mit geharnischten Artikeln antworten, und die Revanchestimmung in Frankreich erreichte dann durch Gambetta ihren höchsten Grad. Als Gambetta in das Ministerium getreten war, glaubte Bismarck die Sturmglocke der Revanchepolitik zu hören. Fast alle öffentlichen Reden dieses bedeutenden französischen Politikers zielten darauf ab, die Rachegedanken des französischen Volkes lebendig zu erhalten. Als Bismarck von der Bildung des Cabinets Gambetta Nachricht erhielt, sagte er zu einem Vertrauten: „Gambetta in der Regierung wirkt auf die Nerven Europas, wie ein Mann, der in der Krankenstube die Trommel rührt.“ Es ist mit Recht als ein Glück für Europa betrachtet worden, daß Gambetta frühzeitig starb (am 31. December 1882). Sein Tod wurde als ein Ereigniß von weittragender Bedeutung angesehen. In Rußland war der erste Eindruck bei den franzosenfreundlichen Blättern so groß, daß sie meinten, mit Gambettas Tod sei die letzte Hoffnung auf das Zustandekommen einer russisch-französischen Allianz geschwunden. Bismarck sorgte dafür, daß die deutsche Regierungspresse dem Todten Gerechtigkeit widerfahren ließ, was sowohl den Charakter wie die staatsmännische Weisheit des Reichskanzlers kennzeichnete. Die „Provincial Correspondenz“ schrieb: „Als Zeitgenossen haben wir das Recht und die Pflicht, mit Zeugniß abzulegen von der außerordentlichen Bedeutung des Mannes, den wir in heißem, ehrenvollem Kampfe kennen lernten und dessen spätere Geschichte wir mit dem achtungsvollen Antheil folgten, den er sich bei Freund und Feind erzwungen hatte.“

Jedenfalls wirkte der Tod Gambettas sehr beruhigend. Er erlaubte dem Nachfolger des nur der Revanche lebenden Politikers die Fortsetzung der Projecte in der Colonialpolitik, deren Vorläufer die Expedition nach Tunis war, die für den Augenblick die Aufmerksamkeit Frankreichs von der aufregenden Vogesenfrage ablenkte. Die coloniale Ausbreitungspolitik, welch- die nachfolgenden Ministerien einschlugen, fiel mit ähnlichen Plänen zusam-

men, die Fürst Bismarck damals zu verwirklichen suchte. Hier bot sich also Bismarck Gelegenheit, mit Frankreich zusammenzugehen, welches in der Colonialpolitik denselben Gegner hatte, wie Deutschland, nämlich England. Es entwickelte sich daraus ein sehr erfreuliches Verhältniß und man entsann sich in Frankreich, daß Bismarck sich schon bei früheren Anlässen Mühe gegeben habe, wohlwollendes Entgegenkommen zu zeigen. Im Jahre 1883 störte allerdings ein an sich höchst lächerlicher Zwischenfall die gute Stimmung. Bei den Kaisermanövern in Nassau war auch der König von Spanien als Gast anwesend. Der Kaiser machte ihn, wie dies unter Fürsten üblich ist, zum Chef eines Regiments und zwar, weil dies gerade frei war, eines Ulanen-Regiments, das noch dazu in Straßburg stand. Die französische Presse wüthete über diese vermeintliche Beleidigung Frankreichs und spottete täglich über den „Roi-Ulan", der dann bei seiner Rückkehr durch Frankreich überall vom Pöbel insultirt wurde. Diese Kinderei, durch welche sich die französische Revanchelist bethätigte, hatte thatsächlich die günstigsten Folgen für Deutschland. König Alfonso wurde bei seiner Rückkehr nach Madrid mit begeisterten Zurufen und „Es lebe Deutschland" empfangen. Spanien, das bisher für Frankreich mindestens ebensoviel Neigung hatte wie für Deutschland, warf sich letzterem in die Arme, und Bismarcks Isolirungspolitik hatte einen sehr leicht errungenen neuen Erfolg zu verzeichnen. Der deutsche Kronprinz machte den Spaniern seinen Besuch, wurde glänzend empfangen und nahm die Ueberzeugung nach Berlin zurück, daß Fürst Bismarcks Plan, das österreichisch-deutsche Bündniß durch Heranziehung aller Mittel- und Kleinstaaten zu stärken, einen weiteren Triumph gefeiert habe.

In Frankreich begriff man die Dummheit solcher Demonstrationen, zu welchen der „Roi-Ulan" Anlaß gegeben hatte. Die der Regierung nahestehenden Presse ebenso wie andere vernünftig redigirte Blätter schlugen einen Ton an, wie man ihn seit zwanzig Jahren nicht gehört hatte. Es hieß, man solle die nationalen Leidenschaften nicht zur Basis der Politik machen, sondern in erster Linie die Sorge für die positiven Interessen Frankreichs maßgebend sein lassen; das Verhältniß zu Deutschland könne kein inniges, aber es müsse ein anständiges sein. So kam es denn, daß beide Regierungen sich 1884 in der Congofrage verständigten. Im September conferirte der französische Botschafter Baron Courcel aufs Freundschaftlichste mit Bismarck in Varzin. Man einigte sich über eine Reihe von Punkten, die durch einen internationalen Vertrag geregelt werden sollten, wie Handelsfreiheit im Becken und an der Mündung des Congo, Schifffahrtsfreiheit, bestimmte Niederlassungsvorschriften bezüglich neuer Besitz-

ergreifungen an den Küsten Afrikas u. s. w. Darauf lud Bismarck die europäischen Seemächte und die Vereinigten Staaten von Amerika zu einer Conferenz ein, die am 15. November in Berlin zusammentrat. Bismarck führte den Vorsitz, doch er überließ dem französischen Botschafter die thatsächliche Leitung, und der internationale Vertrag, der aus der Conferenz hervorging, war größtentheils das Werk des französischen Bevollmächtigten. Damals schwebte keine Wolke über den Beziehungen der beiden Länder. Bismarck bezeugte seine Befriedigung darüber im Reichstag am 10. Januar 1885: „Wir haben mit Frankreich seit vielen Jahren — ich kann wohl sagen seit der Zeit vor 1866 — nicht in so guten Beziehungen gestanden wie heute. Es ist das das Ergebniß einer weisen und gemäßigten Regierung in Frankreich, die die Wohlthaten des Friedens ihrerseits ebenso hoch zu schätzen weiß wie wir; beide Regierungen wissen, daß es auf dem Kontinent kaum eine größere Kalamität gibt, als einen deutsch-französischen Krieg. Wir haben das einmal gegenseitig durchgemacht, und für den Sieger und Besiegten ist es ein schweres Unglück, nach beiden Seiten hin; selbst ein siegreicher Krieg von diesen Dimensionen ist ein Unglück für das Land, das genöthigt wird, ihn zu führen, und ich glaube, daß auf keiner von beiden Seiten eine Versuchung dazu besteht. Minoritäten, die rerum novarum cupidae sind, und die die jetzige Regierung um jeden Preis stürzen wollen, auch um den, ihr Vaterland in auswärtige Kriege zu stürzen (Zwischenrufe), — ja, meine Herren, die finden Sie in jedem Lande. Sie sind nicht in jedem gleich groß — vorhanden sind sie wohl überall, denke ich mir. Ich weiß nicht, ob sich eine dort meldet von den Minoritäten; ich hörte eine unverständliche Stimme, habe aber kein Bedürfniß, sie kennen zu lernen..... Ich glaube, daß wir auch mit der englischen Regierung in Beziehungen leben und leben werden, die den Satz, daß wir von Feinden umgeben sind, vollständig unanwendbar machen auf diese augenblickliche Situation. Wir sind von Freunden umgeben in Europa — d. h. deshalb will ich den Spruch meines verehrten Freundes, des Grafen Moltke, nicht invalidieren und nicht bekämpfen. Wir sind von Regierungen umgeben, die mit uns das gleiche Interesse haben, den Frieden zu erhalten; es giebt keine einzige Regierung, die einen Krieg besser vertragen könnte, als die deutsche ihn vertragen kann, und wenn eine andere glaubte, ohne Schädigung ihrer sonstigen Interessen den Frieden Europas brechen zu können, so würde Deutschland immer sagen: wir können das noch eher, wir sind nur gewissenhafter und nehmen mehr Rücksicht."

In demselben Jahre wurde der 70. Geburtstag Bismarcks in ganz

Deutschland glänzend gefeiert. Es war das Jahr, zu dessen Anfang er von Deutschland sagen konnte: „Freunderingsum". Doch das Jahr verging nicht so friedlich. Der Revanchedurst wurde in Frankreich durch die erstaunlichen Erfolge der deutschen Politik und durch das Grollen Rußlands, welches schon lange mit den Franzosen liebäugelte, wieder sehr stark geweckt. Bismarck machte alle Parteien in Frankreich für damalige Kundgebungen des Hasses verantwortlich. Am 28. November 1885 sagte er im Reichstag: „Wir haben das Glück gehabt, mit der französischen Regierung jederzeit in Frieden und gutem Einvernehmen zu leben. Wir können nicht dasselbe sagen von den französischen Parteien, und Vorkommnisse, wo die öffentliche Meinung, unbewacht, ungezügelt und unbeeinflußt von der Weisheit der Regierung, ihren ersten Ausbruch fand, haben zu unserem Bedauern gezeigt, daß in allen Parteien die leitenden Organe die Feindschaft gegen Deutschland, die Möglichkeit, daß der Augenblick einst kommen könne, an Deutschland Rache zu nehmen, und dem Willen, dies zu thun, als die beste Grundlage ihrer Bewerbung um die öffentliche Gunst bei den Wahlen und in der öffentlichen Meinung ansehen..... Niemand kann dafür die französische Regierung verantwortlich machen, denn, wie gesagt, alle Regierungen, mit denen wir es seit 1870 zu thun gehabt haben, haben gleich uns die Ueberzeugung gehabt, daß es beiden Nationen nützlich und ersprießlich ist, den Frieden zu erhalten und haben ehrlich das Ihrige gethan, um diese Ueberzeugung zu verwirklichen. Aber nach dem Gewicht der öffentlichen Stimmung in Frankreich, nach der lebendigen Eindrucksfähigkeit der Nation können wir nicht mit der jedesmaligen Regierung allein rechnen, wir müssen mit der Empfindlichkeit der Saiten, der Korden rechnen, die in der Bevölkerung Anklang finden, und die derjenige, der die Bevölkerung für sich gewinnen will, wie wir sehen, in allen Parteien mit Vorliebe anschlägt."

In Frankreich war die Aera Boulanger angebrochen. Die Forderung Elsaß-Lothringens als einzige Friedensbedingung stand wieder auf der Tagesordnung. Nicht allein die Parteien, sondern auch die Regierung begünstigte die Revancheredner, zu denen der Kriegsminister Boulanger und hochstehende Officiere gehörten. Boulanger legte ein Spionengesetz vor, welches offenbar den Zweck hatte, Deutschland herauszufordern. Die deutsche Regierung verhielt sich geduldig, gab aber der englischen Presse, die auf Deutschlands wachsende Heeresorganisation, als mit der bulgarischen Frage zusammenhängend hinwies, offen zu verstehen, daß die Nothwendigkeit der Rüstung von Frankreich komme und daß Frankreich für den in Waffen starrenden Zustand Mitteleuropas verantwortlich zu machen sei.

Nichtsdestoweniger tauschte Kaiser Wilhelm im Herbst 1886 mit dem neu ernannten französischen Botschafter Herbette in Berlin wieder die friedlichsten Versicherungen aus und es wurde wieder einmal ruhig. Im Frühjahr 1887 aber schien thatsächlich der Kriegsfall gegeben zu sein. Am 20. April wurde der als die Seele der französischen Spionage in Elsaß-Lothringen geltende französische Grenzcommissär Schnäbele auf dem Bahnhof zu Pagny beim Ueberschreiten der Grenze von zwei deutschen Geheimpolizisten verhaftet. Für den Augenblick schien es, als sollte dieser Vorfall für die Boulangisten den zündenden Funken für das Pulverfaß der Revanche abgeben. Es fehlte aber der deutschen Regierung der dazu nöthige Wille. Bismarck vermochte in der Verhaftung des Spions keinen Anlaß zu erblicken, der den Beginn eines Krieges rechtfertigte, von dem er wußte, daß er ein Vertilgungskrieg würde. Er ging so weit, wie die Würde Deutschland es erlaubte. Er erklärte der französischen Regierung, daß auf Grund des Thatbestands Schnäbele's gerichtliche Verurtheilung wegen Landesverraths unzweifelhaft sei; der Kaiser habe jedoch den Befehl zur Freilassung gegeben, weil Beweise vorlägen, daß Schnäbele bei seiner Verhaftung sich an einer Stelle befunden habe, wo er in Folge von Verabredung mit einem deutschen Beamten zur Erledigung von Geschäften sich habe einfinden sollen. Das nahm den kriegsbereiten Franzosen den Wind aus den Segeln. Im September desselben Jahres passirte es denn noch, daß an der französischen Grenze ein Theilnehmer einer französischen Jagdgesellschaft von einem deutschen Grenzjäger, der es mit Wilddieben zu thun zu haben glaubte, erschossen und ein anderer verwundet wurde. Auch dieser Vorfall, unbedeutend an sich, hätte angesichts der furchtbaren Spannung zwischen den beiden Nationen den Krieg herbeiführen können, hätte die deutsche Regierung sich nicht beeilt, ihr Bedauern auszudrücken und den Betroffenen 50,000 Mark Geldentschädigung zur Verfügung zu stellen. Deutschland lag es daran, den Beweis zu geben, daß es keinen Krieg wolle. Es war allerdings zum Vertheidigungskrieg bereit, denn es hatte in demselben Jahre eine dauernde Heeresverstärkung als eine direkte Folge der steten Angriffsbereitschaft der Franzosen erfahren.

Am 11. Januar 1887 hatte Bismarck im Reichstag erklärt: „Nachdem wir uns 16 Jahre vergeblich bemüht haben, die Revancheideen zu beruhigen, und abgewartet haben, ob nicht endlich eine Regierung sich finde, die den Muth und die Kraft habe, den status quo, wie er ist, als eine dauernde zu acceptiren, haben wir uns doch schließlich sagen müssen, daß unsere Liebesbemühungen ganz umsonst gewesen sind." Dasselbe Urtheil konnte Bismarck noch bei Abschluß seiner Laufbahn als Leiter der

Geschicke Deutschlands und Europas fällen, doch er hatte das Bewußtsein, seinerseits Alles gethan zu haben, um Frankreich die Wege zu einer Versöhnung zu ebnen, gleichzeitig aber auch durch seine Staatskunst Deutschland so gestellt zu haben, daß es jedem Angriff gewachsen war und daß Kaiser Wilhelm noch angesichts des „Reichsfriedens", dessen Erhaltung sein Ziel gewesen war, in's Grab gesenkt werden konnte. Aus der nachfolgenden Erzählung wird sich die unvergleichliche Meisterschaft, mit welcher Bismarck die europäische Politik leitete und Deutschland sicher stellte und zu ungeahnter Macht emporhob, noch klarer ergeben. Hätte er dazu eines Sporns bedurft, so wäre derselbe durch Frankreichs Haltung gegeben gewesen, denn Bereitschaft auf den ihm schließlich unvermeidlich erscheinenden Rachekrieg war der Hauptgrundgedanke der wunderbaren Staatskunst des Fürsten Bismarck in der Gestaltung der Politik Europas.

2. Deutschlands Bündnisse.

Nach Beendigung des Krieges gegen Frankreich lag Bismarck nichts mehr am Herzen, als eine Versöhnung mit Oesterreich. Sein Plan, diese Macht mit der Preußens dauernd zur gemeinsamen Abwehr der Nachbarn zu verbinden, war an dem Widerstand Oesterreichs, zunächst seiner unnatürlichen Oberherrschaft im Deutschen Bunde zu entsagen, gescheitert. Bismarck trat dann durch den böhmischen Krieg den Beweis dafür an, daß Preußen zur Herrschaft in Deutschland berufen sei, legte aber durch den Prager Frieden sofort die Grundlage zu der Versöhnung und zu dem späteren Bündniß mit Oesterreich, worin wir das große, unter allen Gestaltungen der Ereignisse fest und klar verfolgte positive Ziel des wunderbaren deutschen Staatsmannes zu erblicken haben.

Wir hatten gesehen, daß der österreichische Reichskanzler Beust nicht umhin gekonnt hatte, die Thatsache der Gründung eines mächtigen Deutschland unter Preußens Führung als vollzogen anzuerkennen und sogar die Hoffnung auf ein freundschaftliches Zusammengehen der beiden Nachbarreiche auszudrücken. Es war indessen nichts Ehrliches zu erwarten, so lange Beust der Leiter der österreichischen Politik war. Allerdings kam es im August 1871 zu einer Zusammenkunft der Kaiser Wilhelm und Franz Joseph in Ischl, woran sich weitere Begegnungen in Gastein und sogar lange Conferenzen zwischen Bismarck und Beust in Salzburg knüpften. Man weiß, daß der Gegenstand der Verhandlungen der beiden Staatsmänner die nach dem Pariser Communeaufstand für sehr wichtig gehaltene Frage betraf, ob nicht die conservativen Mächte sich gegen die überall

auftretenden republikanisch-socialistischen Bestrebungen zusammenschließen sollten. Es wurde damals zu diesem Zwecke eine Conferenz zwischen Bevollmächtigten Deutschlands, Rußlands und Oesterreichs in Anregung gebracht, doch zu einer Besprechung der Thunlichkeit eines Dreikaiserbündnisses, wie es Bismarck vorschwebte, gelangte man nicht. Immerhin war die Salzburger Zusammenkunft, die seitens der beiden Kaiser die allerherzlichste war, ein Beweis, daß Oesterreich sich anschickte, 1866 zu vergessen.

Ein anderer Grund für Oesterreichs Entgegenkommen lag auch in der offenkundigen Thatsache, daß Rußland sich Deutschland intim zu nähern suchte. Kaiser Alexander II. hatte schon im Sommer 1871 dem deutschen Kaiser einen Besuch in Berlin gemacht, und im December desselben Jahres traf eine militärische Deputation deutscher Generale, denen der Czar Orden verliehen hatte, unter Führung des Prinzen Friedrich Karl in St. Petersburg zur Theilnahme an dem St. Georgsfest ein. Der Czar gab sich die größte Mühe, die Gäste auszuzeichnen und er sagte in seinem Trinkspruch auf Kaiser Wilhelm, an die Adresse Europas gerichtet: „Ich wünsche und hoffe, daß die innige Freundschaft, die uns verbindet, auch bei künftigen Generationen fortdauern wird, ebenso wie die Waffenbrüderschaft unserer beiden Armeen, welche aus einer ewig denkwürdigen Zeit datirt. Ich sehe darin die beste Bürgschaft für Aufrechterhaltung des Friedens und der gesetzlichen Ordnung in Europa." Doch dieser vom Czaren ausgesprochene Wunsch war keineswegs der des russischen Cabinets. Die russische Freundschaft, welche Preußen 1866 und 1870 so viel genützt hatte, war thatsächlich nur das Ergebniß der aufrichtigen persönlichen Freundschaft, welche Alexander II. von jeher für seinen Oheim, den König von Preußen, empfand, und der mit außerordentlichem Geschick von Bismarck gepflegten persönlichen Beziehungen zum russischen Hofe. Die tonangebende russische Gesellschaft und die russische Presse hatten für das neutrale Verhalten Preußens im Krimkriege nie Dankbarkeit geäußert, sondern im Gegentheil stets daran festgehalten, daß es Preußens Pflicht gewesen wäre, für Rußland militärisch Partei zu nehmen. Auch die Rußland sehr nützliche, ungemein gewagte Haltung, die Bismarck während des polnischen Aufstandes annahm, wurde von der russischen Presse nur als ein Act des „Vasallen" angesehen. Den großen Dienst, welchen Bismarck aus Dankbarkeit wegen Rußlands Neutralität dadurch erwies, daß er dem Czarenreich erlaubte, sich durch die Pontus-Conferenz von den Fesseln des Pariser Vertrages hinsichtlich des Schwarzen Meeres zu befreien, hielt man für sehr gering und man erhob sogar den Vorwurf, Deutschland habe dabei nicht genug gethan.

Während des französischen Krieges nahm ein großer Theil der Presse offen für Frankreich Partei und beklagte die deutschen Siege als ein Unglück für Rußland. Die Gründung des deutschen Reiches wurde als ein Grab vieler russischer Hoffnungen beklagt.

Das Petersburger Cabinet ist indessen nicht gewohnt, seine Politik nach den Ansichten der Presse einzurichten. Es sah in dem neuen deutschen Reich einen Bundesgenossen für seine Pläne im Westen des Reiches, wo es unabhängig nach Belieben schalten wollte. Dazu gehörte auch die Absicht, Oesterreich von Deutschland fernzuhalten und als letztes es mit Hülfe Deutschlands zu vernichten. Fürst Bismarck war nicht gewillt, dazu die Hand zu bieten. Er hatte klar erkannt, daß Deutschland nicht mit weiteren Vergrößerungen, sondern mit Erhaltung des Friedens gedient sei, zu welchem Zwecke eine Versöhnung mit Oesterreich zu erstreben war. Er sah aber auch, daß zur Erreichung dieses Ziels die Widerherstellung guter Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich trotz der entgegengesetzten Interessen dieser beiden Länder nöthig sei. Rußland bedurfte einstweilen Ruhe, und so gelang es denn Bismarck, seinen Plan zur Anerkennung zu bringen. Die Verhandlungen mit Gortschakoff führten zu der Drei-Kaiser-Zusammenkunft vom 5. bis 11. September 1872 in Berlin. Kaiser Franz Joseph hatte seinen neuen Kanzler, Graf Andrassy, zur Seite. Dieses Drei-Kaiser-Bündniß war der erste gewaltige Triumph der Friedenspolitik Bismarcks. Europa begriff die weittragende Bedeutung des Ereignisses, welches von allen friedliebenden Völkern freudig begrüßt wurde und auf die Revanchelust der Franzosen, die sich isolirt sahen, einen sehr starken Dämpfer setzte. Wenn es auch nicht zu einem festen Bündnißvertrag kam, so wurde doch der Thatsache Ausdruck gegeben, daß Bismarck das schier Unmögliche fertig gebracht hatte, die drei Regierungen mit einander zu versöhnen und sie vor Europa zur Verbürgung des Friedens zu verpflichten. Und der Mittelpunkt, der Kern des Friedensbündnisses war Deutschland, welches damit eine rückhaltlose Anerkennung seiner neu erstandenen Macht seitens der großen Nachbarreiche gefunden hatte.

Im Frühjahr 1873 machten Kaiser Wilhelm und Bismarck ihren Gegenbesuch in St. Petersburg und wurden bei Hofe sehr gefeiert. Im Herbst desselben Jahres fand dann der Besuch des Königs von Italien in Berlin statt, was wiederum den Beweis lieferte, daß die centripetale Macht Deutschlands auch die widerspenstigen Nachbarn zwang, sich um seine Gunst zu werben. Die Regierung Victor Emanuels hatte sich bisher nicht die Ansprüche auf große Freundschaft seitens Deutschlands erworben gehabt. Ihre Politik war keine aufrichtige gewesen. Trotzdem Italien die Erwer-

bung Venetiens den preußischen Siegen verdankte und durch die Subvention für den Bau des St. Gotthard-Tunnels einen sehr großen, theilweise sogar als eine der Veranlassungen des französischen Krieges zu betrachtenden Beweis des Wohlwollens erhalten hatte, so gab sich das Florentiner Cabinet doch im Geheimen deutsch-feindlicher Pläne hin, so lange es noch unentschieden war, ob Deutschland als Sieger aus dem Kriege hervorgehen würde. Nach Sedan freilich und nachdem durch Sedan die weltliche Macht des Papstes ein Ende genommen hatte, begriff die italienische Regierung, daß es Deutschland brauche, um Rom zu behalten und daß in der Wiedererstarkung Frankreichs, vielleicht gar unter dem Lilienbanner, die Gefahr einer Wiederherstellung des Stuhles Petri mit weltlichen Machtbefugnissen gegeben sei.

Italien näherte sich darum sehr bald Deutschland, und in dem Besuch des Königs Victor Emanuel, der in Berlin vom Publikum von fast überschwenglicher Weise bewillkommnet wurde, lag der Wunsch nach Eintritt in den Bund der Friedensmächte ausgedrückt. Victor Emanuel hatte kurz vorher den Kaiser Franz Joseph in Wien besucht und dort gleichfalls einen so herzlichen Empfang gefunden, daß man darin eine Kundgebung der Thatsache sah, daß Oesterreich die Ereignisse von 1859 und 1866 auch Italien gegenüber anerkannt habe. Gerade während der Anwesenheit der italienischen Gäste war die bereits oben erwähnte gehässige Sensationsschrift des Generals La Marmora erschienen, die den Zweck hatte, Bismarcks Politik während der preußisch-italienischen Verhandlungen von 1866 bloszustellen. Das störte jedoch das Einvernehmen keineswegs. Im Gegentheil, es ist sicher, daß Victor Emanuel und seine Minister Berlin mit dem Gefühl verließen, daß Italien seine frühere zweideutige Haltung gegen Deutschland sehr zu bedauern habe, und die klare Erkenntniß erhalten hatten, daß nur in einem aufrichtigen Anschluß an die Politik der drei Kaiserreiche das Heil Italiens zu finden sei.

Daran hielt Italien auch fest. Es widerstand allen Versuchungen, die seitens Frankreichs und der Ultramontanen hervortraten. Die katholische Liga zwischen Oesterreich, Italien und Frankreich, von der man 1875 sprach und von der es hieß, daß sie die weltliche Macht des Papstes wiederherstellen und das protestantische Deutschland vernichten wolle, existirte nur in den Köpfen der rastlos wühlenden Ultramontanen. Die beste Gegendemonstration bestand in der Reise Kaiser Wilhelms im Herbste 1875 nach Italien, wo er vom Volke im Triumphzug durch die Ebene der Lombardei geführt wurde und in Rom eine so begeisterte Aufnahme fand, daß er nach Berlin schrieb: „Ich

habe etwas Aehnliches in meinem ganzen Leben nicht erfahren". Die Zusammenkunft Victor Emanuels mit Kaiser Wilhelm in Mailand war ein bedeutsames Zeichen der Zeit und die Vollendung des Sieges Bismarcks, der zum großen Leidwesen der Italiener durch Krankheit verhindert war, sich dem Besuch anzuschließen. Ein Vergleich zwischen Kaiser Rothbart, der dem Papst den Steigbügel hielt, und dem Kaiser Weißbart, der vor den Augen des „Gefangenen" im Vatican den „Räuber des päpstlichen Stuhles" umarmte, lag sehr nahe.

Auch der Karlistenkrieg in Spanien stand im engsten Zusammenhang mit den Umtrieben der Ultramontanen, die in Frankreich ihren Hauptstützpunkt hatten. Doch auch hier setzte Bismarck die finsteren Gegner matt. Als ein deutscher Zeitungsberichterstatter, der frühere preußische Artilleriehauptmann Schmidt, im Juni 1874 von den Karlisten gefangen und völkerrechtswidrig erschossen worden war, erfolgte sofort die Entsendung einer deutschen Flotte nach den Häfen von Biscaya. „Als ich die erste Nachricht von der Ermordung des Hauptmanns Schmidt erfuhr", sagte Bismarck im Reichstag, „da ist mein Gefühl gewesen: wenn das ein englischer Zeitungskorrespondent, ein amerikanischer, ein russischer, ein französischer gewesen wäre, so wäre ihm das nicht passirt. Es regte sich in mir die Erinnerung an alte Demüthigungen, die Deutschland durch seine Zerrissenheit früher zu erdulden genöthigt worden ist und ich sagte mir: es ist Zeit, das Ausland daran zu gewöhnen, daß man auch Deutsche nicht ungestraft ermorden darf."

Das Einschreiten Bismarcks hatte den brillanten Erfolg, den es bezweckte. Es führte zu Verhandlungen mit den europäischen Mächten, die nunmehr die Regierung Seeranos anerkannten. Damit war die Thätigkeit der Feinde Deutschlands und Spaniens lahmgelegt, zum größten Aerger der Franzosen und Ultramontanen, und gleichzeitig hatte sich Bismarck Ansprüche auf die Gunst des spanischen Volkes erworben. Wir sahen oben, wie die Franzosen durch die alberne Beschimpfung des „Ulanenoberst" König Alfonso später dafür sorgten, daß Spanien sich definitiv für Deutschland entschied.

Im Jahre 1875 zeigten sich die Vorboten der Pläne des Petersburger Cabinets in der orientalischen Frage. Die russische Regierung beschleunigte die Krisis und hoffte, daß Deutschland ihren Absichten gegen die Pforte Vorschub leisten würde. Die Sturmwolke erschien zuerst in der Herzegowina, wo die christliche Bevölkerung sich wegen der übermäßigen Steuern und sonstigen Bedrückungen gegen die Regierung des Sultans erhob und

aufständisch wurde. Es lag darin eine Vorbereitung Rußlands zu einem Angriff auf die Türkei und somit die Gefahr des Ausbruchs eines Weltkrieges, dessen Verhinderung die Aufgabe der Diplomaten war. Zunächst verständigten sich die drei Mächte Rußland, Oesterreich und Deutschland im December 1875 über ein Reformprogramm betreffs der Sachlage auf der Balkanhalbinsel. Dasselbe beruhte auf dem Grundgedanken, daß, wie Graf Andrassy sich in seiner Circulardepesche ausdrückte, „ein Zustand, welcher die gemeinsame Existenz der Bevölkerung, die sich mit so viel Erbitterung bekämpft hat, möglich mache, nur gesichert erscheinen werde, wenn die christliche Religion rechtlich und thatsächlich vollständig mit dem Islam gleichgestellt werde".

Deutschland ging die beabsichtigte Friedensstiftung am Bett „des kranken Mannes am Bosporus" direct nichts an, doch es erklärte sich zur moralischen Unterstützung bereit, als der Kaiser von Rußland im Mai 1876 nach Berlin kam und Bismarck, Andrassy und Gortschakoff über die orientalische Frage gemeinsam beriethen. Das Ergebniß der Verhandlungen war das Berliner Memorandum vom 13. Mai, das ein gemeinsames Einwirken Europas auf die Pforte und andrerseits auf die Insurgenten in Bosnien und der Herzegowina zum Behuf einer Verständigung zwischen beiden Parteien, sowie einen zweimonatlichen Waffenstillstand vorschlug. Frankreich und Italien nahmen das Memorandum an, England aber lehnte es ab, weil es am Schluß des Vorschlags hieß, daß die drei kaiserlichen Regierungen nach resultatlosem Verlauf des Waffenstillstandes wirksamere Maßregeln zur Vermeidung des Weitergreifens der Empörung ergreifen würden. Die Bedeutung der Berliner Besprechungen fand Andrassy nach der Erklärung, die er im Budgetausschusse des österreich-ungarischen Reichsraths abgab, in der „vollständigen Einigung der drei Mächte über die Ziele in der Sache und über die nach Maßgabe der gegenwärtigen Verhältnisse anzuwendenden Mittel", sowie in dem „Vorhaben, sich auch fernerhin von Fall zu Fall zu verständigen".

Doch die Gefahr, daß der Krieg die bisherigen Grenzen überschreiten werde, trat sehr bald ein. Der Aufstand in Bulgarien wurde durch türkische Reguläre in der greuelvollsten Weise unterdrückt, und Serbien erklärte der Pforte den Krieg. Im Herbst bewölkte sich der politische Horizont im südöstlichen Europa immer mehr. Die Serben wurden von den Türken wiederholt gründlich geschlagen. Durch eine Conferenz in Constantinopel sollten nach einem zwischen Rußland und England vereinbarten und von den übrigen Mächten gutgeheißenen Plane weitere Kämpfe auf dem Kriegs-

schauplatze der Balkanhalbinsel verhütet werden, doch die Pforte zeigte sich in Betreff mehrerer Punkte der von ihr verlangten Zugeständnisse abgeneigt, und der Zusammentritt der Conferenz verzögerte sich.

Rußland begann jetzt zu rüsten. Am 31. October 1876 überreichte es der Pforte ein Ultimatum, in welchem unter Hinweis auf die vielfachen Bande und die hundertjährigen Traditionen, welche die russische Nation an die christliche Bevölkerung der Balkanhalbinsel knüpften, auf die daraus erklärlichen Sympathieen, und auf die Uebereinstimmung des Czaren mit letzteren, sowie auf das „unnütze Blutvergießen" in Serbien erklärt wurde, daß der Czar die Fortsetzung der türkischen Operationen hier nicht länger dulden könne, sondern Eintritt eines thatsächlichen und bedingungslosen Waffenstillstandes fordern müsse. Rußland war entschlossen, seine orientalischen Pläne zur Ausführung zu bringen. Am 2. November erklärte Kaiser Alexander dem britischen Botschafter, „die Pforte habe durch eine Reihe von Manövern alle Versuche Europas zur Beendigung des Krieges und zur Sicherung des allgemeinen Friedens vereitelt, und wenn die übrigen Mächte sich das gefallen lassen wollten, so könnte er es nicht länger mit der Ehre, der Würde und dem Interesse Rußlands vereinigen. Zu gleicher Zeit verpfändete er sein Ehrenwort, daß er eine Erwerbung Constantinopels nicht beabsichtige, und daß, wenn er sich genöthigt sehen sollte, Bulgarien zu besetzen, dies nur so lange dauern werde, bis der Friede hergestellt und die Sicherheit der christlichen Bevölkerung gefestigt sei. Ein Beweis dafür sei der inzwischen der englischen Regierung gemachte russische Vorschlag, Oesterreich solle Bosnien, Rußland Bulgarien besetzen, und es solle vor Constantinopel eine Flottendemonstration stattfinden, wobei England die herrschende Macht sein würde."

Wie Bismarck seine Stellung vor Entwicklung der Dinge angesehen wissen wollte, ging zunächst aus den Aeußerungen hervor, die er am 1. December bei einem von ihm dem Vorstande des Reichstags gegebenen Diner gegen seine Tischgenossen that. Er sagte da ungefähr: Die Aufgabe Deutschlands sei vor allem Erhaltung des Friedens und an diesen sei noch nicht zu verzweifeln. Sollte es aber zum Kriege kommen, was allerdings wahrscheinlich sei, so würden Rußland und die Türkei wohl nach einiger Zeit desselben müde werden und Deutschland dann mit mehr Aussicht auf Erfolg als jetzt vermitteln können. Gegenwärtig einen Rath an Rußland zu ertheilen, sei mißlich. Die Folge davon werde eine Verstimmung der russischen Nation sein, und das sei schlimmer, als eine vorübergehende Differenz mit einer Regierung. England werde schwerlich einen offenen, sondern höchstens einen officiösen Krieg mit Rußland führen, wie letzteres

in Serbien mit der Türkei. Ueber Oesterreich sprach sich der Kanzler sympathisch aus, indem er bemerkte, wenn Oesterreich genöthigt sein sollte, sich am Kriege zu betheiligen, und Gefahren für seinen Bestand sich zeigen sollten, so sei es Deutschlands Beruf, für letztern, sowie überhaupt im Großen und Ganzen für den der jetzigen Landparole einzutreten. Deutschland werde seine volle Uneigennützigkeit zeigen; es sei die Bleigarnirung, welche die Figur immer wieder zum Stehen bringe. Oesterreich habe übrigens eine große Lebenskraft, eine größere, als manche Leute meinten. Das werde sichtbar werden, wenn der Kaiser Franz Joseph sich unter Umständen selbst an seine Völker wenden sollte.

Am 5. Dcember 1876 hielt Bismarck seine erste große Rede im Reichstag über die orientalische Frage und die Stellung Deutschlands zu derselben. Die Gelegenheit dazu gab eine Interpellation Eugen Richters, der wissen wollte, was der Reichskanzler in Betreff des soeben erlassenen Ukas, nach welchem die russischen Eingangszölle in Gold entrichtet werden sollten, zu thun gedenke, und die Meinung äußerte, Rußland verlange jetzt von Deutschland Gefälligkeiten, die dieses sich durch Zugeständnisse auf dem Gebiete des Zollwesens bezahlen lassen könnte. Bismarck erwiderte zunächst:

„Ich bin mit dem Herrn Vorredner der Ueberzeugung, daß die russische Regierung in ihrer Zollpolitik sich auf einem Irrwege befindet, von dem sie früher oder später wird zurückkehren müssen, und ich sehe mit Bedauern, daß eine uns in solchem Maße befreundete Regierung eine wirthschaftliche Politik betreibt, bei der sie nicht innerlich kräftiger und wohlhabender wird. Ich wünschte, ich könnte sie auf andre Wege bringen, ich wünschte, ich könnte sich überzeugen und überreden; so lange sie das aber nicht selbst besorgt, so lange sie sich nicht selbst überzeugt, wird ein fremder Minister, der den Russen als Interessent für andre verdächtig ist, darüber eine noch geringere Autorität sein als die vielen betheiligten Russen und andre, die ihnen das schon seit langer Zeit ohne Erfolg predigten..... Wenn man zur unrechten Zeit jemand, der sich in einer schwierigen Situation befindet, einen Stock zwischen die Räder schiebt, so ist es möglich, daß der Stock für den Augenblick wirkt; aber der Kutscher des Wagens merkt dann den, der den Stock dazwischen geschoben hat, und es ist immerhin möglich, daß das, was dem Herrn Vorredner jetzt ganz unverfänglich scheint, der erste Anfang und der Keim wird zu einer Verstimmung, die allmählich immer weiter greift..... Bis jetzt liegt nichts weiter vor, als die feierliche Versicherung des Kaisers Alexander, die auf Veranstalten der russischen Regierung bekannt gemacht worden ist, daß er seinerseits auf Eroberung und Erwerb verzichten wolle. Und ich weiß nicht, wer ein Recht hat, den

Versicherungen dieses Monarchen — namentlich in unserem Lande, dem er immer ein wohlwollender Freund und Nachbar gewesen ist, und von dem niemand behaupten kann, daß er uns je in irgend einer Richtung seine Zusage nicht auf das vollständigste gehalten hat — entgegenzutreten und dieser Sachlache gegenüber nun plötzlich dem Publikum den Verdacht unterzuschieben, als handle es sich für Rußland um Eroberung neuer Provinzen, bei der wir eine gewisse Konnivenz leisten..... Nach den Erklärungen der Kaiserlich-russischen Regierung ist für den Fall (daß die Conferenz resultatlos bleibt) die Wahrscheinlichkeit angezeigt, daß Rußland auf eigne Hand vorgehen werde, um mit den Waffen der Pforte abzukämpfen, was sie friedlich nicht bewilligen würde. Auch für diesen Fall verlangt Rußland ja von uns gar keine Unterstützung, es verlangt nur unsere Neutralität; wiederum also etwas, was vollständig in unserem Interesse liegt, und was kein Mensch beabsichtigt anders zu leisten..... Einige Parteien bei uns sind antirussisch aus Gewohnheit, aus Erbschaft, aus Erinnerung, andere sind es aus innerem Interesse, weil die russische Regierung auf confessionellem Gebiete nicht ihren Interessen nahe steht. Aber, meine Herren, bemühen Sie sich darin wie Sie wollen, ich gebe Ihnen die positive Versicherung, so lange wir auf diesem Flecke stehen, wird es Ihnen nie gelingen, unser gutes und solides Verhältniß zu Rußland irgendwie zu alteriren und in die erprobte hundertjährige Freundschaft, die zwischen beiden Regierungen besteht, einen Riß zu machen. Das Bündniß, welches die Monarchen seit langer Zeit vereinigt, besteht in voller Geltung.....Wenn der Herr Vorredner vorher ein von ihm selbst als apokryph behandeltes Gerücht anführte, daß ich gesagt haben soll, im ganzen Orient steckte kein Interesse, das so viel werth wäre, wie der Ertrag eines pommerschen Rittergutes, so ist das irrtümlich. Es ist an allen solchen Legenden ein Stückchen Wahrheit und a bisserl Falschheit is allweil dabei. Ich habe gesagt: ich werde zu irgend welcher aktiven Betheiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht rathen, so lange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur — entschuldigen Sie die Derbheit des Ausdrucks — die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers werth wäre. Ich habe ausdrücken wollen, daß wir mit dem Blute unsrer Landsleute und unsrer Soldaten sparsamer sein müßten, als es für eine willkürliche Politik einzusetzen, zu der uns kein Interesse zwingt..... Wenn die jetzige orientalische Frage, soweit sie sich übersehen läßt, soweit sie überhaupt vorliegt, soweit sie nicht

auf Conjekturen und Phantasien beruht, — wenn dieselbe für uns überhaupt meinem Urtheile nach keine Kriegsfrage enthält, so enthält sie doch sehr wohl die Aufforderung zu einer außerordentlich vorsichtigen Politik, die sich den andern Mächten durch ihr Wohlwollen und ihre Friedensliebe empfiehlt und empfehlen kann, weil sie dadurch keines ihrer Interessen verletzt. . . . . Wir hoffen — und jedenfalls wird unser Bestreben dahin gerichtet sein —: in erster Linie, daß wir uns den Frieden und die Freundschaft mit unsern bisherigen Freunden bewahren; in zweiter Linie, daß wir, soweit es durch freundschaftliche, von allen Seiten bereitwillig aufgenommene Vermittlung möglich ist, unter absoluten Ausschluß aber jeder comminatorischen Haltung von unsrer Seite, uns bestreben, den Frieden unter den europäischen Mächten unter sich nach Möglichkeit zu erhalten, — das heißt also, den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen sollte, nach Möglichkeit zu localisiren. Gelingt das nicht, meine Herren, so entsteht eine neue Lage, über die ich mich in Conjekturen nicht einlassen kann, und über die Sie heute von mir keine Auskunft verlangen werden."

Diese neue Lage sollte bald eintreten. Inzwischen wuchsen Englands Besorgnisse Tag für Tag. Das egoistische Krämervolk fing an, die Haltung Deutschlands zu bemängeln. Die „Times" verlangte von Bismarck, er solle Rußland Ruhe gebieten und so den Krieg mit der Türkei, der Englands Interessen natürlich sehr stark bedrohte, verhindern. Es heißt sogar, daß die Königin von England in einem directen persönlichen Schreiben an Bismarck diesen ersucht habe, Rußland von einem Angriff auf die Pforte abzuhalten, und daß sie, als der Kanzler das höflich abgelehnt hatte, sich an Kaiser Wilhelm wandte, um ihn zu sagen, daß Deutschland für den ausbrechenden Krieg verantwortlich gemacht werden würde. Bismarck blieb unbewegt. Es fiel ihm gar nicht ein, für irgend eine Macht, geschweige denn für England, die Kastanien aus dem Feuer zu holen und Deutschland in einen Streit zu verwickeln, welcher das Reich nichts anging. Allerdings lag in dem Ansuchen Englands das Zugeständniß, daß das deutsche Reich die erste Macht Europas geworden sei, doch gerade das bestimmte den Kanzler, diese Stellung nicht durch die Uebernahme der Rolle eines Dictators zu mißbrauchen und damit zu gefährden.

Der Krieg Rußlands mit der Türkei war unvermeidlich geworden. Der Sultan lehnte hartnäckig alle Forderungen der Conferenzmächte ab, was dem St. Petersburger Cabinet die Gelegenheit gab, nunmehr das letzte Wort zu sprechen. General Ignatiew, der bisherige russische Botschafter bei der Pforte, reiste nach Berlin, Paris und zuletzt auch nach London, und bei den Verhandlungen, die er mit den christlichen Mächten

führte, ließ es sich Bismarck angelegen sein, das gute Einvernehmen zwischen allen, namentlich zwischen Rußland und England, zu erhalten. Das Resultat war, daß der Pforte ein Schlußprotokoll in Gestalt eines Gesammtverlangens aller europäischen Großmächte zugestellt wurde. Die türkische Regierung lehnte das Protokoll in schroffer Weise ab und nun erklärte Rußland dem Sultan den Krieg. Am 24. April 1877 überschritten die Russen die türkische Grenze, und es begann ein Feldzug, der anfänglich den Russen nur Niederlagen und schwere Verluste brachte, später aber zu einer beinahe vollständigen Vernichtung der türkischen Heeresmacht wurde und die russischen Truppen anfangs Februar 1878 bis hart unter die Mauern Constantinopels führte. Es kam zu einem Waffenstillstand, nachdem Rußland der Pforte die sehr ungünstigen Präliminarien von San Stefano aufgezwungen hatte. Rußland hatte thatsächlich seine Hand bereits auf die vielbegehrte Beute am Goldenen Horn gelegt, doch Englands Flotte erschien zur selben Zeit und es sah aus, als ob es wirklich zu einem Zusammenstoß zwischen den beiden Mächten, „zwischen einem Elephanten und einem Walfisch", wie Bismarck einst bemerkt hatte, kommen würde.

Der Vertrag von San Stefano konnte von den interessirten Mächten unmöglich als ein definitives Abkommen betrachtet werden. Er veränderte die Karte Ost-Europas in einer Weise, die weder Oesterreich noch England acceptiren konnte. Uebrigens hatte auch Rußland nicht die Absicht, das provisorische Abkommen in allen Punkten zu einem dauernden zu machen, sondern es hatte einstweilen nur so viel genommen, wie irgend möglich. Als Englands Flotte drohend die Dardanellen hinauf dampfte, lud Oesterreich die Mächte zu einer Conferenz in Wien ein, welche den Zweck haben sollte, die Uebereinstimmung Europas über die Veränderungen herbeizuführen, welche durch die Friedensbedingungen zwischen Rußland und der Türkei in Bezug auf die Verträge von 1856 und 1871 nothwendig werden könnten.

Wie wird sich Deutschland der durch den Ausgang des Krieges herbeigeführten neuen Gestaltung gegenüber verhalten? Das war die Frage, welche Europa damals in die größte Erregung setzte. Die Welt wartete mit athemloser Spannung darauf, was Bismarck thun würde. Glücklicherweise war Bismarck wieder am Ruder. Deutschland und Europa waren der im Frühjahr 1877 durch die Oppositionsparteien im Reichstage heraufbeschworenen Gefahr, den großen Kanzler zu verlieren, noch entgangen. Bismarck hatte in einem Anfall von Verzweiflung über die fortwährenden Hindernisse, die man seiner inneren Politik entgegensetzte, wozu sich noch persönliche Intriguen am Hofe gesellten, den Kaiser um seine Entlassung

gebeten. Seine Gesundheit war erschüttert, sein Gemüth erbittert und er sprach selbst von sich als von einem „gebrochenen alten Mann“. Deutschland fühlte sich wie von einem schweren Unglück betroffen, und Europa sah sich plötzlich angesichts des russisch-türkischen Krieges des Mannes beraubt, der allein im Stande war, den Frieden zu erhalten. Während das ganze deutsche Volk den Kanzler beschwor, am Ruder zu bleiben, bemühte sich auch der Reichstag, den grollenden Achilles durch ein unbedingtes Vertrauensvotum zu versöhnen. Der Abgeordnete von Bennigsen führte in einer hoch patriotischen Rede der Opposition zu Gemüthe, was Bismarck für Deutschland und für Europa bisher gewesen sei. „In diesem Augenblick,“ sagte er, „sind die Augen der ganzen Welt vielleicht mehr als vor einigen Jahren auf die Dinge gerichtet, die im Orient vorgehen. Da erinnert sich doch gewiß die dankbare deutsche Nation und ihre Vertretung, welche Stellung sich das deutsche Reich, sein Kaiser und sein Kanzler in diesen Dingen der europäischen Politik in wenigen Jahren verschafft haben. — — Ist das nicht eine wunderbare Entwicklung und Fügung in den Zuständen Deutschlands, in der Stellung und dem Einfluß, welchen Deutschland sich erworben hat, daß, nachdem noch nicht ein Dutzend Jahre hinter uns liegen, wo Deutschland in furchtbarer Anspannung aller Kräfte, in den gewaltigsten Anstrengungen und Leistungen militärischer Energie sich eine Stellung verschafft hat auf kriegerischem Wege gegen Oesterreich, gegen Frankreich, daß nach kurzer Zeit eine Politik, die im ersten Augenblick nach solchen Ereignissen mehr Staunen und Furcht hervorrief, als irgend einen andern Eindruck, daß es gelungen ist, nach solchen Ereignissen an der Hand einer so ungewöhnlichen Energie und solcher militärischen Erfolge dem Auslande das Gefühl beizubringen, daß man es hier in dem neuen Deutschland nicht mit einer vorzugsweise militärischen oder kriegerischen Macht zu thun habe, sondern mit der Macht einer Nation, welche sich die Aufgabe gestellt hat, innerhalb der wiedergewonnenen alten Grenzen mit dem erstarkten Einflusse, der dem deutschen Volke zukommt, nun auf diesem Boden friedlich das Weitere zu gestalten, was hier von der Nation und der Vorsehung bestimmt ist, und auch andere Mächte in ihrem Besitze und in ihrer Entwicklung ungestört zu lassen? Wer hat im Jahre 1866, wer hat noch mehr im Jahre 1871 erwarten können, daß nach wenigen Jahren die Stellung Deutschlands, sein Einfluß in Europa, gerade in dieser Linie liegen würde, und daß das geschehen ist, das ist das Verdienst des deutschen Kaisers und seines Kanzlers. Dafür ist das Gefühl in Deutschland wie im übrigen Europa so lebhaft, daß die Lücke, die durch das Ausscheiden des Kanzlers gerissen wor-

den, nach allen Seiten hin als eine verhängnißvolle empfunden wird."

Kaiser Wilhelm hatte das Abschiedsgesuch seines Kanzlers mit dem historischen „Niemals" beantwortet und Bismarck begnügte sich mit einem Urlaub, den er in Varzin zubrachte, ohne daselbst freilich viel Ruhe zu finden, denn der russisch-türkische Krieg und sein Ausgang drohte Europa in Flammen zu setzen, und von Deutschlands Haltung hing jetzt Alles ab. Niemals ist auf die Aeußerungen eines Staatsmannes mit so großer und allgemeiner Spannung gewartet worden, wie auf die Rede, welche Bismarck am 19. Februar 1878 im deutschen Reichstag hielt. Auf eine von Bennigsen gestellte Interpellation, in der die Befürchtung ausgesprochen wurde, Rußland werde auf Grund des Präliminarfriedens mit der Türkei einen für Oesterreich gefährlichen Einfluß auf die Balkanländer ausüben, die auch für Deutschland bedenkliche Folgen haben würde, gab der Kanzler am genannten Tage seine Ansicht von der Sachlage kund. Den größten Theil seiner berühmten Rede sprach der Fürst sitzend. Den Reichstag dafür um Nachsicht bittend, sagte er: „Ich bin nicht so gesund, wie ich vielleicht aussehe". Er begann mit der Anführung der Bestimmung des Präliminarfriedens. Diejenigen, welche die Constituirung Bulgariens, dessen Theilung in zwei Provinzen und dessen Begrenzung, ferner die Unabhängigkeit von Montenegro, endlich die von Serbien und Rumänien betreffen „berühren", sagte er, „das deutsche Interesse nicht in dem Maße, daß wir darüber die Beziehungen zu unsern Grenznachbarn, zu unsern Freunden auf's Spiel setzen könnten."

Bezüglich der von Deutschland auf der Conferenz einzunehmenden Stellung sagte der Kanzler: „Wenn von vielen Seiten an uns die Zumuthung gekommen ist — aber von keiner Regierung, sondern nur durch Stimmen in der Presse und sonstige wohlgemeinte Rathschläge — wir sollen von Hause aus unsre Politik festlegen und sie andren in irgend einer Form aufdrängen, so muß ich sagen, daß ich das doch mehr für Preßpolitik als Staatenpolitik halte..... Wir würden uns die Rolle der Vermittelung in der Conferenz, auf die ich den allerhöchsten Werth lege, fast unmöglich machen, weil jeder mit dem Menu der deutschen Politik in der Hand uns sagen könnte: soweit kann die deutsche Vermittelung gehen, das kann sie thun, das kann sie nicht thun..... Spielen Sie die deutsche Karte aus, werfen Sie sie auf den Tisch — und jeder weiß, wie er sich danach einzurichten oder sie zu umgehen hat. Es ist das nicht praktisch, wenn man den Frieden vermitteln will. Die Vermittelung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei diver-

girenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein, und dahinter steht die Macht des Deutschen Reiches, sondern ich denke sie mir bescheidener, ja — ohne Vergleich im übrigen stehe ich nicht an, Ihnen etwas aus dem gemeinen Leben zu citiren — mehr die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustande bringen will..... Das ist die Rolle, die ich mir denke und die den freundschaftlichen Verhältnissen entspricht, in denen wir in erster Linie mit unsren befreundeten Grenznachbarn, Grenznachbarn auf langgedehnten Grenzstrecken, überhaupt leben, und dann vermöge der seit einem Lustrum bestehenden Einigkeit der drei Kaiserhöfe, die aber auch dem vertrauten Verhältniß entspricht, in dem wir mit einem andern Hauptinteressenten, mit England, uns befinden..... Das Drei-Kaiser-Verhältniß, wenn man es so nennen will, während man es gewöhnlich Bündniß nennt, beruht überhaupt nicht auf geschriebenen Verpflichtungen, und keiner der drei Kaiser ist verpflichtet, sich von den andern zwei Kaisern überstimmen zu lassen. Es beruht auf der persönlichen Sympathie zwischen den drei Monarchen, auf dem persönlichen Vertrauen, welches diese hohen Herren zu einander haben, und auf dem auf langjährige persönliche Beziehungen basirten Verhältniß der leitenden Minister in allen drei Reichen..... Den übertriebenen Ansprüchen, die man an Deutschlands Vermittelung stellt, muß ich hier entgegentreten und erklären, daß, so lange ich die Ehre habe, Rathgeber Sr. Majestät zu sein, davon nicht die Rede ist. Ich weiß, daß ich in dieser Beziehung sehr viele Erwartungen täusche, aber ich bin nicht der Meinuug, daß wir den napoleonischen Weg zu gehen hätten, um, wenn nicht der Schiedsrichter, auch nur der Schulmeister in Europa sein zu wollen..... Nehmen Sie an, wir folgten diesen Rathschlägen und erklärten Rußland in irgend einer höflichen und freundschaftlichen Weise: wir sind zwar seit hundert Jahren Freunde gewesen, Rußland hat uns Farbe und Freundschaft gehalten, während wir in schwierigen Verhältnissen waren; aber jetzt liegt die Sache doch so: im europäischen Interesse, als eine Art von Policeman von Europa, als eine Art von Friedensrichter müssen wir dem Wunsche nicht länger widerstehen..... Wir werden niemals die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit Menschenaltern erprobte Freundschaft einer großen, mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern..... Nur für den Schutz

unsrer Unabhängigkeit nach außen, unsrer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für Sie eintreten, nicht blos das einstimmige nothwendige Votum des Bundesraths, sondern auch die volle Ueberzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt, — nur einen solchen Krieg bin ich bereit, dem Kaiser anzurathen."

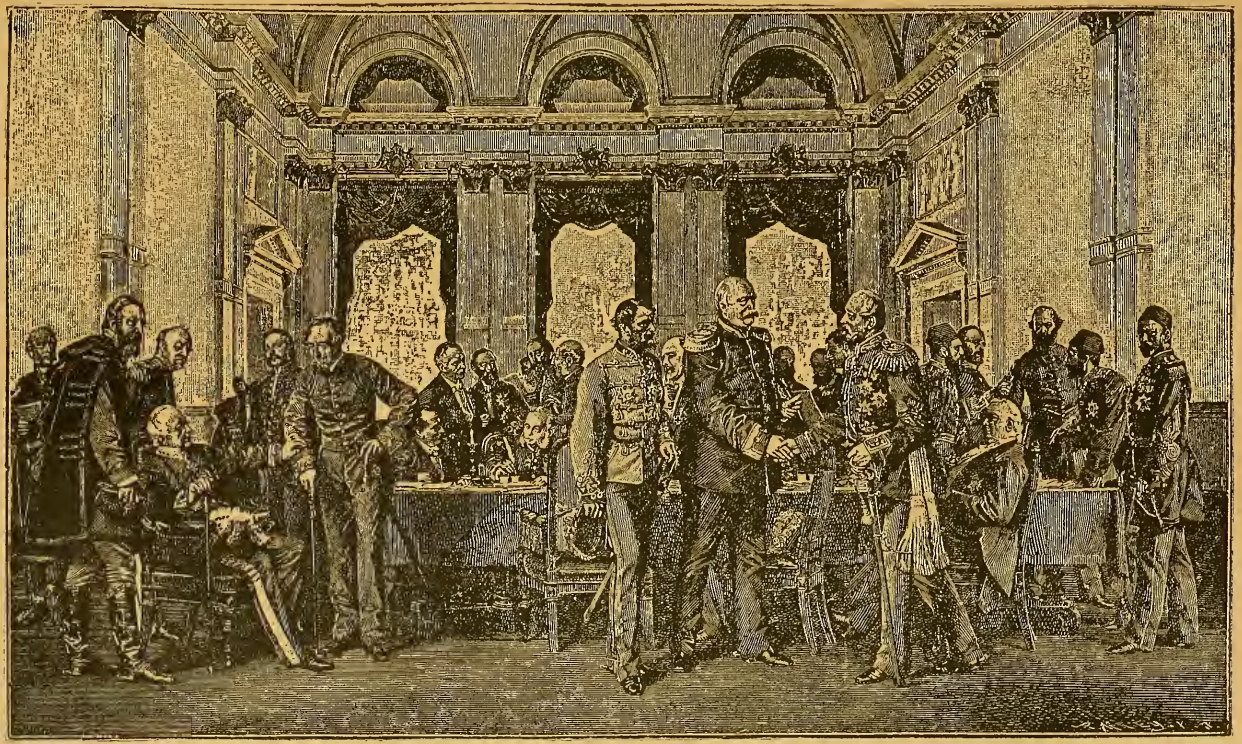
Im Laufe der Debatte hatte der Abgeordnete Windhorst eine Rede mit allerlei verdeckten Angriffen und Anschuldigungen gegen die Politik des Reichskanzlers gehalten, in der er zum Schluß den Wunsch auszusprechen für nöthig erachtet hatte: „Möge es seiner, des Kanzlers, Gewandtheit gelingen, den allgemeinen Frieden aufrecht zu erhalten, aber auch dafür zu sorgen, daß das germanische Interesse in dieser ganzen Verhandlung nicht zu kurz komme. Dieses germanische Interesse aber drückt sich aus in dem Interesse Oesterreichs." Die Erwiederung Bismarcks war eine sehr interessante Ergänzung seiner Hauptrede. Er sagte u. A. „Ich kann dem Herrn versichern, daß er nicht nöthig hat, uns gegenüber die Interessen Oesterreichs zu vertreten. Unsre Beziehungen zu Oesterreich sind die der Gegenseitigkeit, der vollen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit ist, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andre Parteien in Oesterreich noch mächtiger waren, als sie dies heute sind. Nicht blos von Monarch zu Monarch, von Regierung zu Regierung, — nein, ich stehe persönlich mit dem Grafen Andrassy zu meiner Freude und zu meiner Ehre in demjenigen freundschaftlichen Verhältniß, welches ihm die Möglichkeit gibt, mir offen jede Frage, die er im Interesse Oesterreichs für nöthig hält, zu stellen, und er hat die Ueberzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte, und ich habe die Ueberzeugung, daß er mir die Wahrheit über Oesterreichs Absichten sagt. In früheren Zeiten, die dem Herrn Vorredner gefallen mögen, war es anders; da habe ich mir gegenüber im Bunde österreichische Collegen im Bunde gehabt, denen hab ich gesagt: es ist mir gleichgültig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen. Der Graf Andrassy glaubt mir und ich glaube ihm, was er mir sagt, und wir brauchen zu diesem Verhältniß die Vermittelung des Herrn Vorredners am allerwenigsten, er würde es nur verderben können."

Diese berühmten Auslassungen Bismarcks vom 19. Februar 1878 wirkten beruhigend auf ganz Europa. Seine Erklärung, daß Deutschland

nichts ferner liege, als sich zum Schiedsrichter Europas aufzuwerfen, sondern den Mächten nur seine Dienste als „ehrlicher Makler" anbiete, wurde aus seinem Munde kommend als eine Garantie der Erhaltung des europäischen Friedens betrachtet.

Am 7. März 1878 änderte Oesterreich seinen Conferenzvorschlag in eine Aufforderung an die Großmächte zu einem Congresse der leitenden Minister derselben in Berlin um. Nachdem sich England und Rußland nach langen Spiegelfechtereien, wobei England wiederum eine drohende Haltung einnahm, am 30. Mai endlich über die von dem Congreß zu entscheidenden Punkte geeinigt hatten, konnte Fürst Bismarck die Einladungen erlassen. Der Berliner Congreß wurde am 13. Juni eröffnet und tagte unter dem Vorsitz des deutschen Reichskanzlers bis zum 13. Juli. Seit dem Wiener Congreß hatte keine so bedeutende Versammlung von Staatsmännern stattgefunden. Jedem drängte sich die Thatsache auf, daß Deutschland, vor noch zwölf Jahren nicht mehr als ein der Willkür des Auslandes preisgegebener „geographischer Begriff," jetzt die leitende Macht der Welt sei. Bismarck hatte den Höhepunkt seines Ansehens als Meister der Staatskunst erreicht und die Deutschen waren niemals stolzer als in den Tagen des Berliner Congresses. Doch die rauschenden Festlichkeiten, die vorbereitet waren, mußten unterbleiben, denn Kaiser Wilhelm lag als das Opfer eines socialistischen Meuchelmordes auf dem Krankenlager, was ein bitterer Tropfen in dem Kelch des deutschen Nationalstolzes war. An Stelle des Kaisers mußte der Kronprinz die europäischen Staatsmänner in Berlin begrüßen.

Es ist eine historische Thatsache, daß der Berliner Congreß angesichts der schroffen Haltung, welche England und Rußland gegen einander einnahmen, und angesichts der Empfindlichkeit, welche der russische Reichskanzler Gortschakoff, dessen Stern vor dem Bismarcks vollständig erblichen war, seine Aufgabe nicht erfüllt, sondern sogar die Situation vielleicht verschlimmert haben würde, wäre es nicht wegen der außerordentlich geschickten Vermittelung des Vorsitzenden gewesen. Es war nicht der Zweck des Congresses gewesen, die Mittel zur vollständigen Lösung der orientalischen Frage zu finden; er hatte vielmehr nur die Bestimmung gehabt, den vorläufig zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossenen Frieden von San Stefano mit den Bedürfnissen und Ansprüchen der europäischen Mächte und mit den Verträgen von 1856 und 1871 in Einklang zu bringen. Dies wurde erreicht. Der Vertrag von San Stefano hätte in Bulgarien einen großen slavischen Staat geschaffen, welcher unter russischem Einfluß gestanden, in Thracien und Macedonien eine griechische Bevölkerung verschlungen



Der Berliner Congreß. 1878.

Im Vordergrund: Fürst Gortschakoff, Lord Beaconsfield, Graf Andrassy, Fürst Bismarck, Graf Schuwaloff und Lord Odo Russel.

und am Schwarzen wie am Aegeischen Meere Häfen besessen haben würde. Der Berliner Friede änderte das sehr wesentlich. Das siegreiche Rußland mußte sich bedeutende Verkürzungen der Vortheile gefallen lassen, die General Ignatiew in San Stefano stipulirt hatte. Die Türkei mußte die Kosten durch Theilung ihres Gebiets bezahlen. Rumänien und Serbien wurden zu selbständigen Königreichen, Bulgarien wurde in ein selbständiges Fürstenthum und in eine türkische Provinz, Ostrumelien, getheilt; Griechenland und Montenegro erhielten eine Gebietsvergrößerung; England legte seine Hand auf Cypern, später, (1882) auch auf Aegypten; Frankreich nahm aus dem Congreß die Anwartschaft auf Tunesien, das es sich 1881 holte, mit und Oesterreich bekam das Mandat der Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina. Für Rußland fiel noch bedeutend mehr ab, als mit der Aussicht auf eine friedliche Lösung der immer noch drohend am Himmel Europas hängenden orientalischen Frage verträglich ist.

Bismarck, der sich den Dank Aller verdient hatte, sagte am Schluß des Congresses: „Ich habe die feste Hoffnung, daß das europäische Einvernehmen mit Gottes Hülfe ein dauerndes sein wird, und daß die freundschaftlichen persönlichen Beziehungen, die während unserer Arbeit zwischen uns entstanden sind, die guten Beziehungen zwischen unsern Regierungen befestigen und stärken werden." — Daß das nicht mehr als eine Phrase der diplomatischen Höflichkeit war, wußte sicherlich keiner besser, als er selbst. Gortschakoff war mit der Aeußerung, daß der Berliner Friede „die dunkelste Seite in seiner ganzen Laufbahn" sei, nach St. Petersburg zurückgereist, und sehr bald gab sich der Groll von ganz Rußland gegen Deutschland offen kund. Man beschuldigte Bismarck der schweren Undankbarkeit gegenüber der russischen Neutralität von 1866 und 1870 und des Verraths an der bisherigen Freundschaft. Die Thatsache, daß Bismarck genau den von ihm am 19. Februar im Reichstag vor Europa abgegebenen Erklärungen Rußland in allen Stücken gerecht worden war und ihm alle Dienste geleistet hatte, die sich mit der Sicherheit Oesterreich-Ungarns vertrug, wurde so ausgelegt, daß Oesterreich und Deutschland sich gegen Rußland verschworen hätten. Das Drei-Kaiser-Bündniß wurde für aufgehoben erklärt; die Sprache der russischen Presse, der officiösen sowohl wie der privaten, wurde immer drohender. Bismarck wurde schließlich persönlich angegriffen, seine innere Politik geschmäht und seine staatsmännische Thätigkeit im Sinne der Dänen, Welfen und Polen verachtet. Die Wuth erreichte ihren Höhepunkt zu Anfang des Jahres 1879, als es die Ausführung der einzelnen Bestimmungen des Berliner Friedens galt, zu denen in erster Reihe der Abzug der

russischen Armee vom türkischen Gebiete gehörte, und bei welchem Rußland ebenfalls die unbedingte Unterstützung von deutscher Seite vermißte. Das Petersburger Cabinet äußerte sich dringend, gebieterisch und schließlich drohend. Dazu trat eine sehr erhebliche Verstärkung der russischen Armee und Ansammlung von Truppen, namentlich Reitermassen, in den westlichen Gouvernements. Das Schlimmste war, daß die Erklärungen der russischen Presse, man müsse sich mit Frankreich verbünden, bereits mit thatsächlichen Bemühungen der russischen Regierung, sich mit der französischen Republik in ein Einvernehmen zu setzen, in Einklang standen, wovon man in Berlin Kunde erhielt.

Wenn auch Bismarck von dem französischen Minister des Aeußern, Waddington, den er auf dem Congreß mit besonderer Auszeichnung behandelt hatte, die Versicherung erhielt, daß Rußland keinen förmlichen Bundesantrag gestellt habe, so wußte er doch, daß in Frankreich jeden Augenblick ein Ministerium der Revanche ans Ruder kommen könne. Für den großen deutschen Staatsmann war jetzt die Zeit gekommen, da er das lange verfolgte Ziel seiner äußeren Politik, ein *festes Bündniß mit Oesterreich, als das Bollwerk des europäischen Friedens*, zu schaffen, erreichen mußte.

Daß Oesterreich mit den Ereignissen von 1866 völlig versöhnt war, ging für die Welt daraus hervor, daß es gleich nach Abschluß des Berliner Friedens in die Aufhebung des Artikel V des Prager Friedens, jenem Kukuksei Napoleons, wonach die Bevölkerung eines Theils von Nordschleswig gefragt werden sollte, ob es dänisch oder preußisch sein wollte, willigte. Oesterreich, dessen Lebensinteressen durch die Gestaltung der Lage im Orient sehr stark berührt sind, sah sich durch Rußlands Haltung ebenso bedroht wie Deutschland, und beide Mächte begriffen, daß es hohe Zeit sei, sich gemeinsam zu decken. Im September 1879 reiste Bismarck nach Wien, wo er eine demonstrativ herzliche Aufnahme fand. Vom Kaiser Franz Joseph herab bis zu den Volksmassen, die sich auf den Straßen um seinen Wagen und dann vor seinem Hotel drängten, wetteiferte Alles, den berühmten Gast durch Sympathiebezeugungen zu ehren und zu erfreuen. Bei dem diplomatischen Diner, das er Bismarck zu Ehren im Schlosse zu Schönbrunn veranstaltete, erwartete Kaiser Franz Joseph seinen Gast an der Schwelle des Saales. Am 22. September wurde der Plan Bismarck in längerer Audienz beim Kaiser besprochen, der sich entschieden für denselben erklärte. Am 23. und 24. verhandelten Andrassy und der zu dessen Nachfolger bestimmte Baron Haymerle mit Bismarck über die Einzelheiten des Bündnisses, die sofort festgestellt wurden.

Das Schwerste aber, und zwar das Schwerste, was er als Kanzler in dieser Hinsicht je geleistet, stand ihm noch zu überwinden bevor, nämlich der Widerstand Kaiser Wilhelms, der in dem Bündniß mit Oesterreich den Ausdruck eines Mißtrauens gegen seine persönliche Freundschaft mit dem Czaren Alexander II. sah, den er noch kurz zuvor gegen den Rath Bismarcks zwecks Beschwichtigung in Alexandrowo besucht hatte. Nach unsäglichen Mühen und nachdem er sogar mit seinem Rücktritt gedroht hatte, gelang es Bismarck endlich, seines Kaisers Zustimmung zu erhalten, und am 7. October 1879 wurde das Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn unterzeichnet.

Wenngleich der eigentliche Charakter dieses Bündnisses erst im Jahre 1888, wie wir sehen werden, bekannt gegeben wurde, so erfuhr die Welt die Thatsache des vollzogenen Zweibunds als eines schriftlich festgestellten Vertrages doch sofort nach Abschluß desselben. In Deutschland begriff man schnell die Größe dieses Werkes Bismarcks, das als die Krone seiner staatsmännischen Schöpfungen anzusehen ist. Ebenso erkannte man im Auslande die Tragweite des intimen Zusammengehens der beiden Mächte. Der englische Minister des Auswärtigen, Salisbury, sagte darüber am 17. October in öffentlicher Versammlung: „Denen, welche am Frieden Europas gelegen ist und welche an der Unabhängigkeit der Nationen ein Interesse haben, möchte ich zurufen: Großes Heil ist der Welt widerfahren.“ Auch in Deutschland und Oesterreich-Ungarn war derselbe Ausruf vollkommen ebenso berechtigt. Moritz Busch schreibt treffend darüber: „Das Bündniß war eine Wohlthat, ein Segen für beide Staaten. Es war ein Ereigniß ersten Ranges, der epochemachende Enderfolg einer langen Reihe von Gedanken und Bestrebungen des genialen Geistes, der mit einer Hand, sicher wie die der Vorsehung, die politischen Geschicke der Deutschen lenkte, das Siegel auf ein vielverheißendes Versöhnungswerk, welches alle Verständigen im Reiche seit Jahren ersehnt hatten, der Ausdruck des Zusammenfallens der Interessen Neudeutschlands und Neuösterreichs, des besten Kittes freundschaftlicher Verhältnisse zwischen Staaten, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik.“

„Zwingen Sie mich nicht, zwischen Ihnen und Oesterreich zu wählen“, hatte Bismarck auf dem Berliner Congreß zu Gortschakoff gesagt, der diesen Rath verächtlich zurückwies. Das deutsch-österreichische Bündniß veranlaßte indessen die russische Regierung doch, Halt zu machen und einzulenken. Dieselbe war ohnehin durch die innere Zerrüttung des Landes durch den Nihilismus, der im Dunklen um sich fraß, und durch den franzosenfeundlichen Panslavismus, dem der Czar persönlich keineswegs Vorschub leisten

wollte, sehr stark in Anspruch genommen. Man fühlte in St. Petersburg die Nothwendigkeit, Gortschakoffs Politik Schranken aufzulegen und wenigstens den Schein guter Beziehungen zu Deutschland wiederherzustellen. Im März 1881 fiel der Czar Alexander II., nachdem bereits fünf verschiedene Anschläge auf sein Leben unternommen worden waren, unter den Dynamitbomben nihilistischer Mörder. Sein Sohn und Nachfolger Alexander III. galt bei seiner Thronbesteigung als Panslavist und Franzosenfreund und gilt dafür heute noch. Seine thatsächliche Politik hat dies aber nicht gezeigt, und nach der allein ist er zu beurtheilen. Sicher ist, daß er sehr bald das Bedürfniß fühlte, sich des Rathes des so erprobten weisen Staatsmanns Bismarck hinsichtlich der inneren Zerfressenheit seines Reiches zu bedienen. Im September 1881 traf der neue Czar mit Kaiser Wilhelm und Bismarck auf sein Gesuch in Danzig zusammen. Die panslavistischen Hetzer und Franzosenfreunde hatten keine Stimme im Rathe des Dornenkronenträgers in Moskau. Gortschakoff mußte 1882 Herrn Giers als Reichskanzler weichen, und als dann auch Ignatiew und Skobeleff abgehalftert waren, wußte man in Deutschland, daß der Czar es nicht mit der deutschfeindlichen Kriegspartei hielt, sondern den ernsten Willen hatte, das frühere freundschaftliche Verhältniß zwischen Rußland und seinen westlichen Nachbarn wiederherzustellen.

Das deutsche Volk und noch viel weniger das österreichische traute indessen der Friedensliebe des Czaren niemals ganz, und als derselbe im September 1883 in Copenhagen mit dem, Deutschland gegenüber stets zweideutig und oft feindlich gesinnten englischen Staatsmann Gladstone zusammentraf, entstand eine große Unruhe. Dazu kamen Truppenbewegungen in Rußland, die verdächtig erschienen. Doch es lag thatsächlich nichts im Werke, vielmehr beeilte sich die Moskauer Presse selbst, zu erklären, daß ein Krieg mit Deutschland die verrückteste aller Verrücktheiten wäre. Darauf folgten eine Pilgerfahrt des russischen Reichskanzlers nach Berlin und Friedrichsruh im November 1883, eine auf ausdrücklichem Befehl des Czaren veranstaltete Begrüßung der deutschen Panzerschiffe in Genua, die den deutschen Kronprinzen nach Spanien und zurück nach Italien brachten, durch ein russisches Geschwader, die Ernenuung des Bismarck persönlich höchst angenehmen Fürsten Orloff zum russischen Botschafter in Berlin und schließlich eine russische Goldanleihe in Berlin, die, von der preußischen Regierung direct gefördert, mehr als zehnmal überzeichnet wurde. So viele Beweise russisch-deutscher Freundschaft hatte man lange nicht gehabt.

Inzwischen hatte sich auch Italien dem Zweibund genähert. König

Humbert war 1881 in Wien gewesen, und sein Minister des Aeußern, Mancini, erklärte offen: „Die Italiener sollten sich vereinigen, um mit Deutschland zu sympathisiren, wie der hohen Weisheit und der großartigen Denkweise des erlauchten Staatsmannes an der Spitze der deutschen Regierung zu vertrauen und zu achten.“ Es kam dann auch 1882 zum Abschluß eines Bündnisses mit Italien, wodurch der neue Dreibund fertig war. Bismarck schickte im folgenden Jahre den deutschen Kronprinzen nach Rom, wo derselbe in großartigster Weise gefeiert wurde. Wie die Spitze des Defensivbündnisses mit Oesterreich sich gegen Rußland richtete, so die des Defensivbündnisses mit Italien gegen Frankreich. Das nächste Jahr zeigte das durch Bismarck gegründete Friedensbollwerk in seiner stärksten Form. Im Herbst 1884 begaben sich Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph nach der kleinen polnischen Stadt Skierniewice, wo der Kaiser von Rußland ihrer wartete und die drei Herrscher sich in Freundschaft umarmten, als sei eine neue „heilige Allianz“ entstanden, obwohl doch der Czar außerhalb des mächtigen Friedensbundes stand und sich nur der guten Beziehungen zu demselben versichert halten wollte.

Zwei Jahre später hatte Rußland wieder dafür gesorgt, daß die Franzosen sich neue Hoffnungen auf einen Umschwung gegen Deutschland machen konnten. Der russische Ehrgeiz litt schlimm unter den Verhältnissen in Bulgarien. Im September 1886 erwirkte Rußland die Absetzung des Fürsten Alexander, des „Battenbergers“, ohne daß es dadurch ein positives Resultat seiner Gewaltthätigkeit erreichte. Die öffentliche Meinung in Oesterreich-Ungarn war sehr erregt worden, und es bedurfte der größten Zurückhaltung und Vorsicht Bismarcks, Rußland von weiteren Gewaltthaten in Bulgarien abzuhalten. Bismarck rührte keinen Finger, um den „Battenberger“, obwohl derselbe ein deutscher Fürst war, vor dem Schicksal zu retten, das ihm sein unversöhnlicher Onkel, der Czar, bestimmt hatte. Er ließ sich nicht von sentimentalen Rücksichten leiten, sondern ihm galt es nur die Erhaltung des europäischen Friedens. Er wandte sich im Reichstage mit Schärfe gegen die Presse, die unaufhörlich gegen Rußland hetzte, und erklärte, daß Bulgarien Deutschland nichts anginge, daß dasselbe ihm stets „Hekuba“ bleiben würde. Es war dies zu der Zeit, als Boulanger in Frankreich die Revanchegelüste neu zu beleben verstand und auf das Wachsen des russischen Zornes wartete. Es gelang indessen Bismarck durch sein kluges Auftreten und vor Allem durch seine großartige Rede im Reichstage über die europäische Lage, das Kriegsgespenst wiederum zu bannen und, ohne der Würde Deutschlands und seiner Verbündeten das Geringste zu vergeben, Rußland von seiner thatkräftigen Freundschaft und Schonung

zu überzeugen. Thatsächlich hatte Rußland auch in der bulgarischen Angelegenheit, in der Bismarck ihm überwiegenden Einfluß willig eingeräumt hatte, nur Ursache zur Dankbarkeit.

Doch die Situation wurde immer schlimmer. Aus der Thronrede Kaiser Wilhelms bei Eröffnung des neuen, diesmal sehr patriotisch gesinnten deutschen Reichstags am 24. November 1887 sprach ein hoher Ernst. Frankreich hatte im Sommer 1887 durch Annahme der Boulangerschen Militärreform die allgemeine gleiche Wehrpflicht proclamirt, die Errichtung neuer Cadres beschlossen und überhaupt in jeder Weise die Entfaltung seiner Streitkräfte gefördert. Ununterbrochen entwickelte sich in der Stille der Vorschub russischer Truppenmassen gegen die westlichen Grenzen. Die französische Politik war zwar in sich selbst unsicherer, dadurch aber vielleicht nur um so entzündlicher geworden: General Boulanger stand, nachdem er seinen Ministerposten verloren, in den eigenen Augen wie in denen aller Ungeduldigen erst recht als der zur Dictatur berufene Kriegsmann da; mit dem Präsidenten Grevy war soeben ein Staatsoberhaupt von ausgesprochen conservativer Haltung gestürzt, der Ausfall der Wahl seines Nachfolgers noch gänzlich ungewiß. Auf russischer Seite hatte der Aerger über den völlig verfehlten Ausgang der bulgarischen Umwälzung — die Wahl und Erhebung des Fürsten Ferdinand — den Haß gegen Deutschland auf den höchsten Grad erhitzt. Nicht die Presse allein erging sich in wüste Hetzerei; Czar Alexander selbst ließ sich durch untergeschobene Dokumente von der Zweizüngigkeit der deutschen Politik, der Mitschuld Bismarcks (der gleichzeitig von einer infamen Berliner Hofclique beim Czaren dahin verleumdet wurde, daß Kaiser Wilhelm seine, Bismarcks, Politik nicht billige) an der Niederlage der russischen Unternehmungen überzeugen. Von Copenhagen nur wider Willen über Berlin heimkehrend, ward er zwar hier am 18. November durch den Reichskanzler persönlich über den ihm gespielten Betrug aufgeklärt; allein es blieb die Frage, wie lange dieser bessere Eindruck bei ihm haften, ob er auch nur im Stande sein werde, die leidenschaftliche Verblendung rings um ihn her gebieterisch zu bemeistern. Es kam hinzu, daß in Kraft des deutsch-österreichischen Bündnisses vom 7. October 1879 ein russischer Angriff auf die österreich-ungarische Monarchie, wozu bei der thatsächlichen Concurrenz der orientalischen Interessen beider Mächte der Anlaß jederzeit ungleich näher lag, auch das Deutsche Reich gegen Rußland in die Waffen rufen mußte. Der Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges verstand sich dann von selbst.

Aus dieser Lage ergab sich der Entschluß der deutschen Regierung, die nationale Wehrkraft zu drohender Einschärfung des Friedens im

äußersten erreichbaren Umfange aufzubieten. Während sich die betreffende Heeresvorlage in der Commission des Reichstages befand, ließ Bismarck am 31. December 1887 die oben erwähnten, ihm vom Czaren zur Verfügung gestellten gefälschten Actenstücke veröffentlichen. Am 3. Februar 1888 folgte darauf die gleichzeitig in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn vollzogene Veröffentlichung des am 7. October 1879 zwischen beiden Mächten abgeschlossenen Defensivbündniß-Vertrages.

Der rein defensive Charakter dieses Vertrages, der keine Bestimmungen für den Fall eines Angriffes Deutschlands oder Oesterreichs auf Rußland enthielt, erklärte zur Genüge Bismarcks oft mißverstandene gleichgültige Haltung der österreichischen Politik der freien Hand Bulgarien und anderen Balkanfragen gegenüber. Wenn Oesterreich gegen Rußland im Orient ins Feld rückte, um dort Uebergriffen entgegenzutreten, würde Deutschland vertragsmäßig nicht verpflichtet sein, mitzumarschiren.

Die Veröffentlichung des Bündnißvertrages sollte aller Welt zur Warnung dienen. Demselben Zwecke diente dann eine große, schon vorher in ganz Europa mit Spannung erwartete Rede, die Bismarck am 6. Februar 1888 im Reichstag hielt. Es ist das die letzte, aber auch die berühmteste Rede Bismarcks als Leiters der äußeren Politik. Daß inzwischen in Frankreich durch die Wahl Carnots zum Präsidenten der Republik eine Befestigung der Zustände eingetreten war, daß die russische Presse zu größerer Enthaltsamkeit in ihren feindseligen Kundgebungen gegen Deutschland Befehl erhalten hatte, gab dem Reichskanzler die willkommene Möglichkeit, sein gewaltiges Bild der Weltlage in helleren Farben zu gestalten, als man noch vor einem Monate erwartet hatte.

Man kann wohl sagen, daß ganz Europa an den Lippen des Kanzlers hing, als er diese gewaltige Rede hielt, in welcher er die Weltlage in großen Zügen charakterisirte und dem Kraftbewußtsein des deutschen Volkes mit gerechtem Stolz einen packenden Ausdruck gab. Er sprach zunächst über die Gründe, die zur Befürchtung eines Krieges mit Rußland geführt hätten, um zu betonen, daß thatsächlich keiner derselben stichhaltig sei. Weder die deutschfeindliche Haltung der russischen Presse, noch die russischen Truppenaufstellungen dürften beunruhigend wirken.

Rußlands Truppenverschiebungen erklärte der Kanzler für Erscheinungen, die lediglich mit der russischen Orientpolitik, an der Deutschland nicht betheiligt wäre, zu thun hätten.

Um nun die gewaltige Vermehrung der Streitkräfte Deutschlands durch Wiedereinführung der Landwehr zweiten Aufgebots, nicht als eine momentane vorübergehende Einrichtung, sondern als ein Mittel zum

dauernden Stärkerwerden des Deutschen Reiches zu motiviren, ging der Kanzler die Kriegsgefahren durch, „welche wir seit 40 Jahren gehabt haben, ohne in eine nervöse Unruhe zu irgend einer Zeit gerathen zu sein." Er rollte ein geschichtliches Bild auf, dessen Hauptschöpfer er selbst war. Nachdem er im Lichte der fortwährenden Kriegsgefahr, welche durch europäische Verhältnisse bedingt sei, für die Gegenwart keinen Grund für eine besondere Aufregung erblicken zu können erklärt hatte, fuhr er fort: „Wir müssen, unabhängig von der augenblicklichen Lage, so stark sein, daß wir mit dem Selbstgefühl einer großen Nation, die unter Umständen stark genug ist, ihre Geschicke in ihre eigene Hand zu nehmen, auch gegen jede Coalition! — mit dem Selbstvertrauen und mit dem Gottvertrauen, welches die eigene Macht verleiht und die Gerechtigkeit der Sache, die immer auf deutscher Seite bleiben wird nach der Sorge der Regierung, daß wir damit jeder Eventualität entgegensehen können. Wir müssen, kurz und gut, in diesen Zeiten so stark sein, wie wir irgend können, und wir haben die Möglichkeit, stärker zu sein als irgend eine Nation von gleicher Kopfstärke in der Welt; es wäre ein Vergehen, wenn wir sie nicht benutzten..... Wir liegen mitten in Europa. Wir haben mindestens drei Angriffsfronten. Frankreich hat nur seine östliche Grenze, Rußland nur seine westliche Grenze, auf der es angegriffen werden kann. Wir sind außerdem der Gefahr der Coalition nach der ganzen Entwickelung der Weltgeschichte, nach unserer geographischen Lage und nach dem vielleicht minderen Zusammenhang, den die deutsche Nation bisher in sich gehabt hat im Vergleich mit anderen, mehr ausgesetzt als irgend ein anderes Volk. Gott hat uns in eine Situation gesetzt, in welcher wir durch unsere Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit und Versumpfung zu gerathen. Er hat uns die kriegerischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die Seite gesetzt, und er hat in Rußland kriegerische Neigungen groß werden lassen, die in früheren Jahrhunderten nicht in dem Maße vorhanden waren. So bekommen wir gewissermaßen von beiden Seiten die Sporen und werden zu einer Anstrengung gezwungen, die wir vielleicht sonst nicht machen würden. Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden, indem sie uns ihre Stacheln in unseren beiden Flanken fühlen lassen; sie zwingen uns zu einer Anstrengung,

die wir freiwillig vielleicht nicht leisten würden, sie zwingen uns auch zu einem Zusammenhalten unter uns Deutschen, das unserer innersten Natur widerstrebt; sonst streben wir lieber auseinander. Aber die französisch-russische Presse, zwischen die wir genommen werden, zwingt uns zum Zusammenhalten und wird unsere Cohäsionsfähigkeit auch durch Zusammendrücken erheblich steigern, so daß wir in dieselbe Lage der Unzerreißbarkeit kommen, die fast allen andern Nationen eigenthümlich ist, und die uns bis jetzt noch fehlt. Wir müssen dieser Bestimmung der Vorsehung aber auch entsprechen, indem wir uns so stark machen, daß die Hechte uns nicht mehr thun als uns ermuntern."

Des Weiteren legte der Kanzler in einem historischen Rückblick die Gründe dar, welche zu dem deutsch-österreichischen Bündniß führten. Die Dankbarkeit, welche Preußen der Politik des Czaren Alexander I. schuldig gewesen sei, sagte er, habe die Regierungszeit Friedrich Wilhelm III. beherrscht. Doch „das Saldo, welches Rußland im preußischen Conto hatte, ist durch die Freundschaft, ich kann fast sagen, durch die Dienstbarkeit Preußens während der ganzen Regierungszeit des Kaisers Nikolaus ausgenützt und in Olmütz, kann ich sagen, getilgt worden. In Olmütz nahm der Kaiser Nikolaus nicht für Preußen Partei, schützte uns nicht einmal vor üblen Erfahrungen, vor gewissen Demüthigungen, wie der Kaiser Nikolaus überhaupt doch im Ganzen mehr Vorliebe für Oesterreich als für Preußen hatte; der Gedanke, daß wir Rußland während seiner Regierung irgend welchen Dank schuldig wären, ist eine historische Legende."

Daß die von ihm persönlich stets mit Vorliebe gepflegten traditionellen Beziehungen sich jetzt so gestalteten, daß Deutschland ein Bündniß mit Oesterreich schließen mußte, sei nicht Deutschlands Schuld, wies der Kanzler ausführlich nach, indem er die Motive der Haltung Rußlands 1866 und 1870 klar legte und zeigte, daß Rußland für jeden Dienst, den es Deutschland geleistet, dessen Gegenleistung empfangen habe. Im Jahre 1875 sei dann das gute Einverständniß zuerst durch Gortschakoff gestört worden. Derselbe habe sich mehr um Popularität in Frankreich als in Deutschland zu bemühen angefangen und gewisse künstlich herbeigeführte Constellationen dazu benutzt, um die Welt glauben zu machen, daß Deutschland Frankreich habe überfallen wollen. Trotzdem habe Deutschland daran festgehalten, Rußlands Freundschaft zu pflegen und das sei ihm auch mit Erfolg gelungen. Ueber die Art und Weise, wie er dann seine Aufgabe als Vorsitzender des Berliner Congresses auffaßte und durchführte, sagte der

Kanzler: „Während des Congresses, kann ich wohl sagen, habe ich meine Rolle, soweit ich es irgend konnte, ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen, ungefähr so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtige gewesen wäre auf diesem Congreß; ja, ich kann fast sagen, der dritte; denn den Fürsten Gortschakoff kann ich als Bevollmächtigten der damaligen russischen Politik, wie sie durch den wirklichen Vertreter Grafen Schuwalow vertreten war, kaum annehmen."

Trotzdem habe sich in Rußland eine Stimmung entwickelt, die bis zur offenen Drohung gestiegen sei, und dadurch sei Deutschland gezwungen worden, sich mit Oesterreich eng zu verbünden. Oesterreich und Deutschland seien einander unentbehrlich geworden.

Der von der deutschen Volkskraft handelnde Theil der berühmten Rede, in welcher der Kanzler seiner Nation in hinreißender Sprache ihre Ueberlegenheit über alle andern Völker darlegte, enthält folgende Schlußsätze: „*Um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich, noch in Rußland.* Die russische Presse, die russische öffentliche Meinung hat einem alten mächtigen und zuverlässigen Freunde, der wir waren, die Thür gewiesen, wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältniß wieder zu gewinnen, *aber wir laufen Niemand nach.* Das hält uns aber nicht ab, — im Gegentheil, es ist uns ein Sporn mehr, die Vertragsrechte, die Rußland uns gegenüber hat, mit doppelter Genauigkeit zu beobachten..... Ich glaube nicht an eine unmittelbar bevorstehende Friedensstörung — wenn ich mich resümiren soll — und bitte, daß Sie das vorliegende Gesetz unabhängig von diesem Gedanken und dieser Befürchtung behandeln, lediglich als eine *volle Herstellung der Verwendbarkeit der gewaltigen Kraft, die Gott in die deutsche Nation gelegt hat für den Fall, daß wir sie brauchen*; brauchen wir sie nicht, dann werden wir sie nicht rufen; wir suchen den Fall zu vermeiden, daß wir sie brauchen. Dieses Bestreben wird uns noch immer einigermaßen erschwert durch drohende Zeitungsartikel vom Auslande, und ich möchte die Mahnung hauptsächlich an das Ausland richten, doch diese Drohungen zu lassen. Sie führen zu nichts. Die Drohung, die wir — nicht von der Regierung — aber in der Presse erfahren, ist eigentlich *eine unglaubliche Dummheit*, wenn man bedenkt, daß man eine große und stolze Macht, wie das Deutsche Reich ist, durch eine gewisse drohende Gestaltung der *Druckerschwärze*, durch Zusammenstellung von Worten glaubt einschüchtern zu können. Man sollte das unterlassen, dann würde man es uns leichter machen, unsern beiden Nachbarn auch gefälliger entgegen-

zukommen. Jedes Land ist auf die Dauer doch für die Fenster, die seine Presse einschlägt, irgend einmal verantwortlich; die Rechnung wird an irgend einem Tage präsentirt in der Verstimmung des anderen Landes. Wir können durch Liebe leicht bestochen werden — vielleicht zu leicht — aber durch Drohungen ganz gewiß nicht! **Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt;** und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotz dem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesammte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußen unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewaffnet finden wird, und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!"

Nach dem Schlusse dieser gewaltigen Rede, die fast zwei Stunden gedauert hatte, stieg der Abgeordnete Feldmarschall Graf Moltke die Stufen zum Bundesrathstische hinauf, um dem Reichskanzler Glück wünschend die Hand zu schütteln. Es war einer der größten Augenblicke im Leben Bismarcks. Auch hatte der Fürst die Genugthuung, daß sämmtliche Parteien im Reichstage, mit alleiniger Ausnahme der Socialdemokraten, die Heeresvorlage annahmen. Ebensowenig verfehlte die großartige Leistung des des Kanzlers ihren Eindruck im Ausland, welches begriff, daß Bismarck nur den Empfindungen des deutschen Volkes den richtigen Ausdruck in der wirksamsten Form gegeben hatte. Einen Monat später ging der alte Kaiser zur Ruhe. Er starb mit dem Bewußtsein, mit Hilfe seines Kanzlers dem deutschen Vaterlande den glorreichen Reichsfrieden, den zu erhalten, sein vornehmstes Ziel gewesen war, gegeben und seinem Erben in dem Dreibund die besten Bürgschaften, welche nach Lage der Dinge durch staatsmännische Weisheit überhaupt geschaffen werden konnten, nach menschlicher Berechnung auch für die nächste Zukunft hinterlassen zu haben. Noch mit seinem letzten Athemzug hatte er seinem Enkel im Beisein des tieferschütterten eisernen Kanzlers auf die Seele gebunden, immer gute Beziehungen zu Rußland zu unterhalten.

Sechstes Capitel.

Die innere Gestaltung des Deutschen Reiches.

1. Kanzler und Papst.

Während die Einheit des neuen Deutschen Reiches nach außen hin durch die Waffenbrüderschaft der deutschen Stämme gefestigt war, mußte der innere Ausbau zu einem einheitlichen nationalen Ganzen eine Aufgabe bleiben, deren Lösung nicht durch eine einzige große That möglich war, sondern die schwere, langsame und geduldige Arbeit des Staatsmannes, das stete Ringen mit elementaren politischen Gewalten, nöthig machte. Zwei ungeheure Probleme waren es hauptsächlich, welche das neue Reich aus dem Schooße der Zeit als Angebinde empfangen hatte: Der Widerstreit zwischen Kirche und Staat und die socialen Revolutionsbestrebungen. Aus dem ersten entwickelte sich sofort nach Begründung des Reiches ein Conflict, der sich in dem jungen nationalen Leben wie ein Wurm in dem Keim einer Pflanze festsetzte und viele Jahre hindurch den parlamentarischen Kämpfen um die Bedürfnisse der Zeit seinen unheilvollen Stempel aufdrückte. Dieser Conflict war nach Lage der Dinge unvermeidlich, und es war ein Segen für Deutschland, daß es in Bismarck den Staatsmann besaß, der dem Ansturm gegen die Grundfesten des Reiches gewachsen war.

Der päpstliche Stuhl war durch die Einigung Italiens schwer erschüttert worden. Papst Pius IX. sprach aber die Machtansprüche des Vatikans um so kühner und schroffer aus, je mehr sich die Ereignisse häuften, die zur Schwächung des Stuhles Petri beitrugen. Im December 1864 erließ er eine Encyklika, der ein Verzeichniß der hauptsächlichsten Irrthümer der Zeit, der Syllabus, angehängt war, und damit erklärte er allen Kräften und Mächten, welche diesen Irrthümern huldigten, den Krieg. Der Papst verkündete damit in religiöser, politischer und socialer Beziehung Auffassungen und Lehren, deren ernste Durchführung seitens der katholischen Kirche zu einer Erschütterung aller weltlichen Staatsgewalt hätte führen müssen. Doch die Einigung Italiens wurde dadurch nicht gehemmt, und noch viel weniger konnte durch den Syllabus verhindert werden, daß die katholische Vormacht Oesterreich durch die protestantische Vormacht Preußen aus dem deutschen Bund gedrängt und daß der norddeutsche Bund

gegründet wurde. Der Vatican hatte indessen soviel erreicht, daß die Katholiken in Preußen unruhig wurden und sich, obwohl ohne jeglichen thatsächlichen Grund, in ihrer Glaubensfreiheit bedroht zu fühlen anfingen. Der Papst und seine Rathgeber hielten es für nöthig, die ganze katholische Kirche zu einem Verzweiflungskampf gegen die feindlichen Mächte des Atheismus und Protestantismus, angeblich verkörpert durch das mächtig erstarkte Preußen, aufzurufen.

Am 29. Juni 1868 entbot der Papst die Bischöfe der Christenheit auf den 8. December 1869 zu einem ökumenischen Concil nach Rom, und hier, im Vatican, wurde am 18. Juli 1870 das Dogma angenommen und verkündigt, daß der Papst in Sachen des Glaubens und der Sitte ein seiner Eigenschaft als oberster Lehrer der Kirche unfehlbar sei aus sich selbst, nicht aber erst durch die Zustimmung der Kirche. Eine große Anzahl deutscher und französischer Bischöfe hatte gegen die Verkündigung dieses Dogmas protestirt und in eindringlichen Vorstellungen darauf hingewiesen, daß es nicht an der Zeit sei, die Gewalt, welche die Päpste des Mittelalters über die staatlichen Behörden ausgeübt, jetzt, da die Grundlage jener Gewalt längst beseitigt sei, zu erneuern, und daß es die größten Gefahren für die Kirche mit sich bringen würde, wenn der Papst jeden Katholiken für einen geborenen Feind des Staates erkläre und ihn verpflichte, alle Reiche und Völker dem päpstlichen Stuhl unterwerfen zu helfen.

Die österreichische Regierung hatte eine Warnung an die Curie gerichtet und gesagt, daß der Papst mit seinem Dogma „einen unausfüllbaren Abgrund zwischen den Gesetzen der Kirche und denen der meisten modernen Staaten schaffen würde." In gleicher Weise hatte die französische Regierung wiederholt die ernstesten Vorstellungen gemacht und erklärt, daß dies Unfehlbarkeitsdogma „das Anathem über alle bürgerlichen Einrichtungen und die ganze bürgerliche Gesellschaft ausspräche." Bismarck hatte sich diesen Vorstellungen angeschlossen, sich aber entschieden gegen den Vorschlag des damaligen preußischen Botschafters, Graf Arnim, ausgesprochen, Preußen durch bestimmte Bevollmächtigte auf dem Vaticanischen Concil vertreten zu lassen. „Für Preußen", sagte er, „giebt es verfassungsmäßig wie politisch nur einen Standpunkt, den der vollen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen und der entschiedenen Abwehr jedes Uebergriffes auf das staatliche Gebiet." Diesen Grundsatz hat Bismarck — und das ist zur Beurtheilung seiner ganzen Stellung während des „Culturkampfes" sehr wichtig — stets festgehalten. Er war weit entfernt, sich in die inneren Angelegenheiten der Kirche zu mischen, sondern er betonte einzig und allein den politischen Stand-

punkt, ohne sich auf die Meinungsverschiedenheiten über rein kirchliche Fragen, wie das Unfehlbarkeitsdogma an sich, einzulassen.

Am Tage nach der Verkündigung des Dogmas erklärte Frankreich Preußen den Krieg, und man hatte infolgedessen vorläufig keine Zeit, sich mit den Ansprüchen des Papstes zu beschäftigen. Die Hoffnungen Pius IX., daß Frankreich das ketzerische Preußen zerschmettern würde, wurden elend zu Schanden, und am 20. September 1870 rückten, als eine directe Folge des Sturzes Napoleons, italienische Truppen in Rom ein, womit der weltlichen Herrschaft des Papstes ein Ende gemacht war.

Inzwischen hatten sich die deutschen Bischöfe, die vordem gegen die Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas Verwahrung eingelegt hatten, der Autorität Roms unterworfen. Gleichzeitig bildeten die nach einem gemeinsam aufgestellten Programm gewählten katholischen Abgeordneten eine Partei unter dem Namen Centrumspartei. An die Spitze derselben trat Windthorst, ein früherer Minister des Ex-Königs von Hannover, ein unversöhnlicher Welfe und politischer Gegner Bismarcks. Zu der Partei gehörten auch einflußreiche Mitglieder des Adels, die in vertrauten Beziehungen zu hohen Persönlichkeiten und selbst zu Mitgliedern der kaiserlichen Familie standen. Und um diese katholische Partei gruppirten sich alle dem Staat und Reich feindlichen Elemente, die Polen, die Socialdemokraten, die süddeutschen Partikularisten, die Dänen, die Welfen und die Elsaß-Lothringer.

Die Katholiken in Preußen hatten sich bis dahin der größten Freiheit erfreut und es oft dankbar anerkannt, doch Papst Pius IX. hatte sie jetzt mit dem Glauben erfüllt, sie seien in Gefahr, ausgerottet zu werden. Das Centrum nahm sofort Stellung, indem es verlangte, daß die Artikel der preußischen Verfassung bezüglich der Confessionen in die Verfassungsurkunde des neuen Deutschen Reichs aufgenommen würden, und ferner, daß die deutsche Regierung einschreiten solle, um die weltliche Macht des Papstes zu retten. Bismarck, der in dieser furchtbaren Opposition einen höchst gefährlichen Feind für das neue Reich erblickte, lehnte es ab, die verlangten verfassungsmäßigen Bürgschaften zu geben, und bezüglich der weltlichen Macht des Papstes ließ er durch die liberale Mehrheit eine Adresse an den Kaiser annehmen, in welcher der Grundsatz der Nichteinmischung ausgesprochen wurde. Man wies auf die verderblichen Uebel hin, die Deutschland im Mittelalter durch seine Beziehungen zu Italien erwachsen waren und sprach die Hoffnung aus, daß in dem wiedergeborenen Kaiserreich die Tage der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen unter keinem Vorwand wiederkehren würden. Darin glaubten

die Katholiken eine Kriegserklärung des Kanzlers zu sehen, und das Hetzen der Kirche gegen den Staat und umgekehrt begann, doch noch Niemand schien die Tragweite des ausgebrochenen Kampfes erkannt zu haben. Die Bildung einer rein confessionellen Partei erschien als ein politisches Unding, und Bismarck ließ dem Papst auch dieserhalb Vorstellungen machen. Der verständige Cardinal Antonelli sprach denn auch seine Mißbilligung über die Gründung der Partei Windthorst aus, doch zog sie bald wieder zurück, um statt dessen die Getreuen des Papstes mit Lobeserhebungen zu überhäufen.

Zu einem offenen Conflict mit der Staatsgewalt kam es dann zuerst durch einen katholischen Religionslehrer in Braunsberg, der sich weigerte, das Unfehlbarkeitsdogma anzuerkennen, weswegen der Bischof von Ermeland den großen Kirchenbann über ihn verhängte und von der Regierung Amtsentsetzung des Lehrers verlangte. Der Cultusminister v. Mühler sah indessen in der Auflehnung des Lehrers gegen das Dogma keinen Grund zur Amtsentsetzung, sondern erklärte vielmehr das Vorgehen des Bischofs für gesetzwidrig. Es bildete sich damals aus den Gesinnungsgenossen jenes Lehrers die Kirchengemeinschaft der „Altkatholiken", welche der Staat eifrig unterstützte, ohne indessen nennenswerthen Erfolg zu haben. Die Bischöfe schlossen die „Altkatholiken" einfach aus der Kirche aus, während der Staat dieselben als katholisch im Sinne des Staatsrechts betrachtet wissen wollte.

Was Bismarck nunmehr bestimmte, die Offensive gegen die katholische Kirche zu ergreifen, war nicht etwa irgend welcher confessioneller Haß, der ihm persönlich völlig fremd war, sondern die Erkenntniß der großen politischen Gefahr, die sich aus der Aufhetzung reichsfeindlicher Elemente, vor allen Dingen der Polen, ergab. Das Unfehlbarkeitsdogma an sich war ihm gleichgültig, aber die Wahrnehmung, daß in den bis dahin preußisch-monarchischen Oberschlesien unter priesterlicher Leitung sich eine national-polnische Propaganda bilden durfte, konnte ihn nicht unthätig lassen. Die Bestrebungen, Schlesien zu polonisiren, waren nicht neu; schon die Jahre nach 1848 zeigten den Priester Schaffraneck auf der Tribüne des Landtags als Führer in dieser Richtung. Man hatte aber hiermit keine Erfolge erzielt, bis dieses Treiben in der Katholischen Abtheilung des Cultusministeriums mächtige und einflußreiche Förderer fand. Die Katholische Abtheilung war ursprünglich gebildet, um der römischen Kirche gegenüber die Rechte des Königs durch katholische Staatsbeamte zu vertreten; sie war aber im Laufe der Jahre allmählig umgekehrt ein Organ der katholischen Propaganda geworden. Letztere hatte das Polenthum und die polnische Sprache jederzeit gepflegt und die Katholische Abtheilung des Cultus-

ministeriums hatte sie darin in den letzten Jahren vor 1870 unterstützt und das polnische Element in Preußen auf Kosten des deutschen gefördert.

Vermöge verschiedener Personalbeziehungen waren einige Mitglieder einer vornehmen und dem Königshause verwandten polnischen Familie in die Lage gekommen, directen Einfluß auf die Katholische Abtheilung und ihren damaligen Vorsitzenden, Namens Krätzig, ausüben und jenen Bestrebungen auch am Hofe förderlich sein zu können. So kam es, daß in den Provinzen Westpreußen und Posen nicht nur nicht germanisirt, sondern in erfolgreicher Weise polonisirt wurde. Die statistischen Berichte wiesen von einer Zählung zur andern allein in Westpreußen einen Zuwachs der polnischen Bevölkerung auf Kosten der deutschen nach, der sich auf 30,000 Seelen belief. Ganze Dörfer wurden im Laufe zweier Generationen mit Hülfe der katholischen Kirche aus deutschen Ortschaften zu polnischen, und deutsche Großeltern, die noch kein polnisch verstanden hatten, wohl aber katholisch waren, hinterließen polnische Enkel, die des Deutschen nicht mehr mächtig waren.

Diese Umstände, *diese politischen Rücksichten der Nothwehr allein*, veranlaßten Bismarck, was er schon lange *vor* dem ökumenischen Concil im Sinne gehabt hatte, die *Aufhebung der Katholischen Abtheilung*, als eines Instituts zur Förderung des Polenthums auf Kosten des Deutschthums, zu beantragen. Die Aufhebung erfolgte am 8. Juli 1871. Das war das erste unmittelbare Eingreifen des Kanzlers, der von nun an gegen den Ansturm der Päpstlichen in die Bresche trat. Während die preußische Regierung sich auf gesetzliche Maßregeln vorbereitete, nahm auch der Reichstag Stellung, indem er noch in demselben Jahre auf den Antrag Bayerns den sogenannten Kanzelparagraphen zum Strafgesetzbuch annahm, durch welchen auf den Mißbrauch des geistlichen Amtes und der Kanzel zu politischen Wühlereien, die den öffentlichen Frieden gefährden konnten, eine Gefängnißstrafe bis zu zwei Jahren gesetzt wurde. Im Januar 1872 wurde an Stelle Mühlers der Jurist Dr. Falk zum preußischen Cultusministerium ernannt und derselbe wurde der Urheber der Kampfgesetze, welche von den Ultramontanen als barbarische Verfolgungsgesetze ausgeschrieen wurden.

Es erfolgte zunächst das Schulaufsichtsgesetz, durch welches die Aufsicht über die Volksschulen an wirkliche Schulmänner und auch in den einzelnen Gemeinden an geeignete Laien gegeben wurde, ohne indessen die Geistlichen auszuschließen. Ein Reichsgesetz von demselben Jahre (1872) schloß die Jesuiten und die ihnen verwandten Orden vom deutschen Boden aus. In Preußen gelangten im Jahre 1873 die sogenannten *Maigesetze*, vier

Kirchengesetze von einschneidender Art, zur Annahme; sie verboten die Excommunication mit Nennung des Namens, knüpften die Anstellung von Geistlichen an Absolvirung eines deutschen Gymnasiums, dreijähriges Studium an einer deutschen Universität und Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung, setzten einen königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten ein und bestimmten, daß die geistlichen Oberen die von ihnen anzustellenden Geistlichen dem Oberpräsidenten ihrer Provinz zu nennen hätten, dem dann ein Einspruchsrecht in bestimmten Formen zustand. 1874 folgte ein Gesetz, welches die Orden und Congregationen mit Ausnahme der der Krankenpflege sich widmenden aufhob, 1875 ein „Sperrgesetz", nach welchem die Staatskassen Zahlungen nur an solche Geistliche leisteten, welche den Staatsgesetzen unzweideutig gehorchten. Die Bischöfe widersetzten sich. Zu Fulda versammelt, erließen sie, während sie sich dem Schulaufsichtsgesetz fügen zu wollen erklärten, ein Rundschreiben an ihre Gläubigen, in welchem sie sehr unumwunden aussprachen, daß sie sich jenen Maigesetzen nicht unterwerfen würden, und Clerus und Volk aufforderten, sich bei diesem Widerstand um sie, ihre Bischöfe, zu schaaren: wie immer, wo Geistliche im Stande des Aufruhrs sich befinden, hörte man auch hier den Spruch, daß man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen. Sie hatten sich, wie ihre Brüder in Oesterreich und Bayern, wo derselbe Kampf im Gange war, des Beifalls des Papstes zu erfreuen, der im August jenes Jahres einen Brief an den Kaiser richtete, in welchem er sich beklagte, daß sämmtliche Maßregeln, welche seit einiger Zeit von der preußischen Regierung ergriffen würden, mehr und mehr auf die Vernichtung des Katholizismus zielten; ganz im Geiste jener Bulle Unam sanctam, in welcher einst Bonifacius VIII. (1302) das Programm der hierarchischen Bestrebungen ausgesprochen hatte, hieß es in diesem Schreiben: „Jeder, der die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung und auf irgend eine Weise — gehört, sage ich, dem Papste an." Der Kaiser antwortete mit der Gegenklage über staatfeindliche Haltung eines Theils seiner katholischen Unterthanen; auf die letzterwähnte Stelle erwiderte er würdig: „Der evangelische Glaube, zu dem ich mich, wie Ew. Heiligkeit bekannt sein muß, gleich meinen Vorfahren und mit der Mehrheit meiner Unterthanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältniß zu Gott einen andern Vermittler als unsern Herrn Jesum Christum anzunehmen." Einer nach dem andern der widerspenstigen Bischöfe wanderte in's Gefängniß, zuerst der fanatische Pole Ledochowski (Februar 1874), und m November 1880 waren von zwölf bischöflichen Sitzen in Preußen nur noch drei besetzt.

Die Gesetze verfehlten ihre Wirkung vollständig. Da die katholische Bevölkerung durch ihre Führer fälschlicher Weise zu dem Glauben gebracht war, daß Preußen nicht etwa nur die Autorität des Staates gegen die katholische Kirche aufrechterhalten, sondern letztere ausrotten wolle, so hatten die Gesetze thatsächlich die gegentheilige Wirkung, als die beabsichtigte, insofern sie zur Festigung des katholischen Glaubens beitrugen und zahlreiche laue Katholiken zu sehr treuen machten.

Wir wollen den Verlauf des unseligen Streites nicht im Einzelnen schildern, sondern nur Bismarcks Auffassung desselben aus seinen Reden entnehmen.

Am 30. Januar 1872 sagte er in einer Rede im preußischen Abgeordnetenhause:

„Dogmatische Streitigkeiten über die Wandlungen und Declarationen, welche innerhalb des Dogmas der katholischen Kirche vorgegangen sein können, zu beginnen, liegt der Regierung sehr fern und muß ihr fern liegen; jedes Dogma, auch das von uns nicht geglaubte, welches so und soviel Millionen Landsleute theilen, muß für ihre Mitbürger und für die Regierung jedenfalls heilig sein. Aber wir können den dauernden Anspruch auf eine Ausübung eines Theiles der Staatsgewalt den geistlichen Behörden nicht einräumen, und soweit sie dieselbe besitzen, sehen wir im Interesse des Friedens uns genöthigt, sie einzuschränken, damit wir nebeneinander Platz haben, damit wir in Ruhe miteinander leben können, damit wir so wenig wie möglich genöthigt werden, uns hier um Theologie zu bekümmern."

In einer Auseinandersetzung mit Windhorst am 8. Februar 1872: Ich glaube, meine Herren vom Centrum, Sie werden zum Frieden mit dem Staate leichter gelangen, wenn Sie sich der welfischen Führung entziehen, und wenn Sie in Ihre Mitte namentlich welfische Protestanten nicht aufnehmen, die gar nichts mit Ihnen gemein haben, wohl aber das Bedürfnis haben, daß in unserem friedlichen Lande Streit entstehe, denn die welfischen Hoffnungen können nur gelingen, wenn Streit und Umsturz herrscht. Sie sind außerordentlich vermindert, nachdem der französische Krieg, auf den früher von einigen Mitgliedern der Partei gehofft und hingewiesen wurde, nachdem der einstweilen abgethan ist und zu unserem Vortheil abgethan ist."

In der Debatte über das Schulaufsichtsgesetz, in welcher der ultramontane Abgeordnete v. Mallinckrodt daran erinnert hatte, daß der Abgeordnete v. Bismarck-Schönhausen im Jahre 1849 für Theilnahme der Geist-

lichkeit an der Leitung der Volksschulen eingetreten sei, sagte der Kanzler: „Der katholischen Geistlichkeit liegt die katholische Kirche, auch wenn sie der Entwickelung Deutschlands sich auf der Basis fremder Nationalität entgegenstellt, näher am Herzen, als die Entwickelung des Deutschen Reiches, womit ich nicht sagen will, daß ihr diese Entwickelung fernläge, aber das andere steht ihr näher. (Abgeordnete Windhorst: Beweise!) Ach, meine Herren, greifen Sie doch in ihren eigenen Busen! Der Herr Vorredner hat nun ferner an Reden erinnert, die ich vor dreiundzwanzig Jahren, im Jahre 1849, gehalten habe. Ich könnte diese Bezugnahme einfach mit der Bemerkung abfertigen, daß ich in dreiundzwanzig Jahren, namentlich, wenn es die besten Mannesjahre sind, etwas zuzulernen pflege, und daß ich überhaupt, ich wenigstens, nicht unfehlbar bin. Aber ich will weiter gehen. Was in jenen meinen Aeußerungen an lebendigem Bekenntniß, an Bekenntniß zu dem lebendgen christlichen Glauben liegt, dazu bekenne ich mich noch heute ganz offen und scheue dieses Bekenntniß weder vor der Oeffentlichkeit, noch in meinem Hause an irgend einem Tage; aber gerade dieser mein lebendiger, evangelischer christlicher Glaube legt mir die Verpflichtung auf, für das Land, wo ich geboren bin, und zu dessen Dienst mich Gott geschaffen hat, und wo ein hohes Amt mir übertragen worden ist, dieses Amt nach allen Seiten hin zu wahren; wenn die Fundamente des Staates von den Barrikaden und der republikanischen Seite angegriffen werden, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, auf der Bresche zu stehen, und werden sie von Seiten angegriffen, die eher berufen waren und noch sind, die Fundamente des Staates zu befestigen und nicht zu erschüttern, so werden Sie mich auch zu jeder Zeit auf der Bresche finden. Das gebietet mir das Christenthum und mein Glaube!“

Im April 1872 hatte der Kaiser den Cardinal Fürst Hohenlohe zum Botschafter des deutschen Reiches beim päpstlichen Stuhl ernannt, doch bedauerte der Papst, wie Cardinal Antonelli dem deutschen Geschäftsträger mittheilte, „einen Cardinal der heiligen römischen Kirche, auch wegen der augenblicklichen Verhältnisse des heiligen Stuhles, zur Annahme eines so wichtigen und delicaten Amtes nicht autorisiren zu können“. Diese Ablehnung eines Schrittes, den der Kaiser und Bismarck in versöhnlichem Sinne gethan hatten, verletzte das deutsche Gefühl in höchstem Grade. Am 14. Mai 1872 kam diese Angelegenheit im Reichstag zur Sprache. Bismarck sagte: „Ich halte es nach den neuerdings ausgesprochenen und öffentlich

promulgirten Dogmen der katholischen Kirche nicht für möglich für eine weltliche Macht, zu einem Concordat zu gelangen, ohne daß diese weltliche Macht bis zu einem Grade und in einer Weise effacirt würde, die das Deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann. Seien Sie außer Sorge: Nach Canossa gehen wir nicht — weder körperlich noch geistig!"

Windthorst erwiderte, daß der Papst der Dienstherr des Cardinal Fürst Hohenlohe sei und daß letzterer erst dem Papst und dann dem Staat Gehorsam schulde, und er das Amt eines Botschafters gar nicht hätte annehmen sollen, ehe er nicht die Erlaubniß dazu von seinem Dienstherrn gehabt hätte. Bismarck entgegnete: „Ich kann dem Herrn Vorredner versichern, daß wir gegenüber den Ansprüchen, welche einzelne Unterthanen Seiner Majestät des Königs von Preußen geistlichen Standes stellen, daß es Landesgesetze gebe könne, die für sie nicht verbindlich seien, daß wir solchen Ansprüchen gegenüber die volle einheitliche Souveränetät mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten werden und in dieser Richtung auch der vollen Unterstützung der großen Majorität beider Concessionen sicher sind. Die Souveränetät kann nur eine einheitliche sein und muß es bleiben: die Souveränetät der Gesetzgebung! und wer die Gesetze seines Landes als für ihn nicht verbindlich darstellt, stellt sich außerhalb der Gesetze und sagt sich los von dem Gesetz!"

Die Hauptstützen des Kampfes gegen den Ultramonatismus waren die Nationalliberalen, denen sich in dieser Sache auch die prinzipiellen Gegner Bismarcks, die Fortschrittler, anschlossen. Doch damit verlor Bismarck gleichzeitig die Unterstützung der conservativen Partei, welcher die liberalen Maßregeln der Regierung im Allgemeinen und die Gesetzgebung, welche den Einfluß der Geistlichkeit auf die Erziehung sehr beschränkte, im Besonderen im höchsten Grade widersprachen. Es lag darin ihrerseits genug Logik, denn der Kampf gegen die katholische Kirche wurde seitens Bismarcks freilich einzig und allein vom politischen deutsch-nationalen Standpunkt aus geführt, während die Liberalen dabei vielfach den Kampf gegen Kirche und Religion schlechtweg betreiben zu können hofften. Der Zwiespalt führte zu sehr gereizter Stimmung zwischen dem Kanzler und den Conservativen und verschärfte sich noch im October 1872 durch einen Gesetzentwurf über die Kreisordnung, worin die alten Vorrechte des Landadels geopfert wurden. Das preußische Herrenhaus lehnte diesen Entwurf ab, obwohl der König persönlich seinen Wunsch ausgedrückt hatte, das er angenommen

würde. Um das Gesetz durchzubringen, mußte die Session geschlossen und ein „Pairsschub" im Herrenhause durch Ernennung von 25 neuen lebenslänglichen Mitgliedern vorgenommen werden. Ueber diesen Widerstand seiner früheren Freunde gereizt und ihre Opposition gegen seine kirchliche Politik voraussehend, verließ Bismarck Berlin und reichte gleichzeitig sein Entlassungsgesuch als Präsident des preußischen Ministeriums ein. Der Kaiser nahm das Gesuch in einem vom 1. Januar 1873 datirten Briefe an, der in den lobendsten Ausdrücken gehalten war und in dem er seinem Minister bezeugte, daß sein Rath und seine That ihn in zehn Jahren in den Stand gesetzt hätten, „Preußens Kraft zu entwickeln und Deutschland zur Einigung zu führen." „Ihr Name", fügte der Kaiser hinzu, „steht unauslöschlich in der Geschichte Preußens und Deutschlands verzeichnet."

Fürst Bismarck hielt sich so mehrere Monate von Berlin fern, aber nicht von den Geschäften, die er von Varzin aus weiterleitete. Die Fortdauer seines Einflusses wurde auch von dem Minister des Inneren bezeugt. Derselbe erklärte, daß „das Ministerium fortfahren wird, in dem Sinne zu wirken, wie das Ministerium Bismars es bisher für nöthig erachtet hat." Der Kanzler bestätigte diese Thatsache am 25. Januar selbst, indem er als Minister des Auswärtigen erklärte: „Daß ich auf diesen Einfluß ganz verzichten wollte und verzichten könnte, so lange ich die Ehre habe, Seiner Majestät des Kaisers Kanzler zu sein, daran kann ich gar nicht denken." Er nahm übrigens nach Verlauf einiger Monate seinen Platz als Ministerpräsident wieder ein.

Im März 1873 kamen die Maigesetze und Verfassungsänderungen, durch welche die Kirche ausdrücklich unter die Staatsgesetze gestellt wurde, im Herrenhause zur Berathung, nachdem sie im Abgeordnetenhause mit großer Mehrheit angenommen worden waren. Im Herrenhause erhoben wiederum die Conservativen Widerspruch. Bismarck hielt am 10. März die für seine Auffassung grundlegende Rede in Befürwortung der Maigesetze: „Die Frage", sagte er, „in der wir uns befinden, wird meines Erachtens gefälscht, und das Licht, in dem wir sie betrachten, ist ein falsches, wenn man sie als eine confessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, es handelt sich nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, es handelt sich um den uralten Machtstreit, der so alt ist wie das

Menschengeschlecht, um den Machtstreit zwischen Königthum und Priesterthum, den Machtstreit, der viel älter ist, als die Erscheinung unseres Erlösers in dieser Welt, den Machtstreit, in dem Agamemnon in Aulis mit seinen Sehern lag, der ihm dort die Tochter kostete und die Griechen am Auslaufen verhinderte, den Machtstreit, der die deutsche Geschichte des Mittelalters bis zur Zersetzung des Deutschen Reiches erfüllt hat unter dem Namen der Kämpfe der Päpste mit den Kaisern, der im Mittelalter seinen Abschluß damit fand, daß der letzte Vertreter des erlauchten schwäbischen Kaiserstammes unter dem Beile eines französischen Eroberers auf dem Schafott starb, und daß dieser französische Eroberer im Bündniß mit dem damaligen Papste stand..... Der Kampf des Priesterthums mit dem Königthum, der Kampf in diesem Falle des Papstes mit dem deutschen Kaiser, wie wir ihn schon im Mittelalter gesehen haben, ist zu beurtheilen, wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltpunkte, er hat seine Waffenstillstände. Es hat friedliche Päpste gegeben, es hat kämpfende und erobernde gegeben; es hat ja sogar einen friedlichen König von Frankreich gegeben, wenn auch Ludwig XVI. in die Lage gekommen ist, Kriege zu führen; also selbst bei unseren französischen Nachbarn fanden sich Monarchen, die weniger Vorliebe für den Krieg, mehr Vorliebe für den Frieden hatten..... Also dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen, wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, die auf den Eindruck auf urtheilslose Leute berechnet ist, wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte. Es handelt sich um Vertheidigung des Staates, es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt."

Die katholische Geistlichkeit bot den Maigesetzen Trotz, und der Staat sah sich gezwungen, die gesetzlichen Strafen eintreten zu lassen. Zu den geistlichen Handlungen, die der Staat infolge dessen für ungültig erklären mußte, gehörten auch viele kirchliche Trauungen. Um diesem höchst gefährlichen Zustande ein Ende zu machen, mußte unbedingt die Civilehe eingeführt werden, wofern der Staat nicht die Maigesetze aufheben wollte, was natürlich damals ausgeschlossen war. Bismarck selbst vertheidigte die Civilehe, wenn auch gegen sein persönliches Gefühl, denn er dachte in dieser Sache noch ebenso, wie vor 25 Jahren als frommer

Junker. Als man ihn an seine Reden, die er 1849 gegen die Civilehe gehalten, erinnerte, erwiderte er unter Anderem: „Ich habe mich noch nie geschämt, eine Meinungsänderung in meiner Stellung einzuräumen, wenn die Umstände mich nöthigten, entweder in etwas nachzugeben oder mich zu überzeugen, daß es so, wie ich wollte, im Interesse des Landes eben nicht geht.... Ich treibe keine Fractionspolitik als Minister, sondern ich habe gelernt, meine persönliche Ueberzeugung den Bedürfnissen des Staates unterzuordnen..... Ich habe hier nicht Dogmatik zu treiben, ich habe Politik zu treiben. Aus dem Gesichtspunkte der Politik habe ich mich überzeugt, daß der Staat in in der Lage, in welche das revolutionäre Verhalten der katholischen Bischöfe den Staat gebracht hat, durch das Gebot der Nothwehr gezwungen ist, das Gesetz zu erlassen, um die Schäden von einem Theil der Unterthanen Sr. Majestät abzuwenden, welche die Auflehnung der Bischöfe gegenüber dem Gesetze und dem Staate über diesen Theil der königlichen Unterthanen verhängt hat, und um von seiner Seite, so viel an ihm liegt, und so viel der Staat vermag, seine Pflicht zu thun."

Durch die außerordentlichen Anstrengungen und Aufregungen, die der Culturkampf und das Ringen mit den Parteien in anderen Lebensfragen des Reiches für ihn zur Folge hatten, übermannt, war Bismarck erkrankt, weshalb er sich im Juli 1874 zu einer Brunnencur nach Kissingen begab. Es war am 13. jenes Monats, dem Jahrestage des denkwürdigen Tages von Ems, und der Fürst befand sich, wie immer Nachmittags, auf einer Spazierfahrt. Die Promenade war von eleganten Besuchern überfüllt, die alle den großen Kanzler sehen und ihm zujubeln wollten. Sein Wagen war noch nicht weit gekommen, als ein gemein aussehender Bursche sich aus der Menge hervordrängte und nach sorgfältigem Zielen ein Pistol gerade in der Richtung nach dem Kopfe des Fürsten abfeuerte. Der Kanzler erwiderte gerade die Grüße des Publikums, und die Kugel des Meuchelmörders flog zwischen seiner rechten Hand und seiner Schläfe durch, streifte ihn am Handgelenk und legte beinahe eine Pulsader bloß. Der ruhige, kleine Badeort befand sich in einem Nu in einem Zustande fieberhafter Aufregung. Nach einem verzweifelten Fluchtversuch wurde der Meuchelmörder von der wüthenden Menge, die ihm am liebsten gelyncht hätte, ins Gefängniß geschleppt. Der Fürst selbst setzte zuerst seine Fahrt durch die Stadt fort, um zu zeigen, daß er unverletzt sei, und trat dann dem Verbrecher gegenüber, der sich als 21jähriger katholischer Böttchergeselle aus Magdeburg, Namens Kullmann, entpuppte. Von dem Fürsten befragt,

weshalb er ihn habe ermorden wollen, gab Kullmann unumwunden zu, daß er es wegen der Maigesetze, der Einkerkerung der Bischöfe und der Beleidigung „seiner Fraction" (des Centrums) durch den Kanzler habe thun wollen. Der Keim seines Entschlusses, den Fürsten zu tödten, wurde bis auf die Zeit zurückverfolgt, wo er (im vergangenen Jahre) einer katholischen Gesellschaft in Salzwedel beigetreten, ihre Hetzliteratur gelesen und den aufregenden Reden eines Priesters gelauscht hatte.

Das Attentat kam am 4. December 1874 im Reichstag dadurch zur Sprache, daß der ultramontane Abgeordnete Jörg mit einem gewissen Hohn darauf angespielt hatte. Fürst Bismarck ging darauf ein und sagte: „Der Herr Vorredner hat in einer etwas gewagten Weise — ich hätte an seiner Stelle doch lieber darüber geschwiegen — den Vorgang des Kissinger Attentats erwähnt und dabei den Mörder als einen halb verrückten Menschen bezeichnet. Ich kann Ihnen versichern, daß der Mann, den ich selbst gesprochen habe, vollkommen im Besitz seiner geistigen Fähigkeiten war. Sie haben ja auch weitläufige ärztliche Atteste darüber. Ich begreife es, daß der Herr Vorredner jeden Gedanken an eine Gemeinschaft mit einem solchen Menschen scheut und ihn weit von sich weist. Ich bin auch überzeugt, das wird auch vor dem Attentate des Herrn Vorredners Ansicht gewesen sein, und der Herr Vorredner wird gewiß nie im Innersten seiner Seele auch nur den leisesten Wunsch gehabt haben: wenn dieser Kanzler einmal verunglücken könnte! Ich bin überzeugt, er hat das nie gedacht! Aber mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich an Ihre Rockschöße fest, er nennt Sie seine Fraction!"

Das Kullmann'sche Attentat hatte Oel in's Feuer gegossen. Die ultramontane Presse meinte, es sei nicht zu verwundern, wenn die Thaten der Minister die Leute zum Verbrechen trieben. Die Staatsanwälte mußten gegen die Hetzer einschreiten, und so wurde auch der Redacteur der ultramontanen „Germania" in Berlin, Dr. Majunke, obwohl Reichstagsabgeordneter, verhaftet und später, im December, während der Tagung des Reichstages, wegen Verleumdung der Regierung zu einjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt. Dies brachte allerdings die Liberalen in Harnisch, welche die Unverletzlichkeit der Abgeordneten während der Tagung des Parlaments, eine Doctrin, die Bismarck übrigens verwarf, vergewaltigt sahen. Sie stellten den Antrag, daß der Reichstag die Unverletzlichkeit seiner Mitglieder während der Session erklären solle. Der Antrag ging mit großer Mehrheit durch. Bismarck, der dies als einen gegen ihn selbst geführten Schlag ansah, forderte vom Kaiser seine Entlassung. Der Kaiser lehnte

dieselbe entschieden ab. Die Nationalliberalen beeilten sich, ein Vertrauensvotum für die Politik des Kanzlers zu beantragen und mit großer Mehrheit durchzubringen.

Die Sprache des Papstes wurde immer herausfordernder und die der clerikalen Presse immer drohender, der Kampf dementsprechend immer heftiger. In der Reichstagssitzung vom 5. December 1874 überraschte Bismarck mit Feststellung einer historischen Thatsache bezüglich des deutsch-französischen Krieges und der Jesuiten. Er sagte, daß er Beweise dafür in den Händen habe, daß die Jesuiten den eigentlichen Ausschlag für den Entschluß der französischen Regierung zur Kriegserklärung gegeben hätten. Denen, die das Wort, man solle Gott mehr gehorchen als den Menschen, bis zum Ueberdruß citirten, sagte er, daß zwischen Gott und dem Papste doch ein großer Unterschied sei. „Wir thun einfach unsere Pflicht, wenn wir die Unabhängigkeit unseres Staates und der Nation gegen fremden Einfluß schützen, indem wir geistige Freiheit gegen Unterdrückung durch den Jesuitenorden nnd durch einen jesuitischen Papst sicherstellen. Dafür kämpfen wir mit Gott, für König und Vaterland."

Der Höhepunkt der Offensive seitens der Regierung wurde durch die im April 1875 erfolgte Aufhebung der verfassungsmäßigen Bürgschaften für die Selbstständigkeit der katholischen Kirche in Preußen erreicht. Der Kanzler hielt bei dieser Gelegenheit seine letzte Kampfrede gegen den Papst und schloß mit folgenden, seine politische Auffassung des ganzen Streites trefflich kennzeichnenden und sich bald erfüllenden Worten: „Wie uns die Geschichte kriegerische Päpste und friedliche, fechtende und geistliche zeigt, so hoffe ich, wird doch auch wieder einmal demnächst die Reihe an einen friedliebenden Papst kommen, der nicht lediglich das Product der Wahl des italienischen Clerus zur Weltherrschaft erheben will, sondern der bereit ist, auch andere Leute leben zu lassen nach ihrer Art, und mit dem sich Friede schließen lassen wird, — darauf ist meine Hoffnung gerichtet, und dann hoffe ich wiederum einen Antonelli zu finden, der einsichtsvoll genug ist, um dem Frieden mit der weltlichen Macht entgegenzukommen."

Soweit Fürst Bismarck in Betracht kam, war der „Culturkampf" thatsächlich nicht ein Kampf gegen die katholische Kirche, sondern ein Kampf zwischen ihm und dem kriegerischen Papst Pius IX. Mit dem Tode des letzteren, am 7. Februar 1878, war sofort eine neue Basis gegeben. Der neue Papst, Leo XIII., nicht nur ein versöhnlicher Charakter, son-

dern auch ein viel bedeutenderer Kirchenfürst und Staatsmann als sein Vorgänger, erkannte es unverweilt als seine Aufgabe, den Frieden mit Preußen und dem eisernen Kanzler herbeizuführen. Das Entgegenkommen war beiderseitig und beiderseitig aufrichtig, doch die Verhandlungen zogen sich in die Länge, weil die Curie gleich zu viel wollte.

Es war die Zeit, als Bismarck mit seinem neuen zollpolitischen Programm vor den Reichstag trat. Er brauchte zur Durchführung desselben die Centrumspartei, in der sich neben den Conservativen und den Nationalliberalen die Elemente fanden, welche eine wirthschaftliche Reform im Sinne Bismarcks für nöthig hielten. Die Opposition des Centrums, welches jeden Schritt des Kanzlers auf jedem Gebiet in Gemeinschaft mit den Fortschrittlern oder „Deutschfreisinnigen", wie sie sich bald nannten, den Socialdemokraten, Polen und Reichsfeinden bekämpfte, war ein wahrer Fluch für Deutschland geworden. Dazu kamen die beiden Attentate auf den greisen Kaiser im Jahre 1878, zu deutliche Beweise des Anwachsens der Socialdemokratie, deren natürliche Gegnerin die Kirche ist und deren Mitwirkung im Kampfe dagegen der Staat nicht entbehren konnte. In einem großen Theile des Volkes war man mit dem Kaiser der Ansicht, daß der „Culturkampf" viel zur Verrohung der Gemüther, zur Religionslosigkeit und damit zur Stärkung der socialrevolutionären Bestrebung beigetragen habe.

Als der liberale Cultusminister Falk 1879 durch den orthodox-evangelischen Herrn v. Puttkammer ersetzt wurde, wußte man, daß letzterem die Aufgabe gestellt war, den kirchenpolitischen Rückzug zu vertreten. Im nächsten Jahre legte die Regierung dem preußischen Landtage eine Vorlage vor, durch welche ein wesentlicher Theil der Maigesetze hinsichtlich ihrer Ausführung unwirksam gemacht wurde. Weder das Centrum, noch der Papst waren freilich damit zufrieden, doch es war ein Anfang zum Ende, wogegen sich vor Allem die Fortschrittler mit großem Geschrei auflehnten. Bismarck erklärte offen, daß die Herstellung eines Einvernehmens mit der katholischen Kirche im Interesse des Vaterlandes absolut nöthig sei, und daß er die Vorlage, trotzdem sie vom Papst und dem Centrum für ungenügend erachtet würde, lediglich aus patriotischer Pflicht und als über den Parteien stehender erster Diener des Reiches eingebracht habe. Gleichzeitig stellte Bismarck die preußische Gesandschaft im Vatican wieder her. In den Reden, mit welchen er seine diesbezüglichen Schritte in der Kammer vertheidigte, gab er zu verstehen, daß er das Centrum als ein kleineres Uebel ansehe, als die Fortschrittler, und daß er den Frieden mit dem Centrum anstrebe, soweit es das Interesse des Staates erlaube. Er gab offen zu, daß die Maigesetze

zum Theil ihre Wirkung verfehlt hätten, daß er dieselbe aber niemals als eine dauernde Institution, sondern lediglich als Kampfgesetze betrachtet habe.

Das Centrum verharrte indessen, abgesehen von den Zoll- und Wirthschaftsfragen, in seiner feindseligen Haltung gegen den Kanzler, während der Papst betheuerte, daß er keinen Einfluß auf das politische Gebahren der Katholiken in Deutschland habe. Letzteres glaubte ihm Bismarck nicht ganz. Er sah darin nur das Verlangen des Papstes nach absoluter Aufhebung der Maigesetze, die Bismarck aber nur gegen Gewährleistung der Oberhoheit des Staates zugestehen wollte.

Indessen war der gute Wille auf beiden Seiten doch ehrlich vorhanden. Auf Veranlassung Bismarcks besuchte der Kronprinz im Herbste 1884 in Rom, wo er officieller Gast des Königs von Italien war, den Papst. Im nächsten Jahre überraschte Bismarck die Welt mit einem ungewöhnlichen Beweis von Ehrerbietung vor Leo XIII., worin gleichzeitig aber auch eine weise Staatskunst lag. Die deutsche Regierung hatte im Verfolg ihrer Colonialpolitik die Carolineninseln im Stillen Ocean besetzen lassen. Spanien behauptete, daß diese Inseln seit langer Zeit zu seinem Colonialgebiet gehört hätten, wofür auch sehr stichhaltige Beweise vorlagen. Es wäre für Deutschland, dem an den Inseln nichts liegen konnte, unangenehm gewesen, hätte es, nachdem es die Ansprüche Spaniens für unberechtigt erklärt, der Drohung desselben mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen nachgeben müssen. In dieser schwierigen Lage hatte Bismarck den genialen Einfall, der spanischen Regierung den Papst als Schiedsrichter vorzuschlagen. Spanien mußte als katholische Macht dieses Anerbieten annehmen, und der Papst übernahm das Schiedsrichteramt mit dem schmeichelhaften Gefühl, daß er von einer protestantischen Macht berufen sei, einen politischen Streit zwischen zwei Völkern zu entscheiden. Die Entscheidung fiel zu Gunsten Spaniens aus. Der Papst dankte dem Kanzler in warmen Ausdrücken und sandte ihm den Christusorden dafür, daß er das Ansehen des Papstthums in der Welt gehoben habe. Pius IX. hatte Bismarck verflucht und ihn den modernen Attila genannt gehabt.

Die Hindernisse verschwanden nun bald. Der Papst bot die Hand zur Neubesetzung des Erzbisthum Köln durch eine für die preußische Regierung annehmbare Persönlichkeit und kam in der schwierigen Sache von Posen-Gnesen dem deutsch-nationalen Interesse allmählich soweit entgegen, daß auch dort in dem am 2. März 1886 ernannten Propste Dinder ein Erzbischof gefunden ward, den der König am 26. März ohne Bedenken zu bestätigen vermochte. Damit waren nun sämmtliche zwölf preußische Bischoffitze wie-

der regelmäßig besetzt, eine geordnete Diözesenverwaltung mit allem, was davon abhängig, in Gang gebracht. Eben diesen Moment nun wählte Fürst Bismarck dazu, mit einer vierten kirchenpolitischen Novelle —zur Ergänzung der früheren von 1880, 1882 und 1883 — vor den Landtag, und zwar zunächst vor das Herrenhaus, zu treten, welche eine umfassende Revision der Maigesetze in sich schloß. Der Staat wich darin insbesondere von seinem Anspruch zurück, sich an der Erziehung und Vorbildung der Geistlichkeit, sowie an der Handhabung der Disciplin über dieselbe eingreifend zu betheiligen; das sogenannte Culturexamen und der kirchliche Gerichtshof sollte aufgehoben, die Errichtung und Leitung von Convikten und Seminarien freigegeben, die Berufung an den Staat gegen Entscheidungen der kirchlichen Behörden wesentlich eingeschränkt werden. Andere Bestimmungen betrafen die Erlaubniß und Befugniß neuer, zur Krankenpflege u. s. w. bestimmter Orden und die Uebertragung des Vorsitzes im Gemeindevorstande an die Pfarrer. Als Entgelt für diese Einräumungen forderte der Staat die Anerkennung der Anzeigepflicht durch die Kirche, d. h. der Pflicht des Episkopats, die zu kirchlichen Aemtern zu ernennenden Individuen der Staatsregierung zum Zweck eines etwa gebotenen Einspruches zu bezeichnen.

Der Papst war offenbar deutschfreundlicher gesinnt, als das Centrum, wie Bismarck den ultramontanen Gegner, die sich ärgerten, daß der Kanzler über ihre Köpfe hinweg mit der Curie zum Frieden gelangte, vorhielt. Das Centrum trat thatsächlich in Opposition zum Papst, und als der letztere das ganze Gewicht seiner persönlichen Autorität zu Gunsten der Heeresvorlage, welche zu einer Spaltung im ganzen Lande und zur Auflösung des Reichstags geführt hatte, bei den Neuwahlen in die Wagschale legte, suchte Windthorst zu beweisen, daß der Papst damit keinen einzigen Wähler beeinflussen könne. Doch Bismarck ließ sich nicht irre machen. Er wußte, daß die katholischen Wähler sich über das Friedenswerk freuten und daß der Papst den Centrumsführern in ihrer persönlichen Politik den Wind aus den Segeln genommen habe.

Es blieb dem Kanzler nur noch übrig, dem Lande und Europa seine Gründe für den Frieden mit Rom darzulegen. Das that er in mehreren Reden im Herrenhause 1886 und, nachdem die letzte Vorlage, die mit den Trümmern der Maigesetze gründlich aufräumte, eingebracht war, im Abgeordnetenhause 1887. Er hatte sich gegen den Vorwurf zu vertheidigen, daß er doch *nach Canossa* gegangen sei. Der Fortschrittspartei, welche behauptete, daß der Kanzler sich vor Rom gedemüthigt habe, rief er die vernichtenden Worte zu: „Die Fortschrittspartei hat die eigenthümliche Rolle gespielt, daß sie im Anfang des Kirchenstreites denselben mit der

größten Sorgfalt geschürt hat und ihn jetzt in jeder Weise verleugnet. Die schärfsten und erbittertsten Reden im kirchlichen Streit sind von den Mitgliedern der Fortschrittspartei gehalten worden, und nachdem sie das Feuer recht in Brand gebracht hatten und Staat und Kirche gegeneinander verhetzt, gingen sie mit fliegenden Fahnen in das Lager des Centrums über und beschossen den Staat von da aus. Sie benutzten die Anlehnung, um unter dem Deckmantel der Kirchenpolitik staats- und reichsfeindliche Politik mitzutreiben. Und diese Partei spricht in ihren Organen jetzt von politischer Ehre!"

In seiner meisterhaften Darlegung der Gründe, warum er den Kirchenfrieden für nothwendig hielt, konnte sich Bismarck auf seine früheren Reden berufen, in denen er den Kampf als einen ihm von dem kriegerischen Papst Pius IX. aufgezwungenen bezeichnet und den Waffenstillstand und Frieden stets in Aussicht gestellt hatte, sobald ein friedliebender Papst am Ruder sein würde. Er erklärte, daß manche Bestimmungen der Maigesetze überhaupt niemals seine Billigung gefunden hätten, da sie das Gewissen der Katholiken bedrückten, ohne einen Werth für das Ansehen des Staates zu haben. Dazu rechnete er diejenigen Gesetze, die eine Einmischung des Staats in die Erziehung der Geistlichkeit bedingte. „Von all diesen Bestimmungen," sagte er, „fällt für mich nach meiner privaten Ueberzeugung ein großer Theil in das Gebiet dessen, ich weiß im Augenblick keinen adäquaten Ausdruck dafür im Deutschen, der Engländer nennt es wild goose chase, einer Jagd hinter wilden Gänsen zu Pferde, eine Jagd, die nie zum Ziele führt. Der katholische Priester ist von dem Augenblick, wo er Priester ist, ein einregimentirter Officier des Papstes; er würde an die Wand gedrückt und vernichtet werden, wenn er Priester bleiben und inzwischen gegen den Papst und gegen seinen Vorgesetzten kämpfen wollte. Einen Priester in seinem Widerstande gegen seinen Vorgesetzten bestärken zu wollen, halte ich für ein Bemühen, das in den wenigsten Fällen einen Erfolg haben wird. Denken Sie sich die uns näher liegende Stellung eines Officiers des Königs von Preußen, der von der Ungerechtigkeit des Krieges, in dem er mitfechten soll, vollständig überzeugt ist. Es wird darauf gar nicht ankommen; er wird thun, was befohlen ist, und er würde als Officier ehrlos, seine Stellung nicht haltbar sein, wenn er seiner, in seinen Augen besseren und richtigeren Ueberzeugung über den Dienst, den er zu leisten hat, Ausdruck geben wollte. Es ist sehr fraglich, wie weit und ob so weit, wie es in den Maigesetzen versucht worden ist, die Unterstützung eines katholischen Priesters gegen seinen Vorgesetzten über-

haupt theoretisch gehen sollte; aber in Bezug auf den Effect ist es mir nicht zweifelhaft, daß die Maigesetze ziemlich wirkungslos gewesen sind."

Des Weitern erklärte er, daß die feindliche Haltung des Centrums auch in allen anderen, wie politischen Fragen viel zur Verschärfung des Kampfes beigetragen habe. Auch kam er auf die hartnäckigen Bemühungen der katholischen Priester, den national-polnischen Bestrebungen auf Kosten des Deutschthums Vorschub zu leisten, ausführlich zu sprechen, was, wie bereits betont, die eigentliche erste Ursache für den Kanzler gewesen war, sich in einen Kampf mit der Kirche einzulassen.

Der Papst hatte durch eine Aeußerung bestätigt, daß er nunmehr den Conflict als endgültig erledigt ansehe. Dieser Meinung war Windthorst nicht. Der blieb bis zu seinem Tode bemüht, den „Culturkampf" lebendig und das Centrum in principieller Opposition gegen Bismarck zu halten. Er gab das Stichwort aus, daß die Kirche jetzt die Volksschule ganz und gar zurückerobern müsse, und stellte Forderungen, die weit über die Rechte hinausgingen, welche die katholische Kirche unter Friedrich Wilhelm IV. in Preußen genoß und deren Wiedererhaltung das Centrum früher als völlig genügend erklärt hatte. Bismarck hatte schon im Voraus auf diese Unersättlichkeit des Centrums hingewiesen, und es war einer der Gründe gewesen, warum er direct mit dem Papste, anstatt mit den ultramontanen Politikern, verhandelt hatte.

„Man kann sagen," meinte er, „was hilft uns der Friede mit dem Papste, wenn Windthorst entschlossen ist, mit seinem Gefolge den Kampf in der bisherigen erbitterten Weise fortzusetzen, und ihn, wenn hier Friede ist, auf dem Gebiete der Schule und sonst wieder anzufachen? Nun, da muß ich denn doch sagen, wenn wirklich ein Kampf vorhanden ist, wenn auf der einen Seite der Papst Leo XIII. für den Frieden und für das Deutsche Reich eintritt, auf der anderen Seite das Centrum und eine Anzahl mehr oder weniger demokratisirender Geistlicher sich den Wünschen des Papstes entgegenstellt, — wenn ich das als einen Kampf innerhalb der katholischen Kirche ansehen darf, so ist mir der Sieg des Papstes über kurz oder lang gar nicht zweifelhaft. Es ist dazu nur nothwendig, daß die regendichte Decke, möchte ich sagen, die eine Coalition zwischen der Wahrheit, die von oben kommt, und dem Volke zu ziehen im Stande ist, allmählich durchweicht und die wählenden Massen dazu kommen, einzusehen, daß sie über die Wünsche, die Absichten des Papstes entweder wissentlich getäuscht oder sorgfältig im Dunkeln gehalten werden. Sobald sie das erkennen werden, wird die Opposition gegen den Papst, die jetzt in einzelnen Köpfen, ich möchte sagen, bis zu einer demokratischen Prie-

sterrepublik sich aufbäumt, hinfällig werden; der Papst wird als Sieger im Felde bleiben, und wir haben ihn in diesem Kampfe meiner Ueberzeugung nach im Interesse der Autorität und Ordnung zu schützen und ihm beizustehen."

Im einem engen Zusammenhange mit dem Culturkampf steht die von Bismarck 1886 begonnene Lösung der polnischen Frage, insofern letztere durch das Verfahren der katholischen Geistlichkeit in den preußisch-polnischen Landestheilen eine sehr brennende geworden war und zu Massenausweisungen von aus Rußland und Oesterreich zugewanderten Polen geführt hatte. Bei der Eröffnung des preußischen Landtages 1886 sagte der König: „Das polnische Element in mehreren Provinzen des Ostens legt der Regierung die Pflicht ob, Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind, die Existenz und die Entwickelung der deutschen Bevölkerung zu sichern." Am 28. Januar 1886 unterbreitete dann Bismarck seinen großartigen Plan der deutschen Colonisirung in den polnischen Provinzen in einer Rede, die zu seinen gewaltigsten gehört. Er schilderte die Entwicklung der Zustände in Preußisch-Polen und die ganzen national-polnischen Bestrebungen, um dann die bereits unter Friedrich Wilhelm III. begonnene, aber 1848 wieder beseitigte Politik des Ankaufs polnischer Güter als diejenige zu bezeichnen, welche nunmehr in größerem Maßstabe wiederaufzunehmen sei. Zu den Gründen des Zurückgehens des Deutschthums in den polnischen Provinzen rechnete er auch die Eigenthümlichkeit des deutschen Charakters hinsichtlich des Ausländischen, was er in drastischer Weise darlegte: „Die deutsche Gutmüthigkeit und Bewunderung alles-Ausländischen," sagte er, „eine Art von Neid, mit dem unsere Landsleute Denjenigen betrachten, der im Auslande gelebt und gewisse ausländische Allüren angenommen hat, und dann auch die deutsche Tradition, die eigene Regierung zu bekämpfen, wofür man in den Polen immer bereite Bundesgenossen zu finden sicher war, endlich die eigenthümliche Befähigung des Deutschen, die sich bei keiner anderen Nation wiederfindet, aus der eigenen Haut nicht nur heraus-, sondern in die eines Ausländers hineinzufahren und vollständig Pole, Franzose oder Amerikaner, kurz und gut etwas der Art zu werden. Ich erinnere mich aus meiner Kindheit: die populärsten Melodien in Berlin, die ich gelernt habe, waren polnische vom alten Feldherrn: Denkst Du daran, mein tapferer Laçienka; Fordere Niemand mein Schicksal zu hören; mein Vaterland....das war aber nicht etwa das deutsche Vaterland, sondern das polnische, was der Berliner Leierkastenmann damit beklagte. Es hatte das seinen entsprechenden Zwilling in dem Interesse für alles Französische. Wer hat, der mit mir gleichaltrig ist, nicht Bertrands Abschied

zum Beispiel mit Begeisterung vortragen hören oder die Poesien des Freiherrn v. Gaudy oder Anderer zur Verherrlichung Napoleons I., der die Deutschen recht gründlich gehauen hatte, wofür sie ihm eine Dankbarkeit bewiesen, die ich durch kein zoologisches Beiwort charakterisiren mag. Ich erinnere an die Bewunderung des fremden Waffenglanzes in der mitternächtigen Parade, kurz, an alle diese Schwächen der Deutschen. — Ich entsinne mich meiner Universitätszeit in Göttingen im Jahre 1832, wo eine Art Depot für polnische Flüchtlinge aus dem Aufstande vom Jahre 1831 sich damals befand. Ich lernte damals als junger Mensch einige der hervorragenden Leute des damaligen polnischen Reichstages kennen. Es waren interessante liebenswürdige Leute, aber das, was mich im Augenblick daran interessirt, ist die Erinnerung an die Begeisterung, mit der diese Polen in allen Städten Mitteldeutschlands empfangen wurden. Ich habe nachher den Empfang unserer aus siegreichen und gerechten Kriegen zurückkehrenden Armee erlebt; aber so warm war er kaum, wie der Empfang dieser polnischen Flüchtlinge in jeder deutschen Stadt, die dadurch — ich habe sie selbst gesprochen — keineswegs in ihren Bestrebungen entwaffnet, gegen Deutschland und Deutsche umgestimmt wurden.... Wenn Sie die früheren Zeiten mit heute vergleichen, so finden Sie, daß die deutsche Sprache in allen Ländern Plätze geräumt hat, die sie früher einnahm; in den nordischen Reichen war Deutsch früher die Geschäftssprache, in Dänemark ganz gewiß, in Schweden wenigstens Verkehrssprache der gebildeten Leute. Der deutsche Buchstabendruck ist dort noch zum Theil geblieben, wird aber von Denen, die uns nicht lieb haben, bekämpft. Das schlagendste Beispiel liefert Elsaß, dieser kerndeutsche Stamm, der schließlich doch nicht der Versuchung widerstehen kann, dem benachbarten Schwaben zu sagen: wir sind vornehmer wie Ihr, denn wir sind in Paris gewesen, wir gehören zu Paris, Paris ist unser, das sind wir; Ludwig XIV., das sind wir, wir haben mit Melac schon die Pfalz verbrannt und mit Napoleon I. sind wir siegreich in alle Hauptstädte eingezogen. — Daß dessen überhaupt ein Deutscher sich rühmen kann, das bildet auch den Stolz des antideutschen Ausländers. Dieser Bedientenstolz auf die glänzende französische Livree, der den benachbarten Bruder Bauer, der sein Stammverwandter und Vetter ist, mit Verachtung ansieht und sagt: wir Franzosen sind vornehmer! Kein Franzose bringt es über seine Lippen, daß er sich deshalb über seine Landsleute überhebt, weil er vielleicht an dem siegreichen deutschen Krieg theilgenommen hat oder in Berlin gewesen ist. Aber denken Sie, ein jeder an seine eigenen Erleb: isse — ein Deutscher, der in Paris gewesen ist, ist der nicht in seinen Umgebungen ein höheres Wesen?

ich meine gegenüber allen denjenigen, die nicht in Paris gewesen sind; — er hat wenigstens die Unterofficierstressen. Das ist eine Kleinmüthigkeit, die ich im höchsten Grade bedaure. In Böhmen, Ungarn, überall geben die Deutschen ihren Besitzstand auf, ja in Polen sogar, sie sind stolzer, wenn sie als Polen zurückkommen. Wie viele, mit die schärfsten Widersacher vom nationalen Standpunkt unter den Polen, tragen deutsche Namen — ich will gar nicht von den Huttens, Kalksteins, von den Rautenbergs sprechen, die haben sich seit langem die Freiheiten des polnischen Adels gewöhnt höher zu schätzen als ihr ursprünglich deutsches Blut. Aber nehmen Sie die Leute, die kurze Zeit in Polen gewesen sind. Wenn Jemand nach 3 Jahren aus Amerika zurückkommt und spricht von: „Bei uns drüben" oder gebraucht englische Ausdrücke, — dann imponirt er seinen Landsleuten damit und fühlt sich, wie man sagt, forscher als Ausländer. Wenn aber Jemand mit einem echt deutschen Namen nach Polen geht und kommt nachher zurück, ein Krauthofer als Krautowski, ein Schumann mit einem Sz geschrieben, ein Wollschläger mit einer polnischen Orthographie, ja meine Herren, dann muß ich sagen: es liegt darin eine Gefahr. Wenn man sich unter den übrigen Nationen umsieht, wird man keine finden, die sich avancirt vorkommt, wenn sie ihre Namen mit ausländischer Orthographie schreibt, die sich vornehmer, gewissermaßen edelmännischer dünkt, wenn sie den Nimbus des Ausländischen an sich hat."

Den Colonisationsplan entwickelte der Kanzler folgendermaßen: „Der polnische Adel mit seinem Gefolge, mit seiner zahlreichen Dienerschaft, mit seinen Dworniks und seinen Beamten liefert hauptsächlich die Elemente zur Unterhaltung der Agitation. Nun besitzt der polnische Adel im Großherzogthum Posen gegenwärtig noch 650,000 Hektare Land. Der Hektar der königlichen Domänen bringt im Regierungsbezirk Posen 20 Mark Pacht ein. Das ist durchschnittlich reiner Acker und Wiese; wenn man Heide und Wälder und Umland mit hinzurechnet, so vermuthe ich, daß diese 650,000 Hektare im Ganzen doch nur einen Ertragswerth von 15 Mark oder von 5 Thalern für den Hektar haben werden, also 5 Thaler Rente, das wäre 3 Procent von 100 Millionen Thalern. Nun fragt sich, ob Preußen in seinem und des deutschen Reiches Interesse nicht unter Umständen in der Lage sein könnte, 10 Millionen Thaler auszugeben, um die Güter des polnischen Adels dafür zu gewinnen, kurz und gut, um den Adel zu expropriiren. Das klingt ungeheuerlich, aber wenn wir für eine Eisenbahn expropriiren und die Häuslichkeit stören, Häuser und Kirchhöfe durchbrechen, lediglich zur Bequemlichkeit der Eisenbahn-Gesellschaft, wenn wir expropriiren, um eine Festung zu bauen, um eine Straße in der

Stadt durchzuschlagen, wenn wir ganze Stadtviertel expropriiren, wie in Hamburg, um einen Hafen zu bauen, Häuser, die seit Jahrhunderten stehen, abbrechen: warum soll denn nicht ein Staat, um seine Sicherheit für die Zukunft zu erkaufen und die Unruhe loszuwerden — ist die Sicherheit nicht ein höherer Zweck als der Verkehr, ist die Sicherheit für die Gesammtheit nicht ein höherer Zweck, wie die Befestigung eines einzelnen festen Platzes? — warum soll denn nicht ein Staat unter Umständen zu diesem Mittel schreiten? Es wird ja keine Ungerechtigkeit verlangt, es soll nach dem vollen Werth bezahlt werden, und die Herren würden vielleicht zum Theil ganz vergnügt sein, mit dem Gelde, was sie dafür bekommen, sich in Galizien ankaufen, oder jenseits der russischen Grenze, da sind sie viel mehr unter sich, und es würden auch viele von ihnen vorziehen, mit diesem Vermögen sich nach dem Westen zu begeben, nach Paris oder nach Monako.

„Meine Herren, also so ganz ungeheuerlich, wie es auf den ersten Anblick erscheint, ist das nicht; auch die Kosten sind nicht so groß; ich bin überzeugt, der Domänenfiskus würde nicht sehr viel dabei verlieren, und wenn er dabei 10 Prozent verliert, so, glaube ich, könnte man in dem Bewußtsein, daß wir endlich an unserer Ostgrenze Ruhe haben, und daß wir sicher sind, dort Leute zu haben, die nicht nur auf Kündigung, die nicht nur so lange Preußen sind, bis sich eine günstige Gelegenheit zum Abfall bietet, den Rentenverlust wohl ertragen. Aber die Regierung beabsichtigt gar nicht, im jetzigen Augenblick soweit zu gehen; ich nenne diese Möglichkeit nur, damit man sich im Publikum überlegt und darüber nachdenkt, ob es nicht nützlich ist, und damit auch die Herren in Polen, die so ungern unter der preußischen Regierung leben, ihrerseits darüber nachdenken, ob sie nicht selbst einmal den Antrag stellen sollen: Findet uns ab! Unser Verlangen geht soweit noch nicht, wir werden Ihnen Maßregeln vorschlagen und zu dem Behufe Geldbewilligungen verlangen, über deren Höhe mit dem Finanzminister verhandelt wird, um zu dem früher charakterisierten Flottwell'schen System zurückzukehren, und diejenigen Güter, die freiwillig zum Verkauf kommen, und auch diejenigen Domänen, welche sich dazu etwa eignen, zu benutzen, um auf ihnen Deutsche unter solchen Bedingungen anzusiedeln, die uns die Gewißheit, oder doch die Wahrscheinlichkeit gewähren, daß sie Deutsche bleiben, also Deutsche mit deutschen Frauen, nicht mit polnischen Frauen. Wir wollen die Sache soweit in den Händen und unter Aufsicht haben, als es erforderlich ist, um die Erreichung des Zweckes zu sichern. Zu diesem Behufe würden wir das Bedürfniß haben, ähnlich, wie das bereits unter Friedrich dem Großen bei seinen Colonisationen geschehen

ist, einmal eine Immediatcommission zu bilden, die unter dem Staatsministerium steht, die aber von beiden Häusern des Landtages gewählte Vertreter in ihrer Mitte zählen würde, damit beide Häuser sowohl eine Einwirkung als eine Controlle dessen haben, was da geschieht. Diese Commission würde ihrerseits die Verwendung der erworbenen Güter in einer Richtung zu leiten haben, bei der der Zweck, Deutsche anzusiedeln, sei es als Pächter oder als Zeitpächter, gesichert wäre; wir brauchen dazu nicht einmal die Wiederherstellung der Erbpacht — eine Zeitpacht, die so berechnet ist, daß nach 25 oder 50 Jahren das Gut in das Eigenthum des Pächters übergeht, würde völlig den Bedarf decken, denn jenseits 50 Jahre noch zu rechnen, das überschreitet menschliche Möglichkeit."

In dieser Art der Lösung der Polenfrage steckt ein gutes Stück Staatssocialismus, eine Richtung, welche Bismarck, wie wir sehen werden, auf anderem Gebiet noch viel ausgeprägter einschlug. In dem preußischen Landtag bildeten damals die Conservativen und Nationalliberalen zusammen eine große Mehrheit, die Bismarcks Politik freudig unterstützte und die Polengesetze annahm. Auf seine vereinigten Gegner, die Katholiken, Fortschrittler und Polen, die im Reichstag die Mehrheit hatten und eine bittere, aber ohnmächtige Obstructionspolitik trieben, schleuderte Bismarck am Schluß seiner Rede einen seiner Blitzstrahle durch folgende Sätze: „Ehe ich die Sache des Vaterlandes in's Stocken und in Gefahren kommen lasse, da würde ich doch Sr. Majestät dem Kaiser und den verbündeten Fürsten die entsprechenden Rathschläge geben und auch für sie einstehen. Ich halte den Minister für einen elenden Feigling, der nicht unter Umständen seinen Kopf und seine Ehre daran setzt, sein Vaterland auch gegen den Willen von Majorität zu retten. Ich wenigstens werde bereit sein, zu leiden, was mich trifft, wenn ich es versuchen sollte. Aber auf diese Weise uns gewissermaßen, ähnlich wie das in unseren westlichen Nachbarstaaten ja leider zum Theil der Fall ist, das Erbe einer großen Zeit und die Errungenschaften unserer tapferen Kriegsheere durch innere Frictionen vernichten und aufreiben zu lassen, dazu will ich unter keinen Umständen die Hand bieten, und ich werde, wenn Gott mir Leben und Gesundheit schenkt und mir die Gnade des Kaisers erhält, Mittel und Wege finden, dem entgegenzuwirken."

Der Kanzler war angesichts der zerrütteten Politik der Verneinung, welcher sich die Parteien, die er die reichsfeindlichen nannte, hingaben und die ihn zu dem Ausspruch veranlaßte, daß, wenn es so weiter ginge, man nur „die Reichsbude zumachen" könnte, ernstlich um die Zukunft Deutschlands besorgt und hielt es nicht für ausgeschlossen, daß der deutsche Patrio-

tismus noch einem härtenden und läuternden Feuer durch einen großen Krieg mit antideutschen Nationen ausgesetzt werden müßte, ehe er zum Verständniß der deutschen nationalen Aufgabe gelangen könnte. Diese innere Zerklüftung des Reiches durch den Parlamentarismus war zum großen Theil eine indirecte Folge des Kampfes zwischen Papst und Kanzler.

2. Neue Bahnen, alte Conflicte.

Die ersten Jahre des neuen deutschen Reiches waren seine glücklichsten. Es war die Zeit ungetrübten nationalen Aufschwungs, getragen von Einigkeit der Nationalliberalen und Conservativen, die zusammen eine nationale Mehrheit bildeten. Der unselige kirchliche Kampf zerstörte die Hoffnungen auf einen ruhigen Fortgang des inneren Ausbaues des Reiches. Die Conservativen ließen den Reichskanzler schmählich im Stich und fingen an, ihn zeitweise auf das Bitterste und Niederträchtigste zu bekämpfen. Bismarck war dadurch gezwungen, sich auf die Liberalen zu stützen, und da zwischen ihm und dieser Partei tiefe grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestanden, so sah er sich in seinem Ziele, das Reich in sich selbst einig und fest zu machen, oft gehemmt. Er mußte auf seine Bahn zur Erhebung Preußens zu seiner Machtstellung und dann zur Gründung des Deutschen Reiches, unter Preußens Führung, sich jeden Schritt vorwärts erkämpfen, und es waren dann dieselben widerstrebenden Elemente, denen er fast jede einzige Maßregel, die er zur inneren Einigung, zur Schaffung eines politisch einheitlichen national-deutschen Staates für nothwendig hielt, abringen mußte.

Während es Bismarck mit Hülfe der Liberalen gelang, partikularistische und nationale Bestrebungen im Innern niederzuhalten und erfolgreich abzuwehren, blieb doch die gähnende Kluft zwischen ihrer und des großen Kanzlers Auffassung von verfassungsmäßiger Regierung unüberbrückt. Hinsichtlich ihres Verlangens nach parlamentarischer Mitregierung hatten die Liberalen sich nicht geändert, während auch Bismarck nach wie vor das parlamentarische Regiment nicht nur für schädlich und für die Stellung Deutschlands nach Außen für gefährlich, sondern auch für verfassungswidrig hielt. In letzterem Punkte hatte er ohne Zweifel recht, denn weder die Verfassung Preußens, noch die von Bismarck selbst geschaffene Verfassung des Reiches giebt der Volksvertretung absolute Regierungsgewalt, sondern sie ist nur eine der drei Factoren der Gesetzgebung, während die andern beiden von der Krone in der Person des unverletzlichen Monarchen und dem Herrenhause, bezw. Bundesrathe gebildet werden.

So klar das indessen sein mag und so wenig Beruf der Parlamentarismus in Deutschland zum Regieren bislang gezeigt hat, so blieb doch der Anspruch der Liberalen auf Theilnahme an der Regierung einerseits und Bismarcks Verneinung dieses von ihm in Preußen und Deutschland für nicht constitutionell erklärten Anspruchs andererseits, die eine große Frage, die sich in alle andere Fragen drängte und welche die Grundlage für die gewaltigen parlamentarischen Kämpfe bildete, die der Kanzler auszufechten hatte und die auch bei seinem Rücktritte von dem Schauplatz seines heorischen Wirkens noch unentschieden war.

Die Ansprüche des Liberalismus auf volle Mitregierung machten sich zuerst bei der Organisation der Wehrkraft geltend und zwar genau in derselben Weise, wie zur Zeit des alten Militärconflicts, insofern das unbeschränkte Budgetrecht in allen Ausgaben der Regierung verlangt wurde. In dem Verfassungsentwurf zum Norddeutschen Bunde hatte, wie wir in einem früheren Abschnitt gesehen, die Regierung 1867, um einem Militärconflict von vornherein vorzubeugen, beantragt, daß die Friedensstärke und die Unterhaltungskosten der Armee durch ein organisches Gesetz bestimmt werden sollten. Die Liberalen hatten dagegen mit Heftigkeit opponirt und für den Reichstag das Recht der jährlichen Ausgabebewilligung auch für die Armee verlangt. Durch die feste, unerschütterliche Haltung des Königs kam es schließlich zur Annahme des von dem Führer der Liberalen, Bennigsen, vorgeschlagenen Compromisses, wonach die Stärke und die Kosten der Armee bis zum 31. December 1871 festgesetzt wurde.

Die Liberalen hatten zwar erfahren, daß die militärischen Erfolge von 1866 und 1870 lediglich der von ihnen so hartnäckig bekämpften Armeepolitik der Regierung zu verdanken gewesen waren, doch als 1871 der Compromiß von 1867 abgelaufen war, schien ihnen das parlamentarische Recht der jährlichen Armeekostenbewilligung viel wichtiger, als die ungeschwächte Fortdauer der Wehrkraft des Landes. Fürst Bismarck war, als die Sache im Reichstag zur Verhandlung kam, krank. Der Kriegsminister v. Roon vertrat den Antrag der Regierung, der nur Beibehaltung des bisherigen Standes auf drei weitere Jahre, bis zum 31. December 1874, verlangte. Er warf der Opposition gegen die Armee, die so ruhmvolle Arbeit erfüllt, schnöde Undankbarkeit vor. Minister Dalbrück erkärte im Namen Bismarcks, daß Frankreich sich für den Augenblick, da es die letzten drei Milliarden abbezahlt habe, zum Rachekrieg rüste, und daß Deutschland dahin zu wirken habe, daß der Rachekrieg nicht gewagt werde. Nach heftigen Debatten wurde schließlich der Regierungsantrag mit geringer Mehrheit ange-

nommen, nachdem noch Moltke das Gewicht seines Wortes in die Wagschale geworfen hatte.

Viel ernstere Gestalt nahm dieselbe Frage nach Ablauf dieser drei Jahre an. Im Februar 1874 brachte die Regierung im Reichstag eine Militärvorlage ein, wonach „um die Geschicke des Vaterlandes gegen die Wechselfälle der Zukunft sicher zu stellen", die bestehende Friedens-Präsenzstärke des des Heeres von 401,659 Mann bis zum Erlaß einer anderwärtigen gesetzlichen Bestimmung festgehalten werden solle. Die Wehrkraft des Landes sollte also bis auf Weiteres vollständig unabhängig von dem Budgetrecht des Reichstags gemacht werden. Gegen diesen Antrag der Regierung verbanden sich sämmtliche Fractionen der Liberalen mit dem Centrum und den Socialdemokraten. Es kam zu langen stürmischen Debatten. Damals, am 16. Februar, hielt Moltke seine große historische Rede über die Sicherung des Friedens durch das deutsche Heer. „Keine Nation", sagte er, hat bis jetzt in ihrer Gesammtheit eine Erziehung genossen, wie die unsrige durch die allgemeine Wehrpflicht. Man hat gesagt, der Schulmeister habe unsere Schlachten gewonnen. Das bloße Wissen aber erhebt den Menschen noch nicht auf den Standpunkt, wo er bereit ist, das Leben für eine Idee, für Pflichterfüllung, für die Ehre des Vaterlandes einzusetzen: dazu gehört die ganze Erziehung des Menschen. Nicht der Schulmeister, sondern der Erzieher, der Staat, hat unsere Schlachten gewonnen, der Staat, welcher jetzt bald 60 Jahrgänge der Nation zu körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische, zu Ordnung und Pünktlichkeit, zu Treue und Gehorsam, zu Vaterlandsliebe und Mannhaftigkeit erzogen hat. Sie können die Armee, und zwar in ihrer vollen Stärke, schon im Innern nicht entbehren für die Erziehung der Nation. Und wie nach außen? Vielleicht, daß eine spätere glücklichere Generation, für welche wir im Voraus die Lasten mittragen, hoffen darf, aus den Zuständen des bewaffneten Friedens herauszugelangen, welcher nun so lange auf Europa lastet. Uns, glaube ich, blüht diese Aussicht nicht. Ein großes weltgeschichtliches Ereigniß, wie die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, vollzieht sich kaum in einer kurzen Spanne Zeit. Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es

uns nicht wieder entrissen wird. Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: Wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen." Er führte dann aus, daß der Reichstag die Existenz der Armee und des Reiches gefährde, wenn er sein Budgetrecht ausüben und es damit der Heeresverwaltung unmöglich machen wolle, die Armee auf einer sicheren Basis weiterzubilden. Dem Reichstag, sagte er, bliebe ja das Bewilligungsrecht bei jeder Mehrforderung und bei jeder neuen gesetzlichen Regelung dieses Gegenstandes.

Die Opposition bestand auf ihren Schein der jährlichen Bewilligung der Armeekosten. Der Kanzler, der nicht anwesend war, wurde „Imperator im Ministerfauteuil" genannt und das Volk zum Kampf gegen den Militarismus aufgerufen. Die Militärvorlage wurde einer Commission zur Vorberathung überwiesen, welche sie mit allen gegen 4 Stimmen ablehnte. Der Kaiser gab seiner Unzufriedenheit und tiefen Besorgniß öffentlich an seinem Geburtstage Ausdruck. Er sei aber entschlossen, sagte er, an dem Plane festzuhalten und seinem Sohne die Armee als eine unangreifbare und vor jedem thatsächlichen wie rechtlichen Streit gesicherte Einrichtung zu hinterlassen.

Fürst Bismarck griff vom Krankenbette aus in die Lage ein. Er äußerte sich Vertrauten gegenüber mit größter Bitterkeit über die Liberalen und seine Bemerkungen wurden von der Spener'schen Zeitung in folgender Form veröffentlicht:

„Ich habe 1867 im konstituirenden Reichstage gesagt: „Heben wir Deutschland nur in den Sattel, reiten wird es schon können!" Ich fürchte, dieses geflügelte Wort muß man wieder streichen. Der Reichstag scheint den Beweis liefern zu wollen, daß Deutschland nicht reiten kann. Der Reichstag verkennt die Lage. Einzelne hervorragende Mitglieder glauben sich durch irgend eine frühere Aeußerung gebunden. Sie glauben deshalb das nicht thun zu dürfen, was die Lage des Augenblicks gebieterisch fordert. Ich habe es anders gemacht. Ich habe stets gestrebt, neues zu lernen; und wenn ich dadurch in die Lage kam, eine frühere Meinung berichtigen zu müssen, so habe ich das sofort gethan, und ich bin stolz darauf, daß ich das gethan habe, denn ich stelle das Vaterland stets über meine Person. Das gegentheilige Verhalten ist mir geradezu unbegreiflich. Ich habe mich gar nicht besonnen, sogar meine subjektive Meinung zu opfern oder unterzuordnen, wenn es das Wohl des Ganzen erheischte. Hier aber im Reichstage glauben diejenige Herren, welche ausdrücklich auf

meinen Namen gewählt sind, von welchen ihre Wähler wünschen, daß sie die deutsche Reichspolitik stützen, daß sie mir gegen unsre gemeinsamen Feinde beistehen, diese Herren glauben sich dieser Aufgabe stets dann entziehen zu dürfen, wenn sie dadurch scheinbar in Widerspruch gerathen mit irgend einem Wort, das sie an einem andern Orte, zu andrer Zeit und unter ganz andern Umständen gesprochen haben. Ich kann mir diese Lage der Dinge nicht gefallen lassen. Ich kann meinen europäischen Ruf nicht opfern. Ich werde, sobald ich wieder im Stande bin, die Feder zu führen, meinen Abschied erbitten. Vielleicht findet sich ein andrer, welcher sich in diesem Reichstage eine Mehrheit, eine zuverlässige Mehrheit zu sichern weiß. Ich habe an andern Orten, z. B. auch im Bundesrath schon Schwierigkeiten genug zu überwinden: spöttelnd sagte man mir, unter Hinweis auf das Verhalten einzelner Liberaler und der Fortschrittspartei im Reichstag: „Das also sind die Männer, auf die Sie sich stützen!" Einer solchen Lage der Dinge, welche die höchsten Interessen des Reiches schädigt, muß sobald als möglich ein Ende gemacht werden; und es giebt nur zwei Mittel hierzu, entweder mein Rücktritt, oder die Auflösung des Reichstages."

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", das Organ des Kanzlers, bemerkte zu den Mittheilungen der Spener'schen Zeitung: „Wir hören, daß diese Relation über Unterredungen, welche die betreffenden Herren nicht gemeinschaftlich, sondern zu verschiedenen Zeiten mit dem Reichskanzler gehabt haben, insofern einen dem Hergange nicht ganz adäquaten Eindruck macht, als der Hauptgedanke, an den der Kanzler seine Betrachtungen knüpfte, nicht wiedergegeben ist, daß nämlich die Stärke und Stellung der Fortschrittspartei und des mit ihr gehenden Theils der Nationalliberalen die Lage unhaltbar machen. Fünfzig bis sechszig reichstreue, nicht an Zerstörung des Reiches denkende Wahlkreise seien durch Abgeordnete vertreten, welche gegen die Reichsregierung operirten, und das zu einer Zeit, wo die reichsfeindlichen Parteien so stark seien, daß die Majoritäten an und für sich schwankend würden. Dieser Fehler in der Situation würde sich voraussichtlich im Laufe der Legislaturperiode noch verschärfen, anstatt sich zu mildern. Von dieser Auffassung ausgehend, ist der Herr Reichskanzler zu dem Satze gelangt, das einzige Mittel sei eine Berufung an die Wähler, und wenn das den Fehler nicht heile, so sei eine konstante Majorität, auf welche irgend eine Regierung sich stützen könne, überhaupt nicht möglich."

Der Bevölkerung bemächtigte sich eine Art Panik über die Möglichkeit, den Kanzler, ohne den sie sich die Leitung der Angelegenheiten des Reiches

gar nicht vorstellen konnte, scheiden zu sehen. Es kam zu allgemeinen öffentlichen Kundgebungen, und die regierungsfreundliche Presse läutete mit Erfolg Sturm gegen die Gegner. Die nationalliberalen Abgeordneten und Zeitungen trennten sich der großen Mehrzahl nach von den Fortschrittlern und gingen in das Lager der Regierung über. Als dann der Reichstag am 9. April wieder zusammengetreten war, traten die Nationalliberalen mit einem von Bennigsen in einer hoch patriotischen Rede befürworteten Compromißvorschlag hervor, wonach der Armeebestand für eine Periode von sieben Jahren, also bis 31. December 1881, bewilligt werden sollte. Bennigsen sagte, daß die parlamentarischen Vorrechte im Laufe der Zeit eine feste Gestaltung annehmen würden, wie in England, wo man über die Armee nicht mehr discutire. Auch in Deutschland würde kein künftiger Reichstag mehr die Militärorganisation in Frage stellen, und wenn er es thäte, würde die Nation seinen Beschluß umstoßen. Moltke hielt noch eine Schlußrede. Der Kanzler gab seine Zustimmung zu dem Compromiß, nachdem es ihm große Mühe gekostet hatte, die des Kaisers zu erlangen. So wurde denn das Militärseptennant am 14. April 1874 mit großer Mehrheit vom Reichstag angenommen.

Dasselbe Spiel wiederholte sich nach Ablauf dieses ersten Septennats, welches mit dem 31. December 1881 erlosch. Die Regierung brachte bei Eröffnung des Reichstages im Februar 1880 eine Vorlage ein, die Friedens-Präsenzstärke des Heeres für weitere sieben Jahre von 401,659 Mann auf 427,000 Mann zu erhöhen. Wiederum war Moltke der Hauptredner. Er wies besonders darauf hin, daß Rußland, dessen Friedensheer doppelt so groß sei, als das deutsche, seine Streitkräfte vermehrt habe, ohne daß die Presse viel Aufhebens davon gemacht habe; ebenso habe Frankreich seine Armee seit 1874 mehr als verdoppelt und dieselbe zähle 100,000 Mann mehr als die deutsche. Wieder standen die Katholiken, Fortschrittler, Socialisten, Polen und Elsässer zusammen und verlangten ihr parlamentarisches Recht, aber wieder gelang es auch durch Vereinigung der Nationalliberalen und Conservativen, die Militärvorlage, wenn auch mit sehr knapper Mehrheit, durchzubringen.

Einer der schlimmsten Reichstage, mit denen Bismarck zu kämpfen hatte, war der aus den Herbstwahlen des Jahres 1884 hervorgegangene. Vor diesen Reichstag mußte die Regierung im November 1886 mit einer neuen Militärvorlage treten, da das Septennat von 1880 im nächsten Jahre ablief. In einem früheren Capitel hatten wir gesehen, daß die europäische Lage 1886 in Folge der Haltung Rußlands und des abenteuerlichen Auftretens des Revanchehelden Boulanger eine sehr ernste war. Aus

der Erwägung dieser Umstände entsprang der Antrag der Regierung, die Friedenspräsenzstärke des Heeres vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1894 auf 468,409 Mann festzustellen.

Schon in der ersten Lesung, am 3. und 4. December 1886, offenbarte sich die Gesinnung der vereinigten Opposition, welche durch den Centrumsführer Windthorst, den „Deutschfreisinnigen" Richter, den Socialdemokraten Grillenberger, Herrn Payer von der süddeutschen Volkspartei und einen Welfen vertreten ward. Den militärisch-politischen Erörterungen des preußischen Kriegsministers Bronsart von Schellendorf, die durch das Gewicht einer Rede des Grafen v. Moltke unterstützt wurden, stellten sich Unglaube, Besserwissen, parlamentarische Doctrin und Machtgefühl der Majorität in mehr oder minder grellen Farben gegenüber. Die Vorlage ward sodann an eine besondere Commission von 28 Mitgliedern verwiesen, deren vornehmste Pflicht die schleunige Erledigung ihres Geschäfts gewesen wäre. Allein im Gegentheil: während sich zur nämlichen Zeit der Militärausschuß der französischen Kammer im Einvernehmen mit dem Kriegsminister Boulanger bestrebte, die rasche Durchführung der auf eine neue Verstärkung der Armee berechneten Reorganisation in jeder Weise zu erleichtern, ergab sich die deutsche Commission geflissentlich der Lust an Weiterung und Zögerung; anstatt eine zweite Plenarberathung des dringlichen Gesetzes vor den Weihnachtsferien zu ermöglichen, beraumte sie diese Ferien nur um so früher und länger an. Die Anträge, welche von den herrschenden Fractionen gestellt werden, liefen auf eine Herabminderung der geforderten Anzahl von Bataillonen und Mannschaften, vor allem aber darauf hinaus, daß die Geltungsfrist der Bewilligung von sieben auf drei, oder gar zum Theil auf ein Jahr ermäßigt werde. Indem man auf diese Weise das in den Jahren 1874 und 1880 für die Festsetzung des Armeebestandes durch Vereinbarung begründete Septennat zu beseitigen trachtete, ward dabei, theils offen, theils geheim, das Ziel ins Auge gefaßt, das Heerwesen dem Bereiche regelmäßiger parlamentarischer Erwägung und Entschließung einzuordnen. Insofern erinnerte die Lage an den preußischen Conflict der Zeit vor 1866, wie Kaiser Wilhelm, der mit Kundgebungen seines Bedauerns und Befremdens nicht zurückhielt, selbst bemerkte.

Im Reiche begann eine Regung der Unwillens, die sich in zahlreichen Resolutionen und Petitionen an den Reichstag Luft machte. Das Ausland zeigte sich verwundert und je nach seiner Gesinnung bekümmert oder schadenfroh. Nur soviel bewirkte die Rücksicht auf die allgemeine Stimmung und auf den Einfluß derselben bei etwaigen Neuwahlen, daß man sich im Centrum und bei den Freisinnigen dazu entschloß, die Abstriche auf Cadres

und Truppenzahl eventuell fallen zu lassen. Auf Triennat oder Septennat spitzte sich die Frage zu: wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen, aber nur auf drei Jahre — lautete das Feldgeschrei.

Man wußte, daß Fürst Bismarck an den Debatten im Reichstag theilnehmen würde und entschlossen war, entweder die Opposition zu brechen oder den Reichstag aufzulösen. Er erschien am 11. Januar 1887 im Reichstag, und es begann eines der denkwürdigsten parlamentarischen Gefechte in der Geschichte des Landes. Zuerst nahm Moltke kurz und bündig das Wort für das Septennat. „Alle Welt fragt sich", sagte er, „werden wir Krieg bekommen?" Seiner Ansicht nach wäre eine Ablehnung der Vorlage gleichbedeutend mit Krieg. Der Kanzler verfolgte in seinen Reden, die er in dieser dreitägigen Debatte hielt, nicht den Zweck, die Gegner zu überzeugen. Das wäre ein vergebliches Bemühen gewesen, denn die Opposition unter Windhorst und Richter wollte und konnte nicht überzeugt werden. Dem Kanzler kam es nur darauf an, dem deutschen Volk die Lage der Dinge klarzulegen, was er in seiner großartigen Weise durch historische Rückblicke und scharfe realistische Beleuchtung der Gegenwart that. Während so die Hälfte seiner Rede sich auf dem Gebiet der hohen Politik bewegte und ganz Europa zu aufmerksamen Zuhörern hatte, bestand die andere Hälfte aus einer zerschmetternden Gesammtkritik seiner principiellen Gegner im Deutschen Reiche. Niemals zuvor hatte Bismarck das Gebahren des Centrumsführers Windthorst in allen seinen Winkelzügen und Motiven und die verbohrte und gehässige Parteipolitik der mit den Ultramontanen verbrüderten „Deutschfreisinnigen" herber, ironischer und verächtlicher gekennzeichnet. Die dreitägige Redeschlacht war wie ein sich über die Häupter der Opposition entladendes Gewitter des Bismarck'schen Zornes. Er bestritt der Volksvertretung auf Grund der Verfassung überhaupt das Recht, die Armeebewilligung wie jeden andern Ausgabeposten einseitig zu bestimmen und wies nach, daß, wenn der Reichstag ein von der Regierung beantragtes Armeegesetz ablehnt, die größere Kaiserliche Machtvollkommenheit bezüglich der Bemessung der Friedensstärke wieder in Kraft tritt. Sich auf die Verfassung berufend, sagte er: „Das deutsche Heer ist eine Einrichtung, die von den wechselnden Mehrheiten des Reichstages nicht abhängig sein kann. Wer bürgt uns denn dafür, daß eine Majorität, die sich auf so heterogene Weise zusammensetzt wie die jetzige, eine dauernde sein werde? Daß die Fixirung der Präsenzstärke von der jedesmaligen Constellation und Stimmung des Reichstags abhängen sollte, *das ist eine absolute Unmöglichkeit.* Streben Sie doch nicht nach solchen Phantasiegebilden, meine Herren! Ohne unser deutsches Heer, eine der fundamentalsten Haupteinrichtungen

und Grundlagen, ohne das Bedürfniß der gemeinsamen Vertheidigung gegen auswärtige Angriffe, wäre der ganze Bund, auf dem das Deutsche Reich beruht, gar nicht zu Stande gekommen. Vergegenwärtigen Sie sich das immer, wenn Sie diese Hauptbedingungen seiner Existenz ihm unter den Füßen wegziehen und es gefährden; denn geschützt sein wollen wir alle, auch Ihre Wähler, — rechnen Sie darauf! Der Versuch....aus dem Kaiserlichen Heer, das wir bisher in Deutschland haben, ein Parlamentsheer zu machen, ein Heer, für dessen Bestand nicht Se. Majestät der Kaiser und die verbündeten Regierungen, sondern die Herren Windthorst und Richter zu sorgen haben, wird nicht gelingen..... Wir werden erfahren, ob es wirklich der Wille der Wähler ist, daß die Vertheidigungsfähigkeit Deutschlands von der jedesmaligen Abstimmung des Parlaments in jedem Jahre abhängt daß die Hälfte der Armee entlassen werden kann, daß die Armee reducirt werden kann auf den einjährigen Dienst, auf das, was die Socialdemokraten noch bewilligen? Es ist ja auch eine socialdemokratische Majorität in diesem Hause möglich. — Es kann unmöglich der Wille der deutschen Nation sein, daß sie auf diese Weise in ihrer Wehrhaftigkeit, in der Sicherheit im eigenen Heere abhängig sein soll, von den jedes Jahr wechselnden Majoritäten des Parlaments. Es liegt das ganz außerhalb der Verfassung, und die verbündeten Regierungen wünschen zu einem neuen Compromiß zu gelangen, aber zu einem siebenjährigen, zu keinem kürzeren. Wir wollen die Krisen und die Gefahr der Conflicte nicht häufen, und wir wollen den Gedanken nicht aufkommen lassen, als wären Sie überhaupt berechtigt, einseitig ohne die Mitwirkung des Bundesraths und des Kaisers über den Bestand des deutschen Heeres zu verfügen."

Im Lichte des Charakters der ihm gegenberstehenden Opposition unterzog der Kanzler den deutschen Parlamentarismus des Weiteren einer leider ebenso wahren, wie einschneidenden Kritik. Wir citiren folgende Stellen:

„Die Nörgelei des Parlaments gegenüber Forderungen der Regierung, die der Sicherheit des Landes gelten, ist nur eine echt deutsche Eigenthümlichkeit." — „In Frankreich ist eine Redensart: dieser Regierung keinen Groschen, und wenn der Feind auf dem Kreuzberg steht! — ja absolut unmöglich. Da stellt sich jeder Franzose; der päpstliche Zuave und der Socialdemokrat dienen alle unter einem Regiment, sowie das Vaterland in Gefahr ist. Bei uns — ich kann's nicht finden!" — „Die Majorität besteht ja nur auf dieser ganz eigenthümlichen Verschmelzung der untereinander widerspruchsvollsten Elemente, die zufällig in der Negation und in der Abneigung gegen die Persönlichkeiten der jetzigen Regierung einig sind; ein gemeinsamer Haß beseelt sie; sobald dies aufhört, sobald Sie irgend

etwas Positives schaffen sollen, so sind Sie ja vollständig uneinig, so sind Sie ja keine Majorität. Sie können gar nicht wissen, wie diese Majorität nach drei Jahren sein wird, und auf diese geben Sie uns eine Inblanco-anweisung! Auf die Majorität, die dann vorhanden sein wird, sollen wir das Vertrauen haben, welches nothwendig ist, um in ihre Hände, in die Hände dieser Majorität, die Verfügung zu legen über das Palladium des Reiches."

„Hätten wir bei uns zwei große Parteien, wie es früher in England Whigs und Tories waren, und zwei Parteien, deren jede doch immer den Fall im Auge hatte, wenn sie in der Opposition lebte, daß sie auch mal wieder regieren könnte, — die waren vollkommen vertrauenswürdig eine für die andere. Mit unseren, ich weiß nicht, neun oder zehn Parteien, aus denen sich das Consortium der Majorität künstlich aufbaut, ist gar kein Bund und Rechnung auf die Zukunft möglich."

„Keine Verfassung kann ohne Compromiß existiren. Wenn Sie vom Compromiß abgehen, wie wir dasselbe Ihnen wiederum anbieten, so schaffen Sie eine Situation, die immer von neuem auf den Conflikt mit Nothwendigkeit hindrängt. Sie verlangen wegen des Ausfalls der Wahlen, wenn diese nach Ihren Wünschen ausfielen, daß die Regierungen ihre Ueberzeugungen jedesmal ändern sollen."

„Das Septennat also halten wir fest, um den Anlaß zu Krisen nicht zu häufen. Sind Sie, meine Herren, denn so lüstern nach Krisen, wollen Sie diese alle Jahre haben — nun, solange ich lebe, kommen Sie heran! — Sie werden einen Fels im Meere finden bei allen Ihren Krisen!".... Kommen Sie alle wieder, dann werden wir uns ganz dieselben Reden über drei Monate hier halten, die wir heute gehalten haben; aber die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen und ihre feste Entschlossenheit in Bezug auf die Wehrhaftigkeit des Volkes, die sie für nothwendig halten, nicht um ein Haarbreit nachzulassen, wird in drei Monaten dieselbe sein wie heute."

„Hätten wir, als die Verfassung gemacht wurde, gewußt, daß wir je einen Reichstag mit einer solchen Majorität uns gegenüber befinden würden, oder daß diese Forderung jemals aufgestellt werden würde von einem Reichstag, dessen Majorität für die polnischen Interessen gegen die deutschen gestimmt hat, — hätten wir das voraussehen können, dann hätten wir dem Reichstag nicht, als wir die Verfassung machten — ich habe den ersten Entwurf gemacht — solche Rechte, wie wir ihm gegeben haben, bewilligt, weil wir gefürchtet hät

ten, das Vaterland in Gefahr zu bringen. Wir haben auf eine ganz andere Haltung des Reichstags gerechnet, auf eine ganz andere Wirkung der Institution und der erhebenden, begeisternden Thatsache, daß die deutsche Nation nach Jahrhunderten des Leidens endlich einmal einig ist, sicher in ihrer politischen Existenz, sicher in ihrer Unabhängigkeit gegen das Ausland, sicher, in Gemeinschaft mit den Vertretern des ganzen deutschen Volkes ihre eigenen Angelegenheiten berathen zu können; wir haben geglaubt, daß das so erhebend wirken werde auf die Leute, die die Entbehrung von allen diesen Dingen auf sich haben lasten gefühlt, daß wir zu solchen elenden Streitigkeiten, wie sie hier vorliegen, nie gelangen würden. Darin haben wir uns geirrt! Auch das Volk hat sich geirrt, wenn es Sie hierher geschickt hat, um die Rolle zu spielen, die Sie jetzt spielen."

Höchst pathetisch und charakteristisch zugleich waren die Worte, mit denen der alte Kanzler die Debatte seinerseits schloß. Er sagte: „Nun, meine Herren, es gibt außerdem noch einen für mich ganz persönlichen Grund, weshalb ich für die sieben Jahre bin. Ich hoffe, in drei Jahren noch zu leben, in sieben Jahren aber nicht mehr; da hoffe ich all dieses Elendes überhoben zu sein, und ich hoffe, daß der Herr Abgeordnete Windthorst — ich wünsche ihm, daß er noch zehn Jahre lebt; aber er ist doch in denselben Jahren wie ich, und wenn wir beide weg sind, werden Sie sich vielleicht besser vertragen."

Es kam zur Abstimmung. Der Reichstag lehnte das Septennat ab. Sofort erhob sich der Kanzler und verlas die kaiserliche Botschaft, durch welche der Reichstag aufgelöst wurde. Vor dem Reichstagsgebäude wartete eine große Volksmenge, die den Fürsten dann jubelnd nach Hause geleitete. Die Neuwahlen waren bereits auf den 21. Februar anberaumt. Kaiser Wilhelm gab am 17. Januar beim Empfange des Herrenhauspräsidiums seiner tiefen Betrübniß über das Geschehene ernsten Ausdruck; das Herrenhaus bezeigte dem greisen Herrscher am 19. Januar sein Mitgefühl durch einstimmige Annahme einer tröstlich gefaßten Adresse. Draußen im Lande bereiteten sich die Parteien auf den Kampf der Wahlen vor. Für die Gegner des Septennats kam es nun um so mehr darauf an, die öffentliche Aufmerksamkeit von der einfachen Grundfrage nach der äußeren Sicherung des Vaterlandes abzulenken, je entschiedener der Fortgang der französischen Rüstungen, die Barackenbauten an der reichsländischen Grenze nebst anderen geräuschvollen Maßregeln Boulangers, die obschwebende Gefahr dem Volke täglich zu Gemüthe führten. Die Herren Windthorst und Richter griffen deshalb zu einem Mittel, das sie schon in der Militärdebatte des Reichs-

tages selber hie und da versucht: sie bemühten sich, den Verdacht zu erwecken, oder zu nähren, als sei es der Reichsregierung, deutlicher gesagt, dem Fürsten Bismarck, nicht sowohl um die Wehrhaftigkeit des Reichs, als vielmehr um allerhand andere Gelüste zu thun, um die Durchsetzung des abgelehnten Tabacks- und Branntwein-Monopols, um Schmälerung des allgemeinen Stimmrechts, oder sonstige reactionäre Handlungen.

Für diese Zwecke gab das preußische Abgeordnetenhaus, welches gerade in Sitzung war, für Windthorst und Richter den Boden ab. Dem Kanzler war das ganz recht, denn er konnte von derselben Stelle aus der Wahltaktik dieser Herren entgegentreten, was er auch in der ausgiebigsten Weise that. Er klagte das Centrum an und überführte es, daß es durch Pactiren mit der Socialdemokratie deren Anwachsen auf dem Gewissen habe. Doch angesichts der das ganze Land tief aufregenden Wahlbewegung wurde Windthorst am schwersten durch den Vorwurf betroffen, daß er das Zustandekommen des Friedens mit der katholischen Kirche zu hintertreiben versucht habe. Der Cardinal-Staatssecretär Jacobini hatte nämlich am 3. Januar eine Note geschickt, durch welche der römische Stuhl im Hinblick auf die verheißene Beilegung des Kirchenstreites das Centrum ermahnt hatte, sich gegen die Forderung des Septennates willfährig zu erzeigen. Diese Note war durch Windthorst und seine nächsten Vertrauten der Masse der Parteigenossen eigenmächtig verheimlicht worden. Infolgedessen erließ der Cardinal-Staatssecretär unterm 21. Januar in der Form eines zweiten Briefes an den Nuntius Di Pietro in München eine neue Kundgebung in gleichem Sinne, welche der Vorsicht halber sämmtlichen deutschen Bischöfen mitgetheilt und zugleich — am 4. Februar — in den Zeitungen veröffentlicht ward.

Am schlimmsten aber ging Fürst Bismarck im Abgeordnetenhause mit den „Deutschfreisinnigen" oder, wie er dieselben stets bei ihrem alten Namen nannte, der Fortschrittspartei, in's Gericht. Er nannte die Fortschrittler die Vorfrucht der Socialdemokratie und principielle Gegner der monarchischen Einrichtungen. Er zeigte, daß die Fortschrittspartei seit 25 Jahren jeden Fortschritt Preußens und Deutschlands auf das bitterste und schroffste bekämpft habe, in der Militärfrage 1863, in der polnischen Frage, im dänischen Feldzuge, im österreichischen Feldzuge, bei der Gründung des Norddeutschen Bundes. „Die Fortschrittspartei hat uns bekämpft in jeder möglichen Weise in der Richtung gegen Frankreich, obwohl Jedermann, der überhaupt einen politischen Blick hatte, voraussehen mußte, daß die Schlacht von Sadowa einen Kampf mit Frankreich nach sich zöge. La revanche pour Sadowa war damals das französische Schlagwort, und aus dem Schooße der Fortschrittspartei wurde im Jahre 1869 ein Abrüstungs-

antrag gestellt, wie ich gehört habe, aus Anlaß eines Franzosen von europäischer Berühmtheit. Nun, wie man im Scherz sagt, so ein bischen Französisch, das ist doch gar zu schön, und wenn es ein berühmter Mann, wie Herr Garnier-Pagès ist, da ist ein Deutscher vollständig entwaffnet und folgt ihm. Der Krieg mit Frankreich wurde uns außerdem auch noch erschwert durch die schließlich auf juristischem Gebiet noch verfolgten landesverrätherischen Umtriebe von Mitgliedern der Fortschrittspartei; so nenne ich nur den Namen Jacoby, der während wir mitten im Kriege waren, die Sympathien der deutschen Fortschrittspartei für Frankreich laut zu erkennen gab. Nun, was wir weiter von der Fortschrittspartei für Hemmschuhe und Hindernisse gehabt haben — ich brauche nur die Reichsverfassung zu nennen, gegen die die ganze Fortschrittspartei gestimmt hat, nachher die Verstaatlichung der Eisenbahnen, wo die Fortschrittspartei bis zuletzt gegen die Staatsinteressen die großen Privatcapitalisten vertreten hat, den Schutz der inländischen Arbeit, bezüglich dessen der Herr Abgeordnete Richter noch heute sich seines Widerstandes rühmt. — Also kurz und gut, Alles, was Deutschland groß, reich und einig gemacht hat, ist immer von der Fortschrittspartei bekämpft worden, und ist doch immer zu Stande gekommen. Deshalb gebe ich auch die Hoffnung nicht auf, daß, weil die Fortschrittspartei unser Gegner ist, doch die Militärvorlage zu Stande kommen wird."

Niemals war der Conflict zwischen dem Parlamentarismus und dem Kanzler schärfer zu Tage getreten, als in den Debatten über das Septennat und in dem folgenden Wahlkampf, auf dessen Ausgang wiederum die ganze Welt gespannt war. Doch das Resultat konnte nicht zweifelhaft sein. Die Parole war nicht nur „Krieg oder Frieden", sondern auch „Windthorst-Richter oder Bismarck". Die Nationalliberalen, deren Hamlet-Natur entscheidende Entschlüsse nur durch die Noth abgerungen werden konnten, folgten wie schon oft ihren nationalen Instincten und traten zur Regierung über. Der Reichstag, der am 21. Februar 1887 gewählt wurde, war ein „reichsfreundlicher". In ihm hatten die aus den Nationalliberalen und Conservativen bestehenden „Kartellparteien" 211 Stimmen und die Widersacher 173. Die „Deutschfreisinnigen" hatten die Hälfte ihrer Sitze verloren. Das Centrum erschien zwar vollzählig wieder, wagte aber nicht, gegen das Septennat zu stimmen, sondern enthielt sich größtentheils der Abstimmung. Am 11. März wurde dann das Septennat mit 227 gegen 31 Stimmen der „Deutschfreisinnigen" und Socialdemokraten angenommen.

Am Ende desselben Jahres kamen dann die verbündeten Regierungen unter dem Eindruck der im vorhergehenden Capitel geschilderten europäischen Lage mit dem Entwurf des auf höchste Entwicklung der deutschen Wehrkraft abzielenden Landwehr- und Landsturmgesetzes, welches derselbe Reichstag mit größter Begeisterung annahm, nachdem Fürst Bismarck seine berühmte Rede vom 6. Februar 1888 gehalten hatte.

Während so das Fundament des Reiches, die Wehrkraft, immer nur durch das Aufgebot der ganzen mächtigen Willenskraft des Kanzlers erhalten werden konnte, zeigte sich der gleiche Widerstand derselben Opposition fast auf allen anderen Gebieten der rastlosen Thätigkeit Bismarcks in seinem Streben nach innerer Festigung des Reiches. Zu den vornehmsten Aufgaben gehörte zunächst die Herstellung einer nationalen Rechtseinheit, welche die Beseitigung der unzähligen verschiedenen Rechtssysteme und Ersatz derselben durch ein für das ganz Reich gültiges Justizwesen bedingte. Es war das eine Riesenaufgabe, deren sich zunächst eine besondere Justiz-Commission unterzog. Diese große Reichsjustizreform (Gerichtsverfassung, Strafproceßordnung, Civilproceßordnung und Concursordnung) kam in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu Stande. Die betreffenden Vorlagen gelangten im Herbst 1876 zur Annahme und traten am 1. October 1879 in Kraft. Die langen und heißen Debatten darüber hatten indessen die Zerfahrenheit der Parteien, die Sucht, an vorgefaßten Meinungen zäh festzuhalten, den unpraktischen Blick der Herren am grünen Tisch und den von Bismarck oft betonten Fehler der Deutschen, das erreichbare Gute des nicht erreichbaren Besseren wegen zu verwerfen, recht häufig enthüllt und ebenso dargethan, wie schwer es war, der nationalen Sache einige Opfer des Partikularismus zu bringen.

Der Kanzler hatte sich an den Debatten über die Justizgesetze wenig betheiligt. Er verlangte strengere Strafen für körperliche Angriffe auf Executivbeamte und wies dabei darauf hin, daß in keinem anderen Lande das Verbrechen schwerer körperlicher Mißhandlung mit so ungerechter Milde behandelt würde. „Das Geld," sagte er, „wird im Gesetzgebungstarif höher veranschlagt als die gesunden Knochen". Die liberalen Juristen des Reichstags wollten davon nichts wissen. Ebenso vergeblich kämpfte Bismarck für eine strengere Bestrafung der Mißbräuche der Preßfreiheit. Lasker und Windthorst waren dagegen, daß öffentliche Angriffe auf die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums, Verbreitung erlogener Thatsachen, Schmähungen und Verhöhnungen der Staatseinrichtungen und Obrigkeiten als sehr schädliche Dinge betrachtet werden sollten. Der

Kanzler hatte dabei nicht nur die socialdemokratische Agitation, sondern auch das ungestrafte Verleumden in der Presse im Sinne.

Er selbst war damals der Gegenstand der gemeinsten Angriffe seitens der zur Kreuz-Zeitungs-Partei gehörigen Conservativen, die zur 1848'er Zeit sich seine Gesinnungsgenossen genannt hatten. Fürst Bismarck ist vielleicht von manchem Fortschrittler, Ultramontanen oder Socialdemokraten persönlich bitter gehaßt worden, aber seine Todfeinde hatte er nicht in diesen Parteien, sondern sie fanden sich in den Reihen der Hoch-Conservativen, welche direct Fühlung mit einer Clique am Hofe hatten, die nie aufgehört hat, gegen ihn zu intriguiren und aus rein persönlichen Motiven heraus seinen Sturz zu versuchen oder ihn „zu Tode zu quälen". Seine politischen Gegner bekämpften ihn auf's Bitterste, aber sie thaten es offen und keiner von ihnen hat jemals daran gedacht, den persönlichen Charakter des Kanzlers zu verdächtigen. Diese Schande lud allein jene conservative Ehrabschneidergesellschaft auf sich. Die „Kreuz-Zeitung" und ihre Hintermänner hatten sich in ihrem Haß so weit verstiegen, daß sie in deutlicher, aber feiger und strafrechtlich nicht greifbarer Weise den Fürsten verdächtigten, daß er, um den Bankier Bleichröder für angeblich früher als mittelloser Diplomat erhaltene Geldunterstützung zu belohnen, die Finanzen des Reiches den Börsenjobbern überantwortet habe. Der Kanzler kam auf diese Angriffe im Reichstag zu sprechen. Er sagte, daß solchen elenden Lügen und ehrlosen Verleumdungen gegenüber die Abonnenten des Blattes an Stelle des Strafrichters treten sollten. „Von einem solchen Blatte," rief er zornglühend, „muß man sich lossagen, wenn das Unrecht nicht gesühnt wird; jeder, der es hält und bezahlt, betheiligt sich indirect an der Lüge und Verleumdung, die darin gemacht wird." Doch diese Aufforderung prallte an der Gewissenlosigkeit der betreffenden aristokratischen Herren ab. Im Gegentheil, eine Anzahl Abonnenten der „Kreuz-Zeitung" erklärte mit Namensunterschrift, „daß sie es ablehnten, sich vom Herrn Reichskanzler über Ehre und Anstand belehren zu lassen." Bismarck ließ darauf die Namen dieser „Declaranten" im „Reichsanzeiger" zu deren ewigen Schande veröffentlichen.

Diese Hetzereien gegen Bismarck waren noch die Nachwehen der „Gründerperiode", die mit dem großen „Krach" von 1873 geendet hatte. Die französischen Milliarden, welche zum großen Theil zur Entschädigung der Opfer des Krieges und ihrer Hinterbliebenen, zur Errichtung einer deutschen Marine (die sehr bald der französischen ebenbürtig wurde) und zum Bau von Festungen und strategischen Eisenbahnlinien verwendet wurden, brachte eine ungewohnte Menge Geld unter die Leute. Die Regierung hatte

zur Einziehung und Anlegung der Milliarden naturgemäß die Hülfe der hohen Finanzwelt nöthig, denn es handelte sich um plötzlich erhaltene Summen von einer solchen Höhe, wie sie noch niemals zuvor ein Staat zur Verfügung gehabt hatte. Diese hohe Finanzwelt suchte dabei soviel wie möglich in die eigene Tasche zu spediren, und es heftete sich an alle Schritte der Regierung eine zügellose Speculation, die auf alle Kreise der Bevölkerung ansteckend wirkte. Der Credit stieg in's Ungemessene und schuf eine neue Gattung improvisirter Finanzleute, die man später mit dem Namen „Gründer" bezeichnete, weil sie sich speciell damit beschäftigten, Actiengesellschaften zu gründen und Geschäfte zu erfinden. Große und kleine „Strousbergs" wuchsen wie Pilze aus der Erde, und Gründer fanden sich in allen Klassen des Adels und der Bürgerschaft, auf allen Bänken des Parlaments und selbst in den höchsten Beamtenkreisen. Mit schlechten, auf schwindelhafte Speculation beruhenden Gründungen entstanden zweifelhafte Werthe, die ihren Weg bis in die Staatscassen und in die Finanzinstitute des Reiches fanden. Was von der Einlösung der Staatsschulden, der Bestreitung der Kriegskosten, dem Ersatz des Kriegsmaterials und sonstigen legitimen Ausgaben übrig blieb, entschwand zum Theil in den Geldschränken der Speculanten oder verwandelte sich in zweifelhafte Werthe, die der Staatsschatz, der sie mit Vetrauen angenommen hatte, im Augenblick des unvermeidlichen Zusammenbruches nur schwer und mit großem Verlust los werden konnte. Um die Augen des Volkes von den eigentlichen Urhebern des infamen Gründerschwindels abzulenken, schlug ein liberaler Abgeordneter im Reichstag Lärm gegen hohe Beamte, namentlich im Handelsministerium, die er des Amtsmißbrauchs bei Vergebung von Eisenbahnconcessionen beschuldigte. Der Handelsminister Graf Itzenglitz mußte sein Amt niederlegen. Bismarck war von diesem Schmutz unberührt geblieben, doch seine Todfeinde am Hofe und die „Kreuzzeitungs"-Leute suchten, wenn auch vergebens, wenigstens einige Spritzflecke davon auf ihn zu werfen.

Der wirthschaftliche Zusammenbruch, welcher dieser Periode folgte, hatte Bismarcks Aufmerksamkeit auf die financielle Lage des Reiches überhaupt gelenkt und in seinem Kopfe Pläne zur Reife gebracht, die ihn bereits seit Längerem beschäftigten. Das Reich hatte keine anderen eigenen Einnahmequellen, als die vorhandenen geringen Zölle, die Post- und Telegraphenverwaltung und einige Verbrauchssteuern. Diese Einkünfte genügten für die Unterhaltung der Armee und Marine und die übrigen Zwecke nur in geringem Maße, weswegen das Reich noch auf Zuschüsse (Matricularbeiträge) der einzelnen Staaten angewiesen war, was es von den verschiedenen Regierungen und Landesvertretungen abhängig machte. Eigene Ein

nahmen, sagte Bismarck, sind das festeste Band eines Bundesreiches, das nicht von den Almosen der Bundesstaaten leben darf. Schon im Norddeutschen Reichstag hatte er diese Ansichten ausgesprochen und dabei auf das System der indirecten Steuern und Finanzzölle verwiesen. Er stieß damit auf fast einstimmigen Widerstand. Die Liberalen sahen darin eine Beschränkung der Rechte des Parlaments, insofern sie dadurch der jährlichen Berathungen über die Einnahmen verlustig gehen würden. Ihre parlamentarischen Doctrinen galten ihnen mehr, als die Einheit des Reiches.

Mit seiner ersten directen Kundgebung der von ihm geplanten Steuerreform trat der Kanzler am 22. November 1875 vor den Reichstag. Er sagte, eine totale Steuer- und Zollreform sei eine Herkulesarbeit, aber sie müsse begonnen werden. Das Reich müsse unabhängig von den Beiträgen der Einzelstaaten gemacht werden. Im Uebrigen erstrebe er das Ideal, den Staatsbedarf möglichst ausschließlich durch indirecte Steuern aufzubauen. Er will, daß eine Einkommensteuer nur von den Wohlhabenden und Reichen erhoben werden solle, denn directe Steuer sei für die Armen die allerdrückendste. Er entwickelte diese Ansicht vortrefflich. „Ich kann die Zeit kaum erwarten", sagte er, „daß der Taback höhere Summen steuere, so sehr ich jedem Raucher das Vergnügen gönne. Analog steht es auch mit dem Bier, dem Branntwein, dem Zucker, dem Petroleum und allen diesen großen Verzehrungsgegenständen, gewissermaßen den Luxusgegenständen der großen Masse. Die Luxusgegenstände der Reichen würde ich sehr hoch zu besteuern geneigt sein; sie bringen aber nicht viel: Trüffeln und Equipagen, was können sie bringen? Da kommen wir in eine Menge kleinlicher Gegenstände, ausländische Toilettengegenstände und dergleichen; ich würde sie mit dem Zolle unter Umständen sehr hoch fassen; sie sind ja eigentlich noch würdiger wie der Taback, recht schwer belastet zu werden." Er erkannte an, daß der Reichstag in financiellen Fragen ausschlagend sein müsse und daß vor der Hand der von ihm selbst gewünschten Reform eine Unmenge von Theorieen und tiefsitzenden Vorurtheilen entgegenständen.

Der Reichstag nahm das Project sehr kühl auf und begrub die Regierungsvorlage bezüglich Erhöhung der Brausteuer im Schooße der Budget-Commission. Ebenso resultatlos blieb zunächst Bismarcks Ankündigung 1876, daß die Handelspolitik des Reiches in schutzzöllnerischem Sinne geändert werden sollte.

Derselbe große Reichsgedanke und zugleich eine wirthschaftliche und staatssocialistische Idee ersten Ranges lag in Bismarcks mit gewohnter unerschütterlicher Energie betriebenen Plan der Uebertragung der Eisenbahnen auf das Reich. Bismarck hatte schon in die Reichsverfassung

den Paragraphen gestellt, daß die verschiedenen Bundesregierungen verpflichtet sein sollten, „die deutschen Eisenbahnen im Interesse eines einheitlichen Verkehrs verwalten zu lassen". Doch das blieb durch den Widerstand der Bundesregierungen ein todter Buchstabe. Es kam 1873 allerdings zur Einsetzung eines Reichseisenbahnamts, aber dies blieb machtlos, und 1876 gab es immer noch 63 verschiedene „Eisenbahnprovinzen", wie sich Bismarck ausdrückte. Bismarck verlangt immer und immer wieder wenigstens eine Vereinfachung und Herabsetzung des Eisenbahntarifs, bis der Widerstand der Bundesregierungen, welche ihre Staatsbahnen nicht preisgeben wollten und in der Auffaugung ihrer Privatbahnen durch das Reich eine ihren Staatsbahnen gefährliche Maßregel erblickten, ihn zu dem Projecte brachte, daß das Reich sowohl die Staats- wie die Privatbahnen in den verschiedenen Staaten ankaufen solle.

Dagegen lehnten sich aber nicht nur die Eisenbahnbesitzer, sondern auch die Liberalen aus „Verfassungsgründen" und die Partikularisten aus Angst vor zu großer Reichsgewalt auf. Die „Fortschrittler" geriethen vollends außer Rand und Band ob dieses Vorschlages, den Bismarck richtig nur als einen rein wirthschaftlichen, sie aber als einen hochpolitischen, die Volksregierung ertödtenden ansahen. Bismarck fragte spöttisch die Bundesregierungen und den Reichstag, ob sie denn wirklich glaubten, „daß Deutschlands Freiheit und Einheit von der ersten Reichslokomotive fortgefegt werden würde". Er fing die Sache nun von einem andern Ende an. Im Frühjahr 1876 brachte er im preußischen Landtag eine Vorlage ein, wonach die preußische Regierung ermächtigt werden solle, dem Reiche ihre Staatsbahnen zu verkaufen und ihm ihre sämmtlichen Verwaltungs- und Aufsichtsrechte über Preußens Privatbahnen zu übertragen. Dies gelangte nach sechsmonatlichen bitteren Kämpfen gegen das Manchesterthum zur Annahme, blieb aber doch gegenstandslos, da Bismarck den Bundesregierungen die preußischen Eisenbahnen wohl zum Kauf anbieten, sie aber nicht zum Kauf zwingen konnte. Er schied für immer aus dem Amte, ohne die Reichseisenbahn-Einheit gesehen, nicht aber ohne doch die Grundlage dazu gelegt und den Haupttheil seines Problems dadurch gelöst zu haben, daß er in Preußen die Verstaatlichung aller Eisenbahnen bis zum Jahre 1882 nach Ueberwindung der größten Schwierigkeiten durchsetzte. Er erlebte zu seiner glänzenden Rechtfertigung, daß das Staatseisenbahnsystem in Preußen sich vorzüglich bewährte und zu einer Einrichtung wurde, um die es von aller Welt beneidet wird.

Der Kanzler war über das geringe Entgegenkommen, welches seine Steuer- und Zollreformpläne behufs Beseitigung der Matricularbeiträge

fanden, nichts weniger als erfreut. Der neue Reichstag, welcher Anfang 1877 zusammentrat, zeigte, daß die Wähler ihn nicht verstanden hatten; wenigstens waren darin die Katholiken, Fortschrittler und Particularisten ebenso stark vertreten, wie zuvor, und bei den Nationalliberalen und Conservativen, die zusammen eine Mehrheit bilden konnten, fand er keine Ermuthigung in seinen wirthschaftlichen Plänen. Die Doctrin des Freihandels beherrschte noch die Mehrzahl von ihnen. Am 10. März 1877 entwickelte Bismarck bei der Budgetberathung von Neuem seine Steuerreformideen. Seine Rede zeigte eine gewisse Müdigkeit, deren Ursache sich durch die Anspielungen auf Hindernisse im Schooße der Regierung selbst ergab. Er trauerte darüber, daß der Strom des Particularismus wieder an Stärke gewonnen habe. „Ich kann sagen," meinte er, „die Reichsfluth ist rückläufig; wir gehen einer Ebbe darin entgegen." Die Liberalen quälten ihn mit ihrem Verlangen nach Reichsministerien, wogegen er ihnen nachweisen mußte, daß dies gerade im Widerspruch mit dem Streben nach Festigung der Reichseinheit stehe. Der Kanzler war damals thatsächlich nicht nur von dem Reichstag, sondern auch vom Bundesrath verlassen. Dazu kam, daß einige seiner eigenen Collegen im Ministerium sich gegen seine wirthschaftlichen Pläne auflehnten und daß auch seine Feinde am Hofe eifrig an ihrer Maulwurfsarbeit gegen ihn waren.

Bismarck war körperlich und geistig durch die ungeheuern Anforderungen, welche er an sich selbst stellte, erschöpft. Während die auswärtige Politik seine äußerste Wachsamkeit in Anspruch nahm, mußte er in der inneren Politik ununterbrochen gegen die feindlichsten Einflüsse und Anschauungen kämpfen, um mit der Reichsidee vorwärts zu gelangen. „Die Reibung hinter den Coulissen", klagte er im Reichstag, „ehe ich ein Wort zu Ihnen sprechen kann, ist dreiviertel meiner Arbeit." Als nun die Reichstagsmehrheit schließlich noch als Sitz des Reichsgerichts Leipzig, an Stelle von Berlin, wo er es zu haben wünschte, bestimmt und damit absichtlich und bewußt gegen den überwiegenden Einfluß Preußens demonstrirt hatte, war das Maß der Geduld des Kanzlers voll. Bismarck ersuchte den Kaiser um seine Entlassung. Es war das keine blasse Drohung, sondern eine aus dem erbitterten Gemüth des auch körperlich damals sehr angegriffenen Kanzlers kommende ernste Bitte um Erlösung.

Der Kaiser sandte das Abschiedsgesuch mit einem an dem Rand geschriebenen „Niemals" zurück, bewilligte aber seinem treuen Kanzler einen Urlaub auf unbestimmte Zeit, worauf derselbe unbedingt bestand. Das deutsche Volk war schwer beunruhigt über den Rücktritt Bismarcks. Der Ausbruch der orientalischen Krisis stand nahe bevor, und wie im vorigen

Abschnitt geschildert, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa fühlte, daß ihm der deutsche Staatsmann unentbehrlich sei. Was die Parteien betraf, so sahen die Conservativen ihren Plan, sich mit dem Centrum zu verbinden, vorläufig durchkreuzt, während die National-Liberalen, die sich endgültig von der Fortschrittspartei getrennt hatten, das Gefühl der Isolirung stark empfinden mußten. Bismarck zog sich grollend nach Varzin zurück, suchte aber Fühlung mit den National-Liberalen, deren Führer, Bennigsen, ihn besuchte und das Eingehen auf die Steuerreformpläne des Kanzlers und Unterstützung der Eisenbahnpolitik besprach. Die Verhandlungen zerschlugen sich. Bennigsen war wohl geneigt, in das Ministerium einzutreten, aber seine Partei verlangte noch Bürgschaften für parlamentarische Rechte, die Bismarck nicht geben wollte. Das Resultat war, daß Bismarck sich wieder den Conservativen zuwandte und das Centrum gegen Preisgebung der Maigesetze zu gewinnen suchte. Dem Kaiser erklärte er, daß er unwiderruflich zurücktreten werde, wenn man ihm bezüglich seiner Steuer- und Zollreform nicht freies Spiel im Ministerium ließe. Diese Bedingungen wurden erfüllt. Der Finanzminister Camphausen wollte die Reformen des Kanzlers nicht unterstützen und nahm seine Entlassung. Die National-Liberalen waren angesichts der neuen Verbindung zwischen Conservativen und Centrum wieder in die Opposition gedrängt.

Der Verlauf der Dinge wurde indessen plötzlich am 11. Mai 1878 durch ein Attentat auf den Kaiser Wilhelm unterbrochen, dem ein zweites am 2. Juni folgte. Dieses erschütternde Ereigniß gab der inneren Politik des Kanzlers eine neue Wendung, die wir indessen in einem besonderen Capitel besprechen wollen, obwohl die wirthschaftlichen Reformen Bismarcks in engem Zusammenhang damit stehen. Die kaiserliche Thronrede bei Eröffnung des Reichstages am 12. Februar 1879 kündigte die Reform des Zollsystems im Sinne des Schutzzolles an. Mit den Freihändlern, die ihm vorwarfen, daß er sich damit in Gegensatz zu seiner eigenen früheren Politik bringe, wurde er schnell fertig, indem er erklärte, daß er nimmer gezögert habe, Irrthümer einzustehen und daß ihm das Wohl des Landes höher stehe als die Consequenz im Festhalten öder Doctrinen. Er sei überzeugt, daß das Interesse Deutschlands jetzt eine Rückkehr zum Zollschutz verlange. Seine Gegner, die ihm vor siebzehn Jahren seine Fähigkeit in politischen Dingen bestritten hatten und die heute seine Fähigkeit in wirthschaftlichen Dingen bestritten, würden sich noch einmal irren.

Die Liberalen bekämpften Bismarcks Zollreform mit größter Erbitterung. Der Präsident des Reichstags, Herr v. Forckenbeck, ein Führer der Liberalen, legte sein Amt nieder, und seit zwanzig Jahren wählte de

Kaiser Wilhelm I.

Reichstag zum ersten Mal ein Bureau, das aus Conservativen und Katholiken bestand. Letztere nahmen den Zolltarif an, und Bismarck, dem es stets gleichgültig war, welche Partei ihn unterstützte, hatte einen Schritt vorwärts thun können. Doch es bedurfte mehrere Jahre des hitzigsten Kampfes und seiner unbeugsamen Energie, das von ihm als richtig erkannte Schutzzollsystem in seinem Sinne durchzuführen. Die Kämpfe führten stets auf das politische Gebiet über und Bismarcks ausgesprochenes Ziel war es, den Einfluß des politischen Parlaments durch ein wirthschaftliches zu lähmen. Er erlitt manche Niederlage durch die verbündeten liberalen Gegner, die auf politischem Gebiete immer wieder Windthorst auf ihrer Seite hatten, erhob sich aber nach jedem Fall gleich dem Riesen Antäus immer wieder mit erneuter Kraft. Wenn er nicht überzeugen konnte, erzwang er sich das Votum und berief sich auf das Volk, welches er niemals durch seine Vertreter im Parlament als richtig vertreten erachtete.

So rang der Kanzler fünf Jahre gegen die vereinigten Liberalen, um seine Zollreform durchzusetzen. Die Debatten waren so heftig, daß sie oft an den Verfassungsconflict von 1863 erinnerten und sie hatten auch oft thatsächlich denselben Gegenstand wie letzterer, insofern sie sich um die Rechte der Krone und des Parlaments drehten. Der Kaiser hielt fest zu seinem Kanzler in allen Stürmen und Drangsalen, und kam demselben 1882 zu Hülfe durch einen Erlaß, in welchem er erklärte, daß die Gesetzentwürfe, welche seine Minister in Preußen vorlegen, der Ausfluß seines Willens seien und daß er selbst regiere, worüber es zu leidenschaftlichen Debatten kam, welche den nach Ansicht der Liberalen heute noch nicht gelösten Widerspruch zwischen Regierung und Parlament offen bloßlegten. Der Kanzler hatte auf jeden Hieb der Opposition einen Gegenhieb, der jedesmal eine tiefere Narbe im Antlitz des Parlamentarismus zurückließ, als die Schläge gegen die monarchische Verfassung. Die Kraft, welche Bismarck in diesem furchtbaren Ringen mit den Gegnern entwickelte, war fast übermenschlich. Um bei seinen wirthschaftlichen Plänen jegliche Störung im Rücken zu beseitigen, übernahm er, der Reichskanzler, Minister der auswärtigen Angelegenheiten des Reichs und Präsident des preußischen Staatsministeriums, noch das Portefeuille des Handels.

Der 15. December 1884 wurde der unrühmlichste Tag in der parlamentarischen Geschichte des Reiches. Im Etat des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten hatte der Kanzler die Anstellung eines neuen Directors verlangt. Er begründete im Reichstag diese Forderung mit der zunehmenden Arbeitslast, welcher das derzeitige Oberbeamtenpersonal nicht gerecht werden könnte. Es handelte sich nur um eine Ausgabe von

20,000 Mark, welche der Kanzler für unentbehrlich hielt. Die Fortschrittler und das Centrum, welche in jenem traurigsten aller Reichstage zusammen die Mehrheit hatten, verwarfen diese Ausgabe, und zwangen Bismarck, thatsächlich darum zu betteln. Er nahm es auf seinen Diensteid, daß er einen vierten Director für gute Erledigung der Geschäfte brauche; er legte den Mechanismus seiner Bureaux klar, zeigte, wie angestrengt jeder seiner Beamten bisher gearbeitet habe und berief sich auf die öffentliche Meinung des Landes, das sich mit der Art, wie er seit zwanzig Jahren die auswärtige Politik leite, einstimmig zufrieden erklärt habe. Er warf der Opposition vor, daß ihre Sparsamkeit keinen andern Zweck verfolge, als ihm das Leben sauer zu machen. „Das steht Ihnen vollständig frei," rief er ihnen zu, „ich stehe und fechte hier im Namen des Königs als Soldat und deutscher Unterthan meines angestammten Herrn, und ob ich dabei zu Schaden komme oder ungesund dabei werde, das ist mir so gleichgültig wie Ihnen". Doch die Opposition strich den Posten, die rein persönliche Gehässigkeit aber, die darin lag, empörte das gesammte deutsche Volk. Es ging wie ein Lauffeuer durch das ganze Land und überall kam es zu Kundgebungen und Sympathie-Adressen für den Kanzler, unter deren Eindruck die conservativen und nationalliberalen Parteiführer gelegentlich des 70. Geburtstages des gefeierten Staatsmannes am 1. April 1885 eine nationale Bismarckfeier vorbereiteten. Es wurde eine National-Subscription veranstaltet, um Bismarck ein National-Geschenk anzubieten. Die Feier wurde die glänzendste und erhebendste, die jemals das deutsche Volk einem seiner Helden darbrachte. Es wurden dem Kanzler zwei Nationalgeschenke gemacht. Die Sammlungen ergaben 2,729,143 Mark, wovon 1,500,000 Mark zum Ankauf seines ehemaligen väterlichen Erbes in Schönhausen für ihn verwendet und der Rest ihm zur Gründung einer „Schönhausen-Stiftung" zur Unterstützung junger deutscher Lehrer vor ihrer besoldeten Anstellung zur Verfügung gestellt wurde. Der Kaiser hatte an officiellen Gunstbezeugungen nichts mehr übrig, denn der Kanzler besaß dieselben bereits alle. Deshalb betheiligte er sich an der Feier dadurch, daß er ihm das große Gemälde der Kaiserproclamation in Versailles mit einem tiefempfundenen Schreiben zuschickte. Bismarck hatte von Neuem die Beweise dafür erhalten, daß das deutsche Volk trotz aller Opposition in den Parlamenten fest zu ihm hielt und seine Verdienste anerkannte.

Die Opposition im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus verlor aber nichts von ihrem feindseligen persönlichen Charakter. Das zeigte sich bald darauf, als sie unter gewissen Vorwänden die Berufung

Dr. Schweningers auf einen Lehrstuhl der Berliner Universität rügte, wobei es nicht auf diesen vorzüglichen Arzt, dessen Kunst Deutschland die Erhaltung des Lebens seines größten Mannes verdankte, sondern auf eine Quälerei des verhaßten, stets über sie triumphirenden Kanzlers abgesehen war. Im Februar 1885 gelang es indessen Bismarck, seine zweite große Schutzzolltarifvorlage im Reichstag durchzubringen. Die Getreide- und Holzzölle wurden erhöht. Der Kanzler sagte in seiner Rede, in welcher er sich auf die guten Erfolge seiner ersten Zollreform berief: „Ich glaube, daß ich das Verdienst in Anspruch nehmen kann, die Cur angeregt zu haben, durch die Deutschland vor Entkräftung, vor Anämie, vor wirthschaftlichem Untergang geschützt worden ist.... Hätten wir nicht die französischen Milliarden gehabt, so würde der Zusammenbruch durch Blutleere ein paar Jahre früher gekommen sein. Die Milliarden sind ein Palliativmittel gewesen, das uns noch lange Zeit vorwärts geholfen hat." — Mit der Steuerreform erreichte er indessen sein Ziel nicht ganz, denn die Annahme des Tabaks- und Branntweinmonopols hat er trotz riesenhafter Anstrengungen nicht zu erzwingen vermocht.

Der Widerstand der Fortschrittspartei und des Centrums erstreckte sich auch auf die von Bismarck vertretene Colonialpolitik. Hierin war der Kanzler mehr dem stürmischen Verlangen der deutschen Nation als seinem eigenen Antriebe gefolgt. Erst „nach langem Nachdenken und spät beginnend" hatte er sich dazu entschlossen, die Colonisationsfrage zu einer Sache der deutschen Regierung zu machen. Allerdings hatte er selbst schon bald nach der Gründung des deutschen Reiches den Wunsch gehegt, die überseeischen Handelsinteressen in wirksamerer Weise als bisher zu schützen und zu unterstützen, und er war, wie er 1876 sich privatim äußerte, zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine so große Nation, wie die deutsche, auf die Dauer die Colonien nicht entbehren könnte. Er erachtete es auch als ein Unglück für Deutschland, daß durch Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika Millionen deutscher Landsleute für immer dem Vaterlande verloren gingen, wogegen man erwarten könne, daß eine Auswanderung nach Südafrika die Nationalität derselben erhalten und außerdem mit der Zeit ein großes Absatzgebiet für die deutsche Industrie schaffen könnte. Er sagte sich aber von vornherein, daß zu einem so bedeutenden Project, wie Coloniengründung, eine tiefgehende Bewegung der Nation gehöre. Letztere war 1876 noch nicht vorhanden, und außerdem betrachtete der Kanzler die politische Lage nach Außen hin und auch die inneren, namentlich durch den Culturkampf hervorgerufenen, Streitigkeiten als ein Hinderniß, sich ernstlich mit der Sache zu befassen.

Die colonialpolitische Idee faßte indessen im deutschen Volke Wurzel und ergriff immer weitere Kreise, so daß Bismarck sich für berechtigt hielt, es mit einem unbedeutenden Project, dessen Gegenstand allerdings noch keine Colonie war, zu wagen. Ende 1879 hatte das große Hamburger Handelshaus Godeffroy, welches die deutschen Handelsinteressen auf den Südsee-, besonders den Samoa-Inseln beherrschte, fallirt. Um die Gefahren, die dadurch dem deutschen Handel daselbst drohten, abzuwenden, organisirte sich im Januar 1880 die „Deutsche Seehandels-Gesellschaft", welche die Besitzungen des genannten Handelshauses auf den Samoa-Inseln übernehmen wollte, wofern die deutsche Regierung eine Zinsgarantie gewähren würde. Bismarck legte die Sache dem Bundesrath vor, welcher eine dahingehende Vorlage annahm. Doch der Reichstag lehnte das Gesuch ab, und Bismarck sah sich also zu weiteren Plänen vorläufig nicht ermuthigt. Er arbeitete jedoch im Stillen weiter und vier Jahre später, im Frühjahr 1884, kündigte er im Reichstag an, daß die Regierung entschlossen sei, eine deutsche Colonialpolitik anzubahnen.

Es war nicht die Ansicht Bismarcks, daß man Colonien gründen solle, um dort künstlich eine deutsche Ansiedlung hervorzurufen und das Gebiet von deutschen Beamten verwalten zu lassen und Garnisonen zu errichten. Sein Plan bestand darin, die Gründung von Niederlassungen unternehmungslustigen Privatleuten und Handelsfirmen zu überlassen, diesen dann aber nach Maßgabe ihrer Entwicklung oder der Bedürfnisse des deutschen Handels den Schutz des Reiches zu gewähren. Er meinte, daß, wenn man im Auslande den festen Willen der deutschen Nation erkenne, jeden Deutschen nach dem altrömischen Grundsatz "civis Romanus sum" zu schützen, so werde es nicht schwer fallen, diesen Schutz zu gewähren. Wenn freilich, fügte er hinzu, das Ausland sehen müßte, daß die Deutschen nicht einig wären, dann würde man nichts erreichen und besser thun, auf jede überseeische Entwicklung zu verzichten.

Wäre der Reichstag das deutsche Volk gewesen, so hätte Bismarck diesen Verzicht sofort eintreten lassen müssen. Als die Regierung 1884 dem Reichstag die sogenannte Dampfervorlage unterbreitete, wonach den Dampferschiffahrts-Gesellschaften nach Ost-Asien, Australien und Afrika behufs Einrichtung regelmäßiger Postdampferlinien eine Reichsbeisteuer gewährt werden sollte, begegnete die Mehrheit der Volksvertreter diesem Plan mit Gleichgültigkeit, Widerstand und Hohn. Doch das war durchaus nicht die Gesinnung der großen Mehrheit des deutschen Volkes, welches offenbar eine Colonialpolitik im Sinne des Kanzlers und der deutschen Regierungen wünschte.

Im Reichstag kam es zu den üblichen Kampfdebatten. Die Fortschrittler ließen kein gutes Haar an dem Colonialproject und das Centrum wollte die Sache verschoben sehen, um wegen der Culturkampfgesetze feilschen zu können. Die deutsche Regierung hatte sich indessen bereits in West-Afrika und in der Südsee auf Unterstützung von Colonialunternehmungen eingelassen und war deswegen gezwungen, vom Reichstag die nöthigen, vergleichsweise sehr geringen, Mittel zu erlangen. Hierbei kamen Bismarck seine inzwischen im Stillen erkämpften diplomatischen Erfolge zu Statten.

England hatte die deutschen Eindringlinge, die sich auf der Westküste von Afrika in der Nachbarschaft der holländischen Republiken Südafrikas einstellten, sehr ungern aufgenommen. Doch als die englische Regierung ihrer üblen Laune zu greifbarem Ausdruck gab, theilte Bismarck ihr mit, daß er sich mit Frankreich verständigen werde. Er hatte in der That schon vorher mit der französischen Republik eine Einigung wegen der Congogebiete in Westafrika erzielt. Er vereitelte den schon halb geschlossenen Vertrag zwischen England und Portugal und veranlaßte die Zusammenberufung aller Seemächte zu einer Conferenz in Berlin, welche daselbst im Winter 1884–85 tagte. Bismarck erreichte dabei sein Ziel. Er konnte jetzt nach einander mit England, Frankreich und Portugal Vereinbarungen wegen Festsetzung der Grenzen der deutschen Schutzgebiete abschließen.

Die Verhandlungen mit England waren die mühseligsten. Bismarck mußte erst sehr deutlich daran erinnern, daß England in Aegypten Interessen zu vertheidigen habe, für welche ihm Deutschlands Freundschaft sehr nöthig werden könnte. Es kam zu sehr bitterem Notenwechsel, durch dessen spätere Bekanntgebung, welche England durch seine thörichte Hartnäckigkeit nöthig machte, das Londoner Cabinet vor der ganzen Welt sehr blamirt wurde. Schließlich fügte sich England in die unvermeidliche Thatsache, daß Deutschland herrenloses Colonialland, welches es besetzt hatte, nicht wieder freigeben würde. Am 2. März 1885 hatte Bismarck Gelegenheit, in einer Rede im Reichstag dem Auslande Deutschlands Entschluß, sich seine überseeischen Rechte durch Niemanden verkümmern zu lassen, sehr energisch klar zu machen. Zum Schluß dieser denkwürdigen Rede kehrte er mit einer ergreifenden Wendung auf den Boden des deutschen Lebens zurück. Von dem Gedanken ausgehend, daß das Ausland von früher her gewohnt sei, sich an die Stimmung, in welche die Nation durch ausländische Rücksichtslosigkeiten versetzt werde, nicht zu kehren, und gleichzeitig unter dem Eindruck der Opposition im Reichstag sagte er: „Bei den fremden Nationen machen die Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1870, wie 1813, die geharnischten

Männer aus der Erde wachsen wie aus der Saat der Drachenzähne in der griechischen Mythe in Kolchis, aber, daß sich dann auch stets irgend ein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann worauf sie übereinander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabei stehen kann und zusehen, wie die deutschen gewappneten Recken sich untereinander bekämpfen. Es liegt eine eigenthümliche prophetische Voraussicht in unserm alten nationalen Mythus, daß sich, so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein deutscher Völkerfrühling wieder, wie der verstorbene College Völck sich ausdrückte, anbricht, daß dann auch stets der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den deutschen Völkerfrühling zu erschlagen, respective niederzustimmen."

Die Wirkung dieser Worte war eine großartige. Es war die Zeit, als sich Deutschland zu der oben erwähnten nationalen Bismarckfeier, zu welcher das niederträchtige Verhalten der Opposition am 15. December 1884 den Hauptanlaß gegeben hatte, rüstete. Der Reichstag nahm die von der Regierung geforderte Summe fast einstimmig an, nachdem die Vertreter aller großen Parteien, auch des Centrums und der „Deutschfreisinnigen", die Versicherung gegeben hatten, für Deutschlands Ehre und Ansehen jederzeit einzutreten. Nicht minder erreichte die Rede nach Außen hin ihr Ziel. Fürst Bismarck hatte seinen Sohn Herbert nach London geschickt. Derselbe wurde daselbst am 4. März aufs Beste empfangen und konnte in den folgenden Tagen den Grund zu einer Uebereinkunft wegen Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete in Westafrika legen. Lord Granville hielt am 6. März im englischen Oberhause eine förmliche Entschuldigungsrede, und am 12. sagte Gladstone im Unterhause: „Wenn Deutschland eine colonisirende Macht werden soll, so rufe ich ihm Gottes Segen für seine Bestrebungen zu. Es wird unser Bundesfreund und Genosse zum Segen der Menschheit sein. Ich begrüße seinen Eintritt in diese Thätigkeit und werde es erfreulich finden, daß es unser Genosse in der Verbreitung des Lichts und der Civilisation in weniger civilisirten Gegenden wird. Es wird bei diesem Werk unsere herzlichsten und besten Wünsche und jede Ermuthigung finden, die in unserer Macht steht."

Für die Dampfervorlagen mußte Bismarck aber noch schwer kämpfen, wobei die Opposition sehr zu ihrem Schaden ihn veranlaßte, noch einmal über den „Völkerfrühling" zu sprechen. Er sagte: „Ich habe mir neulich gestattet, eine Analogie aus der altgermanischen Mythologie zu citiren, bei der ich das Wort „Völkerfrühling" gebrauchte, auf das der Herr Vor-

redner zurückkam. Ich fürchte, daß ich dabei dunkler geblieben bin, als ich zu sein wünschte, und daß ich nicht deutlich ausgedrückt habe, was ich meinte; aber es liegt nicht in meiner Gewohnheit, mythologische Anspielungen weit auszuspinnen. Es war nun etwas, was — ich kann es nicht leugnen — mich in den letzten 20 Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt hat, diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deutschen Götterfage. Ich habe unter dem Begriff „Völkerfrühling" mehr verstanden als die Colonialpolitik, ich habe meine Auffassung — ich will nicht sagen, so niedrig — aber so kurz in Zeit und Raum nicht gegriffen. Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutsche geblüht hat, die ganze Zeit verstanden, in der sich — ich kann wohl sagen: — Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat, eine Periode, die begann mit einem bedauerlichen Bürgerkriege, der zur Lösung eines verschürzten gordischen Knotens unabweisbar und unentbehrlich war, der überstanden wurde, und zwar ohne die Nachwehen, die man davon zu befürchten hatte. Die Begeisterung für den nationalen Gedanken war im Süden wie im Norden so groß, daß die Ueberzeugung, daß diese — ich möchte sagen — „chirurgische Operation" zur Heilung der alten deutschen Erbkrankheiten nothwendig war: sobald sie sich Bahn brach, war auch aller Groll vergessen, und wir konnten schon im Jahre 1870 uns überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch das Andenken dieses Bürgerkrieges nicht gestört war, und daß wir alle als „ein einig Volk von Brüdern" den Angriffen des Auslandes entgegentreten konnten. Das schwebte mir als „Völkerfrühling" vor; daß wir darauf die alten deutschen Grenzländer wiedergewannen, die nationale Einheit des Reiches begründeten, einen deutschen Reichstag um uns versammelt sahen, das alles schwebte mir als „Völkerfrühling" vor, — nicht die heutige Colonialpolitik, die blos eine Episode bildet in dem Rückgange, den wir seitdem gemacht haben. Dieser Völkerfrühling hielt nur wenige Jahre nach dem großen Siege vor. Ich weiß nicht, ob der Milliardensegen schon erstickend auf ihn gewirkt hat. Aber dann kam, was ich unter dem Begriff „Loki" verstand: der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader, der in dynastischen und in confessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fractionskämpfen seine Nahrung findet, — der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Parlamente, und wir sind angekommen in einem Zustand unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusam-

menhalten, im deutschen Reichstage aber der Hort der Einheit, den ich darin gesucht und gehofft hatte, nicht zu finden ist, sondern der Parteigeist überwuchert uns; und der Parteigeist, wenn der mit seiner Lokistimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurtheilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall geräth und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde."

Windhorst und Richter bezogen den Loki auf sich und erklärten entrüstet, daß der Vergleich der Wähler mit Hödur das deutsche Volk beleidige. Bismarck erwiderte: „Man soll doch hier nicht den Mund so voll von „Volk" nehmen, als wenn man ganz allein das deutsche Volk verträte. Ich wiederhole, was ich schon oft gesagt, daß eine viel größere Masse des deutschen Volkes in mir ihren Vertreter sieht, als in dem Abgeordneten Richter." Und dann modernisirte er den Ausspruch Gneisenaus von dem, was durch die Feder verdorben wird, folgendermaßen: „Wenn damals die Federfuchser, die ich in den Gesammtbegriff „Loki" zusammenfasse, Diplomaten waren, so sitzen die Herren heute wo anders, und ich hätte vielleicht heute nicht von der Feder sprechen sollen, sondern von der Rede, der Agitation, der Presse, der ganzen Täuschung dem unglücklichen Urwähler gegenüber; denn er erfährt ja kaum, wo seine Abgeordneten hier hinaus wollen. Wo soll er das erfahren? Die Presse gibt es ihm nicht. Der einzelne Abgeordnete, wenn er einmal Rechenschaft gibt, sagt wohl, was für ausgezeichnete Dinge er gethan hat; aber was den Urwähler kränken könnte in seiner Thätigkeit, weiß er sorgfältig zu verschweigen und zu bemänteln. Wir haben ja hier volle Oeffentlichkeit, aber trotz der Oeffentlichkeit weiß der Urwähler wenig; er erfährt es nicht, was die Herren hier thun. Wenn die Urwähler, die nicht mit im Interesse des Abgeordnetenkaukus sind, mit Aufmerksamkeit hier zuhörten und Glauben fänden bei ihren Mitwählern, dann würde die Wahrheit sich bald einen breiteren Weg schaffen als bisher, und wir würden weniger Abgeordnete von der Farbe sehr bald hier haben."

In derselben Rede sprach er noch die ergreifenden Worte: „Für mich ist die nationale Sache eine Frage, die an jedem Tage und in jeder Stunde mir oft mit hundert Beziehungen entgegentritt, die mir den Schlaf und die

Ruhe am Tage raubt und mich dazu treibt, hier in meinem hohen Alter an die Beantwortung von Reden das bischen Athem zu setzen, das mir noch übrig bleibt. Das ist eben die Liebe zu meiner Nation, die Liebe zu meinem Vaterlande." Bei seiner Verzweiflung über den unseligen Partei- und Fractionshader findet er indessen Trost in der Hoffnung auf die deutsche Jugend. Es war damals ein weiterer Band des von Poschinger herausgegebenen Werkes „Preußen im Bundestag 1851—59" erschienen, wodurch die Zeit deutscher Ohnmacht aber auch die des Erscheinens des Retters Bismarcks lebhaft in Erinnerung gebracht wurde. Anknüpfend daran sagte der Kanzler: „Ich gebe darum die Hoffnung nicht auf, daß die Poschingerleser von 1912 mit demselben Gefühl der Befriedigung auf die heutige Zeit, wenn sie einmal zusammengestellt wird, zurückblicken und sagen werden: Nun, wir sind doch bessere Leute, als die damals lebten, — ich nehme mich nicht aus. Ich nehme an, daß der Fraktionszopf und Parteizopf dann etwas aus der Mode gekommen sein wird. Was mich dazu ermuthigt, das sind die Zeichen an unsrer heranwachsenden Generation. In unserer Jugend ist ein ganz anderer nationaler Schwung und eine großartigere Auffassung des politischen Lebens als in allen meinen Altersgenossen, die durch die Jahre 1847 und 1848 mit dem Fraktions- und Parteistempel nothwendig hindurchgegangen sind und den nicht von ihrer Haut abwaschen können. Lassen Sie uns mal erst alle sterben dann sollen Sie sehen, wie Deutschland in Flor kommen wird! Wir sind augenblicklich das Hinderniß seiner nationalen Entwickelung. . . . Wir sind alle noch viel zu sehr erfüllt vom Parteikampfeszorn, wir glauben noch an die Größe der Parteien, an die Bedeutung der Frage, ob einer bei dieser oder jener Partei eintritt, ob ein Wahlsieg hier oder da, ob bei einer Abstimmung ein Sieg erfochten wird. . . . Aber ich habe zu der deutschen Nation und namentlich zur Jugend, zu der jetzt studirenden Jugend, zu der Jugend, die unter den Eindrücken der großen Zeit studirt hat, die unser Kaiser an der Spitze seines Heeres inaugurirte, das Vertrauen: die wird mit Poschingerschen Augen auf die heutige Politik, auf den Partikularismus der zehn oder zwölf Fraktionen, die hier miteinander kämpfen, zurückblicken. Das ist die Hoffnung, in der ich ruhig sterben werde. Ich werde es nicht mehr erleben, daß es so weit kommt; aber ich habe diese Hoffnung, wenn in trüben Momenten mir der Popanz vorschwebt, daß wir zum alten Bundestag zurückkehren könnten. Ja, meine Herren, mir passirt so manches, was den Menschen hypochondrisch stimmen kann, und von dem

ich mir sage, wenn das am grünen Holz passirt, was soll erst am, ich weiß nicht wem geschehen; also ich sehe nicht immer rosig in die Zukunft, denn ich sehe nicht immer jüngere Leute und deren Gesinnung vor mir, und die älteren sind verbittert, mit denen wird eine volle Einigkeit des Deutschen Reiches, außer in großen Zwangsfragen, wenn wir uns unserer Haut wehren müssen, glaube ich, theoretisch nicht herzustellen sein. Wir haben bisher nur glückliche Kriege geführt, dank der ausgezeichneten Armee und dank der glänzenden Führung Seiner Majestät des Kaisers und unserer Feldmarschälle; aber lassen Sie uns einmal einen schweren unglücklichen Krieg führen: ob wir dann an der Volksvertretung die sichere Stütze finden werden, die wir im Jahre 1870 fanden?"

Des Kanzlers Colonialpolitik, maßvoll betrieben und in vernünftigen Grenzen gehalten, erreichte ihr Ziel, soweit er es sich gesteckt hatte, und ihre Weiterentwickelung, wenn sie segensreich für Deutschland sein soll, liegt in der Befolgung der von ihm niedergelegten und trotz aller Partei-Opposition im Einklang mit den Wünschen der großen Masse des deutschen Volkes durchgeführten Grundsätze. Das Schwerste, den Widerstand der fremden Colonialmächte, ist von ihm dauernd überwunden worden, und das konnte nur ein so großer Meister der Staatskunst in so kurzer Zeit und so wirksamer Weise fertig bringen.

3. Die sociale Frage.

Nichts ist lächerlicher, als die landläufige, von seinen bedingungslosen Gegnern als billiges Scheinargument erdachte und unwissender Weise geglaubte Behauptung, daß Fürst Bismarck über wirthschaftliche und sociale Fragen erst dann nachzudenken begonnen habe, als er anfing, sie gesetzgeberisch zu behandeln, also erst Ende der Siebziger Jahre. Wahr ist nur — und das ist auch das Geheimniß der überzeugenden Kraft, mit der er seinen Standpunkt zu vertreten wußte —, daß er sein Wissen nicht, wie die meisten seiner Gegner, nur aus Büchern holte und in die Zwangsjacke öder Theorieen preßte, sondern es unmittelbar aus dem Leben, aus der leibhaftigen Anschauung der realen Thatsachen schöpfte. Aus allen seinen Reden und Erlassen über wirthschaftliche und sociale Fragen leuchtet derselbe praktische, das Wesen des Dinges durchdringende, nur mit den gegebenen Verhältnissen rechnende geniale Scharfblick, der ihn auch auf dem Gebiete der äußeren Politik zum allbeherrschenden Meister und Neuschöpfer machte. Es wäre ja auch ein Widerspruch in sich selbst, wenn der größte

Staatsmann der Neuzeit erst an der Schwelle des Greisenalters das Bedürfniß gefühlt hätte, sich mit der Alles überschattenden sogenannten socialen Frage bekannt zu machen, einer Frage, die so alt ist, wie die Menschheit und mit der sich abzufinden in Wahrheit stets die Aufgabe aller Staatskunst gewesen ist.

Thatsächlich und auch natürlicher Weise verhält es sich hinsichtlich der socialpolitischen Anfänge Bismarcks gerade umgekehrt. Denn als die politischen und parlamentarischen Größen Deutschlands noch ihre ganze Aufgabe darin erblickten, der Krone möglichst viele Rechte zu rauben und theoretische Verfassungsideale zu construiren — eine Aufgabe, die sie ja heute noch viel höher stellen, als die Behandlung der schreiendsten Bedürfnisse der modernen Gesellschaft —, da hatte Bismarck schon erkannt, daß die Wahrung der Interessen der arbeitenden Massen die Axe sei, um welche sich bald alle Staatsweisheit drehen müsse. Er brauchte dabei nicht erst bei Lassalle in die Schule zu gehen. Die Grundzüge seiner socialpolitischen Anschauungen finden sich thatsächlich schon in seinen allerersten öffentlichen Aeußerungen und in manchen amtlichen Schriftstücken aus der Zeit, da er sich mit der Lösung nicht der socialen, sondern der deutschen Frage intensiv zu beschäftigen begann. In der Rede, welche der jugendliche Abgeordnete v. Bismarck-Schönhausen am 18. October 1849 im preußischen Abgeordnetenhause anläßlich der Frage des Zunftzwanges hielt, findet sich der Gedanke der Nothwendigkeit, den Arbeiter und Handwerker gegen das Faustrecht des Capitals von Staatswegen zu schützen, klar und deutlich ausgesprochen. Schon die einleitenden Worte verriethen den Staatsmann, der viel weiter blickte, als alle die großartigen Politiker, die ihn als mittelalterlichen Junker verspotteten. Er ersuchte die Volksvertreter, der Berathung des Gesetzes betreffs Aenderung des Zunftwesens eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. „Namentlich die Herren'" sagte er, „welche fester als ich an die Wahrheit des Sprichworts glauben, daß vox populi jedesmal vox Dei sei, möchte ich bitten, in dieser Angelegenheit sich nicht gegen ihren eignen Götzen aufzulehnen und zu bedenken, daß das Volk dieser Debatte mit gespannterer Aufmerksamkeit folgt, als allen spitzfindigen Streitigkeiten über Theorien des Constitutionalismus und alles Markten und Feilschen über dieses oder jenes Recht der Krone, und daß es einen üblen Eindruck machen würde, wenn wir dieses Gesetz in Einer Sitzung in Bausch und Bogen abmachten, während wir über doctrinäre Paragraphen der Ver-

fassung oft zwei bis drei Sitzungen hindurch stundenlange gelehrte Reden halten."

In dem Zunftzwang sah er den einzigen Schutz des Handwerkers, der sich durch den mit Capital versehenen „Patentmeister" wehrlos zur Maschine herabwürdigen lassen müsse. Den Phrasenhelden, die ihn belehren wollten, daß jeder Zwang „eines Rechtsstaates unwürdig sei" und daß der Staat dem Volke keine Wohlthaten aufzwingen dürfe, erwiderte er, daß Wohlthaten allerdings zuweilen im Interesse des Gesammtwohles aufgedrungen werden müßten und auch schon oft zum Gedeihen des preußischen Staates aufgedrungen worden seien. Er wies außerdem nach, daß die große Mehrheit der Handwerker den Zunftzwang wünsche und sagte dann: „Sie, die Sie eine so große Achtung vor Majoritäten haben, die Sie unser ganzes Staatsleben nach Majoritäten lenken wollen, warum wollen Sie dieser Majorität der Handwerker keine Beachtung schenken, die jedenfalls competentere Richter in ihren eigenen Angelegenheiten sind, als unsere Majoritäten oft in Staatsangelegenheiten?" Den Schwärmern für unbedingte Gewerbefreiheit, den Manchesterleuten, welche die Rechte des Capitals nicht beschränkt sehen wollten, sagte er: „Es ist wahr, die Gewerbefreiheit mag manche Bequemlichkeit für das Publikum darbieten, sie liefert wohlfeile Waaren, aber an dieser Wohlfeilheit klebt vergiftend das Elend und der Jammer des Handwerkers, der seinem Ruin entgegengeht, und ich glaube, es möchten uns unsre wohlfeilen Röcke aus dem Kleiderladen zuletzt unbehaglich auf dem Leibe sitzen, wenn ihre Verfertiger daran verzweifeln müssen, sich auf ehrliche Weise zu ernähren."

Mit erstaunlicher, aber seinen nur für unbeschränkte Freiheit auf allen Gebieten eintretenden Gegnern völlig unverständlichen Kühnheit, erklärte er die liberale Bürgerschaft, das heißt die capitalistische Bourgeoisie, im Gegensatz zu dem nur auf seinen Tagelohn angewiesenen Arbeiter, für die gefährliche Macht, welche zu brechen, die Regierung sich zur Aufgabe stellen müsse. Ja, der „Junker" von 1849 erwägt sogar gegenüber den Ausbeutern in den Industriebezirken schon die Nothwendigkeit eines Maximalpreises.

Die genaue Beobachtung der Arbeiterverhältnisse führte ihn während seines Aufenthaltes am Frankfurter Bundestage, wie aus seinen Berichten nach Berlin hervorgeht, zu der Ansicht, daß die Arbeiter, weil schutzlos dem liberalen Capitalismus preisgegeben, ihr Heil in der politischen Revolution

zu erblicken anfingen, woraus er schloß, daß es nothwendig sei, den Arbeitern zu helfen und ihnen klar zu machen, daß ihnen mit politischen Freiheiten absolut nicht gedient sei, dieselben im Gegentheil ihre Lage noch schlimmer machen würden, insofern der Capitalismus unter einer Parlamentsherrschaft erst recht blühen müßte. Bismarcks ausgesprochenes Ziel war es schon damals, die Arbeiter um die Krone zu schaaren und den König nach alter preußischer Tradition zum Schutzherrn der wirthschaftlich Schwachen gegen die wirthschaftlich Starken zu machen.

Als die Agitationen Lassalles, den Bismarck persönlich kennen gelernt hatte, die socialdemokratische Bewegung in Fluß zu bringen anfingen, mußten auch die Kammern daran denken, der neuen Sache gegenüber Stellung zu nehmen. Wohlmeinende und ernste Politiker, wie Schulze-Delitzsch, beschäftigten sich sehr eingehend mit der Arbeiterfrage, fanden aber schließlich keine andere Lösung, als den guten Rath der genossenschaftlichen Selbsthülfe. Daß Bismarck bereits damals dieses Mittel für durchaus unzureichend hielt und statt dessen an Staatshülfe glaubte, geht unter Anderem daraus hervor, daß er König Wilhelm veranlaßte, sich für die versuchsweise Gründung einer Arbeiter-Productiv-Genossenschaft zu interessiren. Es hatten sich 200 Weber aus dem Waldenburger Kreis direct an den König um Hülfe in ihrer Noth gewandt und bittere Klagen gegen ihre Fabrikherren erhoben. Bismarck veranlaßte eine genaue Untersuchung der Angelegenheit, was dazu führte, daß der König aus eigenen Mitteln den Webern die Summe von 6000 Thalern gab, um eine Productiv-Genossenschaft zu versuchen. Die Sache kam im Februar 1865 im preußischen Abgeordnetenhause zu Sprache. Der betreffende Fabrikherr Reichenheim, der selbst Mitglied des Hauses war, beschwerte sich heftig darüber, daß die Regierung gegen ihn und für seine Arbeiter Partei genommen habe und erklärte das Eingreifen Bismarcks für ein Spiel, einen „politischen Puff", einen Mißbrauch der Majestät des Königs. Bismarck legte dem Abgeordnetenhause den Verlauf der Sache ausführlich dar und sagte unter Anderem, was er zwanzig Jahre später in verschiedener Form oft und ausdrücklich wiederholte: „Es scheint fast, als ob .... die Krone einer Rechtfertigung bedürfe, wenn sie der Stimme des Armen ihr Ohr leiht. Die Könige von Preußen sind niemals Könige der Reichen vorzugsweise gewesen; schon Friedrich der Große als Kronprinz sagte: "Qand je serai roi, je serai un vrai roi des gueux." (Wenn ich König sein werde, dann werde ich ein wahrer König der „Gueusen" sein.) Er nahm sich den Schutz der Armuth vor. Dieser Grundsatz ist von unsern Königen auch in der Folgezeit bethätigt worden. An

ihrem Throne hat dasjenige Leiden stets Zuflucht und Gehör gefunden, welches entstand in Lagen, wo das geschriebene Gesetz in Widerspruch gerieth mit dem natürlichen Menschenrechte. Unsere Könige haben die Emancipation der Leibeigenen herbeigeführt, sie haben einen blühenden Bauernstand geschaffen; es ist möglich, daß es ihnen auch gelingen werde — das ernste Bestreben dazu ist vorhanden — zur Verbesserung der Lage der Arbeiter Etwas beizutragen. Der Weg, den Klagen der Arbeiter den Zugang zum Throne zu verschließen, wäre meines Erachtens nicht der rechte, und ich habe nicht den Beruf dazu. Man würde die Frage aufwerfen: Wie reich muß denn eine Deputation sein, damit ihr Empfang durch den König dem Herrn Reichenheim nicht den Eindruck eines „Puffs" macht?.... Wir, auf der Stelle, wo ich stehe, sind nicht gewohnt, die Klagen der Armuth als ein Spiel zu behandeln, auch nicht, sie mit Entschlossenheit in den Wind zu schlagen, wie dies vom Standpunkt des Wohlhabenden, gegen den die Klagen der Armuth gerichtet sind, vielleicht gewünscht werden mag. Wir sind nicht bereit, bei solchem „Spiel" mitzuwirken! Wenn der Herr Abgeordnete darauf aufmerksam macht, daß Se. Majestät in Bezug auf die Richtung Seiner Privatwohlthätigkeit irgend einen Rathgeber gehabt haben werde, so brauchte er nicht mit so vielen und über die Linie der Grazie hinausgehenden Gesticulationen auf mich zu zeigen. Der Rathgeber war ich! Und ich glaube, keinen schlechten Rath gegeben zu haben!"

Nach dem Tode Lassalles nahm die socialistische Bewegung unter Führung weniger fähiger, aber radicalerer Agitatoren eine immer ernstere Gestalt an. Es waren aber inzwischen andere Aufgaben an Bismarck herangetreten, welche die Weltgeschichte kennt und deren Lösung seine ganze Riesenkraft in Anspruch nahm. Dem Anwachsen der internationalen socialrevolutionären Bestrebungen suchte er, wie bereits früher erwähnt, auf internationalem Wege entgegenzutreten, womit er indessen keinen Erfolg hatte, bis auf den gegenseitigen Auslieferungsvertrag, der nach der Ermordung des Czaren Alexander II. mit Preußen und später mit Deutschland abgeschlossen wurde. Zur Wiederaufnahme seiner socialpolitischen Pläne fand Bismarck erst 1875 wieder Zeit. Der wirthschaftliche Niedergang, die Blutleere, wie er es bezeichnete, welche dem Gründerschwindel folgte, trieb ihn zum energischen Beginn der Steuer- und Zollreform, welche er auch, wie wir sahen, zur Festigung der Reichseinheit und Beschaffung eigener Einnahmen für das Reich für durchaus nöthig erachtete. Auch sollten durch ergiebige, indirecte Reichssteuern die Regierungen in den

Stand gesetzt werden, dafür drückende directe Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schulsteuern und andern drückenden directen Abgaben zu entlasten. Er faßte diese wirthschaftlichen Reformen, die ganz allein seiner Initiative entsprangen, von vornherein als positive Maßregeln zur Besserung der Lage der Arbeiter der Industrie wie der Landwirthschaft auf und vertrat seine Ansicht mit unvergleichlichem Geschick, wobei er den theoretischen Einwürfen der Opposition seine praktischen Kenntnisse aus dem Leben stets erfolgreich entgegensetzte, und wenn auch nicht die Volksvertreter, so doch das Volk überzeugte. Die Arbeitskraft des Kanzlers war eine fast übermenschliche, doch sie hatte ihre Grenzen. Man verlangte, oder erwartete wenigstens, von ihm die Initiative in allen Fragen der äußeren und inneren Politik, während die unermüdliche Opposition im Reden das Menschenmögliche, aber im Handeln, das heißt positiver Gesetzgebung, nichts zu Wege brachte. Keine einzige Maßregel zur Behandlung der Arbeiterfrage ging aus den Vorschlägen des Parlaments hervor, während der erschöpfte und oft körperlich schwer leidende Kanzler durch dringende Reichsgeschäfte und den Kampf gegen die Opposition so in Anspruch genommen blieb, daß er vor der Hand nicht an die ihm längst vorschwebenden socialen Reformen gehen konnte.

Bismarck war stets ein aufmerksamer Leser socialistischer Blätter gewesen und war genau mit der revolutionären, zu Gewaltthaten aufreizenden Tendenz derselben vertraut. Er war auch auf schlimme Folgen gefaßt, doch solche Attentate auf den alten Kaiser, wie sie 1878 erfolgten, hatte er nicht erwartet. „Ich konnte nicht glauben," sagte er im Reichstag, „daß ein Monarch, der mehr als irgend ein lebender, und ich möchte wohl sagen, auch als ein der Vergangenheit angehöriger, mit Einsetzung seines Lebens, seiner Krone, seiner monarchischen Existenz gethan hat, um die Wünsche und Bestrebungen seiner Nation zu verwirklichen, der dies mit einem gewaltigen Erfolge und dabei doch ohne jede Ueberhebung gethan hat, der dabei ein milder, volksfreundlicher Regent geblieben ist, eine populäre Figur.... wenn der von hinten mit Hasenschrot zusammengeschossen wird, ja, meine Herren, *an dieses Verbrechen reicht kein anderes heran*, da ist man auf jedes andere auch gefaßt. Dieser Blitz hat weithin die Situation beleuchtet und hat auch in die Wählerkreise der ganzen Monarchie hineingeleuchtet."

Als am 11. Mai 1878 das Attentat des moralisch verkommenen socialdemokratischen Burschen Hödel geschah, war der Reichstag in Sitzung. Fürst Bismarck, der sich krank in Varzin befand, gab von dort aus am nächsten Tage die Weisung, ein Gesetz gegen die Ausschreitungen der

Socialdemokratie vorzulegen. Schon am 14. Mai wurde ein Entwurf im Reichstag eingebracht, wonach den Socialdemokraten die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts genommen werden sollte. Die Liberalen aller Schattirungen verwarfen das Gesetz. Sie wollten nichts von Ausnahmemaßregeln wissen und erklärten das Vereins- und Versammlungsrecht für eine der theuersten Errungenschaften des Volkes. Das Centrum war gleichfalls gegen Ausnahmegesetze, weil die Katholiken unter den Maigesetzen, die gleichfalls Ausnahmegesetze seien, schmachten müßten. Außerdem machte Windthorst geltend, daß das einzige Mittel gegen die Socialdemokratie die Religion sei und letztere werde durch die Maigesetze vernichtet. . Am 24. Mai wurde die Vorlage mit 241 Stimmen gegen 57 vom Reichstage abgelehnt. Neun Tage später, am 2. Juni, erfolgte das scheußliche Attentat Nobilings, eines Menschen aus den gebildeten Ständen. Diese Unthat, mit ihren directen Folgen für den ehrwürdigen kaiserlichen Greis, betäubte ganz Deutschland. Bismarck begab sich sofort nach Berlin und unterzeichnete am 4. Juni die Ordre, durch welche der Kronprinz mit der Stellvertretung des schwer verletzten Kaisers beauftragt wurde. Von dem Reichstag war keine Abwehrmaßregel gegen die Socialdemokratie, zu der beide Attentäter gehörten, zu erwarten. Der Kronprinz löste ihn am 11. Juni auf und appellirte an das Volk. Vom 13. Juni bis 13. Juli leitete Bismarck die Verhandlungen des Berliner Congreß, nach dessem Schluß er sich nach Varzin begab, um dort eine neue Socialistenvorlage auszuarbeiten, die äußerst scharf war und die Amtsentlassung ohne Pension aller sich an der socialdemokratischen Bestrebung betheiligenden Beamten (er dachte dabei hauptsächlich an niedere Eisenbahnangestellte, die bei Aufständen und Truppentransport gefährlich werden könnten), sowie Aufhebung des Wahlrechts und Wählbarkeit für Socialdemokraten einschloß. Die Vorlage kam indessen aus dem Bundesrath in wesentlich abgeschwächter Form am 9. September vor den neuerwählten Reichstag.

Der Kanzler vertrat die Idee der Vorlage und entwickelte in zwei großen Reden seine Stellung zur Socialdemokratie. Vor ihm hatte der Socialdemokrat Bebel gesprochen und eine wunderbare Erzählung über Bismarcks persönlichen Beziehungen zu Lassalle und über seine Versuche, unter der Hand mit der Socialdemokratie zu practiren, zum Besten gegeben. Es spielten dabei Prinzen, Gräfinnen und ein bayerischer Gesandter eine Rolle. Bismarck ging darauf zunächst in humoristischer Weise ein und constatirte dann: „Ich kann versichern, daß ich nie in meinem Leben mit einem Socialdemokraten geschäftlich verhandelt habe und kein Socialdemokrat mit mir; denn Lassalle rechne

ich nicht dazu, das war eine viel vornehmere Natur als seine Epigonen, das war ein bedeutender Mann, mit dem man wohl sprechen konnte. Aber der Inhalt meiner Gespräche ist vollständig von Anfang bis Ende unwahr angegeben, und Herrn Bebel wird es gewiß lieb sein, das zu erfahren, denn ich stelle dadurch der Socialdemokratie das Zeugniß aus, daß sie nie mit der ministeriellen Macht gebuhlt hat, um sich zum Werkzeuge gegen andere Parteien gebrauchen zu lassen."

Ueber seine Beziehungen zu Lassalle sagte er dann: „Lassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfniß, mit mir in Beziehung zu treten, und wenn ich einmal Zeit gefunden haben werde, in alten Papieren zu suchen, glaube ich die Briefe noch zu finden, welche den Wunsch aussprechen und die Gründe enthalten, die mich bewegen sollten, seinen Wunsch zu erfüllen, und ich habe es ihm auch gar nicht schwierig gemacht. Ich habe ihn gesehen, und von dem Augenblick an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht „in jeder Woche drei- bis viermal" gesehen, sondern im ganzen dreimal, meinethalben viermal, ich weiß es nicht. Unsere Beziehungen konnten gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können? Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das du ot des (Ich gebe, damit Du giebst) eine Sache, die im Hintergrunde steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß: was kannst Du armer Teufel geben? — er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war Etwas, das mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Den kümmerlichen Epigonen, die sich jetzt mit ihm brüsten, hätte er ein quos ego zugeschleudert, sie mit Hohn in ihr Nichts zurückgewiesen, und würde sie außer Stande gesetzt haben, seinen Namen zu mißbrauchen. Lassalle war ein energischer und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war; unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert und ich habe es immer bedauert, wenn sie beendet waren.... Von Verhand-

lungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich in unsern Unterredungen wenig zu Worte kam, er trug die Kosten der Unterhaltung allein, aber er trug sie in angenehmer und liebenswürdiger Weise, und Jeder, der ihn kannte, wird mir in der Schilderung recht geben. Er war nicht der Mann, mit dem man bestimmte Abmachungen über das du ot des abschließen konnte, aber ich bedaure, daß seine politische Stellung und die meinige mir nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren, aber ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als Gutsnachbarn zu haben. Wenn dieser Mann durch seinen Geist und seine Bedeutung mich anzog, so ist es ja, abgesehen davon, meine Pflicht als Minister, mich über die Elemente, mit denen ich zu thun habe, zu belehren, und ich würde auch, wenn Herr Bebel den Wunsch hätte, sich Abends mit mir zu unterhalten, ihm nicht ausweichen, ich würde daran vielleicht die Hoffnung knüpfen, daß ich endlich auch erführe, wie Herr Bebel und Genossen sich den Zukunftsstaat, auf den sie uns durch Niederreißen alles Dessen, was uns theuer ist und schützt, vorbereiten wollen, eigentlich denken. Es ist das Besprechen außerordentlich schwierig, so lange wir darüber in demselben Dunkel tappen, wie die gewöhnlichen Zuhörer bei den Reden in socialdemokratischen Versammlungen; sie erfahren auch nichts davon, es wird versprochen, es werde besser werden, es gäbe bei wenig Arbeit mehr Geld, — woher es kommt, sagt kein Mensch, namentlich woher es auf die Dauer kommt, wenn die Theilung, die Beraubung der Besitzenden einmal geschehen sein wird; dann wird vielleicht der Arbeitssame wieder reich werden und der Faule und Ungeschickte wieder arm, und wenn das nicht ist, wenn Jedem das Seinige von oben her gleichmäßig zugewiesen werden soll, geräth man in eine zuchthausmäßige Existenz, wo Keiner seinen selbständigen Beruf und seine Unabhängigkeit hat, sondern Jeder unter dem Zwang der Aufseher steht. Und jetzt im Zuchthaus, da ist wenigstens ein Aufseher zur Controlle, das ist ein achtbarer Beamter, über den man sich beschweren kann; aber wer werden die Aufseher sein in dem allgemeinen socialistischen Zuchthaus? Das werden die Redner sein, die durch ihre Beredtsamkeit die große Masse, die Majorität der Stimmen für sich gewinnen, gegen sie wird kein Appell sein, das werden die erbarmungslosesten Tyrannen und die andern Knechte der Tyrannen sein, wie sie je erfunden wurden. Ich glaube, Niemand wird in solchen Verhältnissen leben mögen, wenn er sich dieses Ideal ausmalt, das wir so durch die Ritzen zu erfahren kriegen, — denn offen hat noch keiner der Herren ein positives Programm geben wollen; sowie sie mit einem solchen auftreten würden, wie sie wirklich sich die Zukunft zu gestalten denken, so lacht sie

jeder einsichtige Arbeiter aus, und dem wollen sie sich nicht aussetzen; deshalb hören wir nie von einem positiven Programm, nur von der Negation des Bestehenden. Alles das hat mich nicht abgehalten, für die verständigen Bestrebungen, die damals noch den Hauptkern in der Socialdemokratie bildeten, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen stets ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben, und auch was mir Lassalle darüber mittheilte, war anregend und lehrreich; denn er wußte viel und hatte viel gelernt — das möchte ich den Herren, die seine Nachfolger werden wollen, zunächst auch empfehlen."

Auf die Frage kommend, wann und warum er in seinen Bemühungen um die socialen Verhältnisse anderer Ansicht geworden sei, sagte der Kanzler; „Es stammt dies von dem Augenblick her, wo in versammeltem Reichstag der Abgeordnete Bebel oder Liebknecht, in pathetischem Appell die französische Commune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich die Wucht der Ueberzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden; ich war inzwischen abwesend gewesen durch Krankheit und Krieg, ich habe mich dabei nicht um diese Dinge bekümmert — aber jener Anruf der Commune war ein Lichtstrahl, der in die Sache fiel, und von diesem Augenblick an habe ich in den socialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Nothwehr befindet. Die Versuche, die ich bei verschiedenen Akten der Gesetzgebung dagegen gemacht habe, sind ja bekannt und in der Erinnerung des Reichstages; Sie wissen ja, ich bin damit nicht durchgekommen, ich habe darüber sogar viele Vorwürfe hören müssen, aber von jenem Augenblick an hat es an Versuchen, den Socialismus entgegenzutreten, nicht gefehlt.... Ist denn dieser rhetorische Appell, der damals an die Commune gerichtet wurde, dieser Appell an die Drohungen und die Gewaltthat, ist denn der blos als eine rhetorische Form zu nehmen, hat er sich denn nicht in langjähriger Preßthätigkeit fortgesetzt? Seit Jahren habe ich diese Presse beobachtet, die Aufforderung zur Gewaltthat und die Vorbereitung auf künftige Gewaltthat ist ja in der Presse sehr erkennbar, wenn es auch nicht immer so deutlich wird, wie in den letzten Wochen."

Des Weiteren erwähnte er socialdemokratische Zeitungsartikel, in denen die Gesetzgeber, wofern sie sich dem Socialismus entgegenstellten, mit „Hinrichtung" bedroht wurden. Er bemerkte dazu: „Ja, meine Herren, wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen stehen sollten, dann verliert jede

Existenz ihren Werth, und ich hoffe, daß der Reichstag den Regierungen, dem Kaiser, der den Schutz für seine Person, für seine preußischen Unterthanen und seine deutschen Landsleute verlangt, — daß wir ihm zur Seite stehen werden! Daß bei der Gelegenheit vielleicht einige Opfer des Meuchelmords unter uns noch fallen werden, das ist ja sehr wohl möglich, aber jeder, dem das geschehen könnte, mag eingedenk sein, daß er zum Nutzen, zum großen Nutzen seines Vaterlandes auf dem Schlachtfelde der Ehre bleibt!"

In einer späteren Rede, nachdem der Gesetzvorschlag in veränderter Form aus der Commission zurückgekommen war, kam Fürst Bismarck auf das Wesen und den Ursprung der Socialdemokratie zu sprechen. Er sagte unter Anderem: „Ich werde jede Bestrebung fördern, welche positiv auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist, also auch einen Verein, der sich den Zweck gesetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, den Arbeitern einen höheren Antheil an den Erträgnissen der Industrie zu gewähren und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen, soweit die Grenzen, die durch die Concurrenz und die absatzfähige Fabrikation gegeben sind, beide Bestrebungen noch gestatten. Solche Vereine mit positivem Zweck sind auch in Deutschland gar keine Neuerung; Sie finden sie vor mehr als einem halben Jahrtausend in derselben Thätigkeit wie heute. Sie haben im Anfang des 14. Jahrhunderts in den großen deutschen Städten von Breslau bis Kolmar Beispiele von — Strikes, könnte ich in dem heutigen Wortgebrauche sagen, von Strikes der Gesellen und Arbeiter....Man hat sie mit wechselndem Glück geführt. Bald haben die Meister mit dem heutigen "lock out" geantwortet, bald haben sie nachgegeben, bald sind sie aus der Stadt vertrieben worden, und die Gesellen haben sich des Handwerks bemächtigt. Aber immer waren es positive Bestrebungen und Zwecke, die man zu fördern suchte, ganz bestimmte Forderungen, und der Gedanke, sich an den Rechten dritter zu vergreifen, die außerhalb der gewerblichen und gegenseitigen Beziehungen standen, der Gedanke, das Eigenthum anzutasten, den Glauben an Gott und die Monarchie zu untergraben, kam keinem Menschen bei, und die Sache ging ihren Weg der rein materiellen Interessen. Selbst in den großen Excessen des Bauernkriegs, wo die volle Herrschaft der gewaltthätigen und ungebildeten Begehrlichkeit zum Durchbruch gekommen war, — wenn Sie dort die Verträge lesen, welche die Bauernschaft mit einzelnen gar nicht gut berüchtigten Rittern abgeschlossen hat, finden Sie nie, daß über das nothwendige Bedürfniß das Eigenthum dieser friedlichen Edelleute angegriffen war;

Sie finden immer nur Verträge wegen Bruchs der Mauern eines festen Schlosses, wegen Auslieferung der Geschütze und Feuergewehre, wegen Abschaffung der reisigen Knechte, kurz und gut eine Sicherstellung; aber diesen damaligen Communisten ist es nicht eingefallen, das Eigenthum selbst ihrer Feinde antasten zu wollen. Und wenn ich damit eine Scheidewand für dasjenige errichte, was die verbündeten Regierungen, wenigstens unter meiner Mitwirkung, nicht bekämpfen und was sie bekämpfen, so kann ich das wesentlich mit den Worten positive Bestrebungen und negative Bestrebungen. Sobald uns von socialdemokratischer Seite irgend ein positiver Vorschlag entgegenträte oder vorläge, wie sie in vernünftiger Weise die Zukunft gestalten wollen, um das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, so würde ich mich wenigstens einer wohlwollenden entgegenkommenden Prüfung der Sache nicht entziehen und selbst vor dem Gedanken der Staatshülfe nicht zurückschrecken, um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen.... Wie steht aber heute die Sache? Hier steht die reine Negation gegenüber dem Einreißen, ohne daß Jemand auch nur eine Andeutung gibt, was anstatt des Daches, das uns jetzt deckt, gebaut werden soll, wenn es niedergerissen ist. Wir befinden uns lediglich im Stadium der Untergrabung und des Umsturzes, im Stadium der Negation. Seit elf Jahren haben wir den Vorzug, mit Socialdemokraten gemeinschaftlich zu tagen; ist Ihnen bei den langen Reden auch nur eine einzige in Erinnerung, wo auch der leiseste Schatten eines positiven Gedankens, eines Vorschlages über das, was künftig werden soll, über die Gestaltung, über das Programm, das diesen Herren vorschwebt, nachdem sie das Bestehende in Bresche gelegt haben....ist Ihnen etwas Derartiges erinnerlich? Ich kenne nichts derart und glaube auch den Grund zu wissen, warum die Herren darüber, wie sie die Welt künftig gestalten wollen, wenn sie die Herren wären, sorgfältig schweigen: sie wissen es nicht, sie wissen in dieser Beziehung nichts, sie haben auch den Stein der Weisen nicht. Sie können die Versprechungen niemals halten, mit denen sie jetzt die Leute verführen. Das ist einfach das Geheimniß, weshalb darüber ein tiefes Stillschweigen beobachtet wird. — Ich weiß nicht, wer von Ihnen durch Krankheit so viel Zeit gehabt hat, um einmal den verschleierten Propheten von Moore zu lesen, der sein Gesicht sorgfältig verdeckte, weil, sobald der Schleier gelüftet wurde, es in seiner ganzen abschreckenden Häßlichkeit Jedermann vorstand. An diesen verschleierten Propheten von Chorasan erinnert mich die wilde Führung, der ein großer Theil unserer sonst so wohlgesinnten arbeitenden Klassen verfallen ist. Sie haben das Angesicht von Mokana nie gesehen;

wenn sie es sehen würden, würden sie davor erschrecken, sie würden ein Leichengesicht erblicken. Daß die Herren nun mit den dunklen Versprechungen, denen sie nie eine ausgeprägte Form gegeben haben, Anklang gefunden haben, das ist bei dem, der überhaupt nicht mit seiner Lage zufrieden ist, namentlich wenn er seine Unzufriedenheit mit der germanischen Energie empfindet und geltend macht, nicht so außerordentlich schwer. Wenn sie den Leuten, die zwar lesen können, aber das Gelesene nicht beurtheilen — und die Fähigkeit des Lesens ist bei uns viel verbreiteter als in Frankreich und England, die Fähigkeit des praktischen Urtheils über das Gelesene vielleicht minder verbreitet als in den beiden Ländern — wenn sie den Leuten glänzende Versprechungen machen, dabei in Hohn und Spott, in Bild und Wort alles, was ihnen bisher heilig gewesen ist, als einen Zopf, eine Lüge darstellen, alles das, was unsere Väter und uns unter dem Motto: „Mit Gott, für König und Vaterland!" begeistert und geführt hat, als eine hohle Redensart, als einen Schwindel hinstellen, ihnen den Glauben an Gott, den Glauben an unser Königthum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, den Glauben an die Familienverhältnisse, an den Besitz und die Vererbung dessen, was sie für ihre Kinder erwerben.... wenn sie ihnen alles das nehmen, so ist es doch nicht allzu schwer, einen Menschen von geringem Bildungsgrad dahin zu führen, daß er schließlich mit Faust spricht: „Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben, und Fluch vor allem der Geduld!" Ein so geistig verarmter und nackt ausgezogener Mensch.... was bleibt denn dem übrig, als eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen, die allein ihn noch mit diesem Leben versöhnen können? Wenn ich zu dem Unglauben gekommen wäre, der diesen Leuten beigebracht ist.... ja, meine Herren, ich lebe in einer reichen Thätigkeit, in einer wohlhabenden Situation, aber das alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag länger zu leben, wenn ich das nicht hätte, was der Dichter nennt: „An Gott und bessere Zukunft glauben." Rauben Sie das dem Armen, dem Sie gar keine Entschädigung gewähren können, so bereiten Sie ihn eben zu dem Lebensüberdruß vor, der sich in Thaten äußert, wie diese, welche wir erlebt haben."

Das Aufwuchern des radicalen Socialismus in Deutschland führte er größtentheils darauf zurück, daß die Umstürzler, nachdem die Commune in Paris mit schonungsloser Gewalt vernichtet war und der Boden Frankreichs zu heiß wurde, sich nach Deutschland wandten, welches sie für ein geeignetes und durch die Fortschrittspartei wohl vorbreitetes Feld hielten. Er sagte diesbezüglich: „Deutschland, ein Land mit hervorragender Freude an der Kritik, namentlich wenn sie die Regierung betrifft, ein Land, in

dem der Angriff auf einen Minister, das Tadeln eines Ministers noch heute für eine That gilt, als ob wir noch Anno Dreißig lebten, — ein Land, wo die Anerkennung für irgend Etwas, das die Regierung thut, gleich in den Verdacht des Servilismus bringt, ein Land, in dem die Operationsbasen des Socialismus, die großen Städte, durch die fortschrittliche Bearbeitung sehr sorgfältig vorbereitet waren, wo die Discreditirung der Behörden und der Institutionen durch die fortschrittliche Agitation bereits einen sehr hohen Grad erreicht hatte, — das hatte sein Anziehendes. Der Fortschritt ist, um landwirthschaftlich zu sprechen, eine sehr gute Vorfrucht für den Socialismus als Bodenbereiter, er gedeiht danach vorzüglich. Daß beide sich äußerlich, wenigstens in Reden — in Thaten haben wir es noch nicht erlebt — bekämpfen, nun, das mag auch von der Eigenart der Fruchtarten gelten, die doch gern und gedeihlich aufeinander folgen. Thatsache ist aber, sie fanden die Achtung vor den Institutionen zerstört, die Neigung, sie in Bild und Wort mit Hohn zu überhäufen, die Freude an diesem Hohn bei jedem Philister, der nachher froh ist, wenn er aus den Folgen dieses Hohnes gerettet wird, fanden sie ganz außerordentlich entwickelt — kurz und gut, sie erkannten hier das Land, von dem sie sagten: lasset uns Hütten bauen. Der Deutsche hat an und für sich eine starke Neigung zur Unzufriedenheit. Ich weiß nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsmann kennt. Ich kenne sehr viele Franzosen, die vollständig mit ihrem Geschick, mit ihren Erlebnissen zufrieden sind. Wenn sie ein Handwerk ergreifen, so stellen sie sich die Aufgabe, durch dasselbe, wenn's möglich ist, vielleicht bis zum 45., 50. Jahre eine gewisse Vermögensquote zu erreichen; haben sie dieselbe, so ist ihr ganzer Ehrgeiz, sich als Rentier bis zu ihrem Lebensende zurückzuziehen. Vergleichen Sie damit den Deutschen; dessen Ehrgeiz ist von Hause aus nicht auf eine nach dem 50. Jahre zu genießende mäßige Rente gerichtet, — sein Ehrgeiz ist schrankenlos. Der Bäcker, der sich etablirt, will nicht etwa der wohlhabendste Bäcker in seinem Ort werden, nein, er will Hausbesitzer, Rentier, er will nach seinem größeren Berliner Ideal schließlich Bankier, Millionär werden. Sein Ehrgeiz hat keine Grenze. Es ist das eine Eigenschaft, die ihre sehr guten Seiten hat, es ist die deutsche Strebsamkeit, sie steckt sich ihr Ziel niemals zu kurz — aber sie hat auch für die Zufriedenheit im Staat ihr sehr Bedenkliches, namentlich in den untern Beamtenklassen. Wo ist der Beamte, der in der Erziehung seiner Kinder nicht eine Stufe höher hinauf steigen will, als er sie selbst gehabt hat? Und die Folgen dieser Unzufriedenheit sind, daß ein großer Theil unserer Subalternbeamten von der socialistischen Krankheit angesteckt ist."

Der Kanzler beleuchtete zum Schluß die unselige Zersplitterung des Reichstags in Fractionen und wandte sich an die staatserhaltenden Parteien, die National-Liberalen und Conservativen, mit der dringenden Bitte, zusammen eine feste, sich gegenseitig vertrauende Phalanx zu bilden, die im Stande sei, allen Stürmen, denen das deutsche Reich ausgesetzt sei, wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Am 19. Oktober 1878 wurde das Socialistengesetz mit 221 gegen 149 Stimmen auf die Dauer von 2½ Jahren angenommen. Dafür stimmten sämmtliche National-Liberale und Conservative, die Gruppe Löwe, einige Fortschrittler und einzelne „Wilde". Dagegen die große Mehrheit der Fortschrittler, das gesammte Centrum nebst Particularisten, Polen und Socialdemokraten. Das Gesetz, welches die Regierung zu scharfen Maßregeln gegen Verbreitung socialistischer Lehren und Hetzereien gegen die bestehenden Einrichtungen ermächtigte, wurde von Bismarck niemals für ausreichend streng genug gehalten. Er vermochte indessen keine Verschärfung zu erzwingen, sondern hatte vielmehr seine ganze Kraft und Tactik aufzubieten, um nur die Verlängerung des Socialistengesetzes, welches 1880, 1884, 1886 und 1888 jedesmal mit knapper Noth dem Reichtag abgerungen wurde, zu erzielen. Daß die Zahl der für socialdemokratische Candidaten abgegebenen Stimmen (die durchaus nicht alle als für Etablirung des „Zukunftsstaates" abgegeben zu betrachten sind) trotzdem stieg, ist kein Beweis für die vielfach behauptete Unwirksamkeit oder gar umgekehrte Wirkung des Socialistengesetzes, denn Niemand kann sagen, welche Schäden dem deutschen Reiche erwachsen wären, wenn die socialdemokratische Presse und Agitation in derselben zügellosen Weise, wie sie zu den Attentaten von 1878 führte, hätte fortdauern dürfen.

Nachdem Bismarck so dafür gesorgt hatte, daß den socialdemokratischen Bestrebungen, soweit dieselben seiner Ansicht nach die Existenz des Staates und aller Cultur bedrohten, der Stempel des gesetzlich Verbotenen und unbedingt zu Unterdrückenden aufgeprägt wurde, stellte er sich die Aufgabe, den *berechtigten Forderungen*, welche er als die eigentlichen inneren Träger der ganzen Arbeiterbewegung erkannte, soweit wie unter den gegebenen Verhältnissen möglich, entgegenzukommen und die *wahren Bedürfnisse* der handarbeitenden Klassen nach Kräften zu befriedigen. Mit anderen Worten, der Kanzler unternahm die *praktische Lösung* der Arbeiterfrage. Ein vorbereitender Schritt dazu war die Errichtung eines *Volkswirthschaftsrathes*. Derselbe sollte eine dauernde Einrichtung zur *sachverständigen* Vorberathung aller wirthschaftlichen Gesetzesvorlagen sein und waren aus Vertretern des Handels, der

Gewerbe und der Landwirthschaft, zum Theil also auch ausdrücklich aus Arbeitern, bestehen. Es sollten dadurch, was Bismarck für ein dringendes Bedürfniß der Regierungen sowohl wie der Parlamente hielt, auch Diejenigen an geeigneter Stelle zu Worte kommen, welche die Wirkung der Gesetze am meisten zu empfinden haben. Obwohl diese vortreffliche Einrichtung 1880 zunächst nur für Preußen geschaffen wurde, war sie doch von vornherein als eine Reichsinstitution gedacht. Doch der Reichstag lehnte das ab. Die Herren Politiker fühlten sich arg beleidigt, daß man sie, die doch durch ihre Erwählung durch das souveräne Volk die Weihe der Allwissenheit erhalten hätten, eines sachverständigen Beiraths für bedürftig erachtete. Sie fürchteten, daß der Volkswirthschaftsrath ihnen, die Alles durch schwungvolle Reden erledigen zu können glaubten, durch praktisches sachkundiges Handeln eine schlimme Concurrenz machen und das Ansehen des Parlaments untergraben würde. Damit hatten sie sicherlich Recht. Bismarck sagte der Opposition diesbezüglich folgende Wahrheit ins Gesicht: „Daß Sie uns die Mittel versagen, Ihnen sorgfältig allseitig geprüfte Vorlagen zu bringen, ist in der That eine außerordentliche Härte und eine Hemmung der Staatsmaschine und des einen Gliedes der Gesetzgebung, welches mit Ihnen zusammen arbeiten soll. Sie sollten uns helfen, uns aufzuklären, Sie sollten mit Freuden das Bekenntniß der Regierung ergreifen, daß die Regierung nicht allwissend ist und nicht in bureaukratischer Allmacht vom beschränkten Unterthanenverstand — wie das früher geschehen sein soll — spricht, sondern sich an diesen Unterthanenverstand vertrauensvoll wendet. Dieses Vertrauen fehlt Ihnen, meine Herren. *Darum liegt eine Verachtung des Volks und des praktischen Lebens in Ihrer Weigerung.*"

Der Kanzler ließ sich aber durch die ablehnende Haltung der Opposition keinen Augenblick abhalten, seine socialpolitischen Reformen in Angriff zu nehmen. Die erste Vorlage war die *Arbeiter-Unfallversicherung*. Die Rede, welche Bismarck am 2. April 1881 im Reichstag dazu hielt, war der Beginn eines neuen Zeitabschnitts in der Weltgeschichte, insofern die deutschen Regierungen damit die Nothwendigkeit des staatlichen Eingreifens zum Schutz der wirthschaftlich Schwachen anerkannten und den Grundsatz der *Staatshülfe* vor aller Welt verkündeten. Der Gesetzentwurf war der *erste Schritt* in dieser neuen, wahrhaft fortschrittlichen Richtung Bismarcks.

„Das Feld der Gesetzgebung," sagte der Kanzler beginnend, „welches mit diesem Gesetz betreten wird, ... berührt eine Frage, die wahrscheinlich von der Tagesordnung sobald nicht abkommen wird. Seit 50 Jahren

sprechen wir von einer socialen Frage. Seit dem Socialistengesetz ist von amtlicher, hochstehender Seite und aus dem Volke immer die Mahnung an mich herangetreten: es sei damals versprochen, es müsse auch positiv etwas geschehen, um die Ursachen des Socialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beseitigen....ich glaube nicht, daß mit der socialen Frage, die seit 50 Jahren vor uns schwebt, unsere Söhne oder Enkel vollständig ins Reine kommen werden. Keine politische Frage kommt überhaupt zu einem vollständigen mathematischen Abschluß, so daß man Bilanzen nach den Büchern ziehen kann; sie stehen auf, haben ihre Zeiten und verschwinden schließlich unter anderen Fragen der Geschichte; das ist der Weg einer organischen Entwickelung. Ich halte es für meinen Beruf, diese Frage ohne Parteileidenschaft, ohne Aufregung — ich bedauere, daß die Parteifragen so hineinspielen, — in Angriff zu nehmen, weil ich nicht weiß, wer sie mit Erfolg in Angriff nehmen soll, wenn es die Reichsregierung nicht thut.....Ich bin der Meinung, daß das "laisser faire, laisser aller", „das reine Manchesterthum in der Politik", „daß jeder sehe, wie er's treibe, jeder sehe, wo er bleibe", „wer nicht stark genug ist, zu stehen, wird niedergerannt und zu Boden getreten", „wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen," — daß das im Staat, namentlich im monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne, im Gegentheil, ich glaube, daß diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutz des Schwächeren verabscheuen, ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es capitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie, beiwohnt, zum Gewinn eines Anhanges, zur Unterdrückung der anderen, zur Anbahnung einer Parteiherrschaft ausbeuten wollen und verdrießlich werden, sobald ihnen dieses Beginnen durch irgend einen Einfluß der Regierung gestört wird."

Er führte dann aus, daß der Zuschuß, den der Staat zur Erhaltung der Arbeiter-Versicherungscasse, der jeder Arbeiter beitreten müsse, vergleichsweise sehr gering sei. Es sei in Wahrheit nicht mehr, als der Unterschied zwischen dem, was die bisherige Localarmenpflege für verunglückte Arbeiter zu leisten habe, und Demjenigen, was ihm in Zukunft zukommen solle. „Nur diese Differenz können Sie als Neuleistung dem Staate anrechnen, und es fragt sich da, ist diese Differenz des damit erstrebten Zieles, daß der Arbeiter eine würdigere und reichlichere Verpflegung hat, wenn er verunglückt ist, und nicht vor Gericht erst sein Recht zu erkämpfen, sondern von Hause aus den mäßigen Zuschuß hat, welcher dabei vom Staate gefordert wird, ist der gleichwerthig mit dem Vortheile, welcher erreicht wird? Ich

glaube das im höchsten Maße bejahen zu können. Vor dem Verhungern ist der invalide Arbeiter durch unsere heutige Armengesetzgebung geschützt. Nach dem Landrechte wenigstens soll Niemand verhungern, ob es nicht dennoch geschieht, weiß ich nicht. Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf sein Alter und seine Zukunft blicken zu lassen, und es liegt in diesem Gesetze auch die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein Peculium an sich trägt, über das Niemand außer ihm verfügen kann, und das ihm auch nicht entfremdet werden kann, über das er als Armer selbständig verfügt und das ihm manche Thür leichter öffnet, die ihm sonst verschlossen bleibt und ihm in dem Hause, in dem er Aufnahme gefunden hat, eine bessere Behandlung sichert, wenn er den Zuschuß, den er mit hineinbringt, aus dem Hause auch wieder entfernen kann. Wer den Armenverhältnissen in großen Städten selbstprüfend näher getreten ist, wer auf dem Lande namentlich den Gemeindearmen nachgespürt hat, und selbst auf den bestverpflegten, guten Gemeinden hat beobachten können, wie ein Armer, namentlich wenn er körperlich schwach und verkrüppelt ist, unter Umständen im Hause von Stiefmüttern, von Verwandten irgend einer Art, von sehr nahen Verwandten mitunter behandelt wird, der muß eingestehen, daß jeder gesunde Arbeiter, der dies mit ansieht, sich sagt: es ist doch fürchterlich, daß ein Mensch auf diese Weise durch die Behandlung in dem Hause, welches er früher bewohnte, herunterkommt, wo der Hund seines Nachfolgers es nicht schlimmer hat. Das kommt vor! Welche Waffe hat ein schwacher Krüppel dagegen, wenn er in die Ecke gestoßen und hungrig ernährt wird? Er hat gar keine! Hat er aber nur 100 oder 200 Mark für sich, so besinnt sich das Haus schon sehr, bevor es ihn drückt. Wir haben es bei den Kriegsinvaliden sehen können, wenn nur sechs oder fünf Thaler gegeben werden, das ist für einen Armenhaushalt auf dem Lande schon etwas Baares, wo die kleinrechnende Frau sich sehr besinnt, daß sie den Kostgänger, der Geld einbringt, nicht verdrießlich macht und los wird.... Die Aufgabe der Regierung ist, den Gefahren ruhig und furchtlos in's Auge zu sehen, aber auch die Vorwände, die zur Aufregung der Massen benutzt werden, die sie für verbrecherische Lehren erst aufnahmsfähig machen, so viel an uns ist, zu beseitigen. Nennen Sie das Socialismus oder nicht, es ist mir das ziemlich gleichgültig.... Wenn ich einen Namen finden wollte, so ist es der: Praktisches Christenthum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Reden und Redensarten

bezahlen, sondern wo wir ihnen wirklich Etwas gewähren wollen. Aber umsonst ist der Tod! Wenn Sie nicht in die Tasche und in die Staatscasse greifen wollen, dann werden Sie nichts fertig bekommen."

Den Zwangsbeitritt erklärte der Kanzler nur durch das Princip des Staatszuschusses für zulässig. „Ich würde nicht den Muth haben, den Zwang auszusprechen, wenn der Staat nicht auch gleichzeitig einen Zuschuß anbietet. Würde der Zwang ausgesprochen, so ist es nothwendig, daß das Gesetz zugleich ein Versicherungsinstitut beschafft, welches wohlfeiler und sicherer ist als jedes andere. Man kann nicht den Sparpfennig des Armen jedem Concurse aussetzen, man kann auch nicht zugeben, daß ein Abzug von den Beiträgen als Dividende oder zur Verzinsung von Actien gezahlt würde. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ja seinen Angriff auf das Gesetz wesentlich mit der Klage über den Ruin der Versicherungs-Gesellschaften — er hat sich stark ausgedrückt — begründet; er hat gesagt, daß diese zerdrückt, zermalmt werden würden, und er hat gesagt, daß diese Versicherungs-Gesellschaften sich um die Dankbarkeit ihrer Mitbürger bewürben. Ich habe immer geglaubt, sie bewürben sich um das Geld ihrer Mitbürger. Wenn sie aber auch Dankbarkeit noch zu Buch bringen können, so ist das eine geschickte Operation. Daß sie aber als edle Seelen sich für die Arbeiterinteressen bei der Errichtung ihrer Versicherungs-Institute auf Aktien zu opfern bereit waren, habe ich nie geglaubt, ich würde mich schwer davon überzeugen."

Bezüglich des von den Fortschrittlern erhobenen unverständlichen Vorwurfs, der Staat wolle mit dem Gesetze der Großindustrie einen Vortheil zuwenden, sagte Bismarck: „Ich weiß nicht, warum Sie gerade bei der Regierung eine blinde, parteiische Vorliebe für die Großindustrie voraussetzen. Es sind die Großindustriellen ein allerdings meistens vom Glück begünstigter Theil unserer Bevölkerung, das erregt kein Wohlwollen bei Anderen; ihre Existenz aber zu schwächen und zu schmälern, wäre doch ein sehr leichtsinniges Experimentiren. Wenn wir die Großindustrie, wie wir sie haben, fallen lassen, wenn wir es dahin kommen ließen, daß sie mit dem Auslande nicht mehr concurrenzfähig bliebe, wenn wir ihr Lasten auferlegen wollten, von denen nicht bewiesen ist, ob sie dieselben tragen könnte, so würden wir damit vielleicht Beifall bei Allen finden, die mit Aerger Jeden sehen, der reicher ist als Andere, namentlich als sie selbst. Aber bringen Sie die Großindustriellen zu Fall, was machen Sie dann mit den Arbeitern? Dann ständen wir wirklich vor der Frage, die der Herr Abgeordnete Richter sorgend anregte, daß wir an die Organisation der Arbeit gehen müßten; denn wir könnten, wenn ein Etablissement zu Grunde geht,

das 20,000 und mehr Arbeiter beschäftigt, wenn es zu Grunde geht, weil die Großindustriellen stets der öffentlichen Meinung und der Gesetzgebung als gemeinschädlich und lange nicht genug besteuert denuncirt werden, wenn sie dann erlagen, — wir könnten doch nicht 20,000 und mehr Arbeiter verkommen und verhungern lassen. Wir müßten dann zu wirklichem Staatssocialismus greifen und für diese Leute Arbeit finden, wie wir dies ja bei jedem Nothstande thun. Wenn die Einwendung des Herrn Abgeordneten Richter richtig wäre, daß man sich vor der Möglichkeit des Staats-Socialismus wie vor einer ansteckenden Krankheit hüten müsse, wie kommen wir darauf, bei Nothständen in einer oder der anderen Provinz Arbeiten zu organisiren, Arbeiten einzurichten, die wir sonst nicht machen würden, wenn die Arbeiter Beschäftigung und Verdienst hätten? Wir veranlassen in solchen Fällen den Bau von Eisenbahnen, deren Rentabilität zweifelhaft ist; wir veranlassen Meliorationen, die wir sonst Jedem auf eigene Rechnung überlassen. Ist das Communismus, so bin ich in keiner Weise dagegen, aber mit solchen principiellen Stichworten kommt man wirklich nicht vom Fleck."

Die Ideen Bismarcks bewegten sich auf zu neuem unbekannten Gebiet, als daß sie sofort die Unterstützung auch nur derjenigen im Reichstage gefunden hätten, welche sonst bereit waren, ihn auf allen seinen Wegen zu folgen. Sie drangen indessen in alle Kreise des Volkes und regten zu ernstem Nachdenken über die Aufgaben des Staates und die Schäden im modernen Erwerbsleben an. Der erste Entwurf eines Unfallversicherungs-Gesetzes war nicht viel mehr als ein Fühler gewesen, und es blieb im Ganzen noch unklar, in wie weit Bismarck dabei im Namen des Kaisers und der Regierungen seine socialpolitischen Reformen vertrat. Jeder Zweifel darüber wurde indessen durch die berühmte Reichstagsbotschaft Kaiser Wilhelms vom 17. November 1881 beseitigt. Diese Botschaft enthielt das ganze Programm der in Angriff zu nehmenden Arbeitergesetzgebung und erregte gewaltiges Aufsehen in der ganzen civilisirten Welt, weswegen man gemeiniglich die Eröffnung der „neuen Aera" vom Tage ihrer Verlesung im Reichstag datirt. Es heißt in diesem historischen Document: „Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der socialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression socialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem an's Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer

Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsre Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hülfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unsern darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags ohne Unterschied der Parteistellungen. In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstag stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Berathung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankencassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch das Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesammtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu Theil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in Form corporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein.....Wenn danach auf dem Gebiete der inneren Reichseinrichtungen weitgreifende und schwierige Aufgaben bevorstehen, deren Lösung in der kurzen Frist einer Session nicht zu bewältigen ist, zu deren Anregung Wir Uns aber vor Gott und Menschen, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben, verpflichtet halten, so macht es Uns um so mehr Freude, Uns über die Lage Unsrer auswärtigen Politik mit völliger Befriedigung aussprechen zu können."

Niemals hat Bismarck schwerer gegen den Parlamentarismus kämpfen

müssen, niemals aber that er es auch mächtiger, als in den folgenden Jahren, in denen er die socialpolitischen Reformen zum Verständniß und zur Anerkennung zu bringen unternahm. Seine Klagen über die öde doctrinäre Rechthaberei der Fractionen und die Unmöglichkeit, angesichts der absoluten Herrschaft der Fractionsführer, zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten zu gelangen, wurden immer heftiger und reizten die Opposition zu um so größerem Widerstand gegen die Gesetzvorlagen, welche mit den Haupttheorien des Liberalismus vollständig brachen. So erbittert aber auch die Opposition war und so offen und herausfordernd sie auch seinen Rücktritt für eine Wohlthat für das Land, für eine Rettung des Reiches vor unsäglichen Gefahren, erklärten, so stand er damals doch fester als je auf seinem Posten. Nicht nur, daß er sich mit seinem unerschütterlichen Willen die Durchführung seiner Arbeitergesetzvorlagen fest vorgenommen hatte, sondern den Gedanken an die Möglichkeit eines freiwilligen Rücktrittes, so lange sein alter Kaiser lebte, hatte er seit 1878 für immer von sich gewiesen. „Als ich meinen Herrn und König in seinem Blute liegen sah," sagte er, „gelobte ich im Stillen, daß ich nie gegen seinen Willen den Dienst eines Herrn verlassen würde, der seinerseits Leib und Leben bei Ausübung seiner Pflichten gegen Gott und Vaterland daran gesetzt hatte." Im preußischen Landtage sagte er: „Die Parteigegensätze, die bei uns noch obwalten, schwinden nur vorübergehend, wenn das Vaterland in hohen Wellen der Gefahr steht, das ist aber eigentlich nur in Kriegszeiten der Fall, und diese sind, Gott sei Dank! nicht vorhanden, es ist auch gar keine Aussicht dazu. Ich bin deshalb auf recht lange parlamentarische Kämpfe, auf länger, wie mein Leben dauern wird, in dieser Frage gefaßt, aber ich werde nicht um ein Haar breit darin schwanken, und wenn ich müde bin, werde ich ausruhen, aber in keiner Weise umkehren, und *ich werde auf der Bresche sterben*, so Gott will, vielleicht auf dieser Stelle dermaleinst, wenn ich nicht mehr leben kann. Ein braves Pferd stirbt in den Siehlen. Ich habe früher die Absicht zurückzutreten unumwunden erklärt, weil ich mich körperlich nicht leistungsfähig mehr fühlte, die Sache fortzusetzen, und weil ich bei meinen Collegen nicht überall die Unterstützung fand, deren ich bedurfte, — ich halte es für nützlich, zu constatiren, daß ich von dieser Velleität ganz zurückgekommen bin, es fällt mir nicht ein, zurückzutreten. J'y suis, j'y reste! (Hier bin ich und hier bleib ich.).... Es hat viel zu dieser meiner Ueberzeugung auszuhalten beigetragen, daß ich gesehen habe, *wer sich eigentlich freut, wenn ich zurücktrete*. Nachdem ich die Herren schärfer in's Auge gefaßt habe, die meinen Rücktritt wollen, da habe ich mir gesagt: ich muß dem Vaterlande noch zu etwas nütze sein,

wenn ich bleibe, und ich habe mich entschlossen, so lange ein Faden an mir ist, will ich dem Vaterlande dienen."

Im Jahre vorher hatte er in erschütternder Weise von seiner Müdigkeit gesprochen und den Satz eines französischen Schriftstellers über einen gewissen Staatsmann auf sich angewendet: „Er mußte der Gewalt des ungesättigten Hasses erliegen, der sich auf das Haupt eines Ministers häuft, welcher zu lange am Ruder bleibt," und er hatte hinzugefügt: „Ich bin müde, todmüde, und namentlich, wenn ich erwäge, gegen was für Hindernisse ich kämpfen muß, wenn ich für das deutsche Reich, für die deutsche Nation eintrete." Doch das neue Ziel, welches er sich gesteckt hatte, belebte ihn wiederum wunderbar. Alle seine Reden waren von der Kraft der Ueberzeugung getragen, daß er trotz alledem durchdringen werde. Weder die Conflicte im Parlament, noch die Wahlniederlage, welche die Regierungen in ihren Reformbestrebungen in den Industriestädten durch die Arbeiter selbst erlitten, vermochte ihn zu entmuthigen. Er verzweifele keinen Augenblick daran, „daß auch bei den bisher Schutzlosen im Staat sich die Ueberzeugung aus der Praxis allmählich einbürgern wird, daß der Staat nicht blos sich ihrer erinnert, wenn es gilt, Rekruten zu stellen, oder wenn es gilt, Classensteuern zahlen, sondern daß er auch an sie denkt, wenn es gilt, sie zu schützen und zu stützen, damit sie mit ihren schwachen Kräften auf der großen Heerstraße des Lebens nicht übergerannt und niedergetreten werden."

Der Unfallversicherungs-Gesetzentwurf, der im April 1881 dem Reichstag unterbreitet wurde, ging aus den Verhandlungen in so verstümmelter Gestalt hervor, daß seine Annahme den Regierungen unmöglich war. Ein zweiter Entwurf fand 1882 in einer Commission des nächsten Reichstags sein Ende. Dagegen wurde am 31. Mai 1883 das Krankencassen-Gesetz, welches die obligatorische Kranken-Versicherung für alle Arbeiter, ausgenommen der ländlichen, vom 1. December 1884 an einführte, angenommen, und damit war der erste Sieg für das Prinzig der Staatshülfe errungen. Als dann im März 1884 die Unfallversicherungs-Vorlage (behufs Regelung der Fürsorge für die durch Betriebsunfälle verunglückten Arbeiter und deren Hinterbliebenen) in sorgfältig neu ausgearbeiteter Form vor den Reichstag kam, waren die Fortschrittler oder „Deutschfreisinnigen" und die Socialdemokraten die einzigen, die noch principiellen Widerstand erhoben. Wir wollen aus der großen Rede des Kanzlers, die er am 15. März hielt, einige Stellen wählen, die seine Auffassung von den Pflichten des Staates und des Begriffes „Freiheit" kennzeichnen:

„Daß Jemand eine Privatversicherungs-Gesellschaft bildet, halte

ich nicht für unmoralisch, und ich halte es menschlich auch für ganz natürlich, daß er in diesem Geschäft die Verzinsung seiner Capitalien erstrebt, wenn es sein kann, auch einen erheblichen Ueberschuß, eine möglichst hohe Dividende. Aber die ungeheuerlichen Dividenden, welche einige Feuerversicherungs-Actiengesellschaften — 38 bis 50, oder wie viel Procent jährliche Dividende — verdient haben, halte ich in der That mit den Grundsätzen der öffentlichen Moral nicht vollständig vereinbar; wenigstens kann der Staat auf diesen Gedanken nicht eingehen. Etwas Anderes aber ist es, ob der Staat das Recht hat — unter „Staat" hier immer das Reich gedacht — ob der Staat das Recht hat, die Erfüllung einer staatlichen Pflicht, nämlich der, den Arbeiter vor Unfall und vor Noth, wenn er geschädigt oder wenn er alt wird, zu schützen, dem Zufall zu überlassen, daß sich Actiengesellschaften bilden, und daß diese von den Arbeitern und den Arbeitgebern so hohe Beiträge nehmen, wie sie nur irgend erreichen können. Ob er sich diesen Erscheinungen, diesen Schäden gegenüber der Erfüllung der Pflicht, seinerseits zur Verbesserung der Lage Etwas zu thun, entziehen will oder nicht, ist eine andere Frage. Sobald aber der Staat überhaupt diese Sache in die Hand nimmt, — und ich glaube, es ist seine Pflicht, sie in die Hand zu nehmen, so muß er die wohlfeilste Form erstreben und muß seinerseits keinen Vortheil davon ziehen, sondern den Vortheil der Armen und Bedürftigen in erster Linie im Auge behalten. Man könnte ja sonst die Erfüllung von bestimmten Staatspflichten, wie es also unter andern die Armenpflege im weitesten Sinne des Wortes ist, wie es die Schulpflicht und die Landesvertheidigung sind — man könnte ja die Erfüllung aller dieser Staatspflichten mit mehr Recht Actiengesellschaften überlassen und sich fragen, wer es am wirksamsten thut. Ist die Fürsorge für den Bedürftigen in höherem Maaße, als die jetzige Armengesetzgebung es thut, eine Staatspflicht, dann muß der Staat sie auch in die Hand nehmen, er kann sich nicht damit trösten, daß eine Actiengesellschaft das übernehmen wird. Es kommt dabei dasselbe zur Sprache, wie bei Privateisenbahnen, denen das Verkehrsmonopol ganzer Provinzen in Ausbeutung gegeben wurde. Ebenso kann man auch weiter glauben, daß die gesammte Staatspflicht schließlich der freiwilligen Bildung von Actiengesellschaften überlassen werden müsse. Das Ganze liegt in der Frage begründet: hat der Staat die Pflicht, für seine hülflosen Mitbürger zu sorgen, oder hat er nicht? Ich behaupte, er hat diese Pflicht, und zwar nicht blos der christliche Staat, wie ich mir mit den Worten „practisches Christenthum" einmal anzudeuten erlaubte,

sondern jeder Staat an und für sich. Diejenigen Zwecke, die der Einzelne erfüllen kann, wäre es Thorheit für eine Corporation oder gemeinsam in die Hand zu nehmen; diejenigen Zwecke, die die Gemeinde mit Gerechtigkeit und Nutzen erfüllen kann, wird man der Gemeinde überlassen. Es gibt Zwecke, die nur der Staat in seiner Gesammtheit erfüllen kann. Zu diesen letzten Zwecken gehört die Landesvertheidigung, gehört das allgemeine Verkehrswesen, gehört alles Mögliche, was in der Verfassung in Artikel 4 besagt ist. Zu diesen gehört auch die Hülfe der Nothleidenden und die Verhinderung solcher berechtigter Klagen, wie sie das wirklich nutzbare Material zur Ausbeutung durch die Socialdemokratie ja in der That gibt. Das ist die Staatsaufgabe, der wird sich der Staat nicht auf die Dauer entziehen können. Wenn man mir dagegen sagt, das ist Socialismus, so scheue ich das gar nicht. Es fragt sich, wo liegt die erlaubte Grenze des Staats-Socialismus? Ohne eine solche können wir überhaupt nicht wirthschaften. Jedes Armenpflegegesetz ist Socialismus. Es gibt ja Staaten, die sich vom Socialismus so fern halten, daß Armengesetze überhaupt nicht bestehen; — ich erinnere Sie an Frankreich. Aus diesen französischen Zuständen erklärt sich ganz natürlich die Auffassung des ausgezeichneten Socialpolitikers, Léon Say; in diesem spricht sich eben die französische Auffassung aus, daß jeder französische Staatsbürger das Recht hat, zu verhungern, und daß der Staat nicht die Verpflichtung hat, ihn an der Ausübung dieses Rechtes zu verhindern. Sie sehen auch, daß dort die socialen Zustände seit Jahren, seit der Regierung der Julimonarchie, nicht vollständig haben zur Ruhe kommen können, und ich glaube, daß Frankreich nicht auf die Dauer umhin können wird, etwas mehr Staats-Socialismus zu treiben, als es bisher getrieben hat. War nicht z. B. auch die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung glorioſen Angedenkens, an deren staatsrechtlicher Berechtigung, an deren Zweckmäßigkeit heutzutage Niemand mehr zweifeln wird, staatssocialistisch? Gibt es einen stärkeren Staats-Socialismus, als wenn das Gesetz erklärt, ich nehme dem Grundbesitzer einen bestimmten Theil des Grundbesitzes weg und gebe denselben an den Pächter, den er bisher darauf gehabt hat, und zwar nicht nach Maßgabe des Bedürfnisses dieses Pächters, wie es beispielsweise in Rußland geschehen ist, sondern nach Maßgabe der Größe des Pachtobjectes, wie es früher bestanden hat? Wer den Staats-Socialismus als solchen vollständig verwirft, muß auch die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung verwerfen, der muß überhaupt dem Staate das Recht absprechen, da,

wo sich Gesetz und Recht zu einer Kette und zu einem Zwang, der unsere freie Athmung hindert, verbinden, mit dem Messer des Operateurs einzuschneiden und neue und gesunde Zustände herzustellen. Für mich ist es ganz einerlei, ob diese Theorie Anklang findet; ich thue aus eigenem Antriebe meine Pflicht, ich halte dies für meine Pflicht und werde dafür kämpfen, so lange ich hier das Wort nehmen kann. Die Frage, ob ich damit Erfolg habe oder nicht, liegt mir außerordentlich fern, die geht mich nichts an; für die Abstimmungen des Reichstages sind die abstimmenden Herren verantwortlich, nicht ich, und wenn der Reichstag über das, was die verbündeten Regierungen vorschlagen, anderer Meinung ist, so bin ich weit entfernt, dies, wie gewöhnlich der triumphirende Ausdruck der Opposition lautet, als eine Niederlage der Regierung zu betrachten. Ja, wer die Niederlage dabei erleidet — plectuntur Achivi (das Volk). Ist das Gesetz, das sie abgelehnt haben, wirklich objectiv betrachtet ein gutes gewesen, so wird die Niederlage im Zeugniß der Geschichte und in der guten Meinung des Landes schließlich auf Seite der Ablehnenden sein; ist es schlecht, so ist es fehlerhaft gewesen, nun, dann bin ich der letzte, der sich so unfehlbar hält, daß er sich nicht nach Jahren freuen würde, daß er verhindert worden ist, ein schlechtes Gesetz zu machen. Das ist eben, wie ich vorher sagte, die Aufgabe der allgemeinen Censur, der unsere Gesetze unterworfen sind, des Siebes, durch das sie gehen müssen, ehe sie, wie in der absoluten Monarchie sofort, die Gesetzeskraft erreichen."

„Ich glaube, daß die politischen Parteien und die Gruppirung nach hoher Politik und politischen Programmen sich überlebt haben. Sie werden allmählich, wenn sie es nicht freiwillig thun, gedrängt, werden, daß sie Stellung nehmen zu der wirthschaftlichen Fragen und mehr als bisher Interessenpolitik treiben. Es liegt das im Geiste der Zeit, der stärker ist, als sie sein werden. Ich begreife, daß es den Parteiführern, die auf der Basis bestimmter Programme auf politischem Gebiete gewählt sind, wie z. B. die Führer der socialdemokratischen Partei, die ich auch nur für eine politische, nicht für eine wirthschaftliche halte, schwer wird, die eroberte und befestigte Stellung aufzugeben; aber die Parteien werden in der Politik wie Eis und Schnee verschwinden und schmelzen. Sie werden genöthigt sein, sich nach neuen Programmen auf wirthschaftlichem Gebiete umzusehen, und ich zweifle nicht, daß auch auf wirthschaftlichem Gebiete die Wähler, die das gleiche Interesse haben, sich zusammenfinden und es als nützlich einsehen werden, daß sie sich vorzugsweise durch Leute aus ihrer Mitte vertreten lassen,

daß sie sich von dem Glauben losmachen werden, daß der beste Redner auch der geschickteste und loyalste Vertreter ihrer Interessen sei. Ich glaube, wir werden es noch erleben, daß man auf den heutigen Standpunkt, der sich noch mehr an die Zeitperiode der dreißiger anschließt, als an die wirkliche Realität des heutigen menschlichen Lebens, mit Achselzucken zurückblicken wird; jedenfalls werden unsere Kinder und Enkel für unsere heutigen Fractionskämpfe nur ein Achselzucken haben und ihr Bedauern darüber aussprechen, daß unsere Zeit so gehandelt hat. Ein Hauptgrund der Erfolge, die die Führer der Socialdemokratie mit ihren bisher noch nirgends klar hingestellten Zukunftszielen gehabt haben, liegt meines Erachtens darin, daß der Staat nicht Staats-Socialismus genug treibt; er läßt ein Vacuum an einer Stelle, auf der er thätig sein sollte, und dieses wird von Anderen, von Agitatoren, die dem Staat in's Handwerk pfuschen, ausgefüllt. Die Machtmittel, die auf diesem Gebiete zu finden sind, fallen in andere als staatliche Hände, und den Gebrauch, der gemacht wird, können wir doch nicht mit sicherer Ruhe abwarten. Der Herr Abgeordnete von Vollmar hat seinerseits zugegeben, daß die Ideale der Socialdemokratie überhaupt in einem einzelnen Staate nicht verwirklicht werden könnten, sondern nur dann erreichbar wären, wenn eine allgemeine internationale Grundlage gegeben wäre. Ich glaube das auch und deshalb halte ich es für unmöglich, denn diese internationale Grundlage wird nie vorhanden sein; aber selbst wenn das der Fall wäre, so möchte doch die Zwischenzeit lang genug sein, um einen modus vivendi für sie zu finden, der für die Bedrückten und Nothleidenden bei uns etwas erträglicher und angenehmer ist. Mit Anweisungen, die vielleicht im nächsten Jahrhundert noch nicht fällig sind, können wir sie doch nicht trösten; wir müssen Etwas geben, was von morgen oder übermorgen ab gilt."

„Der Herr Abgeordnete Bamberger hat eingewendet, daß die vorgeschlagene Organisation mit dem Worte „frei" und mit dem Begriffe der Freiheit nicht stimmt; es wäre zuviel Zwang dabei, und das Motto des Ganzen wäre: „Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt!" Meine Herren, die Freiheit ist ein vager Begriff; die Freiheit zu verhungern, kann Niemand gebrauchen. Aber hier ist die Freiheit meines Erachtens auch gar nicht beschränkt und nicht in Widerspruch mit sich selbst. Die Vorlage will eine Freiheit in der Organisation, aber die Leistung will sie obligatorisch machen. Das Wie der Leistung überläßt sie den Betheiligten, die ja ihrerseits — um in dem Bambergerschen Bild zu

bleiben — wissen werden, welche Sorte Schuhzug sie am wenigsten drückt, und wie sie das Leder tragen wollen, was wir ihnen bieten. Es gibt kaum ein Wort heutzutage, mit dem mehr Mißbrauch getrieben wird, als mit dem Worte „frei", und dabei hat es immer noch mehr Zauber, wenn es vor irgend ein anderes Adjectiv gesetzt wird. Meiner Erfahrung nach versteht unter „Freiheit" nur die Freiheit für sich selbst und nicht die für andere, sowie die Verpflichtung der anderen, sich jeder Beschränkung der Freiheit des Empfindenden absolut zu enthalten. Kurz, sie verstehen unter „Freiheit" eigentlich „Herrschaft"; unter „Freiheit der Rede" verstehen sie „Herrschaft der Redner", unter „Freiheit der Presse" verstehen sie den vorwiegenden Einfluß der Redactionen und der Zeitungen. Ja selbst, meine Herren — ich spreche dabei nicht confessionell — in allen Confessionen findet es sehr häufig statt, daß unter „Freiheit der Kirche" die Herrschaft der Priester verstanden wird — ich nehme unsere Confession nicht aus, ich bin weit entfernt, dabei an den Culturkampf oder an menschliche Schwächen überhaupt rühren zu wollen — von der menschlichen Schwäche will ich nicht reden, sondern von der menschlichen Gewohnheit, die eben die Bedeutung der eigenen Person, die Herrschaft der einzelnen Person und ihren Einfluß über die Allgemeinheit stellt unter dem Vorwande, daß die Freiheit es fordere. Das ist ja in unserer deutschen Geschichte markanter ausgeführt, als in irgend einer anderen. Wie scharf ist nicht in den Jahrhunderten des Verfalls des Deutschen Reichs immer die germanische Freiheit accentuirt worden! Was war denn darunter zu verstehen? Die Freiheit der Fürsten vom Kaiser und die Herrschaft des Adels über die Leibeigenen! Sie wollten ihrerseits frei sein; das heißt, „frei sein" war bei ihnen und auch bei anderen mit dem Begriff „herrschen" identisch, sie fühlten sich nicht frei, wenn sie nicht herrschten. Deshalb hat mich dieses Wort überall, wo ich „frei" vor einem anderen Adjectiv lese, argwöhnisch gemacht, auch das Wort „freisinnig" — sinnig, das mag wohl sein, aber Freisinnigkeit ist eigentlich gleichbedeutend mit Herrschsucht oder Engherzigkeit oder Unduldsamkeit. Kurz und gut, ich traue dem Worte nicht aus dem Grunde, weil keiner die Freiheit für alle will, jeder will sie für sich, aber nur so frei, daß die anderen ihm zu gehorchen und zu folgen haben. Ich muß meinerseits gegen die Bezeichnung, die diese Fraction gewählt hat, mich verwahren und werde sie amtlich nicht benutzen. Ich glaube nicht, daß eine Fraction das Recht hat, sich ausschließlich eine Gesinnung zu vindiciren, an der wir alle den gleichen Antheil haben. Eine Partei könnte sich gerade so gut nennen die „ehrliche Partei", was doch lediglich ein Vorwurf für die anderen wäre, daß sie nicht ehrlich sind. Conservative allerdings auch, das ist ein

sehr bedenklicher Ausdruck, das gebe ich Ihnen zu; aber conservativ sind wirklich einige und andere nicht, freisinnig aber glauben wir alle zu sein und ehrlich glauben wir auch alle zu sein. Es könnte sich auch eine Partei vorzugsweise die monarchische nennen, während wir alle glauben oder behaupten, monarchisch gesinnt zu sein."

Das Unfallversicherungs-Gesetz wurde nach langen Debatten mit geringen Veränderungen durch eine aus Conservativen und dem Centrum gebildete Mehrheit, der sich zuletzt noch die Nationalliberalen anschlossen, am 27. Juni 1884 endlich angenommen. Vorher hatte der Kanzler aber noch einen gewaltigen Kampf für die Verlängerung des Socialistengesetzes, auf welches er erst nach völligem Abschluß der Reformgesetze verzichten wollte, durchzufechten. In diesen Debatten sprach er die schnell berühmt gewordenen Worte, mit denen er sein Ziel zusammenfaßte: „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, so lange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, so lange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist, — wenn Sie das thun, und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssocialismus schreien, sobald Jemand das Wort „Altersversorgung" ausspricht, wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener (Socialisten-) Programm ihre Lockpfeife vergebens blasen werden, daß der Zulauf zu ihnen sich sehr vermindern wird, sobald die Arbeiter sehen, daß es den Regierungen und den gesetzgebenden Körperschaften mit der Sorge für ihr Wohl ernst ist."

Des grimmen Kanzlers Auslassungen bei dieser Gelegenheit richteten sich vorzugsweise gegen die Fortschrittler, denen er die Hauptschuld an der Vergiftung der öffentlichen Meinung und der Untergrabung der öffentlichen Moral beimaß. Er hielt dieser Partei all ihre Sünden gegen ihn persönlich und gegen jeden wirklichen Fortschritt in einer vernichtenden Rede vor und schloß mit der Aufforderung an das Land und die Wähler, daß sie keinen fortschrittlichen Abgeordneten wählen möchten. „Daß die Socialdemokratie im Staate zur Herrschaft gelangen," sagte er, „uns in Mark und Blut vergiften wird, das glaube ich nicht. Wohl aber traue ich das der Fortschrittspartei zu; ihr Gift ist mächtiger als das der Socialisten. Bei den falschen geschichtlichen Traditionen, welche lügenhafte Historiker des Liberalismus seit 50, 100 Jahren in die Welt gesetzt haben und seit länger noch, ist die fortschrittliche Mischung viel giftiger als die der Socialisten."

Der alte Kaiser erlebte den Abschluß der socialpolitischen Reform nicht

mehr, und auch sein Sohn, Kaiser Friedrich, war bereits gestorben, ehe die dritte Hauptvorlage, die Alters- und Invaliden-Versicherung, Gesetz wurde. Kaiser Wilhelm II. übernahm die Aufgabe als das vornehmste Vermächtniß seines Großvaters. Der Gesetzentwurf ging dem Reichstag am 27. November 1888 zu. Er nahm die Gewährung von Renten im Fall eintretender Erwerbsunfähigkeit oder Vollendung des siebzigsten Jahres an alle Arbeiter der Industrie- und Landwirthschaft, selbst die Dienstboten, kleinen Handwerker und Handelsbeflissenen eingeschlossen, in Aussicht. Die Zahl Derer, auf welche das Gesetz Anwendung finden sollte, wurde auf 11 Millionen Menschen geschätzt. Zur Aufbringung der Mittel sollte eine Zwangsversicherung dienen, zu der neben den Versicherten selber die Arbeitgeber und das Reich je ein Drittel beizutragen hätten. Anfänglich waren nur die Fortschrittler und die Socialdemokraten dagegen, später erhoben auch einzelne Mitglieder der andern Parteien Einwände. Die Verhandlungen des überaus schwierigen und umfassenden Entwurfs dauerten volle sechs Monate.

Auf irgend eine Weise war das Gerücht entstanden, daß Bismarck erklärt habe, er lege auf das Zustandekommen dieses Gesetzes keinen Werth. Obwohl die Thorheit dieses Gerüchtes auf der Hand lag, hielt es der darüber tief entrüstete Kanzler doch nöthig, sich öffentlich auszusprechen. Er erklärte am 29. März 1889 im Reichstag das Gerücht für eine reine und dreiste Erfindung. Er zollte dem Staatssecretär von Boetticher, der sich der Vertretung des Gesetzes angenommen hatte, die höchste Anerkennung und fuhr dann fort: „Aber so viel Verdienst habe ich doch auch in dieser Sache, daß ich es fast als eine Beleidigung ansehen könnte, wenn man von mir glauben wollte, daß ich sie nun im Augenblick der Entscheidung im Stiche lassen würde. Ich darf mir die erste Urheberschaft der ganzen socialen Politik vindiciren, einschließlich des letzten Abschlusses davon, der uns jetzt beschäftigt. Es ist mir gelungen, die Liebe des hochseligen Kaiser Wilhelm für diese Sache zu gewinnen. Er hat es als seinen schönsten Triumph bezeichnet, den er noch haben würde, und den er noch zu erleben wünschte, wenn diese Fürsorge für den Bedürftigen noch unter seiner Regierung zum Abschluß kommen könnte. Der jetzt regierende Kaiser hat es eine seiner ersten Aeußerungen sein lassen, sich diese Neigung seines hochseligen Herrn Großvaters unbedingt anzueignen. Wie sollte ich nun dahin kommen, dieses unter meiner Initiative ins Leben gerufene Werk dicht vor dem Abschlusse zu verleugnen, ja sogar zu bekämpfen! Es hieße das nicht nur das Andenken des alten Kaisers, sondern auch den Dienst meines jetzigen Herrn vollständig ver-

rathen und verlassen. Es ist das in der That eine fast beleidigende Zumuthung, die mir damit gestellt wird."

Bald darauf, am 18. Mai 1889, hielt Fürst Bismarck seine letzte Rede als Reichskanzler. Niemand, er selbst nicht ausgenommen, ahnte damals, daß sein Rücktritt nahe bevorstand. Die Annahme des Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetzes schien durch den erheblichen Widerstand seitens verschiedener Nationalliberaler und Conservativer und auch durch die zweifelhafte Haltung eines Theils des Centrums ernstlich gefährdet. Der Kanzler erschien deshalb noch einmal im Reichstag, um die obwaltenden Bedenken zu zerstreuen. Seine Rede war äußerst charakteristisch. Sie brachte allen Parteien etwas und es mangelte ihr sogar nicht an einem Ton, der an die allerschärfste Conflictzeit erinnerte. Warum die Socialdemokraten gegen die Vorlage stimmten, erklärte er folgendermaßen:

„Wenn ein Mitglied der freisinnigen Partei gesagt hat, daß wir die Socialdemokraten mit dieser Vorlage nicht gewinnen würden, ginge aus deren Auftreten hier (im Reichstag) hervor, so möchte ich darauf doch erwidern, daß dieser Redner zwei Dinge vollständig verwechselt: das sind die socialdemokratischen Führer und die socialdemokratischen Massen. Die Massen, welche mit irgend etwas unzufrieden sind, mit etwas, dem auch die Socialdemokratie nicht würde abhelfen können, stimmen bei den Wahlen für die Socialdemokraten, weil sie ihrer Unzufriedenheit durch eine antigouvernementale Abstimmung eben Ausdruck geben wollen. Auf einem ganz anderen Boden stehen die Herren, deren ganze Bedeutung, deren Herrschaft darauf beruht, daß die von ihnen geleiteten und mißleiteten Massen unzufrieden bleiben. Diese lehnen natürlich das Gesetz ab, weil es immer — es wird die Socialdemokratie in ihrer Gesammtheit nicht versöhnen — doch ein Schritt auf dem Wege und eine Abfindung mit unserem eigenen Gewissen ist, daß wir wirklich berechtigte Unzufriedenheiten nach der Möglichkeit, die sich uns bietet und die der Reichstag uns gestattet, mildern wollen, eine Beruhigung unseres Gewissens für den Fall, daß das nicht hilft, sondern daß wir fechten müssen. Täuschen wir uns doch darüber nicht, daß wir mit der Socialdemokratie nicht wie mit einer landsmannschaftlichen Partei in ruhiger Discussion sind; sie lebt mit uns im Kriege, und sie wird losschlagen, gerade so gut wie die Franzosen, sobald sie sich stark genug dazu fühlt. Und diese Stärke vorzubereiten — nicht der großen Partei, sondern der Führer — ist ja die ganze Aufgabe ihrer Politik — und alles, was diese Stärke zum Losschlagen, zur Erzeugung des Bürgerkrieges, zur Herstellung des Massentritts der Arbeiterbataillone schädigen kann, hindern kann, hem-

men kann, das werden sie natürlich bekämpfen; also wird ihnen auch jedes Entgegenkommen für die Leiden des armen Mannes, welches von Staatswegen geschieht, hinderlich sein — das mindert die Unzufriedenheit, und Unzufriedenheit brauchen sie. Also das war natürlich vorauszusehen, daß sie dagegen stimmen würden."

Den „Deutschfreisinnigen" sagte er folgendes: „Ich habe in dem Vierteljahrhundert und mehr, daß ich an dieser Stelle bin, noch nie von diesen Herren eine Zustimmung für irgend etwas gehabt — wenn ich allein vielleicht ausnehme vor Jahr und Tag die letzte Zustimmung zur letzten Hand, die an unsere Wehrverfassung gelegt wurde. Ob Sie da aus Liebe zum Reich und in Minderung Ihrer Abneigung gegen meine Person gestimmt haben, oder in der fraktionsmäßigen Nothlage Ihre Zustimmung oder Ihr Schweigen haben geschehen lassen — (Rufe links: Pfui!) — Meine Herren, von „Pfui" ist da nicht die Rede — erlauben Sie, daß ich da ganz offen rede; wer mir „Pfui" sagt, den nenne ich: unverschämt! Ich will den Herrn gar nicht fragen — — Sie mögen die Wahrheit nicht hören; ich bin aber hier, um Ihnen die Wahrheit zu sagen; insultiren lasse ich mich nicht, dann insultire ich wieder. „Pfui" — ich weiß nicht, worauf sich das bezog; ich kann deshalb darauf nicht erwidern. Ich betrachte es als einen allgemeinen Ausdruck des Hasses, dessen Gegenstand ich seit Jahren hier an dieser Stelle für die Herren, welche dort sitzen, gewesen bin. Als Christ kann ich das hinnehmen, aber als Kanzler, so lange ich hier stehe, kämpfe ich dagegen und lasse mir dergleichen nicht sagen, ohne darauf zu reagiren. Kennen Sie außer Ihrer theils schweigenden, theils ausdrücklichen Zustimmung zu unseren Wehrvorlagen irgend eine organische Bestimmung, von der Reichsverfassung angefangen bis an die heutige Vorlage, bei der die freisinnige Partei, oder, wie sie früher hieß, die Fortschrittspartei, der Regierung irgend entgegengekommen wäre, bei der sie das Bestreben gezeigt hätte, sich zu fragen: befestigen wir hierdurch das Reich oder nicht? Sie hat sich vielleicht gefragt; aber wenn sie sich in ihrem inneren Forum die Frage beantwortet hatte — für welche Seite sie sich dann entschieden hat, zur Befestigung oder nicht, das zu entscheiden überlasse ich dem Urtheil der Geschichte."

Zu den Welfen sagte er: „Daß die Herren Welfen gegen die Vorlage sind, das geht aus anderen Gründen hervor, als die Opposition der Fortschrittspartei. Ich sage von der Fortschrittspartei nicht, daß sie das Reich nicht will, aber sie will das Reich angebrachtermaßen nicht, mit dieser Verfassung, nicht mit diesen Menschen an der Spitze. Wenn die Herren von der Fortschrittspartei selbst an der Spitze ständen, ich glaube, sie wür-

den recht kräftig eingreifen, um das Reich nach der inneren Seite hin stärker zu machen; und ich glaube, sie würden weniger Opposition vertragen, als wir sie vertragen."

Die Polen und Elsaß-Lothringer bekamen zu hören: „Wenn die Polen eine Vorlage verwerfen, so geben sie damit nur das Zeugniß ab, daß dieselbe zur Consolidation des Deutschen Reiches führen könnte; daß die Franzosenfreunde, welche durch voreiligen Beschluß des Reichstags in seine Mitte zugelassen worden sind, um an der Gesetzgebung über das gesammte Reich theilzunehmen — dazu haben wir wahrhaftig nicht den Krieg geführt, um uns 14 Franzosen einzuimpfen — daß die dagegen sind, ist ebenso natürlich, und wie der Herr Abgeordnete von Kardorff ganz richtig bemerkte: vom Feinde soll man lernen. Es zeigt uns die Opposition dieser Herren, daß in diesem Gesetz etwas drin stecken muß, was dem Deutschen Reiche nützlich sei."

Dann ging der Kanzler zu einer eingehenden Widerlegung der von den Regierungsfreunden gemachten Einwände über, die sich hauptsächlich auf locale Schwierigkeiten in den westpreußischen Landdistricten bezogen. Er bedauerte, daß bei einem so allgemeinen umfassenden Reichsgesetz locale und Sonderinteressen seitens Parteien, die sonst so fest zur Reichseinheit ständen, geltend gemacht würden. Und dann schloß er — und das waren seine letzten Worte als Kanzler im Reichstag —: „Nun, meine Herren, ich richte also meine Rede heute vorzugsweise an die conservative Partei, zu der ich die „Reichspartei" und — die Herren mögen es mir nicht übel nehmen — die Nationalliberalen und das Centrum rechne, ich halte die ebengenannten Parteien in der Gesammtrichtung ihrer Majorität für conservativ, d. h. für Parteien, welche den Staat, das Reich, nicht nur überhaupt und generell, sondern auch angebrachtermaßen erhalten und schützen wollen. Nur mit den Herren habe ich mich auseinanderzusetzen, mit den anderen habe ich zu kämpfen; das ist eine andere Sache. Aber ich möchte die conservativen Herren ihrerseits besonders bitten, sich von der Gemeinschaft von Socialdemokraten, Polen, Welfen, Elsässer-Franzosen und auch von der Gemeinschaft der Freisinnigen absolut loszusagen."

Am 24. Mai wurde das Gesetz, wenn auch mit einigen erheblichen Aenderungen, angenommen, und der Schlußstein der socialpolitischen Reform, wie sie Fürst Bismarck wünschte, war damit eingesetzt. In den letzten zehn Monaten seiner Amtszeit betheiligte er sich nicht mehr an den Verhandlungen des Reichstags und preußischen Landtags.

Siebentes Capitel.

Nach dem Tode Kaiser Wilhelms I.

1. Neue Herren.

Am 9. März 1888, Mittag gegen halb ein Uhr, eröffnete Präsident von Wedell-Piesdorf den Reichstag, über welchem das Schweigen tiefer Trauer ausgebreitet war, und ertheilte sogleich dem Reichskanzler Fürst Bismarck das Wort. Derselbe erhob sich, blickte nach Fassung ringend über die Versammlung und begann mit bebender Stimme: „Mir liegt die traurige Pflicht ob, Ihnen die amtliche Mittheilung von dem zu machen, was Sie bereits thatsächlich wissen werden: daß Seine Majestät Kaiser Wilhelm heute Vormittag ein halb neun Uhr zu Seinen Vätern entschlafen ist." Immer mühsamer und schwerer kamen die Worte von den Lippen des mächtigen Redners, als er dann den Volksvertretern mittheilte, wie sein alter Herr in der Bethätigung der Arbeitskraft, die ihn nur mit dem Leben verlassen habe, noch seine letzte Unterschrift auf dem Sterbelager zu Stande brachte und wie ihn, ehe er die Augen für immer schloß, noch zwei Thatsachen mit Trost erfüllt hätten: die Theilnahme der ganzen Welt an den Leiden seines einzigen Sohnes und Nachfolgers und die Einstimmigkeit, mit welcher vor Kurzem alle verbündeten Regierungen und alle Abtheilungen des Reichstags für die Sicherstellung der Zukunft des Reiches auf jede Gefahr von außen gesorgt hätten. Zuletzt unter Thränen und mit brechender Stimme sprach der eiserne Kanzler die unvergeßlichen Schlußworte:

„Meine Herren, die heldenmüthige Tapferkeit, das nationale hochgespannte Ehrgefühl und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserem dahingeschiedenen Herrn verkörpert waren, mögen sie ein unzerstörbares Erbtheil unserer Nation sein, welches der aus unserer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat! Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbtheil von Allen, die wir an den Geschäften unseres Vaterlandes mitzuwirken haben, in Krieg und in Frieden, in Heldenmuth, in Hingebung, in Arbeitsamkeit, in Pflichttreue treu bewahrt bleibe."

Das Verhältniß, in welchem der große und gute Kaiser und sein treuer Reichskanzler zu einander gestanden hatten, war einzig in seiner Art. In seinem Herrn, wie er ihn am liebsten nannte, fand Bismarck die Hauptwurzel seiner Riesenkraft. Die Verdienste, welche Kaiser Wilhelm I. sich um das deutsche Volk erworben hat, sind noch nicht gebührend gewürdigt worden und sie werden um so glänzender erscheinen, je mehr die Geschichtsforschung in die Art und das Wesen dieses von der Größe seiner welthistorischen Aufgabe vollständig durchdrungenen und zielbewußt thätigen Monarchen und mit außerordentlichen Tugenden veranlagten Menschen eindringen wird. Namentlich ist sein Verhalten als Prinz von Preußen und Prinz-Regent unter den Einflüssen der Sturm- und Drangperiode der 1848er Bewegung vielfach durchaus mißverstanden worden, und ein rein sachliches Studium seines Denkens, Fühlens und Handelns in jener schweren Zeit ergiebt ein Bild, in welchem sich alle die Züge finden, welche ihn später als großen, edlen und weisen König und Kaiser auszeichneten und ihm die Liebe und Bewunderung des deutschen Volkes und die höchste Achtung auch im Ausland eintrugen. Davon legte sein großer Kanzler am 19. März im Reichtag Zeugniß ab, indem er bezüglich der aus allen Erdtheilen eingetroffenen Beileidsbeweise sagte:

„Etwas in der Geschichte schwerlich Dagewesenes ist die Theilnahme an dem Todesfalle eines Monarchen in dieser Ausdehnung. Es sind ja große Männer vorher gestorben, und wenn Napoleon I., wenn Peter der Große, wenn Ludwig XIV. aus dem Leben schieden, so hat das gewiß in weiten Kreisen einen Wellenschlag gemacht; daß aber von den Antipoden und von den benachbarten Völkern Kränze und Palmen auf das Grab des verstorbenen Monarchen gebracht worden sind, das ist eine in der Geschichte noch nicht dagewesene Thatsache: so hochgefürstet ist noch kein Monarch gewesen, daß alle Völker der Erde, ohne Ausnahme, ihm beim Hintritt ihre Sympathie, ihre Trauer am Sarge zu erkennen gegeben haben."

Als der alte Kaiser in die Gruft gelegt war, glaubten die Gegner Bismarcks, daß es nunmehr auch mit dessen Kanzlerherrschaft zu Ende sein werde. Es war bekannt, daß zwischen dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm und Bismarck von jeher große Meinungverschiedenheiten geherrscht hatten, während die Kronprinzessin Victoria, die einen großen Einfluß auf ihren Gemahl besaß, als eine directe Gegnerin, wenn nicht gar als persönliche Feindin des Kanzler galt. Solange indessen der alte Kaiser lebte, hatten etwaige Bestrebungen, die Ansichten des kronprinzlichen Paares zur Geltung zu bringen, niemals auch nur den geringsten Erfolg gehabt. Als aber der

Kronprinz als Kaiser Friedrich den Thron bestieg, war er ein todtkranker Mann, dem sicherlich nichts ferner lag als der Wunsch, ein neues Regierungssystem nach den Ideen seiner englischen Gemahlin einzuführen und den bewährten Reichskanzler ehrgeizigen Plänen zu opfern. Es war wohl also ein sehr trauriger Grund, das tödtliche Leiden des bedauernwerthen Kaisers Friedrich, warum die Feinde Bismarcks den Triumph, ihn „gestürzt" zu sehen, damals nicht erleben durften. Im Gegentheil, die Art und Weise, wie der kaiserliche Dulder den großen Kanzler seines Vaters auch zu seinem ersten Rathgeber machte, war eine überaus herzliche und wohlthuende, wodurch alle Diejenigen, die zum Mindesten einen kühlen Ton erwartet hatten, sehr beschämt wurden.

Es war indessen noch kein Monat verflossen, als die Wiener „Deutsche Zeitung" durch ein Telegramm aus Berlin, wonach Fürst Bismarck im Begriff stehe, sein Entlassungsgesuch einzureichen, die ganze Welt in Aufregung versetzte. Die Nachricht war nicht ganz unbegründet. Es war eine „Kanzlerkrisis" in Verbindung mit einer „Battenbergfrage" eingetreten. Der Kanzler hatte einen sehr gefährlichen Kampf gegen das Schürzenregiment zu bestehen. Die Prinzessin Victoria, die Tochter des Kaisers Friedrich, sollte wieder einmal, ihrem und nicht minder ihrer englischen Mutter und ebenso ihrer englischen Großmutter Herzenswunsch entsprechend, mit dem Prinzen Alexander von Battenberg, dem vom Czaren verjagten ehemaligen Bulgarenfürsten, verheirathet werden. Schon als der Battenberger noch auf seinem Throne saß, wollten ihn die beiden Victorias zum Schwiegersohn des zukünftigen deutschen Kaisers machen, doch es war Bismarck, welcher das Ende der bulgarischen Fürstenherrlichkeit vorausgesehen hatte, ohne Schwierigkeit gelungen, dieses unkluge, den Zorn des Czaren unnöthiger Weise reizende Heirathsproject zu hintertreiben. Nun aber die Kronprinzessin Victoria zur Kaiserin Friedrich geworden war, glaubte sie die Zeit gekommen, das Paar über den Kopf des grimmen Kanzlers hinweg glücklich machen zu können. Die Lage der Dinge war eine sehr ernste. Wenn auch der Battenberger die bulgarische Fürstenkrone nicht mehr trug, so war er doch der Mann gewesen, der die Bulgaren dem russischen Einfluß entzogen und sie damit in den heftigsten Gegensatz zu dem Czaren gebracht hatte. Die Bulgaren, die ihn als ihren militärischen Führer verehrten, rechneten bei der nächsten Gelegenheit auf seine Rückkehr, und er hätte sich als Mann von Muth und Ehre nicht weigern können, einem etwaigen Ruf in der Noth Folge zu leisten. Die bulgarische Frage war ungelöst und der europäische Friede war eine wichtigere Sache, als die Befriedigung eines Herzensbedürfnisses seitens eines Mannes, dem das

Schicksal eine ganz bestimmte politische Bedeutung bezüglich Erhaltung des europäischen Friedens gegeben hatte. Die Verbindung einer deutschen Kaisertochter mit dem Battenberger war ein Ding der Unmöglichkeit und wurde von Bismarck und allen vernünftigen Menschen, ausgenommen den drei Victorias, auch als solche aufgefaßt. Der Kanzler war gezwungen, den kranken Kaiser zu einem Machtwort zu bewegen, was ihm nach Darlegung der Gründe wohl gelang. Doch der Kampf gegen die Kaiserin muß ein ungeheuer schwieriger gewesen sein, ehe es möglich war, ihr das Opfer abzuringen. Was der Sache einen häßlichen Charakter gab, war der böse Lärm, den die Bismarckfeindliche Presse in schonungslosester Weise zu schlagen für nöthig befand. Dazu gesellten sich böswillige Erfindungen aus den Coburger Kreisen, wie ein in Paris veröffentlichter gefälschter Bericht, den Bismarck über das Heirathsproject an Kaiser Friedrich geschickt haben sollte. Am tollsten geberdete sich natürlich die fortschrittliche Presse, die den Kanzler gar der Muthlosigkeit dem Auslande und der Unbotmäßigkeit dem Kaiser gegenüber anklagte. Die „Norddeutsche Allg. Ztg." stellte damals die Sachlage zu Ehren des Kaisers und des Kanzlers in folgender Weise richtig:

„.... Als Rathgeber des Kaisers in Fragen der auswärtigen Politik ist der Kanzler amtlich verpflichtet, zu thun, was in seinen Kräften steht, um den Frieden des Deutschen Reiches vor Störungen zu sichern. Wenn er darauf verzichten wollte, die Lösung dieser Aufgabe zu erstreben, so würden seine Dienste und die Diplomatie überhaupt entbehrlich; wenn Vermeidung internationaler Zwistigkeiten in den Verdacht der Feigheit bringen könnte, so würde die ganze Staatskunst nur noch im Drohen mit starken Heeren und in energischem Einhauen bestehen.... Ebenso wenig wie mit Furchtsamkeit hat die schwebende Frage etwas mit Unbotmäßigkeit gegenüber dem Kaiser zu thun. Die seit Jahren fadenscheinige Verdächtigung mit dem „Hausmeierthum" zeigt die Gedankenarmuth der Partei, von der sie ausgeht. Ein Phantasiegebilde der Art kann nur in den Köpfen von Politikern entstehen, die bei aller Gelehrsamkeit in ihrer kryptorepublikanischen und klassisch-geschulten Veranlagung von dem in Preußen vorhandenen Ueberrest germanischer Königstreue und den daraus hervorgehenden gegenseitigen Beziehungen des Königs zu seinen Dienern Vorstellungen haben, wie der Blinde von der Farbe. Auf Se. Majestät den regierenden Kaiser machen solche Verdächtigungen so wenig Eindruck, wie auf seinen verewigten Vater. Beide haben den Kanzler angestellt, um sie nach seinem Wissen und Gewissen zu berathen, und haben niemals Zweifel daran gehabt, daß er bei Ausübung dieses Dienstes die Interessen

der Dynastie ebenso aufmerksam im Auge behält, wie die des Landes. Zu diesem Dienst gehört außer der Befähigung dazu auch das Maß von Ueberzeugungstreue und Ehrlichkeit, ohne welches das Vertrauen eines Monarchen zu dem Rathe seiner Minister auf die Dauer nicht Bestand haben kann. Dieses Vertrauen ist im vorliegenden Falle ganz unabhängig von der Frage, ob der gegenwärtige Kanzler Minister bleibt oder nicht. Es würde aber nicht vorhanden sein, wenn von ihm erwartet werden könnte, daß er, um im Amte zu bleiben, seine Ueberzeugung verleugnen und unehrlich gegen den Kaiser werden würde. Einen derartigen Kanzler würde Kaiser Friedrich so wenig gebrauchen können, wie Kaiser Wilhelm."

Ein noch viel peinlicherer und in vieler Beziehung schmählicher Gegenstand anderer Art gab bald darauf den Zeitungen der ganzen Welt Stoff zu den sensationellsten Berichten und Gerüchten aus dem Krankenzimmer des mit dem Tode ringenden Kaisers Friedrich, dessen Behandlung von der Kaiserin dem englischen Specialisten Mackenzie anvertraut worden war. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß dieser importirte Herr, der das Gutachten der berühmtesten und bewährtesten deutschen Aerzte spielend ignorirte, sei es aus eigenem Antriebe oder in höherem Auftrage den Beruf fühlte, als Arzt eine hochpolitische Rolle zu spielen. Als Kronprinz hatte Kaiser Friedrich die Erklärung abgegeben, daß er auf den Thron verzichten würde, wenn es unbedingt feststände, daß sein Leiden ein unheilbarer Krebs sei. Obwohl Mackenzie nun später, nach dem Tode des Kaisers, um seinen ärztlichen Ruf zu retten, zugab, daß er gleich den deutschen Aerzten die Natur der Krankheit als Krebs erkannt hatte, so war er doch vorher stets bemüht gewesen, diese Diagnose als unerwiesen zu verwerfen. Daß einem Manne, der sich als Arzt der Wissenschaft gegenüber völlig vertrauensunwürdig bewies, die Autorität des maßgebenden und entscheidenden Beurtheilers der Krankheit eingeräumt werden durfte, war im höchsten Grade bedauerlich. Das Unglück wäre am Ende nicht so groß gewesen, wenn Mackenzie lediglich von dem Motiv geleitet gewesen wäre, dem Kranken Hoffnungen auf Genesung zu machen und ihm damit den Rest seiner Tage zu erleichtern. Doch alle Umstände wiesen darauf hin, daß er, um den Verdacht, er spiele die Rolle eines „Kaisermachers", von sich abzulenken, dem niederträchtigen Gerücht Boden gab, als habe Bismarck sich mit dem Prinzen Wilhelm verschworen gehabt, mit Hülfe der deutschen Aerzte den Kronprinzen dadurch vom Throne fernzuhalten, daß die Krankheit für unheilbarer Krebs erklärt wurde. Niemals war eine infamere Verleumdung ersonnen worden, und es war kein Wunder, daß die national gesinnte deutsche Presse ihrer Entrüstung über solche Verdächtigungen den

freiesten Ausdruck gab. Daß man dabei oft zwischen den Zeilen lesen konnte, Mackenzie sei das Werkzeug der Kronprinzessin gewesen, war nach Lage der Dinge ebenso erklärlich, wie die weitere Folge, daß die doch zur Kaiserin Friedrich gewordene alte Gegnerin Bismarcks keine Ursache fand,

Kaiser Friedrich II.

dem Kanzler, der den englischen Arzt offen als politischen Intriguanten behandelte, fortab freundschaftlichere Gefühle entgegenzubringen.

Am 15. Juni 1888 wurde der vielbetrauerte Kaiser Friedrich von seinen Leiden erlöst. Der Haß der Feinde Bismarcks hatte es nicht über

sich vermocht gehabt, den edlen Dulder auf seinem Sterbelager mit rachsüchtigen Wünschen zu verschonen. Doch es gelang nichts weiter, als ihm die Entlassung des von Bismarck hochgeschätzten Ministers von Puttkamer abzuquälen, was die einzige Regierungshandlung des armen Kaisers war, welche die „Deutschfreisinnigen" als einen Triumph für sich auslegen konnten. Die Entlassung Bismarcks war Kaiser Friedrich keinen Augenblick in den Sinn gekommen; Bismarck äußerte sich später, daß er sich mit Kaiser Friedrich vollständig eins gewußt und daß derselbe ihm bereits als Kronprinz einige Jahre vor dem Tode Kaiser Wilhelms das Versprechen abgenommen habe, auch unter ihm im Amte zu bleiben. Daß trotzdem ein starker innerer Gegensatz zwischen ihnen herrschte, mußte Bismarck, gezwungen durch seine Feinde, wie wir sehen werden, sehr bald amtlich bezeugen.

Kaiser Wilhelm II. hatte als Prinz und Kronprinz mit einer fast schwärmerischen Verehrung zu Bismarck aufgeblickt, und letzterer sprach sich ebenfalls mit hoher Anerkennung über die Begabung und die ernste Auffassung des jungen Kaisers von seinen Aufgaben aus. In einer Unterredung mit Mitgliedern des preußischen Herrenhauses theilte Bismarck mit, daß ihn der Kaiser innig gebeten habe, ihm ebenso treu zur Seite zu stehen wie bisher seinem Großvater und Vater, und er, der Kanzler, habe ihm, dem Kaiser, auch die feste Versicherung gegeben, daß er, solange ihm dies Leben und Gesundheit gestatten, nicht von seiner Seite weichen werde. Und dieses Versprechen werde er auch bis zu seinem letzten Athemzuge halten.

Kaiser Wilhelm II. betrachtete es als seine Mission, im Sinne seines Großvaters die Friedenspolitik des Reiches nach außen hin und die socialpolitischen Bestrebungen im Innern und die wirthschaftliche Hebung des Landes fortzusetzen. Er unternahm eine Reihe von Friedens- und Freundschaftsreisen nach allen Höfen Europas, St. Petersburg, Stockholm, Copenhagen, Wien, Rom, Osborne, Athen und Constantinopel, wo er überall die glänzendste Aufnahme fand. Die Dreibundsmonarchen erwiderten den Besuch in Berlin, wobei Bismarck ganz besonders geehrt wurde. Kaiser Wilhelm selbst suchte seinen Kanzler auf jegliche Weise auszuzeichnen und war sein Gast in Friedrichsruh. Alles, was auf dem Gebiete äußerer Kundgebungen geschah, diente dazu, den Eindruck hervorzurufen, daß der Kanzler nie zuvor einen größeren Einfluß auf die Leitung des deutschen Reiches und die Gestaltung der europäischen Politik besessen hatte. Als ob es jedoch noch eines außerordentlichen Beweises dafür bedurfte, daß der Kanzler sich der unerschütterlichen Gunst des Kaisers erfreute, wurden die

intimsten Feinde Bismarcks dazu getrieben, ihn mit einem plötzlichen Angriff höchst eigenthümlicher Art zu überraschen, der indessen wie ein Boomerang auf sie zurückprallte.

Am 20. September 1888 veröffentlichte die in Berlin erscheinende „Deutsche Rundschau" angebliche Aufzeichnungen aus einem „Tagebuch", welches Kaiser Friedrich in der Zeit vom 11. Juli 1870 bis 8. März 1871 in Frankreich geführt hatte. Es war auf den ersten Blick klar, aus welchem Lager diese Veröffentlichungen stammten. Zu den Vertrauten des verstorbenen Kaiser Friedrich hatte seit vielen Jahren der Schriftsteller Dr. Geffcken, ein liberaler Doctrinär vom reinsten Wasser, gehört. Diesem hatte der damalige Kronprinz einst das Tagebuch zur Durchsicht anvertraut, was derselbe benutzte, um vor der Zurückgabe für seinen Zweck Auszüge daraus niederzuschreiben. Letztere waren es, welche die „Deutsche Rundschau" unter Urheberschaft Dr. Geffcken's veröffentlichte. Der Inhalt war sehr merkwürdig. Es ging daraus hervor, daß Kaiser Friedrich stets in dem Glauben lebte, daß er und nicht Bismarck der eigentliche Schöpfer des deutschen Kaiserthums gewesen sei, und der Zweck der Veröffentlichung war offenbar der, Das, was der verstorbene Kaiser geglaubt hatte, vor der Welt als eine wirkliche Thatsache hinzustellen.

Die Tagebuchblätter erregten ein ungeheures Aufsehen. Der junge Kaiser war über die Veröffentlichung ebenso empört, wie der Kanzler. Bismarck hätte sich über einen so wenig ernst zu nehmenden Versuch, ihn des Ruhmes, der Schöpfer des deutschen Reiches zu sein, zu entkleiden, leicht hinweg setzen können, wenn die Aufzeichnungen Geffcken's nicht auch eine Menge intimer Sachen, welche den Character von Staatsgeheimnissen und die Politik der Regierung zusammenhangslos bloßstellenden Anspielungen trugen, gebracht hätten. Auch stellte sich die hocherfreute feindliche Presse so an, als ob nun kein Zweifel mehr darüber bestände, daß Fürst Bismarck sich bisher mit den Federn des Kaisers Friedrich geschmückt habe.

Zur Abwehr dieser Angriffe und zur Verhinderung schlimmerer Folgen wurde es nothwendig,, den Inhalt des „Tagebuches" einer amtlichen Prüfung zu unterziehen, was ohne scharfe Beleuchtung des Characters des Kaisers Friedrich und seiner ganzen Stellung als Kronprinz zu den großen Ereignissen der Zeit nicht gut möglich war. Bismarck stattete dem Kaiser Wilhelm auf dessen Befehl einen Bericht über das Tagebuch ab. In diesem Bericht heißt es:

„Ich halte dieses „Tagebuch" in der Form, wie es vorliegt, nicht für echt. Seine Majestät, der damalige Kronprinz, stand 1870 allerdings außerhalb der politischen Verhandlungen und

konnte deshalb über manche Vorgänge unvollständig oder unrichtig berichtet sein. Ich besaß nicht die Erlaubniß des Königs, über intimere Fragen unserer Politik mit Sr. königlichen Hoheit zu sprechen, weil Se. Majestät einerseits Indiscretionen an den von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof fürchtete, andererseits Schädigungen unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen, wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Gewaltsamkeit der Mittel, die seine königliche Hoheit von politischen Rathgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen wurden."

Nach Feststellung dieser zerschmetternden Thatsache, führte Bismarck in seinem Berichte aus, daß, wenn der Kronprinz auch außerhalb der geschäftlichen Verhandlungen stand, es doch kaum möglich sei, daß bei täglicher Niederschrift der empfangenen Eindrücke soviele Irrthümer thatsächlicher, namentlich aber chronologischer Natur in den Aufzeichnungen enthalten sein könnten. Es scheine vielmehr, daß entweder die täglichen Aufzeichnungen selbst, oder doch spätere Vervollständigungen von Jemand anders aus der Umgebung des Kronprinzen herrührten. Dies begründete Bismarck in verschiedenen einzelnen Punkten, von denen der schlimmste war, daß der Kronprinz die Absicht vertreten gehabt hätte, den süddeutschen Bundesgenossen die Treue und die Verträge zu brechen und sie zu vergewaltigen, um zur Herstellung des Kaiserthums zu gelangen. Das sei, sagte Bismarck, eine Verleumdung des verstorbenen Kaisers Friedrich. „Derartige vom Standpunkt des Ehrgefühls wie von dem der Politik gleich verwerfliche Gedanken mögen in der Umgebung Sr. königlichen Hoheit Vertreter gefunden haben, aber sie waren zu unehrlich, um in seinem Herzen, und zu ungeschickt, um bei seinem politischen Verstande Anklang zu finden." Aus diesen Gründen, sagte Bismarck, halte er das Tagebuch in der veröffentlichten Form für unecht. Wäre es aber echt, so liege das Verbrechen der vorsätzlichen Bekanntmachung von Staatsgeheimnissen vor, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich sei, denn die Aufzeichnungen über solche verwerfliche Ansichten, wie der Kronprinz sie laut dem „Tagebuch" über die den deutschen Bundesgenossen gegenüber zu befolgende Politik gehabt, und solche Urtheile, wie er sie über die Könige von Bayern und Württemberg gefällt haben soll, seien, wenn sie wahr wären, zweifellos Staatsgeheimnisse, deren Veröffentlichung den Bestand und die Zukunft des Deutschen Reiches, die wesentlich auf der Einigkeit seiner Fürsten beruhten, gefährden würden. Wenn indessen die Veröffentlichungen eine Fälschung seien, so müßten die Urheber wegen Beschimpfung

des Andenkens Verstorbener gerichtlich verfolgt und ferner die Entstehung und die Zwecke dieser den Kaiser Friedrich und dessen Vater, wie andere Personen verleumdenden Veröffentlichungen an's Licht gezogen werden. „Daß dies geschehe," schloß der Bericht, „liegt im Interesse der beiden hochseligen Vorgänger Eurer Majestät, deren Andenken ein werthvolles Besitzthum des Volks und der Dynastie bildet und vor der Entstellung bewahrt werden sollte, mit welcher diese anonyme, im Interesse des Umsturzes und des inneren Unfriedens erfolgte Veröffentlichung in erster Linie sich gegen den Kaiser Friedrich richtet."

Das waren furchtbare Keulenschläge gegen Diejenigen, die geglaubt hatten, den Kaiser Friedrich als Sturmbock benutzen zu können. Für das Andenken des armen Kaiser Friedrich, der zeitlebens unter den Einflüssen seiner englischen Gemahlin und thörichter, gegen Bismarck verschworener Rathgeber gestanden hatte, wäre es viel besser gewesen, wenn sein Tagebuch mit ihm begraben worden wäre. Daß Bismarck der Sache eine solche Wendung zu geben suchte, als ob eine Verleumdung des Kaisers Friedrich durch seine Verehrer vorläge, dafür hätten ihm letztere im Grunde genommen recht dankbar sein müssen, denn nichts konnte mehr zur Verkleinerung ihres Abgottes beitragen, als die Beurkundung von dessen politischer Kurzsichtigkeit und falschem Ehrgeiz in so sensationell dummer Weise und mit so elenden Absichten. Die Partei Geffcken empfing gleich darauf auch den Todesstoß durch Gustav Freytag, welcher, obwohl er dem Kaiser Friedrich sehr nahe gestanden hatte, nicht umhin konnte, in seiner Charakterskizze, die er damals über den Verstorbenen veröffentlichte, davon Zeugniß abzulegen, daß derselbe recht ungeschickte Ansichten über die Mittel und Wege zur Errichtung des Kaiserthums gehabt habe, und daß Bismarck es gewesen sei, der dem Kaisergedanken, so weit er durchführbar war, zum Leben verhalf.

Bismarck hat stets seine Gegner zerschmettert, wenn sie sich in einer Weise, welche nach seiner Ansicht das Wohl des Vaterlandes bedrohten, ihm entgegenzustellen wagten. Der Kaiser, der ein absolutes Vertrauen zu ihm hatte, verfügte die Einleitung des Strafverfahrens gegen die Urheber der Veröffentlichung des „Tagebuchs". Es war aber nur ein Urheber da, nämlich Dr. Geffcken, und auch die Verhandlung der Landesverrathsanklage gegen diesen vor dem Reichsgericht ergab, daß er allein die verantwortliche Person war. Das Reichsgericht ließ indessen den Angeklagten straffrei, indem es zwar entschied, daß die Veröffentlichungen Sachen betrafen, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich gewesen wäre (womit die Echtheit des „Tagebuchs" constatirt war), daß aber

für die Annahme, Dr. Geffcken sei sich der Strafbarkeit seiner Handlung bewußt gewesen, keine genügenden Gründe vorlägen.

Die reichsfeindliche Presse beging nun in ihrem Haß gegen Bismarck die weitere Dummheit, die strafrechtliche Behandlung Geffckens, einer Persönlichkeit, die an sich dem Kanzler höchst gleichgültig war, als eine tendenziöse Verfolgung desselben auszuschreien und sich in der ganzen Angelegenheit genau desselben gehässigen Tones zu befleißigen, den die deutschfeindliche Presse des Auslandes anschlug. Die Folge davon war, daß der Kaiser auf Bismarcks Antrag die Veröffentlichung der gesammten Anklageschrift gegen Geffcken befahl, wodurch der ganzen Welt Gelegenheit gegeben wurde, zu erkennen, wie die im Namen des Kaisers Friedrich auf Bismarck abgeschossenen Pfeile auf die thörichten Bogenschützen selbst und leider auch auf den todten Kaiser zurückgeprallt waren, und welche klägliche Rolle Diejenigen spielten, welche der Partei Geffcken unbedingt die Stange halten wollten.

Der Fall Geffcken war aber nur ein äußeres Anzeichen von dem gewaltigen Ansturm, der im Geheimen auf den jungen Kaiser gemacht wurde, um Bismarck zu stürzen. Das Centrum dieser feindlichen Macht war in der Umgebung der Kaiserin Wittwe zu suchen, deren Sohn, Kaiser Wilhelm, indessen den Gründen, warum er sich von Bismarck lossagen sollte, damals noch völlig unzugänglich war. Diese Gründe, in Form einer von demselben Dr. Geffcken verfaßten und dem Kaiser übermittelten Denkschrift in ausführlichster Weise dargelegt, bestanden darin, daß die Ausübung einer so combinirten Ministermacht, wie sie dem Kanzler gestattet würde, sich mit dem Wohl der constitutionellen Monarchie und dem Bundescharacter des Reiches nicht vertragen könne. Es war dies das offene Eingeständniß der Feinde des Kanzlers, daß sie ihm sein außerordentliches staatsmännisches Genie, dem Deutschland seine Einigkeit und Größe verdankte, zum Vorwurf machen zu müssen glaubten. Es war der Ausdruck des kläglichen Hasses, den die durch eigene Selbstbewunderung verblendete Mittelmäßigkeit so oft gegen wahre Größe empfindet. Anstatt froh zu sein und Gott zu danken, daß der deutschen Nation ein so gewaltiger Held erstanden war, wollte man Bismarck entweder der Möglichkeit der Bethätigung seiner Kraft gänzlich beraubt oder die Flügel seines Genies wenigstens so beschnitten sehen, daß die Mittelmäßigkeit keinen Grund mehr zur Klage über Verdunkelung der eigenen Größe finden könnte. Man documentirte die Unfähigkeit, zu begreifen, daß man einen Bismarck nicht mit dem Maßstabe liberaler Professorentheorien über Ministerverantwortlichkeit, constitutionelle Bürgschaften und Ansehen der Krone messen dürfe, wenn sein Vaterland des Segens

seiner Thätigkeit als Kanzler theilhaftig werden sollte. Niemand bestritt, daß der Rock Bismarcks eben nur für ihn zugeschnitten war und nur ihm paßte, und daß er für jeden Andern viel zu groß sein würde: doch ihn vor die Wahl zu stellen, entweder sich so klein, wie gewöhnliche Minister zu machen, oder Privatmann zu werden, das konnte nur der Wunsch bitterer persönlicher Feinde oder kurzsichtiger Doctrinäre sein, derselben Menschen, welche die Wiedergeburt der deutschen Nation unmöglich gemacht hätten, wenn es nach ihren Köpfen hätte geschehen sollen.

Wie fest damals der Kaiser noch zu Bismarck hielt, geht daraus hervor, daß er letzterem gestattete, sich sogar auf Kosten des Andenkens seines, des Kaisers, Vater und des Ansehens und der Stellung seiner englischen Mutter in vernichtender Weise gegen seine Gegner zu wehren. Es geschah mit der ausdrücklichen Genehmigung des Kaisers, daß Bismarck damals im Zusammenhang mit dem Falle Geffcken zum Beweise seiner Behauptung, der Marschall Bazaine habe Mittheilungen über die Bewegungen der deutschen Armeen bei Metz durch den englischen Gesandten in Darmstadt, der Residenzstadt der Prinzessin Alice, Schwester der damaligen Kronprinzessin Victoria, erhalten, diplomatische Actenstücke veröffentlichte. Wenn auch diese Behauptung sich direct nur gegen den betreffenden Gesandten, Morier mit Namen, richtete, so drehte sich doch die Spitze derselben in Form einer sehr schweren Anklage gegen die Kaiserin-Wittwe Victoria. Der Zusammenhang der Dinge ergibt sich aus folgender Stelle in der bereits erwähnten Schrift Gustav Freytags, welcher der Begleiter des Kronprinzen im französischen Kriege gewesen war: „Unleugbar waren die vertraulichen Mittheilungen, welche aus dem Hauptquartier nach England liefen, eine Schwierigkeit, aber eine unvermeidliche. Der Kronprinz selbst schrieb jeden Tag an die Gemahlin nach Homburg, und der Aufbruch des Hauptquartiers wurde manchmal etwas verzögert, weil ihn dieser Briefwechsel in Anspruch nahm. Ebenso schrieb Prinz Ludwig von Hessen von seiner Division, an seine Gemahlin, die Prinzessin Alice.... Beide hohe Frauen, in leidenschaftlicher Sorge um das Wohl und Leben der Geliebten, schrieben wieder an ihre erlauchte Mutter und die Familie nach London. Und gerade wie die Fürstinnen, war auch die nächste Umgebung derselben eifrig im Briefschreiben. Wie konnten die Schreibenden jedesmal beurtheilen, ob das Geheimhalten irgend einer Neuigkeit von militärischer Wichtigkeit war? Vollends in England wog die Verpflichtung leicht, solche Nachrichten als Geheimniß zu bewahren. Was über den Canal ging, konnte wenige Stunden darauf wieder in Briefen nach Frankreich befördert werden. So

war es natürlich, daß die Franzosen auf dem Wege über England allerlei von unserem Heere erfuhren, was besser geheim geblieben wäre."

Es kam aber die Zeit, da der Thatendrang des jungen Kaisers, das Gefühl seiner eigenen Kraft und das Streben nach eigenen Zielen mächtiger wurden, als seine große und dankbare Verehrung Bismarcks und sein Glaube an dessen höhere Einsicht. Nachdem der Kaiser durch seine Freundschaftsreisen nach den verschiedenen Höfen und sonstige Kundgebungen im entschiedenen Einklang mit seinem Kanzler dem festen Willen Ausdruck gegeben hatte, an der Friedenspolitik seines Großvaters festzuhalten, machte er sich mit jugendlichem Feuer an die Erfüllung des zweiten Hauptvermächtnisses, die Entwicklung der Arbeiter-Schutz- und Hülfsgesetzgebung. Die von Bismarck mit seiner ganzen riesenhaften Energie in's Leben gerufenen staatssocialistischen Arbeiterversicherungs-Gesetze gegen Unfall, Krankheit und Alter waren eine so bedeutende, neuartige und radicale Reform, daß wohl zunächst eine Ruhezeit zu erwarten gewesen wäre, um zu sehen, wie sich diese Einrichtungen bewähren und einbürgern würden. Es war selbstverständlich, daß sich durch die Praxis die Nothwendigkeit mancher Aenderungen und Ergänzungen auf dem betretenen Gebiet der Socialreform herausstellen würde. Der Kaiser wollte indessen den gegebenen Rahmen sogleich bedeutend erweitern, und er entwickelte in dem Studium der Arbeiterfrage, die ihm zunächst mehr als alles Andere am Herzen lag, einen unermüdlichen Eifer und ein sehr stark ausgeprägtes Bedürfniß nach persönlicher directer Information. Diesen Willen des Selbsteingreifens bekundete er auf allen Gebieten seines Monarchenrechts, und es konnte nicht fehlen, daß sich dabei manche Einflüsse und Personen zwischen ihn und den Kanzler drängten, welche letzterer nicht zu controlliren vermochte. Bismarck hatte stets den Grundsatz verfochten und durchzuführen gewußt, daß die Minister ihm, und nicht dem Monarchen, und daß er, der leitende Minister, allein für alle Regierungsmaßnahmen verantwortlich sei und daß ihm darum nicht zugemuthet werden könne, Nebeneinflüsse zu dulden und Maßregeln zu gestatten, die ohne sein Mitwissen von nicht verantwortlichen Personen dem Monarchen empfohlen wurden.

Es ist nicht bekannt, welcher besondere Fall solcher Nebenbeeinflussung oder solchen Selbsteingreifens des Kaisers schließlich den letzten Tropfen abgab, der das Maß des Unmuths des Kanzlers zum Ueberlaufen brachte. Das ist indessen gleichgültig, denn es war das ganze System des „neuen Herrn", was es ihm unmöglich machte, die Kanzlergeschäfte in derselben Weise, wie früher, weiterzuführen. Er mußte es erleben, daß Parlamentsmitglieder, die zu seinen principiellen Gegnern gehörten und die ihm das

Leben unendlich schwer gemacht hatten, über seinen Kopf hinweg oder hinter seinem Rücken mit dem Kaiser verhandelten, und daß die Entscheidungen des Monarchen auch durch Privatpersonen aus der Umgebung desselben beeinflußt wurden.

Zum Schluß der Reichstagssession, am 25. Januar 1890, gab der Kaiser unter dem Eindruck eines großen Bergarbeiter-Streiks, für dessen Ursachen er sich persönlich in hohem Grade interessirt hatte, den Entschluß kund, auf den durch die bisherigen Gesetze gewonnenen Grundlagen des Weiteren für die berechtigten Interessen und Wünsche der arbeitenden Classen einzutreten. Am 4. Februar erfolgte dann sein berühmter Erlaß an den Reichskanzler bezüglich der Anbahnung einer internationalen Verständignng über Arbeiterschutzgesetze.

Gleichzeitig erfolgte ein Erlaß an die Minister für öffentliche Arbeiten und für Handel und Gewerbe, worin der Kaiser erklärte, daß Einrichtungen bezüglich der freien und friedlichen Erledigung von Wünschen und Beschwerden der Arbeiter getroffen und daß die staatlichen Bergwerke bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt werden sollten. Zur Vorberathung dieser Fragen, die gleichfalls in enger Beziehung zu dem internationalen Wettbewerb stehen, berief der Kaiser den Staatsrath, zu welchem er sachkundige Personen seiner Auswahl zuzog.

Dieses ureigne Vorgehen trug dem Kaiser damals den Namen „Arbeiterkaiser" ein. Die sich außerdem sogleich einstellende Vermuthung, daß Bismarck den sehr weitgehenden Wünschen des Kaisers fernstehe, war nur in gewissem Sinne berechtigt. Bismarck selbst hatte häufig im Reichstag betont, daß der internationale Wettbewerb der Industrieen es einem Lande allein unmöglich mache, Gesetze bezüglich der Sonntagsruhe, gehöriger Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und Festsetzung eines Maximalarbeitstages zu erlassen. Er hatte stets erklärt, daß dazu eine internationale Vereinbarung unbedingt nöthig sei. Ob Bismarck aber die Zeit dafür bereits gekommen erachtete und ob er es nicht erst für geboten hielt, die bisherigen socialpolitischen Reformen sich einleben zu lassen und die Nachahmung derselben durch andere Staaten zu erwarten, war eine andere Frage. Er hat aber sicherlich gegen die Grundidee des Kaisers nichts einzuwenden gehabt, denn er wußte im Voraus, daß die geplante internationale Arbeiterschutz-Conferenz einen rein akademischen Verlauf nehmen und dem Ansehen des Reichs nichts schaden würde. Wogegen er aber entschieden Einspruch erhoben haben wird, das war der Umstand, daß der Kaiser neben seinen gutgemeinten positiven Bestrebungen die Nothwendigkeit einer unnachsichtlichen Unterdrückung aller socialistischen Umsturzbewegungen

geflissentlich außer Acht ließ, was eine unlogische und kurzsichtige Politik war, wovon der Kaiser selbst sich später recht wohl überzeugte. Und ebenso sehr mußte es den Unwillen Bismarcks erregen, daß der Kaiser in dieser Angelegenheit eigenmächtig vorging und bei der Auswahl seiner Berather seinen Kanzler als den allein verantwortlichen ersten Minister überging, ihm aber trotzdem das Eintreten für die ohne des Kanzlers Zuthun vorbereiteten Maßnahmen zumuthete. Der Kaiser documentirte seinen Entschluß, sein eigener Reichskanzler sein zu wollen.

Vom 14. bis 28. Februar war der Staatsrath unter Vorsitz des Kaisers in Berathung. Das Ergebniß war die Einladung der Regierungen zu London, Paris, Rom, Wien, Bern, Brüssel, Haag, Copenhagen und Stockholm zu einer Conferenz in Berlin behufs Regelung der Arbeit in industriellen Anlagen und Bergwerken. Am 15. März trat die internationale Arbeiterschutz-Conferenz in Berlin zusammen und tagte bis zum 29. März, und zwar ohne Bismarck!

Am 31. Januar hatte Bismarck sein Amt als preußischen Minister für Handel und Gewerbe niedergelegt. Während der Sitzung des Staatsraths wurde in Verbindung mit Liebenswürdigkeiten und Verhandlungen, welche der Kaiser mit Herrn Windthorst in einer Bismarck stark beleidigenden Form gepflogen hatte, in der Presse von „ultramontanen Hoffnungen" gesprochen. Anfang März entstand das Gerücht einer „Kanzlerkrisis", und am 18. März reichte Bismarck sein Entlassungsgesuch beim Kaiser ein. Der Inhalt desselben ist noch nicht bekannt. Ob Bismarck glaubte, daß der Kaiser es ablehnen würde? Schwerlich, denn die Bedingungen, welche er, wie sicher anzunehmen ist, in Form einer Begründung seines Entschlusses des Rücktritts für sein Verbleiben im Amt stellte, bestanden jedenfalls darin, daß der Kanzler die Wiederherstellung der Verantwortlichkeit des ersten Ministers für die Maßnahmen der Regierung verlangte, Bedingungen, welche der Kaiser, der sich inzwischen auch mit seiner Mutter versöhnt hatte, nicht erfüllen konnte, ohne seinem Entschlusse, allein zu herrschen und allein verantwortlich zu sein — eine Stellung, welche im Widerspruch mit der Verfassung steht, sofern dieselbe die Unverletzlichkeit der Krone bedingt — zu entsagen. Das Entlassungsgesuch ist jedenfalls ein höchst interessantes Actenstück, welches der Kaiser in späterer Zeit oft mit schweren Zweifeln an der Richtigkeit und der Berechtigung seines Trennungsschrittes durchgelesen haben mag. Doch der „neue Curs", welcher die „Befreiung" des Deutschen Reichs von seinem größten Manne, von seinem eigenen Schöpfer benöthigte, war eingeschlagen. Die ganzen maßgebenden Verhältnisse, der berechtigte Stolz des alten Kanzlers und der starke Eigenwille des jungen Kaisers,

führen zu dem Schluß, daß Bismarck selbst von der Nothwendigkeit seines Rücktritts überzeugt war und nicht einen Augenblick daran dachte, daß der Kaiser seine Entlassung nicht annehmen würde. Alle gegentheiligen Behauptungen und alles fade Geschwätz über die angeblichen Demüthigungen, die Bismarck in seiner Hoffnung, der Kaiser würde das Gesuch ablehnen, in Kauf genommen habe, sind in das Reich böswilliger Erfindungen seitens Derjenigen zu verweisen, welche die Größe des Mannes zu ihrer eigenen Schande nie begreifen konnten oder wollten. Nicht die Thatsache seiner Entlassung, die er selbst entschieden wünschte, und auch nicht das schmerzliche Gefühl, an der Stelle, wo er im Interesse des Vaterlandes das tiefste Verständniß seiner Anschauungen zu finden dachte, sich verkannt und als entbehrlich betrachtet zu sehen, sondern die schroffe Form der Entlassung, erklärt es, daß er nicht in vollem Frieden aus dem Amte schied. Welche Worte es waren, die vor der Trennung zwischen ihm und dem Kaiser fielen, ist noch das Geheimniß beider. Trotz aller Verehrung des monarchischen Princips, das in ihm stets den gewaltigsten und überzeugungstiefsten Anwalt gefunden hat, werden es seinerseits nicht Worte eines ergebenen Dieners zum stolzen Herrn gewesen sein.

Am 20. März veröffentlichte der Reichsanzeiger das Cabinetsschreiben, worin der Kaiser in Ausdrücken des schmerzlichsten Bedauerns und höchster und dankbarer Anerkennung der unauslöschlichen Verdienste Bismarcks das Entlassungsgesuch desselben gewährte. Sonderbar mußte es berühren, daß der Kaiser des Weiteren dem scheidenden Kanzler als ein Zeichen seines Dankes die Würde eines Herzogs von Lauenburg und den höchsten militärischen Titel, General-Oberst der Cavallerie mit dem Range eines General-Feldmarschalls, verlieh. Es war wohl nicht anzunehmen, daß Bismarck in der Zumuthung, von dem Augenblick seines Rücktrittes an seinen unsterblichen Namen mit einem funkelnagelneuen unbekannten zu vertauschen, eine colossale Ehrung erblicken würde. Die Absicht des Kaisers war indessen unzweifelhaft die denkbar beste. Er hatte, wie er sich ausdrückte, das „volle Bewußtsein der folgenschweren Tragweite" des Rücktritts Bismarcks und bei all seinem Muth, sich von ihm loszusagen, empfand er doch tiefen Schmerz und Bangen. Der alte Kaiser Wilhelm hatte seinem Kanzler in der Erkenntniß der Größe desselben zum unermeßlichen Segen Deutschlands freien Spielraum gegeben, sein junger Enkel vermochte es nicht über sich, doch er telegraphirte an einen Freund in Weimar:

„Besten Dank für Ihren freundlichen Brief, Ich habe in der That bittere Erfahrungen und schmerzliche Stunden durchgemacht. Mir ist so weh ums Herz, als hätte ich Meinen Großvater noch einmal verloren! Es

ist Mir aber von Gott einmal so bestimmt, also habe Ich es zu tragen, wenn Ich auch darüber zu Grunde gehen sollte. Das Amt des wachthabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist Mir zugefallen. Der Curs bleibt der alte, und nun ‚voll Dampf voraus'."

Das Scheiden des Gründers des deutschen Reiches aus seinem Amte war das größte politische Ereigniß seit der Kaiserkrönung in Versailles. Es bildete in der ganzen Welt lange Zeit hindurch den Gegenstand von Betrachtungen, Vermuthungen und Prophezeiungen aller Art, und die Zeitungen erschöpften sich in Versuchen, die Bedeutsamkeit der Thatsache anschaulich zu machen. Bezüglich des ersten allgemeinen Eindrucks der Verehrer des größten Mannes seiner Zeit fand die „Kölnische Zeitung" passende Worte, als sie schrieb: „Hätte der Tod ihn abberufen, so würden wir uns fügen in die Unerbittlichkeit des Schicksals, so aber möchten wir in der ersten Empfindung mit irgend etwas grollen, was die Schuld daran haben könnte, daß dieser Mann dem deutschen Volke früher verloren gehen soll, als die Natur seinem Wirken ein Ziel setzt."

Sämmtliche deutschen Fürsten gaben Bismarck durch eigenhändige Handschreiben ihr schmerzliches Bedauern über seinen Rücktritt kund, ebenso die Herrscher Oesterreich-Ungarns und Italiens; der Bundesrath richtete eine Abschiedsadresse an ihn und die Kundgebungen aus dem Volke zählten nach Tausenden.

Am 26. März machte Bismarck seinen Abschiedsbesuch beim Kaiser. Auf dem Wege zu und von dem königlichen Schlosse wurden ihm großartige überwältigende Huldigungen dargebracht. Als Fürst Bismarck, der die Uniform des Magdeburgischen Cürassier-Regiments und das Band des Schwarzen Adlerordens trug, kurz nach 10½ Uhr in seinem von vier berittenen Schutzleuten begleiteten Wagen die Linden entlang zum Schlosse fuhr, so berichtete eine Berliner Zeitung, da strömte das Volk im Sturmlaufe von allen Seiten herbei, um ihm zu huldigen, wie es aus freiem Antriebe gewaltiger und ergreifender noch nie gesehen worden ist. Auf dem Opernplatze und im Lustgarten erwartete ihn bereits eine vieltausendköpfige Menge und empfing ihn mit nicht endenwollenden stürmischen Hoch- und Hurrahrufen, mit Hüteschwenken und Tücherwehen. Blumen und Bouquets ohne Zahl wurden in und auf den Wagen geworfen. Erst nachdem der Wagen längst in den Schloßhof eingefahren war, legte sich das Sturmgebrause unbeschreiblicher Begeisterung. Fast anderthalb Stunden dauerte der Aufenthalt des Fürsten im Schlosse. Die Volksmenge schwoll von Minute zu Minute ins Unendliche. Kurz vor 12 Uhr öffnete sich das Gitterthor des Schloßhofes wieder, die Schutzleute sprengten heraus, un-

mittelbar hinter ihnen folgte der Wagen mit dem Fürsten. Noch gewaltiger als bei der Ankunft, stieg das Jubelgebrause zum Himmel empor. Nur langsam konnte der Wagen sich Bahn brechen durch die Massen. Von rechts und links drängte man bis an die Fenster hinan und streckte die Hände zum Wagen hinein. Unmittelbar hinter der Schloßbrücke kam der Wagen in ein solches Gedränge, daß es schien, als ob er nicht mehr weiter kommen sollte. So brausend wurde das Hochrufen, daß das Sattelpferd scheute und über die Stränge schlug. Der Wagen mußte halten, der Fürst stieg aus, und die Hünengestalt des gewaltigen Mannes stand mitten in der ihn umjubelnden Menge. Dann ging es langsam weiter in einem Triumphzuge sondergleichen, bis zum Palais des Großherzog von Baden, bei dem der Fürst sich zwanzig Minuten aufhielt. Nach seinem Wiedererscheinen wiederholten sich die Scenen bis zu seiner Rückkehr in das Reichskanzlerpalais, das noch stundenlang von einer unabsehbaren Menge belagert blieb.

Am Abend des nächsten Tages nahm Fürst Bismarck, von Wenigen bemerkt, Abschied von der Ruhestätte seines alten Herrn im Mausoleum in Charlottenburger Schloß. Der große Kanzler stieg hinab zur Gruft Kaiser Wilhelms I. und der Kaiserin Augusta, auf deren Särgen er Rosen niederlegte. Er verweilte dort längere Zeit und tiefe Ergriffenheit sprach aus seinen Zügen, als er die Gruft verließ; kaum vermochte der Mann, den seine Zeitgenossen den „eisernen" nennen, seiner inneren Bewegung Herr zu werden. Draußen hatte sich unterdessen eine große Menschenmenge gesammelt, die ihn ehrfurchtsvoll empfing.

Am Tage darauf, am 29. März, erfolgte dann die Abreise des Fürsten und seiner Familie von Berlin nach Friedrichsruh. Die denkwürdigen Auftritte dabei wurden damals von dem Berliner Correspondenten der Londoner „Times" folgendermaßen geschildert:

„Wie bei dem Begräbniß eines großen, tiefbetrauerten Mannes standen jetzt in den Straßen die besten Elemente der Bevölkerung Berlins, die mit Thränen im Auge, in wilder Aufregung, ihre Hüte und Taschentücher schwenkten, Blumen warfen und danach kämpften, die Hand des Kanzlers, der aus ihrer Mitte scheiden und ihnen verloren gehen sollte, zu fassen und zu küssen. Es ist nicht die Sprache der Uebertreibung, sondern der nüchterne Bericht der Vorfälle, wie ich sie mit meinen eigenen Augen sah. Nie habe ich in Berlin eine so „respektable" Menge gesehen, die keine der gewöhnlichen Bestandtheile des Pöbels enthielt, sondern sich aus den besten Kreisen der Berliner Gesellschaft, besonders der amtlichen Welt, zusammensetzte. Nie auch hätte ich geglaubt, daß eine in der Regel so ernste und

zurückhaltende Klasse der Bevölkerung je so viel echte Rührung verrathen könnte.

„Nur mit der äußersten Schwierigkeit vermochten die berittenen Schutzleute, die den offenen Wagen des Kanzlers begleiteten, ihm durch die dichten Mengen derer, die sich vordrängten, um dem Fürsten die ausgesuchtesten Frühlingsblumen zu überreichen oder seine Hand zu schütteln oder zu küssen, einen Weg zu bahnen. Kein Wunder, daß diese von Herzen kommende Kundgebung der Ergebenheit des Volkes ihren Gegenstand fast überwältigte und bei dem Manne von Blut und Eisen nahezu Thränen hervorrief. Derselbe Auftritt wiederholte sich auf dem ganzen Wege des Fürsten von seinem Palais bis zum Bahnhof, an welch letzterer Stelle die Aufregung einfach unbeschreiblich war. Vergebens bemühte sich die Polizei, der Menge den Zutritt zum Bahnhof zu verwehren. Sie drängte sich trotzdem hinein und erfüllte den ganzen Perron vor und hinter der Schwadron Kürassiere, die mit Standarte und Trompeten von dem Kaiser dem scheidenden Fürsten, der, wie man sich erinnert, den Rang eines General-Obersten der Kavallerie und eines General-Feldmarschalls in seine ländliche Einsamkeit mitnimmt, als Ehrenwache gesandt war.

„Von dieser außergewöhnlichen Ehrenwache abgesehen, hatte der Kaiser auch noch seine persönlichen Adjutanten gesandt, die dem Fürsten seine letzten Abschiedsgrüße, sowie ein herrliches Blumen-Arrangement überbrachten. Sie bildeten aber nur den Kern einer glänzenden Menge, in der sich jeder, der in der amtlichen Welt Berlins eine hohe Stellung einnahm, befand: alle Minister und Botschafter, darunter auch die Frankreichs und Englands, und das ganze Gefolge derer, denen der Kanzler Freund, Herr, Held, oder alles zusammen, gewesen war. Jeder bemühte sich, ein letztes Wort von ihm zu erhalten oder doch wenigstens seine Hand zu drücken; inmitten all dieser überströmenden Rührung und Begeisterung wäre es aber zu viel gewesen, passende oder zusammenhängende Antworten von dem Fürsten zu erwarten, der jetzt wirklich zum erstenmal in seinem Leben den Kopf verloren zu haben schien.

„Hochrufe über Hochrufe, einer lauter und stürmischer als der andere, stiegen empor und brausten durch die weite Bahnhofshalle, wenn der Fürst sich am Fenster seines Coupees zeigte, oder zu einem Freunde sprach. In den Pausen nach den Hochrufen stimmte die Menge die „Wacht am Rhein" oder „Deutschland, Deutschland über alles" an. Die Aufregung erreichte ihren Höhepunkt, als endlich ein schriller Pfiff das Zeichen zur Abfahrt gab, und als, inmitten einer letzten Salve betäubender Hochrufe, in welche die Kürassiere mit ihren Trompeten schmetternd einfielen, der Zug langsam

aus dem Bahnhof herausdampfte, wobei Fürst Bismarck die ganze Zeit noch von seinem Fenster heraus die sich ihm entgegenstreckenden Hände schüttelte. Dann ging die Menge langsam auseinander, und wer von ihr sich dem Brandenburger Thor näherte, kam gerade noch recht, um den jungen Kaiser von seinem Nachmittagsritt im Thiergarten in aller Gemüthsruhe nach Hause traben zu sehen."

2. Friedrichsruh.

Es durfte wohl Niemand ernstlich glauben, daß Fürst Bismarck durch seine „Verbannung" in's Privatleben mit einem Schlage all seines Einflusses beraubt sein würde. Den Einfluß freilich, den er als Reichskanzler im Amte unmittelbar auf die Gestaltung der Dinge auszuüben gewohnt gewesen war, konnte er nicht mit nach Friedrichsruh nehmen. Dessen war er durch den „neuen Curs" entkleidet. Doch Niemand vermochte ihm den Einfluß seiner gewaltigen Persönlichkeit als des größten Mannes seiner Zeit zu verkümmern. Wie weit er von der ihm unveräußerlich gehörenden persönlichen Macht, die thatsächlich immer noch unvergleichlich größer blieb, als die aller Zeitgenossen in den höchsten Aemtern und Würden, Gebrauch machen wollte, hing ganz allein von ihm ab. Der erste Eindruck seines Abschieds war indessen selbst bei vielen seiner unbedingten Anhänger der, daß er den Rest seiner Jahre in stiller Abgeschlossenheit zubringen und der öffentlichen Welt nicht mehr angehören würde. Er selbst hatte die officiellen Ehren, die ihm bei seinem Scheiden aus Berlin erwiesen wurden, als die Feierlichkeiten eines „Leichenbegängnisses ersten Ranges" bezeichnet und damit mit bitterem Spott angedeutet, daß der Kaiser und dessen Leute ihn fortab wohl als bürgerlich todt erachten möchten. Auch Diejenigen, welche dem Schöpfer der deutschen Einheit und Größe ihren Dank in der nach ihrer Ansicht allerschönsten Form darzubringen das Herz antrieb, schienen ihn als einen Verstorbenen behandeln zu wollen, denn es bildete sich sofort ein Central-Comite zum Zwecke der Errichtung eines Nationa l-Denkmals für den Fürsten Bismarck in der Reichshauptstadt, welches am 14. April 1890, kaum vier Wochen nach dem Rücktritt, folgenden Aufruf an das deutsche Volk erließ:

„Der weltgeschichtliche Augenblick ist gekommen: Fürst Bismarck, der mit Kaiser Wilhelm dem Siegreichen als dessen Kanzler heldenkräftig das Deutsche Reich zusammenschmiedete, er, auf den die Völker der Erde hinblicken als auf den größten Staatsmann seiner Zeit, er ist aus dem Amte geschieden, welches er ein Vierteljahrhundert hindurch mit der

Erleuchtung des Genies, mit der unwiderstehlichen Macht eines gewaltigen Characters geführt hat.

„Lebhafter denn je durchglüht die deutschen Herzen in diesem Wendepunkt der Geschichte unseres Volkes das Gefühl dessen, was der Gewaltige uns gewesen, dessen, was er für uns geleistet, und die Begeisterung und Dankbarkeit, die Liebe und Verehrung von ganz Deutschland, sie ringen nach einem Ausdruck, um unsern großen Kanzler bei seinem Abschied würdig zu feiern.

„Auf darum, Ihr Deutschen von Nord und Süd, vergessen sei in diesem Augenblick der Zwiespalt der Parteien, der Widerspruch der Meinungen, die Flammen reinster Dankbarkeit allein, sie lodern auf in unseren Herzen. Reichen wir uns die Hände, um dem Führer zur Einheit Deutschlands unsern Dank darzubringen. — Und wie könnte das würdiger geschehen, als dadurch, daß ihm ein Nationaldenkmal errichtet würde in der Reichshauptstadt, der Stätte seines Wirkens. Darum also, die Herzen auf, die Hände auf, gebt und bauet mit an dem Denkmal, das künftigen Geschlechtern erzählen soll von der Größe des ersten, deutschen Reichskanzlers, von der tiefglühenden unauslöschlichen Dankbarkeit des deutschen Volkes."

Der Kaiser selbst stellte die Errichtung des Bismarck-Nationaldenkmals unter sein Protectorat. Der alte Kanzler indessen, der sich bei ungeschwächter Geisteskraft in den Sachsenwald zurückzog, dachte gar nicht daran, die Stelle eines Verstorbenen oder vielleicht die eines gefesselten Prometheus zu spielen. Für ihn waren nunmehr zunächst die Tage gekommen, nach denen er sich stets gesehnt hatte. Er war 75 Jahre alt geworden, ehe er sich ungestört seinem „eigentlichen Beruf", der Landwirthschaft, hingeben konnte. Im Landleben, in inniger Berührung mit der Natur, namentlich in der Pflege und Beobachtung des Waldes, der ihm stets lieber war, als alle Politik, hatte er während seiner vierzigjährigen Thätigkeit im Dienste des Vaterlandes oft Erholung gefunden und neue Lebenskraft geschöpft. Er hatte es sogar, was nur bei einem Menschen von so außerordentlicher Arbeitskraft verständlich ist, trotz der ungeheuren Bürde seiner politischen Thätigkeit fertig gebracht, ein sehr erfolgreicher practischer Landwirth zu sein. Das große Gut Varzin in Pommern, welches er nach dem Kriege von 1866 mit der ihm vom Landtag zuerkannten Dotation von 400,000 Thalern erwarb, ist stets von ihm selbst bewirthschaftet worden, und erfahrene Landwirthe und Forstleute stellen ihm das Zeugniß aus, daß er dies mit ungewöhnlichem Geschick gethan hat, insofern ihm gelungen ist, aus dem schlechten Boden dieses Grundbesitzes eine dem Verhältniß seines

Capitalwerthes entsprechende Summe alljährlich herauszuschlagen. Wie er es verstand, diplomatische und wirthschaftliche Geschäfte mit genialer Leichtigkeit zu vereinigen, davon liefert folgende allerliebste Geschichte ein drastisches Beispiel. Kurz vor der Kriegserklärung Frankreichs machte der Fürst in Begleitung seines Oberförsters und des Legationsrathes Bucher eine seiner üblichen Morgenwanderungen durch den Park in Varzin. Der Legationsrath, welchem die damals schwebende spanische Frage große Unruhe machte, hatte die in der Frühe angekommenen Zeitungen mitgenommen und las hin und wieder eine Notiz aus denselben vor. So unter Anderem: „Der kaiserliche Prinz, das Kind von Frankreich, hat sich eine Erkältung zugezogen und hat der letzten Truppenrevue in Paris nicht beigewohnt." Darauf bemerkte Bismarck, zum Oberförster gewendet und auf eine verkümmernde junge Edeltanne zeigend: „Das Bäumchen hat nicht die rechte Pflege gehabt, es wird wohl eingehen." — Pause. — Man spaziert weiter und nähert sich dem Varziner Teich. Nun meldet der Oberförster: „Die Reiher haben wieder die Forellen weggefangen." Dazwischen berichtet Bucher: „In München und Stuttgart werden viele jesuitische Agenten gesehen." Und Bismarck antwortet ganz gelassen: „Ich werde die Brut ganz aus unserm Revier vertreiben!"

Nicht minder hatte er sein landwirthschaftliches Talent in der practischen Verwaltung seines Friedrichsruher Besitzes bekundet. Von letzterem bildet nur der eigentliche Sachsenwald das Geschenk, welches ihm der alte Kaiser Wilhelm 1871 nach dem Friedensschluß gemacht hatte. Das eigentliche Gut Friedrichsruh, nebst dem benachbarten Aumühle, die im Sachsenwald liegen, erwarb sich Fürst Bismarck später selbst und ließ es unter seiner unmittelbaren Leitung bewirthschaften. Das stille, echte deutsche Familienleben, welchem sich der Altkanzler mit seiner treuen Lebensgefährtin als „Zweisiedler", wie er sich einmal ausdrückte, seit seinem „Sturz" in Friedrichsruh als die interessanteste lebende Persönlichkeit der Gegenwart ungestört hingeben durfte, erfüllte nur längsterfehnte Wünsche.

Doch ganz ungestört blieb seine Ruhe nicht. In der ersten Zeit nach seinem Rücktritt machten sich seine Feinde im Vollgefühl ihres vermeintlichen Triumphes in der erbärmlichsten Weise bemerkbar. Man wollte dem „Privatmann" Bismarck nicht gestattet wissen, daß er sich für den Gang der politischen Ereignisse interessire und sich Meinungsäußerungen darüber erlaube. Man verstieg sich in der Sicherheit, die der bekannte Esel dem todten Löwen gegenüber empfindet, sogar soweit, den Alten im Sachsenwalde als einen Landesverräther zu bezeichnen und die Regierung zu Maßregeln gegen ihn aufzufordern, wenn immer er es im Interesse des Deutschen Reiches

für nöthig fand, Geschichtsfälschungen durch die ihm ergebenen Zeitungen richtig stellen zu lassen oder sich gegen persönliche Schmähungen mit altgewohnter, sicher treffender Schlagfertigkeit zu wehren. Auch in der Regierungspresse machte sich sehr bedauerlicher Weise das Bedürfniß geltend, dem „neuen Curs" durch beleidigende Mißachtung des verdienstvollsten Mannes der Zeit Ausdruck zu geben. Man schmachtete offenbar unter der peinlichen Erkenntniß, daß Fürst Bismarck beim deutschen Volk sowohl, wie bei den deutschen Fürsten, ja selbst im Auslande nicht das Geringste an Ansehen verloren hatte. Zu den tollsten Märchen, die damals von den verzweifelten Gegnern erfunden wurden, gehörte die Behauptung, der Kanzler gedenke nach England überzusiedeln, dort unter Preisgebung aller Staatsgeheimnisse seine Memoiren zu veröffentlichen und den „neuen Curs" und das Deutsche Reich zu bekämpfen! Blödsinniger konnte sich der Haß gegen den Gründer des Deutschen Reiches wohl nicht bethätigen. Diese private Schmähsucht durch die Presse fand leider auch ihr Gegenstück seitens der Reichsregierung, die angesichts der sehr großen Wahrscheinlichkeit, daß Fürst Bismarck gelegentlich eines Betretens österreichischen Gebiets der Gegenstand öffentlicher Huldigungen werden könnte, es für nöthig befand, dem Wiener Cabinet den Wunsch auszudrücken, man möge sich officieller Ehrenbezeugungen enthalten.

Doch diese beschämenden Beweise einer gänzlichen Verkennung der Gefühle, welche das dankbare deutsche Volk beherrschten, sollen hier nur der Vollständigkeit des geschichtlichen Bildes wegen erwähnt werden. Fürst Bismarck ließ sich sein Recht, vom Sachsenwalde her, wenn immer es ihm gefiel, an dem „neuen Curs" Kritik zu üben, nicht verkümmern. Man lauscht gespannt auf jedes Wort, das aus Friedrichsruh kommt und sucht in den Zeitungen, die stolz und unabhängig dem „alten Curs" folgen, begierig nach den Spuren von Bismarck'schen Meinungsäußerungen, an denen es in allen wichtigen Angelegenheiten nicht fehlt. In großen Fragen ist stets das Bedürfniß vorhanden, die Ansichten des zum Censor des Reiches gewordenen Altkanzlers zu hören. Man erfährt sie durch Wiedergabe von zwanglosen Unterredungen, deren sich angesehene Männer und bewährte Freunde bei einem Besuch in Friedrichsruh mit dem Fürsten erfreut hatten, oder durch sonstige Mittheilungen, welche indirect in die Presse gelangen. Der mächtige Einfluß, den solche Bismarck'schen Aeußerungen über die Tagesfragen auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung ausüben, legte natürlich den Wunsch nahe, Deutschlands größten Staatsmann, der wieder Reichskanzler sein ebenso wenig wollte wie konnte, wenigstens als Reichstagsabgeordneten zu sehen. Die Gründe, die ihn von der

Befriedigung dieses ihm an sich gewiß nicht ganz und gar fern liegenden Wunsches abhielten, erklärte er selbst einmal Hans Blum gegenüber, der ihn 1892 in Varzin besuchte. Auf die Frage, ob er nicht in der damals schwebenden Militärvorlage (deren Nothwendigkeit er entschieden in Abrede stellte) seine gewichtige Stimme im Reichstage, wo er wohl den Crystallisationspunkt für die große Mehrheit bilden könnte, vernehmen zu lassen, rief Fürst Bismarck lebhaft: „Nein! Da kennen Sie die Mehrheit des jetzigen Reichstags nicht. Die Mehrheit würde mich meiden, wie einen Pestkranken. Ein Hamburger Cholerakranker wäre im Vergleich zu mir eine begehrte Persönlichkeit. Die Allermeisten würden die Befürchtung hegen, daß der Umgang mit mir sie der Einladung zu Hofe beraube, der Beförderung ihrer Söhne nachtheilig sei, und was sonst sich die Leute einbilden würden. Außerdem würde ich im Reichstag einige Stunden warten können, bis ich zu Wort käme und dann nochmals einige Stunden, ehe ich meinen Gegnern antworten könnte. Der Schmutz, mit dem mich meine Feinde bewerfen würden, wäre mir zwar ganz gleichgültig. Mein Erscheinen in Berlin brächte mir aber die größten Unannehmlichkeiten, z. B. das Leben im Hotel. Auch kann ich dort ohne Belästigung nicht auf die Straße gehen. Ich müßte aber vor Allem als Officier, der ich ja doch bin, in Uniform im Reichstag erscheinen und, voraussichtlich als der einzige Officier des Hauses, dem Ministerium Sr. Majestät Opposition machen. Das möchte ich nicht ohne äußerste Noth. Wenn die aber vorläge, würde ich im Reichstag erscheinen."

Eine solche äußerste Noth ist aber nicht eingetreten, obwohl die Richtung, welche die Regierung in vielen wichtigen Fragen einschlug, der erprobten Bismarck'schen entgegengesetzt war und der Altkanzler oft Ursache hatte, im Interesse des Vaterlandes eine warnende Kritik zu üben. Solche Warnungen sind aber nicht an die Regierung gerichtet, für welche es Ehrensache zu sein scheint, die Bismarck'sche Politik zu verleugnen, und auch nicht an das Parlament, welches er niemals als die wahre Vertretung des Volkes anerkannte, sondern sie entspringen zunächst nur seinem hohen Pflichtgefühl, das ihm gebietet, auch als Privatmann seinem Vaterlande zu dienen, und sie wenden sich an das deutsche Volk, dessen Hauptvertreter er thatsächlich geblieben ist. Letzteres zeigt sich durch den wahrhaft erhebenden Cultus, den das deutsche Volk in allen seinen Schichten mit der Verkörperung seines eigenen Genius in Friedrichsruh zu treiben sich begeistert.

Das Bedürfniß aller Stämme des deutschen Volkes, ihren größten Helden schon bei Lebzeiten zu idealisiren, wie sich das durch die Wallfahrten nach Friedrichsruh, durch die verschiedenartigsten Kundgebungen der höchsten

Verehrung und durch das liebevollste Studium der Persönlichkeit Bismarcks nicht nur als Staatsmann, sondern erst recht auch als Mensch so herrlich offenbart, läßt seinen Rücktritt als die wunderbare Fügung eines gütigen Schicksals erscheinen. Es läßt sich für eine so großartige öffentliche Laufbahn kein schönerer Abschluß denken, als der, welcher dem Schöpfer der deutschen Einheit und Größe geworden ist. Man hat gesagt, daß der „Sturz" Bismarcks die Strafe sei, die keinem Genie erspart bleibe, welches in Bethätigung seiner Kraft das größte Maß persönlicher Machtfülle erlangt habe. Das trifft auf Bismarck nicht zu, denn sein „Sturz" ist nicht zur Strafe für ihn geworden, sondern hat im Gegentheil dazu geführt, daß er des höchsten Lohnes theilhaftig werden konnte, den ihm sein Volk zu gewähren vermag. Die Huldigungen, deren Gegenstand er seit seinem Rücktritt geworden ist, tragen einen viel reineren und edleren Character als viele, die ihm vordem dargebracht sind, denn sie gelten nicht dem allmächtigen Reichskanzler im Amt, dessen Wille auch der des mächtigsten Monarchen war, sondern nur den Verdiensten des deutschen Mannes Bismarck, den keine Macht der Welt seiner Größe zu entkleiden im Stande ist.

Daß diese Kundgebungen des deutschen Volkes einen äußerst wohlthuenden Einfluß auf das Gemüth des Altkanzlers ausgeübt haben, ergiebt sich aus dem ruhigen abgeklärten Ton, der aus den Reden spricht, mit denen er sie zu erwidern pflegt. Obwohl aus diesen vielen Reden, von denen jede ernste Mahnungen an das deutsche Volk und Perlen echter Weisheit enthält, der hohe Geist Bismarcks und sein unvergleichlicher praktischer Scharfblick in ungebrochener Kraft hervorleuchtet, so haben sie doch nichts mehr von dem alten Kampfeszorn. Wenn er in dem ewigen Ringen mit dem Unverstand der Fractionspolitik manchmal an der Zukunft des deutschen Reiches verzweifelte, so ist ihm in seinem beschaulichen Frieden in Friedrichsruh der Pessimismus abhanden gekommen. Das ist sein herrlichster Lohn. Von seiner hohen Warte aus erscheint ihm sein Lebenswerk, das deutsche Reich, so fest gefügt, daß er alle Zweifel an dessen Fortbestehen und an dem Beruf des deutschen Volkes, die führende Macht der Welt auf Jahrhunderte hinaus zu sein, wie böse Träume verscheuchen darf. Der Reichsgedanke ist allen Stämmen des deutschen Volkes in Fleisch und Blut übergegangen; eine Ueberzeugung, die seinem gewaltigen Träger erst unter den Eichen des Sachsenwaldes zu einer unerschütterlichen geworden ist.

Unter den glühendsten Verehrern Bismarcks gab es stets welche, die in seiner Zurückberufung die einzige Sühne für seine Verabschiedung erblicken zu müssen glaubten. Das war ein thörichtes und grausames

Verlangen. Indessen war der Wunsch, den jungen Kaiser mit dem alten Kanzler versöhnt zu wissen, ein natürlicher und allgemeiner vom rein menschlichen Standpunkt aus. Niemand konnte aber dabei neben der rein persönlichen, vielleicht nur äußerlichen, auch an eine politische Versöhnung ernstlich denken. Man wußte, daß hochstehende und einflußreiche Persönlichkeiten sich schon im ersten Jahre nach dem Rücktritt Bismarcks eifrig bemüht hatten, eine Versöhnung herbeizuführen. Daß es nicht gelingen wollte, erklärt sich daraus, daß Bismarck durchaus nicht gewillt war, den ersten Schritt zu thun. Für den Kaiser bedurfte es erst einer außerordentlichen und absolut zwingenden Veranlassung, sich selbst zu überwinden. Im Sommer 1893 erkrankte Fürst Bismarck während seines Badeaufenthalts in Kissingen sehr ernstlich. Man darf annehmen, daß der Kaiser selbst den Gedanken nie ertragen konnte, den einst schwärmerisch verehrten Kanzler sterben zu sehen, ohne sich vorher mit ihm versöhnt zu haben. Er bekundete von Ungarn aus, wo er mit Kaiser Franz Joseph bei einem Manöver weilte, durch telegraphische Anfragen den größten Antheil an dem Befinden Bismarcks und stellte demselben schließlich für die Genesung eines seiner Schlösser zur Verfügung. Bismarck lehnte das Anerbieten auf den Rath seines Arztes dankend ab. Der Kaiser hatte den ersten Schritt zur Versöhnung gethan, doch er that nach mehreren Monaten noch einen zweiten, indem er dem Fürsten Bismarck in einem Handschreiben zur Wiederherstellung von einer neuen, sehr unbedeutenden Krankheit herzlich beglückwünschte und ihm eine Flasche edelsten Weines übersandte. Damit war auch der Stolz des Altkanzlers besiegt. Er erwiderte, daß er dem Kaiser seinen Dank persönlich in Berlin abstatten werde, worauf der Kaiser ihn zu seinem Geburtstag nach Berlin einlud. Bismarck wählte indessen den vorhergehenden Tag, den 26. Januar 1894. Sein Besuch in der Reichshauptstadt wurde wie ein Siegesfest gefeiert. Die Begegnung mit dem Kaiser war ein ergreifendes Schauspiel im rein menschlichen Sinne. Aus Bismarcks Antlitz sprach ein feierlicher Ernst. Der Kaiser zeigte die tiefste Rührung. Am Abend geleitete er seinen Gast zum Bahnhof zurück und umarmte und küßte ihn vor der Abfahrt. Die Versöhnung war erfolgt, sie gereichte dem Herzen des Kaisers zur großen Ehre und bereicherte die Geschichte des Deutschen Reiches um einen denkwürdigen Tag, einzig in seiner Art.

Politische Folgen hatte die Versöhnung nicht. Man begnügte sich mit dem hochpoetischen Reiz, den des Kaisers Herzens-Canossafahrt auf das deutsche Gemüth ausübte. Fürst Bismarck hatte zwar in Berlin nicht nur seinem Amtsnachfolger, Graf Caprivi, sondern sogar auch der Kaiserin

Friedrich seinen Besuch gemacht, doch solche Höflichkeiten hatten keine Beziehung zu der Richtung des „neuen Curs“. Leuchtenden Auges zog der Schmied des Deutschen Reiches in seinen Sachsenwald zurück und blieb bei seinem „alten Curs“. Wie er vor der Versöhnung mit dem Kaiser sein Recht, an der Regierung zu tadeln, was ihm nicht gefiel, zum Wohle seines Deutschlands trutzig übte, so hat er es auch nach der Versöhnung gehalten. Unbeugsam im Character, unerschütterlich im Willen und furchtlosen Herzens mußte der deutsche Held sein, der sein Volk sich selbst wiedergab.

J 820

LIBRARY OF CONGRESS
0 029 893 495 4